

Kurt Zentner

**Illustrierte
Geschichte
des
Widerstandes
in Deutschland
und Europa
1933-1945**



Beseitigung der Arbeitslosigkeit — Autobahnen — Volkswagen — KdF-Reisen — Rheinlandbesetzung — militärische Gleichberechtigung — der Anschluß Österreichs und weitere spektakuläre Erfolge, zusammen mit einer virtuos gehandhabten und zentralgesteuerten Propaganda, ließen die Mehrheit des deutschen Volkes an „ihren Führer“ glauben.

Beseitigung aller demokratischen Freiheiten — Rede-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit — Verbot aller politischen Parteien — Zerschlagung der Gewerkschaften — Vernichtung sämtlicher rechtsstaatlichen Einrichtungen — Konzentrationslager und eine allgegenwärtige Gestapo, das waren die Mittel, mit denen die nationalsozialistische Diktatur jede Opposition und jeden Widerstand rücksichtslos und radikal bekämpfte.

Und dennoch gab es in Deutschland eine große Anzahl von hervorragenden und tapferen Persönlichkeiten, die ihr Gewissen nicht bevormunden lassen wollten, die in Hitler und dem Nationalsozialismus ein Unheil für Deutschland und die Welt sahen, die gewillt waren, unter Einsatz ihres Lebens diesem Unheil entgegenzuwirken, Hitler zu bekämpfen und schließlich auch zum letzten Mittel zu greifen, zum Attentat, zum Mord des Tyrannen.

Der Reichstagsbrand, die Tat des jungen Revolutionärs van der Lubbe aus Holland, mit seinen verhängnisvollen Auswirkungen, das illegale Wirken von kommunistischen und sozialistischen Gruppen, der immer stärker werdende Protest der Kirchen beider Konfessionen, die Fritsch-Krise und das Erstarken der Widerstandskräfte in den Reihen deutscher Offiziere, die Charakterisierung der zahlreichen Persönlichkeiten des deutschen Widerstandes, ihrer Pläne, Methoden und Gewissenskonflikte, die mißlungenen Attentatsversuche, das verzweigte und dramatische Geschehen, das zum 20. Juli führte und diesen Aufstand des Gewissens scheitern ließ, werden geschildert.

Darüber hinaus wird auch der europäische Widerstand beleuchtet, der sich bald nach der Eroberung durch die deutschen Truppen in allen besetzten Gebieten gegen die Okkupanten bemerkbar machte. Streiks, Sabotageakte, Herstellung und Verbreitung illegaler Zeitschriften in Dänemark, Norwegen, Holland und Belgien, das Wirken der Resistance und der Maquisards in Frankreich, Kollaboration und deutsche Besatzungspolitik, das Attentat auf den gefürchteten Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes und der Gestapo, Stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, die großen Partisanenbewegungen hinter der deutschen Front in Rußland, ihre Taktik und systematische Fernsteuerung von Moskau, das tapfere Kämpfen der polnischen Heimatarmee, das verzweifelte Sterben der jüdischen Kämpfer im Warschauer Ghetto, die rivalisierenden Partisanenbewegungen in Jugoslawien unter Tito und Mihajlović, die Resistance in Griechenland, der Abfall Italiens, die Erschießung Cianos und die Ermordung Mussolinis durch italienische Partisanen.

So unterschiedlich die einzelnen Situationen, Persönlichkeiten und Motive der Mitglieder der deutschen und europäischen Widerstandsbewegungen auch waren, so hatten sie doch alle das eine gemeinsam, den Mut und den Willen, für ihre Überzeugung zu kämpfen und zu sterben.

Vom gleichen Autor und in gleicher Ausstattung wie die Illustrierte Geschichte des Widerstandes sind erschienen

Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges

Dieses Buch muß notwendigerweise ein erschütterndes Buch sein, denn es muß versuchen, die Wahrheit zu sagen, oft eine schockierende Wahrheit, die zuweilen noch verborgen war in Geheimarchiven und Panzerschränken, in den Köpfen der damaligen führenden Militärs und Politiker, deren Wissen um die wirklichen Geschehnisse bisher noch keine lückenlose Veröffentlichung fand. Der Verfasser hat sämtlichen erreichbaren Quellen nachgespürt und ein ungewöhnlich reichhaltiges Bild- und Dokumentenmaterial von großem historischem Wert zusammengetragen. Doch bei aller angestrebten Objektivität sollte dieses Buch kein trockenes historisches Fachbuch sein: Der Begleittext des Autors schildert vielmehr in allgemeinverständlicher, spannender Weise die schrecklichen Ereignisse nicht so sehr aus der Sicht des Historikers, wie aus der des leidenden Beteiligten.

Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches

Die große, dokumentarische Fernseh-Sendereihe „Das Dritte Reich“ lief auf Wunsch von Millionen dreimal über den Bildschirm. Die Dokumentation hierfür besorgte Kurt Zentner. Sie erhielt den höchsten Preis der deutschen Fernsehkritiker und ist Grundlage dieses Buches. Das Dritte Reich, das systematisch aufgebaut wurde, das sich anmaßte, die Welt zu erobern, und vor zwanzig Jahren in Schutt und Asche versank, ist es schon vergessen? Der Kampf um die Verjährungsfrist, der Eichmann-Prozeß, die Fahndung nach ehemaligen Nazi-Größen im Ausland beweisen, daß es nicht einmal vollständig aufgehört hat zu bestehen. Der Autor hat in europäischen und amerikanischen Archiven die bedeutendsten Bilder und Dokumente ausgewertet, die den erregenden Weg zur Macht der nationalsozialistischen Gewaltdiktatur belegen und ihren Untergang bezeugen.

PRESSE: DIE ZEIT

Zentners Text zu den politischen, kulturellen, militärischen und wirtschaftspolitischen Ereignissen des nationalsozialistischen Deutschlands ist präzise und vermittelt ein sicheres Urteil; die eingestrenten Dokumente (Fotos, Plakate, Karten, Tabellen, Karikaturen, Zeitungsseiten und Originalzitate) sind von anschaulicher Authentizität. Autor und Verlag gelang so ein Lehr- und Lesebuch, wie es sich besser kaum vorstellen läßt. Es enthält Originaltexte aus dem publizistischen Nazi-Arsenal, die bislang weithin unbekannt waren. Dies ist ein zusätzlicher Gewinn, der Zentners Darstellung vor vielen ähnlichen Sammlungen auszeichnet. Hier ist einmal jedes Lob am Platze. Es sollte ein deutsches Handbuch werden.

BILDQUELLEN

Bundesarchiv, Koblenz. Dänisches Aussenministerium, Kopenhagen. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien. Gente, Guerra Civile, Mailand. Hackl, Walter, Wien. Italienisches Verteidigungsministerium, Rom. Livre d'Or de la Résistance Belge, Brüssel. Norwegisches Aussenministerium, Oslo. Pragopress, Prag. Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam. Rubelt, Lothar, Wien. Sowjetische Publikationen. Süddeutscher Verlag, Bilderdienst, München. The Wiener Library, London. Ullstein-Bilderdienst, Berlin. «Wir haben es nicht vergessen», Polonia Verlag, Warschau. Archiv des Verfassers.

Lizenzausgabe für die Neue Schweizer Bibliothek

Copyright 1966

by Südwest Verlag Neumann & Co. K.G., München

Alle Rechte vorbehalten

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

MITARBEITER GERD SCHREIBER

Inhalt des Textteils

Widerstand in Deutschland 1933-1934 11

Schlagt die Faschisten – Kommunistische Propaganda – Van der Lubbe in Berlin – Der Reichstag brennt – Verordnung zum Schutz von Volk und Staat – Der Tag von Potsdam – Das Ermächtigungsgesetz wird angenommen – Anerkennung durch die 2000jährige Macht der Kirche – Neubildung von Parteien verboten – Der Neue Vorwärts: «Zerbrecht die Ketten» – Das erste KZ in Dachau – Gleichschaltung der Gewerkschaften: «Widerstand ist nirgends zu erwarten» – Erlebnis und Lehren des Zusammenbruchs – Münzenbergs Propagandaapparat und das Braunschweig-Buch – Der Reichstagsbrandprozess – Dimitroff ist sehr zufrieden – Göring blamiert sich – Schutzhaft als bedeutsames Mittel der Gegnerbekämpfung – Himmler wird Chef der politischen Polizei – Gegner des Widerstandes: SS, SD, Gestapo – Aufspüren, überwachen, unschädlich machen – Hitler zwischen Röhm und Wehrmacht – Papen protestiert – Promemoria eines bayerischen Richters zu den Juni-Morden – Hindenburgs Tod – Alleinherrscher Hitler: «Führer und Reichskanzler».

Widerstand in Deutschland 1934-1939 93

Kriegsabsichten und Friedensreden – Erfolge erschweren den Widerstand – Illegale Broschüren und Flugblätter – Recht und Gerechtigkeit für alle – Volksopposition im Polizeistaat – Widerstand in Zwischentönen – Volksfronttaktik der KPD – Ulbricht gegen Thälmann – Aufbau der illegalen KPD – Wie ein Kommunist sich bei der illegalen Arbeit verhalten muss – 11 Gebote für das Verhalten Verhafteter – Es rumort in den Kirchen – Angriffe gegen die nationalsozialistische Weltanschauung – Pius XII.: Retten, was man retten kann – Mit brennender Sorge – Der kirchliche Widerstand: eine Tatsache – Protestschrift der evangelischen Kirche – Ludwig Müller wird Reichsbischof – Pfarrernotbund – Bekennende Kirche – Niemöller-Prozess – Blomberg-Fritsch-Krise – Hitler wird Oberbefehlshaber – Bede protestiert – Hitler soll festgenommen werden – Die Verschwörer sind bereit – Chamberlain rettet Hitler – Totale Propaganda erschwert den Widerstand – Das Elser-Attentat – Der Krieg beginnt.

Widerstand im Norden 187

DÄNEMARK: Kein militärischer Widerstand – Clausen scheitert – SOE greift ein – Ausnahmezustand und Generalstreik – Flucht nach Schweden oder Selbstversenkung – BOPA und «Holger Danske» – Freiheitsrat Dänemark – 538 illegale Zeitschriften – Rettung der dänischen Juden – Volksstreik in Kopenhagen – Dänemark ist frei – **NORWEGEN:** Deutsche landen bei Narvik – Exilregierung in London – Gegen Quisling und Nazifizierung – Rücktritt der höchsten Richter – Heimatfront und Aussenfront – Die Handelsflotte mit dem Kampfwert eines Millionenheeres – 10 Professoren und 70 Studenten werden verhaftet – Verräter Oliver Rinnan – SOE und Milorg – Einsatz gegen Rjukan Sabotagezelle schwillt an – Die deutschen Behörden haben nichts mehr zu sagen.

Widerstand im Westen 211

HOLLAND: Reichskommissar Seyss-Inquart und Anton Mussert – Ovationen für das Königshaus – Februar-Streik, April/Mai-Streik und Eisenbahnerstreik – Im-Amt-Bleiben und Schlimmeres verhüten – 600 Studenten werden verhaftet – Ärzte widersetzen sich der Gleichschaltung – «Onderduikers» – 1'200 Widerstandszeitschriften – Sabotageakte und Attentatsversuche – Anschlag auf das Bevölkerungsregister – Das «Englandspiel» – Holland ist frei – **BELGIEN:** Staf de Clercq und Léon Degrelle – Der legitime Bürgermeister von Brüssel – Degrelle wird exkommuniziert – Presse Clandéline – Fluchtwege – Der echte «Soir» – Geheime Funkstellen – Voxaline – Zersplitterung des belgischen Widerstandes – Fallschirmeinsätze – Das Trojanische Pferd – Die Befreiung naht – Der Hafen von Antwerpen wird gerettet – Eisenhower gratuliert – Belgien ist frei – **LUXEMBURG:** Die allgemeine Wehrpflicht wird eingeführt – Streik – Der Gauleiter gibt den Schiessbefehl – **FRANKREICH:** Pétain ist entschlossen, in Frankreich zu bleiben – Kapitulation im Walde von Compiègne – Frankreich wird in zwei Zonen geteilt – Kollaboration – De Gaulle: Die Flamme des französischen Widerstandes darf nicht erlöschen – De Gaulle wirbt Freiwillige für die FFL – Inlands- und Auslandsrésistance – Montoire: ein diplomatisches Verdun – Eindeutschung der Westmark belebt den Widerstand – Beträchtliche Zersplitterung der Inlandsrésistance – De Gaulle organisiert die Einigung – «Kämpfendes Frankreich» – Die Rolle der französischen Kommunisten – Die kommunistische Terrortaktik – De Gaulle: Keine Deutschen vorsätzlich umbringen – Jean Moulin landet in Südfrankreich – Conseil National de la Résistance – Die kommunistische Infiltrationstaktik – De Gaulle contra Giraud – French Section – Fluchthilfe – Nachrichtendienste – Sabotage – Maquis – Forces Françaises de l'Intérieur – Koordination mit alliierter Kriegsführung – Oradour-sur-Glane – Offener Kampf – De Gaulle als Sieger in Paris – Bilanz der Opfer – Die Einheit der europäischen Widerstandsbewegung.

Widerstand auf dem Balkan und in Italien

301

Italien greift an – Tito ein Stalinist – Territoriale Aufteilung Jugoslawiens – Belgrader Jungkommunisten – Tito contra Mihajlovic – Tito gegen Moskau und London – Tito zieht nach Montenegro – Ustascha-Greuel verstärkt den Widerstand – Volksfronttaktik – König Georg II. von Griechenland flieht nach London – Kundgebung gegen die Zwangsmobilisierung am 24. Februar 1943 – EAM-ELAS contra EDES – Résistance in Griechenland – Britische Truppen verhindern die kommunistische Machtübernahme – 100'000 Goldmark für die Ergreifung Titos ausgesetzt – Antifaschistischer Nationaler Befreiungsrat – Tito gewinnt an Stärke – Mihajlovic von Churchill fallengelassen – Tito als alleiniger Partisanenführer Jugoslawiens anerkannt – Fallschirmangriff auf Titos Hauptquartier – Hitler: Es ist ganz richtig, wenn die Alliierten diesen Tito als Marschall bezeichnen – Nationales Befreiungskomitee Italien – Wie Mussolini gestürzt wurde – Direktive zur Bildung taktischer Partisaneneinheiten – Kesselrings Befehl zur Bekämpfung der italienischen Partisanenbewegung – 335 Italiener werden getötet – Erfolgreiche Offensivaktionen.

Widerstand im Osten

375

Polen muss kapitulieren – Destruktive Polenpolitik – Exilregierung in London – Die Heimatarmee ist antikommunistisch Die Kommunisten in Polen – Unternehmen «N» – Sah aus wie ein Flugzeug – An die ins Feld ziehenden Abteilungen der Volksgarde – Bombe im Kino – Granate im Klub – Das Dorf abgebrannt und die Dorfbewohner erschossen – Attentat auf Heydrich – Lidice – Aufstand in der Slowakei – Die Nacht der Barrikaden – Zentraler Partisanenstab in Moskau Genossen, Bürger, Brüder und Schwestern! – Vaterland und Bibel – Erfolg der Partisanen – Zwangsarbeit – Tod den Okkupanten – In jeder Hinsicht minderwertig – Ukrainische Befreiungsarmee – Einsatz Pripjet-Sümpfe – Bandenbekämpfung – Vernichtung einer Bande auf dem Marsch durch ein Jagdkommando – Kaminskis freiwillige Miliz – Lubliner Befreiungskomitee – Aufstand im Warschauer Ghetto – Aufstand der polnischen Heimatarmee – Gegen Russen und Deutsche – Komorowski muss kapitulieren.

Widerstand im Krieg

455

Memorandum des Bischofs von Chichester vom Juni 1942 – Der deutsche Widerstand und die Alliierten – Gnadentod – Die Ermittlungen des Pastors Braune – Die Proteste des Bischofs Graf von Galen – Die Euthanasie-Aktion wird eingestellt – «Der alte Gewerkschaftsklüngel» – Die Rote Kapelle – Politisches Testament des Kommunisten Anton Saefkow vom September 1944 – Günther Hübener – Die «Weisse Rose» – Manifest der Münchener Studenten – Abschiedsbrief von Willi Graf – Erfahrungen im Krieg – Die Opposition findet sich zusammen – Zukunftspläne – Risse im Widerstand – Über die historische Stichhaltigkeit der «Verschwörer» von Wolfgang Graetz – Goerdeler bei Kluge – Zwei Kognakflaschen im Flugzeug – Beppo Roemer – Canaris und Oster – Der Solf-Kreis – Katholische und evangelische Moraltheologen – Der Krieg ist verloren – Stauffenberg greift ein – Rommels Ultimatum – Humanitäre Sabotage – Rommel schwer verwundet – Die vorgesehene Regierung – Himmler soll dabei sein – «Walküre» wird gestoppt – Bedingungen Stauffenbergs, mit dem Feind zu verhandeln – Zwei Fernschreiben aus der Bendlerstrasse – Die Gruppen «Maier-Messner» und «Caldonazzi» – Stauffenberg verlässt den Lageraum – Die Sprengladung explodiert – Der Führer lebt – Stauffenberg erreicht das Flugzeug – Bede in der Bendlerstrasse – «Walküre» muss sofort beginnen – Fromm telefoniert mit Keitel – Olbrichts Stimme zittert – Fromm wird verhaftet – Kluge zögert – Der 20. Juli in Wien – Die Gruppe «05» – Der Leutnant Dr. Hagen – Major Remer telefoniert mit Hitler – Generaloberst Bede ist noch zuversichtlich – Remer: Direkter Befehl des Führers – Der 20. Juli in Paris – Es ist alles verloren – Die ersten Opfer – Beck begeht Selbstmord – Stauffenberg wird erschossen – Kluges Selbstmord – Rommel wird zum Selbstmord gezwungen – Die Prozesse vor dem Volksgerichtshof – Die Vollstreckung der Mordurteile – Der Krieg geht weiter – Speer protestiert – Der Zusammenbruch des Wiener Aufstandsplanes – KZ Buchenwald befreit sich – «Verräter» Himmler – «Freiheitsaktion Bayern» – Aktion «Nein» – Hitlers Tod – Letzte Opfer und Kapitulation.

Stichwortverzeichnis

601

Literaturnachweis

607

Inhalt der Bildbeiträge

Deutschland 1933–1939	65
Dänemark	153
Norwegen	163
Holland	168
Belgien.....	174
Frankreich	257
Jugoslawien	321
Griechenland.....	332
Italien	342
Polen	385
Russland	417
Tschechoslowakei.....	465
Juden	472
Deutschland 1939-1945	513
Zusammenbruch	561

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler berufen. Unter der Parole vom «nationalen Erwachen» glaubte ein grosser Teil des deutschen Volkes, unter einer stabilen Führung glücklicheren Zeiten entgegenzugehen, als es die letzten Jahre der Weimarer Republik gewesen waren. Die totale und unfruchtbare politische Zersplitterung, die radikalen und teilweise blutigen Auseinandersetzungen der politischen Parteien, das ungeheure Elend und die ungeheure Depression der Massenarbeitslosigkeit sollten in Deutschland endlich ihr Ende nehmen.

Zahllos waren jetzt die Aufrufe und Sympathiekundgebungen aus allen Schichten des Volkes, die den «neuen Aufbruch» der deutschen Nation unter der Führung Adolf Hitlers mit Jubel und Begeisterung begleiteten.

Diejenigen aber, die schon immer vor den unsittlichen und zerstörerischen Konsequenzen des Nationalsozialismus gewarnt hatten, konnten von nun ab ihre Bedenken und Befürchtungen nur noch unter grossen persönlichen Gefahren öffentlich aussprechen. Denn während Hitler öffentlich immer nur vom Frieden sprach und der Förderung der Interessen des deutschen Volkes, ging er gleich nach seiner Ernennung zum Reichskanzler systematisch daran, alle demokratischen Einrichtungen in Deutschland restlos zu beseitigen. Alle politischen Parteien bis auf die NSDAP wurden verboten und alle freien Organisationen, die Kirchen ausgenommen, zerschlagen. Presse, Rundfunk, Film, Verlagswesen, das gesamte geistige und kulturelle Leben wurden gleichgeschaltet. Keinem war es mehr erlaubt, die Massnahmen und Praktiken der nationalsozialistischen Machthaber öffentlich zu kritisieren. Wer es dennoch wagte, wurde zurechtgewiesen und im Wiederholungsfälle oder auch sofort und ohne Warnung in die Konzentrationslager eingewiesen, wo sich das leidvolle Schicksal an vielen hunderttausend Häftlingen erfüllte. Unter dem allmächtigen Terrorinstrument der SS wurde es den politischen, weltanschaulichen, religiösen und rassistischen Gegnern des Nationalsozialismus äusserst schwer gemacht, ihren Widerstand gegen Hitlers Diktatur zum Ausdruck zu bringen und der Verfolgung zu entgehen. Überwacht, isoliert und vereinzelt, in kleinen Gruppen und völlig ohnmächtig, waren sie den nationalsozialistischen

Machthabern und ihren Vollstreckungsorganen ausgeliefert.

Allein die Armee war es, die in der totalen und gefestigten Diktatur Adolf Hitlers noch über reale Macht verfügte. Nur durch sie hätte Hitler, das übermächtige Willenszentrum des Dritten Reiches, noch beseitigt werden können. Erster Höhepunkt des militärischen Widerstandes, der zur Verhaftung Hitlers führen sollte, war die geplante Aktion der Generale Halder, Oster und von Witzleben. Obwohl die englischen Politiker von diesem Vorhaben genau unterrichtet waren, setzte der englische Premierminister Chamberlain noch einmal auf die Karte Hitler. Auf der Münchener Konferenz des Jahres 1938 gestand er dem deutschen Diktator, der mit dem Krieg gedroht hatte, die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zu. Der Grund – Hitler wegen seiner riskanten Kriegspläne zu beseitigen – war damit weggefallen.

Es kam zum Krieg und während des Krieges zur deutschen Besetzung zahlreicher Staaten Europas. Hitler, der die Welt daran glauben liess, er wolle nur ein Grossdeutsches Reich, ging nun daran, seine nie aufgegebenen, aber beizeiten nicht ernstgenommenen Pläne einer «Neuordnung Europas» zu verwirklichen. «Nie werde ich anderen Völkern das gleiche Recht wie den Deutschen zuerkennen. Unsere Aufgabe ist es, die anderen Völker uns zu unterwerfen.» Das war der Kerngedanke dieser «Neuordnung Europas» unter nationalsozialistischer Führung. Im Norden und Westen abhängige Vasallen und im Osten Vertreibung und Versklavung der dortigen Völker.

Gegen diese Zielsetzung, die mit einer rein militärischen Besetzung eines besiegten Landes nichts mehr gemein hatte, wandte sich der Widerstand, der sich in allen von Deutschland besetzten Gebieten entwickelte. Dieser Widerstand, der in erster Linie ein patriotischer Kampf für die Befreiung des Vaterlandes und die Bewahrung der nationalen Eigenständigkeit gewesen ist, und dort, wo die Kommunisten eine bedeutsame Rolle spielten, gleichfalls ein Kampf für deren Macht ergreifung nach der Befreiung, nahm die verschiedensten Formen und Ausmasse an.

In Polen, das sofort nach dem Einmarsch der deutschen Truppen die nationalsozialistische Vernichtungspolitik zu spüren bekam, war praktisch die gesamte

einheimische Bevölkerung bedroht, und so konnte hier die Widerstandsbewegung von Anfang an mit einer breiten Massenzustimmung rechnen. Anders war es in den «germanischen Ländern» Holland, Dänemark, Luxemburg und Norwegen. Hier war die Bedrohung nicht so unmittelbar und mit den deutschen Massnahmen im Osten und auf dem Balkan nicht zu vergleichen. Ebenfalls bedeutsam für die unterschiedliche Ausprägung des Widerstandes sind die geographischen Bedingungen der einzelnen Gebiete. In Holland, das nirgendwo Unterschlupf und Rückzugsmöglichkeiten bietet, konnte sich keine Partisanenarmee bilden, während in Jugoslawien die Bedingungen einen Partisanenkrieg geradezu herausforderten. Ein weiterer Unterschied ist es, ob sich rivalisierende Gruppen bekämpfen, wie in Griechenland, wo keine den Sieg davontrug, oder wie in Jugoslawien, wo der Kommunist Tito die Führung übernehmen konnte, oder wie in Frankreich, wo es dem Nichtkommunisten de Gaulle gelang, auch von den Kommunisten akzeptiert zu werden. Trotz dieser geographischen, politischen, besatzungspolitischen und weltanschaulichen Unterschiede der einzelnen Länder und innerhalb der einzelnen Länder gab es überall zahlreiche Widerstandsgruppen, Nachrichtendienste, Sabotageaktionen und bewaffnete Widerstandskräfte. In Holland kam es bereits im Februar 1941 zu einem Massenstreik gegen die unwürdige Behandlung der jüdischen Mitbürger; in Paris erhob man sich noch vor dem Einmarsch der Befreier, Norwegen widersetzte sich geschlossen der Nazifizierung des Landes; der Hafen von Antwerpen konnte durch belgische Widerstandskämpfer gerettet werden; ein Generalstreik in Dänemark legte das gesamte Transportwesen lahm; Tito wandelte sich vom

brutalen Stalinisten zum erfolgreichen Partisanenführer; polnische Juden wagten den Verzweiflungsaufstand im Warschauer Ghetto; tschechische Widerstandskämpfer töteten den berichtigten Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes und der Gestapo, Stellvertretender Reichsprotector in Böhmen und Mähren, und die polnische Hauptstadt liess sich Stein um Stein zerstören, um zu beweisen, dass Polen überleben würde ...

Gerade heute, da sich die freien Staaten Europas um eine freiwillige und friedliche Integration bemühen und auch die Deutschen ein besseres Verhältnis zu ihren östlichen Nachbarn anstreben, heute, da sich die Vision eines geeinten Europas vom Atlantik bis zum Ural schon diskutieren lässt, scheint es wichtig zu sein, das Schicksal der zahlreichen Männer und Frauen aufzuzeigen, die unter der nationalsozialistischen Diktatur und Fremdherrschaft zu leiden hatten und die es wagten, für die Freiheit ihrer Völker Widerstand zu leisten. Einen Widerstand, den viele Tausende mit dem Tod bezahlen mussten und den man schon als eine gewisse europäische Gemeinsamkeit bezeichnen kann, zu einem Zeitpunkt, als die Auswirkungen eines hemmungslosen Nationalismus in diesem Europa ihren katastrophalen Höhepunkt erreicht hatten.

Ein weitverbreitetes Wissen vom gemeinsamen Leid und Elend unter der nationalsozialistischen Zwangs- und Fremdherrschaft sollte mit dazu beitragen, die Toleranz und das gegenseitige Verständnis der europäischen Völker zu fördern und die verständlicher-weise noch vorhandenen Ressentiments zu überwinden, zum Nutzen eines vereinten Europas, in dem das Postulat der Freiheit für jeden Menschen unabdingbar ist.

Der Verlag

Widerstand in Deutschland 1933-1934

Schlagt die Faschisten – Kommunistische Propaganda – Van der Lubbe in Berlin – Der Reichstag brennt – Verordnung zum Schutz von Volk und Staat – Der Tag von Potsdam – Das Ermächtigungsgesetz wird angenommen – Anerkennung durch die 2000jährige Macht der Kirche – Neubildung von Parteien verboten – Der Neue Vorwärts: «Zerbrecht die Ketten» – Das erste KZ in Dachau – Gleichschaltung der Gewerkschaften: «Widerstand ist nirgends zu erwarten» – Erlebnis und Lehren des Zusammenbruchs – Münzenbergs Propagandaapparat und das Braunbuch – Der Reichstagsbrandprozess – Dimitroff ist sehr zufrieden – Göring blamiert sich – Schutzhaft als bedeutsames Mittel der Gegnerbekämpfung – Himmler wird Chef der politischen Polizei – Gegner des Widerstandes: SS, SD, Gestapo – aufspüren, überwachen, unschädlich machen – Hitler zwischen Röhm und Wehrmacht – Papen protestiert – Promemoria eines bayerischen Richters zu den Juni-Morden – Hindenburgs Tod – Alleinherrscher Hitler: «Führer und Reichskanzler».

«Protest! Protest!» schreit der junge Mann den Polizeibeamten entgegen, die ihn in der nasskalten Winternacht vom Ort seiner Tat wegführen zum Verhör. «Ein Signal sollte es sein», sagt er zu dem Kriminalkommissar Zirpin, «ein Fanal!»

Doch die Tat des jungen Revolutionärs ist umsonst getan, sie wird nicht zum Signal, zum Fanal. Sie wird im Gegenteil zur Waffe, in der Hand des Feindes, gegen den sie aufrufen sollte. Und so wird diese Tat noch heute selbst von denen, für die sie gedacht war, als Schandtat bezeichnet, und der Mann, der in wirrem Mut zum Widerstand aufrufen wollte, als «Lump», «Psychopath», «Arbeiterverräter» und «Verbrecher» bezeichnet. Seine Tat aber ist ebenso bekannt wie die Tat des Obersten Graf Stauffenberg, auch wenn man sie natürlich anders bewerten muss. War der Aufstandsversuch des 20. Juli Höhepunkt des organisierten deutschen Widerstandes gegen das Regime Hitlers, so hätte die Einzelaktion des jungen Revolutionärs aus Holland gleich zu Beginn von Hitlers Herrschaft das Zeichen eines Aufstandes von unten werden sollen: der Reichstagsbrand vom 7. Februar 1933.

Am 30. Januar 1933 beginnt eine verhängnisvolle Epoche der deutschen Geschichte, scheinbar ganz normal und ganz demokratisch. An jenem Tag wird der Führer der stärksten deutschen Partei verfassungsmässig vom Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches zum Regierungschef ernannt. Reichspräsident von Hindenburg beruft Adolf Hitler zum Reichskanzler. Die Kolonnen der SA, der SS, des Stahlhelm, der Hitlerjugend marschieren siegestrunken durch Berlin. Das Feuer der brennenden Fackeln in ihren Händen erleuchtet die Strassen der deutschen Hauptstadt.

Hiervon hört auch der 24jährige Marinus van der Lubbe in Holland. Zwei Tage zuvor, am 28. Januar, ist er erst nach Hause zurückgekehrt. Er ist verzweifelt gewesen, weil er erfahren hat, dass er bald blind sein wird. Aus der Augenklinik ist er gekommen, und die Ärzte haben ihm bei der Entlassung deutlich genug zu verstehen gegeben, dass seine Sehschwäche kaum zu beheben sein wird – er hat Augentuberkulose.

Für Marinus van der Lubbe sind die ihm auf den Weg gegebenen Trostworte der Ärzte keine Beruhigung. Er weiss selbst zu genau, was die Diagnose «Augentuberkulose» bedeutet. Schliesslich ist es nicht das erste Mal, dass er seiner Augen wegen im Krankenhaus gelegen hat. Er ist Maurer von Beruf. Als er noch Lehrling war, hat ihm ein Kollege aus Schabernack einen leeren Papiersack über den Kopf gestülpt, wobei ungelöschter Kalk in die Augen des Lehrlings geraten ist. Nur eine sofortige Operation hat ihn damals vor der Blindheit gerettet.

Er hat wirklich Pech. Noch nicht ein Jahr ist seit der Augenoperation vergangen, da kippt vom Gerüst eines Neubaus ein Mörteltrog. Van der Lubbe schaut nach oben, um zu sehen, was da passiert ist. Der eben frisch angerührte Mörtel spritzt ihm ins Gesicht. Monatelang liegt er danach im Krankenhaus, und als er entlassen wird, ist er Invalide. Seinen Beruf kann er nicht mehr ausüben und muss nun als junger Mensch von seiner Rente leben.

Immerhin hat dieses Unglück auch etwas Gutes. Van der Lubbe nutzt die Gelegenheit und durchwandert halb Europa. Er lebt von seiner Rente und von Gelegenheitsarbeiten unterwegs. So hat er auch Deutschland und Berlin kennengelernt. Er spricht danach recht

gut Deutsch, vor allem liest er sehr viel, auch in deutscher Sprache. Er ist interessiert und wissbegierig. Die schreckliche Not der Arbeiter in jenen Tagen bringt ihn dazu, sich auch mit Politik zu befassen, und er schliesst sich daheim den «Raden-Kommunisten» an. Das ist eine kleine Gruppe, die sich, trotz ihres Namens, nicht wie die echten Kommunisten von Moskau aus leiten lässt und starke anarchistische Züge aufweist.

Nachdem Marinus van der Lubbe am 28. Dezember 1932 zum dritten Mal aus der Augenklinte entlassen wird und weiss, dass er bald völlig blind sein wird, will er die ihm bleibende Zeit dazu nutzen, etwas für die überall unterdrückten Arbeiter zu tun, für das Proletariat. Am wichtigsten scheint ihm das in Deutschland zu sein, denn da ist eben der geschworene Feind der Arbeiterklasse, Hitler, zur Macht gekommen. Wenn die deutschen Arbeiter sich nicht sofort zur Wehr setzen, wird Hitler ihnen alle Rechte nehmen, wird sie blutig unterdrücken. Die deutsche Arbeiterbewegung aber ist die stärkste in Europa und in der Welt. Ist ihre Kraft gebrochen, dann ist die Demokratie nicht nur in Deutschland in Gefahr.

Werden die deutschen Arbeiter sich wehren, werden sie Hitler verjagen? Kann er selbst etwas dafür tun?

Zur gleichen Stunde, als marschierende Kolonnen in Deutschland ihre Fackeln durch die Städte tragen, spricht van der Lubbe mit dem Gründer der «Raden-Kommunisten» darüber.

Der ehemalige Matrose Sierach ist im politischen Leben Hollands nicht unbekannt. Er war einer von den Seeleuten, die 1918 dem Vorbild ihrer Kameraden von der deutschen Hochseeflotte folgten und ebenfalls meuterten. Sierach hat die rote Fahne der Weltrevolution an Bord des holländischen Panzerkreuzers «Zeven Provincien» gehisst und ist dafür zu einigen Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Von der Weltrevolution unter Führung der Sowjetunion hält er bald nach seiner Entlassung nicht mehr viel. Ihm scheint, dass die Arbeiter in Russland noch schlimmer unterdrückt werden als anderswo.

Sierachs Antwort auf die Frage seines Anhängers van der Lubbe ist bitter.

«Die deutschen Arbeiter? Wie wollen die sich wohl wehren? Die Sozialdemokraten haben in all den vergangenen Jahren schon versagt, die organisieren die Arbeiter bestimmt nicht zum Widerstand gegen die Hitlerdiktatur. Sie haben ja schon vorher gesagt: Lasst doch den Hitler endlich mal ran, damit er sich abwirtschaftet!»

«Na schön», sagt van der Lubbe. «Aber die Kommunisten? Sie werden doch die Arbeiter zum Kampf aufrufen?»

«Woher willst du das wissen?» Sierach schüttelt den

Kopf. «Die sind doch nur eine ausländische Filiale der Russen. Und vielleicht passt den Bolschewisten der Hitler gerade ins Konzept. Selbst wenn sie gegen Hitler kämpfen: Dann wird alles nur noch schlimmer, die Kommunisten sind noch erbärmlichere Ausbeuter als alle anderen. Du brauchst ja nur Russland anzusehen!» «Man muss doch etwas tun!»

«Natürlich!» Der Anarcho-Kommunist Sierach nickt. «Die Arbeiter selber müssen etwas tun. Die Betriebe besetzen und in ihre Hand nehmen. Die Stempelstellen und Wohlfahrtsämter muss man zerschlagen, verbrennen. Dann werden sich die Arbeiter schon selbst nehmen, was von Rechts wegen ihnen gehört. Die Rathäuser und Parlamente muss man in die Luft jagen, dann wird die herrschende Klasse nicht mehr regieren können. Dann kommen die Arbeiter von allein darauf, dass sie die Macht übernehmen müssen. Sie selbst, nicht irgendwelche korrupten Parteileitungen und Parteiapparate, die nur an ihr eigenes Wohl denken und dann die Arbeiter weiter unterdrücken! Die Kasernen und Polizeireviere muss man zerstören, damit die Macht des kapitalistischen Ausbeuterstaates gebrochen wird. Das allein ist der richtige Weg!»

Das Gespräch dauert bis in die Nacht. Als Marinus van der Lubbe geht, glaubt er zu wissen, dass er vom Schicksal dazu ausersehen ist, etwas Grosses, Befreiendes zu tun, bevor ihn das Licht seiner Augen für immer verlässt.

Am 10. Februar weist an der deutschen Zollstation Elten der Maurer Marinus van der Lubbe seinen ordnungsgemässen holländischen Pass vor und betritt deutschen Boden, um über Cleve, Düsseldorf, Essen, Bochum, Dortmund, Braunschweig und Magdeburg nach Berlin zu wandern. Und an diesem Tag bringt die «Rote Fahne» folgende Schlagzeilen:

«Die Kommunistische Partei ruft zur Wahl der KPD, aber nur in Verbindung mit dem ausserparlamentarischen Kampf! Mobilisierung der proletarischen Einheiten! Es gibt keine Zeit mehr zu verlieren!»

Die am gleichen Tag gehaltene Ansprache des Reichstagsabgeordneten, Mitglieds des Preussischen Staatsrates und KPD-Führers Wilhelm Pieck – später Staatspräsident der DDR – wird am 11. Februar abgedruckt. In ihr heisst es:

«Lassen wir uns nicht mehr verträsten auf die Möglichkeiten, auf anderem Wege als dem des Kampfes unsere Feinde zu überwinden!

Wir warten nicht mehr!»

Und ein Flugblatt fordert:

«Die Waffen in die Hände des Proletariats und der armen Bauern!»

In die Hände der «armen Bauern» – die Kommuni-

sten, die solchen und ähnlichen Parolen zu folgen *versuchen*, haben keine Ahnung, dass sie nichts als arme, verlassene «Bauern» im Schachspiel der sowjetischen Genossen und ihrer deutschen Helfershelfer sind. Schon lange Zeit zuvor hat man sich in Moskau zu einer Politik entschlossen, die es in erster Linie darauf abzielt, die Sozialdemokraten zu bekämpfen und erst in zweiter Linie Hitler und den Nationalsozialismus. Die Parole: «Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!» war, so schizophren das klingt, der Anfang dazu. Denn mit Faschisten waren nicht die Faschisten, die Nationalsozialisten, gemeint, sondern die «Sozialfaschisten», und das sind die Sozialdemokraten.

Einen äusserlichen Höhepunkt erreicht diese Politik mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik Anfang November 1932, als die Kommunisten gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen die Polizei vorgehen, Strassenbahnwagen umstürzen, Omnibusse anzünden.

Der Grund für diese Politik, der der Öffentlichkeit und den eigenen Parteimitgliedern natürlich vorenthalten wird und indirekt auf eine Unterstützung der NSDAP hinausläuft, ist in der kommunistischen Theorie zu suchen. Nach der Lehre des «Marxismus-Leninismus» ist der «Imperialismus» das letzte Stadium des sterbenden Kapitalismus, und damit beginnt zugleich die Epoche der proletarischen Revolution.

Das höchste, parasitäre Stadium des Imperialismus aber ist der Faschismus – die brutale Diktatur des Kapitals, das sich anders als durch nackte Gewalt nicht mehr an der Macht halten kann.

Glaubt man aber einmal an dieses Dogma, dann zwingt die Logik zu der Schlussfolgerung: je eher der Faschismus, um so eher also auch die zwangsläufig folgende proletarische Revolution, desto eher Sieg des Kommunismus, Sieg der «Diktatur des Proletariats».

Deshalb ist Moskau, deshalb sind die Führer der KPD nicht daran interessiert, Hitler mit allen Mitteln von der Macht fernzuhalten. Ihr Nahziel ist es, zunächst die Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, um dann nach der zwangsläufig kommenden Revolution, sei es gegen eine bürgerliche Regierung oder eine Regierung Hitler, ihr Fernziel zu erreichen: die Diktatur des Proletariats unter kommunistischer Führung. Daher müssen die Sozialdemokraten unter allen Umständen geschwächt werden, denn sonst könnte in der aus dem Faschismus «zwangsläufig» hervorbrechenden Revolution vielleicht die Sozialdemokratie die Führung übernehmen.

Mit dialektischer Schläue geht die kommunistische Führung ans Werk. Die sozialdemokratische Führung wird verleumdet, um sie von ihren Anhängern zu trennen. Gleichzeitig werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter beschimpft und bekämpft, weil sie sich nicht von ihrer «verräterischen» Führung trennen wollen. Die

Entwicklung zeigt, dass diese Politik zunächst Früchte trägt: Bei jeder Wahl seit 1928 haben die Sozialdemokraten stetig Stimmen verloren und die Kommunisten ebenso stetig gewonnen, obwohl ein entscheidender Einbruch in die sozialdemokratischen Reihen noch ausgeblieben ist.

Zur Tarnung ihrer Taktik, die auch eine Machtergreifung Hitlers in Kauf nimmt, spricht man seit Ende 1932 wieder von der Herstellung der «proletarischen Einheit». Zum gleichen Zeitpunkt aber geht die Parteiführung bereits in die Illegalität.

Der illegale Apparat, von dem die Masse der Parteimitglieder und selbst der grösste Teil der führenden Funktionäre nichts oder nur vom Hörensagen weiss, wird verstärkt. Neben der offiziellen Partei entsteht bereits die illegale Partei. Waffen werden gesammelt, geheime Sender vorbereitet, Kurier-Treffpunkte eingerichtet, Anlaufstellen im Ausland geschaffen.

Natürlich ist der KPD-Führung klar, dass vielen Parteimitgliedern und -funktionären und ebenso auch Sozialdemokraten Gefangenschaft, Folter und gar der Tod drohen, wenn Hitler zur Macht kommt. Aber das ist unbedeutend. Es werden noch genug übrigbleiben, um die proletarische Revolution durchzuführen. Menschenleben und menschliche Tragödien sind nicht wichtig. Im Gegenteil, man hofft, dass der faschistische Terror möglichst hart ist. Umso erbitterter werden die Arbeiter dann unter Führung der Kommunisten kämpfen, umso leichter wird die Revolution siegen. Am Nachmittag des 18. Februar, es ist ein Samstag, marschiert der holländische Maurer durch Potsdam. Ein Lkw-Fahrer nimmt den ausländischen Kumpel bis nach Berlin-Schöneberg mit. Van der Lubbe kennt dort das Obdachlosenasyll in der Alexandrinenstrasse, wo er während seiner früheren Wanderschaften bereits öfter übernachtet hat. Er findet auch diesmal hier Unterkunft. Er schläft schlecht, zuviel Gedanken schiessen ihm durch den Kopf. Über eine Woche ist er nun durch Deutschland gewandert und ist masslos enttäuscht. Mit vielen Menschen hat er unterwegs gesprochen, so wie er es schon auf früheren Wanderungen immer wieder gemacht hat, wissbegierig und an allem interessiert, wie er nun einmal ist. Die meisten Gesprächspartner sind Arbeitslose gewesen. Fast alle haben resigniert: Unsere Führung hat uns verlassen. Andere aber sind dem Holländer über den Mund gefahren: Endlich ist Hitler an der Macht, endlich wird etwas geschehen, endlich wird der Klassenkampf, der Kampf aller gegen alle, ein Ende haben!

Sicher, van der Lubbe hat die Plakate der Sozialdemokraten und Kommunisten gesehen, er hat sich vor einer Stempelstelle Flugblätter geben lassen, er hat die «Rote

Fahne» gelesen, die vor einer Wohlfahrtsküche verteilt wurde, als er dort nach Suppe anstand.

Sicher, auf jedem dieser Stücke bedruckten Papiers hat er gelesen, die Arbeiter sollten handeln, sollen sich zusammenschliessen, sollen kämpfen. Aber nirgendwo stand geschrieben: wann, wie, wo, wozu.

Van der Lubbe weiss nichts davon, dass Dr. Goebbels, Hitlers Propagandachef und Gauleiter von Berlin, in eben diesen Tagen voller siegestrunkenem Hohn in sein Tagebuch schreibt:

«Eine Reihe von roten Bonzen ist durch Göring abgesetzt worden, unter ihnen auch der Oberpräsident Noske in Hannover. Wie klein sind doch diese Knirpse, die das Schicksal uns zum Spott als Gegner gemacht hat! Sie leisten keinen Widerstand, sträuben sich nicht einmal, sondern bitten nur darum, dass man ihnen ihr Umzugsgeld vergütet.

So stelle ich mir Arbeiterführer vor!»

Aber der Holländer hat eine ähnliche Vorstellung von den Arbeiterführern, und seine Überzeugung wächst, dass endlich einer etwas tun muss, was die Arbeiterklasse aus ihrer Lethargie reisst, und dass er dieser eine sein wird. Ihm ist das Leben ohnehin nicht mehr viel wert, wenn er doch bald blind sein wird. Und wenn er nichts unternimmt – andere werden doch nichts tun, das glaubt er nun zu wissen.

Und doch tun andere etwas. Nicht die sozialdemokratische Führung, die sich noch an den Gedanken klammert, dass Hitler legal regieren wird, dass Wahlen bevorstehen, dass alles nicht so schlimm sein wird. Nicht die kommunistische Führung, die längst untergetaucht ist und ihre sechs Millionen Anhänger und ihre Parteimitglieder aus taktischen Gründen im Stich gelassen hat. Nein, es sind «kleine Leute» wie van der Lubbe, die etwas tun, Arbeiter, Erwerbslose, kleine Parteifunktionäre. Was sie tun, ist kaum verabredet, erfolgt nach keinem Plan, wird nirgendwo koordiniert.

Gewiss – noch kommen vom ZK der KPD Kuriere zu den Parteileitungen in ganz Deutschland, aber ihre Reisen dienen nur dem Zweck, den unteren Leitungen und den Parteimitgliedern vorzutäuschen, die Führung sei noch da, sei noch auf dem Posten. Was die Kuriere tatsächlich mitbringen, sind keine korrekten Anweisungen, sondern nur die üblichen nichtssagenden Phrasen:

«Schliesst euch zusammen!

Handelt vereint!

Tod den Faschisten!

Von der Sowjetunion lernen, heisst Siegen lernen!

Im Geiste Lenins vorwärts!

Der Imperialismus ist das höchste Stadium des Kapitalismus!

Der Faschismus ist die Diktatur der brutalsten und reaktionärsten Teile des Finanzkapitals!

Hitlers Machtantritt ist keine Revolution, sondern eine präventive Konterrevolution!»

Alles Worte, denen der konkrete Inhalt fehlt. Und man ist versucht, diese Taktik der KPD mit Goethes Mephistoworten aus dem «Faust» zu charakterisieren:

«Denn eben wo Begriffe fehlen,

da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.

Mit Worten lässt sich trefflich streiten,

mit Worten ein System bereiten,

an Worte lässt sich trefflich glauben ...»

Viele Kommunisten glauben noch trefflich und treulich den Worten ihrer Führung. Das Zentralkomitee und das Zentralsekretariat werden schon wissen, weshalb sie noch nicht den Befehl zum Losschlagen geben. Jedenfalls fordern sie zum Handeln auf, wie immer das auch gemeint sein mag.

In Leipzig steht am Augustusplatz, der heute Karl-Marx-Platz benannt ist, das Europa-Hochhaus. Hoch oben vor der Fassade des letzten Stockwerkes stehen zwei gusseiserne Männer, die mit riesigen Hämmern jede Viertelstunde und jede volle Stunde an eine grosse Bronzeglocke schlagen. Zumindest bei den Schlägen, die volle Stunden anzeigen, bleiben die Menschen auf dem weiten Platz stehen. Auch die an den sechs Strassenbahnhaltestellen Wartenden, die vor dem Mendebrunnen spielenden Kinder und die taubenfütternden Touristen schauen dann nach oben zum Hochhaus.

Der Jungkommunist Karl Stenzel, von seinen Genossen «Dackel» genannt, hat eine Idee. Lange wird experimentiert, bis alles richtig klappt. Dann ist es soweit.

Mit zwei Genossen besteigt «Dackel» das Dach des Hochhauses. Niemand hält sie an, sie tragen Arbeitskleidung, einen Eimer, Bretter und ein grosses Paket. Also werden sie wohl auf dem Dach zu arbeiten haben. So ist es auch. Die Arbeit besteht darin, dass kurze Bretter quer unter ein längeres Brett gelegt werden, das etwas über den Dachrand hinausragt. Vorn auf das Brett wird das inzwischen aufgeschnürte Paket gelegt, auf das andere Ende der improvisierten Wippe kommt der randvoll mit Wasser gefüllte Eimer. Die Genossen grinsen sich an, steigen wieder nach unten und verschwinden auf dem Augustusplatz in der Menschenmenge.

Kurz darauf schlagen die beiden erzenen Männer mit ihren Hämmern eine volle Stunde. Die gaffenden Zuschauer erleben etwas Merkwürdiges: Direkt über den Köpfen der beiden Zeitschläger beginnt es zu schneien, obwohl doch der Februarhimmel klar ist. Die Schneeflocken sind auch grösser, als man es je sah. Alles starrt und starrt, bis die ersten merken, dass es sich da nicht

um Schneeflocken, sondern um Flugblätter handelt. Man ist ja alle mögliche Wahlpropaganda und auch jede Art Reklame der Industrie gewöhnt – aber das hier ist mal etwas anderes, das muss man lesen. Jeder greift zu.

«Leipziger Arbeiter!» Wählt Thälmann, wählt die KPD!
Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!»

Die «Leipziger Volkszeitung», die einst zu ihren Redakteuren und Mitarbeitern so berühmte Leute wie Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm und Karl Liebknecht, Wladimir Iljitsch Lenin, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Franz Mehring und August Bebel zählte, berichtet am nächsten Tag darüber und verrät auch gleich den Trick: ein Loch im Boden des Eimers, das genau so gross sein muss, dass nach einer bestimmten Zeit so viel Wasser ausgelaufen ist, um dem auf der anderen Seite des Brettes liegenden Packen Flugblätter das Übergewicht zu geben. Nachmachen, Genossen!

Auch die anderen Leipziger Zeitungen berichten über diese originelle Form der Wahlpropaganda. Nur die LNN, die wohlrenommierten, bürgerlichen «Leipziger Neuesten Nachrichten», schweigen über den Vorfall. Das fehlte gerade noch, kostenlos für die Kommunisten Wahlpropaganda zu machen – der Verleger selber ist SA-Führer.

Einige Zeit später ist ein anderes kommunistisches Unternehmen in Leipzig in aller Munde und für lange Zeit Gesprächsstoff.

Der Zentralschornstein des Elektrizitätswerkes gegenüber dem Stadtbad ist der höchste Industrieschlot des Kontinents. Von vielen Stadtteilen aus sieht man ihn als spitze Nadel in den Himmel ragen.

Die aufsteigende Sonne trifft über Leipzig stets zuerst jenen höchsten Punkt. Und eines Morgens bestrahlt sie, weithin für jedermann sichtbar, etwas im frischen Morgenwind sanft auswehendes, leuchtend Rotes. Über der Messestadt, Bücherstadt und Musikstadt Leipzig weht die rote Fahne der Weltrevolution. Und sie weht tagelang.

Die wagemutigen Kommunisten, die eine nächtliche Betriebspause am Zentralen Kesselwerk zu einem lebensgefährlichen Aufstieg bis zur schwankenden Schornsteinspitze genutzt haben, pflanzten nicht nur das flatternde Symbol des internationalen Kommunismus in den Leipziger Himmel. Sie haben es bei ihrem Abstieg noch fertiggebracht, die grösste Zahl der Steigeisen aus der Schornsteinwand zu brechen. Die müssen nun erst mühsam neu eingemauert werden, bevor jemand die rote Fahne von der Schornsteinspitze entfernen kann.

Es ist noch gar nicht so lange her, da standen die Leipziger schon einmal staunend vor dem höchsten Industriebauwerk Europas, auf das sie stolz sind. Einer

der ersten Tonfilme wurde gedreht. Hauptheld: Harry Piel, der Filmdarsteller, der sich nie durch ein Double vertreten liess. Kämpfte er mit einem Tiger, dann war er es selbst, und nicht ein auf Harry Piel geschminkter Dompteur; er selbst sprang mit dem Fallschirm ab, er legte mit dem Flugzeug eine gekonnte Bruchlandung für die Kamera hin, er raste bei Verfolgungsjagen mit dem Motorrad Treppen herauf und herunter.

Hier in Leipzig jagt er einen Verbrecher bis zur Schornsteinspitze des E-Werkes. Den Kameraleuten, die von einem neben dem Schornstein verankerten Ballon aus filmen, und den Zuschauern unten wird übel, als sie Harry Piel oben auf der schwankenden Mauerkrone den «Verbrecher», einen für diese Aufnahme engagierten Hochseilartisten, jagen sehen. Das ist noch in aller Erinnerung.

Jetzt stehen die Neugierigen wieder vor dem E-Werk und starren kopfschüttelnd nach oben. Nur mühsam gelingt es der Polizei, die Leute zum Weitergehen zu bewegen.

«Ich gloobe fast, mein Gudesder», sagt einer der Passanten zum anderen, wohl in Gedanken bei jener Filmaufnahme und bei dem damals berühmtesten und beliebtesten Sensationsdarsteller des deutschen Films, «ich gloobe, der Harry Biel muss zu d'n Gommenist'n gegangen' sein. Anders gann 'ch mer das nich vorstell'n.»

Für sportliche Leistungen sind die Menschen stets zu begeistern, und das hier ist ohne Zweifel eine tolle Sache. Das geben auch die zu, die für die Kommunisten nichts übrig haben. Selbst unter SA-Leuten spricht man anerkennend über die unbekanntenen «Übeltäter». «Das sind wenigstens Kerle», heisst es, «die sollten bei uns mitmachen, solche Burschen können wir brauchen.» Mit einem ähnlichen Bravourstück erreichen Arbeitersportler im Elbsandsteingebirge, das auch unter dem Namen «Sächsische Schweiz» bekannt ist, eine noch längerdauernde Wirkung. Die «Sächsische Schweiz» ist nicht nur Touristen wegen ihrer landschaftlichen Schönheit und Karl-May-Enthusiasten wegen der Festspiele auf der Felsenbühne Rathen ein Begriff, sondern auch den Alpinisten aus aller Welt. Ihre schroffen Sandsteinfelsen bieten ideale Kletter- und Übungsmöglichkeiten bis zum höchsten Schwierigkeitsgrad der Stufe sechs.

Der am schwersten zu erkletternde Felsen ist die «Barberina», eine einsam aus dem Waldboden aufragende riesige Säule aus Stein. Ihre Wände sind nicht nur ringsum senkrecht, sondern hängen an vielen Stellen über. Nur den allerbesten Kletterern gelingt es, die bemooste Plattform auf dem Gipfel der «Barberina» zu erreichen. Lange nach dem Ende des Dritten Reiches werden vier junge sächsische Sportler weltberühmt, die ihre Kletterkunst den Übungen an der «Barberina» verdanken – nach ihrer Flucht aus Ulbrichts Reich

verkünden Schlagzeilen in der Weltpresse ihre alpinistische Grosstat: Toni Hiebei und seine Kameraden haben erstmals in direkter Route die Eiger-Nordwand bezwungen, die man auch die Mordwand nennt.

Jetzt, 1933, ist es noch die Generation der Väter dieser sächsischen Alpinisten, die sich an der schwierigen Felsssäule abmühen. Diesmal nicht aus Freude an der sportlichen Leistung, sondern um der Politik willen. Sportler der VKA, der «Vereinigten Kletterabteilung», pinseln in mühseliger und gefährlicher Arbeit der «Barberina» eine antifaschistische Losung auf den mächtigen Leib aus Stein. Monatelang können die Besucher der Sächsischen Schweiz die weissen Buchstaben leuchten sehen: «Fort mit Hitler!»

Keiner ist in der Lage, den Felsen zu erklettern und die «staatsfeindlichen» Buchstaben zu entfernen. Erst die Natur hat ein Einsehen und lässt die weisse Farbe allmählich verblassen.

Die ebenfalls zur VKA gehörende Alpinistengruppe «Felsenstern» unternimmt etwas Ähnliches wie die Leipziger Genossen im Elektrizitätswerk. Nur ist es in Dresden der grosse Schornstein der Waffenfabrik «Arsenal», von dem eines Tages die rote Fahne weht. Am 15. Februar spricht Hitler in Stuttgart. Die Rede wird über den Rundfunk übertragen. Das heisst: Sie soll übertragen werden. Wie aus Goebbels Tagebucheintragen von diesem Tag hervorgeht, klappt es nicht ganz:

«[Hitler] wendet sich scharf gegen den noch immer amtierenden Staatspräsidenten Boltz und die schmierigen Intrigen des Zentrums. Ein Teil der Rede kann nicht übertragen werden, weil infolge der Unzulänglichkeit der amtlichen Vorbereitungen ein Kabel durch Kommunisten zerstört worden ist.

Da wir in der Nacht nicht zurückfliegen können, lasse ich gleich die verantwortlichen Herren vom Rundfunk im Hotel antanzen und geige ihnen die Meinung in einer Art und Weise, dass ihnen Hören und Sehen vergeht. Gleich am anderen Tag sollen zwei von ihnen telegraphisch ihres Amtes enthoben werden. Jetzt wird den anderen wohl die Lust vergehen, uns durch Sabotage zu stören.»

Diese Tagebuchnotiz kennzeichnet sehr gut die Lage in jenen Tagen. Sie lässt den Widerstand erkennen, den Einzelne leisten, und zeigt zugleich, dass es Leute gibt, die sogar dann, wenn sie persönlich betroffen sind, nicht an Widerstand denken. Goebbels ist an jenem Tag noch nichts als ein Parteifunktionär der NSDAP, einer der vielen deutschen Parteien, wenn auch der grössten. Er hat kein staatliches Amt inne, er ist weder Minister, noch Staatssekretär oder auch nur in irgendeinem Ministerium wenigstens Abteilungsleiter. Trotzdem lässt er die vom Staat besoldeten Rundfunkleiter

«antanzen» – und sie kommen und lassen sich abkanzeln.

Widerstand wird nur «ganz unten» geleistet. Es kommt auch zu blutigen Zwischenfällen. Die SA nimmt vielerorts, vor allem in den Grossstädten, wahllos und gesetzwidrig Verhaftungen vor. Sie schlägt Kommunisten zusammen, sperrt sie in die Keller ihrer Parteilokale, es gibt auch Tote. Die Kommunisten wehren sich, ergreifen auch gelegentlich selbst die Initiative, und es kommt zu Bluttaten, die von ihrer Führung keineswegs angeordnet sind. Sie entstehen, wie aller anderer Widerstand und Gegenwiderstand in jenen ersten Tagen des Dritten Reiches, spontan, aus alten Ressentiments, auch aus persönlichem Hass aus ganz privaten, egoistischen Motiven.

Die KPD-Führung hat diesen Terror nicht befohlen, aber sie hat mit ihrer Agitation vom «Handeln», vom «Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals», und mit der Losung «Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft», das ihre dazu beigetragen.

Die Führung der NSDAP ihrerseits wünscht in dieser Phase der totalen Machtergreifung ebenfalls nicht das, was die SA-Leute tun. Aber sie sieht sich gezwungen, es zu tolerieren. Man muss den SA-Leuten freien Lauf lassen, wenn sie sich nicht gegen die eigene Führung richten sollen. Sie haben jahrelang von der nationalen «Revolution» gehört – und die wollen sie jetzt haben. Deshalb muss man sie lassen, sie werden sich bald ausgetobt haben und schon wieder beruhigen.

Marinus van der Lubbe ahnt von all diesen Vorgängen nichts. Nichts von der Flugblattaktion am Leipziger Europa-Hochhaus, von der Harry-Piel-Imitation auf dem Schornstein des Leipziger Elektrizitätswerkes, und auch von der «Barberina» hat er noch nie etwas gehört. Hätte er aber von all den eigenmächtigen Aktionen der «kleinen Leute» vernommen, so würde das an seinem Entschluss nichts ändern, eine «grosse Tat» zu vollbringen, die entscheidende Tat, die aufrüttelnde Tat. Weder mit vom Himmel schneidenden Flugblättern, noch mit Schornsteinfahnen und mit bepinselten Steinsäulen oder erstochenen SA-Männern kann man das Unheil wenden. Es muss schon etwas sein, was weithin zu sehen ist, ein «Fanal», wie er später sagen wird.

Zunächst wandert van der Lubbe erst einmal ziellos durch die Stadt. Am Nachmittag des 19. Februar, einem Sonntag, nimmt der unruhige, noch immer nach der Möglichkeit für «eine Tat» suchende Holländer an der Grosskundgebung des «Reichsbanners» im Lustgarten, dem heutigen Marx-Engels-Platz, teil. Kolonne auf Kolonne der militanten Organisation der SPD und Gewerkschaften marschieren auf. Van der Lubbe sieht noch einmal, wie stark doch die Macht der Arbeiterschaft ist, und er denkt daran, dass die vielen Ber-

liner Kommunisten an dieser Kundgebung noch nicht einmal teilnehmen. Wie stark muss dann erst die vereinte Arbeiterschaft sein! 500'000 kommunistische Wähler gibt es in Berlin.

In den nächsten Tagen ist er fast ununterbrochen unterwegs. Er läuft neben marschierenden SA-Kolonnen her, besucht Wahlversammlungen verschiedener Parteien, diskutiert vor Wohlfahrtsämtern und Stempelstellen mit den wartenden Arbeitslosen. Er steht selbst in den Schlangen der Wartenden, um eine Essensmarke zu erhalten, er wandert durch ganz Berlin, sieht sich am Alexanderplatz den Film «Der Rebell» an.

Am Donnerstag, es ist der 23. Februar 1933, kommt van der Lubbe auch am Arbeitsamt in der Kochstrasse, Ecke Friedrichstrasse, vorbei. Das ist jene Stelle, an der sich 1961 amerikanische und sowjetische Panzer mit schussbereiten Kanonen gegenüberstehen, jene Stelle, die unter dem Namen «Checkpoint Charlie» heute eine traurige Berühmtheit als Ausländerdurchschlupf durch Ulbrichts Mauer erlangt hat.

Hier diskutiert van der Lubbe länger als anderswo, denn manche der Arbeitslosen können sich später noch an ihn entsinnen. Es kommt fast zu tätlichen Auseinandersetzungen dort, denn unter den Arbeitslosen sind ebensoviel Anhänger wie Gegner Hitlers.

«Geht doch rein, statt hier draussen in Schnee und Kälte anzustehen. Holt euch doch euer Geld!» stichelt der Holländer. «Warum lasst ihr Arbeiter euch denn alles gefallen? Oder steckt die Bude einfach an! Wie dann wohl die satten Beamten laufen werden!»

Die Arbeitslosen tippen sich an die Stirn. Der Kerl ist ja verrückt! Man merkt, dass er Ausländer ist. Was meint der wohl, wie schnell ein Überfallkommando hier sein kann! Mit Geld sähe es dann ganz finster aus, der einzige Erfolg wären ein paar Beulen von einem Polizei-Gummiknüppel oder gar gesiebte Luft wegen «Landfriedensbruch» oder so was Ähnlichem. Nein, mit uns nicht. Überhaupt – lasst doch erst mal den Hitler zeigen, was er kann.

Van der Lubbe findet auf seiner rastlosen Wanderung durch Berlin manchen, der ihm zustimmt, aber unternehmen will niemand etwas. «Ja, wenn wir alle zusammen . . .», sagt einer zu dem eifernden Holländer. «Du weisst ja: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will. Aber wenn jeder etwas anderes will, wenn keiner das Kommando gibt?»

Am Abend zuvor, am 22. Februar, hat die Polizei die kommunistische Parteizentrale, das Liebknecht-Haus am Bülowplatz, durchsucht. Auf Motorrädern und mit Lastkraftwagen ist die Polizei vorgefahren und hat die Gegend hermetisch abgeriegelt. Auch die Nachbargebäude des Liebknecht-Hauses werden durchsucht, denn die Polizei weiss inzwischen durch die zahlreichen

kommunistischen Überläufer, dass diese Häuser über Strohmänner ebenfalls der KPD gehören und durch Geheimgänge mit dem Gebäude des ZK in Verbindung stehen.

Es werden verborgene Räume gefunden, vollgestopft mit Flugblättern, Aufrufen. Gutgetarnt hinter der Wand eines Badezimmers findet man auch Waffen. Die Druckschriften rufen zum bewaffneten Kampf auf, aber diese Aufrufe, wenn auch eben erst gedruckt, sind Zitate Lenins aus der Zeit des Bürgerkrieges in Russland. Nichts an dem, was im Liebknecht-Haus gefunden wird, deutet auf einen unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Aufstand hin. Sicher – die Aufrufe sind blutrünstig genug. Aber es ist, wie die Berliner sagen, nur «Schnee vom alten Jahr».

Goebbels schlachtet natürlich die Waffen- und Flugblattfunde trotzdem aus und tut so, als habe die Berliner Polizei eben noch den Bürgerkrieg verhindert. Aber praktisch geschieht noch immer nichts gegen die Kommunisten, Hitler wartet mit seinen Leuten noch immer darauf, dass die Kommunisten selber losschlagen, vorher scheint es ihm nicht opportun, von sich aus einzugreifen. Insbesondere jetzt vor den Wahlen will Hitler als Retter vor dem Volk und nicht als Arbeiterfeind und Arbeitermörder dastehen.

Zu dieser Taktik der Volksumwerbung notiert Goebbels in sein Tagebuch:

«Vorläufig wollen wir von direkten Gegenmassnahmen absehen. Der bolschewistische Revolutionsversuch muss erst einmal aufflammen. Im geeigneten Moment werden wir dann zuschlagen.»

Und es ist Marinus van der Lubbe, der den nationalsozialistischen Machthabern diesen geeigneten Grund zum Losschlagen liefern wird. Nach einigen fehlgeschlagenen Brandstiftungen hat er sich vorgenommen, das Reichstagsgebäude anzuzünden.

Am 27. Februar gegen 17 Uhr betrachtet er zunächst einmal den Ort seiner Tat, wagt aber noch nichts zu unternehmen, da in einigen Räumen noch Licht brennt und Abgeordnete noch an der Arbeit sind. Einer dieser Abgeordneten ist der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, Ernst Torgler. Als einer der letzten verlässt er an diesem Abend das Reichstagsgebäude, und das genügt den Nationalsozialisten, ihn der Brandstiftung zu verdächtigen und anzuklagen.

Van der Lubbe wandert an den Denkmälern preussischer Könige und Feldherren in der Siegesallee vorbei zum Potsdamer Platz, über die Leipziger Strasse zum Alexanderplatz und erst dann wieder zum Reichstag zurück. Etwas vor 21 Uhr trifft er dort ein. Jetzt ist alles dunkel.

Kurz nach 21 Uhr kommt der junge Schriftsetzer Werner Thaler am Reichstag vorbei. Er hat nach langer

Arbeitslosigkeit endlich wieder Arbeit gefunden, ausgerechnet in der Druckerei des Nazi-Blattes «Völkischer Beobachter», obwohl er selbst ein Gegner der Nazis ist. Jetzt will er zum nahegelegenen Lehrter Bahnhof, um mit der S-Bahn nach Hause zu fahren. Plötzlich hört Thaler ein Klirren. Er blickt sich um und sieht undeutlich einen Schatten rechts vom Hauptportal über der westlichen Auffahrtsrampe. Der Schatten verschwindet in einem Fenster des Hochparterres. Dann flackert ein Licht auf. Will da jemand einen Brand legen? denkt Werner Thaler verblüfft. Er läuft um das Gebäude herum, in der Hoffnung, einen Polizisten zu finden.

Ein anderer Passant, der Theologiestudent Hans Flöter, hat das Klirren ebenfalls gehört und den kurz darauf aufleuchtenden Feuerschein gesehen. Auch er läuft los, in anderer Richtung als Thaler. Flöter hat zuerst Glück. Er trifft den Schupo-Oberwachtmeister Buwert und macht ihn darauf aufmerksam, dass jemand in das erste Fenster rechts neben dem Hauptportal in den Reichstag eingestiegen sei. Buwert läuft in die angegebene Richtung und trifft auf Werner Thaler, der ihm dasselbe berichtet. Thaler hat inzwischen einen Wachtmeister von der Tiergartenstreife alarmiert, den Wachtmeister Poeschel, der nun ebenfalls herankommt.

Buwert ist der ranghöhere der beiden Polizisten. Er zögert einen Augenblick, was er tun soll, und so kommt es, dass van der Lubbe 20 Minuten Zeit hat, um endlich auszuführen, was er sich schon nach dem Gespräch mit seinem Freund Sierach vorgenommen hat.

Von Feuer ist nichts zu sehen, feststeht nur, dass jemand eingebrochen hat, denn das zerschlagene Fenster ist auch in der Dunkelheit deutlich zu erkennen, und unter ihm, auf der Wagenrampe, liegen Glasscherben. So entschliesst sich Buwert, zunächst nicht die Feuerwehr, sondern seine Kollegen zu verständigen. Ein weiterer Passant, der inzwischen neugierig hinzugetreten ist, wird gebeten, die Polizeiwache im nahegelegenen Brandenburger Tor zu benachrichtigen. Die Polizisten Buwert und Poeschel gehen inzwischen noch einmal um das Gebäude, um festzustellen, ob nicht noch anderswo jemand eingestiegen ist.

Dabei sieht der Oberwachtmeister nun selbst durch ein Fenster flackernden Feuerschein. Kein Zweifel: doch Brandstiftung. Die Mitteilung Thalers und Flöters war also richtig. Zwei Passanten werden von ihm zu dem gegenüberliegenden Haus des «Vereins der Ingenieure» geschickt, mit dem Auftrag, die Feuerwehr zu alarmieren. Tatsächlich ruft der im VDI-Haus diensthabende Pförtner telefonisch bei der Hauptfeuerwache in der Lindenstrasse an.

Dieser Alarm wird dort um 21.13 Uhr registriert. Zugleich wird der örtlich zuständigen Feuerwache

«Stettin» in der Linienstrasse der Befehl gegeben, einen Löschzug zum Reichstag zu entsenden. Nur einen – obwohl bei einem Brand öffentlicher Gebäude automatisch Alarmstufe drei gilt, also drei Löschzüge entsandt werden müssen. Aber das ergibt sich ganz einfach daraus, dass der Alarm nicht aus dem Reichstag selbst kommt, weder von einem der dort installierten und direkt mit der Feuerwehr verbundenen Feuermelder noch wenigstens von einem Angestellten des Reichstages. Es handelt sich um nichts als die – vielleicht falsche – Mitteilung einer Privatperson. Ausserdem wird der Feuerwehrzentrale auf Anfrage von dem Anrufer geantwortet, es sei kein Feuer zu sehen, schlimm könne es also nicht sein.

21.18 Uhr ist dieser Löschzug von der Wache «Stettin» am Reichstag. Drei Minuten zuvor hat ein Beamter der Tiergartenstreife, der nichts davon weiss, dass sein Kollege Buwert schon für die Alarmierung der Feuerwehr gesorgt hat, von sich aus einen Feuermelder betätigt, der einen Löschzug von der Feuerwache «Moabit» in der Turmstrasse in Bewegung setzt.

Inzwischen ist der Polizeileutnant Lateit von der Polizeiwache am Brandenburger Tor eingetroffen und hat Oberwachtmeister Buwert beauftragt, nochmals die Feuerwehr zu alarmieren. Buwert gibt den Befehl an einen Kameraden weiter, aber die Hauptwache unternimmt nichts, weil ihr mittlerweile gemeldet worden ist, auch die Feuerwache «Moabit» sei bereits alarmiert und mit einem Zug im Einsatz.

Leutnant Lateit seinerseits, der den um 21.20 Uhr eintreffenden Löschzug aus der Turmstrasse ankommend sieht, glaubt, dieser Zug sei auf seine Veranlassung alarmiert worden und unternimmt deshalb ebenfalls nichts weiter.

Die Feuerwehrleute dringen mit Steckleitern durch die Fenster im Hochparterre ein. Zunächst sehen sie nichts von einem Brand. Der inzwischen herbeigeeilte Pförtner vom Portal V – das einzige, das um diese Zeit besetzt ist, alle anderen werden um 20 Uhr geschlossen, das Hauptportal ist niemals ausser zu Reichstags-sitzungen geöffnet – weiss von gar nichts.

Dann treffen die Feuerwehrleute im Restaurant auf Brandstellen. Jetzt gibt Brandmeister Wald vom Portal V aus gleich 10. Alarm. Mit den nun eintreffenden Löschzügen kommt auch der Berliner Oberbranddirektor Gemppe zum Reichstag. Um 21.42 Uhr gibt er selbst Alarm der 15. Stufe, nachdem ein grosser Brandherd im Plenarsaal entdeckt worden ist. Um diese Zeit ist van der Lubbe bereits gefasst. Schliesslich, wenn auch zu spät, sind 60 Feuerwehrwagen und einige Löschboote auf der Spree im Einsatz.

Auch der technische Inspektor Scranowitz ist aus seiner nahegelegenen Wohnung eingetroffen. Gemeinsam mit

den Polizeibeamten Buwert und Poeschel durchsucht er die Räume im Hauptgeschoss und dann im Erdgeschoss. In einem Raum hinter der Küche für die Beamtenkantine im Erdgeschoss entdeckt Buwert durch die Mattglasscheibe einer Durchreiche endlich den Schatten des Brandstifters. Er schießt, aber der Schuss geht daneben.

Van der Lubbe verschwindet noch weiter nach hinten, Buwert kann ihm nicht gleich folgen, denn die Türen sind alle verschlossen. Bis er schliesslich entdeckt, dass der Brandstifter durch das Fenster einer Speisendurchgabe in den Raum gelangt ist, ist nichts mehr von ihm zu sehen.

Van der Lubbe bleibt noch Zeit genug, das Wichtigste zu tun. Er gelangt in «eine grosse Kirche», wie er später sagt. Es ist der Plenarsaal. Hier endlich lodert das Feuer richtig auf. Die Bestuhlung wird säuberlich gepflegt, mit einer leicht brennbaren Möbelpolitur, das Holz selbst ist alt und zundertrocken. Die riesigen Vorhänge an den Fenstern sind gegen Feuer imprägniert – aber die letzte Imprägnierung ist vor vielen Jahren erfolgt, auch sie nehmen sofort Feuer an.

Van der Lubbe hat inzwischen seine Kohlenanzünder längst verbraucht. Er hat seinen Pullover als Fackel benutzt, ebenso einige in der Küche gefundene Handtücher. Von dem ersten brennenden Vorhang im Plenarsaal reisst er Stücke ab und setzt damit andere Vorhänge in Brand.

Dann rennt er weiter, brennt ein Sofa an, einen Sessel. Während der ganzen Zeit hört er die Stimmen der Feuerwehrleute und der Polizisten, die ihn suchen.

Im Bismarcksaal ist es schliesslich soweit. Wachtmeister Poeschel und Hausinspektor Scranowitz stellen den Brandstifter.

«Hände hoch!» schreit Poeschel und richtet die Pistole auf den nackten, schweissglänzenden Oberkörper des Holländers – denn sein Hemd hat van der Lubbe auch noch als Brandfackel benutzt. «Warum hast du das gemacht?»

«Protest! Protest!» ruft van der Lubbe und hebt langsam die Arme.

Poeschel und Leutnant Lateit, der hinzugekommen ist, führen den Verhafteten zur Portiersloge hinunter. Der Pförtner reicht dem schweisstriefenden van der Lubbe eine Decke, damit er den nackten Oberkörper schützen kann. Nach einem ersten kurzen Verhör in der Portiersloge wird van der Lubbe nach draussen geführt und in einem Polizeiwagen zur Wache am Brandenburger Tor gebracht.

Es ist genau 21.37 Uhr, als der Wagen losfährt.

Zur gleichen Zeit trifft ein anderer Wagen vor dem Reichstagsgebäude ein und müht sich durch das Gewirr von Feuerwehrwagen und Wasserschläuchen, bis

es nicht mehr weitergeht und der Insasse aussteigen muss. Es ist Hermann Göring, seit den letzten Wahlen als Vertreter der stärksten Partei, der NSDAP, Reichstagspräsident. Seine Sekretärin, Fräulein Grundtmann, hat ihn daheim angerufen, nachdem sie selber vom Pförtner des Präsidentenpalais informiert worden ist. Göring ist der erste der Naziführer, der an der Brandstelle eintrifft. Hitler und Goebbels kommen erst dann, als der Plenarsaal bereits lichterloh brennt und aus der riesigen Kuppel die Flammen in die kalte Februarnacht schlagen.

Göring empfängt Hitler in dem raucherfüllten Gebäude und erstattet einen ersten Bericht. Einer der Brandstifter sei bereits gefasst, ein Holländer namens van der Lubbe, ein Kommunist. Er habe schon am Tatort sofort zugegeben, dass der Brand ein «Protest» sein sollte, ein «Signal» für die Arbeiter, sich zu erheben.

Für Hitler ebenso wie für Goebbels ist sofort auch ohne Görings Bericht ihrem Wunschenken entsprechend klar: Das können nur die Kommunisten gewesen sein, wer sonst?

Der provisorische Leiter der politischen Polizei Preussens, der gleich darauf zum ersten Chef der Gestapo ernannte Oberregierungsrat Diels, ist ebenfalls bereits anwesend. Er hat schon ein erstes Verhör mit van der Lubbe angestellt und ist davon überzeugt, dass der junge Wirrkopf das Feuer alleir gelegt hat. Er berichtet darüber:

«Ein Adjutant Hitlers stöberte mich im Labyrinth der nun von Feuerwehrmännern und Polizisten belebten Gänge auf. Er überbrachte mir den Befehl Görings, mich sofort in der hohen Runde einzufinden. Auf einem in den Plenarsaal vorspringenden Balkon waren Hitler und seine Getreuen versammelt. Hitler hatte sich mit beiden Armen auf die steinerne Brüstung des Balkons gestützt und starrte schweigend in das rote Flammenmeer . . . Als ich eintrat, schritt Göring auf mich zu. In seiner Stimme lag das ganze schicksalsschwere Pathos der dramatischen Stunde:

„Das ist der Beginn des kommunistischen Aufstands! Sie werden jetzt losschlagen! Es darf keine Minute versäumt werden!“

Diels berichtete Göring, dass nach der ersten Vernehmung des Brandstifters sehr wahrscheinlich sei, dass van der Lubbe allein gewesen sei, doch da mischt sich Hitler ein:

«Das ist eine ganz raffinierte, von lange her vorbereitete Sache. Das haben sich diese Verbrecher schön ausgedacht! Aber», wendet sich Hitler fordernd an seine Umgebung, «aber nicht wahr, meine Parteigenossen, sie haben sich verrechnet. Diese Untermenschen ahnen ja gar nicht, wie das Volk auf unserer Seite steht. In ihren Mauselöchern, aus denen sie jetzt

herauskommen wollen, hören sie ja nichts von dem Jubel der Massen!»

Diels ist das alles zu unsachlich; Hitler hat sich so hemmungslos in Wut geredet, dass von ihm keine klaren Befehle zu erwarten sind. Diels bittet Göring, der in seiner neuen Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident und Innenminister sein Vorgesetzter ist, zur Seite, um Anweisungen von ihm zu erhalten. Und Göring befiehlt die Verhaftung sämtlicher kommunistischer Funktionäre.

Diels gibt Görings Befehle an seinen Mitarbeiter Schneider weiter.

Während Diels und Schneider an die Arbeit gehen, ist Göring auf eine Idee gekommen. Der riesige Brand kann unmöglich Werk eines Einzelnen sein. Aber andererseits – es ist nur ein Mann verhaftet worden, zugleich aber ist das Reichstagsgebäude praktisch vom ersten Augenblick der Brandstiftung von Polizisten und Neugierigen bewacht worden, niemand hat das Gebäude verlassen. Wo also sind die Mittäter von der Lubbe?

Göring fällt etwas ein: der unterirdische Gang, der sich vom Reichstagsgebäude unter der Friedrich-Ebert-Strasse zum Präsidentenpalais und von dort zum Kesselhaus der gemeinsamen Zentralheizung hinzieht. Nur dort können Lübbes Komplizen stecken!

Am 1. September 1929 ist unten im Keller bereits einmal ein Sprengkörper explodiert, und vor einem halben Jahr, im September 1932, ist die Polizei alarmiert worden, weil angeblich Attentäter durch den unterirdischen Gang in den Reichstagskeller eingedrungen sind und dort Sprengladungen angebracht haben. Der Alarm stellt sich als Falschmeldung heraus, aber immerhin hat die preussische Regierung damals unter der Reichsregierung Papen gesetzwidrig sogar die Räume der kommunistischen Fraktion und die Büros ihrer Abgeordneten nach Waffen und Sprengstoff durchsucht. Für Göring liegt der Gedanke nahe, dass die Komplizen des Brandstifters, an die er glaubt, diesen unterirdischen Gang benutzt haben.

Görings Leibwächter und Chauffeur Weber wird daraufhin mit drei wahllos herausgegriffenen Polizeibeamten nach unten geschickt, um den unterirdischen Heizungsgang zu durchsuchen. Die vier begeben sich zum Präsidentenpalais auf der anderen Seite der Friedrich-Ebert-Strasse und lassen sich von der Portiersfrau die Schlüssel aushändigen. Dann kontrollieren sie den ominösen Gang. Die Ausgangstür zum Kesselhaus ist ebenso ordnungsgemäss verschlossen wie die Tür unter dem Reichstagsgebäude. Auch sonst ist nichts Verdächtiges zu bemerken.

Weber berichtet das seinem Chef. Aber der lässt sich nun nicht mehr von seiner Idee abbringen, dass einer

allein den Brand nicht angelegt haben kann. Entweder also müssen die Mittäter unter Angestellten des Hauses zu suchen sein, zumindest Helfer, die die Möglichkeit hatten, den Brandstiftern die Türen zum Kellergang zu öffnen oder Nachschlüssel anfertigen zu lassen. Oder aber es handelt sich nicht nur um Angestellte, sondern sogar um Abgeordnete des Reichstages. Diese fixe Idee passt ausserdem wunderbar zu der Theorie, dass die Kommunisten damit das Signal zum Aufstand geben wollten.

Aber nicht nur Göring hat eine solche fixe Idee, die Kommunisten haben sie auch: Van der Lubbe kann den Brand nicht allein gelegt haben, folglich muss er Helfer gehabt haben. Da wir Kommunisten es nicht waren, können es ohne jeden Zweifel nur die Nazis gewesen sein.

Und bei der kommunistischen Abart der fixen Idee Görings kommt wie in einem Negativbild natürlich auch der unterirdische Heizungsgang vor. Hier ist es der Schriftsteller Gustav Regler, dessen Hinweis auf den unterirdischen Gang einen riesigen Rattenschwanz von Erfindungen, Mutmassungen und Schlussfolgerungen gebiert.

Doch noch ist es nicht soweit, erst sind einmal die Nazis am Zug, aus dem Brand des Reichstages Kapital zu schlagen.

Hitler, Göring und Goebbels sind noch im brennenden Reichstagsgebäude, als der erste Bericht über die Vernehmung des Brandstifters aus dem Polizeipräsidium am «Alex» eintrifft. Kriminalkommissar Heisig hat das Verhör geführt, einige höhere Beamte sind dabei anwesend, darunter auch der Polizeipräsident Admiral von Levetzow.

Levetzow lässt den Reichskanzler ausdrücklich darauf hinweisen, dass von der Lubbe die Ausdrücke «Fanal» und «Signal» für seine Tat gebraucht und erklärt habe, jetzt sei die Zeit zum Losschlagen gekommen. Nach all den Aufrufen der vergangenen Tage zur «Einheit», zum «Handeln», nach den offen von den Kommunisten erhobenen Forderungen wie «Die Waffen in die Hand des Proletariats!» sind die Polizeibeamten, zumeist keine Nazis, in der hektischen Stimmung der Brandnacht selbst der Auffassung, es handle sich um einen kommunistischen Aufstandsversuch.

Nach dieser Bestätigung gibt es nun kein Halt mehr. Die Verhaftungswelle rollt an.

Hitler begibt sich in das Hotel «Kaiserhof» und von dort mit Goebbels zur Redaktion des «Völkischen Beobachters». Die Rotationsmaschinen werden angehalten und der für die nationalsozialistische Taktik so willkommene Reichstagsbrand propagandistisch ausgeschlachtet. Hitler selbst diktiert Hass und Rache gleich in die Setzmaschine, während Goebbels sich noch ein-

mal in sein Büro zurückzieht und dort flammende Aufrufe verfasst.

Als der Morgen des 28. Februar graut, hat der holländische Revolutionär Marinus van der Lubbe die Tat vollbracht, von der er seit Wochen geträumt hat. Aber sie hat nicht die Arbeiter und ihre Organisationen alarmiert, zum Handeln gebracht, sondern sie ist zu einem Sieg der Nationalsozialisten geworden. Van der Lubbe hat, wie noch so viele Widerstandskämpfer nach ihm, das Gegenteil von dem erreicht, was er eigentlich erreichen wollte. Er hat dem Gegner die Waffen geschmiedet.

Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnet an diesem Tag die ihm vorgelegte «Notverordnung zum Schutz von Volk und Reich». Er hält sie selbst für notwendig. Am vergangenen Abend war er im «Preussischen Herrenhaus» Gast des Vizekanzlers von Papen und hat dort von einem Fenster aus den Brand des Reichstags beobachten können und ihn ebenfalls für den Beginn eines Aufstandes gehalten.

Nach der Notverordnung sind auch ausserhalb der gesetzlichen Bestimmungen für befristete Zeit der Regierung alle Möglichkeiten gegeben, die Pressefreiheit, die Redefreiheit und die Versammlungsfreiheit zu beschränken, ohne richterliche Anordnung Hausdurchsuchungen durchzuführen, das Post- und Fernmeldegeheimnis zu brechen und Beschlagnahme oder andere Eingriffe in das Privateigentum durchzuführen.

Zugleich wird die Reichsregierung vom Präsidenten ermächtigt, im Notfall auch die gesamte Macht in den deutschen Ländern zu übernehmen. Denn das Deutsche Reich ist, ähnlich wie heute die Bundesrepublik, föderativ gegliedert, und die zur realen Machtausübung notwendige Polizei untersteht nicht der Reichsregierung, sondern den einzelnen Ländern.

Durch diese Notverordnung mit ihrer so positiven Begründung «zum Schutz von Volk und Reich», die bis zum Untergang des Dritten Reiches gültig bleibt, wird die staatliche Ordnung von Grund auf umgewandelt. Das rechtsstaatliche Prinzip, das jedem Bürger grundsätzlich eine Freiheitssphäre auch dem Staat gegenüber zusichert, wird durch diese Notverordnung durchbrochen zugunsten einer grundsätzlich schrankenlosen Willkürherrschaft.

Für Hitler, der diese Folgen der Notverordnung in ihrer ganzen Konsequenz nicht einmal durchschaut haben mag, geht es jedoch zunächst einmal darum, den Reichstagsbrand propagandistisch für die kommenden Wahlen am 5. März zu nützen.

Jetzt kann, ungehindert von jeder wirksamen Gegenpropaganda durch SPD und KPD, den Volksmassen verstärkt eingehämmert werden: dass die Nationalsozialisten als einzige in der Lage sind, das drohende

bolschewistische Chaos, den Bürgerkrieg und den Untergang Deutschlands zu verhindern.

Nun, nach dem Reichstagsbrand, nach van der Lubbes «Befreiungstat», ist es leichter als je zuvor, den Massen zu sagen:

«Wählt Hitler, den Retter des Vaterlandes!»

Die Strassen werden nun ausschliesslich von SA, SS, Stahlhelm und Hitlerjugend beherrscht, lediglich das sozialdemokratische «Reichsbanner» tritt noch ab und zu in Erscheinung. Der kommunistische Rotfrontkämpferbund RFB ist schon längst verboten worden, viele seiner Mitglieder bewerben sich jetzt um die Aufnahme in die SA – und werden oft auch aufgenommen. Denn die SA fühlt sich als «Revolutionsmacht», die Kommunisten sind auch Revolutionäre, Kämpfer gegen das verhasste Weimarer «System». Den Geist der Internationale in ihren Köpfen in den Geist des nationalen, deutschen Sozialismus umzuwandeln, das traut man sich schon zu.

Schon nach den zwei Durchsuchungen des Liebknecht-Hauses am Bülow-Platz ist die KPD-Presse verboten worden. Nun werden die führenden Funktionäre verhaftet – soweit sie nicht schon ins Ausland geflüchtet sind. Damit ist die KPD unschädlich gemacht, ohne dass man sie deshalb auch formell verbieten müsste.

Die SA ist als «Hilfspolizei» vereidigt worden und hat nun staatliche Macht. Dass sie diese nur in Zusammenarbeit und im Auftrag der jeweils zuständigen regionalen Behörden ausüben darf, stört die meisten SA-Führer nicht. Sie handeln trotzdem, wie sie wollen, und so entstehen in den Tagen nach dem Reichstagsbrand die ersten, noch illegalen KZ's, zunächst «Schutzhäftlager» genannt. Später systematisch ausgebaut, werden sie das wirkungsvollste Mittel, den Widerstand gegen Hitler zu brechen bzw. unschädlich zu machen. Die SA verhaftet jetzt in weit grösserem Ausmass als befohlen politische Gegner, führt «polizeiliche» Untersuchungen und fühlt sich immer mehr als entscheidender Machtfaktor der «Revolution». Keiner der SA-Führer ahnt auch nur im Geringsten, dass sie damit selbst den eigenen Untergang und den Aufstieg des bisher der SA unterstellten Heinrich Himmler und seiner SS zur alles beherrschenden Macht vorbereiten helfen.

In den Tagen vor der entscheidenden Wahl zum Reichstag verschwinden immer mehr die schwarz-rot-goldenen Fahnen der Republik aus dem Strassenbild. An öffentlichen Gebäuden sind sie ohnehin seit dem 30. Januar nicht mehr zu sehen. Die Farben Schwarz-Weiss-Rot und Hitlers Hakenkreuzfahne beherrschen die Strassen.

In ganz Deutschland jagt eine Massenversammlung die andere; nächtliche Demonstrationzüge unter einem

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933

Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933..... S. 83

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich der Freiheit Beraubten als Geißel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Fried

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gurtner

glühenden Strom brennender Fackeln ziehen singend und Parolen rufend durch die Strassen. Eilends aufgestellte Lautsprecher verbreiten die Wahlreden Hitlers und seiner Leute in Stadt und Land.

Die NSDAP hat nun nicht nur den Staatsapparat – und, was dabei am wichtigsten ist, den Rundfunk – zur Verfügung, sondern die NSDAP besitzt auch endlich Geld.

Die Industrie hat sich bisher mit wenig Ausnahmen nicht an Spenden für Hitler und seine Partei beteiligt. Die Spenden der deutschen Industrie sind an die Deutschnationale Volkspartei, an das katholische Zentrum und an andere Parteien der Weimarer Republik geflossen. Hitler und seine Partei waren den deutschen Industriellen zu revolutionär, zu laut, zu plebejisch. Nun aber, nachdem Hitler Reichskanzler ist, nachdem van der Lübbes «Befreiungstat» die deutschen Industriellen erschreckt, wird Hitler auch von dieser Seite unterstützt. Besser noch ein Hitler mit seinen ordinären SA-Rabauken, als ein Bürgerkrieg mit nachfolgender

Sowjetrepublik Deutschland. Den Hitler und seine Leute wird man sich schon zurechtbiegen können, schliesslich wird nichts so heiss gegessen, wie es gekocht wird.

Hitler proklamiert den 5. März, den Wahntag, zum «Tag der erwachenden Nation». Die nationalsozialistische Propaganda überschlägt sich in den letzten Tagen vor der Wahl förmlich. Goebbels schreibt am 2. März in sein Tagebuch:

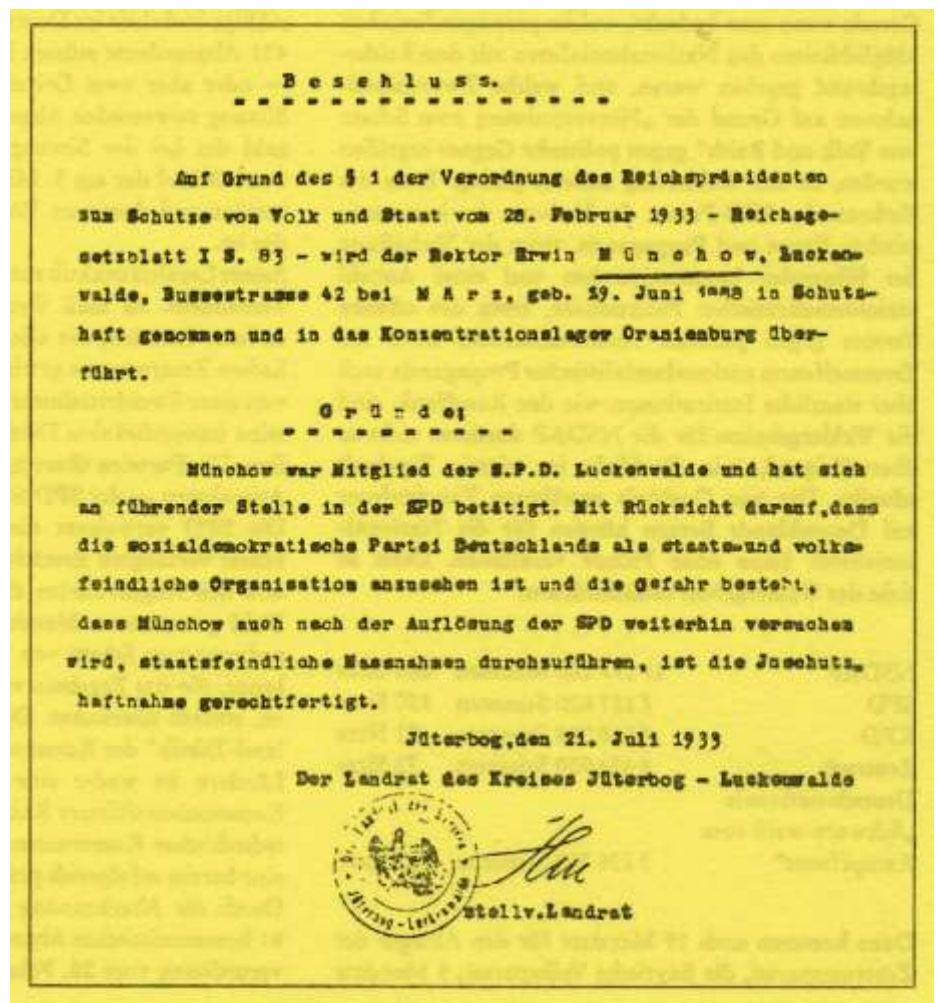
«... wir werden in einer noch nie dagewesenen Konzentration alle unsere Propagandamöglichkeiten ausspielen. Das ganze Volk wird daran Anteil haben...»

Nach den Wahlen vom 5. März:

«... abends hören wir in der Staatsoper die ‚Walküre‘. In Wagners berückend schöne Musik klingen von draussen die Marschrhythmen vorbeiziehender Stahlhelmkolonnen, die in Berlin ihren grossen Tag hatten. Dann kommen die ersten Resultate. Sieg über Sieg, phantastisch und unglaublich...»

Wir sind die Herren im Reich und in Preussen; alle

Abbildung links: Die Notverordnung des Reichspräsidenten «zum Schutz von Volk und Staat» vom 28. Februar 1933. Mit dieser Notverordnung, die gleich nach dem Reichstagsbrand erlassen wurde, hörte Deutschland auf ein Rechtsstaat zu sein. Die bürgerlichen Grundrechte wurden «bis auf Weiteres» ausser Kraft gesetzt, und jeder Missliebige konnte von nun an willkürlich verhaftet werden. – Abbildung rechts: Einer der vielen «Beschlüsse», mit denen «auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat» politische Gegner in «Schutzhaft» genommen wurden.



anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt.

Deutschland ist erwacht!

Süddeutschland hat sich an die Spitze des ganzen Wahlerfolges gestellt. Das ist um so erfreulicher, als wir jetzt die Möglichkeit haben, gegen den separatistischen Föderalismus radikal durchzugreifen.

Berlin hat über 1 Million Stimmen zu verzeichnen . . . Jede Stunde bringt eine neue, unwahrscheinliche Überraschung. Der Führer ist ganz gerührt vor Freude. . . . Nun sind wir also soweit. Jetzt kann der Aufbau im Durchbruch der deutschen Revolution beginnen.»

Und am nächsten Tag heisst es bei Goebbels:

« ... Alle Mitarbeiter sind in einer wunderbar beseligten Stimmung.

Ich ziehe in einem Aufsatz die Schlussbilanz. Der Titel ist stolz und selbstbewusst: ‚Das Volk will es!‘...»

Goebbels, der seine Tagebuchaufzeichnungen später veröffentlichen will, verzerrt auch hier wie so oft die Wahrheit, sofern sich diese Wahrheit nicht mit der von ihm gewünschten Wirklichkeit in Einklang bringen lässt.

Gerade wenn man bedenkt, welche propagandistischen Möglichkeiten den Nationalsozialisten mit dem Reichstagsbrand gegeben waren, und welche Zwangsmassnahmen auf Grund der «Notverordnung zum Schutz von Volk und Reich» gegen politische Gegner ergriffen wurden, ist der Wahlerfolg äusserst gering. Trotz des Verbotes der SPD-Presse, des Verbotes der kommunistischen Presse und Propaganda, trotz der Verhaftung der führenden kommunistischen und einer Anzahl sozialdemokratischer Funktionäre, trotz des offenen Terrors gegen politisch Andersdenkende, trotz des Trommelfeuers nationalsozialistischer Propaganda auch über staatliche Institutionen, wie den Rundfunk, sind die Wahlergebnisse für die NSDAP durchaus nicht so überwältigend, wie Goebbels in seinem Tagebuch schreibt. Die von Goebbels erwähnten Freudenfeuer auf Deutschlands Bergen können für die Nationalsozialisten keine echte Freude verkünden. Denn so sieht das Wahlergebnis tatsächlich aus:

NSDAP	17'277'180 Stimmen	288 Sitze
SPD	7'181'620 Stimmen	120 Sitze
KPD	4'848'058 Stimmen	81 Sitze
Zentrum	4'424'900 Stimmen	73 Sitze
Deutsch-nationale «Schwarz-weiss-rote Kampffront»	3'136 760 Stimmen	53 Sitze

Dazu kommen noch 19 Mandate für den Ableger der Zentrumsparterie, die Bayrische Volkspartei; 5 Mandate

für die Staatsparterie; 4 für den Christlich-Sozialen Volksdienst und je 2 Mandate für die einst so stolze Deutsche Volkspartei Gustav Stresemanns und die Deutsche Bauernparterie.

Das ist ohne Zweifel die grösste Zahl von Stimmen, die Hitlers Partei jemals in freien Wahlen erreicht hat. Aber ein Grund dafür, dass «der Führer ganz gerührt ist vor Freude», wie Goebbels schreibt, ist es wahrhaftig nicht.

Zusammen mit seinen Regierungspartnern von Hugenberg's Deutschnationaler Volkspartei hat Hitler jetzt zwar erstmals seit vielen Jahren in Deutschland eine wirklich regierungsfähige Mehrheit im Parlament zustande gebracht, aber für eine verfassungsändernde Mehrheit, die Hitler erreichen wollte, genügt das noch lange nicht. Die Parteien des Nationalen Zusammenschlusses erreichen keine Zweidrittelmehrheit. Wenn aber Hitler seine Ziele durchsetzen, seine Pläne verwirklichen und dennoch unter dem Schein der Legalität handeln will, wie er sich das seit dem Scheitern des Putsches von 1923 als erfolgversprechende Methode vorgenommen hat, dann braucht er eine verfassungsmässige Mehrheit im Deutschen Reichstag.

431 Abgeordnete müssen ihre Stimme für ihn abgeben – oder aber zwei Drittel der in der entscheidenden Sitzung anwesenden Abgeordneten, wenn die Gesamtzahl der bei der Sitzung anwesenden Abgeordneten zwei Drittel der am 5. März gewählten Abgeordneten beträgt und damit zu Verfassungsänderungen berechtigt ist.

Seiner Legalitätstaktik entsprechend, muss Hitler erneut verhandeln. Es muss ihm gelingen, die Zustimmung anderer Parteien, vor allem des relativ starken katholischen Zentrums, zu gewinnen, um auf «legale» Weise, von einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments bestätigt, seine unumschränkte Diktatur zu errichten. Es gelingt ihm. Die Parteien übertragen ihm die Macht. Mit zwei Ausnahmen – der SPD und der KPD.

Die SPD verweigert die Zustimmung zu dem von Hitler verlangten Ermächtigungsgesetz für vier Jahre, und den Abgeordneten der KPD werden die bei der Wahl gewonnenen Mandate auf Grund der «Notverordnung zum Schutz von Volk und Reich» vom 28. Februar, die das Ergebnis von Lübkes «befreiender Tat» ist, einfach aberkannt. Die später so vielzitierte «Salami-Taktik» der Kommunisten in den osteuropäischen Ländern ist weder eine Erfindung des ungarischen Kommunistenführers Rakosi, noch eine des Chefs der tschechischen Kommunisten, Klement Gottwald. Sie ist eine bereits erfolgreich praktizierte Taktik Hitlers.

Durch die Aberkennung des Mandats der gewählten 81 kommunistischen Abgeordneten auf Grund der Notverordnung vom 28. Februar ergibt sich, dass jetzt die

Gesamtzahl der Abgeordneten nur noch 536 beträgt, die verfassungsändernde Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten demnach 378 Stimmen. Diese Mehrheit muss unbedingt erreicht werden.

Propagandachef Goebbels hat sich dazu noch einen wirksamen psychologischen Trick ausgedacht. Die Eröffnung des neugewählten Reichstages soll am 21. März stattfinden, genau 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Deutschen Reichstages im «Zweiten Deutschen Reich» durch Bismarck nach dem Sieg über Frankreich und der deutschen Einigung 1871. Als historisch bedeutsamer Ort der Feierlichkeit ist von Goebbels die Potsdamer Garnisonskirche vorgesehen worden. Hitler ist einverstanden.

Und so treffen sich am 21. März 1933 die neugewählten Abgeordneten in Potsdam. In zwei getrennten Zügen bewegen sich die Abgeordneten auf die Garnisonskirche zu. Die katholischen Abgeordneten kommen von der Stadtkirche, die evangelischen Abgeordneten von der Nikolai-Kirche. In beiden Kirchen hat anlässlich der Reichstageröffnung je ein feierlicher Gottesdienst für die Abgeordneten stattgefunden. Potsdams Strassen sind für die beiden Züge der christlichen Abgeordneten, an deren Spitze für die Protestanten der preussische Ministerpräsident, Innenminister und zugleich Reichstagspräsident Hermann Göring sowie der Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick, und für die Katholiken der eben ernannte Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels und der «Reichsführer SS» Heinrich Himmler schreiten, festlich geschmückt.

In der Garnisonskirche spricht zunächst der greise Reichspräsident Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorff und Hindenburg. Nach ihm spricht der Reichskanzler Adolf Hitler.

Die feierliche Zeremonie dauert nicht allzu lange. Aber sie ist symbolisch genug, um jedem zu zeigen, welchen Weg die neue Regierung gehen will. Die Zeremonie findet vor der Gruft des grossen preussischen Königs Friedrich II. statt. Der Reichspräsident verneigt sich beim Betreten der ehrwürdigen Stätte vor dem leeren Kirchenstuhl seines früheren Herrschers, des jetzt im holländischen Asyl lebenden Kaisers Wilhelm II., und er grüsst den von Hitler eigens eingeladenen Sohn seines Kaisers, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der in kaiserlich-preussischer Generalsuniform erschienen ist.

Hitlers Worte nach der Eröffnung durch den Reichstagspräsidenten Göring sind massvoll und auf Versöhnung aller bisher Streitenden gerichtet. Er beschwört nationale und christliche Werte und verschweigt die nationalsozialistischen Absichten. Der erstmals für eine solche Gelegenheit feierlich befrachtete statt braununiformierte neue Reichskanzler versichert dem Präsi-

den nochmals, was er ihm schon in seinen Amtsräumen bei der Vereidigung seiner Regierung gesagt hat. Der von Friedrich Eberts Präsidentschaft 1919 bis zur Reichspräsidentschaft des Grossadmirals Dönitz durch alle Wirrnisse der deutschen Geschichte amtierende Staatssekretär der Präsidialkanzlei, Dr. Otto Meissner, schreibt darüber in seinen Memoiren:

«Hitler hielt eine mit einer Huldigung für Hindenburg eingeleitete Ansprache, in der er sich mit grosser Geste zu den staaterhaltenden Kräften der grossen deutschen Vergangenheit und zur Wahrung des Friedens in der Welt bekannte und auf die Hindenburg mit Worten erster Mahnung zurückhaltend erwiderte. Diese Kundgebung, die von der Rechtspresse als die Geburtsstunde des Dritten Reiches gefeiert wurde, hatte einen betont nationalen Charakter ...

Durch die in dieser Feier ausgedrückte Anknüpfung an die christlichen Grundlagen und die konservative Vergangenheit Preussens und die in ihr aufgerufene Erinnerung an den grossen preussischen König wollte er seinen Willen zu einer Erneuerung des deutschen Volkes auf einer breiten nationalen Grundlage, in der die Wehrmacht und die traditionellen staaterhaltenden Kräfte Einfluss behalten sollten, versinnbildlichen. Diesen Zweck erreichte Hitler auch in vollem Umfange ...» Hitler «erreichte diesen Zweck» nicht zuletzt durch die nach der Reichstageröffnung vor der Kirche stattfindende Parade, an der in trautem Verein die Reichswehr, deren Agent Hitler einst war und die ihm seine SA aufgebaut hat, der deutschnationale Stahlhelm Hugenbergs, die preussische Schutzpolizei – eben noch sozialdemokratisch geführt –, die SS und die Hitlerjugend teilnehmen.

Am Abend findet dann in Berlin die erste Arbeitssitzung des Reichstags statt. Die Abgeordneten tagen von nun an in der Kroll-Oper, das Reichstagsgebäude ist durch den Brand vor allem des Plenarsaals nicht mehr zu benutzen. Auf der Tagesordnung steht nur ein Punkt: Wahl des neuen Reichstagspräsidenten. Hermann Göring wird erwartungsgemäss wiedergewählt. Zwei Tage darauf, am Donnerstag, dem 23. März 1933, findet jene historisch gewordene, unheilvolle Sitzung des Reichstages statt, in der die Abgeordneten den Reichstag und die Republik begraben, Deutschland der Diktatur Hitlers ausliefern und mit ihren Parteien politischen Selbstmord begehen, auch wenn sie das erst später erfahren sollen.

Welche Überlegungen für zahlreiche Politiker dafür massgebend waren, der Regierung Hitlers so weitgehende Machtbefugnisse einzuräumen, zeigte die Aufzeichnung von Karl Bachem, dem Geschichtsschreiber der katholischen Zentrumspartei:

«Das Ermächtigungsgesetz ist also angenommen! Mit den Stimmen der Zentrumsparlei!

Die Zustimmung lag gewiss im Sinne der Sammlungsparole, welche Kaas (Prälat Kaas, Vorsitzender der Zentrumsparlei) schon vor Wochen am 17. Oktober in Münster ausgegeben hat. Auch kann man sagen, dass das Gesetz selbst dann durchgegangen wäre, wenn das Zentrum dagegen gestimmt oder der Abstimmung sich enthalten hätte. Hätte das Zentrum dagegen gestimmt, so wäre es wohl, bei der herrschenden Stimmung der Nationalsozialisten, sofort zerschlagen worden ... Im Reichstag hätte es einen grossen Tumult gegeben und die Zentrumsleute wären vielleicht sofort verprügelt und hinausgeschmissen worden. Dann hätte die Fraktion einen heroischen Abgang gehabt, aber ohne dass der katholischen Sache oder der Sache der Zentrumsparlei etwas genützt worden wäre. Dann wäre das Tisch Tuch zwischen Zentrum und Nationalsozialismus völlig entzweigeschnitten gewesen, jede Mitarbeit mit den Nationalsozialisten und jede Möglichkeit einer Einflussnahme auf ihre Politik von vornherein unmöglich geworden. Es war also vielleicht richtiger, den Versuch zu machen, zu einer Verständigung und Mitarbeit mit den Nationalsozialisten zu kommen, um so an der praktischen Mitarbeit an der Neugestaltung der Zukunft teilnehmen zu können.»

Bachem hat, wie viele andere Politiker, schon vor der entscheidenden Abstimmung natürlich Zweifel, ob trotz solcher Überlegungen die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht zu gefährlich ist: «Wie aber, wenn dieser Versuch missglückt? Wenn die nationalsozialistische Welle... auch über unsere katholischen Organisationen, unsere katholischen Jugendorganisationen usw. hinwegrasen will – wie in Italien? Wird man dann nicht sagen, dass das Zentrum daran schuld ist, indem es der Hitler-Regierung eine Blankovollmacht auf vier Jahre ausgestellt hat? Wird dann das Zentrum bei seinen Anhängern nicht so diskreditiert sein, dass es allen Einfluss auf sie verliert und nicht mehr leisten kann?»

Die Gefahr wird wohl gesehen, wie an diesen Worten zu spüren ist, aber man will doch nicht so recht an sie glauben. Man kann sich das, was Hitler eigentlich will und später auch tut, was heute aus seinen früheren Äusserungen auch geschlossen werden kann, damals im Jahre 1933 einfach nicht vorstellen. Und Bachem ist wie viele andere Politiker mit seinem Denken noch ganz in dem politischen Getriebe der Weimarer Demokratie verhaftet. Man denkt hauptsächlich an die eigenen Parteiinteressen, hier an das Zentrum. «Wir» wären vielleicht «hinausgeschmissen» worden, «wir» sind dann vielleicht diskreditiert bei unseren Anhängern, «wir» haben dann vielleicht keinen Einfluss mehr.

Aber es klingen in Bachems Bericht auch Töne auf, die ebenfalls stellvertretend sind für das Denken vieler anderer Politiker jener Tage und die zeigen, dass die Hauptgefahr überhaupt nicht erkannt wird, jene Gefahr, die in der Person Hitlers liegt. Ihn selbst hat man jahrelang als den «Trommler» verspottet, und auch jetzt sieht man die Gefahr noch bei ganz anderen Leuten: «Es ist richtig, dass der Parlamentarismus und damit der demokratische Gedanke sich totgelaufen hat. Brüning [der noch vor einem Jahr regierende Reichskanzler der Zentrumsparlei] hat bis zum letzten versucht, den Parlamentarismus noch einmal zu retten, da er eben der Verfassung entsprach. Aber vergebens. Schuld daran ist Hugenberg. Aber es hat sich eben tatsächlich als unmöglich erwiesen. Da war es doch wohl gerechtfertigt, einen neuen Weg zu versuchen?»

Gewiss hat Hitler in seiner Rede mehrere Stellen einfließen lassen, welche uns weit, viel weiter als man vorher nur ahnen konnte, entgegengekommen und uns eine gewisse Sicherung geben. Wird Hitler aber diese Linie durchhalten können, da doch viele seiner Mitarbeiter – Hugenberg, Göring – dem Katholizismus höchst feindlich gegenüberstehen?»

Hugenberg, Göring und andere werden also als die Hauptfeinde betrachtet, nicht etwa Hitler oder Himmeler, die ja Katholiken sind; und man befürchtet sogar, der fälschlicherweise für relativ mässig gehaltene Hitler könne sich diesen anderen gegenüber nicht durchsetzen. Auch für andere Politiker werden solche Überlegungen dafür massgebend gewesen sein, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen.

Dann aber kommt das, was in ähnlicher Form das Hauptargument für alle ist, die am 23. März 1933 Hitler die unumschränkte Macht übertragen: «Immerhin: Wir sind 1919 ruhig und entschlossen in das Schiff der Sozialdemokratie eingestiegen – da konnten wir ebenso 1933 in das Schiff der Nationalsozialisten einsteigen und versuchen, die Hand mit an das Steuer zu legen. Das hat sich 1919 bis 1933 recht gut bewährt: Die Sozialdemokraten haben angesichts der Notwendigkeit – [darübergeschrieben: Gegebenheit] –, ohne das Zentrum nicht regieren zu können, weder etwas ausgesprochen Religionsfeindliches, noch etwas bedenklich Sozialistisches machen können. Ob es gelingen wird, jetzt einen ähnlichen mässigenden Einfluss auf die Nationalsozialisten auszuüben?»

... Das wäre gewiss eine grosse Sache, und wenn es so kommt, wird jedermann aus unserer Partei die jetzige Stellungnahme der Fraktion preisen. Gerade wie nach 1919, da das Zusammengehen mit den Sozialisten uns vor dem Bolschewismus bewahrte. Schon wenn uns das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten auch jetzt gegen Kommunismus, Bolschewismus und Anar-

chie schützt. Das letztere ist jetzt eine Hauptsache ... Erst die Gefahr des Kommunismus bannen; das weitere muss sich dann finden.»

«Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.» Mit diesen Worten beginnt das berühmte «Kommunistische Manifest», das Marx und Engels fast ein Jahrhundert zuvor wie eine Brandfackel über dem alten, morsch gewordenen Europa schwingen. Diese Worte sind unvergessen, ebenso die Sätze, mit denen dieser aufrüttelnde und sprachmächtige politische Aufruf endet:

«Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!»

Auch die Politiker des Deutschland vor 1933 schrecken vor diesem Gespenst zurück, zittern vor der kommunistischen Revolution. Die aus der Reichstagskuppel zum Himmel schlagenden Flammen schienen die feurige Inkarnation jenes ein Jahrhundert alten Gespenstes, das in Russland schon zu Fleisch und Blut geworden ist, vor allem zu Blut.

Das Gespenst, von Marinus van der Lubbe an den Berliner Himmel gemalt, verfehlt seine Wirkung nicht. Die Angst vor dem Kommunismus, das Unvermögen der führenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte, das wahre Wesen des Nationalsozialismus zu erkennen, die damit verbundene Verkennung der nationalsozialistischen Gefahr für Freiheit, Frieden und Menschenwürde, die politische Zersplitterung und die Ratlosigkeit, der schwierigen Probleme Herr zu werden, das sind die Ursachen für die Übertragung der Macht auf die Regierung Hitler.

Das Gesetz, um das es geht, das «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat», sieht recht harmlos aus. Entscheidend sind die Artikel I und II des fünf Artikel umfassenden Gesetzes:

Artikel I: «Reichsgesetze können ausser in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden ...»

Artikel II: «Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.»

Nun kann Hitler praktisch machen, was er will, und es wird ihm ein Leichtes sein, seine Massnahmen, unterstützt von einer einseitigen Propaganda und willfährigen Juristen, stets mit dem Schein des Rechtes zu verbrämen.

Zuvor aber muss er noch durch Taktik und Verhandlung eine Zweidrittelmehrheit für sich und sein Gesetz

zustandebringen, was ihm nach einigem Hin und Her auch tatsächlich gelingt.

Über dieses Gelingen schreibt rückblickend Staatssekretär Dr. Meissner in seinen Erinnerungen nicht ganz zu Unrecht: «Es wäre die Pflicht der bürgerlichen Parteien, von deren Zustimmung die Erlangung der Zweidrittelmehrheit für dieses Gesetz abhing, gewesen, das wichtigste Recht jeder Volksvertretung, das der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung, zu verteidigen und seine Genehmigung von der Aufnahme entsprechender Einschränkungen abhängig zu machen; sie haben früher oft aus geringfügigen Anlässen, aus Parteiopposition oder aus anderen Gründen Kabinette gestürzt, die Zurücknahme von Regierungsvorlagen oder Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten erzwungen und Regierungskrisen herbeigeführt.» Dass die bürgerlichen Parteien, wie Meissner und viele andere es ihnen heute vorwerfen, nicht so gehandelt haben, sondern geschlossen dem Gesetz zugestimmt haben, daraus darf man nicht schliessen, es habe bei ihnen keine Bedenken und harte interne Auseinandersetzungen über Annahme oder Ablehnung dieser bedeutungsschweren Gesetzesvorlage gegeben. Aus einer Aufzeichnung Bachems vom 22. April 1933 lässt sich diese Spannung innerhalb des Zentrums deutlich erkennen:

«Bevor der Reichstag zusammentrat [21. März 1933], trafen sich Kaas und Brüning in Köln. Dabei wurde die demnächstige Stellungnahme zum Ermächtigungsgesetz besprochen. Kaas war ganz entschieden für Zustimmung, Brüning ebenso entschieden für Ablehnung. Er betonte, dass das Zentrum diese Entwicklung nicht mitmachen und legitimieren könnte, welche auf einem, wenn auch nicht formellen, so doch materiellen Rechtsbruch beruhe und eine völlige Verwirrung der Rechtsbegriffe bringe. Noch bestehe die Weimarer Verfassung zu recht, und an ihr müsse das Zentrum als ‚Verfassungspartei‘ festhalten. Das Regime der Nazi sei zweifellos mit dem Rechtsstandpunkt nicht mehr zu vereinigen. Kaas aber widersprach standhaft. Keiner gab nach. Die Besprechung wurde sehr lebhaft. Schliesslich schlug Kaas auf den Tisch mit den Worten: ‚Bin denn nun ich der Führer der Partei, oder wer sonst?‘ Brüning gab aber auch dann nicht nach, und so ging man ohne gewonnene Übereinstimmung auseinander... So standen sich zwei unvereinbare Standpunkte einander gegenüber: der klar prinzipielle Brünings und der mehr oder weniger opportunistische von Kaas. Wer hatte Recht? Ob man hier nicht sagen kann, dass der Erfolg das letzte Wort sprechen wird? Vom moralischen Standpunkt aus wird weder Kaas noch Brüning zu tadeln sein. Aber wer politisch recht hat oder gehabt hat, darüber entscheidet nun einmal der Erfolg.»

Während die bürgerlichen Parteien also dem Gesetz ihre Zustimmung geben, ist es allein die SPD, die sich gegen diese Selbstausschaltung des Parlaments zur Wehr setzt.

Otto Wels, der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende, hält eine mutige Rede, in der er auch die acht von den 119 SPD-Abgeordneten grüsst, die nach dem Reichstagsbrand verhaftet worden sind. Wels ist der erste der Redner, denen Reichstagspräsident Göring das Wort erteilt.

«Eine echte Volksgemeinschaft», sagt Wels, «lässt sich auf diesem Gesetz nicht gründen ... Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Masse ausgeschaltet worden ... Eine solche Allmacht der Regierung muss sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt... Wir Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt... Wir grüssen die Verfolgten und die Bedrängten... Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung ...»

Beifall wird nur in den Reihen der SPD laut. Göring erteilt unvorhergesehen noch einmal «dem Herrn Reichskanzler das Wort». Hitler erwidert sofort auf Wels' Rede und benutzt die Gelegenheit, seinem ganzen Hass auf die Sozialdemokratie Luft zu machen. Zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die SPD sagt er abschliessend: «Ich will auch gar nicht, dass Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!»

Die Phalanx der durchweg uniformierten NSDAP-Abgeordneten tobt und brüllt vor Begeisterung «Heil»-Rufe branden durch den Opersaal.

Dann spricht Prälat Dr. Kaas für das katholische Zentrum. Er stimmt Hitlers Diktatur zu und sagt dazu: « ... Die gegenwärtige Stunde kann für uns nicht im Zeichen der Worte stehen. Ihr Gesetz, ihr einziges beherrschendes Gesetz ist das der raschen, bewahrenden, aufbauenden und rettenden Tat...»

Für den Ableger des Zentrums, die Bayrische Volkspartei, stimmt Ritter von Lex, der spätere Staatssekretär der Bundesregierung, dem Ermächtigungsgesetz zu. Die Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Staatspartei erklären ebenfalls ihre Zustimmung. Der einzige Vertreter von Stresemanns Deutscher Volkspartei meldet sich gar nicht erst zu Wort, gibt aber dann seine Ja-Stimme ab. Ebenso halten es Hitlers Koalitionsfreunde in der Regierung, die

Deutschnationalen. Sie brauchen auch kein Plädoyer für das Ermächtigungsgesetz zu halten – sie haben es ja selbst mit vorgelegt.

Reichstagspräsident Göring nimmt dann die Abstimmung vor. Der Erfolg ist schon gewiss, nachdem die Vertreter aller Parteien ausser der SPD für die Übertragung der Diktatur an Hitler gestimmt haben. Die 81 Abgeordneten der KPD sind nicht anwesend, die Regierung hat auf Grund der Notverordnung vom 28. Februar unmittelbar nach der Wahl ihre Mandate kassiert. Gleich stellt sich heraus, dass das sogar überflüssig gewesen ist – auch mit 81 kommunistischen Gegenstimmen hätte die «Regierung der nationalen Konzentration» eine Zweidrittelmehrheit für ihr Gesetz erhalten.

Die Abgeordneten haben ihre Stimmkarten mit ihrem Namen und einem «Ja» oder «Nein» abgegeben. Während die Abstimmungskommission die Ja- und Nein-Stimmen noch auszählt, verlassen die sozialdemokratischen Abgeordneten den Theatersaal, dessen bisheriges Publikum sich an Operetten und Komischen Opern erfreuen durfte. Die Sozialdemokraten ahnen, dass ab jetzt hier nur noch Tragödien gespielt werden. Dabei wollen sie nicht mitwirken, nicht einmal als Statisten.

Die «Deutsche Allgemeine Zeitung» schreibt am nächsten Tag, am 24. März, da das Gesetz in Kraft tritt: «Der Schluss des Tages gestaltete sich bewegt. Bis in den Sitzungssaal hinein, in dem immer wieder Uniformen auftauchen, dröhnen die Sprechchöre vom Vorplatz, in denen die sofortige Annahme des Ermächtigungsgesetzes verlangt wird. Aber zuvor entspinnt sich noch eine höchst dramatische Szene.

Die Sozialdemokratie versucht, durch eine zweifellos geschickt angelegte Rede des Parteiführers Wels einen Rest ihres Prestiges zu retten. Der Reichskanzler macht eifrig Notizen. Kaum ist Wels auf seinen Platz zurückgekehrt, folgt schlagartig die Erwiderung. Diesmal zeigt sich Hitler als Meister in der Kunst der Polemik. Von der empörten Erinnerung an die jahrelange Unterdrückung seiner Bewegung bis zum schneidenden Hohn über die neuentdeckte nationalistische Begeisterung der SPD zieht er alle Register, die eine Versammlung in Bann zu schlagen vermögen.

Vernichtend ist die Abrechnung, und die Rolle der Sozialdemokraten, die sie geduckt über sich ergehen lassen müssen, weil das Mass ihrer Fehler manche tatsächliche Tat, manchen besseren Anlauf bei weitem überschattet, ist nur noch fast tragisch zu nennen.» Die «Deutsche Allgemeine Zeitung» spricht hier von der Kunst der Polemik. Sie spricht nicht von der allgemeinen Verzerrung und Lüge der nationalsozialistischen Argumentation. Sie spricht nicht von der be-

rechtigten Empörung der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftler über Hitlers Verleumdungen, wie sie Theodor Leipart bereits anlässlich Hitlers Regierungserklärung zum Ausdruck bringt:

«Sie werden den ‚Aufruf‘ der neuen Reichsregierung gestern Abend im Rundfunk aus dem Munde Adolf Hitlers auch gehört haben. Mein Innerstes ist davon noch aufs Tiefste erschüttert. Mein deutsches Nationalgefühl, mein Gefühl für die Ehre und das Ansehen des deutschen Volkes ist tief verletzt. Soviel Unehrllichkeit und Ungerechtigkeit, soviel demagogische Falschheit, soviel Unlogik und Schimpferei gegen das eigene Volk aus dem Munde eines deutschen Reichskanzlers, öffentlich vor den Ohren der ganzen Welt – ich schäme mich als Deutscher vor diesem Geschehnis.

Sind Sie nicht auch der Meinung, dass hiergegen Männer aus den gebildeten Schichten des Volkes aufstehen und in einem Offenen Brief an den Reichspräsidenten Verwahrung einlegen müssen gegen die ungeheure parteiische Schmähung und Verunglimpfung der deutschen Arbeiterschaft und aller anderen Volkskreise, die mit so grossem Opfermut und Liebe zum Volk nach dem Zusammenbruch die Einheit des Reiches gerettet, das Ansehen Deutschlands im Ausland wiederhergestellt, alle Wirrnisse und Kämpfe im Innern immer wieder überwunden und auf gesetzgeberischem Wege trotz allem Grosses zustande gebracht haben?

Wollen Sie nicht die Initiative hierzu ergreifen? Unsere Nationalökonomien können doch nicht schweigen zu der Behauptung der Regierung, die Novemberparteien seien es, die in 14 Jahren den deutschen Bauernstand ruiniert, in 14 Jahren eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen hätten. Unsere Historiker müssen ihre wissenschaftliche Meinung sagen zu der Behauptung, das deutsche Volk habe vor 14 Jahren der höchsten Güter unserer Vergangenheit, des Reiches Ehre und seiner Freiheit, vergessen und stehe deswegen nun vor dem Verfall.

Es ist nicht mehr der Parteiführer, der diese Schmä- und Hetzrede gesprochen, sondern der vom Reichspräsidenten berufene Kanzler des deutschen Reiches. An den Reichspräsidenten ist deshalb, gemäss seiner Mitverantwortung für diesen ‚Aufruf‘ der Offene Brief zu richten.

In dieser Stunde scheint es mir dringend nötig, ihn zu schreiben, um die Ehre unseres Volkes zu schützen und der Welt diesseits und jenseits unserer Grenzen zu zeigen, dass Ehrlichkeit und Vernunft im Lande noch nicht gestorben sind. Sie werden besser wissen als ich, welche Männer in Frage kommen, den Offenen Brief zu verfassen und zu unterzeichnen.»

Dieser offene Brief blieb jedoch ungeschrieben. Und während die Sozialdemokraten jetzt bei der Verab-

schiedung des Ermächtigungsgesetzes ihren Widerstand mutig bekunden und geschlossen mit «Nein» stimmen, wird das Gesetz mit 411 Stimmen angenommen. Auch wenn die 81 kommunistischen Abgeordneten anwesend gewesen wären und mit «Nein» gestimmt hätten, wäre die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz trotzdem zustande gekommen.

Dennoch kann Hitler jetzt noch nicht tun, was er will. Das Gesetz ermächtigt ja nicht ihn, sondern die Reichsregierung. Und die besteht noch immer zum grössten Teil aus Ministern, die schon zwei Regierungen der Weimarer Republik angehört haben, und sie besteht aus erklärten deutschnationalen Gegnern Hitlers, wie dem Parteivorsitzenden Hugenberg und dem Stahlhelmführer Seite.

Auch andere Kräfte sind noch wirksam, die Hitler ausschalten oder für sich gewinnen muss, wenn er uneingeschränkter Alleindiktator werden will.

Da ist zunächst der Reichspräsident, dessen Rechte auch im Ermächtigungsgesetz ausdrücklich gewahrt bleiben. Aber Generalfeldmarschall von Hindenburg ist bereits alt und krank, hier wird die Natur Hitler helfen. Hindenburgs Ableben ist nur eine Zeitfrage. Wichtiger ist die stärkste reale Macht in Deutschland, die Reichswehr. Ihre Führer muss Hitler vor allem für sich gewinnen.

Der Reichstag, dessen Institution nach dem Ermächtigungsgesetz ebenfalls nicht angetastet werden darf, macht Hitler weniger Sorgen. Trotz des einschränkenden Passus im Ermächtigungsgesetz ist der Reichstag für vier Jahre ausgeschaltet, und vier Jahre sind eine lange Zeit. Wenn Hitler nicht den Reichstag antasten darf, so kann er doch durchaus etwas gegen einzelne Abgeordnete tun, gegen die Parteien, gegen die Presse. Dann wird der nächste Reichstag sowieso ganz anders aussehen.

Auch von den Kirchen, deren Gunst Hitler sucht, braucht er zu diesem Zeitpunkt keinen Widerstand zu befürchten. Weder die evangelische Kirche, der rund zwei Drittel des deutschen Volkes angehören, noch die katholische Kirche, zu deren Mitgliedern rund ein Drittel des deutschen Volkes zählt, darunter der Reichskanzler Hitler selbst, sein Vizekanzler von Papen, der im Moment noch unscheinbare «Reichsführer SS», Himmler, der Nazi-Propagandachef Dr. Goebbels, der SD-Chef Heydrich und andere. Die ökonomische Macht ausübenden Kreise der Wirtschaft und Industrie braucht Hitler ebenfalls nicht zu fürchten. Zwar sind sie bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Gegner Hitlers gewesen, weil seine Partei ihnen zu revolutionär, zu bolschewistisch erschien – aber das hat sich geändert. Denn nach dem Ermächtigungsgesetz, und da Hitlers Regierung ja in der Hauptsache aus Vertretern

einer konservativen Politik und der Wirtschaft besteht, ist auch der Kanzler selbst salonfähig geworden.

Die konservativen politischen Kräfte Deutschlands, die Deutschnationalen und andere, sitzen in seiner Regierung oder unterstützen sie.

Die antinationalsozialistischen Parteien und Massenorganisationen stellen noch immer eine latente Gefahr dar, aber sie werden nicht aktiv. Weder die SPD und ihre republikanischen Kampforganisationen noch die Gewerkschaften können sich in ihrer schwierigen Situation entschliessen, etwas zu unternehmen. SPD- und Gewerkschaftsführer müssen jetzt in der Krise der Arbeitslosigkeit spüren, dass sie die Arbeitermassen nicht mehr geschlossen hinter sich haben, und die KPD-Führung, die ebenfalls nichts Entscheidendes gegen Hitler unternimmt, ist immer noch daran interessiert, in erster Linie die Sozialdemokraten zu schwächen.

Das Volk selbst aber wartet ab. Es hat in den letzten Jahren so viele Regierungen über sich ergehen lassen, soviel Not und Elend kennengelernt, dass es ihm nicht mehr darauf anzukommen scheint, nun «auch mal den Hitler zeigen zu lassen, was er kann».

Jetzt beginnt Hitler mit der «Machtergreifung», die am 2. August 1934 abgeschlossen sein wird, wenn nach Hindenburgs Tod die Reichswehr auf ihn als «Führer und Reichskanzler» vereidigt wird. Nicht ganz eineinhalb Jahre braucht Hitler zur vollen Machtausübung, ein Schritt folgt dem anderen, ohne dass Hitler durch irgendeinen Widerstand ernsthaft behindert wird. Eine propagandistisch äusserst wertvolle und frühe Hilfe erhält Hitler von den beiden Kirchen. Besonders wichtig ist die Unterstützung durch die katholische Kirche, denn sie ist nicht nur innenpolitisch, sondern auch aussenpolitisch von grosser Bedeutung – die katholische Kirche ist ja nicht nur Religionsgemeinschaft, sondern auch ein Staatsgebilde, das diplomatische Vertreter in einer ganzen Reihe westlicher Länder unterhält.

Der Vatikan entschliesst sich, ein Konkordat mit der Hitler-Regierung abzuschliessen, Hitler damit die offizielle Anerkennung des Papstes auszusprechen und zugleich die Rechte der katholischen Kirche in Deutschland vertraglich zu sichern. Bisher ist ein Konkordat stets an der Parteikonstellations im deutschen Reichstag gescheitert. Weder SPD, Deutschnationale, Liberale oder Kommunisten hätten je einem Konkordat mit der katholischen Kirche zugestimmt. Jetzt ist das anders. Bewusst stellt Hitler die neue Situation in den Dienst seines Machtstrebens. In der Regierungsinstruktion, mit der er seinen Vizekanzler von Papen zu den entscheidenden Verhandlungen nach Rom geschickt hat, heisst es: «Insbesondere durch das inzwischen verabschiedete Ermächtigungsgesetz hat sich die Lage völlig

verändert. Es hat sich die Möglichkeit ergeben, den Wünschen des Heiligen Stuhles auch ohne Zuziehung des Reichstages in vollem Masse zu entsprechen. Vor allem ist nun die Möglichkeit gegeben, ein Reichskonkordat abzuschliessen, dessen Zustandekommen bisher an den Widerständen des Reichstages gescheitert ist.» Auch die so umworbene Kirche kommt Hitler nun entgegen. Alle in einzelnen Diözesen einstmals gegen die NSDAP gerichteten Massnahmen werden aufgehoben. NSDAP-Mitglieder erhalten wieder ein christ-katholisches Begräbnis, katholische Trauungen in SA- oder Parteiuniform werden zugelassen, das Verbot, der NSDAP beizutreten, wird aufgehoben. Katholische Bischöfe richten Botschaften an Hitler, in denen sie ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklären.

Genau elf Jahre vor der bekanntesten Widerstandskaktion gegen Hitler, am 20. Juli 1933, wird im Vatikan das Konkordat unterzeichnet. Für die deutsche Reichsregierung unterschreibt in feierlicher Zeremonie der ehemalige Reichskanzler und nunmehrige Stellvertreter Hitlers, Franz von Papen, in Vertretung des Heiligen Stuhles zeichnet der Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII.

Für den Heiligen Stuhl ist der Konkordatsabschluss dringend geworden, denn mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März hat sich die katholische Zentrumsparterie selbst jeden Einflusses begeben. Der Vatikan kann nun nicht mehr über eine politische Partei in Deutschland in seinem Sinne wirken. Das Konkordat soll daher die direkte Einflussnahme der Kirche in Deutschland sichern.

Die katholischen Parteien – die Zentrumsparterie und die Bayrische Volkspartei – lösen sich auf Verlangen des Vatikans selbst auf. Noch während der Verhandlungen über das Konkordat in Rom telegraphiert Vizekanzler von Papen an Aussenminister von Neurath: «In Verhandlungen, die ich heute Abend mit Pacelli, Erzbischof Gröber und Kaas [dem Vorsitzenden der Zentrumsparterie] hatte, ergab sich, dass Auflösung Zentrumsparterie mit Abschluss Konkordat hier als feststehend betrachtet und gebilligt wird ...»

Am gleichen Tag ruft Prälat Kaas das Parteivorstandsmitglied Joseph Joos an und fragt ungeduldig: «Na, habt ihr euch denn noch nicht aufgelöst?»

Am nächsten Tag, dem 4. Juli 1933, erklärt die Bayrische Volkspartei, einen Tag darauf die Zentrumsparterie ihre Auflösung.

Am 14. Juli, eine Woche vor Abschluss des Konkordats, findet eine Sitzung der Reichsregierung statt. Hitler versucht skeptische Regierungsmitglieder, vor allem Hugenberg, von der Richtigkeit des Vertrages mit dem Vatikan zu überzeugen. In dem geheimen Protokoll der Kabinettsitzung heisst es dazu, der Herr

Reichskanzler habe vor allem drei grosse Vorteile des Konkordats herausgestellt:

1. «... dass der Vatikan überhaupt verhandelt habe, obwohl – besonders in Österreich – damit operiert würde, dass der deutsche Nationalsozialismus unchristlich und kirchenfeindlich wäre;

2. dass der Vatikan zur Herstellung eines guten Verhältnisses zu diesem einen nationalen Staat bewegen werden konnte. Er, der Reichskanzler, hätte es noch vor kurzer Zeit nicht für möglich gehalten, dass die Kirche bereit sein würde, die Bischöfe auf diesen Staat zu verpflichten. Dass das nunmehr geschehen wäre, wäre zweifellos eine rückhaltlose Anerkennung des derzeitigen Regimes;

3. dass mit dem Konkordat sich die Kirche aus dem Vereins- und Parteileben herauszöge, z.B. auch die christlichen Gewerkschaften fallenliesse.»

«Anerkennung des jungen Reiches durch die zweitausendjährige Macht der Kirche», in dieser Schlagzeile des «Völkischen Beobachters» kommt genau das zum Ausdruck, was Hitler mit dem Abschluss des Konkordats bezweckt, wobei es ihm natürlich äusserst leicht fällt, ohne alle kritischen Bedenken über die von ihm der Kirche eingeräumten Rechte hinwegzusehen, da er ja ohnehin nicht gewillt ist, sich in seinem Verhalten tatsächlich an dieser Rechtsgrundlage zu orientieren. Nach dem Zusammenbruch rechtfertigte Papst Pius XII. seinen damaligen Entschluss, als Kardinalstaatssekretär das Konkordat unterzeichnet zu haben: «Unter diesen Umständen [Demokratie und Grundfreiheiten waren von Hitler beseitigt worden] konnten Sicherungen nur erreicht werden durch eine Abmachung mit der Reichsregierung in Form eines Konkordats. Da zudem sie selbst den Vorschlag gemacht hatte, wäre im Falle der Ablehnung die Verantwortung für alle üblen Folgen auf den Heiligen Stuhl zurückgefallen.» Über den Erfolg des Konkordates heisst es dann weiter: «Trotz aller Verletzungen, denen es ausgesetzt war, liess das Konkordat tatsächlich den Katholiken doch eine rechtliche Verteidigungsgrundlage, eine Stellung, in der sie sich verschanzen konnten, um der ständig steigenden Flut der religiösen Verfolgung zu entgehen.» Im Einzelnen handelte es sich dabei, so fährt Papst Pius XII. fort, um

«Zerstörung der katholischen Organisationen;

Fortschreitende Auflösung blühender öffentlicher und privater katholischer Schulen;

Gewaltsame Trennung der Jugend von Familie und Kirche;

Vergewaltigung der Gewissen der Staatsbürger, besonders der Beamten.

Systematische Verleumdung der Kirche, des Klerus, der Gläubigen, ihrer Einrichtungen, ihrer Lehre, ihrer

Geschichte durch eine verschlagene und straff aufgebaute Propaganda;

Schliessung, Aufhebung, Einziehung von Ordenshäusern und anderen kirchlichen Institutionen;

Vernichtung der katholischen Presse und Buchproduktion.»

Aber noch ist es nicht soweit. Noch will die Kirche an Hitlers Worte glauben, an seine Beteuerung, er sehe «in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren in der Erhaltung unseres Volkstums», er sehe «im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes», er versichere, «die Rechte der Kirche werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert...»

Noch ahnt das Volk und wissen die Kirchenführer nicht, was ihr Reichskanzler zu gleicher Zeit und im geheimen zu diesem Thema vor seinen engsten Vertrauten ausführt:

«Mit den Konfessionen, ob nun diese oder jene; das ist alles gleich. Das hat keine Zukunft mehr. Für die Deutschen jedenfalls nicht... Das wird mich nicht abhalten, mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Fasern und Wurzeln das Christentum in Deutschland auszurotten ... Ob nun Altes Testament oder Neues, ob bloss Jesuworte wie der Houston Stewart Chamberlain will: alles ist doch derselbe jüdische Schwindel. ... Eine deutsche Kirche, ein deutsches Christentum ist Krampf. Man ist entweder Christ oder Deutscher. Sie können den Epileptiker Paulus aus dem Christentum hinauswerfen. ... All das nützt nichts, sie werden den Geist nicht los, um den es uns geht. Wir wollen keine Menschen, die nach drüben schielen. Wir wollen freie Männer, die Gott in sich wissen und spüren. [Auf eine Frage von Goebbels:] Was werden soll, fragen Sie? Das will ich Ihnen sagen: verhindern, dass die Kirchen etwas anderes tun, als was sie jetzt tun. Nämlich Schritt für Schritt Raum verlieren.»

Hätten die Kirchenführer diese Einstellung Hitlers damals bereits gekannt, sie hätten ihm bestimmt nicht so gehuldigt, wie das oft so überschwenglich geschehen ist. Kardinal Faulhaber, der später die päpstliche Enzyklika «Mit brennender Sorge» verfassen wird, die den Nationalsozialismus grundsätzlich verdammt, schreibt anlässlich der Unterzeichnung des Konkordats in einem handgeschriebenen Glückwunschbrief an Hitler: «Was die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertigbrachten, hat Ihr staatsmännischer Weitblick in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht. Für Deutschlands Ansehen nach Osten und Westen und vor der ganzen Welt bedeutet dieser Handschlag mit dem Papsttum, der grössten sittlichen Macht der Weltgeschichte, eine Grosstat von unermesslichem Segen.»

Das Schreiben schliesst mit den Worten: «Uns kommt

es aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler!»

Die Fuldaer Bischofskonferenz schickt Hitler ein Dank- und Anerkennungsschreiben, unterzeichnet von Kardinal Bertram, dem Fürstbischof von Breslau, das von allen Kanzeln verlesen wird und in dem der gesamte

deutsche Episkopat Hitler die «aufrichtige und freudige Bereitschaft» zur Mitarbeit kundtut.

In und vor dem Hedwigsdom auf dem Berliner Opernplatz – der heute August-Bebel-Platz heisst – findet aus Anlass der Konkordatsunterzeichnung ein feierlicher Dankgottesdienst statt. Die Kirche ist mit den

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933 .

Ausgegeben zu Berlin, den 24. März 1933

Nr. 25

Inhalt: Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich. Vom 24. März 1933 S. 141

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich. Vom 24. März 1933.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, be-

dürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

Hakenkreuzfahnen und den Kirchenfahnen geschmückt. Die Berliner Gauleitung der NSDAP berichtet dem «Führer und Reichskanzler» über den vorgesehenen Ablauf der Feier: « ... Der päpstliche Nuntius wohnt am Sonntag nach der Ratifizierung des Konkordats im Hedwigsdom einem feierlichen Hochamt bei, singt

das Tedeum und erteilt den Segen. Ein nationalsozialistischer, katholischer Geistlicher hält die Festpredigt. Die katholischen SS-Männer und SA-Männer Berlins nehmen geschlossen an diesem Festgottesdienst teil. Sturmfirmen der SA nehmen zu beiden Seiten des Altars Aufstellung und behalten ihre Plätze auch während des Tedeums und der Ausstellung des Allerheiligsten bei.

Während das Hochamt im Hedwigsdom zelebriert wird, wird auf dem Opernplatz eine deutsche Siegesmesse abgehalten. Eine SA-Kapelle spielt die Kirchenmusik.

Die Predigt wird durch Lautsprecher aus der Kirche auf den Opernplatz übertragen. Das Tedeum (Grosser Gott, wir loben Dich) wird von den Teilnehmern auf dem Opernplatz unter Begleitung von SA-Musik gesungen.

Ausser den SA- und SS-Männern sowie der gesamten katholischen Parteigenossenschaft wird das ganze katholische Berlin auf dem Opernplatz versammelt sein, denn auch das bischöfliche Ordinariat lädt die Gläubigen zu diesem Dankgottesdienst ein.

Diese Kundgebung von gewaltigem Ausmasse, die die feierliche Anerkennung der nationalsozialistischen Bewegung durch den Stellvertreter des Heiligen Vaters bedeutet, wird den deutschen Katholiken schlagartig zeigen, dass alle früheren Vorwürfe der Zentrumsgeistlichen gegen die nationalsozialistische Partei zu Unrecht gemacht wurden. Millionen Volksgenossen werden, von inneren Hemmungen befreit, an diesem Tag Anhänger unserer Bewegung werden ...

Die katholische Geistlichkeit kann diesem Verlangen . . . keinen Widerstand mehr entgegensetzen, nachdem durch den Heiligen Stuhl dieser Präzedenzfall geschaffen ist.

Heil Hitler!»

So wie die Gauleitung hier Hitler ankündigt, so geschieht es. Eine vollkommener Harmonie zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus scheint kaum mehr möglich zu sein.

Nach dem feierlichen Hochamt singt die Menge drin und draussen das Tedeum, «Grosser Gott, wir loben Dich», und danach, als die Türen des Domes sich öffnen und der Stellvertreter des Heiligen Vaters, Nuntius Orsenigo, die Menge segnend grüsst, heben sich als Antwort die Arme zum Hitlergruss. Zivile und uniformierte Gläubige singen in Fortsetzung des Tedeums:

«Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen!
SA marschiert, mit ruhig festem Schritt.
Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen,
marschier'n im Geist in uns'ren Reihen mit!

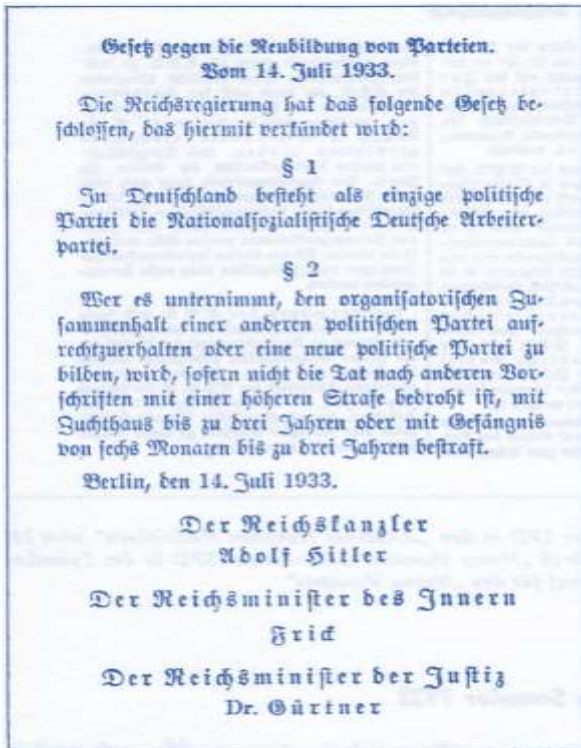


Abbildung links: Das Gesetz «zur Behebung der Not von Volk und Reich» vom 24. März 1933, das sogenannte Ermächtigungsgesetz, mit dem das Schicksal der Demokratie in Deutschland besiegelt wurde. Die im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung logische Konsequenz dieser Ermächtigung führte zur Ausbildung des totalen Staates, in dem jede organisierte Opposition verboten wurde. –

Abbildung oben: Das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 und Abbildung unten: die entsprechende Schlagzeile im «Völkischen Beobachter», dem «Kampfblatt der Nationalsozialistischen Bewegung in Grossdeutschland».

**Schluß mit den letzten
Partei-Trümmerhaufen!**



Abbildung oben: Die «amtliche Begründung» für das Verbot der SPD in den «Münchener Neuesten Nachrichten» vom 23. Juni 1933. – Rechte Seite, oben: Die erste Nummer der Wochenschrift «Neuer Vorwärts», die von der SPD in der Tschechoslowakei herausgegeben wurde. – Rechte Seite, unten: Werbeaufwurf für den «Neuen Vorwärts».

8.9.1935: Die illegale Arbeit in Dresden seit dem Sommer 1933

Über die Arbeit in der Zeit seit 1933 geben die Genossen folgende Darstellung:

In den Monaten Juli und August 1933 wurden bereits von den im Lande verbliebenen SPD-Funktionären Versuche gemacht, einen ständigen Kontakt im unterbezirk herzustellen. Zu jener Zeit herrschte starke Erbitterung gegen die ostsächsischen Funktionäre, die mit den Geldmitteln ins Ausland gegangen waren und dort sich eine Existenz mit Parteimiteln gründeten. Diese Verbitterung wurde dann gemildert, als ein Teil des Geldes nach Dresden kam und dort etwa zehn Genossen eine Existenz als Händler schaffte. Bekanntlich war dieser legal arbeitende illegalej Apparat bereits Ende September erledigt und ca. 350 aktive Funktionäre, die mit diesem Apparat in Berührung gekommen waren, gingen in Haft. Soweit diese Genossen ihre Strafen bereits ab gebüßt haben, stehen sie weiter unter Beobachtung und sind sehr verschüchtert, denn sie haben fast alle ihre Arbeitsplätze verloren. Diese ca. 300 Funktionäre waren meist Genossen über 40 Jahre. Nach dieser Zerstörung des alten SPD-Apparates ist es in Gross-Dresden nie mehr zu

einer planmässigen Arbeit gekommen. Was noch geschah, war eine Belieferung des Gebietes mit SA [«Sozialistische Aktion», Organ der SPD für die illegale Verbreitung in Deutschland, löste im November 1933 die Kleinausgabe des «Neuen Vorwärts» ab], veranstaltet durch das Büro Thiele in Bodenbach. Aus allen Stadtteilen ist uns bekannt, dass diese SA in Hunderten von Exemplaren regelmässig geschieht wurde, meist per Drucksache, oft auch in geschlossenen Brief und selten per Wurf post, also durch Boten in Briefkasten gelegt wurde; die Methode der illegalej Arbeit hat ständige Verhaftungen zur Folge gehabt und eine ungeheure Wut ausgelöst. Diejenigen Genossen, die früher Funktionen hatten, wurden immer wieder mit Vorwürfen überhäuft, warum sie nicht diese Belieferung unterbinden halfen. Für uns bestehen keine Zweifel, dass vom Büro Thiele aus vermittels Adressbüchern diese Belieferungen per Post betrieben worden sind; kamen wir aber zu Thiele, so bestritt er diese Arbeit. Dagegen hob er hervor, dass erst aus der Materialabgabe ein ständiger Kurierdienst erwachse. Diese Kurier, die im Laufe der Zeit zu Thiele gefahren

Nr. 1

Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia“
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler,
Karlsbad. Verantwortlicher
Redakteur: Wenzel Horn,
Karlsbad.

Druck: „Graphia“, Karlsbad.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

SONNTAG
18. Juni 1933

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . . . Ks 1.40
Monatlich 6.—
Vierteljährlich . . . 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . . . Ks 2.—
Monatlich 6.—
Vierteljährlich . . . 24.—

Zerbrecht die Ketten!

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein

Ein Ruf erhebt sich, der Ruf der ver- gewählten und geknebelten deut- schen Arbeiterklasse. Er sollte erstickt werden — man wird ihn dennoch

demokratie, mit ihr die Republik und die Arbeiterklasse, den anstürmenden gegen- revolutionären Kräften.

Der Faschismus trat die Herrschaft

Ohne den Bauern zu helfen, belastet sie die Masse der Verbraucher. Sie schont den Großgrundbesitz. Für die Siedlung hat sie nur noch Worte.

elzung der Großkapitalisten und Groß- agrarier und den planmäßigen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozial- listischen.

sind, stellen nur den Bericht einer Einzelperson dar, die sich aus früherer «Zeit an Thiele geklammert. Weniger aus politischen Motiven, sondern aus persönlicher Anhänglichkeit, die bekanntlich von den Führern stark ausgenützt worden ist. Was wir in Dresden jetzt tun wollen, ist eine Zusammenfassung kleiner Zirkel zu Diskussionsabenden und Vorbereitung einer Betriebszellenarbeit. Doch diese wird eine sehr schwierige Arbeit werden. Eure Meinung, dass die Betriebe bereits Widerstandszentren sind, können wir nicht unterstreichen. Im Grossbetrieb ist es sogar noch ruhiger als

in kleineren Betrieben, denn im Grossbetriebe, der meist starke Fluktuation auf weist, kennen sich die Arbeiter weniger und sind deshalb misstrauischer als im kleineren Betrieb. Soweit wir unsere Genossen kennen, es sind für ganz Dresden gesprochen ca. 100 verlässliche jüngere Freunde, lehnen sie jetzt irgendein Parteibekanntnis ab, sie wollen nur Sozialisten sein. Auch dieser RS-Kreis [«Revolutionäre Sozialisten»] darf nicht die «neue Partei» sein wollen, da gehen wir nicht mit. Zeigt uns eure Wege, und wir werden mit euch gehen. Die Firma ist uns gleich. Tut aber alles, um die

Wenn Du

alles tust, was in Deinen Kräften steht, und überall, bei jeder Gelegenheit unter Deinen Freunden, Kollegen und Bekannten, mündlich und schriftlich

Für den Neuen Vorwärts wirbst,

hilfst Du der deutschen Arbeiterschaft in ihrem schweren, opferreichen Kampfe gegen die Barbarei des Faschismus, —

Kämpfst Du gegen Hitler,

denn durch jeden neuen Bezieher werden dem Verlag neue Mittel zugeführt, die für die Finanzierung der gefährvollen Verbreitung des „Neuen Vorwärts“ in Deutschland benötigt werden.

Also wirb!

Gruppen auf eine einheitliche Aktionslinie zu bringen, auch mit SAP [«Sozialistische Arbeiterpartei», linksradikale Gruppe, die sich 1931 von der SPD abgespalten hatte] und KP, soweit letztere nicht parteiegoistisch eingestellt ist...

Unser Wille ist, mit einer Emigration zusammenzuarbeiten, die ein Zentrum des revolutionären Wollens darstellt, die auch die nötige Klarheit über Weg und Ziel schafft, damit Anziehungskraft entfaltet werden kann und [wir] meinen, dass sich um solche wegweisende Arbeit sicher die besten Kämpfer Deutschlands scharen werden. Gewiss wäre es schön, wenn wir eine Person als Schild herausstellen könnten, aber das ist nicht entscheidend, massgebend bleiben die Handlungen in der Praxis. Das Wollen der RS-Leute müsste aber unbedingt weit sichtbar gemacht werden in der internationalen Diskussion sowie in dem Bekenntnis zur Einheitsfront mit KP und den brauchbaren Resten der Splitter. Arbeiten die RS-Leute und das Karlsbader Sekretariat in diesem Sinne weiter, so werden wir Dresdner uns stets dazu bekennen und werbend tätig sein. Wir bilden uns nicht ein, dass wir grosse Theoretiker in unserer vordersten Front auf weisen können, wir haben mehr Tatmenschen an uns, und diese suchen eine Stütze für die Tagesarbeit und brauchen einen freien Blick für die Gesamtaufgabe. Deshalb versprechen wir, ständige Kurierverbindung zu halten und das RS-Material [In erster Linie die seit 1935 erscheinenden «RS-Briefe»] ZU verbreiten. (Aus: Das Ende der Parteien)

23.10.1933: Otto Wels (Prag) an Karl Kautsky (Wien)

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlass Kautsky, Maschinenschrift

Lieber, sehr verehrter Genosse Kautsky!

Herzlichen Dank für Ihren freundlichen Gruss zu meinem Geburtstag. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr ich mich über ihn gefreut habe. Wohl sind mir an jenem Tage zahlreiche Beweise der Sympathie zuteil geworden, die alle, alle vielfach schwerer wogen als es die üblichen Glückwünsche zu anderer Zeit konnten. Jedenfalls war es ein bitterer Tag, und die Gefühle der Depression waren an ihm doppelt wirksam. Der Gedanke daran, wie viele Leute sich jetzt ihre eigene Heldenhaftigkeit bescheinigen und beweisen, indem sie nach einem Schuldigen suchen, wobei ich immer öfter genannt werde, als der, der eigentlich versagt habe, weil ich die entscheidende Macht, den ausschlaggebenden Einfluss gehabt hätte, ist so beschämend, weil der Vorwurf ebenso dumm wie verlogen ist. Ich kann und will mich aber nicht zu den Leuten gesellen, indem ich mit den Fingern auf andere weise und der Selbstzerfleischung diene, der sich ohnehin mehr als zu viele hingeben. Am schwer-



Abbildung links: Eine Karikatur aus dem «Neuen Vorwärts» vom 26. November 1933, mit der Schlagzeile: «Schusswaffe gegen ‚Vorwärts‘, ein hessischer B luter lass: Wer den ‚Vorwärts‘ verbreitet, wird erschossen.» – Abbildung oben: Erklärung der SPD im «Neuen Vorwärts» anlässlich des Parteiverbots vom 22. Juni 1933. – Abbildung rechte Seite: Die Abonnentenpreise für den «Neuen Vorwärts», der sein Hauptanliegen darin sah, zum Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzurufen.

sten ist die dummdreiste Art zu tragen, in der die Demokratie in Grund und Boden verurteilt und die Diktatur gefordert wird, gerade von denen, die sich am wenigsten über das, was kommen wird oder kommen kann, im Klaren sind.

Trotzdem aber ist der Widerstand in Deutschland im Wachsen und da, wo gearbeitet wird, ist die anfängliche Abneigung gegen Prag auch im Abnehmen. Ich fühle das bei den vielen Besuchen aus Deutschland. Auch die Führer der sogenannten oppositionellen Gruppen, mit denen ich sprach, gehen mit ganz anderer Auffassung zurück als sie kamen. Junge Arbeiter, die ihren Kopf riskieren, sagen mir allemal, dass man in Deutschland froh ist zu wissen, wohin man sich wenden kann. Das ist auch die Hauptsache. Das Schimpfen ist dann nur noch von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, der Hass gegen die Unterdrückung und die Lust zum Kampf stehen im Vordergrund des Wollens. Dafür haben wir ein Zentrum geschaffen. Auf wie lange? Wer kann das wissen? Jedenfalls ist unsere Arbeit zur Zeit das Wertvollste, was jetzt in Deutschland geleistet wird, weil wir doch das bessere Menschenmaterial haben. Die Kommunisten treten nur dank der Lockspitzelarbeit stärker hervor, die die armen Jungen, die sich gläubig opfern, massenhaft verbraucht und frühzeitiger Indifferenz zutreibt. Es ist doch charakteristisch, dass unsere Leute im Lande unsere Frage, ob wir angesichts der Mordhetze vor-

läufig stoppen sollen, durchweg ablehnend beantwortet haben. Sie fordern Vorsicht, aber keine Unterbrechung. Merkwürdig ist auch der Optimismus, von dem die jungen Arbeiter beseelt sind in Bezug auf die Dauer des Regimes. Ich schäme mich nicht, zu sagen, dass sie darin von mir bestärkt werden, denn ich bin darin tatsächlich ganz ihrer Meinung. Meine Begründung liegt dabei allerdings stark auf der Glaubenseite und wird von der Abneigung genährt, uns selbst lange Fristen zu stellen, die leicht dazu führen, die Intensität der Arbeit zu schwächen, deren Schwierigkeiten ich nur zu gut kenne. Dass Hitler, der sich in vier Jahren dem Volke zu stellen versprach, jetzt schon zum Schwindel des Plebiszits greifen muss, ist kein Zeichen selbstbewusster Kraft, sondern ein abgegriffenes Taschenspielerkunststück, aus dem er keinen dauernden Vorteil ziehen wird, so wirksam der Terror auch dabei werden mag.

Was auch kommen mag, es liegt kein Grund vor zu resignieren. Die Zeit wird kommen, in der auch über die Vergangenheit gesprochen werden kann. – Wenn wir dann dazu Zeit haben und es sich lohnen sollte.

Einstweilen aber nehmen Sie meinen besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen und seien Sie wie auch Frau Luise herzlich gegrüsst von

Ihrem
Otto Wels

ABONNEMENTSPREISE

ab 1. August 1933

	Einzelnummer	Quartal	Einzelnummer	Quartal
Tschechoslowakei	Kö 1.40	K5 18– Ausland	Kö 2–	Kö 24–

Preis für die einzelnen Länder – Valuraschwankungen vorbehalten –:

Belgien , a	> • «	Frs. 2–	Frs. 24–	Litauen . > * «	I. lit 0.55	I. lit 6.60
Bulgarien *	n 1 v	Lew 8–	Lew 96–	Luxemburg	Belg. Frs. 2–	Belg. Frs. 24–
Dänemark .	< «	Kr. 0.40	Kr. 4.80	Norwegen .	Kr. 0.35	Kr. 4.20
Danzig . .	b	Guld. 0.30	Guld. 3.60	Oesterreich	Schill. 0.40	Schill. 4.80
Deutschland	• M •	Mk. 0.25	Mk. 3–	Polästina	Mils 18–	Mils 216–
Estland . .	« 4	Estn. Kr. 0.22	Estn. Kr. 2.64	Polen • f	Zloty 0.50	Zloty 6–
Finnland •	4 ••	Fmk. 4–	Fmk. 48–	Portugal • ft	Escudo 2–	Escudo 24–
Frankreich	• «	Frs. 1.50	Frs. 18–	Rumänien • 1	Lei 120–	Lei 10–
Grossbritannien		d. 4.–	sh. 4.8.5	Saargebiet	Frs. Fr. 1.50	Frs. Fr. 18–
Holland . .		Gld. 0.15	Gld. 1.80	Schweden • R •	Kr. 0.35	Kr. 4.20
Italien . .		Lir. 1.10	Lir 1320	Schweiz w	Frs. 0.30	Frs. 3.60
Jugoslawien		Din. 4.50	Din. 54–	Spanien .	Pes. 0.70	Pes. 8.40
Lettland .	•	Lat 0.30	Lat 3.60	Ungarn «	Pengö 0.35	Pengö 4.20
				U.S.A. <	Doll. 0.08	Doll. 0.96

Die Strasse frei den braunen Bataillonen,
die Strasse frei dem Sturm-Abteilungs-Mann!
Nun wehen Hitlerfahnen über alle Strassen,
die Zeit der Freiheit Deutschlands bricht jetzt an!»

Trotz dieser beiderseits bekundeten Harmonie kommt es vielerorts auch zu Ausschreitungen gegen katholische Organisationen und Geistliche. Hier tun sich vor allem Jugendliche hervor, HJ-Führer, die die taktischen Winkelzüge ihres Führers nicht verstehen können, die nicht einsehen wollen, weshalb die bisher bekämpften «Schwarzen», die «römischen Dunkelmänner», die «jesuitischen Schleicher», die «reaktionären Pfaffen», die nur «das Volk verdammen» wollen und bisher die «Freiheitsbewegung des deutschen Volkes» bekämpft und unterdrückt haben, plötzlich ehrenwerte Volksgenossen sein sollen.

Fanatisierte Jugendliche und revolutionäre Parteigenossen stehen der Kirche gegenüber auf dem gleichen Standpunkt, den Hitler vorgibt, früher ebenfalls eingenommen zu haben. «In der Jugend stand ich auf dem Standpunkt: Dynamit! Erst später sah ich ein, dass man das nicht übers Knie brechen kann. Es muss abfaulen wie ein brandiges Glied.»

Daher versucht er jetzt, die «wilden» Aktionen gegen die Kirche zu unterbinden, bestraft diesen und jenen SA-Führer und setzt ansonsten sein Werben um die katholische Kirche fort, so dass er von dieser Seite zunächst keinen Widerstand zu fürchten braucht.

Mit der anderen grossen moralischen Macht, der evangelischen Kirche, steht es für Hitlers Ziele noch besser. Die evangelische Kirche hat im Gegensatz zur katholischen schon in der Zeit der Weimarer Republik wenn nicht hinter Hitler, so doch hinter den nationalen Kräften gestanden.

Das ist leicht verständlich, wenn man bedenkt, dass die evangelische Kirche in Deutschland vom Beginn ihrer Geschichte stets mit den jeweiligen Fürstenthümern in Deutschland verbunden war. Der Landesherr ist stets auch Oberhaupt der Landeskirche gewesen. Anders als die universelle, internationale katholische Kirche ist die evangelische Kirche eine nationale, deutsche Kirche.

Die Weimarer Republik ist den 28 evangelischen Landeskirchen mit lutherischer, unierter oder reformierter Prägung von Anfang an fremd gewesen, etwas Feindliches. Die evangelische Kirche hat deshalb ihrerseits nichts für diesen Staat übrig gehabt, der entweder von den Katholiken regiert wurde oder von atheistischen,

«Ende des Zentrums, 7. Juli 1933»

Das «Zentrum ist also formell aufgelöst. Das Zentrum ist aufgelöst durch eigenen Beschluss! Wie man hört, hat Brüning scharf widersprochen; aber durchschlagend wurde die Rücksicht auf die katholischen Beamten. Brüning hatte abwarten wollen, dass das Zentrum durch die Regierung aufgelöst wird – wo es dann keine eigene Verantwortung gehabt hätte. Ebenso die Bayrische Volkspartei. Jegliche politische Wirksamkeit im Sinne der alten Zentrumsparterie ist fortan unmöglich und «verboten». Ganz offen wird erklärt, dass jeder weitere Versuch einer solchen Wirksamkeit mit brutaler Gewalt würde niedergeschlagen werden.

Das ist fürwahr ein entsetzliches Schicksal, kaum zu fassen, für eine Partei, welche mehr als 60 Jahre in allen Ehren bestanden hat und so Grosses gewirkt hat. Man kann nichts tun, als sich geduldig und demütig zu fügen in diesen Ratschluss der göttlichen Vorsehung. Wenn es auch diesmal schwer, sehr schwerfällt. «Quam incomprehensibilia sunt judicia ejus, et investigabilis viae ejus», wie es im Römerbrief heisst. Es ist kein Wunder, dass temperamentvolle, namentlich jüngere Mitglieder der Partei furchtbar erregt sind und in harten Worten Brüning, Kaas und alle anderen Führer beschuldigen, durch ihre Untätigkeit und ihren Kleinmut den Untergang der Partei mit verschuldet zu haben. Aber was hätten denn Brüning und Kaas praktisch tun sollen? Würde es etwas genützt haben, wenn sie das

katholische Volk und die gesamte Zentrumsparterie zu geschlossenem Widerstand aufgefordert hätten? Dieser Widerstand würde sofort die physische Machtlosigkeit der Partei gezeigt haben und brutal niedergeschlagen worden sein; die Führer würden sofort in «Schutzhaft» genommen und dadurch unschädlich gemacht worden sein. Nachdem die Bischöfe einmütig zur Anerkennung der neuen Regierung sich bekannt haben, wäre ein solcher Widerstand für uns auch moralisch nicht mehr zu rechtfertigen, unmöglich gewesen. Es bleibt nichts übrig, als dem Beispiele der Bischöfe sich anzuschliessen, und trotz allem weiter den Versuch zu machen, innerhalb der nationalsozialistischen Partei und in Zusammengehen mit dieser nach Kräften für den Schutz unserer religiösen Interessen bemüht zu bleiben. Anderes gibt's einfach nicht mehr. Alle unsere grossen Organisationen sind zerschlagen. Selbst die Gesellenvereine sind ihrer Selbständigkeit beraubt und in die «nationalsozialistische Arbeiterfront» «eingeschaltet». Was nun weiter werden soll, kann noch niemand sagen. Einstweilen steht die Zukunft höchst dunkel vor uns. Praktisch können wir nichts tun, als weiterhin den Versuch zu machen, innerhalb der nationalsozialistischen Partei und durch ruhiges Mitarbeiten in deren Organisationen für unsere religiösen Grundsätze zu wirken. Der Nationalsozialismus, namentlich Hitler, haben oft erklärt, dass sie das «positive Christentum» als Grundlage des Staates wollen,

(Karl Badiem, Geschichtsschreiber des Zentrums, am 7. Juli 1933)

marxistischen Sozialdemokraten – oder aber von beiden Feinden der evangelischen Kirche in trautem Verein.

Die evangelische Kirche hat zwar 1920 ihren Gemeindemitgliedern ausdrücklich jede politische Tätigkeit gestattet, übt also die notwendige Toleranz, aber im Wesentlichen ist es die Deutschnationale Volkspartei, die im Gegensatz zur katholischen Zentrumspartei eine fast ausschliesslich evangelische Partei ist, der auch Reichspräsident von Hindenburg nahesteht.

In anderen Parteien waren nur wenige Geistliche oder aktive Kirchendiristen tätig, so die «Religiösen Sozialisten» in der SPD, eine etwas grössere Zahl in der NSDAP.

1932 schon werden die Stellungnahmen evangelischer Pfarrer und Theologen für den Nationalsozialismus immer häufiger. Und am 30. Januar 1933 wird die Reichskanzlerschaft auch von evangelischer Seite, von Kirchenvolk und Geistlichkeit, als positives Ereignis oft überschwenglich gefeiert. Es gibt begeisterte Grussadressen für die neue Regierung, auch von Geistlichen, die nicht zu den «Deutschen Christen» gehören, darunter von einem der bekanntesten Pfarrer, Martin Niemöller, der bald zu den unversöhnlichsten Gegnern

des Nationalsozialismus gehören wird. Dieser Pfarrer ist im Weltkrieg Marineoffizier gewesen, U-Boots-Kommandant. Danach erst ist er Pfarrer geworden, und sein Buch «Vom U-Boot zur Kanzel» hat ihn weit hin bekanntgemacht. Niemöller begrüsst Hitlers Regierungsantritt und nach dem 5. März auch den Wahlsieg der NSDAP-DNVP-Koalition.

Trotz dieser fast einmütigen Unterstützung gibt die evangelische Kirche mehr Schwierigkeiten auf als die katholische. Die in sich schon in 28 Landeskirchen mit differierenden Bekenntnissen gegliederte evangelische Kirche ist eben dabei, sich in zwei Hauptrichtungen zu spalten: die «Glaubensbewegung Deutsche Christen» und die «Bekennende Kirche». Dieser innerkirchliche Streit hat zunächst wenig mit der politischen Stellungnahme der einzelnen Geistlichen zu tun, wenn auch die zum Nationalsozialismus tendierenden oder gar der NSDAP angehörenden Pfarrer vornehmlich der «Glaubensbewegung Deutsche Christen» angehören. Zunächst geht es um die theologische Streitfrage des Verhältnisses von Kirche und Staat. Die konservativen Kräfte wollen die alten Verhältnisse wiederherstellen, wonach die evangelische Kirche eine Staatskirche ist, nunmehr aber nicht wie früher mit einem Landes-



Abbildung oben: «Schwarze Saboteure», «Hinterhältigkeit der B.V.P.-Politik» – mit solchen verleumderischen Anschuldigungen versucht der «Völkische Beobachter», den Massnahmen gegen die demokratischen Parteien den Schein des Rechts zu geben.

fürsten als Kirchenoberen, sondern als einheitliche Reichskirche, als Nationalkirche, wie etwa die Anglikanische Kirche in England.

Die Anhänger der «Bekennenden Kirche» stellen das Bekenntnis zum Evangelium in den Vordergrund. Keinerlei Bindung an den Staat, ausser in der Befolgung des Pauluswortes, dass der Christ der Obrigkeit untertan sei, da jede Obrigkeit von Gott komme.

Der Streit zwischen «Deutschen Christen» und den evangelischen Kirchenmännern, die sich in der «Bekennenden Kirche» zusammenfinden, richtet sich zunächst also nicht gegen Hitler und seinen Staat. Bereits am 8. März 1933 jedoch schreibt Bischof Dibelius in einem vertraulichen Hirtenwort an seine Pfarrer: «Darin müssen und werden wir uns einig sein, dass . . . nicht das Volkstum, sondern das Gottesreich Gegenstand evangelischer Verkündigung ist.» An dieser Grundeinstellung, hier noch ein Argument innerhalb der internen Auseinandersetzung der evangelischen Kirche, wird sich erst später auch der Kampf der «Bekennenden Kirche» gegen Hitler und die nationalsozialistische Weltanschauung entzünden. Am 15. November 1933, anlässlich des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund, ist es wiederum Pfarrer Niemöller, inzwischen Führer des «Pfarrernotbundes», in dem sich die Gegner der «Deutschen Christen» sammeln, der in dessen Auftrag an Hitler ein Schreiben sendet: «In dieser für Volk und Vaterland entscheidenden Stunde grüssen wir unseren Führer. Wir danken für die mannhafte Tat und das klare Wort, die Deutschlands Ehre wahren. Im Namen von mehr als 2500 evangelischen Pfarrern, die der Glaubensbewegung Deutsche Christen nicht angehören, geloben wir treue Gefolgschaft und fürbittendes Gedenken.
Martin Niemöller»

Von der in sich gespaltenen evangelischen Kirche ist also ebenfalls kein Widerstand gegen Hitlers Schritte zur vollen Machtübernahme zu erwarten.

Eine andere politisch-moralische Kraft ist noch immer der Adel, vornehmlich der Hochadel. Die politisch konservativen Parteien und Organisationen, auch viele evangelische Geistliche, erwarten von der nationalen Regierung Schritte zur Wiederherstellung der Monarchie. Auch weite Kreise der Bevölkerung stehen den vergangenen Gewalten noch immer sympathisierend gegenüber, wie es auch die Abstimmung über die Fürstenabfindung bewiesen hat. SPD und KPD haben eine empfindliche Niederlage erlitten, als sie das Volk aufriefen, für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten zu stimmen.

Doch auch von dieser Seite droht Hitler keine Gefahr. Einmal wegen der stillen Hoffnung mancher Adelskreise, Hitler werde die Monarchie wieder einführen;

zum anderen deshalb, weil man den plebejischen Hitler in manchen dieser Kreise noch weniger ernst nimmt als anderswo. Man mokiert sich allenfalls in den Salons und auf Teegesellschaften über den «böhmischen Gefreiten».

Neben denen, die sich mokieren, denen er gleichgültig ist, gibt es auch andere, die Hitler ausdrücklich unterstützen. Der deutsche Kronprinz begrüsst die Kanzlerschaft Hitlers in einem begeisterten Glückwunschtelegramm, nachdem er schon ein halbes Jahr zuvor bei Hindenburg energisch gegen das kurzfristige Verbot der NSDAP protestiert hat.

Andere kaiserliche Prinzen sind sogar Führer von Hitlers Bewegung: Prinz August Wilhelm, genannt «Auwi», ist hoher SA-Führer, Prinz Eitel-Friedrich ist SS-Führer. Prinz Philipp von Hessen, Schwiegersohn des italienischen Königs, unterstützt Hitler mit vertraulichen diplomatischen Aktionen und wird ebenfalls SS-Führer. Ebenfalls SS-Führer sind – schon vor 1933 – der Erbgrossherzog von Mecklenburg, der General Graf von Schulenburg, der Prinz von Waldeck, der Erbherzog von Braunschweig und der Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen.

SS-Mann ist auch jahrelang der heutige Prinz Bernhard der Niederlande, Gemahl der holländischen Königin Juliane und Vater der Kronprinzessin Beatrix; damals heisst er noch Bernhard zu Lippe-Biesterfeld und ist Angestellter im IG-Farben-Konzern. Die spätere Königin Friederike von Griechenland ist Hitlerjugend-Führerin im BDM, dem «Bund Deutscher Mädchen», und heisst zu dieser Zeit noch Friederike von Braunschweig.

Der deutsche Adel stellt einen erstaunlich hohen Prozentsatz an höheren SA- und SS-Führern; vor allem die SS erweist sich als Magnet, da sie als Elite-Einheit, als «kämpferischer Orden» gilt.

Viele Adlige, vor allem die Jugend, begrüssen zumindest den Regierungsantritt Hitlers, der mit der innerlich nie akzeptierten Republik Schluss macht. In Bamberg setzt sich ein junger Kavallerie-Leutnant spontan an die Spitze eines Demonstrationszuges zu Ehren von Hitlers Regierungsantritt. Der Nachkomme des grossen Gneisenau verübelt seinen Vorgesetzten, dass sie ihn deshalb kritisieren; die grossen Soldaten der Vergangenheit hätten wohl eher erkannt, dass hier eine echte Volkserhebung stattfand, sagt er. Der Leutnant heisst Claus Schenk Graf von Stauffenberg – elf Jahre später wird er Hitlers Attentäter sein.

Auch von dieser Seite, den traditionellen Kräften in Deutschland, hat Hitler also nichts zu befürchten. Was ihn bei der Verwirklichung seines Zieles, unumschränkter Diktator zu werden, als erstes behindert, sind die Länderregierungen. Das Deutsche Reich ist, wie heute

die Bundesrepublik, ein föderalistischer Staat. Die Länderregierungen haben sogar eigene diplomatische Vertretungen, Gesandtschaften bei der Reichsregierung in Berlin.

Aber das ist natürlich relativ belanglos. Gefährlich für Hitler ist, dass es keine einheitliche Polizei gibt – wie heute in der Bundesrepublik untersteht die Polizei den Landesregierungen. Und die Landesregierungen sind bis auf zwei alle anti-nationalsozialistisch. Was, wenn die Polizei gegen die Nationalsozialisten eingesetzt wird?

Es gibt eine Anzahl Beispiele dafür. In Kiel etwa hat die Polizei Hitlerjungen festgenommen, die das Heim der «Sozialistischen Arbeiterjugend» überfallen haben. Anderswo schützt die Polizei sozialdemokratische Verkehrslokale vor der SA. In Leipzig wird ein Marschzug des Stahlhelm von SA-Leuten, obwohl diese eigentlich Verbündete sind, angegriffen. Die Polizei greift ein – und nimmt die SA-Leute fest.

Ähnliches geschieht auch anderswo. Was wird sein, wenn die Länderregierungen sich gegen die Reichsregierung stellen, gar Polizei einsetzen? Hitler glaubt zwar nicht daran, denn das wäre ein offener Staatsstreich, und dazu neigen die prominenten Politiker in den Ländern ebensowenig wie die Beamten. Aber immerhin ...

So ist das erste Gesetz, das Hitlers Regierung auf Grund der ihm von den Parteien des Parlamentes gegebenen Ermächtigung erlässt, das Gesetz über die Auflösung der Landtage. Das ist am 31. März, eine Woche nach dem Untergang der Parteien im Reichstag. Am 7. April bereits setzt Hitler für jedes Land «Reichsstatthalter» ein, die das Recht haben, gegebenenfalls die betreffenden Landesregierungen abzusetzen.

Der Anfang damit wird in Bayern gemacht, dem Land, aus dem Hitler und die NSDAP vor Jahren aufgebrochen sind, um ganz Deutschland zu erobern. General Ritter von Epp, einst als Reichswehrkommandeur Hitlers oberster Vorgesetzter in München, übernimmt als Reichsstatthalter die Regierungsgewalt und setzt die katholische Regierung des langjährigen Vorsitzenden der Bayrischen Volkspartei, Dr. Heinrich Held, mit Hilfe eines SA-Kommandos ab. Held ist der Mann, der schon 1924 als bayerischer Ministerpräsident Hitler durch einen Gnadenakt fünf Tage vor Weihnachten aus der Festungshaft entlassen und später Hitlers Ausweisung als unerwünschter Ausländer verhindert hat. Hitlers Dank erhält er nun.

Wenige Tage vor seiner Amtsenthebung hat Dr. Held noch etwas Entscheidendes für Hitlers Diktatur getan, wenn auch feststeht, dass diese Massnahme ohne den bayerischen Ministerpräsidenten ebenso durchgeführt

worden wäre, wenn auch etwas später. Am 21. März 1933 – es ist der Tag der Reichstagsöffnung, der «Tag von Potsdam», und es ist Frühlingsanfang – unterschreibt der Ministerpräsident Dr. Held den Befehl zur Gründung eines «Schutzhaftlagers» im Dachauer Moor. Das erste Konzentrationslager wird damit amtlich geschaffen.

Helds Anweisung ist gegengezeichnet vom Münchener Polizeipräsidenten, den die Nationalsozialisten eben erst eingesetzt haben. Dieser Polizeipräsident heisst Heinrich Himmler – der «Reichsführer SS». Von diesem untergeordneten Posten als Münchener Polizeichef wird Himmler in nur einem Jahr aufsteigen zum mächtigsten Mann in Deutschland nach Hitler, obwohl das selbst dann noch kaum jemand merkt, denn Himmler ist ein Mann, der still im Verborgenen seine Fäden zieht.

Nach Bayern werden kurz hintereinander alle anderen deutschen Länder «gleichgeschaltet», wie bald der Ausdruck für die Auflösung alles Bisherigen lautet, gleichgültig, ob es sich dabei um die deutschen Länder oder um Kegelklubs, um Gewerkschaften oder Turnvereine handelt.

Die Widerstandskräfte, die sich für Hitler aus dem deutschen Föderalismus ergeben könnten, sind damit ausgeschaltet. Nun kann der künftige Diktator den nächsten Schritt zur Machtergreifung tun: Die Parteien werden aufgelöst, soweit sie das nicht von selbst tun. Mit der SPD wird der Anfang gemacht. Am 22. Juni verbietet Reichsinnenminister Frick die SPD als «volks- und staatsfeindlich», obwohl die SPD-Führung sich inzwischen alle Mühe gegeben hat, auf die Kompromisslinie der anderen Parteien einzuschwenken. Am 19. Mai hat sich in der Reichstagsdebatte über die Aussenpolitik nun auch die SPD wie die anderen Parteien hinter Hitler gestellt.

Ganz überraschend kommt das nicht, denn schon in der ablehnenden Rede des Parteivorsitzenden Wels zum Ermächtigungsgesetz lässt sich die Taktik der SPD erkennen, mit der sie zukünftig der NSDAP gegenüber treten will, die Taktik einer legalen Opposition. Man will durch äusseres Entgegenkommen den Bestand der Parteiorganisation bewahren, um dann, wenn Hitler «abgewirtschaftet» hat, wieder zur Stelle zu sein. Daher und auch aus innerer Überzeugung betont Wels den Kampf der SPD gegen das Versailler Diktat, den Kampf gegen die «Kriegsschuldflüge», wozu er ausführt: «Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die Bemerkung gestatten, dass ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin ... Der Herr Reichskanz-

ler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: ‚Aus dem Aberwitz der Theorie von den ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft‘. Dieser Satz gilt für die Aussenpolitik, für die Innenpolitik gilt er nicht minder.»

Wels appellierte auch an die propagierte Volksverbundenheit der NSDAP und erwähnte Hitlers Herkunft: «Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. Davon», wandte er sich an die Naziabgeordneten, «davon können Sie nicht mehr zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben.»

Selbst ein Appell daran, dass doch auch die NSDAP den Sozialismus zu ihrem Programm erhoben habe, fehlt nicht.

Dennoch hat in Preussen die Polizei auf Anweisung des preussischen Ministerpräsidenten und Innenministers Göring am 10. Mai die Büros und Parteihäuser der SPD besetzt und das Parteivermögen beschlagnahmt. Nun, neun Tage danach, stellt sich die SPD im Reichstag hinter Hitlers Aussenpolitik. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tut noch ein Übriges: Sie distanziert sich von ihren Genossen, die bereits emigriert sind, darunter auch einige Parteiführer. Deshalb wird am 19. Juni sogar eine neue Parteiführung gewählt und den emigrierten Genossen das Recht abgesprochen, weiterhin im Namen der SPD zu sprechen.

Es ist alles vergeblich: Am 22. Juni 1933, auf den Tag genau acht Jahre vor dem Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion, hat die SPD in Deutschland aufgehört zu existieren.

Heute ist es leicht, vom Versagen der SPD zu sprechen, ihr vorzuwerfen, sie hätte damals keine Kompromisse schliessen dürfen, sondern unter allen Umständen kämpfen müssen. Terence Prittie zitiert in seinem Buch «Deutsche gegen Hitler», um das «in die Augen springende Versagen der Partei» verständlich zu machen, den führenden Sozialdemokraten Fritz Erler:

«Zunächst einmal müssen Sie die Ära der Weimarer Republik als ein Ganzes betrachten. Zu den Ursachen ihres Unterganges gehört auch, dass die Demokratie im Jahre 1918 nicht vom deutschen Volke erkämpft wurde, sondern als Ergebnis der militärischen Niederlage und des Weglaufens der früheren Gewalten zustande kam. So haben viele Deutsche die Republik nicht als von ihnen gewollt, sondern als ein Produkt einer nationalen Niederlage empfunden. Mit aus diesem Grunde waren die enragierten Verteidiger der Weimarer Demokratie in einer Minderheit. Sie hatten sich mit den aktiven

Minderheiten auf der Rechten und Linken, die anti-demokratisch waren, auseinanderzusetzen, während die meisten Deutschen dieser harten Auseinandersetzung mehr oder minder abwartend gegenüberstanden.

Das autoritäre Regierungssystem von 1933 kam nicht über Nacht. Ihm waren halbautoritäre Phasen unter Brüning, Papen und Schleicher vorausgegangen. Viele Faktoren haben dazu geführt, dass grosse Teile der Bevölkerung die demokratische Regierungsform nicht mehr zu schützen gewillt waren. Massenarbeitslosigkeit, verschuldete Landwirtschaft, akademisches Proletariat, mangelnde Bereitschaft der Westmächte, einem demokratischen Deutschland auch nur ein Minimum jener Konzessionen zu machen, die man später dem Erpresser Hitler einräumte – all dies lähmte die Verteidigungskraft der Demokratie. Hierzu kam die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung durch die Kommunisten. Auch diese Feindschaft hat zur Zerstörung der Demokratie beigetragen. Möglicherweise gab es einen Augenblick, an dem resolutes Handeln die Lage hätte retten können, als nämlich im Juli 1932 Papen mit einem Staatsstreich die sozialdemokratische Regierung Braun-Severing in Preussen beseitigte. Damals wäre wohl eine von den Gewerkschaften ausgerufene Aktion gegen diesen Staatsstreich von der preussischen Polizei und der Verwaltung unterstützt worden, mindestens in Berlin, und dies war ja wohl entscheidend. So dürfte eine solche Aktion nicht aussichtslos gewesen sein. Aber die Führer der SPD und der Gewerkschaften glaubten nicht an einen Erfolg, weil in einer Zeit der Arbeitslosigkeit ein Streik keine wirksame Waffe ist und weil es darüber hinaus nach ihrer Ansicht zweifelhaft war, ob ein solcher Streik wirklich die öffentliche Meinung zu seiner Unterstützung gehabt hätte. Ein politischer Streik gegen die öffentliche Meinung ist zum Scheitern verurteilt/

Als ich ihn fragte, warum die Sozialdemokraten nicht massive Streiks organisierten, als die Nazis an die Macht kamen und sich als weit grössere Gefahr erwiesen, als Papen und Schleicher das je gewesen waren, antwortete Erler:

‚Gegen die Mehrheit der Bevölkerung lässt sich kein politischer Streik führen. Die Sozialdemokraten wurden von 22% der Wähler unterstützt. Die Kommunisten hätten uns nicht geholfen; im Gegenteil, sie hatten ja im November 1932 mit den Nationalsozialisten bei der Organisation des Verkehrsstreiks zusammengearbeitet, der sich gegen die freien Gewerkschaften und gegen die stark sozialdemokratisch beeinflusste Berliner Stadtverwaltung richtete. Die Kommunisten hatten ja auch im August 1931 mit den Deutschnationalen und Nationalsozialisten zusammen einen allerdings erfolglos gebliebenen Volksentscheid gegen den Weiterbe-

stand der sozialdemokratisch geführten preussischen Regierung durchzuführen versucht. Deshalb war es auch im Juni 1932 wohl ausgeschlossen, kommunistische Unterstützung zur Rettung eben dieser Regierung zu erwarten. Und 1932 waren die Kommunisten davon überzeugt, dass es darauf ankam, erst einmal den sozialdemokratischen Hauptfeind zu besiegen. Sie hielten die Hitler-Herrschaft für eine vorübergehende Episode, nach deren kurzfristig zu erwartendem Ende sie, die Kommunisten, die Herrschaft übernehmen könnten. Sowohl die Nationalsozialisten wie die Kommunisten nannten unsere Partei das Feigenblatt der Bourgeoisie. Die Kommunisten beschimpften uns als Sozialfaschisten. Anfang 1933 gab es tatsächlich im deutschen Volke eine weitverbreitete Hoffnung, dass mit dem Regierungswechsel die Arbeitslosigkeit überwunden, die Wirtschaft in Ordnung gebracht und die Stellung Deutschlands der Umwelt gegenüber auf friedliche Weise verbessert würde. Die Schreckensherrschaft, die Unterdrückung und Ausrottung Andersdenkender sowie die Vorbereitung des Krieges waren jenen Bevölkerungsschichten damals nicht bewusst. Unter diesen Umständen wäre 1933 ein Generalstreik zum Fehlschlag verurteilt gewesen‘.

Erler hätte hinzufügen können, dass man sich eine ganze Weile der rührenden Illusion hingab, dem Nazismus mit legalen Mitteln entgegenzutreten, ja ihn damit besiegen zu können.»

Eine Woche nach dem Verbot der SPD erklärt die Partei des späteren Bundespräsidenten Dr. Theodor Heuss – der am 23. März dem Fraktionszwang folgend seine Stimme für das Ermächtigungsgesetz abgab –, die Deutsche Staatspartei, ihre Auflösung.

Am 4. Juni gibt die Deutsche Volkspartei des verstorbenen Reichskanzlers und Aussenministers Stresemann ihre Auflösung bekannt. Ein Abgeordneter dieser Partei hat am 23. März für das Ermächtigungsgesetz gestimmt – weil von nur zwei Gewählten eben nur die Hälfte anwesend war. Das ist deshalb erwähnenswert, weil noch heute so viel – und mit Recht – von den Verdiensten Stresemanns um die Republik gesprochen wird. Es gibt keinen Zweifel, dass Stresemann neben dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert die überragende Gestalt des politischen Lebens der Weimarer Republik war. Aber die Tatsache, dass in der entscheidenden Reichstagswahl vom 5. März nur noch zwei Mandate auf die Deutsche Volkspartei entfallen, zeigt deutlich, dass auch diese Partei nicht das Wichtigste am Kampf um die Macht in einem parlamentarisch-demokratischen Staat erkannt hat – die Gewinnung einer breiten Basis unter den Volksmassen.

Am gleichen Tag, nachdem Zentrumsvorsitzender Prä-

lat Kaas telefonisch gefragt hat: «Habt ihr euch denn noch nicht aufgelöst?», bestimmt die Bayrische Volkspartei des späteren Bundesfinanzministers Dr. Schäffer freiwillig ihre Auflösung. Einen Tag darauf folgt die Zentrumspartei des späteren Bundeskanzlers Dr. Adenauer und des heutigen Bundespräsidenten Dr. Lübke.

Auch die Koalitionspartei der Nationalsozialisten, Hugenberg's Deutsche Nationale Volkspartei, wird aufgelöst. Hugenberg, der noch am Tage seines Eintritts in Hitlers Regierung, am 30. Januar 1933 erklärt hat, er werde deshalb Mitglied im Kabinett des Reichskanzlers Hitler, «um den verunglückten österreichischen Maler an die Leine zu nehmen», sieht sich gezwungen, um seine Entlassung zu ersuchen – der Mann also, der die Interessen der Wirtschaft dem Nationalsozialismus gegenüber hätte wahren sollen und damit dazu beigetragen hat, die Widerstände der Wirtschaft gegen den Nationalsozialismus auszuräumen.

Seine Ansichten, die er auf der «Weltwirtschaftskonferenz» in London dargelegt hat, die aber mit Hitlers aussenpolitischen Vorstellungen nicht übereinstimmen, führen zu seinem Rücktritt als Wirtschaftsminister und dazu, dass seine Partei als erste aufgelöst wird.

Bis zum 14. Juli sind alle deutschen Parteien aus dem politischen Leben ausgeschaltet. An diesem Tag wird das «Gesetz» gegen die Neubildung von Parteien erlassen:

«§ 1: In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. § 2: Wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei aufrecht zu erhalten oder eine neue politische Partei zu bilden, wird, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu drei Jahren bestraft.»

Durch dieses Verbot der politischen Parteien wird jeder politischen Tätigkeit, die, um wirksam zu werden, eigene Organisationen braucht, die gesetzliche Grundlage entzogen und jeder eigenständige politische Widerstand somit illegal. Ständig von Polizei, Gestapo, Spitzeln und KZ bedroht, müssen sich die Widerstandskräfte unter den schwierigen Bedingungen des Untergrunds neu formieren.

Das am 21. März durch das Dekret des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des Münchener Polizeipräsidenten Himmler befohlene «Schutzhaftlager» im Dachauer Moor ist zwar bis jetzt das einzige staatliche geschaffene KZ, aber es ist bei weitem nicht das letzte. Die SA schafft an vielen Orten eigene KZ's für politische Gegner, in leeren Fabrikhallen, in leeren

Wohnbaracken, in Kellern der SA- und Partei-Gebäude wie in Berlin. In Berlin erlangen die Prügelkeller in der Hedemannstrasse, im Columbia-Haus am Potsdamer Platz und in der Prinz-Albrecht-Strasse schreckenerregende Berühmtheit.

Anderswo wieder hält die SA unter ihren Gefangenen, vor allem unter den Kommunisten, Werbevorträge. SA-Leute appellieren an die Männer vom RFB, dem «Roten Frontkämpferbund», in die SA einzutreten; die SA sei schliesslich auch ein sozialistischer Kampfverband, nur eben auf nationaler Basis, und nicht im Solde Moskaus.

Es ist schwer zu sagen, ob die SA ihre bisherigen Gegner zu überzeugen vermag, oder ob die wohlbegründete Furcht vor Misshandlungen oder einer langen Haft manchen von Thälmanns Rotfrontkämpfern in die Reihen der SA bringt. Jedenfalls sind die Überläufer zahlreich – im Sommer 1933 schon besteht über ein Drittel der mächtig anschwellenden SA aus ehemaligen Angehörigen des Reichsbanners der SPD und des RFB der Kommunisten.

In Berlin treten schon zu Beginn des Jahres ganze Einheiten des RFB mitsamt ihren Schalmeien-Kapellen zur SA über. Die kommunistischen Marschmusiker brauchen ihr Repertoire nicht einmal umzustellen: Die Lieder der SA und der Kommunisten sind schon immer die gleichen gewesen, nur die Texte hat man verschiedenen gesungen.

Wenn die SA das alte Soldatenlied vom Argonnerwald mit dem Originaltext «... ein Grenadier stand auf der Wacht» singt, dann ändern die Kommunisten nur ein Wort – «... ein Spartakist stand auf der Wacht» – und singen die gleiche Melodie. Umgekehrt verfahren die Nazis bei den alten russischen Revolutionsliedern. «Brüder zur Sonne, zur Freiheit» heisst bei ihnen «Brüder in Zechen und Gruben, Brüder ihr hinter dem Pflug».

Singen die SA-Marschierer das Lied vom Tiroler Volkshelden Andreas Hofer im Originaltext «Zu Mantua in Banden, der treue Hofer lag», dann macht die rote Konkurrenz daraus: «Dem Morgenrot entgegen, ihr Kampfgenossen all.» Und bei Liedern wie dem allseits beliebten «Kleinen Trompeter» oder der «Goldenen Abendsonne» wird nur jeweils ein Wort geändert – die einen singen über «ein Regiment von Hitler», die anderen «von Thälmann», die einen vom «Sturmabteilungsmann», die anderen vom «Rotgardisten». Es passt immer.

Der stets schlagfertige Berliner Volksmund hat sofort eine Bezeichnung für die aus Kompanien des «Roten Frontkämpferbundes» zusammengesetzten SA-Stürme: «Beefsteak-Sturm» heissen sie bei den Berlinern – «aussen braun, innen rot». Die «Beefsteak-Stürme»

sind dafür berüchtigt, dass sie am brutalsten mit politischen Gegnern umspringen, mit Leuten, die eben noch ihre Genossen waren.

Durch Verhaftungen, durch den Terror der SA und durch die Gewinnung Zehntausender von Überläufern ist nun auch von kommunistischer Seite kein ernsthafter Widerstand mehr zu befürchten. Das «Gespenst des Kommunismus» ist innenpolitisch zu einem blassen Schemen geworden, das nur in der Rückerinnerung noch Schrecken bietet.

Gefährlicher scheint noch immer die stärkste Organisation der Linken, die Millionen in ihren Reihen vereinigt: der Gewerkschaftsbund. Hitler glaubt nicht mehr, dass die Gewerkschaften zu einem Generalstreik gegen seine Regierung aufrufen könnten. Die Gewerkschaften sind führerlos. Entweder sind die leitenden Gewerkschaftsfunktionäre geflüchtet oder sie sind verhaftet worden.

Andere glauben, mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten zu können, um auf diese Weise die Gewerkschaftsorganisationen zu retten. Aber das ist eine vergebliche Mühe. Dr. Robert Ley, Chef der als Gewerkschaftsersatz gedachten «Deutschen Arbeiterfront», sagt dazu: «Die Leiparts und Grassmanns [Leipart ist seit 1920 Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes] mögen dem Führer mit noch so viel Heuchelei ihre Ergebenheit erklären – sie sitzen besser hinter Schloss und Riegel!» Der 1. Mai wird von Hitler zum «Nationalen Feiertag der Arbeit» erklärt, und sein eben ernannter Propagandaminister Goebbels bereitet die psychologische Schlacht vor, mit der der Kampf um die Gewinnung der deutschen Arbeiter weitergehen soll.

Allein, dass der seit einem halben Jahrhundert begangene 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird, ist schon ein geschickter Schachzug, der Hitlers Arbeiterfreundlichkeit unter Beweis stellen und bezeugen soll, dass die NSDAP sich zu Recht «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» nennt. Bisher ist der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag gewesen, wenn auch viele Gewerkschaften mit ihren jeweiligen Tarifvertragsgegnern für diesen Tag einen teils bezahlten, teils unbezahlten Urlaubstag vereinbart haben. Der 1. Mai ist geheiligte Tradition der Arbeiter, dass gerade Hitler diesen Tag zum Nationalfeiertag macht, ist propagandistisch äusserst wertvoll und bringt ihm auch dort Sympathien ein, wo er sie bisher am wenigsten gefunden hat: beim deutschen Arbeiter.

Hitler tut noch ein Übriges, worauf noch kein Reichskanzler vor ihm gekommen ist: Er lädt Arbeiterdelegationen aus ganz Deutschland zur Feier dieses Tages in die Reichskanzlei ein und empfängt sie gemeinsam mit dem Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von

Hindenburg. «Sie werden sehen, meine lieben Volksgenossen», erklärt er, «wie unwahr und ungerecht die Behauptung ist, unsere Revolution richtet sich gegen die deutschen Arbeiter. Das Gegenteil ist der Fall!» Spruchbänder und Plakate verkünden überall, dass die Partei Hitlers die Partei der deutschen Arbeiter sei. Die nach Berlin eingeladenen Delegierten werden mit Flugzeugen herangebracht. Kaum einer der Arbeiter ist in seinem Leben schon einmal geflogen. Allein das ist ein unvergessliches Erlebnis für die meisten von ihnen. Die Delegationen werden von Gewerkschaftsfunktionären geleitet, die durch Hitlers freundlicher Geste zu dem Glauben gekommen sind, man könne sich, wenn auch nur aus taktischen Gründen, mit den Nationalsozialisten arrangieren.

Eine Anzahl erfahrener Gewerkschaftsführer stellt sich Goebbels für die Vorbereitung der gewaltigsten Kundgebung, die Deutschland je gesehen hat, zur Verfügung. Auf dem Tempelhofer Feld wird Hitler zu den Arbeitern sprechen.

Der 1. Mai beginnt mit einer Jugendkundgebung im Lustgarten. Zunächst spricht Goebbels, der später über diesen Tag in seinem Tagebuch vermerkt:

«Dann ein Jubelsturm: Im Auto erscheinen, nebeneinandersitzend, der Reichspräsident und der Führer. Alter und Jugend vereinigt.

Der Reichspräsident spricht zur Jugend ... Er ermahnt zur Treue, Beharrlichkeit, Fleiss und Achtung vor der Vergangenheit. Der Führer bringt auf ihn ein dreifaches Hoch aus, in das die Jugend mit Begeisterung und Inbrunst einstimmt...

Die Durchfahrt durch die Massen der Jungen und Mädchen gleicht einem Triumphzug. Auf dem Tempelhofer Feld herrscht ein unbeschreibliches Menschengewimmel. Der Berliner ist schon unterwegs mit Kind und Kegel, Arbeiter und Bürger, hoch und niedrig ... jetzt sind die Unterschiede verwischt, nur ein deutsches Volk marschiert.

Vor ein paar Jahren noch knatterten [am 1. Mai 1929] in Berlin die Maschinengewehre ...

Nun wälzen sich die Menschenmassen durch Berlin. Ein unendlicher, nie abreissender Strom von Männern, Frauen und Kindern ergiesst sich zum Tempelhofer Feld ...

Dann spricht der Führer. Noch einmal fasst er zusammen, was wir sind und was wir wollen. Er gibt der Arbeit ihr Ethos zurück. Das Arbeitertum umschliesst jetzt alle guten Deutschen. Die Nation hat wieder einen Sinn bekommen ... Ein toller Rausch der Begeisterung hat die Menschen erfasst. Gläubig und stark klingt das Horst-Wessel-Lied in den ewigen Abendhimmel hinauf. Die Ätherwellen tragen die Stimmen der anderthalb Millionen Menschen, die hier auf dem

Tempelhofer Feld vereinigt stehen, über ganz Deutschland, durch Städte und Dörfer, und überall stimmen sie nun mit ein: die Arbeiter im Ruhrgebiet, die Schiffer vom Hamburger Hafen, die Holzfäller aus Oberbayern und der einsame Bauer oben an Masurens Seen. Hier kann keiner sich ausschliessen, und es ist keine Phrase mehr:

Wir sind ein einzig Volk von Brüdern geworden!

Und der uns den Weg dahin wies, der fährt nun, aufrecht im Auto stehend, zu seiner Arbeitsstätte in der Wilhelmstrasse zurück, durch eine Via triumphalis, die sich rund um ihn herum aus lebendigen Menschenleibern gebildet hat.

Morgen werden wir nun die Gewerkschaftshäuser besetzen. Widerstand ist nirgends zu erwarten.. ..»

«Widerstand ist nirgends zu erwarten», schreibt Goebbels.

Das stimmt nicht ganz. Vereinzelt wehren sich Gewerkschaftler gegen die Besetzung ihrer Häuser durch SA und Polizei. In Leipzig muss schliesslich das Infanterieregiment 11 – aus der heutigen «General-Oster-Kaserne» der kommunistischen Volksarmee – mit einer Feldkanone das «Volkshaus» in der Südstrasse beschossen, bis die Gewerkschaftler sich ergeben. Tagelang noch bleiben die Leipziger vor dem Volkshaus stehen und betrachten das grosse Loch in der Aussenwand, das eine Granate gerissen hat.

Keiner ahnt, dass zehn Jahre später mit der Leipziger Innenstadt auch das «Volkshaus» in den Phosphor-gluten amerikanischer Bomben verglühen wird, dass der Granateinschlag vom 2. Mai 1933 nur der Anfang von weit Schlimmerem ist. Die zerstörte Südstrasse heisst dann Adolf-Hitler-Strasse. Heute nennen die Leipziger diese Strasse selten mit dem nun gültigen Namen Karl-Liebknecht-Strasse. In Erinnerung an den dreifachen Namenswechsel innerhalb von zwölf Jahren heisst sie heute im Volksmund: «Adolf-Süd-knecht-Strasse» – deutsche Geschichte im Spiegel eines verballhornten Strassennamens.

Doch diese verzweifelten Aktionen einzelner Gewerkschaftler sind kein entscheidender Widerstand. Am 2. Mai 1933 gibt es in Deutschland keine Gewerkschaften mehr. Ihr gesamtes Vermögen wird der DAF übereignet, der «Deutschen Arbeitsfront», die Hitlers Zwangsgewerkschaft werden soll.

Dazu heisst es in dem Buch von Annedore Leber, der Frau des Widerstandskämpfers Julius Leber, «Das Gewissen entscheidet»: «Es war ein grosses organisatorisches Gebäude, das die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 in Trümmer legten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zählte nach dem Stand von 1930 fast 5 Millionen Mitglieder; der mit ihm verbundene



**Rundschreiben Nr. 6/33
zur Gleichschaltungsaktion
gegen die Freien Gewerkschaften**

Die Oberste Leitung der PO.

Der Stabsleiter.

München, den 21.4.1933

Rundschreiben N r. 6 / 33.

Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften.

Die Leitung der gesamten Aktion liegt in den Händen des Aktionskomitees.

Das Aktionskomitee setzt sich folgendermassen zusammen:

- Dr. Robert Ley, Vorsitzender,
- Rudolf Schmeer, Stellvertreter,
- Schuhmann, Kommissar für den ADGB,
- Peppier, Kommissar für den Afa-Bund,
- Muchow, Organisation,
- Bankdirektor Müller, Komm. Leiter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
- Brinkmann, Komm. Hauptkassierer,
- Bialias, Propaganda und Presse.

Zum erweiterten Aktionskomitee gehören sämtliche kommissarischen Leiter der Verbände.

Im Wesentlichen richtet sich die Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen Freien Angestelltenbund (Afa-Bund). Was darüber hinaus von den Freien Gewerkschaften abhängig ist, ist dem Ermessen der Gauleiter anheimgestellt...

SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.

Der Gauleiter trifft seine Massnahmen im engsten Einvernehmen mit dem zuständigen Gaubetriebszellenleiter.

Die Aktion in Berlin wird durch den Aktionsausschuss selbst geleitet.

Im Reich werden besetzt:

- Die Leitung der Verbände;
- die Gewerkschaftshäuser und Büros der Freien Gewerkschaften,
- die Parteihäuser der SPD, soweit Gewerkschaften dort untergebracht sind;
- die Filialen und Zahlungsstellen der «Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG.»;
- die Bezirksausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes;
- die Ortsausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes.

In Schutzhaft werden genommen:

- alle Verbandsvorsitzenden;
- die Bezirkssekretäre und
- die Filialleiter der «Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG»...

Es ist selbstverständlich, dass die Aktion in grösster Disziplin vor sich zu gehen hat. Die Gauleiter sind dafür verantwortlich, dass sie die Leitung der Aktion fest in der Hand behalten.

Heil Hitler!
gez.: Dr. Robert Ley

November 1936: Erlebnis und Lehren des Zusammenbruchs

Man kann die Bedeutung der Ereignisse des Jahres 1933 für die heutige Einstellung der aktiven Teile der Arbeiterschaft nicht hoch genug einschätzen. Es ist ein Fehler, so zu tun, als sei nichts geschehen, was uns veranlassen könnte, unsere Anschauungen mit rückhaltloser Offenheit einer Prüfung zu unterziehen. Der Zusammenbruch aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung war für die Genossen das Erlebnis, das eine politische Welt für sie zertrümmerte, das sie zu einer Kritik der deutschen Arbeiterbewegung veranlasste und sie wichtige Fragen in einem neuen Lichte sehen liess ...

Das Erlebnis des Zusammenbruchs

... Die von bewunderungswürdiger Disziplin beherrschten Organisationen brachen zusammen, ohne dass sie im Kampfe von den Gegnern besiegt waren. Bis zum März war die Eiserner Front die Hoffnung der Arbeiter. Die Massendemonstrationen der Eisernen Front im Februar waren von überwältigender Wucht; niemals vorher marschierten diese Massen so sehr von einem Willen beseelt und mit solchem Ernst, den die damaligen Wochen auch dem letzten Genossen einhämmerten. Man darf sich darüber nicht täuschen lassen: es war wirklich so, dass die Massen der Eisernen Front an einen Widerstand der Arbeiterbewegung glaubten. Jetzt war die Zeit da, auf die wir seit dem 14. September 1930 hingewiesen hatten: in jeder Versammlung in Stadt und Dorf hatten wir gesagt, dass wir nicht nur mit dem Stimmzettel den Nationalsozialismus abwehren würden, sondern dass wir, wenn es nötig ist, auch von unseren hochgerekten Fäusten Gebrauch machen würden. Im Herbst 1932 wurde in den grossen Kundgebungen der Eisernen Front von den Massen in feierlicher Form der Schwur abgelegt, bis zum Letzten für die Freiheit des Volkes zu kämpfen, und wenn es sein müsse, auch mit dem Leben dafür einzustehen. Ganz gewiss haben die Arbeiter es damit ernst gemeint, ganz gewiss haben sie unsere entschlossenen Aufrufe in jenen Kundgebungen so aufgefasst, wie sie gesagt wurden. Nun musste es also «losgehen», und es war nur natürlich, dass die Genossen, die über Schuss- oder einfache Stichwaffen verfügten, diese mit besonderer Sorgfalt in Ordnung brachten, und dass andere Genossen, die nicht über Waffen verfügten, ihre Freunde nach Suhl und anderen Orten schickten, um Waffen zu besorgen. Die Erwartung, von der Führung aufgerufen zu werden, wurde noch dadurch gestärkt, dass hohe Gewerkschaftsstellen zum Schutze der Häuser ebenfalls Waffen besorgten. Am 31. Januar 1933 soll der Vorsitzende des ADGB Delegationen, die aus verschiedenen Grossbetrieben des Reiches in Berlin vorsprachen, um anzufragen, ob jetzt die Anweisungen für den Generalstreik in Kraft treten sollten, geantwortet haben: Noch nicht; aber bereitet alles bestens vor, wir werden euch rufen. – Diese Darstellung wurde von führenden Gewerkschaftlern als verbürgt verbreitet. Es ist hier belanglos, ob der Generalstreik damals angewandt werden konnte, es ist auch belanglos, ob jene Darstellung richtig ist; man muss sich vor Augen halten, dass die Genossen diese Darstellung

hörten, dass sie sich sehr schnell verbreitete und dass später die Genossen sagten: Wir haben gewartet, aber man hat uns nicht gerufen. Um zu verstehen, mit welcher Wucht der Zusammenbruch auf die Genossen wirkte, darf man nicht sagen: «In Wirklichkeit waren die Dinge ja aber ganz anders», sondern man muss sich in die Lage der Genossen versetzen und sehen, wie sie auf Grund der Information, die sie von ihren Funktionären erhielten – im Betriebe von den Betriebsräten und in der Partei von den Bezirksführern –, den Verlauf der Dinge sehen mussten. Genauso verhält es sich mit folgender Darstellung, die von Mitgliedern des Bundesausschusses des ADGB, nämlich einem Bezirkssekretär des ADGB und zwei Hauptvorstandsmitgliedern eines grossen Verbandes, verbreitet wurde: In der ersten Bundesausschusssitzung des ADGB im Februar wurde von einem Bundesvorstandsmitglied auf die Anfrage eines Verbandsvorsitzenden geantwortet, dass die Anweisungen für den Generalstreik weiter Geltung hätten und dass für besondere Industrien, vor allem die chemische, noch besondere Anweisungen für Sabotageakte ergehen würden. In einer zweiten Bundesausschusssitzung Ende Februar sei dann erklärt worden, die Entwicklung werde sich in Ruhe vollziehen und an den Generalstreik werde nicht mehr gedacht. Immer blieb noch die Hoffnung auf die politischen Organisationen der Eisernen Front, die Partei und das Reichsbanner, von deren Waffenbesorgungen ebenfalls bestimmte Zahlen angegeben wurden.

Aber es regte sich kein Widerstand. Die Zeitungen wurden «bis auf Weiteres» verboten, die Gewerkschafts- und Volkshäuser wurden besetzt, und als am 2. Mai die Gewerkschaften von der NSBO «übernommen» wurden, begruben die Arbeiter den letzten Rest Hoffnung auf eine Abwehr des Faschismus. Selbst in nationalsozialistischen Darstellungen dieser Aktion gegen die Gewerkschaften wird hervorgehoben, dass immer noch die Furcht vor einer Erhebung der Massen bestand, solange die Arbeiter in den Millionenorganisationen der Gewerkschaften vereinigt waren. Und auch jeder organisierte Arbeiter wusste, dass die Organisation die Voraussetzung für jede Aktion ist. Mit der «Übernahme» der Gewerkschaften schwand auch die letzte Hoffnung.

Was nach dieser Zeit noch öffentlich getan wurde, erschien dem weitaus grössten Teil der Genossen als sinnlos. Ein grosser Teil der unteren Funktionäre verlangte damals von der Partei, dass sie nicht auf ihr Verbot warte, sondern freiwillig in die Illegalität gehe, wodurch sie das Vermögen der Parteigeschäfte retten und die illegale Arbeit in Deutschland noch wirkungsvoll selbst vorbereiten könne. Man sollte nicht das Verbot, das rühmlose Ende abwarten; denn politisch sei die Partei bereits tot, weil es für eine sozialdemokratische Partei im nationalsozialistischen Staat ja keine Möglichkeit freier Betätigung mehr gebe. Wenn man auch den persönlichen Mut einiger Genossen im Reichstag und Landtag bewunderte, so hatte man doch kein Verständnis mehr dafür, dass die Partei sich noch in den Parlamenten betätigte. Selbst von Reichstagsabgeordneten wurde auf Grund von gegen Abgeordnete ausgestossenen Drohungen der Reichstag als Rüberhöhle bezeichnet...

(Aus: Erfahrungen in der illegalen Arbeit, in: Das Ende der Parteien)

Allgemeine Freie Angestelltenbund eine halbe Million. Die Christlichen Gewerkschaften, die vor allem im katholischen Westen verankert waren, hatten etwa 1 Million, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 300'000 und die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 150'000 Mitglieder. Daneben gab es verschiedene Beamtenverbände und eine Reihe sonstiger kleinerer Gruppen.»

Dass die Gewerkschaften sich nicht entschieden zur Wehr gesetzt haben, dafür gelten die gleichen Überlegungen wie die von Fritz Erler, die oben dargestellt worden sind.

Damit ist noch vor der Auflösung und dem Verbot der Parteien die mächtigste politische Organisation Deutschlands zerschlagen. Widerstand von den Organisationen der Weimarer Republik ist in Deutschland selbst nicht mehr zu erwarten.

Noch während die SPD im Reichstag sich hinter Hitlers Aussenpolitik stellt, sich von ihren geflüchteten Genossen distanziert und eine neue Parteileitung wählt, gehen Sozialdemokraten und Kommunisten im Ausland daran, den Widerstand gegen Hitler zu organisieren. Die Sozialdemokraten vor allem von Prag, die Kommunisten von Paris aus.

Zunächst einmal handelt es sich um propagandistischen Widerstand. Die Auslandspresse wird mit Nachrichten über den Terror der SA versorgt, mit Nachrichten über die schrittweise Okkupation der gesamten Staatsmacht durch Hitler.

Die wichtigste Waffe in diesem Kampf hat ihnen der Mann geliefert, der gegen seinen Willen entscheidend zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes beigetragen hat: Marinus van der Lubbe, der junge Revolutionär aus Holland, der mit den Flammen des Reichstagsbrandes dem bürgerlichen Deutschland das Gespenst des Kommunismus so sichtbar demonstriert hat. Nachdem der Reichstagsbrand zunächst nur den Nationalsozialisten zugute gekommen ist – die Notverordnung vom 28. Februar 1933, aufgrund der jeder politische Gegner verhaftet werden kann; der Wahlerfolg am 5. März und in seinen Auswirkungen auch das Ermächtigungsgesetz –, schlagen die Kommunisten jetzt zurück.

«Die Nazis haben den Reichstag angezündet!» verkünden sie. «Der Reichstagsbrand war eine geplante Provokation, um die KPD unterdrücken und die Demokratie in Deutschland vernichten zu können!» Diese Aufklärungsaktion, der sich überall in der Welt auch Nichtkommunisten anschliessen, ist so überzeugend, dass auch heute der Streit um den Reichstagsbrand noch weitergeht. Das hat viele Ursachen. Zwei der wichtigsten sind die Unfähigkeit von Göring und Goebbels einerseits, die Gefahr eines Prozesses ge-

gen die Kommunisten wegen der Reichstagsbrandstiftung zu erkennen; andererseits die genialen Fähigkeiten ihres kommunistischen Gegenspielers Willy Münzenberg, der es glänzend versteht, der Welt auch die gewagtesten Hypothesen als unumstössliche Wahrheit anzubieten. Dazu kommt noch die Persönlichkeit des Hauptangeklagten im Reichstagsbrandprozess, der vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfindet. Und dieser Hauptangeklagte heisst keineswegs van der Lubbe. Unmittelbar nach dem Brand des Reichstages sind die führenden Kommunisten verhaftet worden – soweit man ihrer habhaft werden konnte. Es waren nur relativ wenige, da sich ja die KPD-Führung schon seit Monaten in die Verborgenheit zurückgezogen hat. Einer der führenden Funktionäre hat sich am Ende der Brandnacht in den frühen Morgenstunden des 28. Februar sogar selbst gestellt, als er hört, dass er verhaftet werden soll. Er hat ein reines Gewissen und glaubt deshalb, wieder freigelassen zu werden, zumal er als Reichstagsabgeordneter Immunität genießt.

Es ist der Mann, in dessen Arbeitszimmer van der Lubbe bei seinem ersten Besuch des Reichstagsgebäudes am frühen Abend des 27. Februar noch Licht brennen sah: der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion Ernst Torgler. NSDAP-Abgeordnete haben ausgesagt, dass Torgler als einer der letzten den Reichstag verlassen habe. Das genügt, um den Verdacht auf Mitwirkung führender Kommunisten bei der Brandstiftung zu erhärten. Torgler muss den Brand organisiert haben, er kennt den Reichstag genau, er hat als Abgeordneter die Möglichkeit, sich ungehindert im Reichstag zu bewegen – und er hat sich bis zur Brandstiftung im Hause aufgehalten.

Aber ausser Torgler und dem auf frischer Tat ertappten van der Lubbe werden noch drei andere wegen der Brandstiftung angeklagt, drei bulgarische Kommunisten, die in einem Berliner Restaurant festgenommen worden sind. Einer der drei wird zum Hauptangeklagten; Marinus van der Lubbe, der tatsächliche Brandstifter, spielt bald nur noch eine Nebenrolle.

Der Hauptangeklagte ist eine bemerkenswerte Persönlichkeit. Er ist der Leiter der Sektion Mitteleuropa und des «Westeuropäischen Büros» der Komintern, der «Kommunistischen Internationale», und lebt seit Jahren illegal in vielen Ländern, vor allem aber in Deutschland. Er wechselt beständig seinen Namen und eine Namensverwechslung ist es auch, die zur Anklage gegen ihn führt.

Allein in Berlin und Umgebung hat er mehrere Wohnungen. In einer ist er als Illegaler bekannt, denn die Wohnung gehört einer zuverlässigen Genossin in Potsdam. Aber auch sie kennt natürlich nicht seinen wahren Namen und schon gar nicht seine wahre Aufgabe. Mar-

garete Buber-Neumann schreibt über ihre erste Begegnung mit diesem Mann in ihrem Buch «Von Potsdam nach Moskau»:

«Als es am nächsten Morgen klingelte und ich gespannt öffnete, fand ich mich einem Manne und einer Frau von ungewöhnlichem Aussehen gegenüber, die inmitten einer Fülle Gepäck im Türrahmen standen. Er stellte sich als ‚Helmuth‘ vor, und sie erklärte mir, dass sie ‚Klara‘ hiesse. Der Mann sprach ein Deutsch mit Wiener Tonfall, mit stark südosteuropäischem Akzent . . . Er sah keineswegs so aus, wie ich mir einen illegalen Berufsrevolutionär‘ vorgestellt hatte. Dieses Gesicht war alles andere als asketisch oder von Fanatismus geprägt. Eher wirkte er wie ein zur Fülle neigender Opernsänger, mit einem massigen Schädel, der von dunklen Locken bedeckt war. Seine Stimme war laut und satt, und bei jedem Anlass brach er in dröhnendes Gelächter aus. Alles an ihm strahlte Lebensfreude aus, und man sah sofort, dass er dieses Dasein zu geniessen verstand. Er war mit grosser Sorgfalt, für deutsche Begriffe allerdings etwas zu auffallend, gekleidet. Wenn mir damals jemand gesagt hätte, dass dieser Mann, dessen Identität ich erst Monate später erfahren sollte, Leiter des WEB, des Westeuropäischen Büros, sei, jener Institution, die . . . die gesamte illegale Tätigkeit und auch die Spionageaufgaben der Komintern in Westeuropa in den Händen hielt, hätte ich ihn ausgelacht.»

Dieser Mann mit den vielen Namen heisst Dimitroff: Gemeinsam mit zwei weiteren Illegalen, den bulgarischen Kommunisten Popoff und Taneff, wird er einen Tag nach dem Reichstagsbrand im bayerischen Bierlokal «Oberbayern», einem Verkehrslokal prominenter Nazis am Berliner Zoo, verhaftet. Gemeinsam werden sie später mit dem Holländer Marinus van der Lubbe und dem Deutschen Torgier vor das Reichsgericht gestellt, wo ihnen der Prozess gemacht wird.

Dass dieser Prozess, der von Goebbels, Göring und dem Untersuchungsrichter Vogt propagandistisch und juristisch sorgfältig vorbereitet wird, trotzdem zu einer empfindlichen Niederlage für die Nationalsozialisten wird, verdanken sie jemandem, mit dessen Organisationstalent und psychologischer Raffinesse sie nicht gerechnet haben: Willy Münzenberg, Freund Lenins, Mitbegründer des Kommunistischen Jugendverbandes KJVD, Generalsekretär der Kommunistischen Jugend-Internationale, Begründer und Leiter der «Internationalen Arbeiterhilfe», vielfacher Verleger und äusserst geschickter Propagandist.

Ehemalige Kommunisten haben Münzenberg unabhängig voneinander doch fast gleich geschildert. So schreibt Arthur Koestler: «. . . eine magnetische Persönlichkeit von einer ungeheuren, mitreissenden

Vitalität und einem unsentimentalen, verführerischen Charme ...» Margarete Buber-Neumann, die Dimitroff in ihrer Potsdamer Wohnung beherbergt hat, sagt über Münzenberg, der mit ihrer Schwester Babette verheiratet ist: «Wohl kein anderer prominenter deutscher Kommunist war so voller Ideen wie Münzenberg . . . Fast alle standen unter dem Eindruck seiner kraftvollen Persönlichkeit, bewunderten seine Fähigkeit, alles seinen Zwecken dienstbar zu machen, mochte es sich um die Sammlung von Unterschriften einflussreicher Dichter, Künstler oder Gelehrter handeln oder um den Aufbau einer Hilfsaktion.»

Willy Münzenberg ist am Tag der Verhaftung Dimitroffs aus Frankfurt geflüchtet, erst in die Schweiz, dann nach Paris. Dort baut er den Propaganda-Apparat gegen Hitler auf. Der damals noch kommunistische Schriftsteller Gustav Regler ist einer von denen, die ihm dabei helfen. Er berichtet über seine Ankunft in der französischen Hauptstadt:

«Ehe ich in Paris an die Arbeit gehen durfte, hatte ich einen Cerberus zu passieren. Ich würde ihn den Feldgendarmen der deutschen Kommunistischen Partei nennen, aber zu einem Feldgendarmen gehört eine Front, und er hatte keine, so sehr er vorgab, in zweiter Linie direkt hinter der Front zu stehen. Er . . . fragte jeden Flüchtling, warum er in Paris sei. Wenn man Mut hatte, antwortete man: ‚Um die Mädchen der Folies-Bergeres tanzen zu sehen.‘ erinnerte man sich an alles, was in Deutschland zusammengebrochen war: die Verfassung, die Gewerkschaften, die Verlage und die Theater, die Freiheit schlechthin . . ., dann antwortete man unter einem Zwang schon etwas politischer und sagte wohl: ‚Hitlers wegen.‘

Diese konzentrierte Antwort führte dann todsicher zu der Frage des falschen Gendarms: wer einem die Erlaubnis zur Flucht gegeben habe? War man nun naiv, so bekannte man, dass man ohne Erlaubnis vor dem Tod weggelaufen sei. Daraufhin wurde man mit gleicher Naivität zum Deserteur erklärt.

Von solcher gewöhnlich als entehrend empfundenen Klassifizierung konnte man sich loskaufen. Der Deserteur von Paris brauchte nur die nächste Frage wunschgemäß zu beantworten: ‚War, was die Partei in diesem Januar in Deutschland erlebte, eine Niederlage oder nur ein strategischer Rückzug?‘

Ich wusste von Münzenberg die gewünschte Antwort: ‚Natürlich keine Niederlage – nur ein strategischer Rückzug!‘

Ich gab die Antwort, bekam eine Nummer und durfte nun von Paris aus den fernen Feind, Adolf Hitler, bekämpfen.»

Gustav Regler bringt eine wichtige Waffe mit nach Paris. Sie ist zwar sehr verrostet, sie ist schartig und

brüchig, aber Münzenbergs Genie bringt es fertig, dass diese Waffe scharf wird und den Gegner schlägt.

Regler hat in den Tagen nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in einer «republikanischen Schutztruppe» der SPD den Reichstag gegen die Spartakisten verteidigt, daher weiss er von der Existenz des unterirdischen Ganges, der Reichstag und Präsidentenpalais mit dem Maschinenraum der Heizungsanlage verbindet. Regler hat noch ein Übriges getan: Aus der Nationalbibliothek in Strassburg hat er Fotokopien der Baupläne des Reichstagsgebäudes mitgebracht, auf denen der Heizungsgang deutlich zu erkennen ist.

Die emigrierten Kommunisten in Paris denken genauso wie ihr Widersacher Göring in Berlin: Van der Lubbe kann den Reichstag nicht allein angesteckt haben, gefunden wurden die Täter nicht – also ist der unterirdische Gang das A und O aller Beweisführung, dass die Kommunisten bzw. die Nationalsozialisten die Brandstifter gewesen sind.

Münzenberg will ein «Braunbuch» herausgeben, das nachweist, wie die Nazis den Reichstag angesteckt haben, um die KPD und damit die Demokratie in Deutschland zu unterdrücken. Den Nationalsozialisten soll damit von vornherein jeder internationale Kredit genommen werden. Während in Deutschland der Prozess vor dem Reichsgericht vorbereitet wird, organisiert Münzenberg zugleich einen Gegenprozess, in dem die Nazis schuldig gesprochen werden sollen. Und dieser Prozess wird zu einem vollen Erfolg.

Auch Arthur Koestler ist dabei einer von Münzenbergs Mitarbeitern in Paris. Er schreibt später über das als Tarnorganisation ins Leben gerufene «Hilfskomitee für die Opfer des deutschen Faschismus» und den weltweiten . . . Kreuzzug, der eine einmalige Leistung in der Geschichte des psychologischen Widerstandes darstellt:

«Dieses Hilfskomitee . . . mit seinem glänzenden Aushängeschild internationaler Berühmtheiten wurde der Hebel des ganzen Kreuzzuges. Mit grosser Vorsicht vermied man, dass Kommunisten – mit Ausnahme einiger Träger international bekannter Namen, wie Henri Barbusse und G. B. S. Haldane – öffentlich mit dem Komitee in Verbindung kamen. Das Pariser Sekretariat, welches das Komitee leitete, war jedoch eine ausschliesslich kommunistische Fraktion, mit Münzenberg an der Spitze und kontrolliert von der Komintern ... doch kein Aussenseiter wusste davon.»

Und tatsächlich strömen die Helfer von allen Seiten herbei: Verfolgte, Emigranten, die nur einen Wunsch haben – wenigstens von hier aus der Ferne etwas gegen die Macht Hitlers zu tun; es kommen Leute, die ehrlichen Herzens vom Terror in Deutschland überzeugt und empört sind, die helfen wollen, und es kom-

men alle die, die Lenin einmal so grob die «nützlichen Idioten» und Herbert Wehner «trojanischen Esel» genannt hat.

Gustav Regler zählt sie alle auf: «Neue Flüchtlinge, deren wir habhaft werden konnten, wurden eingeladen, ihre Erlebnisse zu schildern: Minister, Redakteure, Abenteurer, wie der falsche Hohenzollernsohn, Freunde vom unglücklichen van der Lubbe, . . . Geheimagenten des republikanischen Kriegsministeriums, kultivierte Landsknechte...

Unser Büro war eine Insel, auf die sich die mannigfaltigsten Schiffbrüchigen retteten: es waren Edelleute darunter und Don Quichottes, gebrochene und hass-erfüllte Opfer der neuen Herren ... Es kamen liberale Gräfinnen aus England, Labour-Lords und eine rot-haarige, sprachgewaltige Unabhängige des Unterhauses. Es kam aus Schweden die Schwester des Ministerpräsidenten. Es stellten sich zur Verfügung D6put6s de France und das As aller Rechtsanwälte von Paris...» Viele von ihnen haben keine Ahnung, von wem sie dirigiert werden, die wenigsten hören jemals den Namen Münzenberg, und es gibt tatsächlich «nützliche Idioten», die das Wirken der Komintern nicht zu durchschauen vermögen. Das «Braunbuch» Münzenbergs, eine wirksame Waffe der Kommunisten im Kampf gegen den Nationalsozialismus, wächst jedenfalls. Doch das, was im «Braunbuch» steht, entspricht keineswegs immer der Wahrheit, denn die Brandstiftung durch die Nazis lässt sich ebensowenig beweisen wie die Brandstiftung durch die Kommunisten. Koestler gibt das später zu: «Wie aber konnten wir den naiven Westen von der Wahrheit einer so phantastischen Geschichte überzeugen? Wir hatten keine unmittelbaren Beweise, keinen Zugang zu den Zeugen und nur unterirdische Verbindungen mit Deutschland. Kurz, wir hatten nicht die leiseste Vorstellung von den konkreten Umständen. Wir mussten uns aufs Raten verlassen, aufs Bluffen ...»

Das «Braunbuch» erscheint bereits vor Beginn des Leipziger Prozesses, schon die erste Auflage erscheint in zehn Sprachen und in mehreren hunderttausend Exemplaren. Moskau bezahlt, und es bezahlen all die, die dem «Hilfskomitee» Spenden für die Opfer Hitlers zukommen lassen; alles wird für das «Braunbuch» verwendet.

Das Vorwort hat ein bekannter und ehrenwerter Mann geschrieben, natürlich kein Kommunist, wie ja das ganze «Braunbuch» «nichts mit den Kommunisten zu tun» hat: Lord Marley, Mitglied des britischen Oberhauses. Tatsächlich ist wie das «Braunbuch» selbst auch das Vorwort in Münzenbergs «Hilfskomitee» verfasst worden, «mit Deduktion, Induktion und Pokerbluff», wie Koestler schreibt.

Münzenberg und sein Mitarbeiter Otto Katz haben das Vorwort geschrieben, der sehr ehrenwerte Lord Marley hat für angemessenes Honorar lediglich seinen Namen hergegeben. Der Einsatz von Lord Marley erreicht genau das, was Willy Münzenberg sich vorgestellt hat: Keiner kommt auf den Gedanken, dass nicht alle der Geschichten im Braunbuch der Wahrheit entsprechen, sondern manche nur Zweckpropaganda sind, um die Demokraten im Westen zwar gegen Hitler, zugleich aber auch für Moskau einzuspannen. Dieses «Braunbuch über den Reichstagsbrand» – so sein voller Titel – mobilisiert nicht nur die öffentliche Meinung in der ganzen Welt gegen die Hitler-Regierung, sondern es gelangt auch auf vielen Wegen nach Deutschland selbst. In Deutschland tätige Auslandsjournalisten bringen es ins Land, tausende Exemplare reisen im Diplomatengepäck, Kaufleute bringen Einzel Exemplare von Auslandsreisen mit nach Hause.

Aber das «Braunbuch» und andere Schriften werden auch unter Lebensgefahr von Illegalen nach Deutschland gebracht. Auch Dimitroff erhält eine Dünndruckausgabe in die Zelle geschmuggelt – und ebenfalls der inhaftierte Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD. Die kleineren Schriften stecken zum Beispiel in Samentüten. Auch ein misstrauischer Polizeibeamter kann darin nur Blumensamen feststellen und die Tute mit höflichem Bedauern zurückgeben. Auch die Gebrauchsanweisung ist in Ordnung. Es steht darin, wann ausgesät werden muss, wie die Pflanzen behandelt werden sollen. Dann aber kommt plötzlich die Anweisung, auch im politischen Leben Deutschlands neuen Samen auszusäen und das nazistische Unkraut zu vernichten. Päckchen mit Haarwaschpulver, angenehm duftend, enthalten die Bemerkung, dass Deutschland nach Blut rieche und dem Vaterland selbst eine gründliche Reinigung not tue.

Münzenberg hat viel Geld – aus Moskau und von vielen einfachen Menschen, die durch Spenden dazu beitragen wollen, die Not der vor Hitler Geflüchteten zu lindern.

So kann Münzenberg es sich leisten, Filmmaterial der Firma Kodak in den echten roten Packungen dieser weltbekannten Firma zu kaufen und statt der Anleitung zum Entwickeln eine Flugschrift beizulegen. Kein ordentlicher Beamter wird es wagen, die Packungen mit dem lichtempfindlichen Material zu öffnen, das dann verdorben ist. Und der Empfänger ist in seiner Dunkelkammer allein, wenn er plötzlich die Flugschrift in den Händen hält.

Das Braunbuch selbst wird zumeist von Goethe und Schiller wirkungsvoll getarnt. In der Reclam-Ausgabe des «Faust» etwa endet schon der Osterspaziergang mit dem Spaziergang des SA-Obergruppenführers

Edmund Heines durch den unterirdischen Gang im Reichstagsgebäude; und Schillers «Räuber» werden schon nach wenigen Seiten von SA-Leuten gespielt.

Ein weiterer propagandistischer Erfolg gegen das Hitler-Regime wird der Reichstagsbrandprozess, der trotz des Bemühens, ihn zu verhindern, 1933 in Leipzig beginnt.

Die Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig wird zur gewaltigen Blamage für die Nationalsozialisten. Der einzige der NSDAP-Führer, der selbst für den Prozess gewesen ist und doch bald merkt, dass die Geschichte schiefgehen muss, ist Goebbels. Aber da ist es bereits zu spät.

Ausser dem unhaltbaren, willkürlich konstruierten Gutachten des Brandsachverständigen Dr. Schatz, das sich ständig widerspricht und Münzenberg und seiner Propaganda daher die besten Argumente liefert, ist es insbesondere das plumpe Verhalten Görings, das zu dieser Blamage beiträgt und der ganzen Welt vor Augen führt, was für ein willkürliches Verhältnis er und die neuen Machthaber in Deutschland zu Recht und Gesetz zu entwickeln vermögen, wenn es ihnen politisch opportun erscheint.

Göring tritt als Zeuge vor dem Reichsgericht auf, und Dimitroff lässt es sich nicht nehmen, ihn vor den stets anwesenden Vertretern der internationalen Presse zu blamieren.

Dimitroff hat während der Verhandlung die Sympathie aller objektiven Zuhörer und der gesamten nicht nationalsozialistischen Presse. Selbst Antikommunisten müssen ihm zugestehen, dass er als Angeklagter eine Gefahr für den Nationalsozialismus darstellt.

Am 4. November 1933 steht Dimitroff Göring gegenüber. Göring ist als Zeuge vorgeladen, und er hat sich vorgenommen, seinen Auftritt zu benutzen, um den Kommunismus anzuklagen. Doch es kommt umgekehrt. Dimitroff ist keineswegs unglücklich, dass er durch Zufall in diesen Prozess geraten ist, und er hat sich entschlossen, die Gelegenheit zu nutzen.

Dimitroff stellt Göring sofort zur Rede: Ob seine wiederholten Erklärungen als Reichspräsident und preussischer Ministerpräsident, die Kommunistische Partei sei die Schuldige an der Brandstiftung, nicht die polizeiliche und juristische Untersuchung von Vorn herein beeinflusst habe?

Göring weist das zunächst zurück. Die Kriminalpolizei sei gesetzlich verpflichtet, allen Spuren nachzugehen. Er sei aber kein Kriminalbeamter und habe daher das Recht und die Pflicht, zu diesem politischen Verbrechen entsprechend Stellung zu nehmen.

Reichsgerichtspräsident Büniger gibt Dimitroff dann das Stichwort, als er ihn empört fragt, ob Dimitroff wohl meine, das Gericht sei mit vorgefasster Meinung

an den Prozess gegangen? Das stimmt zwar, aber der kluge Dimitroff hat sich gehütet, etwas Derartiges zu behaupten, und so sagt er jetzt:

«Nein, ich habe gesagt, Herr Präsident, dass die Untersuchung bei der Polizei und nachher auch die richterliche Untersuchung durch eine solche politische Einstellung beeinflusst werden könnte – und nur in dieser Richtung hauptsächlich. Deshalb frage ich.»

Göring tappt prompt in die auf gestellte Falle: «Herr Dimitroff – aber selbst das zugegeben (!), wenn sie sich in dieser Richtung hat beeinflussen lassen, so hat sie nur in der richtigen Richtung gesucht!»

Jetzt müsste eigentlich der Präsident dem Zeugen Göring solche das Gericht beleidigende Äusserung verbieten, aber er kommt gar nicht auf diese Idee, und so bleibt Dimitroff am Zug:

«Das ist Ihre Meinung, meine Meinung ist eine ganz andere!»

Göring triumphiert in seiner Einfalt:

«Aber meine ist die entscheidende!»

Dimitroff nickt zustimmend:

«Ich bin Angeklagter, selbstverständlich.»

Jetzt erst merkt der brave Dr. Büniger, dass da etwas schiefgeht. Aber er tut schon wieder das Falsche. Er wendet sich an Dimitroff:

«Sie haben lediglich Fragen zu stellen!»

«Gut», sagt Dimitroff, «ich gehe weiter, Herr Präsident. Ist Herrn Ministerpräsident Göring bekannt, dass die Partei mit dieser verbrecherischen Weltanschauung, wie er sagt, den sechsten Teil der Erde regiert? Das ist die Sowjetunion.»

«Leider!» sagt Göring dazwischen; Dimitroff unbeirrt: «Diese Sowjetunion ist in diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland. Durch ihre wirtschaftlichen Bestellungen haben Hunderttausende deutscher Arbeiter Arbeit bekommen und haben auch jetzt noch Arbeit. Ist das bekannt?»

Göring bleibt nichts anderes übrig, als das zuzugeben und damit Dimitroffs Propaganda noch zu unterstützen, die er selbst herausgefordert hat:

«Es ist mir bekannt!» Nun ruft Dimitroff dazwischen: «Gut!», bevor Göring fortfahren kann: «Es ist mir zunächst bekannt, und mir wäre noch lieber, wenn es mir bekannt wäre, dass die sogenannten Russenwechsel auch eingelöst worden wären. Das hätte dazu beigetragen, dass man dann wirklich von diesen Bestellungen die Arbeiter beschäftigen konnte. Im Übrigen aber eines: Hier handelt es sich um eine ausländische Macht. Was Russland macht, ist mir gleichgültig. Ich habe nur mit der Kommunistischen Partei in Deutschland zu tun und mit den ausländischen kommunistischen Gaunern, die hierherkommen, um den Reichstag anzustecken!»

Einige Zuhörer rufen «Bravo!», aber Präsident Büniger rügt weder die Zwischenrufer noch den Zeugen Göring, der nichtverurteilte Angeklagte beleidigt. Dimitroff erwidert Göring:

«... Gegen die Kommunistische Partei in Deutschland einen Kampf zu führen, ist Ihr Recht. Ein Recht ist es der Kommunistischen Partei, in Deutschland illegal zu leben und Ihre Regierung zu bekämpfen; und wie wir sie bekämpfen, das ist eine Sache der Kraftverhältnisse, ist nicht eine Sache des Rechts.»

Nun erst greift Präsident Büniger wieder ein:

«Dimitroff! Ich untersage Ihnen, hier eine kommunistische Propaganda zu betreiben!»

Dimitroff unterbricht den Präsidenten und zeigt auf Göring:

«Er macht nationalsozialistische Propaganda hier!»

Büniger tut, als habe er das nicht gehört:

«Ich untersage Ihnen das aufs Nachdrücklichste. Kommunistische Propaganda wird hier in diesem Saal nicht getrieben, und das war eben ein Stück davon.»

Dimitroff schaltet um und kleidet seine Propaganda wieder in die Form von Fragen. Nach der Prozessordnung darf ja der Angeklagte den Zeugen Fragen stellen: «Herr Präsident, im Zusammenhang mit meiner letzten Frage steht jedenfalls zur Klärung die Frage: Partei und Weltanschauung. Herr Ministerpräsident Göring hat erklärt, dass eine ausländische Macht wie die Sowjetunion . . . alles machen kann, was sie will, aber in Deutschland geht es gegen die Kommunistische Partei. Diese Weltanschauung aber, diese Weltanschauung regiert die Sowjetunion, das grösste und beste Land in der Welt. Ist das bekannt?»

Jetzt verliert Göring die Beherrschung, beginnt zu schimpfen und verspielt damit vor der internationalen Presse alles Prestige:

«Hören Sie mal, Sie, jetzt will ich Ihnen mal sagen, was im deutschen Volk bekannt ist! Bekannt ist, dass Sie sich hier unverschämt benehmen und hierhergelaufen kommen, den Reichstag anstecken und dann hier mit dem deutschen Volk noch solche Frechheiten sich erlauben! Ich bin nicht hergekommen, um mich von Ihnen anklagen zu lassen!»

Dimitroff lächelt impertinent:

«Nein, Sie sind Zeuge!»

Göring lässt sich in seiner wütenden Fahrt nicht abstoppen:

«Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der längst an den Galgen gehört!»

Dimitroffs Lächeln verstärkt sich, wird zum siegesgewissen Grinsen:

«Sehr gut! Ich bin sehr zufrieden!»

Jetzt greift Präsident Büniger wieder ein. Verhängt er

eine Ordnungsstrafe über den Zeugen, der schlankweg behauptet, Dimitroff, der längst ein gerichtsnotorisches Alibi hat, habe den Reichstag angezündet? Weist er den Zeugen wenigstens zurecht, der den Angeklagten «Gauner» nennt und fordert, ihn aufzuhängen?

Natürlich nicht. Er rügt den Angeklagten und liefert Willy Münzenberg in Paris wieder unbezahlbar kostbares Propagandamaterial:

«Dimitroff! Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass Sie keine kommunistische Propaganda ...»

Dimitroff versucht, etwas zu sagen, aber seine Worte gehen im allgemeinen Volksgemurmel unter und sind deshalb auch nicht im Protokoll festgehalten.

«Wenn Sie jetzt noch ein Wort sprechen», setzt Präsident Büniger seine unterbrochene Rede fort, «wenn Sie jetzt noch ein Wort sprechen, werden Sie wieder hinausgetan . . .» Seine weiteren Worte gehen den Gerichtsstenografen wieder durch die allgemeine Unruhe im Saal verloren.

Das Protokoll verzeichnet als nächstes:

«. . . dass Sie keine kommunistische Propaganda zu treiben haben. Das haben Sie jetzt zum zweiten Mal getan und können sich dann nicht wundern, wenn der Herr Zeuge derartig aufbraust, wie jetzt eben. Ich untersage Ihnen das jetzt aufs Strengste! Wenn Sie überhaupt Fragen zu stellen haben, dann rein sachliche Fragen! Nichts weiter!»

Dimitroff schmunzelt noch immer:

«Ich bin jedenfalls sehr zufrieden mit dieser Erklärung des Herrn Göring.»

Büniger lässt sich prompt provozieren:

«Ob Sie zufrieden sind oder nicht, das ist mir vollkommen gleichgültig!»

Dimitroff nicht noch einmal bestätigend:

«Sehr zufrieden. Ich stelle nun Fragen ...»

Endlich begreift Büniger, was er eben mit der ausdrücklichen Erlaubnis angerichtet hat, Dimitroff dürfe sachliche Fragen stellen, und fällt prompt ins andere Extrem:

«Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort nach diesen letzten Äusserungen ...»

Dimitroff fährt dazwischen:

«Ich stelle doch Fragen ...»

Büniger wird immer erregter:

«Ich entziehe Ihnen das Wort! Setzen Sie sich hin!»

Dimitroff lässt sich nicht irritieren:

«Ich habe sachliche Fragen zu stellen!»

Büniger schreit nun schon:

«Ich entziehe Ihnen das Wort nach dieser Fragestellung!»

Ein Fotograf blitzt die jetzt folgende Szene. Das Bild wird weltberühmt und ist noch heute als Glanzpunkt in allen Publikationen über den Reichstagsbrandprozess

zu finden. Es zeigt Dimitroff, weit vorgebeugt über den Tisch mit dem Mikrophon, auf Göring zeigend: «Haben Sie Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?» Nun dreht Göring vor Wut ganz durch: «S i e werden Angst haben, wenn ich Sie erwische, wenn Sie hier aus dem Gericht 'raus sind, Sie Gauner, Sie!» Büniger tut nun noch das Letzte, um sich und das Reichsgericht vor den Augen der Öffentlichkeit lächerlich zu machen. Zwar hat der Zeuge Göring soeben unverhüllte Morddrohungen gegen einen unter dem Schutz des Gerichts stehenden Angeklagten ausgesprochen, aber er rügt das nicht einmal. Er kommt in seiner Verzweiflung auf eine ganz andere Idee und ruft voller Erregung: «Dimitroff wird auf weitere drei Tage ausgeschlossen! Sofort hinaus mit ihm!»

Eine Anzahl Polizisten folgt diesem Befehl, packt den sich sträubenden Dimitroff und schleppt ihn mit Gewalt aus dem Saal.

Göring meint einfältig, Sieger geblieben zu sein, und blickt sich triumphierend im Saal um, mit energisch in die Hüfte gestemmtten Fäusten, als wolle er sagen: Dem habe ich's aber gegeben, was?

Doch Dimitroff ist ohne Zweifel Sieger geblieben, auch wenn er jetzt auf Anweisung des Präsidenten Büniger drei Tage nicht an der Verhandlung teilnehmen darf. Die internationale Presse feiert Dimitroffs moralischen Sieg über Göring und über das Reichsgericht.

Noch ahnt keiner der Betroffenen, dass nur dreizehn Jahre später Dimitroff auch ganz real der Sieger sein wird: Dann ist Georgi Dimitroff umjubelter Ministerpräsident seines Vaterlandes Bulgarien, Göring aber wartet in einer Zelle des Nürnberger Justizpalastes auf seinen Henker.

Am 23. Dezember 1933 verkündet das Gericht in Leipzig das mit Spannung erwartete Urteil. Es spricht Dimitroff, Taneff und Popoff wegen erwiesener Unschuld, den KPD-Fraktionschef Torgier wegen Mangels an Beweisen frei – hier wirkt noch Dr. Schatz' «Gutachten» nach. Van der Lubbe wird, wie von ihm und aller Welt erwartet, zum Tode verurteilt und am 10. Januar 1934 zur Hinrichtung geführt.

Ernst Torgier wird trotz des Freispruches sofort wieder verhaftet, von einer Institution, die sich inzwischen stillschweigend einen beträchtlichen Teil der Staatsmacht angeeignet hat – von der Gestapo. Man bringt ihn in ein KZ. Erst Ende 1936 wird er entlassen.

Die Bulgaren werden in die Sowjetunion abgeschoben. Während man von Popoff und Taneff seit Stalins grossen Säuberungen nichts mehr gehört hat, stirbt Dimitroff unter heute noch nicht ganz geklärten Umständen 1949 bei einem Staatsbesuch in Moskau.

Während der Reichstagsbrand machtmässig allein den Nationalsozialisten zugute kommt, da er der äussere

Schutzhaft als bedeutsamstes Mittel der Gegnerbekämpfung

Die weitere Systematisierung der Häftlingsbehandlung und -bestrafung sowie die Regelung der Kompetenzverteilung und detaillierte Dienstvorschriften auch für die Wachtruppe bildeten sich vor allem unter Leitung des Ende Juni 1933 eingesetzten neuen Dachauer Kommandanten, SS-Oberführer Theodor Eicke, heraus. Unter Eicke wurde Dachau zum Modell für die anderen Lager, und nachdem Eicke Mitte 1934 zum Inspektor der KL ernannt worden war, übte er auch nächst Himmler den stärksten persönlichen Einfluss auf die künftige Organisation und den «Geist» der SS-Wachtruppe aus ...

Wie die früheren «Sonderbestimmungen» sah auch die Disziplinar- und Strafordnung Eickes die Todesstrafe für bestimmte Vergehen vor. Die Paragraphen 11 und 12 bestimmten: derjenige Häftling, der «zum Zwecke der Aufwiegelung» politisiert oder sich mit anderen zusammenfindet, gegnerische «Greuelpropaganda» weitergibt o. ä., «wird kraft revolutionären Rechts als Aufwiegler gehängt»; wer «einen Posten tödlich angreift», «den Gehorsam ... verweigert» oder Meuterei in irgendeiner Form betreibt, «wird als Meuterer auf der Stelle erschossen oder nachträglich gehängt». Desgleichen wurde vorsätzliche Sabotage mit der Todesstrafe bedroht (§ 13).

Als mildere Strafen waren ausserdem vorgesehen besonders «harte körperliche oder besonders schmutzige Arbeit... unter besonderer Aufsicht», ferner als Nebenstrafen:

«Strafexerzieren, Prügelstrafe, Postsperrung, Kostentzug, hartes Lager, Pfahlbinden, Verweis und Verwarnungen».

Die Straf- und Disziplinarordnung schrieb ferner vor:

«Sämtliche Strafen werden aktlich vermerkt. Arrest und Strafarbeit verlängern die Schutzhaft um mindestens 8 Wochen; eine verhängte Nebenstrafe verlängert die Schutzhaft um mindestens 4 Wochen. In Einzelhaft verwahrte Häftlinge kommen in absehbarer Zeit nicht zur Entlassung.» Der Grundsatz, dass die Häftlinge mit äusserster, aber unpersönlicher und disziplinierter Härte zu behandeln seien und es ihnen gegenüber keine Toleranz gebe, war ausdrücklich der Strafordnung vorangestellt und wurde von Eicke auch bei der Schulung und Instruktion der SS-Wachtruppe stereotyp wiederholt. In Erinnerung an die Schulung im Lager Dachau, in das er 1934 kommandiert wurde, gab der spätere Auschwitz Kommandant Rudolf Höss wieder, worauf Eickes Predigten hinausliefen:

«Jede Spur von Mitleid zeige den ‚Staats feinden‘ eine Blöße, die sie sich sofort zu Nutze machen würden. Jegliches Mitleid mit ‚Staatsfeinden‘ sei eines SS-Mannes unwürdig. Weichlinge hätten in seinen Reihen keinen Platz und würden gut tun, sich so schnell wie möglich in ein Kloster zu verziehen. Er [Eicke] könne nur harte entschlossene Männer gebrauchen, die jedem Befehl rücksichtslos gehorchen. Nicht umsonst trügen sie den Totenkopf und die stets geladene scharfe Waffe. Sie stünden als einzige Soldaten auch in Friedenszeiten Tag und Nacht am Feind, am Feind hinter dem Draht...»

Eickes Absicht war, seine SS-Männer durch seine dauernden Belehrungen und entsprechenden Befehle ... von Grund auf

gegen die Häftlinge einzustellen, sie auf die Häftlinge scharf zu machen ...»

Das Bestreben, der Häftlingsbehandlung und -bewachung die Form eines strengen Exekutionsvollzuges zu geben, kennzeichnete auch die zusammen mit der Strafordnung am 1. Oktober 1933 von Eicke in Dachau eingeführte Dienstvorschrift für die Begleitposten und Gefangenenbewachung. Sie regelte bis ins Einzelne das Verfahren des Häftlingsappells, des militärisch geordneten Abmarsches der Häftlingskolonnen zur Arbeit, die Pflichten der Torwache und Begleitposten, der Kontrolle, sogar den Wortlaut einzelner Kommandos, den Abstand, den die Posten von den Häftlingen zu halten hatten, die Form der Ehrenbezeugung, die die Häftlinge leisten mussten, das Laden und Entsichern des Gewehrs usw. Ausdrücklich hiess es in der Dienstvorschrift:

«Den Begleitposten obliegt lediglich die Bewachung der Gefangenen. Sie richten ihr Augenmerk auf das Verhalten derselben bei der Arbeit. Träge Gefangene sind zur Arbeit anzuhalten. Streng untersagt ist jedoch jede Misshandlung und Schikane.

Ist ein Gefangener bei der Arbeit sichtlich nachlässig und faul, oder gibt er freche Antworten, dann stellt der Posten den Namen fest. Nach Dienstschluss erstattet er Meldung. Selbsthilfe bedeutet Mangel an Disziplin. Wenn die Gefangenen Achtung vor dem SS-Posten haben sollen, darf es dem SS-Mann als Posten nicht gestattet sein, in träger Haltung herumzustehen, sich anzulehnen, das Gewehr auf den Rücken zu schieben oder die Hand auf die Mündung zu legen. Lächerlich und unsoldatisch benimmt sich ein Posten, der dem fallenden Regen ausweicht... Der SS-Mann hat Stolz und Würde zu zeigen ... Die Anrede ‚Du‘ kommt einer Verbrüderung gleich. Erniedrigend ist es für einen Totenkopftäger, der sich von Bolschewiken und Bonzen zum Botengänger machen lässt... Dem SS-Begleitposten ist es verboten, ausserdienstliche Gespräche mit den Gefangenen zu führen ...»

Besonders rigoros waren die Vorschriften zum sofortigen Gebrauch der Schusswaffe im Falle eines Anzeichens von Flucht oder Gefangenenmeuterei:

«Wer einen Gefangenen entweichen lässt, wird festgenommen und wegen fahrlässiger Gefangenenbefreiung der bayer. politischen Polizei übergeben. Versucht ein Gefangener zu entfliehen, dann ist ohne Anruf auf ihn zu schiessen. Der Posten, der in Ausübung seiner Pflicht einen Gefangenen erschossen hat, geht straffrei aus.

Wird ein Posten von einem Gefangenen tödlich angegriffen, dann ist der Angriff nicht mit körperlicher Gewalt, sondern unter Anwendung der Schusswaffe zu brechen. Ein Posten, der diese Vorschrift nicht beachtet, hat seine fristlose Entlassung zu gewärtigen ...»

Meutert oder revoltiert eine Gefangenenabteilung, dann wird sie von allen aufsichtsführenden Posten beschossen. Schreckschüsse sind grundsätzlich untersagt.»

Diese Postenvorschriften wurden nachweislich auch in den anderen Konzentrationslagern eingeführt, die Eicke als

Vorwand ist, die Rechtsstaatlichkeit der Weimarer Republik in die Willkürherrschaft Hitlers umzuwandeln, und es nun möglich ist, jeden politischen Gegner und Widerstand mit der unkontrollierten Staatsgewalt zu brechen und zu vernichten, ist die propagandistische Wirkung für die Nationalsozialisten negativ. Dank des geschickten Aufklärungsfeldzuges von Willy Münzenberg und seinen Helfern ist die Weltöffentlichkeit gegen das Dritte Reich mobil gemacht worden, und auch manch späterer Widerstand hat seinen Ursprung darin, dass man seit dem «Braunbuch» und dem Leipziger Prozess eben «weiss», dass die Nazis eine Bande von Brandstiftern sind.

Schlüssig und endgültig ist die Frage nach den Brandstiftern vom 27. Februar 1933 jedoch bis heute nicht geklärt. Noch immer werden im Streit der Historiker drei Versionen angeboten: van der Lubbe als Alleintäter; die Nazis als Brandstifter, wobei der dafür gedungene van der Lubbe als «Beweis» kommunistischer Schuld im brennenden Parlamentsgebäude zurückgelassen wird; die Kommunisten als Brandstifter, wobei van der Lubbe als Unglücksrabe erscheint, der nicht mehr rechtzeitig flüchten konnte.

Die letzte Version wird nur noch von ganz Unbelehrbaren vertreten. Zu ihnen gehörte auch der damalige Untersuchungsrichter Vogt, der noch bis zu seinem

Tode lange nach dem Krieg die Meinung vertrat, es seien die Kommunisten gewesen, die den Reichstag angesteckt hätten. Doch für eine Täterschaft der Kommunisten gibt es allenfalls auf Wunschdenken beruhende Vermutungen und Verdächtigungen, jedoch keinerlei schlüssige Indizien, geschweige denn Beweise.

Anders steht es dagegen um die heute noch vorherrschende Meinung, die Nazis selbst seien die Brandstifter gewesen. Das Hauptargument der Anhänger dieser Version ist nach wie vor die von niemandem zu bestreitende Tatsache, dass die Nazis im Februar und März 1933, also unmittelbar nach dem Regierungsantritt Hitlers, als der eigentliche Machtkampf eben erst begann, die ausschliesslichen Nutzniesser des Brandes waren. Die lodernden Flammen, die aus dem Plenarsaal weithin sichtbar zum Berliner Himmel emporschlugen, waren Vorwand für die «Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat» vom 28. Februar 1933, die alle grundlegenden bürgerlichen Freiheiten aufhob. Und das «Ermächtigungsgesetz» ist ebenfalls noch auf den Reichstagsbrand zurückzuführen. Die durch den Reichstagsbrand neu aufflackernde Angst vor einer kommunistischen Revolution hat zum Entschluss der Reichstagsfraktion entscheidend beigetragen.

«Cui bono?» fragt jeder Kriminalist, fragt jeder

Inspekteur der KL ab 1934 übernahm. Als im März/April 1935 im KL Columbia-Haus in Berlin zwei Häftlinge angeblich wegen Widerstandes erschossen wurden, rechtfertigten sich die Täter gegenüber dem ermittelnden Staatsanwalt ausdrücklich mit dem Hinweis auf die Dienstvorschrift, deren Befolgung «bis in die neueste Zeit» ihnen «von den Vorgesetzten zur Pflicht gemacht» worden sei.

Gleichzeitig führte der Kommandant des Lagers (Dr. Reiner) in einem Bericht vom 8. Mai 1935 an Himmler aus, dass er bei der Behandlung der Gefangenen «die vom Inspekteur gegebenen Befehle klar weitergegeben» und jedes Berühren eines Gefangenen, Beschimpfungen, Sprechen über ausserdienstliche Angelegenheiten mit den Häftlingen verboten habe. «Meldungen über renitentes Benehmen von Häftlingen oder Gehorsamsverweigerungen habe er weitergegeben und Prügelstrafe beantragt, im Falle der Genehmigung durch den Inspekteur sei die Strafe an dem Beschuldigten vor versammelten Häftlingen vollzogen worden. Dabei sei er immer persönlich zugegen gewesen.»

In dergleichen Fällen, in denen aus den Konzentrationslagern Erschiessungen auf der Flucht oder bei Widerstand gemeldet wurden und glaubhaft gemacht werden konnten, haben die zuständigen Staatsanwaltschaften in der Regel schon damals die Ermittlungen eingestellt und keine Anklage erhoben, obwohl es sich rechtlich um klaren Mord beziehungsweise Totschlag handelte. . .

(Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager, in: Anatomie des SS-Staates.)

Runderlass über Anwendung der Schutzhaft, 1938

Schutzhaft (Bestimmungen)

Durch Runderlass vom 25. Januar 1938 hat der Reichsminister des Innern neue Bestimmungen über die Anwendung der Schutzhaft erlassen. Nachstehend gebe ich den Wortlaut dieses Erlasses zur vertraulichen Kenntnismahme bekannt:

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 25. I. 1938

Die nachfolgenden Bestimmungen über die Schutzhaft treten am 1. Februar 1938 in Kraft.

§ 1

Die Schutzhaft kann als Zwangsmassnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden.

Die Schutzhaft darf nicht zu Strafzwecken oder als Ersatz für Strafhaft angeordnet werden. Strafbare Handlungen sind durch die Gerichte abzuurteilen.

§ 2

1. Zur Anordnung der Schutzhaft ist ausschliesslich das Geheime Staatspolizeiamt zuständig.

2. Anträge auf Anordnung der Schutzhaft sind durch die Staatspolizeileit- bzw. Staatspolizeistellen an das Geheime Staatspolizeiamt zu richten.

Richter, wenn es um die Aufklärung eines Verbrechens geht. «Wem nützt es?» Wem der Reichstagsbrand nützte, das steht fest: Einzig und allein den Nazis. Gemessen an dieser Überlegung verblissen sogar die anderen Indizien, die noch immer für die Schuld der Nazis sprechen. Da ist etwa die Bemerkung, die Göring später während des Krieges im Kreis von Generälen macht: «Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich – ich habe ihn ja schliesslich angezündet!» Dass die Nazis den Reichstag stets verächtlich «Quasselbude» nannten, ist ebenso bekannt. Noch verdächtiger ist, dass schon in der gleichen Nacht nach bereits vorhandenen Listen Massenverhaftungen durchgeführt werden; dass schon am anderen Morgen das von Hindenburg unterzeichnete Gesetz fix und fertig vorliegt.

Sicher ist der Reichstagsbrand letztlich auch für die Kommunisten ein Erfolg, aber nicht weil sie das Parlament angezündet hätten, sondern weil sie die darum entbrennende Propagandaschlacht gewinnen. Zunächst aber schlägt das Pendel der Geschichte wieder zur Seite der Nationalsozialisten aus. Denn wenn auch das Ausland gegen Hitler propagandistisch mobilisiert worden ist, so gibt es doch nach wie vor im Inneren keinen wirksamen Widerstand, da alle widerstandsfähigen Kräfte sich entweder von vornherein mit dem Nationalsozialismus arrangieren oder von selbst auf jede politische Aktivität verzichten oder unterdrückt werden. Das lässt Hitler Zeit, seine Machtpositionen immer weiter auszubauen. Und noch einem anderen – jenem Usher so unscheinbaren «Reichsführer SS», dem zwickertragenden Diplomlandwirt und Münchener Polizeipräsidenten Heinrich Himmler. Bis vor kurzem ist Himmler nichts als der Chef von Hitlers Leibwächtern, der «Schutz-Staffel» gewesen, aus deren Benennung sich die später in aller Welt gefürchtete Abkürzung SS ergibt.

Das sind vor vier Jahren, 1929, als Himmler das Kommando über Hitlers Leibwache übernahm, rund 200 Mann gewesen, nicht mehr. Und noch zu Beginn des Jahres 1931, ein halbes Jahr nach dem grossen Wahlsieg der NSDAP, der sie zur zweitstärksten deutschen Partei gemacht hat, zählt die SS noch immer nur rund 400 Mann. Diese SS-Leute und ihr Chef Himmler gehören als Untergliederung zur SA, und auch ihr Vorgesetzter ist der Stabschef der SA, der ehemalige Hauptmann Ernst Röhm.

Doch da lernt der von Natur aus eher zurückhaltende Himmler am 4. Juni 1931 einen Marine-Oberleutnant kennen, der eben wegen einer unehrenhaften Frauengeschichte aus der Reichsmarine ausgestossen worden ist. Einer der vielen adligen SS-Mitglieder hat Himmler den Mann empfohlen.

Himmler empfängt den geschassten Offizier an jenem Sommertag auf seinem Hühnerhof in Waldtrudering bei München. Ein Missverständnis gebiert die Verbindung zweier Männer, die eben durch ihre Verbindung zum Schrecken Europas, ja der Welt werden sollen. Himmler hat gehört, der Besucher sei Nachrichtenoffizier bei der Marine gewesen, das ist der Grund, weshalb er sich für ihn interessiert.

Die Mitteilung ist richtig, aber Himmler hat bei dem Wort «Nachrichtenoffizier» an die Abwehr, den militärischen Geheimdienst gedacht. Tatsächlich war der grossgewachsene, blonde, blauäugige Offizier, der in idealer Weise Himmlers verschrobenen Vorstellungen von «germanischer Rasse» entspricht, Signal- und Kodeoffizier.

Aber bevor Himmler das erfährt, erteilt er ihm als Bedingung für die Aufnahme in die «Schutz-Staffel» Hitlers den Auftrag, ihm ein Exposé darüber auszuarbeiten, wie er sich den Aufbau eines geheimen Nachrichtendienstes der Partei vorstellen würde. Er schildert dem Besucher die Aufgaben, die der Partei-geheimdienst seiner Meinung nach zu erfüllen habe und lässt ihn dann allein.

Schon eine halbe Stunde später liefert der mit einer kalten Intelligenz ausgestattete Ex-Oberleutnant die Prüfungsarbeit ab, und Himmler erkennt, dass er dessen Talent für seine machtpolitischen Zwecke einsetzen kann. Obwohl Himmler bald erfährt, dass er sich durch das Wort «Nachrichten-Offizier» hat täuschen lassen, beeindruckt ihn der Mann und seine «Prüfungsarbeit» so, dass er ihn in seinen Stab aufnimmt und ihm die Leitung einer neuen Abteilung der SS anvertraut, des SD, des «Sicherheitsdienstes» der Partei. Himmler ist zu dieser Zeit gerade 30 Jahre, sein neuer Abteilungsleiter ist dreieinhalb Jahre jünger, 27 Jahre alt. Heydrich heisst der neue Mitarbeiter Himmlers, Reinhard Tristan Heydrich. Was Himmler, der fanatische Antisemit, zu dieser Zeit noch nicht weiss – Heydrich ist teilweise jüdischer Abstammung. Als Heydrich elf Jahre später einem Attentat tschechischer Widerstandskämpfer zum Opfer fällt, sagt Himmler in seiner Ansprache zu Ehren des Toten:

«Zu etwas anderem war er noch herrlich zu gebrauchen: zum Kampf gegen das Judentum. Er hatte in sich den Juden rein intellektuell überwunden und war auf die andere Seite übergeschwenkt. Er war davon überzeugt, dass der jüdische Anteil an seinem Blut verdammenswert war, er hasste dieses Blut, das ihm so übel mitgespielt. Der Führer konnte sich im Kampf gegen die Juden wirklich keinen besseren Mann aussuchen als gerade Heydrich. Dem Juden gegenüber kannte er kein Mitleid und keine Gnade.»

Jetzt, 1931, gehen Heydrich und Himmler daran, aus

der kleinen Schutz-Staffel ein allmächtiges Instrument zu formen, das ihnen einst die Herrschaft in Deutschland sichern soll.

1932 gibt es bereits 30'000 SS-Männer unter Himmlers Kommando, und Heydrich hat seine SD-Spitzel schon überall in der Partei, der SA und den anderen Parteilgliederungen – ebenso natürlich auch überall in der staatlichen Verwaltung oder in der Wirtschaft, wo er nur seine Leute hindirigieren kann. Zugleich ist Heydrich nicht nur Leiter des SD, sondern auch zugleich – wenn auch keineswegs offiziell – Himmlers Stabschef für den raschen Aufbau der SS zum militärisch gegliederten Orden der nationalsozialistischen Elite.

Doch auch zu diesem Aufbau ist der neugeschaffene «Sicherheitsdienst» die wichtigste Voraussetzung. Denn Himmler ist, obwohl «Reichsführer», durchaus nicht der unumschränkte Herr über die SS. Abgesehen davon, dass er ja nur eine Abteilung der SA leitet und Röhm sein Vorgesetzter ist, hat er nördlich der Mainlinie, des «Weisswurstäquators», nicht viel Einfluss. Regionale SS-Führer, vor allem auch Kurt Daluege in Berlin – bisher Angestellter der Müllabfuhr –, ignorieren ihn.

Viel kann Himmler dagegen nicht unternehmen. Einmal hat er bei Hitler kaum Einfluss. Hitler sieht in ihm nur den Chef seiner Schutz-Staffel, der Parteigarde, mehr nicht. Das wird bis zum Ende so bleiben. Himmler gehört nie zum engsten Kreis, wie Röhm, Goebbels oder Göring.

Himmlers Stellung wird erst stärker, nachdem Heydrich durch seinen Sicherheitsdienst SD über viele führende Funktionäre der NSDAP genügend Material gesammelt hat, um im Bedarfsfall den einen oder anderen zunächst sanft unter Druck zu setzen. Das gilt auch für seine wachsende Macht innerhalb seiner SS selbst.

Den Machtzuwachs innerhalb der Parteiorganisation verdankt er vor allem der Tatsache, dass seine SS als Elite der NSDAP betrachtet wird, im Gegensatz zur SA, in der sich nach Meinung vieler die umstürzlerischen, bolschewistischen Elemente gefunden haben, die das «Sozialistisch» im Namen der Partei ernstnehmen. Deshalb treten viele, die zwar für Hitler und die NSDAP sind, nicht aber für den Sozialismus, in die SS ein, darunter viele Adelige und Akademiker. Diese Leute erhöhen natürlich Himmlers Renommee und tragen zur Festigung seiner Macht bei.

Nachdem Hitler Reichskanzler geworden ist, werden noch mehr Angehörige der Prominenz Mitglieder, «Fördernde Mitglieder» oder Führer der SS, wie der katholische Erzbischof Groeber, der heutige Bundesbankpräsident Blessing, der Präsident der Dresdner Bank Schmidt und viele andere.

Die SS wird auch in der Öffentlichkeit immer mehr als die Elite der NSDAP angesehen. Hitler selbst fördert seine bisherige «Schutz-Staffel», weil er ein Gegengewicht zu der immer grösser werdenden SA braucht. Es klingt zwar widersinnig, ist aber dennoch wahr: Die grösste Gefahr für Hitler bildet die SA, einst «Sport- und Turnabteilung», später ehrlicher «Sturmabteilung» genannt.

So wie Hitlers Partei sich von Bayern aus in den letzten Jahren über ganz Deutschland verbreitet hat, so tut das nun Himmler mit seiner persönlichen Macht. Den Anfang macht er damit, dass er sich nach Hitlers Regierungsantritt zum Polizeipräsidenten von München, seiner Heimatstadt, machen lässt. Nach dem erzwungenen Rücktritt der bayerischen Regierung des Dr. Held übernimmt er zugleich das Ressort «Politische Polizei» im bayerischen Innenministerium, während sein bester Mitarbeiter Heydrich, jetzt 29 Jahre alt, zunächst das politische Referat der Abteilung VI im Münchner Polizeipräsidium übernimmt – jene Dienststelle, die einst den Österreicher Hitler als unerwünschten Ausländer über die Grenze abschieben wollte.

Von da an geht es Schritt für Schritt weiter: In einem Land nach dem anderen wird Himmler Chef der politischen Polizei. Das geht nicht ohne Kämpfe und Intrigen ab. Reichsinnenminister Frick verbietet den Ländern die Schaffung neuer Amtsstellen, um wenigstens dort, wo es nicht schon aus republikanischen Zeiten eine politische Polizei gibt, Himmler den Weg zu versperren. In einzelnen Ländern weigern sich Polizeipräsidenten, sich Himmler zu unterstellen. Aber früher oder später schafft es Himmler überall, nicht zuletzt dank Heydrichs immer mehr anwachsenden vertraulichen Akten, mit deren Hilfe so mancher widerstrebende Funktionär unter Druck gesetzt werden kann.

Im Januar 1934, eben ist Marinus van der Lubbe in Leipzig geköpft worden, hat Himmler fast alle Länder als Kommandeur der jeweiligen politischen Polizei erobert. Die letzten im Januar 1934 sind Braunschweig, Oldenburg und Sachsen. Nun gilt es nur noch, die allerletzte, am besten verteidigte Bastion zu nehmen, die zugleich die wichtigste, die entscheidende ist: Preussen, das grösste Land, das nahezu das halbe Reichsgebiet umfasst.

Dass Himmler in Preussen am spätesten zum Zuge kommt, liegt nicht nur daran, dass dieses Land während fast der ganzen Dauer der Weimarer Republik sozialdemokratisch regiert worden ist und dass die bayerische «Bewegung» des Österreicher Hitler ohnehin in Preussen erst zuletzt Fuss gefasst hat, sondern vor allem daran, dass Hermann Göring seine Machtposition nachdrücklich verteidigt.

Gegner des Widerstandes

SS ALS SCHUTZORGANISATION DER PARTEI UND DES STAATES

Mit der Macht im Reich wurde langsam, Zug um Zug, die Schutzorganisation der Partei in konsequenter Erweiterung ihrer Aufgaben auch zur Schutzorganisation des neuen nationalsozialistischen Staates. In dieser Eigenschaft übernahm sie dann Schritt um Schritt die brauchbaren und wertvollen Bestandteile der alten Polizei. Aus 16 Länderpolizeien wurde somit eine grosse und starke Reichspolizei, und was der alte Nationalsozialist selbst kaum je zu erwarten geglaubt hatte: aus dem Systembüttel des Gummi knüppelregimes wurde in der neuen Polizei ein aktiver Freund des Volkes, ja mehr noch: in langsamer und auslesender Entwicklung ist die Polizei in nationalsozialistischer Ergänzung und nationalsozialistischer Führung durch das Schwarze Korps selbst zu einem Teil der stolzen Formationen der Bewegung geworden.

Der Reichsführer SS wurde Chef der deutschen Polizei und verband diese Aufgabe ebenso elastisch wie wirkungsvoll mit seiner Formation zu einer die Bekämpfung politischer wie krimineller Feinde der Nation umfassenden Abwehrfront, in der Staat und Partei, Beamter und politischer Soldat, in vollkommener und deshalb erst positiver Weise Hand in Hand arbeiten.

(Aus: Meier-Benneckenstein «Das 3. Reich im Aufbau», 1939)

SD DER SS ALS GEHEIMDIENST DER NSDAP

Während der Kampfzeit hatte im Laufe der Zeit der Aufgabenbereich der Schutzstaffel, der ursprünglich den persönlichen Schutz des Führers und führender Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Bewegung umfasste, eine Erweiterung dadurch erfahren, dass sich mehr und mehr die Notwendigkeit der Aufdeckung und Kenntnis gegnerischer Strömungen als unbedingtes Erfordernis zu ihrer wirksamen Bekämpfung herausstellte.

Über das stete Wachsen der Partei hinaus hatte sich die ursprünglich verhältnismässig einfache Aufgabe des Schutzes von Personen zu dem Problem der Sicherheit der Partei und ihrer vielfältigen Funktionen weiterentwickelt. Zu diesem Zweck entstanden in der Partei und ihren sämtlichen Gliederungen Nachrichtendienste mit der Aufgabe, der Bedeutung der gegnerischen Angriffs- und Zerstörungsabsichten durch Erkundung und Beurteilung der drohenden Gefahren entgegenzusteuern. Es gab jedoch keine einheitliche Planung, und eine zentrale Zusammenfassung der Nachrichtendienste wurde kaum versucht.

Auch die SS hatte sich zu dieser Zeit einen Nachrichtendienst zur Unterstützung der Erfüllung ihrer Aufgaben geschaffen. Im Gegensatz zu den übrigen Nachrichtendiensten der Partei wuchs aus dem sog. IC-Dienst, dem späteren PI-Dienst (Presse-Information) des RFSS der Verbotzeit, ein umfassender, systematischer politischer Nachrichtendienst.

Dieser Nachrichtendienst baute sich auf den Grundsätzen der rassistischen Auslese und weltanschaulichen Zucht gemäss den allgemeinen Grundsätzen der SS in Abweichung von allen bereichs-, augenblicks- und personenbedingten Momenten – in Verbindung mit einer umfassenden sachlichen Zielsetzung – zu einem wahren Sicherheitsdienst zunächst der SS und der Partei und damit später des Volkes und des Reiches aus.

Nach der Machtübernahme wurde dies offenbar, als dann der «Sicherheitsdienst des Reichsführers SS» bewies, dass er durch den planvollen Aufbau seiner Organisation, die sich von persönlichen Abhängigkeiten freihielt, alle Gegner und Lebensgebiete, die für den neuen nationalsozialistischen Staat von Bedeutung waren oder werden konnten, erfasst hatte.

Aus der Entwicklung auf dem Gebiete der Parteinachrichtendienste zog alsdann auch der Stellvertreter des Führers die Folgerung, indem er durch seine Anordnung vom 9. Juni 1934 bestimmte, dass «neben dem Sicherheitsdienst des RFSS kein Nachrichten- oder Abwehrdienst der Partei mehr bestehen darf». Von dem Erlass dieser Anordnung an ist der Sicherheitsdienst des RFSS der einzige politische Nachrichtendienst der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Da der Sicherheitsdienst RFSS durch die laufende Beobachtung der offenen und geheimen Feinde der nationalsozialistischen Weltanschauung die Erkenntnisse der Situationen und Zusammenhänge lieferte, wurde er immer mehr zum Organ des Staats- und Volksschutzes, das in engster Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei steht.

Die Spitze der Organisation des SD – RFSS ist das Sicherheitshauptamt, das neben den beiden Hauptämtern der Reichsführung SS steht. Der Chef des Sicherheitshauptamtes ist der mit dem damaligen Aufbau des IC- bzw. PI-Dienstes betraute jetzige SS-Gruppenführer R. Heydrich, der zugleich Chef der Sicherheitspolizei ist.

Die regionale Gliederung des Sicherheitsdienstes RFSS in ihrer Unterteilung in Ober- und Unterabschnitte schliesst sich eng an die der Allgemeinen SS an.

Die steten Beobachtungen der Wandlung der Arbeitsweise des Gegners und seiner Taktik in dem Wechsel der Erscheinungsform, seiner Ideologien und seiner Arbeitsmethode führen zwingend dazu, dass die Arbeit des Sicherheitsdienstes RFSS nicht nur für die Stunde berechnet sein kann, sondern stets grosslinig und weitsichtig ist.

(Aus: Meier-Benneckenstein «Das 3. Reich im Aufbau», 1939)

GESTAPO

Das preussische Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936 definierte sodann (in § 7) ausdrücklich: «Verfügungen und Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte.» Nach Erlass dieser überaus wichtigen gesetzlichen Bestimmung bestand gegen Massnahmen der Gestapo, insbesondere auch der Schutzhaftverhängung, nur noch die Möglichkeit der Dienstaufsichtsbeschwerde, ein

Göring ist in Preussen nicht nur Ministerpräsident und Innenminister, sondern er hat sich auch höchstpersönlich zum Chef des von ihm geschaffenen «Gestapa» gemacht, des Geheimen Staatspolizei-Amtes. Erst am 20. April 1934, zum 45. Geburtstag Hitlers, ernennt Göring den Kommandeur der politischen Polizei aller anderen deutschen Länder, Heinrich Himmler, wenigstens zu seinem Stellvertreter im «Gestapa». Himmler überträgt Heydrich die tatsächliche Geschäftsführung. Dass endlich auch Göring «umgefallen» ist, hat verschiedene Gründe. Der eine ist die Blamage des Reichstagsbrandprozesses, die Goebbels dem tumben Göring nicht vergessen hat und an die der Propagandaminister Hitler ab und zu erinnert. Heydrich hat ebenfalls geschickt gegen Göring intrigiert. Sein «Sicherheitsdienst»

hat unter anderem angeblich ein vorbereitetes Attentat auf Göring entdeckt, das Görings eigenem «Gestapa» verborgen geblieben ist. Auch ist Görings «Gestapa» nicht zuverlässig genug – berichtet Heydrich an Hitler. Es sind noch viel zu viel Beamte des «Weimarer Systems» in diesem Amt.

Schliesslich gibt Göring nach, auch deshalb, weil er sich mehr und mehr um den Aufbau der deutschen Luftwaffe kümmert. Ihm ist schliesslich von seinen vielen

Ämtern das des Reichsluftfahrtministers das wichtigste. Und ausserdem – als preussischer Ministerpräsident und Innenminister, so meint er jedenfalls, bleibt er immer noch Himmlers und Heydrichs Vorgesetzter. Entscheidend für Görings tatsächlichen Verzicht auf das Machtinstrument Gestapo, wie die gesamte deutsche politische Polizei nun genannt wird, ist aber noch etwas anderes. Hitler hat im Lauf des Jahres 1933 neben anderen auch zwei Rivalen Görings zu Reichsministern gemacht: zuerst Goebbels und vor Jahresende Ernst Röhm, den Stabschef der SA. Röhm, zu dieser Zeit einziger Duzfreund Hitlers, ist Minister ohne Geschäftsbereich. Göring weiss, dass Röhm selbst die Macht im Staat anstrebt. Röhm will Reichswehrminister werden und entweder die Reichswehr zu einer «Volksarmee» mit ausschliesslich nationalsozialistischen Offizieren machen, oder die Reichswehr sich und der SA unterstellen. Dann wäre Röhm der Vorgesetzte des «Reichsluftfahrtministers» Göring.

Darum verbündet sich Göring lieber mit dem bescheiden im Hintergrund wirkenden Himmler und mit seinem SD-Chef Heydrich. Wie wichtig ein Mann wie Heydrich ist, kann Göring sehr gut ermessen. Schliesslich hat er gleich als erstes so etwas wie einen SD auf-

freilich illusorisches Mittel, denn über sie entschied in letzter Instanz das Geheime Staatspolizeiamt. Die polizeiliche Inhaftierung von politischen Gegnern war damit definitiv der richterlichen Kontrolle und Anfechtung entzogen. Nach Erlass des Gesetzes schrieb Dr. Werner Best, Heydrichs Vertreter im Geheimen Staatspolizeiamt:

«Mit der Errichtung des nationalsozialistischen Führerstaates ist zum ersten Male in Deutschland eine Herrschaft entstanden, die aus einer lebendigen Idee ihre Legitimation schöpft, jeden Angriff auf den gegenwärtigen Zustand des Staates und auf seine gegenwärtige Führung mit allen staatlichen Machtmitteln abzuwehren. Der politische Totalitätsgrundsatz des Nationalsozialismus, der dem weltanschaulichen Grundsatz der organischen unteilbaren Volkseinheit entspricht, duldet keine politische Willensbildung in seinem Bereich, die sich nicht der Gesamtwillensbildung einfügt. Jeder Versuch, eine andere politische Auffassung durchzusetzen oder auch nur aufrechtzuerhalten, wird als Krankheitserscheinung, die die gesunde Einheit des unteilbaren Volksorganismus bedroht, ohne Rücksicht auf das subjektive Wollen seiner Träger ausgemerzt.

Aus diesen Grundsätzen heraus hat der nationalsozialistische Führerstaat zum ersten Male in Deutschland eine politische Polizei entwickelt, wie sie von unserem Standpunkt aus als modern, d.h. den Bedürfnissen unserer Gegenwart entsprechend, aufgefasst wird: als eine Einrichtung, die den politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers sorgfältig überwacht, jedes Krankheitssymptom rechtzeitig

erkennt und die Zerstörungskeime – mögen sie durch Selbstzersetzung entstanden oder durch vorsätzliche Vergiftung von aussen hineingetragen worden sein – feststellt und mit jedem geeigneten Mittel beseitigt.

Diese Staatsfeinde aufzuspüren, sie zu überwachen und im richtigen Augenblick unschädlich zu machen, ist die präventivpolizeiliche Aufgabe einer politischen Polizei. Zur Erfüllung dieser Aufgabe muss sie in der Lage sein, unabhängig von jeder Bindung jedes zur Erreichung des notwendigen Zweckes geeignete Mittel anzuwenden. Denn nach richtiger Auffassung haben im nationalsozialistischen Führerstaat die zum Schutz des Staates und des Volkes und zur Durchsetzung des Staatswillens berufenen Einrichtungen grundsätzlich jede zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderliche Befugnis, die sich allein aus der neuen Staatsauffassung ableitet, ohne dass es einer besonderen gesetzlichen Legitimation bedarf ... Eine gesetzliche Normierung der von einer politischen Polizei anzuwendenden Mittel ist so wenig möglich, wie es unmöglich ist, jede Art von Angriffen der Staatsfeinde und jede sonst im Staate drohende Gefahr für alle Zukunft vorzusehen ... Aus dieser zwangsläufigen Gegebenheit entsprang der Begriff der politischen Polizei als eines Staatsschutzkorps neuer und eigener Art, dessen Angehörige sich neben ihrer beamtenmässigen Pflichterfüllung als Mitglieder eines kämpferischen Verbandes fühlen ..

(Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager, in: Anatomie des SS-Staates.)

gebaut, nämlich sein «Forschungsamt der Luftwaffe», das in Wirklichkeit nichts anderes als eine technisch hochmoderne Telefon-Abhörzentrale ist. Göring weiss also aus eigener Erfahrung, welche Macht die Kenntnis von Geheimnissen anderer Leute verleiht und meint deshalb, für die weitere Entwicklung lieber auf Heydrich und Himmler als auf seinen natürlichen Konkurrenten Röhm setzen zu sollen. Wie die weitere Entwicklung zeigt, hat er sich darin nicht getäuscht.

Hitler selbst wird die Macht der SA und damit Röhm allmählich verdächtig. Die eine Gefahr, die für Hitler und die NSDAP in der wachsenden Macht der SA liegt, besteht in der Forderung nach der «Zweiten Revolution».

Die «Linken» in der NSDAP-Führung wollen die sozialistischen Forderungen des Parteiprogramms verwirklichen und nach Erreichung des nationalen Zieles durch die Übernahme der Regierungsgewalt – die «Erste Revolution» – nun auch den sozialistischen Teil des Parteiamens «Nationalsozialistische Arbeiterpartei» zur Wirklichkeit werden lassen.

Das Wort von der «Zweiten Revolution» stammt von SA-Stabschef Röhm, aber er hat in dieser Hinsicht viele Anhänger, keineswegs nur in seiner SA. Einer der wichtigsten Männer, die in dieser Frage Verbündete Röhm sind, ist Reichspropagandaminister Dr. Goebbels. Noch 1926 hat Goebbels gefordert, den «kleinen Bourgeois» Hitler aus der Partei auszuschliessen. Goebbels hat damals als Hauptfeind der NSDAP den Kapitalismus bezeichnet und ziemlich bolschewistische Ansichten vertreten.

Goebbels hat auch jetzt noch viele seiner früheren Ansichten behalten. Er sorgt dafür, dass der im Reichstagsbrand-Prozess freigesprochene KPD-Fraktionsvorsitzende Ernst Torgler eine Art Ehrenhaft erhält und im KZ, im Gegensatz zu anderen Häftlingen, gut behandelt wird. Er äussert, dass Torgler ein Revolutionär sei, wie ihn die «ehrlichen» Kräfte in der NSDAP brauchten. Torgler sei ja keiner der «moskowitzischen Schmutzfinken». Wörtlich sagt er: «Der wäre mir in unseren Reihen lieber als mancher Reichsleiter... Torgler ist ein ... fanatischer Sozialist, national wäre er bei uns gewesen – aber wir haben ja zuviel Spiesser, und die machen uns kaputt!»

Goebbels weiss auch, dass der Berliner SA-Führer Karl Ernst den kommunistischen Fraktionschef Mitte Januar 1934 in seiner Zelle besucht hat. Torgler hat 1959 im «Spiegel» über diesen Besuch berichtet: «Als um Mitternacht ... ein vom Alkohol animierter SA-Gruppenführer Karl Ernst in voller Uniform zusammen mit seinem Adjutanten von Mohrenschild und dem Gestapo-Chef Diels [Oberregierungsrat Dr. Diels war bis zur Ablösung durch Himmler der Stellvertreter Görings

im Gestapa und damit faktisch der erste Chef des Gestapa] aufsuchte, da fand das folgende historische Gespräch statt:

Ernst: Wir waren froh, als wir hörten, dass Sie freigesprochen sind.

Ich: Welche Gründe hatten Sie denn dafür, so interessiert an meinem Freispruch zu sein?

Ernst: Wir hatten schon unsere Gründe.

Ich: Für mich ist es aber ausserordentlich wertvoll zu wissen, welcher Art diese Gründe waren. Bitte nennen Sie sie mir doch!

Ernst: Nein, das kann ich nicht... Im Übrigen sind wir ja gar nicht so weit auseinander. Sie wollen Sozialismus, und wir wollen ihn ebenfalls.

Ich: Glauben Sie denn daran, dass Hitler den Sozialismus will?

Ernst: N o c h glauben wir daran.

Ich: Und was geschieht, wenn Sie nicht mehr daran glauben?

Ernst zuckte nur mit den Achseln und blieb mir eine Antwort schuldig. Stattdessen zog er mit grosser Heftigkeit gegen Hugenberg und die Deutschnationalen vom Leder. Hitler hätte sich viel zu sehr mit den Grossindustriellen und Bankiers eingelassen. Davon müsse man loskommen.

Die richtige Revolution müsse erst noch kommen. Dann versandete das Gespräch ...

Inzwischen haben die aufschlussreichen ‚Röhm-Prozesse‘

der letzten Jahre mir klargemacht, dass Karl Ernst als Verfechter der zweiten, der ‚sozialistischen Revolution‘ mir in der damaligen Planung eine gewisse Rolle für die Gewinnung der sozialistischen Arbeiterschaft zugeordnet haben mochte... So wurde mir auch nachträglich erst klar, warum nach dem Massaker des 30. Juni 1934 Joseph Goebbels höchstpersönlich bei der Gefängnisverwaltung Plötzensee ... anrief und nachfragte, ob ich noch am Leben und unverseht sei... Doch das «Massaker vom 30. Juni» steht erst noch bevor, und Goebbels schreibt am 18. April 1933 noch in sein Tagebuch:

«Überall im Volk spricht man von einer zweiten Revolution, die kommen müsse. Das heisst nichts anderes, als dass die erste Revolution noch nicht zu Ende ist. Wir werden uns jetzt bald mit der Reaktion auseinandersetzen müssen. Die Revolution darf nirgends haltmachen!»

Mit der «Reaktion» meint Goebbels die Grossindustrie, die Banken, den Adel und Grossgrundbesitz und die Generalität der Reichswehr, die Hitler seiner Taktik entsprechend nicht mit Gewalt und plötzlich von aussen, sondern von innen her allmählich für sich zu gewinnen sucht. Damit befindet sich Goebbels jetzt

noch in voller Übereinstimmung mit Röhm, der im Juni in einer Rede öffentlich droht:

« ... Deshalb werden die SA und die SS nicht dulden, dass die deutsche Revolution einschläft oder auf halbem Wege von den Nichtkämpfern verraten wird!... Wenn die Spiesserseelen meinen,... dass die nationale Revolution schon zu lange dauert, so pflichten wir ihnen ausnahmsweise gern bei: Es ist in der Tat hohe Zeit, dass die nationale Revolution aufhört und dass daraus die nationalsozialistische wird! Wir werden unseren Kampf weiterführen..., und wenn es sein muss: gegen sie!»

Und im August 1933 sagt er, wieder in einer Rede: «Es gibt heute noch immer Leute in amtlicher Stellung, die nicht die geringste Ahnung vom Geist der Revolution haben. Wir werden sie rücksichtslos entfernen, wenn sie es wagen sollten, ihre reaktionären Ideen in die Praxis umzusetzen!»

Diese zweite Revolution aber passt Hitler keineswegs in sein taktisches Konzept, und so kommt es, dass schon wenig mehr als ein Jahr nach seinem Regierungsantritt der Widerstand aus den eigenen Reihen ihm bei seinem Aufstieg zur absoluten Macht zur ernststen Gefahr wird. Die SA vor allem wird für Hitler zu einer grösseren Gefahr als alle Widerstandsgruppen, ob nun kommunistisch, sozialdemokratisch oder bürgerlich, zusammengekommen.

1933 noch hat sich der revolutionäre Tatendrang der SA an politischen Gegnern austoben können. Das ist 1934 vorbei. Noch immer herrscht Arbeitslosigkeit in Deutschland, von einem plötzlichen wirtschaftlichen Aufschwung kann keine Rede sein. Gerade die SA aber setzt sich zu zwei Dritteln aus Arbeitslosen und Unterstützungsempfängern zusammen.

Die Partei ist seit einem Jahr an der Regierung, denken viele von ihnen. Wo bleibt denn nun der Sozialismus, wo bleibt die Belohnung für die treuen Mitkämpfer der SA, wo bleibt die echte soziale Umwälzung, die das nach oben bringen soll, was bisher unten war? Es sieht ganz so aus, als werde nichts mehr daraus. So verstärkt sich bei vielen SA-Führern der Gedanke, selbst die Revolution weiterzutreiben, wenn nicht mit, dann eben gegen Hitler. Dann wird die SA selbst die Macht übernehmen. «Wenn Adolf nicht einverstanden ist», sagt SA-Stabschef Ernst Röhm zu einem seiner Unterführer, «dann wird er eben abserviert!» Der Berliner Gruppenführer Karl Ernst, der gleiche, der den KPD-Fraktionschef Torgier in seiner Zelle besucht hat, drängt besonders auf eine Aktion zur Durchführung einer zweiten Revolution.

«Zwingen Sie Hitler, endlich wieder in unsere Front einzuschwenken. Oder noch besser: Setzen Sie sich selbst aufs Pferd!»

Aber Hitler könnte selbst dann nicht in die «Front einschwenken», wenn er wollte. Sein Aufstieg zur Macht wäre dann bald zu Ende. Er hätte nicht nur die Wirtschaft gegen sich, sondern vor allem die Reichswehr, die einzige reale Macht, die noch in der Lage wäre, Widerstand zu leisten. Wichtigstes Ziel für Hitler ist deshalb, die Reichswehr für sich zu gewinnen.

Feind der Reichswehr ist aber die mittlerweile auf 3¹/₂ Millionen Mann angewachsene SA, und zwar deshalb, weil Röhm die Reichswehr mit dieser SA zu einer Volksarmee unter seiner Führung verschmelzen will. Damit wäre einerseits die bisherige Reichswehrführung entmachtet, andererseits würde Röhm aber auch Hitler gegenüber eine kaum zu erschütternde Machtstellung gewinnen. Zwischen diesen beiden Fronten eingezwängt, glaubt Hitler sich zunächst irgendwie durchzularieren zu können.

Bereits im Sommer 1933 warnt er diejenigen Kräfte in den eigenen Reihen, die sich seinem Weg der Machteroberung nicht anschliessen wollen: «Die Revolution ist kein permanenter Zustand; sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muss den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten ... Die Reichsstatthalter haben dafür zu sorgen, dass nicht irgendwelche Organisationen [hier ist unmissverständlich die SA gemeint] oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmassen, Personen absetzen und Ämter besetzen.»

In seiner Machtposition noch keineswegs gefestigt, kann er es sich aber noch nicht leisten, mit den Gegnern in den eigenen Reihen, insbesondere mit Röhm und der SA, radikal zu brechen. Nach allen Seiten um Gunst bemüht (KPD und SPD natürlich ausgeschlossen), versucht er auch die SA zu beschwichtigen. «Der Adolf tut mich verträsten...», klagt Röhm dem Senatspräsidenten von Danzig, Rauschnig. «Er will die fertige Armee erben. Er will sie von den ‚Fachmännern‘ zurechtchustern lassen. Wenn ich das Wort höre, gehe ich hoch. Hernach will er sie nationalsozialistisch machen, sagt er. Aber erst überantwortet er sie den preussischen Generälen. Wo da nachher revolutionärer Geist herkommen soll! Das bleiben doch alte Böcke!»

Trotz dieser Beschwichtigungsbemühungen der Reichswehr und der SA gegenüber, spitzt sich die Lage zu. Hitler kommt um eine grundsätzliche Entscheidung nicht herum. Will er das absolute Vertrauen der militärischen Führung gewinnen, und das will er, so muss er die SA als konkurrierenden Machtfaktor ausschalten. Da es ihm offensichtlich nicht gelingt, Röhm für seine Taktik zu gewinnen, die Reichswehr aber auf einer Ausschaltung Röhm beharrt, sieht er sich zum Handeln gezwungen. Er weiss nur noch nicht wie.

Hier ist es der entlassene Marineleutnant Heydrich, der das erste dafür tut, dass Hitler sich endlich entscheidet. Eben hat Heydrichs Chef Himmler mit der Übernahme des preussischen «Gestapa» die gesamte politische Polizei Deutschlands in die Hand bekommen, die nunmehr den später so berühmten Namen «Gestapo», Geheime Staatspolizei, erhält.

Aber Himmler und Heydrich sind mit dieser Ausbreitung ihrer im Dunkel der Geheimpolizei verborgenen Macht auf ganz Deutschland noch längst nicht zufrieden. Dazu sind die Befehls- und Unterstellungsverhältnisse noch viel zu wirr, und die geheime Macht ist damit noch längst nicht gesichert.

Noch immer ist die SS nur eine Untergliederung der SA. Röhm ist Himmlers und auch Heydrichs Vorgesetzter. Andererseits ist Himmler als Chef der politischen Länderpolizeien formell auch Untergebener jedes einzelnen Reichsstatthalters der Länder, in Preussen dazu noch der Untergebene des Ministerpräsidenten und Innenministers Göring. Heydrich wiederum ist als SS-Führer Röhm's und Himmlers Untergebener, als Chef des Sicherheitsdienstes der Partei, des SD, hat er den «Stellvertreter» des Führers für Parteiangelegenheiten, den Reichsminister Rudolf Hess, zum Vorgesetzten und faktisch auch dessen «Stabsleiter» Martin Bormann.

Wenn Heydrich und Himmler ihre geheime Macht sichern wollen, dann müssen sie sich für eine oder gegen eine der argwöhnisch einander belauernden Mächtigkeitsgruppierungen entscheiden. Die Wahl fällt nicht schwer. Wenn SS und SD selbständig werden wollen, muss man sich gegen Röhm entscheiden.

So beginnt Heydrich mit Eifer, durch seinen SD immer mehr Material gegen Röhm und andere SA-Führer zusammenzutragen und es sowohl Hitler als auch der Reichswehrführung zuzuleiten.

Das ist nicht allzu schwer. Über die moralischen und kriminellen Verfehlungen einer Anzahl von SA-Führern hat Heydrich schon genug Akten anlegen können. Wichtiger ist jetzt Material, das einmal Hitler zeigt, dass die SA-Führung gegen ihn putschen wird, wenn er nicht die «Zweite Revolution» durchführt; zum anderen Material, das der Reich: wehr die von Röhm und seiner SA drohende Gefahr recht schwarz malt. So kann man, kalkuliert Heydrich, Hitler und die Reichswehrführung zusammenbringen, Röhm entmachten und die eigene Stellung festigen.

Der pedantische, zaghafte und schüchterne Bürokrat Himmler hält zunächst nichts von Heydrichs Plan. Er ist ihm zu verwegen. Himmler fürchtet sich vor Röhm, er fürchtet sich noch mehr vor der Ungnade Hitlers, wenn er jetzt auf das falsche Pferd setzt. Er möchte ganz still und verborgen im Dunkel bleiben.

Doch Heydrich führt seinen Plan durch. Er braucht dazu nicht einmal, wie später in anderen Fällen, Material zu fälschen oder gar zu erfinden. Die Reichswehr hat durch ihren eigenen Abwehrdienst, der zu dieser Zeit noch nicht von Canaris, sondern von Kapitän z. S. Patzig geleitet wird, genügend Nachrichten über die Machtpläne Röhm's vorliegen.

So ist etwa vom Ostseehafen Stettin aus ein Waggon mit Waffen nach München gerollt. Kapitän Patzigs «Abwehr» erfährt davon. Patzig erkundigt sich im Reichswehrministerium danach. Dort weiss niemand etwas von diesem Waffentransport. Erst über das Innenministerium und schliesslich über das Finanzministerium kommt die «Abwehr» dem Geheimnis auf die Spur. Die Waffen stammen aus der Sowjetunion – das Finanzministerium hat die Devisen zur Verfügung gestellt und, wie es sich für eine ordentliche Behörde gehört, alle Verhandlungen aktenkundig gemacht. Besteller der sowjetischen Waffen ist der Stabschef der SA, Ernst Röhm. Die Reichswehr beschlagnahmt die Waffen in München stillschweigend und übergibt sie dem Heereszeugamt. Röhm rührt sich nicht und tut, als wisse er von nichts.

Auf einer SA-Führertagung, während der wieder über die «Zweite Revolution» gesprochen wird, ist Röhm noch unvorsichtiger als sonst. Er spricht offen darüber, dass die SA die alleinige Macht übernehmen und sich die Reichswehr unterstellen müsse:

«Wenn Adolf nicht mitmachen will, werde ich eben gegen ihn marschieren, und Hunderttausende werden mir folgen.»

Ein unbeirrt treuer Anhänger Hitlers, der hannoversche Gruppenführer Victor Lutze, ist empört. Er informiert Oberst von Reichenau, den Staatssekretär im Reichswehrministerium, über den Vorfall. Reichenau unterrichtet seinen Minister, Generaloberst von Blomberg, und der berichtet an Hitler weiter.

Der Boden für Heydrich ist also schon längst bestellt, die Saat gesät. Heydrich braucht den Acker nur noch kräftig mit immer neuen Meldungen über die bevorstehende SA-Revolution zu «düngen», um damit vor allem Hitlers Zögern ein Ende zu machen.

Heydrich meldet Hitler – und zugleich stets der Reichswehrführung, damit Hitler nicht in die Versuchung kommt, Vogel Strauss zu spielen – etwa, dass Röhm sämtliche Stabswachen mit schweren Maschinengewehren ausrüsten lässt oder dass er ausgerechnet in der neutralen Zone des Rheinlandes die SA militärische Übungen veranstalten lässt.

Heydrichs Meldungen wirken. Immer öfter wendet sich Reichswehrminister von Blomberg beschwerdeführend an Hitler. So schreibt Blomberg über die zunehmende Bewaffnung der SA an Hitler: «Zahlenmässig würde

sich das im Bereich des Wehrkreiskommandos VI allein auf 6'000 bis 8'000 ständig mit Gewehr und Maschinen-

gewehr bewaffneter SA-Leute auswirken ..

Die SA-Kriegsspiele in der vom Ausland argwöhnisch beobachteten entmilitarisierten Zone des Rheinlandes veranlassen ihn zu einem Schreiben, in dem es heisst: «Ein solches Verhalten macht alle Vorsicht der Wehrmacht und der von ihr beeinflussten ‚Krüger-Lager‘ [das sind SA-Lager zur vormilitärischen Ausbildung, die jedoch der Reichswehr unterstehen] innerhalb der neutralen Zone illusorisch ...»

Die Spannung in dem Dreiecksverhältnis Hitler – Reichswehr – SA nimmt immer mehr zu. Inzwischen hat der skrupellose Intrigant Heydrich einen wichtigen Verbündeten gefunden: Hermann Göring. Göring ist als Luftfahrt- und Luftwaffenminister bereits Oberbefehlshaber eines Wehrmachtteils, des modernsten. Röhms als Oberbefehlshaber einer «Volksarmee» wäre das Letzte, was er sich im eigenen Interesse wünschen könnte. Göring gibt zwar in Reden schrecklich revolutionäre Tone von sich, aber das entspricht nur seinem unstillbaren Drang zu Schauspielerei und Protzentum. Tatsächlich ist er recht konservativ und hält sich lieber an die alten, konservativen gesellschaftlichen Kräfte, denen er selbst entstammt, als an die wilden Rabauken des ewigen Landsknechtes Röhms.

Im April kommt es zur ersten Entscheidung. Hitler nimmt erstmals an den jährlichen Manövern der Kriegsmarine teil, die in der Ostsee stattfinden.

An Bord des Panzerschiffs «Deutschland» – das ist der gleiche «Panzerkreuzer A», um dessen Bau es zur Zeit der Republik so heftige Auseinandersetzungen gegeben hat, bis die sozialdemokratische Preussenregierung durch ihre Zustimmung den Bau ermöglichte – finden zugleich wichtige Besprechungen statt. Mit den führenden Vertretern von Heer und Marine verhandelt Hitler über die Nachfolge des Reichspräsidenten. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist jetzt 86 Jahre alt und kränkelt immer mehr. Mit seinem baldigen Ableben muss gerechnet werden. Wer wird nach ihm Reichspräsident, Staatsoberhaupt? Wer wird damit zugleich Oberster Befehlshaber der Reichswehr?

In führenden Offizierskreisen ebenso wie in den noch immer wirkenden konservativen Kreisen, zum Beispiel um den Vizekanzler von Papen, ist man für die Rückkehr zur Monarchie. So könnte etwa der Kronprinz Reichspräsident werden, um sich später zum Monarchen krönen zu lassen. Hitler dagegen weiss, dass er diese letzte Hürde nehmen muss, wenn er endgültig Sieger bleiben will. So ergeben die Verhandlungen schliesslich, dass Admiral Dr. h. c. Raeder, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, General Freiherr von Fritsch, der Oberbefehlshaber des Heeres, und Reichs-

wehrminister von Blomberg Hitlers Kandidatur unterstützen wollen. Allerdings nur unter der einen Bedingung: Hitler muss Röhms «Volksarmee»-Pläne verhindern und die SA entmachten. Die SA muss wieder zu einer rein politischen Organisation werden, einzige bewaffnete Organisation muss die Reichswehr bleiben. Hitler stimmt dieser Bedingung zu.

Auf einer Offiziersbesprechung am 16. Mai wird der Vertrag von der «Deutschland» noch einmal bekräftigt, nachdem sich Hitler auch vor diesem Kreis verpflichtet hat, Röhms und die SA zu entmachten. Wenn er das tut, wird er Hindenburgs Nachfolger als Reichspräsident. So steht nun die Reichswehr wieder auf Hitlers Seite, nachdem er selbst einst als Reichswehrgagent seine politische Karriere begonnen und die Reichswehr in den ersten zwanziger Jahren die SA in Bayern gegründet und aufgebaut hat.

Der vorletzte Schritt zur vollen Machtübernahme ist damit getan. Jetzt hat Hitler die einzige Macht hinter sich, die es ihm ermöglicht, Röhms und den Tatendrang der SA-Führer aus dem politischen Leben auszuschalten.

Noch einmal treffen Röhms und Hitler zu einem fünf-stündigen Gespräch zusammen. Unmittelbar nach dieser Unterredung ordnet Hitler in seiner Eigenschaft als OSAF, als «Oberster SA-Führer», einen vierwöchigen Zwangsurlaub für die SA an. Während des Monats Juli darf kein SA-Dienst gemacht werden. Zuvor soll am 30. Juni in Bad Wiessee, wo Röhms seinen Urlaub verbringen will, noch eine SA-Führertagung stattfinden.

Dreizehn Tage vorher, am 17. Juni 1934, auf den Tag genau 19 Jahre vor dem Aufstand der mitteldeutschen Arbeiter gegen die Herrschaft Ulbrichts, hält Hitlers Vizekanzler von Papen in der Universität Marburg eine oppositionelle Rede, in der er unter anderem sagt: «Es ist an der Zeit, in Bruderliebe und Achtung für den Volksgenossen zusammenzurücken, das Werk ernster Männer nicht zu stören und doktrinaire Fanatiker zum Verstummen zu bringen . . . Denn kein Volk kann sich den ewigen Aufstand von unten leisten, wenn es vor der Geschichte bestehen will. Einmal muss die Bewegung zu Ende kommen, einmal ein festes soziales Gefüge, zusammengehalten durch eine unbeeinflussbare Rechtspflege und durch eine unbestrittene Staatsgewalt, entstehen. Mit ewiger Dynamik kann nichts gestaltet werden. Deutschland darf nicht ein Zug ins Blaue werden, von dem niemand weiss, wann er zum Halten kommt. . .» Diese Rede begeistert die Zuhörer im Auditorium Maximum der Marburger Universität. Die Berichterstatter aller namhaften in- und ausländischen Zeitungen sind anwesend. Sofort geben sie die wichtigsten Stellen der Papen-Rede telefonisch an ihre

Redaktionen durch. Im Ausland werden Papens Worte als echte, mutige Widerstandshandlung bewertet. Mancher knüpft schon Hoffnungen daran: «Na, haben wir nicht schon immer gesagt, der Hitler hält sich nicht lange? Jetzt steht schon Papen gegen ihn auf!»

In Deutschland selbst erfahren nur wenige von dieser Rede, denn Goebbels lässt ihre Veröffentlichung sofort verbieten.

Goebbels, der bis jetzt ebenfalls für eine «Zweite Revolution» eingetreten ist, ist es auch, der Hitler nach einem Gespräch mit Röhm von dessen Gedanken unterrichtet.

Zugleich kommt von Heydrichs SD eine weitere alarmierende Meldung. In dieser Meldung wird behauptet, dass Ernst Röhm sich mit dem General Kurt von Schleicher getroffen habe. Schleicher ist Hitlers Vorgänger als Reichskanzler, war zuvor Reichswehrminister und viele Jahre Staatssekretär im Reichswehrministerium. Er ist in der Republik lange Zeit der Mann im Dunkel gewesen, der mit der Macht der Reichswehr und dem Vertrauen Hindenburgs hinter sich Minister und Regierungen gemacht und auch wieder gestürzt hat.

Während seiner kurzen Reichskanzlerschaft als Vorgänger Hitlers hat er versucht, die NSDAP zu spalten. Mit Unterstützung der Linken, der «Sozialisten» in der NSDAP, und nationalgesinnter Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre hat er eine «volksverbundene» Militärdiktatur zur Abwehr Hitlers errichten wollen. Er hat damals in vertraulichen Verhandlungen Röhm das Reichswehrministerium angeboten – das Ziel, nach dem Röhm jetzt noch strebt. Auch Vizekanzler sollte ein Nationalsozialist werden – der Organisationsleiter der NSDAP, anerkannter Führer des sozialistischen Flügels der Hitlerpartei, einst Freund Goebbels' im gemeinsamen Kampf gegen «den kleinen Bourgeois» Hitler. Dr. Georg Strasser war dieser Mann, Apotheker aus Landshut, der damals einen Sekretär hatte, der Heinrich Himmler hiess.

Über Schleichers Plan von Ende 1932 sind die Ereignisse hinweggegangen, aber Strasser ist darüber gestürzt, obwohl er vor allem in Norddeutschland als der eigentliche Führer der NSDAP galt und eine grosse Anhängerschaft besass. Er ist noch formell Mitglied der NSDAP, hat aber keine Funktion mehr.

Und nun besagt Heydrichs SD-Bericht – ob zu Recht oder Unrecht, wird sich wohl nie mehr feststellen lassen –, dass nicht nur der SA-Stabschef Röhm, sondern auch der frühere Reichsorganisationsleiter Dr. Strasser bei dem inzwischen pensionierten General von Schleicher in diesen Tagen einen Besuch gemacht hat.

Ist das eine Verschwörung? Wollen ihn seine Gegner kaltstellen? Dass Hitler misstrauisch wird, ist um so

eher anzunehmen, da er ja selber im Verborgenen andere Gedanken hegt, als diejenigen, die er aus taktischen Gründen jeweils im Munde führt, und da er ja selber eine Natur ist, deren Moral ihn auch vor Lüge, Hintergehung, Mord und Wortbruch im politischen Machtkampf nicht zurückschrecken lässt. Jedenfalls scheint er bereits äusserst misstrauisch zu sein, als er am 21. Juni dem greisen Feldmarschall in Ostpreussen einen Besuch abstattet. Danach ist er überzeugt, dass Hindenburg nicht mehr lange zu leben hat. Alles drängt auf eine Entscheidung hin, die bei Hitler noch dadurch beschleunigt wird, dass die Reichswehr ihm jetzt ultimative Vorschläge macht.

Hitler hat kaum das Krankenzimmer des Präsidenten verlassen, da wird er von Kriegsminister von Blomberg, der ebenfalls auf Gut Neudeck weilt, um eine Unterredung gebeten. Blomberg stellt Hitler zu dessen grösster Überraschung – er kennt von Blomberg nur als «Gummilöwen» ohne Rückgrat – energisch vor die Wahl: Entweder Hitler sorgt nun endlich für eine sofortige «Entspannung», also für die Entmachtung Röhm und der SA, oder der Reichspräsident verhängt über Deutschland den Ausnahmezustand. Dann geht die Regierungsgewalt an das Militär über, also an ihn, den Reichskriegsminister.

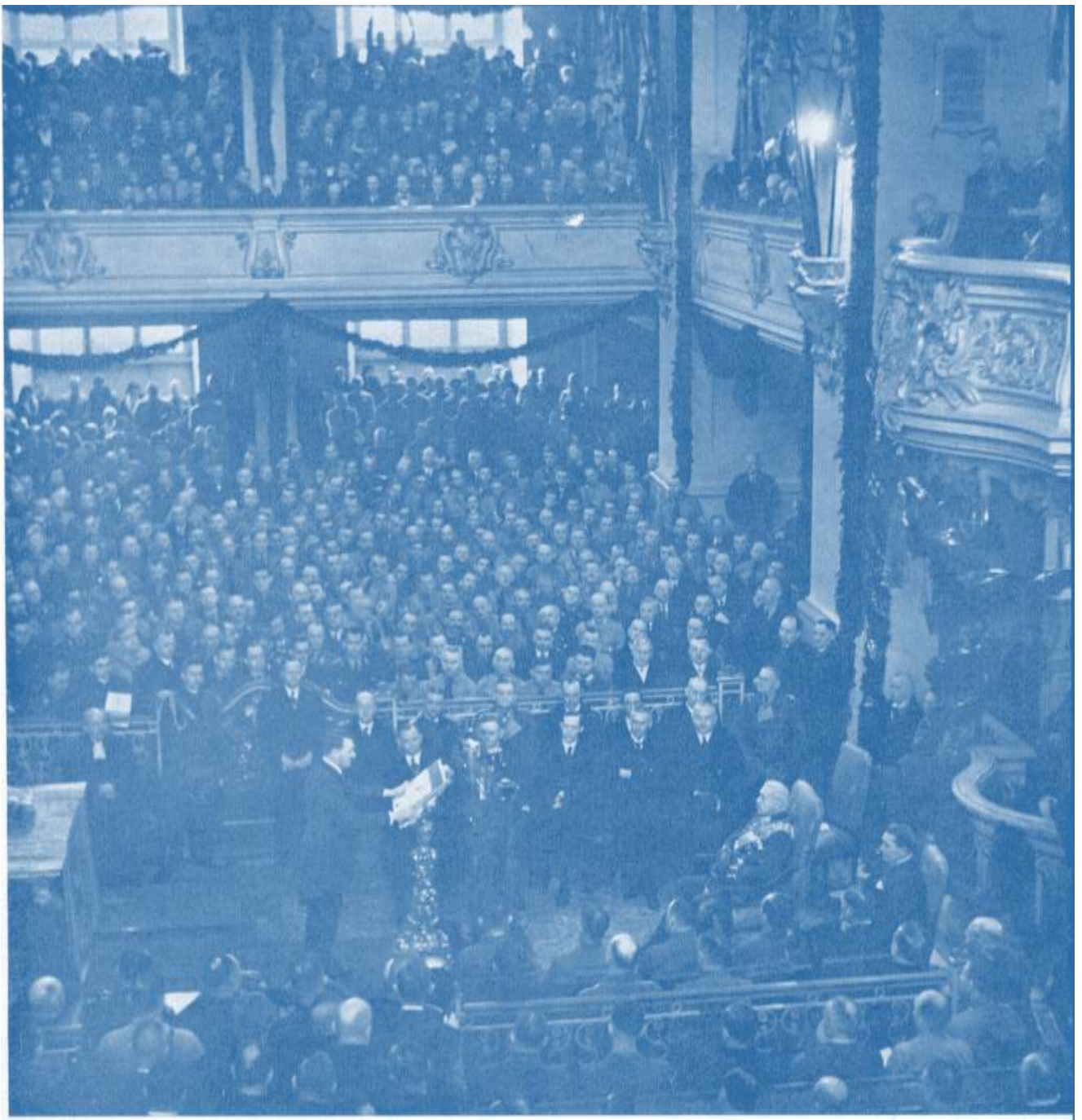
So eindeutig hat schon seit Jahren niemand mehr zu Hitler gesprochen. Wenn Blomberg seine Drohung wahrmacht, dann ist Hitlers Machtposition äusserst gefährdet.

Vier Tage später bekommt Hitler noch einen weiteren Stoss von der Reichswehrführung. Ohne vorher Hitlers Einverständnis einzuholen, ordnet der Chef der Heeresleitung, also der Oberbefehlshaber des Heeres, General Freiherr von Fritsch, Alarmbereitschaft für alle Heereseinheiten in Deutschland an. Am 28. Juni wird der SA-Stabschef Röhm aus dem Deutschen Offiziersbund ausgeschlossen, die Massnahme wird von der Reichswehrführung bekanntgegeben.

Nun kann es für Hitler kein Ausweichen mehr geben. An diesem 28. Juni fällt nach Hitlers monatelangem Zögern die Entscheidung. Hitler selbst begibt sich nach München und von dort ins Hotel nach Bad Wiessee.

Der SA-Obergruppenführer von Schlesien, Edmund Heines, – nach dem «Braunbuch» der eigentliche Reichstagsbrandstifter – wird im Bett mit seinem Chauffeur, «Fräulein Schmidt» genannt, beim Liebespiel überrascht. Beide werden ohne jeden Wortwechsel kurzerhand erschossen, die Leichen bleiben im Bett liegen.

Hitler selbst klopft im oberen Stockwerk an die Tur von Röhm's Zimmer. Röhm reagiert erst nicht, er hat am Abend zuvor eine Spritze gegen seine neuralgischen Schmerzen bekommen und ist noch schlaftrunken.



Deutschland 1933-1939

Am 21. März, dem «Tag von Potsdam», wurde in der Potsdamer Garnisonskirche der neue Reichstag feierlich eröffnet. Hitler war in bürgerlicher Kleidung, in Frack und Zylinder, der greise Reichspräsident von Hindenburg in der Uniform des Feldmarschalls erschienen. Hitlers Rede, zwar gemässigt gehalten, folgte ganz dem gewohnten Schema. Er beschwor den Glanz des alten Reiches, zeigte die Fehler der parteipolitischen Zersplitterung, die Unfruchtbarkeit und das Versagen der Weimarer Republik auf und versprach im Sinne der preussischen und christlichen Tugenden mit neuer Kraft einen neuen Staat zu schaffen, einen Staat der Einigkeit, der wirtschaftlichen Gesundung und der nationalen Selbstachtung.

«Diese Geburtsstunde des Dritten Reiches war Glanz und Glück. Wenn damals ein Seher das Ende in Kummer und Entsetzen, Mord und Brand für knapp zwölf Jahre später verkündet hätte, er wäre überhaupt nicht verstanden worden, auch von mir nicht», schreibt Hans Frank in seinem Buch «Im Angesicht des Galgens».

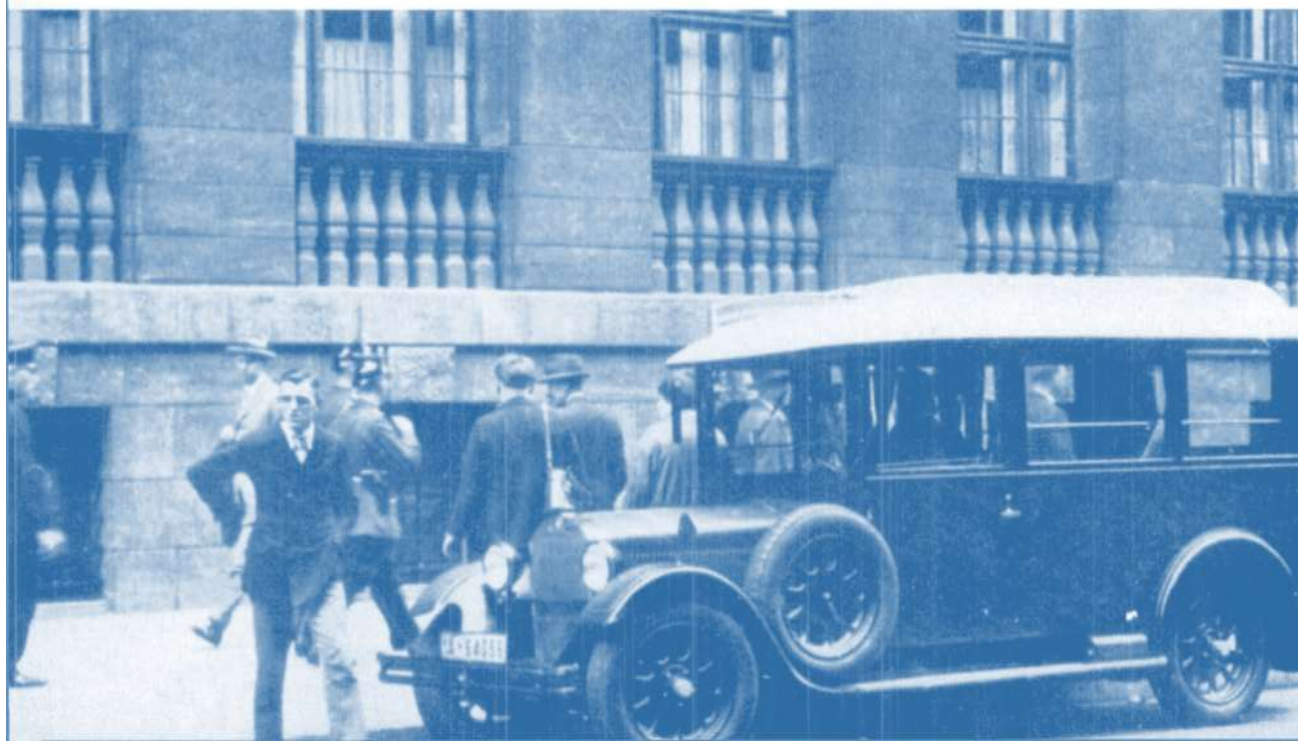
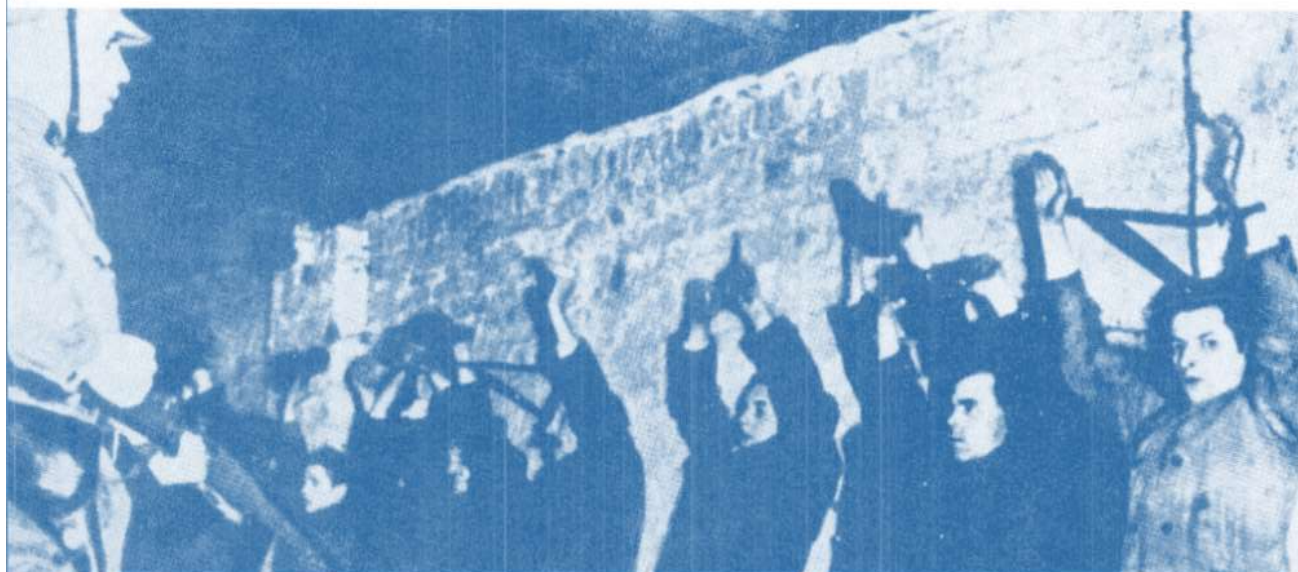
Unter Verschleierung seiner wahren Absichten, mit einer geschickten Propaganda und tatsächlichen Erfolgen nahm Hitler das Volk für sich gefangen. Mit einem radikalen Terror und einer willkürlichen, durch nichts gehemmten Machtanwendung brachte er jede Opposition zum Schweigen. Terror, Taktik und Propaganda wurden dabei so skrupellos eingesetzt, dass dem gesamten deutschen Widerstand, so einsichtsvoll, leidenschaftlich und tapfer er auch gewesen sein mag, der grosse Erfolg versagt blieb, Hitler zu stürzen und Deutschlands Weg in den Abgrund aufzuhalten.

Schon vor der Machtergreifung war Hitlers Kampfruf «gegen die bolschewistische Gefahr» ein bedeutendes Mittel, zahlreiche Antikommunisten für sich und seine Bewegung einzunehmen. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler schrieb Goebbels in sein Tagebuch: «Vorläufig wollen wir von direkten Gegenmassnahmen [gegen die Kommunisten] absehen. Der bolschewistische Revolutionsversuch muss zuerst einmal aufflammen. Im geeigneten Moment werden wir dann zuschlagen.» In diesen Worten kommt die Legalitätstaktik der nationalsozialistischen Machtergreifung deutlich zum Ausdruck. Man ging nicht gleich und umfassend mit Gewalt gegen die feindlichen Kräfte vor, sondern wartete, bis diese gegen die Gesetze des Staates aktiv wurden, um dann, gestützt auf diese Gesetze des Staates, den Gegner mit «legalen» Mitteln zu beseitigen. Jetzt, in der Nacht des 27. Februar, stand plötzlich der Reichstag in Flammen. Von den Nationalsozialisten wurde dieses Ereignis sofort als Zeichen eines kommunistischen Aufstandes gewertet, propagandistisch gross herausgebracht und geschickt in den Dienst der nationalsozialistischen Machtergreifung gestellt. Die Parole «Kampf dem Marxismus» bekam einen weiteren sichtbaren Inhalt und trug dazu bei, weiteren Widerstand gegen Hitlers Herrschaft auszuräumen.

Noch in der gleichen Nacht wurden 4'000 kommunistische Funktionäre verhaftet und der gesamte kommunistische Parteiapparat zerschlagen. Bereits am nächsten Tag trat die «Verordnung zum Schutze von Volk und Staat» in Kraft; wesentliche Grundrechte wurden aufgehoben, der Boden des Rechtsstaates verlassen und der Willkür der staatlichen Gewalt Tür und Tor geöffnet. Die Bedeutung der Verordnung, die bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches gültig blieb, wird dadurch erhellt, dass unter Berufung auf sie Todesurteile gegen Widerstandskämpfer bis in die Endphase des Krieges gefällt wurden. – Bild unten: Passanten vor dem brennenden Reichstagsgebäude. – Rechte Seite: Die drei Angeklagten im Reichstagsbrandprozess: Torgler (Bild oben), Dimitroff (unten links) und van der Lubbe, der Brandstifter (unten rechts). – Der Prozess, von Goebbels als grosse propagandistische Schau aufgezogen, konnte weder eine Schuld der Kommunisten noch eine der Nationalsozialisten beweisen. Die überlegene Rhetorik, mit der Dimitroff den Zeugen Göring lächerlich machte, und sein furchtloses Auftreten wurden zu einem Fanal für die junge kommunistische Résistance, die unter grossen Opfern ihre ersten Erfahrungen sammelte.







Linke Seite: Vor dem Sitz der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse (unten) werden Verdächtige aus dem Auto geladen. Die Gestapo, die Geheime Staatspolizei des Dritten Reiches, war das bedeutendste Mittel, jeglichen Widerstand rücksichtslos zu bekämpfen. – Oben: Nach dem Reichstagsbrand werden «Staatsfeinde» durch Angehörige der SS verhaftet. – Bild Mitte: Potentielle Widerstandskämpfer in den Folterkellern der SA. Leithäuser, der Biograph von Wilhelm Leuschner (der, bald nach der Machtergreifung verhaftet, den SA-Terror erlebte), schreibt: «Nachdem den Gefangenen die Taschen geleert sind und sie ihre trostlose Umgebung mustern . . . vernehmen sie deutlicher die grauenhaften Geräusche, die aus anderen Teilen des Gebäudes zu ihnen dringen: das Schreien, Brüllen, Flehen gequälter Menschen, das Klatschen und Krachen von Schlägen . . . Ohne Pause scheinen die Folterknechte in jedem Raum des unheimlichen Hauses am Werke zu sein.» Auch nach der Auflösung dieser wilden Konzentrationslager und der Einrichtung «ordentlicher» Konzentrationslager durch die SS wurde die Öffentlichkeit über das wahre Geschehen in den Konzentrationslagern getäuscht. – Bild rechts: Im Konzentrationslager Oranienburg. «Auch das Zeitunglesen ist den Gefangenen gestattet. Selbstverständlich liegen aber nur nationale Zeitungen aus.» – Bild unten: «Im Tagesraum verbringen die Gefangenen ihre Zeit in der Hauptsache mit Kartenspiel und Diskussion.» Mit solchen Bildern wollte man den Eindruck erwecken, die KZ seien eine humane Einrichtung, in der man den Widerwilligen die Gelegenheit gebe, sich eines besseren zu besinnen, um dann geläutert am «Aufbauwerk des Führers» mitzuwirken.



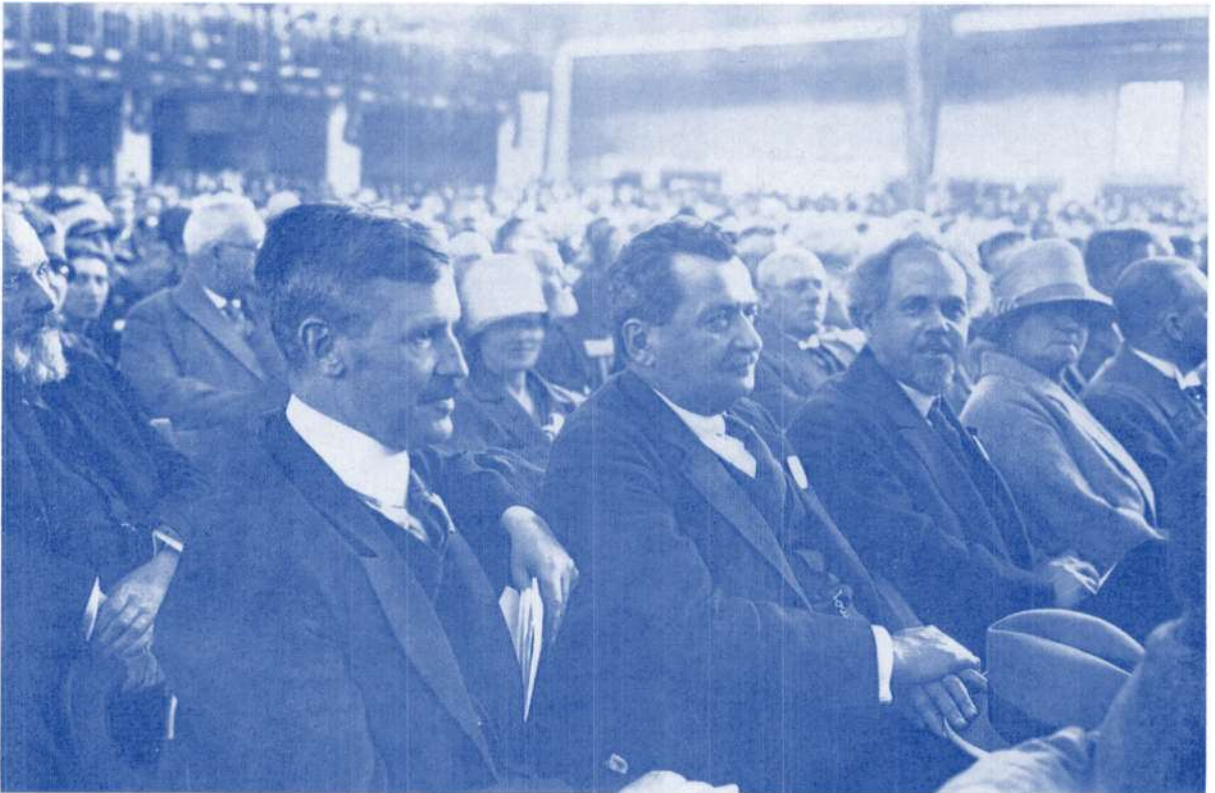


Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 konnten die Nationalsozialisten 288 und die Deutschnationalen 32 Abgeordnete in den Reichstag bringen. Mit insgesamt 647 Reichstagsitzen verfügte das Kabinett der «nationalen Konzentration» damit über die absolute Mehrheit und hätte mit dieser auf parlamentarischer Basis regieren können, wie es die Verfassung vorschrieb. Aber Hitler lag nichts an der Verfassung und alles an der alleinigen und unbeschränkten Macht. Auf dem Weg dahin kam er mit dem «Ermächtigungsgesetz» einen grossen Schritt voran. In seiner Rede zur Begründung dieses Gesetzes schilderte er die «demokratischen Zustände» der Weimarer Republik in den übelsten Farben. Alles Bisherige sei falsch, alle bisherigen Kräfte hätten versagt, und wenn es so weiterginge mit dem demokratischen Kuhhandel und der Scheu vor der Verantwortung, dann könne Deutschland nur im Chaos enden. In dieser katastrophalen Situation, die es zu meistern gelte, widerspräche es dem Sinn der nationalen Erhebung, «wollte die Regierung von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstags erhandeln und erbitten». Mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 24. März hatte Hitler das Verhandeln und Erbitten nicht mehr nötig. Durch die Annahme des Gesetzes wurde die Regierung auf vier Jahre ermächtigt, ohne Beteiligung des Reichstags und des Reichsrates Gesetze zu erlassen. Das Parlament verlor seine Beschlussungs- und Kontrollfunktion und wurde bald, wie es der Volksmund ausdrückte, zum «teuersten Gesangsverein». Die Abgeordneten hatten nur noch zuzustimmen und aufzustehen, um mit erhobenem Arm das Horst-Wessel-Lied zu singen (Bild rechts).

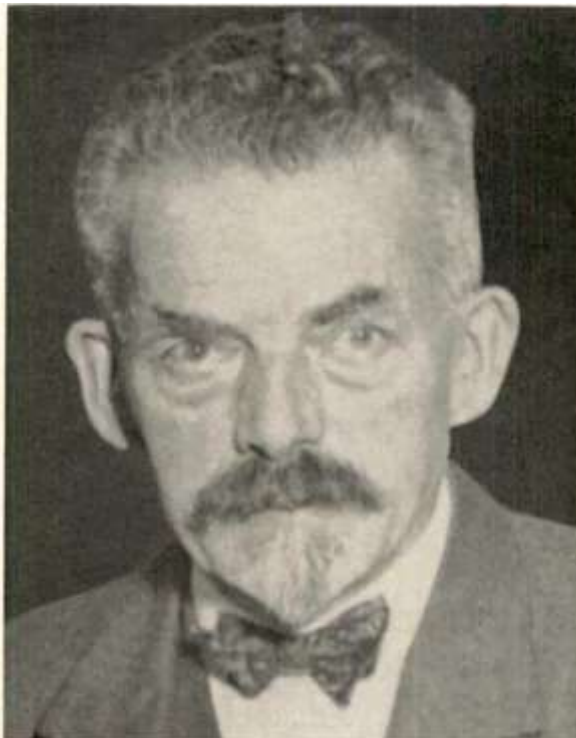
Seiner Legalitätstaktik entsprechend, gelang es Hitler, dass das Zentrum unter seinem Führer Ludwig Kaas (unten links) und die bürgerlichen Mittelparteien trotz ernster Bedenken dem Gesetz zustimmten. Nur die SPD widersetzte sich geschlossen. Ihr Sprecher Otto Wels (oben) sprach die letzten freien Worte im Deutschen Reichstag. Auch der junge Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, Theodor Heuss (unten rechts), der spätere Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, fügte sich damals dem Beschluss seiner Partei und stimmte für das «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat», das mit dazu beitrug, in zwölf Jahren Volk und Staat in eine fast ausweglose Not zu führen.





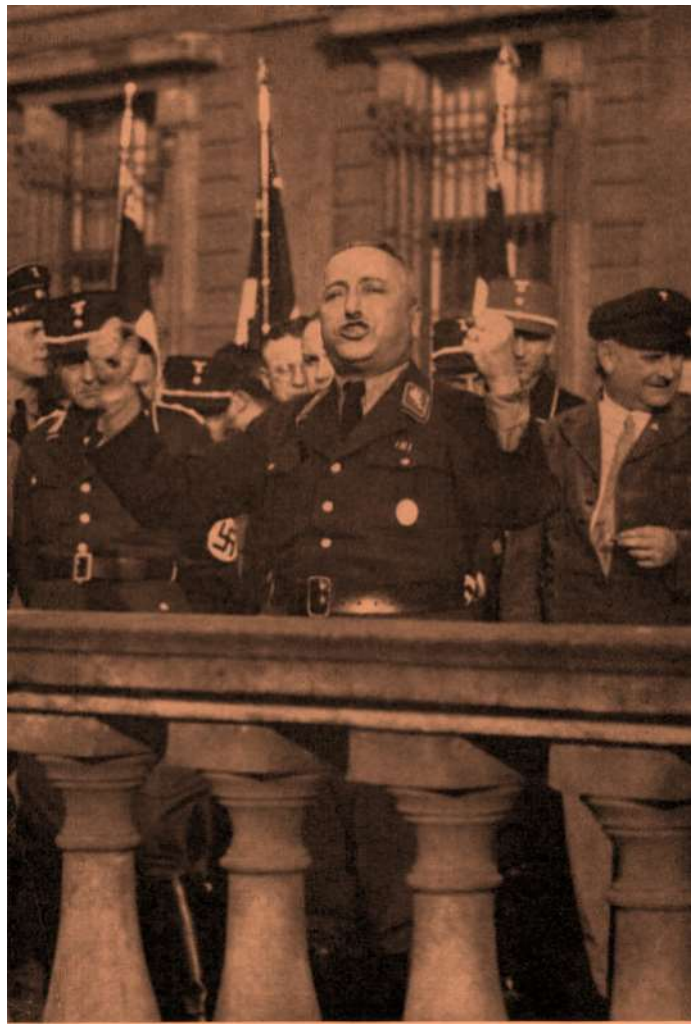


Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands waren die stärksten und engagiertesten Anhänger des demokratischen Systems. Die SPD – sie hatte noch über 7 Millionen Wähler – und der ADGB mit fast 5 Millionen Mitgliedern standen vor der Frage: aktiver Widerstand oder Anpassung, Generalstreik oder Zugeständnisse. Die schwierige Situation schildert das ehemalige ADGB-Vorstandsmitglied Franz Spliedt: «Bei 6½ Millionen seit Jahren Arbeitslosen und Millionen Kurzarbeitern, bei schwer bewaffneten, den offenen Kampf suchenden SA-Banden war praktisch ein Generalstreik unmöglich. Wir hätten Tausende nutzlos in den Tod gejagt.» Unter diesen Umständen entschloss sich der Führer der ADGB-Gewerkschaften, Theodor Leipart (unten links), zu weitgehenden Zugeständnissen, um den Bestand der gewerkschaftlichen Organisation zu retten und somit weiterhin für die Rechte der Arbeiter eintreten zu können. Aber die Zugeständnisse nützten nichts. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser von SA-Männern besetzt und die gewerkschaftliche Organisation zerschlagen. Die Zwangsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die «Deutsche



Arbeitsfront» unter Robert Ley (rechts oben: als Redner auf einer Massenversammlung), wurde geschaffen. Auch die SPD nahm eine abwartende Haltung ein. Als nach der Zerschlagung der Gewerkschaften ein Teil ihres Vorstandes ins Ausland ging, sahen sich die Zurückgebliebenen dazu gezwungen, von den Emigrierten abzurücken, um neu angedrohten Verfolgungen zu entgehen. Aber auch das konnte die Partei nicht retten. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten. Die übrigen Parteien lösten sich «freiwillig» auf, und mit dem Gesetz «gegen die Neubildung von Parteien» vom 14. Juni 1933 machte sich die NSDAP zur einzigen Partei des Dritten Reiches. Jeder politische Widerstand war von nun ab in die Illegalität verbannt und mit grossen persönlichen Gefahren verbunden, die in der Folgezeit zahlreiche Sozialdemokraten und Gewerkschaftler auf sich genommen haben.

Als Otto Wels (linke Seite oben, in der Mitte, rechts von Rudolf Breitscheid), der die Führung des Parteivorstandes im Exil übernommen hatte, die SPD dazu auf forderte, den Weg der «legalen Opposition» zu verlassen und zum aktiven Widerstand überzugehen, sah sich die innerdeutsche SPD-Führung unter Paul Lobe (Unke Seite, unten rechts) dazu gezwungen, ihre Parteifreunde im Exil vorübergehend aus der Partei auszuschliessen. Dennoch nahmen die Pressionen auf die Mitglieder zu. Otto Heilmann (Bild unten) war einer der zahlreichen Sozialdemokraten, die schon 1933 in «Schutzhaft» genommen wurden.

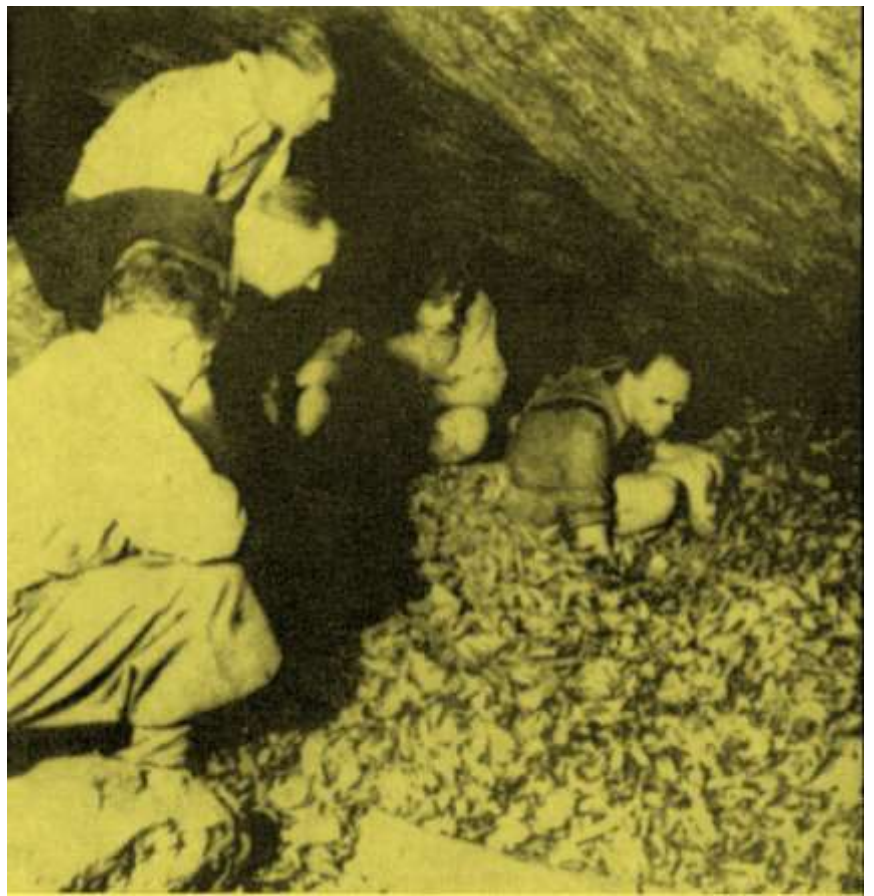




Von SPD und KPD, der zweit- und drittstärksten Partei bei Hitlers Machtübernahme, die den grössten Teil der Arbeiter hinter sich hatten, wurde die Dynamik der nationalsozialistischen «Staatsgestaltung» völlig unterschätzt. Sie glaubten nicht an die brutalen Massnahmen, mit denen sie verfolgt würden, an die Schwierigkeiten des illegalen Widerstandes in einem Staat, der sich auf eine breite und fanatische Anhängerschaft stützen konnte. Sie glaubten, sie bräuchten nur abzuwarten, da Hitler seine Versprechen, Deutschland wirtschaftlich wieder hochzubringen, nicht halten könne. Darin aber sahen sie sich getäuscht.

Abbildungen auf der linken Seite, von oben nach unten: «Hunderttausend sparen schon für dieses Auto, und die Zeit ist nicht mehr weit, da werden auch Sie eine gleiche Aufnahme in Ihr Album kleben mit der Unterschrift: Erste Fahrt in meinem Wagen.» – «Deutsche auf Teneriffa! Auch wir bekennen uns zum Führer.» – «Dass wir hier bauen, verdanken wir dem Führer.» Mit solchen Leistungen und wirtschaftlichen Erfolgen entzog Hitler dem linken Widerstand seine wirkungsvollsten Argumente, mit rücksichtsloser Einlieferung in die Konzentrationslager entzog er ihm die Führer. – Oben links: Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher, nach dem Kriege erster Vorsitzender der SPD, wurde von 1933 bis 1943 und 1944 bis 1945 im Konzentrationslager festgehalten.

Oben rechts: Ernst Thälmann, Führer der deutschen Kommunisten, wurde 1933 verhaftet und 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet. – Bild Mitte: Angehörige der Widerstandsgruppe «Vereinigte Kletterabteilung» in ihrem Versteck, einer Höhle in der Sächsischen Schweiz, nahe der tschechoslowakischen Grenze. Durch diese Widerstandsgruppe wurde die Verbindung zwischen der KPD in Deutschland und der Abschnittsabteilung der KPD in der Tschechoslowakei hergestellt. – Bild unten: «Heraus mit Thälmann», eine kommunistische Parole.





«Bereits am 3. März 1933 erklärten sich dreihundert Hochschullehrer aller Richtungen in einem Wahlauftrag für Hitler, während die Masse der Studenten schon beträchtlich früher ihren Übertritt ins nationalsozialistische Lager vorgenommen hatte: bereits im Jahre 1931 verfügte die Partei an den Hochschulen mit 50% bis 60% der Stimmen über eine doppelt so hohe Anhängerschaft wie im Reichsdurchschnitt . . . Trotz der fast durchwegs abstrusen Elemente und Zusammenhänge [seiner] Weltanschauung konnte sich der Nationalsozialismus nicht nur auf den Irrwitz dunkelschwelgender Eigenbrötler berufen, sondern nicht minder auf die Autorität von Universitätslehrern, politisierenden Rechtsanwälten, Dichtern oder schriftstellernden Studienräten.» (Hans Joachim C. Fests)

«Nicht Leitsätze und Ideen seien die Regeln eures Seins! Der Führer selbst und allein ist die heutige und künftige deutsche Wirklichkeit und Ihr Gesetz!» rief im November 1933 der weltbekannte Philosoph Martin Heidegger seinen Studenten zu. Opportunismus, Überzeugung, die Woge des nationalen Hochgefühls und politische Kurzsichtigkeit liessen zahlreiche Intellektuelle aus allen Gebieten des kulturellen Schaffens ihren Beitrag für Hitlers Staat leisten. Erst als sie die totale Diktatur der nationalsozialistischen Weltanschauung in Presse, Film, Theater, Musik, Malerei und Wissenschaft spürten, begannen viele den Verlust der Freiheit zu bedauern. In der gefestigten Machtstruktur des Dritten Reiches konnten sie ihren Widerstand jedoch nur noch «zwischen den Zeilen» zum Ausdruck bringen. – Oben links: Der Publizist [Carl von Ossietzky](#) als Häftling in einem Konzentrationslager, wo er sich für seine Gesinnung zu Tode quälen liess. Mutig widerstand er dem Ansinnen der nationalsozialistischen Machthaber, auf den Nobelpreis zu verzichten, womit er seine Freiheit hätte erkaufen können. – Oben rechts: [Ernst Mühsam](#), Literat und Politiker, der als Häftling im Konzentrationslager Oranienburg 1934 zu Tode geprügelt wurde.

Die meisten evangelischen Kirchenmänner stellten sich zu Beginn des Dritten Reiches hinter das «nationale Erwachen». Erst als sie die feindlichen Absichten Hitlers erkannten, gingen viele von ihnen zum Widerstand über. Was diesen Widerstand der evangelischen Kirche herausforderte, war zunächst das Verhalten der «Glaubensbewegung Deutsche Christen» unter ihrem Reichsbischof Ludwig Müller, über den Hitler glaubte, die evangelische Kirche gleichschalten zu können. Die «Deutschen Christen» bekannnten sich zum Arier Paragraphen und in ihren radikalsten Formulierungen zum «heldischen Jesus», wollten grundsätzlich auf die «ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus» verzichten und verunglimpften das Alte Testament als «ein Buch von Viehjuden und Zuhältern». Gegen diese Irrlehre wandte sich der «Pfarrernotbund», der bereits durch einen Aufruf Pastor Niemöllers (rechte Seite, oben rechts) am 21. September 1933 ins Leben gerufen wurde. Aus ihm entwickelte sich die «Bekennende Kirche», deren Widerstand Hitler bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches trotz Verfolgung, Terror und zahlreicher Schikanen nicht zu brechen vermochte. Auf der Barmer Synode im Juni 1934 sagte sie dem Totalitätsanspruch des Dritten Reiches den Kampf an: «Wir verwerfen die falsche Lehre, als sollte und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.» Daraufhin wurden die Landesbischöfe Hans Meiser von Bayern (rechte Seite, oben links) und Theophil Wurm von Württemberg (rechte Seite, unten links) ihrer Ämter enthoben und unter Hausarrest gestellt. In zahlreichen Schreiben protestierte Wurm später gegen die Tötung von Geisteskranken und die Greuelthaten gegen Kriegsgefangene und fremde Zivilbevölkerung. 1943 erhoben Wurm und Meiser offen



HANS MEISER



MARTIN NIEMÖLLER

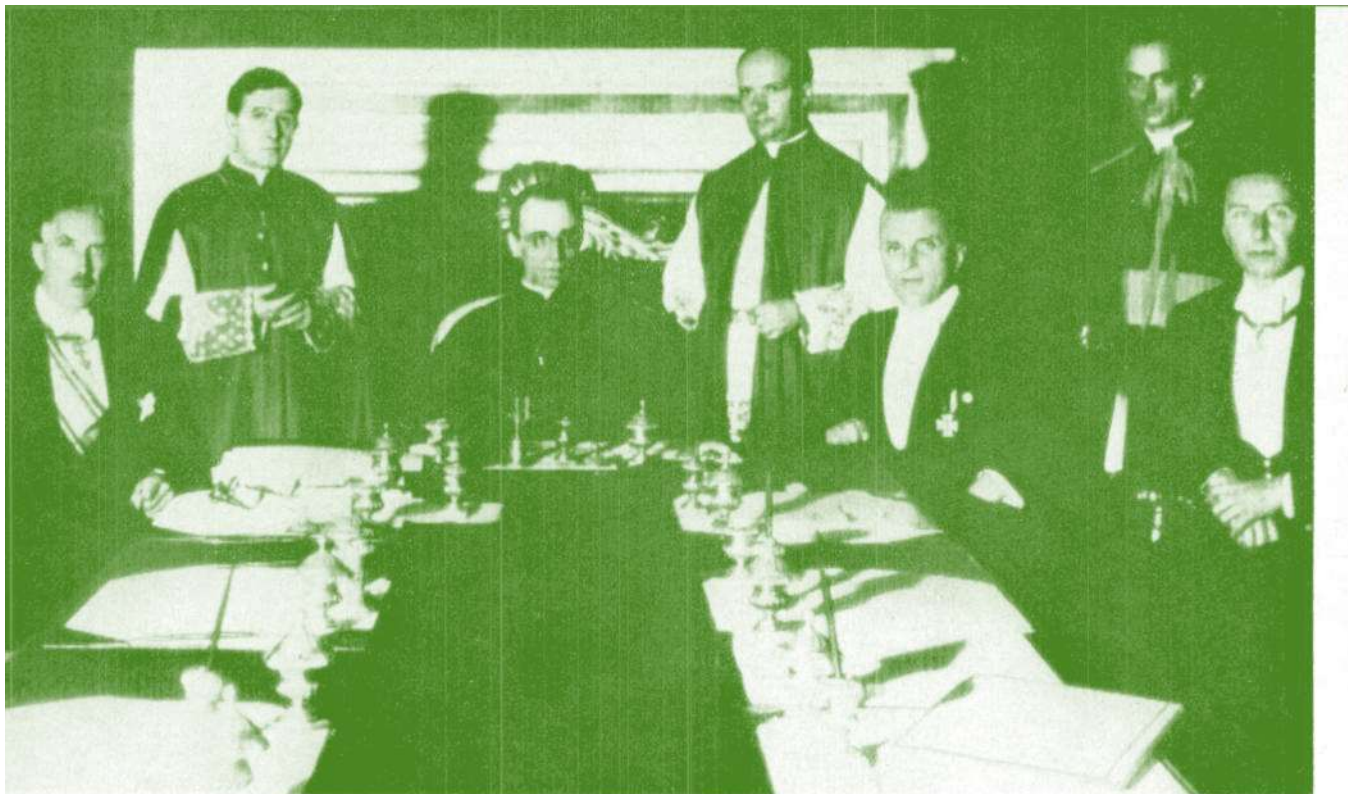
und mutig ihre Stimme gegen die entsetzlichen Judenverfolgungen. – Unten rechts: Landgerichtsdirektor a. D. Friedrich Weissler, ein führender Laie in der «Bekennenden Kirche» und Mitverfasser der Denkschrift vom Mai 1936, die sich gegen die Judenhetze, gegen die Konzentrationslager und die Methoden der Gestapo wandte, wurde am 19. Februar 1937 im KZ Sachsenhausen ermordet.



THEOPHIL WURM



FRIEDRICH WEISSLER



«Anerkennung des jungen Reiches durch zweitausendjährige Macht der Kirche», aussen- und innenpolitisches Prestige, das waren die Motive Hitlers, die ihn dazu brachten, bereits am 20. Juli 1933 mit dem Heiligen Stuhl ein Konkordat abzuschliessen. Die Freiheit der katholischen Kirche in Hitlers Deutschland rechtlich zu verankern, war das Ziel Papst Pius' XI.: «Im Rahmen des Menschenmöglichen die Spannungen und Leiden zu ersparen, die andernfalls unter den damaligen Verhältnissen mit Gewissheit zu erwarten gewesen wären.» Obwohl Hitler sich nicht davor scheute, das Konkordat zu brechen, war den Gläubigen dadurch doch eine klare Linie des Widerstandes gegeben, auf die sie sich immer wieder berufen konnten. – Bild oben: **Nuntius Pacelli und Franz von Papen** bei der Unterzeichnung des Konkordats in Rom. – Unten rechts: **Erich Klausener**, Leiter der katholischen Aktionen in Berlin, mutiger Bekenner seines Glaubens, wurde während der Morde anlässlich der Beseitigung Röhm's am 30. Juli 1934 von der SS in seinem Büro erschossen. Kardinal Erzbischof





Michael Faulhaber von München (unten links) und Kardinal *Bertram von Breslau* (unten Mitte) warnten und protestierten immer wieder öffentlich gegen die Verfolgungen der katholischen Kirche und die unsittlichen Auswirkungen der nationalsozialistischen Ideologie. In der päpstlichen Enzyklika «Mit brennender Sorge», von Kardinal Faulhaber verfasst und von Papst Pius XI. (Bild oben) verkündet, wurde die nationalsozialistische Weltanschauung hart und eindeutig verurteilt: «Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat . . . zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und verfälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge.»



Nach der Machtergreifung waren die Differenzen zwischen Hitler und Röhm (Bild links) über die Rolle der SA wieder stärker zutage getreten. Hitler wollte in ihr lediglich ein Instrument der Partei im Kampf um die politische Macht sehen, während sie für Röhm in erster Linie ein Wehrverband war, den er unter seiner Führung mit der Reichswehr zu einer Miliz verschmelzen wollte. Diese Zielsetzung Röhm's wurde von Hitler jedoch abgelehnt.

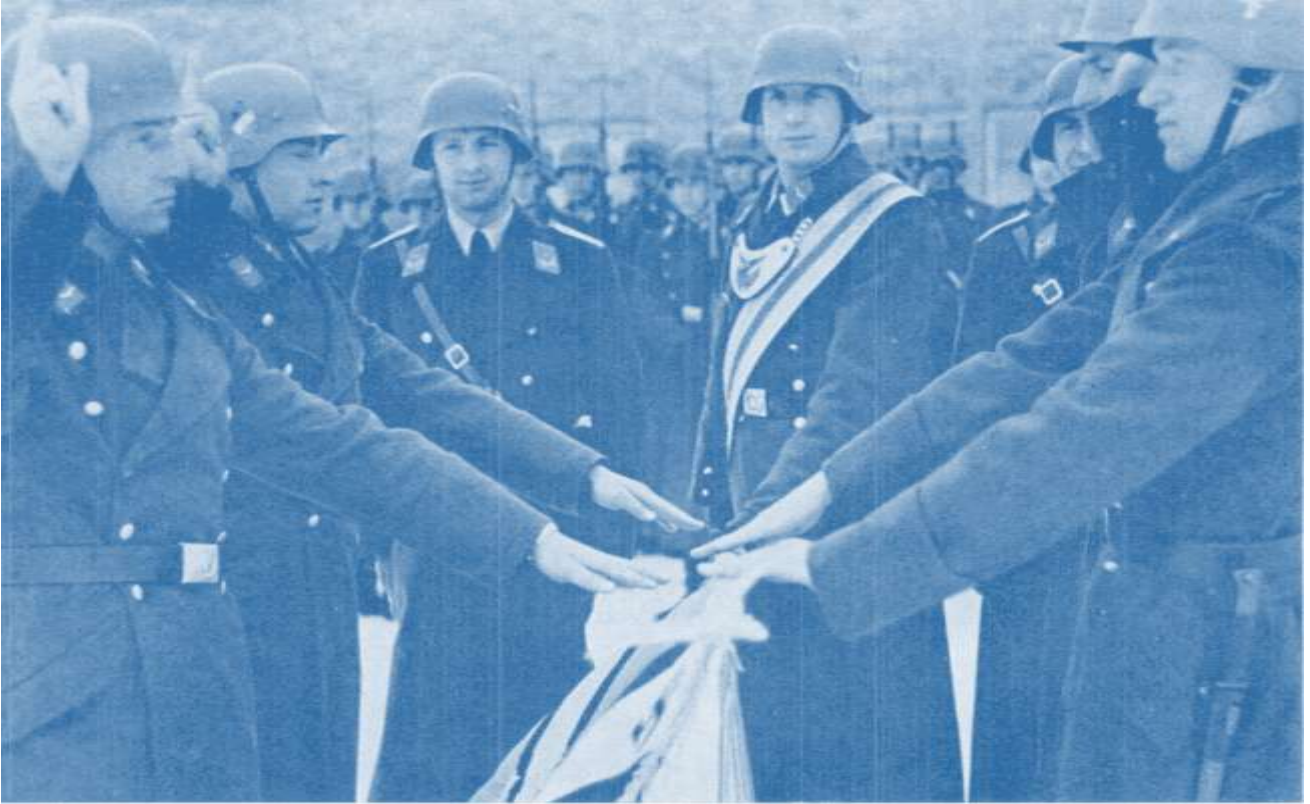
Einmal wäre er dann als «politischer» Führer vom «militärischen» Führer Röhm abhängig gewesen, und zum anderen brauchte er den Sachverstand des bestehenden Offizierskorps der Reichswehr, um sich von ihm eine moderne und schlagkräftige Armee aufbauen zu lassen. Als die brachliegenden revolutionären Energien der SA, die sich noch dazu um ihren Sieg betrogen fühlten, immer stärker zur Aktion drängten und die Gerüchte von einer «Zweiten Revolution» nicht verstummen wollten, schlug Hitler, unterstützt von Reichswehrminister von Blomberg (unten rechts) und Heinrich Himmler (unten links), am 30. Juni 1934 überraschend und blutig zu. Ohne jegliche gesetzliche Grundlage wurden Röhm und über 130 weitere potentielle Gegner des Nationalsozialismus ermordet. Das Volk, das glaubte, von den kriminellen und radikalen Elementen befreit worden zu sein, und die Armee, die glaubte, einziger Waffenträger bleiben zu können, waren aber schliesslich doch die Verlierer. Der Gewinner war Heinrich Himmler und seine SS, deren Aufstieg nun nichts mehr im Wege stand. «Gewehr bei Fuss», überliess die Reichswehr das schmutzige Geschäft der SS. «Dass die Reichswehrführung selbst die Ermordung zweier Generäle [von Schleicher und von Bredow] trotz empörten Widerspruchs aus Armeekreisen stillschweigend hinnahm», schreibt Hermann Mau, «zeigt, dass sie sich auf eine dunkle Weise gebunden fühlte. Mit Notwendigkeit erwuchs daraus





Zwiespalt in einem Offizierskorps, das seinen inneren Zusammenhalt gesichert glaubte. Die kalte Revolution hatte die Keime der Zersetzung auch in das geschlossenste Gefüge gesenkt, das es in Deutschland noch gab. Das war Hitlers grösster Triumph am 30. Juni.» Der erste Schritt zur Verhinderung eines geschlossenen militärischen Widerstandes war getan. – Bild unten: «Blitzschnelle Entschlusskraft, Angriffsgeist und Ritterlichkeit im Kampf, das sind die Eigenschaften des Fechters, die sich auch in der Haltung dieser Gruppe von Säbelfechtern der SS ausdrücken», schreibt die Propaganda. Fechten, Reiten, Boxen, Motorsport, Turnen, Leichtathletik, die Appellation an Entbehrungen, an die Unterwerfung des egoistischen Eigenwillens, an Kameradschaft und an den absoluten Gehorsam machten die SS, die sich selbst als elitärer Ordnungsfaktor verstand, zur stets einsatzbereiten Exekutive des Führerwillens. Ihre Aufgabe war, «alle offenen und verborgenen Feinde des Führers und der nationalsozialistischen Bewegung ausfindig zu machen, sie zu bekämpfen und zu vernichten» (Himmler), ihr Mittel die schrankenlose Polizeigewalt eines totalen Staates. Trotz aller Schrecken, die sich heute mit dem Begriff der SS verbinden, muss sie als ein komplexes Gebilde betrachtet werden, dessen Mitglieder keinen einheitlichen Typus darstellten. «Man muss unterscheiden», schreibt Professor Gebhardt, «zwischen der allgemeinen SS als einer Art vornehmer SA, der Waffen-SS, die ursprünglich nur aus besonders zuverlässigen Freiwilligen bestand, aber deren Rekruten zuletzt ähnlich wie bei der Wehrmacht eingezogen wurden, und Polizeibeamten, die vom Beruf her den Übertritt zur SS vollzogen. Kriminelle Elemente fanden sich in den Kommandostellen und bei den Bewachungsmannschaften der KZ- und Vernichtungslager. Unter den begabten, oft aus gut bürgerlichem Hause stammenden, nicht selten akademisch gebildeten Mitarbeitern des Reichssicherheitshauptamtes gab es den Typus des Kriminellen aus ideologischer Besessenheit.» Ihre Gegner waren alle, die sich dem Führer widersetzten, die Widerstand leisteten in Deutschland und später in den besetzten Gebieten Europas. Bedingungsloser Gehorsam, Kriminalität, ideologische Besessenheit, Opportunismus und Karrieredenken liessen Angehörige der SS mit Wissen und Willen ihrer Führer Hitler und Himmler Verbrechen begehen, vor denen heute noch die Welt erschauert. Die Abbildungen oben zeigen von links: Oswald Kaduk, Hans Stark, Stefan Barretzki, Victor Capesius und Wilhelm Boger, Namen, die als Symbole der Unmenschlichkeit nicht mehr vergessen werden können.





Bild, oben: Rekruten während der Vereidigung. – Eine Stunde nach dem Ableben des Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. August 1934 wurde das Gesetz erlassen, mit dem die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vereinigt wurden. Noch am gleichen Tage liess Hitler auch die Armee auf seine Person vereidigen:

«Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.» Mit diesem Eid hat sich die Wehrmacht direkt und bedingungslos an die Person Adolf Hitlers gebunden, eine Bindung, die später viele Soldaten nicht überwinden konnten, um sich dem Widerstand gegen Hitler anzuschliessen. Weitere Gründe, die den Widerstand gegen Hitler so schwer machten, waren seine grossen innen- und aussenpolitischen





schen Erfolge, die von einem zentral gesteuerten Informationswesen ins Gigantische gesteigert und allein ihm zugeschrieben wurden. Beseitigung der Arbeitslosigkeit, stabile innenpolitische Verhältnisse, die Rückkehr der Saar, militärische Gleichberechtigung, Flottenabkommen, Besetzung des Rheinlandes und der Anschluss Österreichs verschafften ihm eine ungeheure Autorität und Bewunderung in weitesten Schichten des deutschen Volkes. – Linke Seite, unten: **Hitler fährt durch das jubelnde Saarbrücken**. – Bild oben: **Hitler zieht** an der Spitze des Internationalen Olympischen Komitees unter dem Jubel des internationalen Publikums **in das Olympiastadion in Berlin ein**. – Bild unten: Hitler spricht nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich vor den begeisterten Zuhörern, die sich auf dem Heldenplatz in Wien versammelt haben.





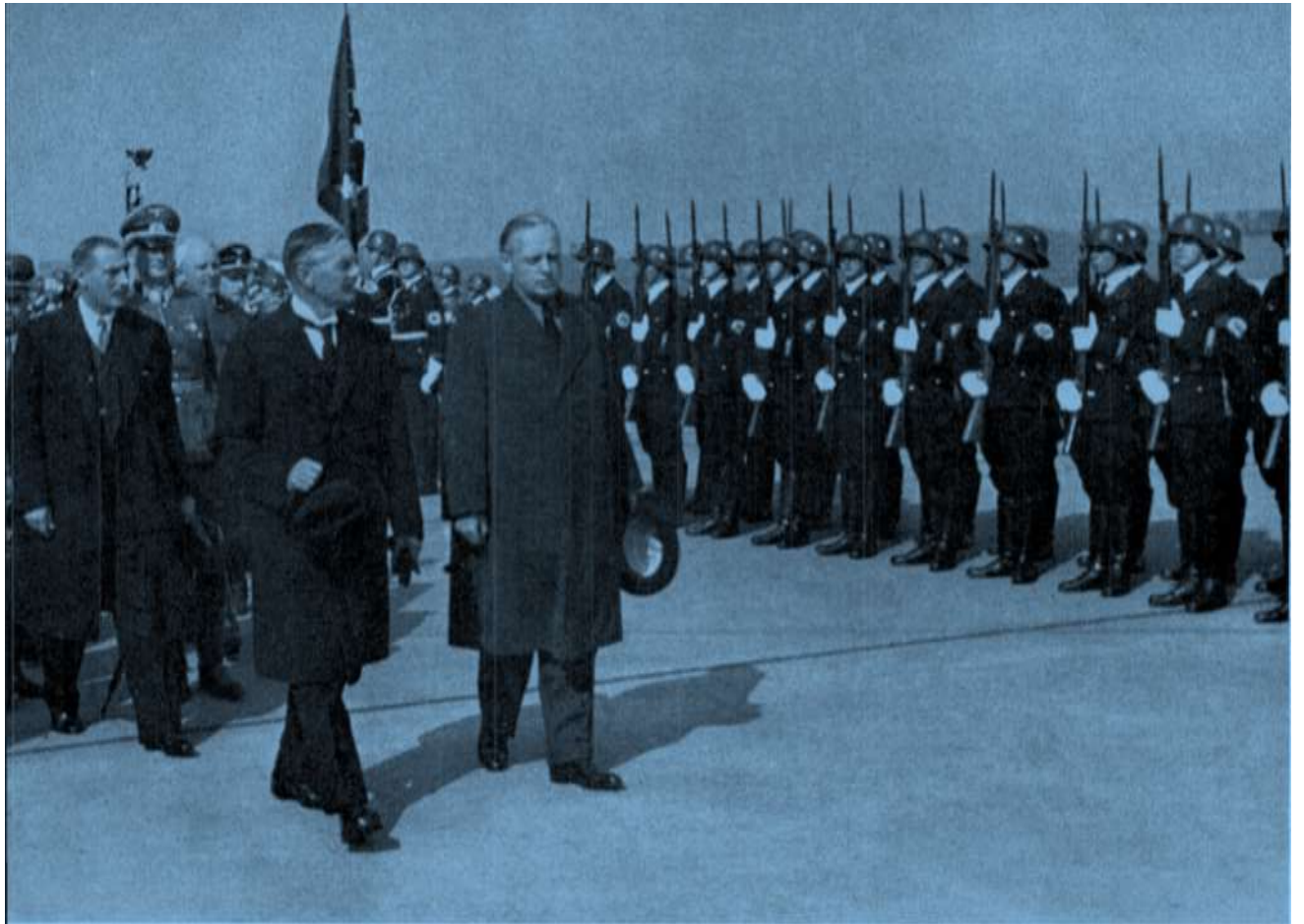
Nach der Beseitigung aller demokratischen Einrichtungen und der Zerschlagung und Gleichschaltung sämtlicher eigenständigen politisch relevanten Gebilde war die Wehrmacht als einziger Machtfaktor übriggeblieben, der Hitler noch erfolgreich Widerstand hätte entgegensetzen können. Gleich nach der Machtergreifung, als Hitlers Machtstellung noch nicht gefestigt war, hoffte er der Generalität. Er brauchte ihren Sachverstand, um sich damit ein Instrument aufbauen zu lassen, mit dem er später seine aussenpolitischen Ziele verwirklichen konnte. Bereits am 2. Februar 1933 hielt er eine Ansprache vor den höchsten Befehlshabern und versprach die Aufrüstung der Wehrmacht, die «Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehr-



willens mit allen Mitteln» und dass die Wehrmacht «unpolitisch und überparteilich» bleiben werde. Vornehmlich unterstützt von dem ihm ergebenen Reichsminister General von Blomberg und Oberst von Reichenau (oben links), versuchte er, die Generalität durch Gunstbeweise aller Art für sich zu gewinnen. Die Mehrheit des Offizierskorps begrüßte diese Haltung. Von der jüngeren Generation sympathisierte ohnehin schon ein grosser Teil mit dem Nationalsozialismus, und auch die Älteren sahen zunächst in Hitlers Politik keine Gefahr, weder für ihren Stand noch für ihr Vaterland. Im Gegenteil, die Aufrüstung (linke Seite, unten: Moderne Panzer begeistern Militärs und Zivilisten auf dem Nürnberger Parteitag 1936) und die stärkere Betonung des Militärischen verschaffte ihrem Stand weiteres Ansehen und ihrem Leistungsehrgeiz verlockende Aufgaben. Befreit von der «lästigen Politik», eingeschränkt durch die Kategorien von Befehl und Gehorsam und beschränkt auf militärische Aufgaben, nahm ihr Soldatenleben wieder einen Aufschwung. Mit einer gewissen Selbstzufriedenheit bekundete Generaloberst von Fritsch sein Verhältnis von Beruf zu Politik, das für so viele Offiziere typisch war: «Ich habe es mir zur Richtschnur gemacht, mich von jeder politischen Tätigkeit fernzuhalten . . . Zur Politik fehlt mir alles.» Diese weitverbreitete Abstinenz von der Politik war mit ein Grund dafür, dass sie dem Politiker Hitler zum Opfer fielen. Als die überhastet vorangetriebene Aufrüstung eine organische Entwicklung der Wehrmacht zu verhindern drohte und diesbezügliche Warnungen von Blomberg und seiner Umgebung heftiger wurden, beschloss Hitler, sich bei der «Blomberg-Fritsch-Krise» seiner potentiellen Widersacher zu entledigen. Als bekannt wurde, dass von Blomberg sich mit einer stadtbekanntesten Halbweltdame vermählt hatte, sah er sich veranlasst, am 27. Januar 1938 seinen Abschied zu nehmen. Sein natürlicher Nachfolger, der Chef der Heeresleitung, **Generaloberst von Fritsch** (rechts), wurde das Opfer einer üblen Intrige und am 4. Februar aus seinem Amt entlassen. Gleichzeitig übernahm Hitler selbst den unmittelbaren Oberbefehl über die Wehrmacht und schuf als Befehlsinstrument das Oberkommando der Wehrmacht unter dem willfährigen General Keitel (oben Mitte). Des weiteren entthob er 16 Generäle ihres Kommandos und verdrängte darüber hinaus auch konservative Gegner, wie Aussenminister von Neurath und Wirtschaftsminister Schacht, aus ihren einflussreichen Positionen. «Die Folge der Fritsch-Krise für die Wehrmacht», schreibt Professor Gebhardt, «war ihre weitgehende innere Gleichschaltung. Dennoch blieb das Misstrauen Hitlers gegen das Offizierskorps zu recht wach. Denn es begann sich nun, von Einzelnen ausgehend, eine Opposition zu bilden, die schliesslich zum Widerstand wurde.»

Linke Seite, oben rechts: Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord war schon 1933 zum Widerstand gegen Hitler bereit. Im Polenfeldzug vorübergehend wieder mit dem Oberbefehl über eine Armee im Westen betraut, wollte er Hitler anlässlich einer Truppenschau gefangennehmen. Hitler jedoch sagte die Einladung nach einigen Tagen wieder ab und versetzte den Generalobersten erneut in den Ruhestand.





In seiner Weisung an die Wehrmacht vom 30. Mai 1938 gab Hitler seinen ersten Angriffsplan bekannt: «Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit zu zerschlagen.» Dem Heer stellte er die Aufgabe «Böhmen und Mähren in Besitz zu nehmen . . . in das Herz der Tschechoslowakei vorzustossen». Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, der eifrigste und konsequenteste militärische Gegner Hitlers, warnte vor einem europäischen Krieg, «der nach menschlicher Voraussicht mit einer nicht nur militärischen, sondern auch allgemeinen Katastrophe für Deutschland endigen werde». Als es ihm nicht gelang, den Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, dazu zu bewegen, eine allgemeine Opposition der Generale einzuleiten, trat er zurück.

Sein Nachfolger, **General Halder** (rechts), war bereit, den Staatsstreich zu wagen, falls Hitler den Krieg beginnen würde und die Westmächte zum Kämpfen bereit wären. Diese «entscheidende aussenpolitische Voraussetzung für die Durchführung des Unternehmens trat aber nicht ein: Die Westmächte blieben nicht fest. Es kam zur Konferenz von München, die Hitler einen weiteren billigen Triumph brachte und sein Ansehen im deutschen Volk geradezu ins Unermessliche steigerte. Obwohl die britische Regierung genau über das Vorhaben der deutschen Opposition orientiert war, setzte Chamberlain (linke Seite, oben mit Reichsaussenminister von Ribbentrop) auf die Karte Hitler. Dieser Aktionsplan vom Spätsommer 1938 ist wohl der einzige gewesen, der gewisse Aussichten hatte und bei Gelingen zu einer Wendung der Dinge ohne grosses Blutvergiessen hätte führen können» (Walter Hofer). Linke Seite, unten: Bei seiner Ankunft in München schreitet der französische Ministerpräsident Daladier die Front der Ehrenkompanie der SS ab.



– Bild unten: Mit durch die Haltung der Westmächte beeinflusst, entschliesst sich Stalin, mit Deutschland einen deutsch-russischen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen (links von Ribbentrop, daneben Stalin, sitzend Aussenminister Molotow bei der Unterzeichnung, daneben der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg). Für Hitler war das der Auftakt, seine kriegerischen Ziele in Angriff zu nehmen, für den militärischen Widerstand war dies jedoch ein schwerer Rückschlag.





Jeweils am 8. November des Jahres hielt Hitler im Bürgerbräukeller in München vor den «alten Kämpfern» seine Rede zum Gedenken an den Putsch vom 8. November 1923. Kurz nachdem Hitler am 8. November 1939 vorzeitig den Saal verlassen hatte, explodierte eine Bombe, wodurch 63 Versammlungsmitglieder verletzt und sechs getötet wurden. Während die Hintergründe dieses Attentats bis heute noch nicht restlos geklärt werden konnten, sah Hitler in seiner Errettung «nur eine Bestätigung» dafür, «dass die Vorsehung mich mein Ziel erreichen lassen will». Der bewusst gepflegte mythische Nimbus des «Führers» erfuhr dadurch eine weitere Steigerung. – Oben links: Der zerstörte Bürgerbräukeller nach dem Attentat. – Oben rechts: Der Attentäter Georg Elser. – Bild unten: von links: Obersturmbannführer Huber, Oberführer Nebe, Heinrich Himmler, SS-Gruppenführer Heydrich und Oberführer Heinrich Müller, die Mächtigen in Hitlers Polizeiapparat, «besprechen das Ermittlungsergebnis».



«Mach auf, los! Ich bin es, Adolf», hört man Hitler unten schreien.

«Was ist denn los?», sagt Röhm drinnen, während er sich hastig ankleidet. «Ich denke, du kommst erst am Nachmittag?»

Als er endlich die Tür öffnet, überfällt ihn Hitler mit einer Flut von Schimpfworten.

«Du bist verhaftet! Du Verräter, du Lump, du Schwein ...!»

Röhm und die anderen SA-Führer werden verhaftet und nach München ins Gefängnis Stadelheim überführt.

Inzwischen ist die Aktion auch in Berlin angelaufen. Göring leitet sie, unter Assistenz von Heydrich. In Berlin ist die Kadettenanstalt Gross-Lichterfelde Schauplatz der Hinrichtungen. Hier sind auch drei SS-Führer unter denen, die exekutiert werden. Die Erschiessungen werden von einem SS-Kommando aus Himmlers Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Strasse durchgeführt.

Aber es finden nicht nur Verhaftungen mit anschliessender Hinrichtung statt. Manche Opfer dieses blutigen Samstags werden dort erschossen, wo man sie antrifft. General von Schleicher wird daheim an seinem Schreibtisch erschossen, ebenso seine Frau, die sich den Mördern in den Weg stellt.

Der frühere «Reichsorganisationsleiter» Gregor Strasser wird an seinem Arbeitsplatz in den Schering-Werken verhaftet und in der Prinz-Albrecht-Strasse in einer Zelle erschossen. Mitgefangene hören ihn noch lange stöhnen, bis er verblutet ist und der Tod seinen Qualen ein Ende macht.

Dr. Klausener, Leiter der Katholischen Aktion und Vertrauter des Vizekanzlers Papen, zählt in seinem Arbeitszimmer im Verkehrsministerium eben sein Gehalt, das ihm der Buchhaltungsangestellte gebracht hat. Es ist ja Ultimo, Gehaltstag. Da betreten zwei SS-Männer das Zimmer. «Sind Sie Dr. Klausener?» und schon knallen auf die bejahende Frage hin zwei Schüsse.

Der frühere bayerische Staatskommissar Dr. von Kahr, dessen separatistische Putschabsichten Hitler einst im November 1923 zu einem nationalen Aufstand umwandeln wollte, wird erschlagen im Dachauer Moor gefunden.

Auch am Sonntag hält das Morden noch an. Erst am Montag, dem 2. Juli 1934, ist alles zu Ende. SA-Stabschef Ernst Röhm ist das letzte Opfer. Der Kommandant des KZ Dachau, Theodor Eicke, bringt ihm den «Völkischen Beobachter», die Parteizeitung, in die Zelle. Unter der blutigroten Schlagzeile stehen die Namen der Freunde und Kameraden Röhm's, die bereits erschossen worden sind.

Auf die Zeitung legt Eicke eine geladene Pistole. Röhm soll Selbstmord begehen.

Dieser lehnt ab: «Das soll der Adolf gefälligst selber tun!»

Eicke kehrt mit zwei SS-Männern zurück. Röhm will noch etwas sagen, aber schon schiessen die beiden SS-Leute. Röhm bricht zusammen – und mit ihm die letzte Gefahr für Hitler. Mit Röhm's Tod ist die Mordserie zu Ende.

Aber trotz dieses eindeutig verbrecherischen Verhaltens der obersten Staatsführung, das auch nicht durch den leisesten Schein der Legalität gedeckt ist, gelingt es Hitler, sich vor dem Volk abermals als Retter feiern zu lassen. In seiner Rechtfertigungsrede vor dem Reichstag weiss er sich geschickt in der Rolle des anständigen Menschen zu präsentieren, dem das Volk für sein entschiedenes Vorgehen erneut zu Dank verpflichtet sei:

«Während sich der brave alte SA-Mann über ein Jahrzehnt für die Bewegung durchgehüngert hatte, wurden hier besoldete Truppen gebildet, deren innerer Charakter und deren Zwecksetzung durch nichts besser erhellt wird als durch die furchtbaren Straflisten der darin geführten Elemente. Ich führte erneut schwerste Beschwerde gegen die sich häufenden unmöglichen Exzesse und forderte die nunmehrige restlose Ausmerzungen dieser Elemente aus der SA, um nicht Hunderttausende von alten Kämpfern durch Einzelne minderwertige Subjekte um ihre Ehre bringen zu lassen ...

Im Monat Mai [1934] liefen bei einigen Partei- und Staatsstellen zahlreiche Anklagen über Verstösse höherer und mittlerer SA-Führer ein, die, aktenmässig belegt, nicht abgestritten werden konnten. Von verhetzenden Reden bis zu unerträglichen Ausschreitungen führte hier eine gerade Linie ...

Alle die Grundsätze, durch die wir gross geworden waren, verloren hier ihre Geltung. Das Leben, das der Stabschef und mit ihm ein bestimmter Kreis zu führen begannen, war für jede nationalsozialistische Auffassung unerträglich. Es war nicht nur furchtbar, dass er selbst und sein ihm zugestandener Kreis alle Gesetze von Anstand und einfacher Haltung brachen ... Das Schlimmste aber war, dass sich allmählich aus einer bestimmten gemeinsamen Veranlagung heraus in der SA eine Sekte zu bilden begann, die den Kern einer Verschwörung nicht nur gegen die moralischen Auffassungen eines gesunden Volkes, sondern auch gegen die staatliche Sicherheit gab ...»

Was Hitler hier über die verbrecherischen Elemente in der SA und über die moralischen Verfehlungen ihrer Führer angibt, entspricht bestimmt den Tatsachen. Was jedoch nicht stimmt, was gelogen ist, ist seine ehrliche Entrüstung darüber. Denn Hitler weiss schon längst

über diese Tatsachen Bescheid, sie haben ihn bis jetzt nicht gestört und sie würden ihn weiterhin nicht gestört haben, hätte er die SA auch weiterhin für seine Machtinteressen benötigt. Denn trotz aller zur Schau gestellten und vom Volk geglaubten und geteilten Empörung geht es Hitler nicht um die Moral, sondern auch hier im Falle Röhm lediglich um die Macht, die er allein für sich und mit allen Mitteln zu erringen sucht. Ganz im Sinne der Propagandaanweisungen berichtet auch die deutsche Presse, dass der Reichskanzler durch sein entschlossenes Handeln eine ungeheuerere Gefahr von Deutschland abgewandt habe. Reichspräsident von Hindenburg bestätigt das sofort in einem Gesetz, das die Hinrichtungen nachträglich «als Staatsnotwehr

für rechtens erklärt». Er schickt auch Hitler noch ein Danktelegramm dafür, «... dass Sie durch Ihr entschlossenes Vorgehen und Ihr mutiges persönliches Eingreifen alle hochverräterischen Umtriebe im Keime erstickt haben».

Reichswehrminister von Blomberg überbringt Dankagung und Glückwünsche der Reichswehr sogar persönlich. Ausserdem erlässt er einen Tagesbefehl an die Reichswehr, in dem es heisst:

«Der Führer bittet uns, zu der neuen SA in herzliche Beziehungen zu treten. Dies zu tun, werden wir in dem Glauben an ein gemeinsames Ideal freudig bereit sein!»

Nicht nur, dass von Blomberg nun, da Hitler auf Druck

Promemoria eines bayerischen Richters zu den Juni-Morden 1934

Promemoria

Nach den Juni-Morden 1934 hatte ich das Gefühl, dass jetzt etwas Entscheidendes geschehen könne. Ich wusste zwar nicht, dass es schon irgendwo Widerstandskräfte gebe, aber immerhin war die Marburger Rede Papens vorangegangen, wir hatten noch vorwiegend unsere alten Beamten und Generale, und mir schien es, man könne mit irgendeinem entschlossenen Schritt selbst von verhältnismässig unbeachteter Stelle aus die Lawine auslösen, die das Schandregime verschlingen könne. Ich war daher sehr dankbar, als der Präsident meines Gerichts in den ersten Julitagen an mich herantrat und mich bat, ihm doch etwas vorzuschlagen, womit wir diesem Unwesen entgegentreten könnten. Ich sagte ihm darauf, ich könne ihm am nächsten Tag einen solchen Vorschlag vorlegen. Demgemäss riet ich ihm am 12. Juli 1934, die Räte des Gerichts zu versammeln und ihnen folgenden Entwurf zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Dieser Beschluss sollte dann heimlich gedruckt oder sonst vervielfältigt und, auch in Gestalt von Plakaten, an die Öffentlichkeit gebracht werden. Der Entwurf lautete folgendermassen:

Beschluss.

Die Reichsregierung hat am 2. Juli 1934 das folgende Gesetz beschlossen und in Nr. 7 des Reichsgesetzblattes I S. 329 veröffentlicht:

«Einziger Artikel

Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Massnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.»

Unterzeichnet ist dieses «Gesetz» nicht nur von Hitler und Frick, sondern auch von dem Reichsjustizminister Dr. Gärt-

ner. Dieses Gesetz ist rechtswidrig und ungültig. Der Gesetzgeber kann zwar unabsehbar Vieles mit Rechtswirksamkeit anordnen, aber nicht alles. Die Grenze seiner Befugnisse zu überschreiten, ist er in ruhigen Zeiten kaum je veranlasst. So konnte in der Rechtslehre die irriige Meinung entstehen, der Gesetzgeber vermöge in Kraft zu setzen, was ihm beliebt; er sei die «Quelle» des Rechts. Der Gegenbeweis kann hier nur mittels eines Beispiels geführt werden. Gibt es einen Menschen auf der Welt, der ein Gesetz für gültig hielte, wonach jeder deutsche Staatsbürger verpflichtet wäre, sich an bestimmten Tagen des Jahres von Mördertruppen, die die Regierung aussenden werde, nach deren Gutdünken widerstandslos töten zu lassen? Ein solches Gesetz wäre ohne allen Zweifel null und nichtig. Ein solches Gesetz haben wir aber in dem oben angeführten vor uns; nur bezieht es sich auf Vergangenes, nicht auf die Zukunft. Es gibt freilich eine Rechtfertigung von Handlungen durch Staatsnotwehr. Aber wenn Handlungen in Staatsnotwehr begangen sind, so bedarf es keines Gesetzes, um diese Rechtfertigung erst herbeizuführen. Und waren die Handlungen nicht in Staatsnotwehr vorgenommen, so kann yie kein Gesetzgeber mit Hilfe eines Stückchens bedruckten Papiers nachträglich in Staatsnotwehrakte verwandeln. Überdies kann der Verüber oder Veranlasser einer Tat zwar in Notwehr handeln, jedoch nicht selber bindend darüber entscheiden, ob er es getan hat. Hat der Gesetzgeber selbst gewisse Taten verübt oder veranlasst, so kann auch er nicht Richter in eigener Sache sein und sich nicht durch einen Missbrauch seiner gesetzgeberischen Gewalt selber schuldlos machen. Ein solches Gesetz ist in Wahrheit eine Art gerichtlichen Urteils, und als vom Beschuldigten selbst erlassen, nichtig.

Notwehr kann nur gegen rechtswidrige Angriffe begangen werden. Ob und wieweit solche Angriffe stattgefunden haben, entzieht sich noch heute jeder Beurteilung. Wie die

der Reichswehr deren ärgsten Gegner beseitigt hat, ihn mit dem Parteititel «Der Führer» anspricht – er entdeckt plötzlich «freudig» die gemeinsamen Ideale der SA und Reichswehr.

Die Reichswehr, Mitwisser und passiver Mittäter, glaubt ihr Ziel erreicht zu haben, einziger Waffenträger der Nation zu bleiben, und die Ermordung zweier ihrer Generale, von Schleicher und von Bredow, hinnehmen zu können.

In der Bevölkerung selbst erhebt sich ebenfalls kein Widerspruch. Hier macht sich die Mehrheit den Standpunkt der Regierung und der Propaganda zu eigen. Von den Ermordeten, von Schleicher, Klausener und anderen, mag der «Mann auf der Strasse» denken: Das

waren Politiker, Hochverrat sollen sie betrieben haben – nun ja, dann hat sie auch die verdiente Strafe getroffen.

Von den anderen Hingerichteten sagt man nicht einmal das, man begrüsst ihren Tod.

Wer waren diese Leute denn? Die homosexuelle Verbrecherbande um Heines und den Berliner SA-Führer Karl Ernst, die Folterkeller eingerichtet hatten für Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftler, Missliebige. Der SS-Führer Toifl ist dabei, der im Berliner Columbia-Haus am Potsdamer Platz Menschen zu Tode gefoltert hat.

Der Urheber der berüchtigten «Köpenicker Blutwoche», der sadistische SA-Arzt Dr. Villain, gehört zu

vorgenommenen Tötungen beweisen, befanden sich die Verdächtigen in der Hand der Regierung. Warum hat man sie nicht zur Haft gebracht und vor Gericht gestellt? Warum hat man, wenn man schon an Richterstelle auftrat, nicht wenigstens die Taten, auf die sich das Urteil beziehen sollte, genau bezeichnet? Das Gesetz glaubt, selbst dieser Pflicht überhoben zu sein; es breitet den Mantel eines grauvollen und gewissenlosen Verzeihens über alles, was in jenen Freinächten geschehen ist, sei es, was es mag. Alle unter dem entsprechenden Vorwand in jenem Zeitraum vorgenommenen «Massnahmen» sollen in Bausch und Bogen rechtmässig gewesen sein. Wie kann man eine Handlung als in Notwehr begangen hinstellen, wenn man die Handlung selbst nicht kennt und nicht zu kennen noch zu nennen wagt? Diese Art von Staatsnotwehr hat offenbar die Eigenschaft, selbst bei Urteilslosen nur dank der strengsten Geheimhaltung ihres grausigen Anwendungsbereichs einigen Glauben finden zu können. Soll es etwa ein Staatsnotwehrakt gewesen sein, dass der alte Herr v. Kahr ermordet wurde? Und wie soll dort Notwehr vor gelegen haben, wo die Mörder einen Menschen umbrachten, der nicht einmal in irgendeinem Sinne verdächtig oder verhasst war, sondern mit einem anderen verwechselt wurde oder aus einem sonstigen Irrtum einen schrecklichen Tod erleiden musste? Auch ein solches, wahrhaft zum Himmel schreiendes Verbrechen ist begangen worden; sein Opfer ist Dr. Willi Schmid in München. Und all das soll Notwehr gewesen sein, weil es dem Veranlasser, der zugleich Gesetzgeber ist, so beliebt? Nimmermehr! Hier zeigt sich zugleich, wohin diese Theorie und die Ausschaltung der Gerichte führt; nicht nur die Entscheidung über die Schuld derer, die man herausgriff, bleibt der unnachprüfbar Willkür überlassen; schon dass man nicht ganz andre Menschen umbringt, als man beabsichtigte, hängt allein vom Zufall ab.

Von einem Arzt, der in Pestzeiten seine Dienste einstellt und das Weite sucht, ist nicht viel zu halten. Wir Richter des Bayerischen ... gerichts, die wir unser Leben im Dienst des Rechts verbracht haben und in Ehren grau geworden

sind, wir wollen nicht einem solchen Arzte gleichen; wir wollen das Recht in der Stunde der höchsten Gefahr nicht im Stich lassen. Den Tod und die irdischen Drangsale, die man über uns verhängen mag, fürchten wir nicht; wohl aber fürchten wir die Schande und das Grauen, darein wir das deutsche Volk versinken sehen. Darum haben wir uns zusammengefunden und erklären, unseres Richtereides eingedenk, feierlich vor Gott und der Welt:

«Wenn wirklich die von der Reichsregierung verkündeten Grundsätze von nun an deutsches Recht sein sollen, so haben wir mit diesem Rechte nichts mehr gemein. Wir sind Richter, nicht Götzendiener.»

Der Präsident fand dies sehr gut, wünschte aber 24 Stunden Bedenkzeit. Am nächsten Tag erklärte er den Vorschlag für unausführbar. Zunächst fehle uns die Zuständigkeit. Ich erwiderte, es handle sich um eine ausseramtliche Kundgebung; die Zuständigkeit ergebe sich aus unserem Beruf. Dann meinte er, einige Richter (ich glaube zwei) ständen doch bekanntlich auf der anderen Seite. Ich riet ihm, diese Herren einfach nicht einzuladen. Nun kam sein eigentliches Argument: es sei zu gefährlich. Die Gefahr konnte ich nicht bestreiten, wies aber darauf hin, dass es wohl nur uns beiden wirklich an den Kragen gehen werde; wenn schon einmal gestorben werden müsse, sei das doch der schönste Tod, der für Freiheit und Recht. Übrigens sei die Partei jetzt so erschüttert, dass wir, zumal das Volk beunruhigt ist, ja aufgewühlt sei, einen triumphalen Erfolg haben können: Sturz des Schandregimes und Rückkehr zur Vernunft. Das bot ihm nicht genug Sicherheit. Darum fügte ich noch an, wenn er diesen Beschluss herbeiführe, werde sein Gericht von morgen ab das berühmteste der Welt sein. Das machte ihn nochmals stutzig, vermochte ihn jedoch von seinem Entschluss nicht mehr abzubringen. Er verbrannte meinen Entwurf vor meinen Augen und riet mir, mit meinem Konzept ebenso zu verfahren. Damit war die Sache abgetan. Meinen Entwurf aber habe ich mir aufbewahrt und hier abgeschrieben.

(Aus: Vierteljahresbefle für Zeitgeschichte, Januar 1957.)

den Erschossenen. Auch der Sturmführer «Schweinebacke» aus Berlin ist dabei. Als die Erschiessungslisten veröffentlicht werden, heisst es hinter den Namen der Erschossenen immer wieder: «... wegen Misshandlung und Ermordung von Schutzhaftlager-Insassen», «... wegen Plünderung eines jüdischen Warenhauses», «... wegen bewaffneten Überfalls ... Betrugs ... Unterschlagung ... Verrat... Verrat... Verrat.» Dem Volk wird es leicht gemacht, die Taten seiner Staatsführung zu billigen. Endlich wird Schluss gemacht mit den unruhigen Zeiten, denn Ruhe, das ist alles, wonach die Menschen sich schon während der turbulenten Jahre der Republik mit ihren täglichen politischen Morden, ihren lärmenden Demonstrationen, Streiks und Strassenkämpfen gesehnt haben. Wenn Hitler mit diesem schmerzhaften Schnitt ins eigene Fleisch seiner Partei diese Ruhe geschaffen hat, dann kann man ihm nur «dankbar» sein.

Nur einen Monat später tritt das Ereignis ein, auf das Hitler schon gewartet hat, und vor dem er bis zum 30. Juni, als er sich endlich zum Handeln entschloss, im geheimen Angst gehabt hat: Reichspräsident Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorff und Hindenburg stirbt auf seinem ostpreussischen Gut Neudeck im Alter von 87 Jahren. Es ist der 2. August 1934. An diesem Tag stirbt nicht nur der Reichspräsident, sondern mit ihm auch eine Epoche der deutschen Geschichte.

Oberst von Reichenau hat schon vorher die Eidesformel ausgearbeitet, nach der die Offiziere und Soldaten der Reichswehr dem neuen Staatsoberhaupt Treue geloben sollen. Wer dieses neue Staatsoberhaupt sein soll, darüber gibt es keinen Zweifel. Die entsprechenden Gesetze sind nach dem 30. Juni, als Hitler die Bedingung der Reichswehr erfüllt hat, bereits ausgearbeitet worden.

Es wird gesetzlich bestimmt, dass die Amtsbezeichnung «Reichspräsident» für das Staatsoberhaupt abgeschafft ist. Die beiden Ämter des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs werden zu einem Amt vereinigt. Der Inhaber dieses höchsten Amtes und damit Alleininhaber der gesamten Staatsmacht wird in Zukunft «Führer und Reichskanzler» heissen. Sein Name: Adolf Hitler.

Kaum hat der Generalfeldmarschall in Neudeck die

Augen geschlossen, da treten in allen Garnisonen Deutschlands die Soldaten an, schwarze Trauerflore am linken Ärmel ihrer Waffenröcke. Es ist wahrhaftig ein Trauertag, dieser 2. August 1934. Die Soldaten schwören ihrem neuen Staatsoberhaupt und Obersten Kriegsherrn den folgenden Schwur:

«Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen!» Nicht für das Volk, für das Vaterland, für die Freiheit oder Unabhängigkeit des Deutschen Reiches, für die vielzitierte Ehre der Fahne schwört der Soldat, sein Leben einzusetzen, nicht einmal für die Idee des Nationalsozialismus – nein, nur für einen Menschen, für Adolf Hitler.

Der österreichische Agitator, der «Trommler», wie er immer verspottet worden ist, der «verunglückte Maler», von dem Hugenberg sprach, der Mann, von dem von Papen sagte: «Wir haben ihn uns engagiert» – er ist am Ziel. Adolf Hitler ist Alleinherrscher Deutschlands. Ohne auf einen erfolgreichen Widerstand zu stossen, ist es ihm mit seiner Legalitätstaktik, mit der Verschleierungstaktik seiner wahren Ziele und mit seiner Umarmungsstrategie den Kirchen und dem Militär gegenüber gelungen, das demokratische System der Weimarer Verfassung zu beseitigen und an dessen Stelle seine persönliche Diktatur in Deutschland aufzubauen. Die vielen, die ihn begeistert unterstützen, die ihn teilnahmslos gewähren lassen oder glauben, ihn für ihre eigenen Zwecke ausnützen zu können, sie werden ihre damalige Haltung später bereuen.

Die Mehrheit des Volkes wird erst nach dem Zusammenbruch, nach Krieg, Zerstörung und Völkermord merken, was es heisst, wenn ein Volk sich seiner demokratischen Rechte begibt und glaubt, in einer Diktatur ein besseres Leben führen zu können.

Diejenigen jedoch, die noch während der Herrschaft Hitlers den Weg zum aktiven Widerstand gefunden haben, haben zu Tausenden am eigenen Leibe verspürt, wie schwer und gefährlich es ist, in einem totalen Staat, mit einer allgegenwärtigen, durch nichts beschränkten Polizeigewalt, dem Aufruf des Gewissens zum Handeln zu folgen.

Widerstand in Deutschland 1934-1939

Kriegsabsichten und Friedensreden – Erfolge erschweren den Widerstand – Illegale Broschüren und Flugblätter – Recht und Gerechtigkeit für alle – Volksopposition im Polizeistaat – Widerstand in Zwischentönen – Volksfronttaktik der KPD – Ulbricht gegen Thälmann – Aufbau der illegalen KPD – Wie ein Kommunist sich bei der illegalen Arbeit verhalten muss – 11 Gebote für das Verhalten Verhafteter – Es rumort in den Kirchen – Angriffe gegen die nationalsozialistische Weltanschauung – Pius XII.: Retten, was man retten kann – Mit brennender Sorge – Der kirchliche Widerstand: eine Tatsache – Protestschrift der evangelischen Kirche – Ludwig Müller wird Reichsbischof – Pfarrer-notbund – Bekennende Kirche – Niemöller-Prozess – Blomberg-Fritsch-Krise – Hitler wird Oberbefehlshaber – Beck protestiert – Hitler soll festgenommen werden – Die Verschwörer sind bereit – Chamberlain rettet Hitler – Totale Propaganda erschwert den Widerstand – Das Elser-Attentat – Der Krieg beginnt.

Hitler nutzt die nun unbeschränkte Macht, die ihm mit der Entmachtung der SA, der Überwindung der Anhänger einer «Zweiten Revolution», dem Tod des Reichspräsidenten und dem hunderttausendfachen Schwur der Soldaten zugefallen ist. Was der Republik mit ihren vielen einander widerstrebenden Parteiinteressen nicht möglich war, kann der Alleinherrscher Hitler mit den Mitteln der Diktatur jetzt verwirklichen.

Will man verstehen, warum die breite Masse des Volkes und die führenden Persönlichkeiten der Einzelnen Gesellschaftsschichten so wenig Widerstand gegen das Dritte Reich geleistet haben, so muss man unter anderen Faktoren auch die grossen Erfolge berücksichtigen, die Hitler mit diesen diktatorischen Mitteln zunächst verzeichnen konnte. Sowohl in der Innenpolitik als auch in der Aussenpolitik erreicht er in den Jahren des Friedens fast alles, was er sich zum Ziel gesetzt hat und was vorerst auch von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes durchaus gebilligt wird. Denn in erster Linie geht es in Deutschland in diesen Jahren lediglich darum, die wirtschaftliche und militärische Ohnmacht des Staates zu überwinden. Dass Hitler diese wirtschaftliche und militärische Gesundung nur als Zwischenziel für seine weiteren, eigentlichen Ziele betrachtet, wird weder im Inland noch im Ausland hinreichend und beizeiten erkannt.

Auf dem Gebiet der Aussenpolitik beginnt der erfolgreiche Weg ins «Grossdeutsche Reich» mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im November 1933. Die Westmächte, vor allem Frankreich, haben Deutschland abermals die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage verweigert, wie schon zuvor in den Jahren der

Weimarer Republik. Deutschland ist der einzige Staat der Welt, der nach dem Ersten Weltkrieg unter dem Druck der militärischen Niederlage abrüsten musste. Die anderen Mächte haben ihre Abrüstung auf den deutschen Rüstungsstand im Versailler Vertrag versprochen, aber bisher nicht verwirklicht.

Wie so oft schon den Regierungen der Republik, ist nun auch der Regierung Hitler zugesichert worden, dass Deutschland, da niemand abrüstet, die militärische Gleichberechtigung wieder zuerkannt werden soll. Der britische Botschafter in Deutschland, Phipps, hat das Hitler selbst zugesagt.

Aber in Genf wird die Gleichberechtigung Deutschlands wieder einmal um fünf Jahre vertagt – Frankreich verlangt das, und Grossbritannien stimmt diesem Antrag auf der Konferenz zu. Daraufhin ruft Hitler die deutsche Delegation aus Genf zurück und verkündet Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund. Wie auch später, so nimmt er schon diesen ersten wichtigen aussenpolitischen Schritt zum Anlass, die Volksmassen immer mehr für sich zu gewinnen – er setzt Reichstagsneuwahlen an. Es gibt nur eine Liste und dazu die Frage, ob der Wähler mit Hitlers Entscheidung, aus dem Völkerbund auszutreten, einverstanden sei. Eine überwältigende Mehrheit stimmt für Hitler und gegen den Völkerbund.

Im Januar 1934, also ebenfalls noch vor seiner vollen Machtergreifung, unternimmt Hitler den nächsten wichtigen Schritt in der Aussenpolitik. Die Reichsregierung schliesst auf Initiative Hitlers einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit Polen ab.

Damit gelingt es Hitler einerseits, einen Keil zwischen Frankreich und Polen zu treiben, und andererseits, sich

vor dem Volk und vor der Welt als wahrer Friedensfreund zu präsentieren. Denn Frieden, das ist es, was Hitler braucht, solange er militärisch noch nicht auf der Höhe ist, und der Friede ist es, den er in den Reden jener Zeit immer wieder beschwört. Wer ihn hört und seinen Worten glaubt, muss zu der Überzeugung gelangen, dass es in der Welt kaum einen friedliebenderen Staatsmann als Adolf Hitler geben kann. Und dennoch verbirgt sich hinter diesen Friedensreden ein ganz anderer Plan, den er unter Verschleierung seiner letzten Ziele taktisch geschickt Schritt um Schritt verwirklicht. Bereits aus seiner ersten Besprechung mit den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933, die natürlich geheim gehalten wird, lässt sich diese Taktik ersehen:

«Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der politischen Macht...»

Daher: «Im Innern: Völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände in Deutschland. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht. Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden ...» und: «Nach aussen: Kampf gegen Versailles...»

Aber dieser Kampf gegen «Versailles», der vom gesamten Volk unterstützt wird, der auch von allen Regierungen der Weimarer Republik geführt wurde, ist für ihn nicht das letzte Ziel: «Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung...»

Und Hitler sieht auch, welche Schwierigkeiten er zunächst überwinden muss: «Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner hat, wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen, vermutlich mit Ostrabanten ..

Daher der Keil zwischen Frankreich und Polen. Daher die Friedensreden, in denen er sich immer wieder besonders an Frankreich wendet. Er betont, dass Frankreich und Deutschland im vergangenen Weltkrieg die grössten Opfer an Menschenleben gebracht haben, dass sich trotz all der ungeheuren Blutopfer letztlich nichts Entscheidendes in der Geschichte beider Völker geändert habe, dass er selbst als einfacher Frontsoldat die französischen Soldaten bewundere, dass er aus dem selbst erfahrenen Leid für den Frieden sei. Und dann erklärt er gar, und das immer wiederholend: Deutschland verzichtet feierlich und endgültig auf die Wiedervereinigung mit den alten deutschen Reichslanden Elsass und Lothringen. Soll Frankreich diese deutschen Gebiete behalten – er, Hitler, will keine Forderung

darauf erheben, wenn nur Frankreich dafür endlich einsieht, dass man besser in Frieden miteinander lebt. Seiner Taktik entsprechend, das «Grossdeutsche Reich» und den Kampf gegen «Versailles» im Munde und den «Raum im Osten» in Gedanken, geht Hitler systematisch voran. Am 13. Januar 1935 kehrt die Saar nach einer erfolgreichen Volksabstimmung (90% Ja-Stimmen) «heim ins Reich». Natürlich haben die Wähler im Saarland nicht für Hitler gestimmt, sondern für Deutschland, ihr Vaterland. Aber ebenso natürlich kommt diese Entscheidung der Saarbevölkerung Hitler, dem «Führer» des jetzigen Deutschland, zugute. Hitler bucht, auch in den Augen der Welt, wieder einen ausserpolitischen Erfolg für sich.

Den nächsten Schlag führt im Auftrag Hitlers sein «treuester Paladin» – wie er jahrelang genannt wird – Hermann Göring. Der Reichsluftfahrtminister verkündet den ausländischen Militärattachés am 10. März 1935,

vier Wochen nach dem Sieg an der Saar, dass Deutschland nun von sich aus mit der militärischen Gleichberechtigung Ernst mache und bereits eine Luftwaffe aufgebaut habe. Die Weltpresse reagiert entrüstet.

Schon sechs Tage darauf unternimmt Hitler abermals einen Schritt zur Überwindung des «Diktats von Versailles». Am 4. März 1935 hat Grossbritannien in einem Weissbuch Aufrüstungsmassnahmen angekündigt; am 15. März, fünf Tage nach der Saarabstimmung, hat das französische Parlament die Verlängerung der Wehrpflicht auf zwei Jahre und damit die Verdoppelung der Präsenzstärke seiner Streitkräfte verkündet. Am 16. März, einem Samstag, glaubt Hitler nun, den Versailler Vertrag brechen zu können. Über alle deutschen Reichssender gibt er die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland bekannt. Mit dem gegen jeden Angriff von aussen wehrlosen Hunderttausend-Mann-Heer der Weimarer Republik hat es damit ein Ende. Die von Hitler verkündete Stärke der nun offiziell aufzubauenden Wehrmacht soll 36 Divisionen betragen, rund 500'000 Mann.

In dem kleinen Ort Stresa am Lago Maggiore treffen sich die Vertreter der Regierungen Frankreichs, England und Italiens, um unter Vorsitz des italienischen «Duce» Mussolini Massnahmen gegen Deutschland zu beschliessen. Aber die nach dem Konferenzort benannte «Stresa-Front» gebraucht zwar starke Worte, doch die besprochenen «energischen Massnahmen» gegen Deutschland bleiben aus. Die Wehrpflicht in Deutschland wird eingeführt – ohne Widerstand des Auslandes.

Es dauert nicht lange, da gelingt es Hitler sogar, die eben erst entstandene «Stresa-Front» gegen Deutschland wieder zu zerbrechen.

Kurz vor der Konferenz am Lago Maggiore ist

Anthony Eden wieder bei Hitler gewesen, gemeinsam mit dem britischen Aussenminister Simon. Hitler hat den beiden das Angebot gemacht, vertraglich eine Begrenzung der deutschen Flottenstärke auf 35% der britischen Flotte festzulegen. Am 21. Mai 1935 hält Hitler vor dem Reichstag in der Kroll-Oper in Berlin eine weitere «Friedensrede»: «Deutschland braucht den Frieden, und es will den Frieden! ...»

Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen. Wir aber leben in der festen Überzeugung, dass sich in unserer Zeit nicht erfüllt der Untergang des Abendlandes, sondern seine Wiederauferstehung. Dass Deutschland zu diesem grossen Werk einen unvergänglichen Beitrag liefern möge, ist unsere stolze Hoffnung und unser unerschütterlicher Glaube!»

Die Rede macht nicht nur beim deutschen Volk, sondern auch im Ausland einen guten Eindruck. Die Verkündung der Wehrpflicht erscheint manchem ausländischen Kritiker danach in anderem Licht.

Die führende britische Zeitung, die Londoner «Times», schreibt schon am Tage nach der Reichstagsrede: «Wie man sieht, ist die Rede massvoll, aufrichtig und umfassend. Wer sie unvoreingenommen liest, kann nicht bezweifeln, dass die von Mr. Hitler umrissene Politik durchaus die Grundlage für eine vollständige Verständigung mit Deutschland bilden könnte – mit einem freien, gleichberechtigten Deutschland anstelle des gedemütigten Volkes, dem vor sechzehn Jahren der Friedensvertrag aufgezwungen wurde ...»

Natürlich ist es vor allem Hitlers Angebot der deutschen Flottenbeschränkung auf 35% der britischen Flottenstärke, das die «Times» so wohlwollend schreiben lässt. Man glaubt in London, dass Hitler tatsächlich die Freundschaft mit England sucht, dass Hitler eine Kolonialpolitik für Deutschland ablehnt, weil sie zum Konkurrenzkampf mit dem britischen Weltreich führen würde, und dass Hitler schon stets die Flottenrüstung Kaiser Wilhelms und seines Grossadmirals Tirpitz verurteilt hat.

Das geheime Ziel Hitlers ist ja der «Raum im Osten», und dazu braucht er Ruhe im Westen. So kommt es im Juni 1935, nach Verhandlungen in London, zu dem deutsch-britischen Flottenabkommen, womit der Versailler Vertrag stillschweigend von beiden Seiten gebrochen wird.

Ein weiterer Bruch geschieht am 7. März 1936. An diesem Tag lässt Hitler Garnisonen der Wehrmacht wieder in ihre alten Standorte im Rheinland einrücken, in die Gebiete rechts des Stromes, die nach dem Versailler Vertrag und nach dem 1926 abgeschlossenen Vertrag von Locarno entmilitarisiert bleiben sollen. In das linksrheinische deutsche Gebiet entsendet Hitler

nur drei Bataillone als «Symbol der Wiederherstellung der deutschen Souveränität».

Auch diesmal bleibt eine ernsthafte Reaktion des Auslandes aus. Allein der französische Grenzschutz hätte ausgereicht, die drei deutschen Bataillone, die nach Trier, Saarbrücken und Aachen marschieren, zurückzutreiben. Zwar alarmiert der französische Oberbefehlshaber General Gamelin dreizehn Divisionen, die sich der deutsch-französischen Grenze zubewegen. Aber von der Regierung in Paris ist keine Entscheidung zu erwarten. Frankreich ist zu dieser Zeit in einer noch konfuseeren innenpolitischen Situation als es die deutsche Republik in den Jahren ihres Niederganges war. Der amerikanische Präsident Roosevelt sagt damals verzweifelt: «Wie soll man bloss mit den Franzosen Zusammenarbeiten? In einer Woche habe ich es mit drei verschiedenen Ministerpräsidenten zu tun!»

Noch im gleichen Jahr erringt Hitler einen weiteren Erfolg: Im August 1936 finden in Deutschlands Hauptstadt Berlin die X. Olympischen Spiele der Neuzeit statt. Die Jugend der Welt eilt nach Berlin, mit ihr Journalisten, Bildreporter, Filmleute und Prominenz aus allen Ländern der Erde.

Hitler selbst eröffnet am 1. August die Olympiade in dem neubauten Berliner Olympiastadion. Die hervorragende Organisation, der ungeheure Aufwand, der alle vergangenen Olympiaden weit in den Schatten stellt, die völkerversöhnende Stimmung unter den Teilnehmern ebenso wie im deutschen Volk, Hitlers zu Frieden und Völkerfreundschaft aufrufende Eröffnungsrede, die erstaunlichen Erfolge der deutschen Sportler – die deutsche Olympiamannschaft ist erstmals, und bis heute auch letztmals, die beste aller Nationen –, das alles trägt dazu bei, dass zum einen das deutsche Volk den Stolz auf die eigene Leistung wieder einmal mehr anerkennend auf Hitler und den Nationalsozialismus überträgt, und dass zum anderen die ausländischen Gäste tief beeindruckt sind.

Die Ausländer sehen ein Deutschland, das in keiner Weise mehr dem im Chaos versinkenden Staat von vor vier Jahren gleicht. Sie sehen ein von Hitler geeintes, ganz offensichtlich glückliches, fleissig schaffendes Volk. Und ein Volk, das den Frieden liebt.

Das von Hitler und seiner Partei immer wieder verkündete Schlagwort von der «Volksgemeinschaft», der Satz «Gemeinnutz geht vor Eigennutz», Losungen wie «Ehret den Arbeiter» oder «Arbeit adelt» scheinen keine leeren Phrasen, sondern zur Wirklichkeit geworden zu sein.

Zuerst hat die Organisation des «Winterhilfswerks» unter dem Motto «Keiner soll hungern und frieren» mit grossen und umfassenden Spendenaktionen den Ärmsten der Armen aus der bittersten Not geholfen.

Die NSV, die «Nationalsozialistische Volkswohlfahrt», organisiert Kinderferienreisen, gibt warmes Essen für bedürftige Mitbürger aus, sammelt Kleider, schafft Müttererholungsheime und Kuraufenthalte für minderbemittelte «Volksgenossen».

Eine besondere Attraktion wird die KdF, die Organisation «Kraft durch Freude». Jetzt können Arbeiter für wenig Geld Urlaubsreisen machen. Die Organisation untersteht Dr. Ley, dem Leiter von Hitlers Ersatzgewerkschaft DAF, «Deutsche Arbeitsfront». Ley lässt zwei 25'000 BRT grosse Urlaubsschiffe bauen und chartert weitere zehn grosse Schiffe. Zu niedrigen Preisen werden Theaterveranstaltungen für Arbeiter und Angestellte durchgeführt. Erstmals erhalten Arbeiter die Möglichkeit, Opern und Konzertveranstaltungen zu besuchen. Ein eigenes Symphonieorchester mit 90 Mann Besetzung gastiert auch in kleinsten Orten, die Autobahnen werden gebaut, der Volkswagen propagiert und Siedlungen errichtet.

Unmittelbar vor seiner Hinrichtung im Nürnberger Kriegsverbrechergesängnis schreibt Hitlers ehemaliger Rechtsanwalt und späterer «Generalgouverneur» von Polen, Dr. Hans Frank, unter dem Titel «Angesichts des Galgens» seine Lebensbeichte nieder. Er geht schonungslos mit Hitler ins Gericht, aber über die Zeit um die Mitte der dreissiger Jahre findet er keine anderen Worte als diese: «Vom 30. Januar an war totaler Schluss gezogen jeder Form von Klassenkampf, Streikfeiern, Arbeitsniederlegungen, Aussperrungen, Produktionsrückgängen aller Art..., war es mit einem Schlag vorbei mit brutalen Bürgerkriegsdrohungen, Strassenkämpfen, Hetzkundgebungen Deutscher gegen Deutsche, Saalschlachten, Pressekampagnen und nationalen Verächtlichmachungen ... Dieser Umstand allein stach derart grell ab gegen die Zustände der letzten Jahre vorher, die fast nur noch Unruhe, Lärm, Streit, Hetze, Streik, Produktionseinstellungen, Finanzkatastrophen, Unsicherheit und Ratlosigkeit gebracht hatten, dass er wirklich schon um seiner augenfälligen Plötzlichkeit wegen wie ein Wunder wirkte. Und als sich nun langsam, aber zäh und unaufhaltsam, die Früchte der neugewonnenen nationalen Disziplin ... zeigten, trat die Figur Hitlers als des Retters ins hellste Bewusstsein aller ...

Die Arbeitslosigkeit sank rapide, Handel und Gewerbe begannen sich zu beleben, und endlich nach langen Jahren konnte jeder für die Wirtschaft Tätige wieder sichere Kalkulationen und Planungen aufstellen ...

Die Sozialpolitik Hitlers zeigte sich in einer unermüdlichen Fürsorge für die Arbeiterschaft ... Mindestlohnsätze, Sozialversicherung, Unfallversicherung... Er allein brachte diese unzähligen Millionenmassen hoch-

qualifizierter Arbeiter, die alle die langen Jahre hindurch verelendet gewesen waren, wieder zu Arbeit und Brot... Und was hatten demgegenüber die früheren Regierungen getan? Fast nichts!...

Ich wollte hier nur einiges Wenige von dem unbestreitbar Positiven an Hitlers Wirken im Innern Deutschlands anführen, denn nur dadurch allein kann man den richtigen Standpunkt für die Beantwortung der Frage nach der Stellung Hitlers im deutschen Volk bekommen ...

Ich stand mitten unter den neuereinstellten Arbeitern, als der Führer im Frühling 1934 die Reichsautobahnarbeiten München-Salzburg durch den ersten Spatenstich eröffnete. Ich sah es mit eigenen Augen, und deshalb kann es mir niemand ausreden, wie beim Schlusswort seiner grossen ... Rede: ‚Deutsche Arbeiter, fangt an!‘ sich alle um ihn drängten, ihm die Hände schüttelten, ihm zulachten und auf seine Frage: ‚Ist es euch so recht?‘ ein wirklich von Herzen kommendes Dankwort das andere ablöste. Und so wie da war es in allen Werken, die durch ihn wieder in Gang gekommen waren, in allen Bergwerken, Fabriken, Baugründen, Deichen und Gewerben. Wo er in der Maschinenhalle stand, umwogte ihn der gleiche Dankesjubiläum wie irgendwo sonst...

In diesem schöpferischen Vordergrund, umstrahlt vom blendenden Licht eines faszinierenden Erfolges, sah ihn das Volk, sah ihn vielfach die Welt. Die Menschen, gewöhnt, von allen Dingen des Lebens nur die Erscheinung zu kennen, begnügen sich meistens damit. ..» Franks letzter Satz ist zum Verständnis Hitlers, der damaligen Einstellung des deutschen Volkes und der schwierigen Situation des Widerstandes äusserst wichtig - «... gewöhnt,... nur die Erscheinung zu kennen» Denn warum soll es gegen diese Erscheinung, innen- und aussenpolitische Erfolge, einen Widerstand geben? Wegen des Verlustes der Freiheit?

Wegen der Einrichtung der Konzentrationslager? Wegen der hinterhältigen Methoden der Gestapo?

Wegen der diskriminierenden Behandlung der Juden? Entweder man weiss darüber nicht genügend Bescheid oder man ist gewillt, der Erfolge wegen diese «Schattenseiten» hinzunehmen. Die Mehrheit des Volkes jedenfalls kann, sofern sie überhaupt über ihren unmittelbaren Horizont hinausdenkt, auf Grund solcher Überlegungen einen Weg zum Widerstand nicht finden. Eine Tradition, die Freiheit und Demokratie als selbständigen Wert betrachtet, gibt es nicht. Der Staat wird nicht nach dem Grad der Freiheit, sondern nach der materiellen Ergiebigkeit gemessen, und hier scheint Hitler wirklich etwas Dauerndes geleistet zu haben. Selbst frühere Gegner Hitlers wandeln ihre Meinung,

wie etwa der britische Weltkriegspremier Lloyd George, der nach einem Besuch bei Hitler in Berchtesgaden voller Überzeugung sagt: «Ja, auch ich sage ‚Heil Hitler!‘ Das ist wirklich ein grosser Mann!»

Die meisten der späteren Verschwörer gegen Hitler dienen dem erfolgreichen «Führer und Reichskanzler» zu dieser Zeit noch loyal.

Dr. Carl Goerdeler ist «Reichspreiskommissar» und Oberbürgermeister von Leipzig. Der spätere Generaloberst Beck arbeitet im Generalstab an der Wiederaufrüstung. Oberleutnant Graf Stauffenberg leistet seinen Truppendienst ab und freut sich mit seinen Kameraden darüber, dass der Soldatenberuf nun auch in Deutschland wieder geachtet wird. Ulrich von Hassell vertritt Hitlers Regierung als Botschafter in Rom. Der preussische Finanzminister Popitz ist einer der begeistertsten Anhänger Hitlers. Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist Hitlers Wirtschaftsminister geworden und kann sich in Lobpreisungen des von ihm verehrten Reichskanzlers kaum genug tun.

Der Widerstand all dieser und der militärischen Verschwörer beginnt erst später. Organisierter Widerstand wird nach wie vor nur vom Ausland her durch Emigranten, vorwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten, geleistet. Dieser Widerstand kann das Hitlerregime jedoch nicht ernsthaft erschüttern.

Der Schriftsteller Gustav Regler, Initiator der wirkungsvollen Heizungskeller-Gang-Idee im «Braunbuch» zum Reichstagsbrand und auch später Verfasser von Flugschriften gegen Hitler, die heimlich nach Deutschland gebracht werden, schildert die von Paris aus geleitete illegale Arbeit:

«Ich sah nun häufiger Burschen, die zum Empfang von Broschüren heimlich aus dem Reich eintrafen ... Beim heimlichen Treffen in zuverlässigen Häusern tauten sie etwas auf, aber sie hüteten sich, zu sehr auf die andere Welt einzugehen ... Manchmal zeigten sie mir vernarbte Wunden, die ihnen in den ersten Januartagen 1933 geschlagen worden waren, und ich bat den Rotfront-Burschen ab, dass ich sie summarisch als Überläufer angesehen hatte. Die Wortkargen waren wie Urlauber, die dauernd an die Rückkehr in die Schlacht dachten. Ich fühlte mich oft beschämt ihnen gegenüber, denn was war unser Leben in einem friedlichen Pariser Hotel im Vergleich zu ihrem gehetzten Dasein! Als ich ... einmal fragte, wie wirksam denn die Broschüren seien, bekam ich nur ausweichende Antworten ...

Eines Abends aber hatte ich einen wichtigen Funktionär der Partei in Saarbrücken selbst zu treffen. Ich wurde in eine Dachstube geführt, ich fand dort eine kleine Versammlung, die mich durch ihre Steifheit und das erdrückende Misstrauen aller gegen alle daran

erinnerte, dass in diesem ganzen Kampf nichts Romantisches mehr geblieben war, dass es hart auf hart ging. Ich kam rechtzeitig, um noch ein paar Worte eines jungen Mannes aufzufangen, der über das Reich berichtet hatte. Nun zog er eine der Broschüren aus der Tasche und warf sie dem anwesenden Funktionär vor die Füsse:

‚Wir haben das monatelang verteilt‘, sagte er mit einer fast geniesserischen Verachtung, ‚wir haben euch manches nachgesehen, aber nun wird es zuviel! Wen wollt ihr denn damit treffen?‘ Er deutete mit dem Fuss auf das geschmähete Druckheftchen, und mit apodiktischer Festigkeit schloss er: ‚Für das Geseiche jedenfalls legt keiner von uns den Kopf auf den Block!‘ «

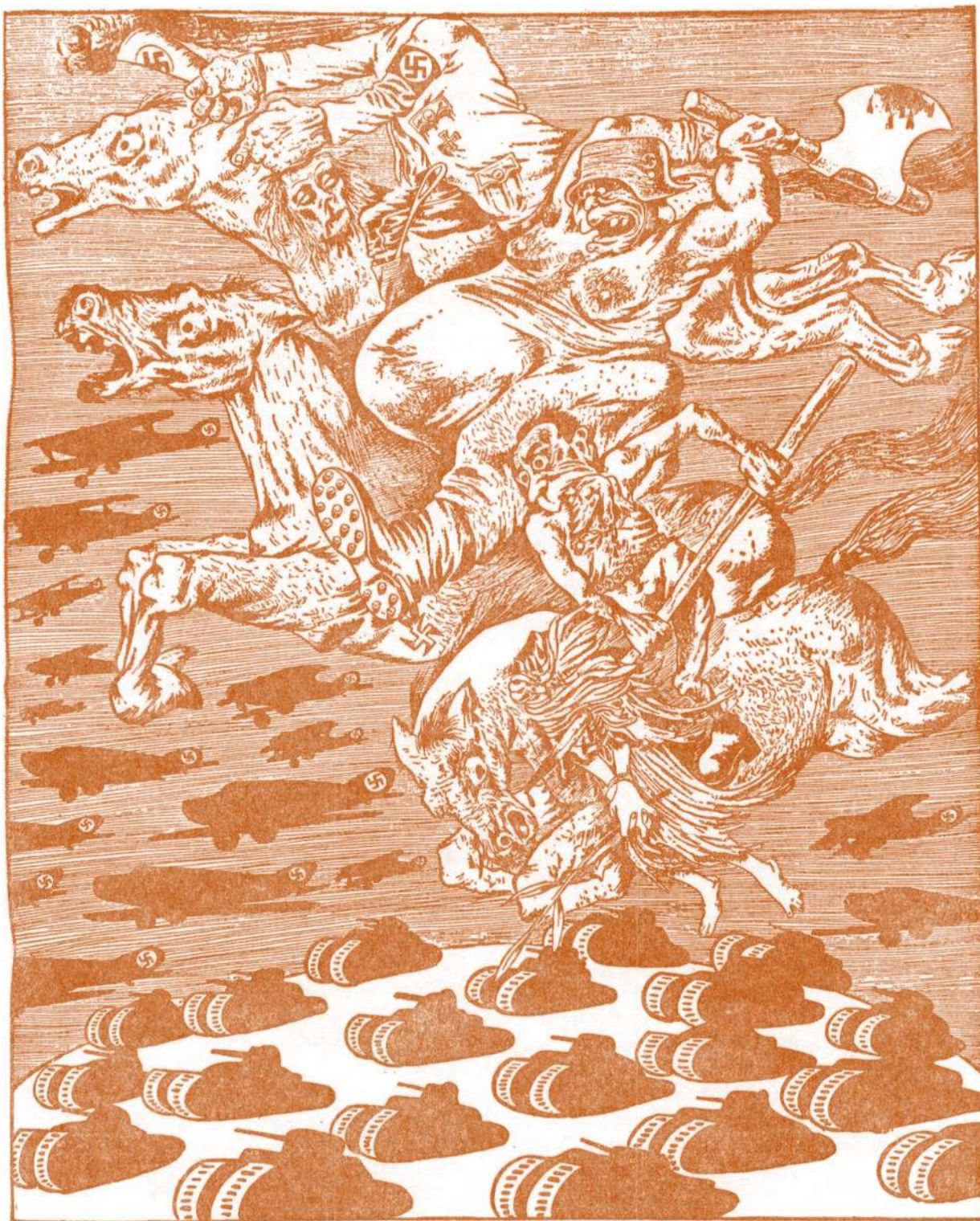
Wenn man Gustav Regler glauben darf, wird eben dieser junge Illegale kurze Zeit darauf in Deutschland verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet – auf Grund von Intrigen Walter Ulbrichts, der sich aus dem gemütlichen Pariser Hinterhalt mit Hilfe der durch die Dunkelheit der illegalen Arbeit bedingten Geheimnistuerei an die Spitze der Partei emporarbeiten will.

Eines stimmt jedenfalls – die meisten der nach Deutschland gelangenden illegalen Broschüren und Flugblätter haben keine entscheidende Wirkung.

Sie schildern die Zustände in Deutschland nicht vollständig der Wahrheit entsprechend. Diese Diskrepanz aber zwischen dem, was der Arbeiter und das ganze Volk selbst erlebt, und dem, was ihm die emigrierten Genossen als Wahrheit hinstellen möchten, ist kaum dazu geeignet, ein Widerstandsverhalten auszulösen. Im Gegenteil, die offensichtlichen Unglaubwürdigkeiten des illegalen Propagandamaterials sind eher dazu angetan, Verwirrung zu stiften und Ablehnung zu finden, auch bei denen, an die es sich wendet. So erscheint beispielsweise ausgerechnet Ende 1936, nach der glanzvollen Olympiade, nach der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, nach dem wirtschaftlichen Aufblühen, nach der Saarabstimmung, nach der Rheinlandbesetzung, nach der Durchbrechung des Versailler Vertrages und während der Zeit von Hitlers «Friedensreden» ein Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei mit folgendem Inhalt:

«Entschlossen, Deutschland aus der Schmach und Schande der Diktatur zu befreien, der gesellschaftlichen Zerstörung durch die Kriegswirtschaft des Vierjahresplanes Einhalt zu gebieten und die Gefahr eines neuen Weltkrieges mit allen Mitteln zu bekämpfen, haben sich die demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gruppen Deutschlands zu einer Deutschen Volksfront vereinigt und verkünden dem deutschen Volk folgende programmatische Forderungen:

1. Sturz und Vernichtung der Hitlerdiktatur.



**Wir haben keine territorialen Forderungen -
Wir wollen die Welt!**

2. Recht und Gerechtigkeit für alle: Abschaffung der Blutjustiz, Befreiung der politischen Gefangenen, Sühne für begangene Verbrechen, Wiedergutmachung des verübten Unrechts.
3. Freiheit des Glaubens und der Weltanschauung, staatlicher Schutz jeder Religionsausübung, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.
4. Volle Selbstregierung und Selbstverwaltung des deutschen Volkes in einem erneuerten Reich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.
5. Einstellung des Wettrüstens und der Kriegswirtschaft. Sicherheit durch Abrüstung. Verkürzung der Dienstzeit.
6. Restlose Aussöhnung und aufrichtige Zusammenarbeit mit Frankreich. Friede und Freundschaft mit

- allen Völkern. Aufbau einer europäischen Staatengemeinschaft durch ehrliche Mitarbeit in einem reorganisierten Völkerbund.
7. Beseitigung der Ernährungsnot, der Armut und der Arbeitslosigkeit durch Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft.
8. Rettung der Versicherungen und Spareinlagen vor der Inflation. 40-Stunden-Woche. Freier Arbeitsvertrag.
9. Einziehung des Grossgrundbesitzes, grosszügige Bauernsiedlung. Aufhebung der Zwangswirtschaft am Boden (Erbhofgesetz) und an den landwirtschaftlichen Erzeugnissen (sogenannte Marktordnung), freies landwirtschaftliches Genossenschaftswesen.
10. Verstaatlichung der Banken, der Schwerindustrie

Der Führer gab euch Ehestandsdarlehen

Von August 1933 bis Ende 1937 wurden 878000 Ehestandsdarlehen im Gesamtbetrag von weit über einer halben Milliarde RM. ausgezahlt. Dadurch stieg die Zahl der Eheschließungen von 1932 500000 auf 1937 620000

Der Führer gibt euch Kinderbeihilfen

1938 werden für 2 Millionen Kinder Beihilfen gezahlt. Die Zahl der Geburten stieg von 1932 970000 auf 1937 1270000

Der Führer gab euch Freiheit und Erholung

Mit „Kraft durch Freude“ reisten seit 1934: 22,5 Millionen Schaffende.

Alle Schaffenden Deutschlands bekennen sich zu ihm und stimmen am 10. April mit **Ja!**

KONZLAGER HITLERDEUTSCHLAND UND SEIN BLUTHUND



In den acht Jahren der blutigen Hitlerherrschaft wurden in Deutschland 900 000 Deutsche getötet oder zu Tode gequält. Mehr als 1 000 000 wurden in Gefängnisse oder Konzentrationslager geworfen, 135 000 haben Selbstmord begangen und 500 000 Deutsche sind ins Ausland, ins Exil gegangen.

Oben links: Wahlplakat zur Volksabstimmung vom 10. April 1938. Mit allgemein akzeptierten sozialpolitischen Leistungen versucht man, «alle Schaffenden Deutschlands» für Hitler und seine nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen, und nicht mit deren Grundgehalten: Diktatur, Rassenüberheblichkeit, Krieg und Judenhass. – Oben rechts: «Konzentrationslager, Hitlerdeutschland und sein Bluthund». Dieses alliierte Flugblatt aus dem Jahre 1941 zeigt, mit welchen Mitteln jeglicher Widerstand im Dritten Reich) gebrochen wurde. Linke Seite: Die Warnung der sozialdemokratischen «Zeitschrift «Neuer Vorwärts» vom 15. März 1936 vor Hitlers Kriegsabsichten wird weder in Deutschland noch im Ausland beizeiten ernstgenommen. Selbst Churchill, der erbitterte Kriegsfeind Hitlers, glaubte noch sechs Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an einen «lauteren Hitler» und daran, dass sich der Krieg mit Hitlerdeutschland vermeiden lassen könnte. Nachdem die Diplomatie Hitler jedoch nicht mehr bremsen konnte und auch die Versuche der deutschen Opposition, den Krieg zu verhindern, gescheitert waren, kam es zum Zweiten Weltkrieg, dem insgesamt 55 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

und der Energiewirtschaft. Einführung einer Wirtschaftspolitik, die allein der Sicherung und Steigerung des deutschen Lebens dient.

Deutsche! Die Deutsche Volksfront wird nicht eher ruhen und sich auflösen, bis nicht der letzte Punkt der Forderungen verwirklicht wird.

Deutsche! Sammelt euch in der Deutschen Volksfront! Nieder mit den Unterdrückern und Verderbern Deutschlands.

Es lebe ein freies, friedliches und glückliches Vaterland!

Deutsche Volksfront»

Warum kann dieser von einem echten demokratischen Willen geprägte Aufruf in Hitlers Deutschland kaum einen fruchtbaren Boden finden? Warum zeitigt diese Appellation an demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien so wenig Erfolg? Es liegt hauptsächlich daran, dass Goebbels mit allen Machtmitteln des totalen Staates eine weitaus durchschlagendere Propaganda zu entfalten vermag, und dass von Himmlers Gestapo die meisten führenden oppositionellen Persönlichkeiten, die dem Volk die abstrakten Sätze dieser Flugschriften hätten erläutern können, mit den brutalen Mitteln des Terrors ausgeschaltet worden sind; ganz nach Hitlers

Stand und Tätigkeit der staatsfeindlichen Bestrebungen Marxismus und Kommunismus, SAP

Die Beobachtung der kommunistischen Bewegung im Monat August hat keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Neubildung von Zellen und illegalen kommunistischen Organisationen im hiesigen Bezirk irgendwelche Fortschritte gemacht hat. Einzelne Festnahmen von Personen, die verdächtig waren, mit der KPD im Auslande Verbindungen herzustellen, lassen nur darauf schliessen, dass die im Bezirk befindlichen Kommunisten ständig Fühlung mit dem Auslande halten, sich z. Zt. aber jeder aktiven Betätigung enthalten. Die noch bis zum Monat Juni im hiesigen Bezirk bestehende weitverzweigte kommunistische Organisation, von der auch jetzt noch zweifellos Reste vorhanden sind, hat sich nach der Festnahme der bedeutendsten Funktionäre nicht weiter ausbauen können. Fälle von systematischer Einfuhr und Verkauf von kommunistischen Schriften sowie Mitgliederwerbungen und Beitragszahlungen konnten im Bezirk nicht aufgedeckt werden.

Die in der Arbeiterschaft und insbesondere unter den Bergarbeitern zu beobachtende Mundpropaganda stellt weniger eine direkte Werbung für die illegale KPD oder SPD dar, als eine allgemeine Kritik an den Zuständen und der Lage der Arbeiterschaft, die man im Widerspruch zu Programm und früheren Kundgebungen der Bewegung stehend glaubt. Nach den Beobachtungen in den letzten Monaten scheint man den Kurieren und Funktionären keinerlei schriftliches Material mitzugeben, sondern die betreffenden Personen nur mit mündlichen Aufträgen zu versehen. Diese Vermutung wird bestätigt durch das Verhalten der verschiedensten Kommunisten und solcher Personen, die verdächtig sind, für die KPD Hilfsdienste zu leisten. Es sind mehrfach im Auslande Personen beobachtet worden, wie sie in den Häusern der aus Deutschland geflüchteten KPD- und SPD-Funktionäre verkehrten. Bei ihrer Rückkehr nach Deutschland wurde jedoch an der Grenze in keinem Falle etwas vorgefunden, was als Beweis oder Belastungsmaterial für eine kommunistische Betätigung ausgewertet werden könnte ...

(Aus dem Lagebericht der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Aachen für den Monat August 1934.)

Festgenommen wurden:

1. der Bergmann Peter Pütz aus Würselen und
2. der Arbeiter Simon Holzapfel, ebenfalls in Würselen wohnhaft. Beide haben in einer Gastwirtschaft in Würselen im Verlauf einer Unterhaltung geäußert: «Wir sind für die Freiheit, und wir sind für Moskau, Heil Moskau und nochmals Heil Moskau.» Pütz und Holzapfel wurden dem Richter vorgeführt und unter Haftbefehl gestellt. – Siehe Tagesbericht Nr. 10 vom 13.1.1936.
3. der Dreher Neujean aus Aachen. N. hatte, als er in leicht angetrunkenem Zustand im Schaufenster eines hiesigen Bildergeschäftes das Bild des Führers sah, Folgendes gesagt: «Du Feigling, du Lump, du Deutschlandverräter, ich könnte auf dich schießen.» Er wurde in Untersuchungshaft genommen. – Siehe Tagesbericht Nr. 10 vom 13.1. 1936.
4. der Invalide Wietki aus Baesweiler, Kreis Aachen. In der Silvesternacht wurde Hebamme Moss zu einer Entbindung zu Wietki gerufen. Der Ehemann, der ebenfalls in der Wohnung anwesend war und sich in betrunkenem Zustande befand, begrüßte die Hebamme beim Betreten seiner Wohnung mit «Rot Front». Weiter äusserte er sich: «Die Rotfrontfaust wird euch noch alle treffen. Ich bin noch nie Nationalsozialist gewesen und bekenne mich auch heute noch als Rotfrontkämpfer. In diesem Jahre wird das 4. Reich noch regieren, dann werdet ihr alle von meiner Rotfrontfaust getroffen.» Nach der Geburt der Zwillinge sagte er noch, dass ihm an den Kindern nichts liege, die Hebamme sollte sich nur um seine Frau bemühen. W. wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt, dieser erliess Haftbefehl. – Siehe Tagesbericht Nr. 13 vom 18.1. 1936.
5. der Arbeiter Max Müller aus Merkstein Kreis Aachen. M. äusserte sich am 17. 1. 1936 in einer Gastwirtschaft in Anwesenheit des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Herzogenrath u.a.: «In Russland sind keine Arbeitslosen mehr und in Deutschland sind noch viele und dann grüsst ihr Arschlöcher noch mit ‚Heil Hitler!‘.» Auf dem Wege zur Polizeiwache beleidigte er die Beamten durch Ausdrücke wie «Lausejungen» und «Drecksäcke». M. war zur legalen

Devise: «Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden.»

Auch die sozialdemokratische Warnung vor dem Krieg, den Hitler entfesseln will, eine Warnung, die sich heute im Nachhinein als berechtigt erweist, stösst damals im deutschen Volk auf wenig Glauben. Redet Hitler denn nicht dauernd vom Frieden?

Sind es nicht diejenigen Staaten, die Hitler laufend Zugeständnisse machen, die doch am ehesten von einem Krieg betroffen wären?

Will Hitler nicht eine echte Aussöhnung mit Frankreich? Will Hitler denn nicht nur den Kampf gegen

Versailles? Ist sein Ziel nicht nur das «Grossdeutsche Reich»? Die zentral gesteuerte und bewusst auf die jeweiligen Ziele ausgerichtete Propaganda Hitlers ist so gut, dass es gelingt, das Volk glauben zu machen, Hitler verfolge keinerlei imperialistische Ziele und keinerlei kriegerische Absichten.

Vor allem aber – und das ist das Wichtigste – ist die Forderung nach der Beseitigung der «Ernährungsnot, der Armut und der Arbeitslosigkeit» überflüssig, ja geradezu irreführend. Denn genau das hat Hitler bereits bewerkstelligt, und zwar ohne «demokratische, sozialistische und kommunistische Parteien und Grup-

Zeit Mitglied der KPD. Er hat 12 Kinder. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. – Siehe Tagesbericht Nr. 16 vom 20.1.1936.

6. *der Kraftdroschenbesitzer Kaspar Alsleben aus Aachen. A. hat in einer Gastwirtschaft in angetrunkenem Zustand Folgendes gesagt: «Der Kreisleiter hat ein Verhältnis mit der Frau Frings – Besitzerin der Gastwirtschaft –, der Schlosser (gemeint war der Kreisleiter) und die NSDAP kann mich am Arsch lecken.»*

Er wurde in Untersuchungshaft genommen. – Siehe Tagesbericht Nr. 16 vom 20. 1. 1936.

7. *der Bergmann Andreas Pastors aus Aachen.*

Er hat in einer Wirtschaft zu anwesenden Gästen gesagt: «Die ganze NSDAP sind Halunken, die Regierung sind ‚Pitzebären‘, die für die Bergarbeiter noch nichts getan haben.» Er wurde deswegen unter Haftbefehl gestellt. – Siehe Tagesbericht Nr. 22 vom 27.1.1936.

8. *der persische Student Wardanian.*

Der hiesigen Zoll fahndungssteile war durch eine VP bekannt worden, dass W. im dringenden Verdacht des Devisenvergehens steht. Die Durchsuchung blieb devisenrechtlich ohne

Ergebnis, jedoch führte W. bei der Ausreise eine 87 Seiten starke Hetzschrift in Gedichtform (Entwurf) bei sich, worin die führenden Persönlichkeiten des deutschen Volkes, insbesondere der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, Ministerpräsident Göring, die Minister Goebbels, Hess usw., ausserdem das deutsche Volk und die Gliederungen der Partei beschimpft werden. Er will diese Schrift von einem gewissen Weingluck, der sieb zur Zeit in Paris aufhalten soll, erhalten haben.

Auf meine Fernschreiben Nr. 177 vom 24.1.1936 – II K 2 – und meinen Tagesbericht Nr. 22 vom 27.1.1936 nehme ich Bezug. Gegen W. wurde Haftbefehl erlassen.

Ferner wurden 4 Personen wegen Verdachts staatsfeindlicher Umtriebe festgenommen. Nach eingehender Prüfung der Sachlage mussten sie wieder entlassen werden, da das vorhandene Material zur Durchführung eines erfolgversprechenden Strafverfahrens nicht ausreichte, sondern offenbar Hausstreitigkeiten vorlagen ...

(Aus dem Lagebericht der Geheimen Staatspolizei vom 10. Februar 1936.)

Volksopposition im Polizeistaat

Eine rückblickende Zusammenfassung der Einzelnen Widerstandsströmungen gegen den Nationalsozialismus im Regierungsbezirk Aachen ergibt eine Opposition der folgenden Richtungen gegen die Diktatur Hitlers.

Der Kommunismus ist durch die Gewaltmassnahmen gegen seine Führer in seiner Betätigung zwar stark behindert, gärt aber als Untergrundbewegung weiter.

Die Sozialdemokratie bleibt durch ihre Beziehungen zu den ihr nahestehenden Parteibildungen in Belgien und in den Niederlanden ein fühlbarer Widerstandskörper. Der auf die Arbeiterschaft ausgeübte Druck und sonstige die Stimmung fördernde Mittel beeinflussen jedoch die Wahlergebnisse zugunsten der Bewegung.

Die Hauptgegner sind die Anhänger der beiden christlichen Kirchen. Während sich der Gegensatz auf evangelischer Seite auf die – im Regierungsbezirk Aachen schon konfessionsmässig bedingte – kleine Gruppe der Bekennenden Kirche begrenzt, stellt die Katholische Kirche mit ihren Geistlichen und ihren Laienverbänden den Hort der Opposition und des Ringens um die Kirchenfreiheit dar. Bei beiden Bekenntnissen erweist sich die Fühlung mit dem durch vielfache Beziehungen benachbarten Ausland als Stütze. Die grundsätzliche Haltung ist jedoch durch diesen nachbarlichen Zusammenhang nicht bedingt. In gleicher Weise ändern die durch die Zwangslage verursachten, taktischen Zugeständnisse nichts an dem inneren Gegensatz, der aus einer Gewissensverpflichtung, aus sittlichen und religiösen Kräften erwächst.

In breiten Kreisen der städtischen und ländlichen Bevölkerung des Regierungsbezirks ist ein aus verschiedenen Wurzeln stammender inniger Gegensatz gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft festzustellen.

(Zusammenfassende Würdigung der Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936 des Bezirks Aachen, in: Bernhard Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat.)

pen», ohne «volle Selbstregierung und Selbstverwaltung des deutschen Volkes» und ohne eine «politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie».

Daran kranken alle illegalen Aufrufe, und das macht die «demokratische» Opposition so schwierig: Hitler ist es tatsächlich gelungen, die materielle Not zu beseitigen, und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist nicht gewillt, sofern es nur Brot und Arbeit hat, sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zum Widerstand gegen Hitler zusammenzufinden.

Der Hauptgrund für das Ausbleiben einer breiten Widerstandsfront des deutschen Volkes ist darin zu

suchen, dass es Hitler gelungen ist, trotz der Staatsform der Diktatur die Mehrheit des Volkes für das Dritte Reich zu gewinnen. Daran kann auch die unter persönlichen Gefahren betriebene Untergrundpropaganda nur kaum etwas ändern.

So wird etwa der Geschäftsleitung einer Speditionsfirma eine Werbepostkarte der Leipziger Herbstmesse zugesandt, abgestempelt in Paris. Der französische Text lautet in Deutsch:

«Es gibt nur drei Sorten von Deutschen:
Verrückte, Faulpelze und Einfaltspinsel.
Es lebe die Kommunistische Partei!»

Widerstand in Zwischentönen

*Die Nöte des Karnevals im Dritten Reich
Humor mit «Volk ohne Raum»*

Dem Wesen des Nationalsozialismus musste das im Katholizismus wurzelnde Volksbrauchtum ebenso ein Ärgernis sein wie der aus liberalem Bürgerprotest geborene politische Karneval. Das Bestreben des neuen Staates ging sehr bald dahin, die dem Karneval innewohnende Meinungsfreiheit zu beseitigen, den Brauch einzuordnen in das Instrumentarium der staatlich veranstalteten Massenunterhaltung. Sechs Jahre Karneval unter Hakenkreuzfahnen – 1933 bis 1939 – sind ein dorniger Weg zwischen missverständlicher Anpassung und «Widerstand in Zwischentönen» geworden.

Noch vor dem 11. November 1933 – vor der turnusmässigen Einberufung der karnevalistischen Generalversammlungen – gab die Partei für den gesamten deutschen Karneval die verbindliche Weisung aus, dass die innere Beziehung des Brauchs zu Kirche und Christentum zu verneinen und zu verwischen sei; die aus dem Kirchenjahr jahrhundertlang verstandene Fastnacht sollte jetzt als «vasenacht» in den Zusammenhang alten vorchristlichen, germanischen Dämonenglaubens gestellt werden. Politisch aber wurde die Glossierung der neuen Führung in Staat und Gemeinde und damit jede noch so leise Kritik an den öffentlichen Zuständen verboten. Allerdings sei – so die offizielle Weisung an die Untertanen – die Gleichschaltung der Büttreden mit der von der Regierung jeweils verfolgten Politik erwünscht. Am «18. Nebelung 1933» steht der populäre Protokoller des Mainzer Carneval-Vereins, Seppel Glückert, als «när-rischer Reichskanzler» – schon das konnte nach den Verordnungen des Jahres 1933 als heimtückische Hetze ausgelegt werden – in der Bütt:

*Jetzt mach' ich schun, nur zum Pläsier
Im neunten Jahr mein'n Versehe hier,
Doch hat mei' Herz vor Ängstlichkeit
Noch nie gebobbert so wie heut.*

*Zu reden hier heut braucht man Mut,
Weil, eh mer sich vergucke tut,
Als Opfer seiner närr'sehen Kunst
Kann einquartiert wer'n ganz umsunst.
Drum hab' ich vorhin aach ganz nah
Verabschied mich vun meiner Fraa,
Und rief beim Auseinander gehn:
Wer weiss, ob wir uns wiedersehn?*

Es beginnt jetzt in Deutschland – nach der Emigration und Verfemung der künstlerischen Qualität – der einstimmige Poetenhymnus auf den Führer, den «Retter», den kleinbürgerlichen Messias. Es ist nicht Schuld, eher Gefährdung des politischen Karnevals unter der Knute der Diktatur, dass der literarische Provinzialismus auch in der Bütt seine Jünger findet. Ein Jokusdichter reimt im modisch gewordenen Bardenstil sein «Empor zum Licht!»

*Ein Retter kam, vom Himmel uns gesandt,
Zu dem des Vaterlandes Not gedrungen,
Schwang siegbewehrt das starke Schwert der Nibelungen.
Verröchelnd liegt der Lindwurm nun im Sand.*

Doch das närrische Volk will Tabus angeritzt sehen. Es provoziert den Büttredner mit seinem Beifall. Unter dem Titel «Fastnacht 1934» glossiert der Präsident des Mainzer Carneval-Vereins, Heinrich Bender, der sein hohes närrisches Amt noch im kaiserlichen Deutschland angetreten hat, Gleichschaltung und Arier-Paragrafen:

*Alles ist heut umgestaltet,
Alles ist heut gleichgeschaltet:
Zweckverbände, grosse, kleine,
Turn-, Gesang- und Skatvereine,
Ziegenzucht und Bullenhaltung,
Polizei und Stadtverwaltung.
Alles ist heut solidarisch,
Bis zur Urgrossmutter arisch,
Und seit 52 Wochen
Uni-braun bis auf die Knochen.*

Beliebt für solche propagandistischen Widerstandsaktionen sind die internationalen Fernzüge. In einer Toilette eines aus Brüssel kommenden Fernzuges ist mit Wasserglas an die Fensterscheibe ein Zeitungsausschnitt fast unlösbar festgeklebt. Der Ausschnitt stammt aus einer englischen Zeitung und zeigt das Foto einer Protestkundgebung in London. Die Demonstranten protestieren gegen den an diesem Tage stattfindenden Fussball-Länderkampf England gegen Deutschland. Mit Deutschen spielt man nicht Fussball. Unter den Zeitungsausschnitt ist ein Hakenkreuz gemalt und darunter die Worte: «Das Zeichen der Mörder!»

Die im Ausland erscheinende Zeitung der sozialdemokratischen Arbeiterjugend, AJS, bringt eine Fotomontage, die den Hunger in Hitlers Deutschland zeigen soll. Eine Familie sitzt um den Küchentisch und isst statt Brot Eisen-Ketten und Gewichte. Die Überschrift zu dieser Fotomontage lautet: «Hängt Hitler!» Auch diese Zeitung wird von Illegalen verteilt und an verschwiegenen Orten niedergelegt. Bahnbeamte finden eine solche Zeitung in einem Zugabteil. Jemand hat über die Fotomontage geschrieben: «Solche Schweine!»

An der holländisch-deutschen und belgisch-deutschen Grenze werden aus Korridor-Zügen, die infolge des

Eine Tragikomödie des politischen Karnevals erlebte Mainz am Morgen des 6. März 1935, des Aschermittwochs. Der nationalsozialistische Gauleiter von Hessen, Jakob Sprenger, liess das gesamte Komitee des Mainzer Carneval-Vereins verhaften und in das Mainzer Central-Hotel vorführen. Ein Augenzeuge berichtet über diese «Sonderaktion», die eine unverhüllte Warnung an die Karnevalisten darstellte, sich in ihrer Kritik mit dem Regime mehr zu arrangieren: Polizeibeamte in Zivil holten am Morgen des Aschermittwochs sämtliche Mitglieder des Elferrates aus den Betten. Beim Carnevals-Präsidenten erschien der Polizeidirektor selber. Den der Staatspolizei «sattsam bekannten» Büttnerrednern Martin Mundo und Seppel Glückert liess man keine Zeit zur Toilette und zum Rasieren. Den Angehörigen sass der Schreck in den Gliedern, wenn ihnen auch bald nach der Abführung der Männer eröffnet wurde, es sei ja «nur ein Scherz». Man sperrte die ernüchterten Komiteemitglieder im Central-Hotel in einen separaten Raum, Polizeibeamte postierten sich zwischen den Einzelnen Männern – bis um 11.11 Öhr sich die Tür öffnete und der Gauleiter seinen «Schutzhäftlingen» gegenüberstand. Es gab ein «Katerfrühstück», aber auch den dümmlichen Hinweis, die Narren müssten sich «verantworten».

Diese drei Stunden «Schutzhaft» haben den Männern des politischen Karnevals viel Sympathien gewonnen. Die Bevölkerung quittierte die scherzhaft-tölpelhaft vorgetragene Nazi-Allmacht mit Empörung. An ihren Scherzen werdet ihr sie erkennen! Der Karneval hatte eine Runde im Kampf wider den tierischen Ernst gewonnen. Glückert glossierte diese Aktion in der folgenden Kampagne 1936.

Hier Kritik zu üben frei –
So an Dachau knapp vorbei –
Freude auslöst, immer wieder
Auch bei euch – ich kenn' euch Brüder!
Ihr habt recht, warum aach nit?
Wozu hämmer dann die Bütt? –
Um zu hören mit Gemüt,
Wis mer nit zu lese krieht!

Martin Mundo, der andere Grosse in der Bütt, trat 1936 vor sein närrisches Publikum mit dem erklärten Willen, kein Wort von Politik zu sprechen, «nur über den Hering». Ein Meisterwerk der versteckten Zeitkritik wurde daraus. Es heisst da etwa:

Schule ist nicht Heringspflicht,
Auch sein Landjahr macht er nicht,
Vun Politik versteht er nix,
Kimmt statt nach Dachau – in die Büchs!
Hering dun sich nit bekleckern,
Dun nit maule, un nit meckern,
Schwimmen ohn' sich aufzuregen
Ihrem Schicksal stumm entgegen!
Übern Hering ohne Frage
Kann en Redner alles sage;
Er fühlt sich durch eine Rede
Niemals uff de Schwanz getrete!

Wie die vom Obrigkeitsstaat und seiner Partei erlaubte «positive Satire» aussehen sollte, zeigt ein Bericht über den Mainzer Fastnachtzug im Jubeljahr 1938. Er verweist darauf, was wert sei, ins Komische verzerrt zu werden: «Die Auch-Volksgenossen, die ihr eigenes kleines Ich in den Vordergrund stellen und sich dem grossen Gemeinschaftsdenken nicht unterordnen wollen, wie zum Beispiel die Saboteure des Winterhilfswerks, besonders des Eintopfes.» Über einem anderen Wagen mit stolzem Adler und grosszünftig ausgeweiteter Deutschlandkarte prangt das Schlagwort «Volk ohne Raum». Die Aachener Karnevalschronik vermerkt mit peinlicher Genauigkeit, eine Veranstaltung wie die des 11. Februar 1939 habe es in der Aachener Fastnachtsgeschichte noch nicht gegeben, aber sie sei typisch für diese Zeit: Eine Narrensitzung vor über tausend Westwallarbeitern, die der Reichssender Köln übertrug.

(Anton Keim, 11 mal politischer Karneval,
in: Süddeutsche Zeitung vom 19./20.2.66.)

Grenzverlaufes deutsches Gebiet durchfahren, Flugblätter aus den Fenstern geworfen. «Die Welt ruft euch zum Krieg gegen Hitler» oder «Nur Hitlers Sturz schafft Freiheit und Brot», heisst es darin.

In einem Bericht der Reichsbahndirektion Aachen an den Regierungspräsidenten wird im November 1934 festgestellt:

«Der ... Reichsbahnstreifendienst hat im Berichtsmonat folgende Hetzanschriften und verbotene Druckschriften festgestellt bzw. vorgefunden:

a) Hetzanschriften

- 227 an Güterwagen aus Belgien
- 188 in Personenwagen aus Belgien
- 142 in Aborten der Personenwagen aus Belgien
- 63 auf Reklameschildern in Personenwagen aus Belgien
- 38 an Güterwagen aus dem deutschen Grenzgebiet
- 38 an Güterwagen aus Holland
 - 1 in Personenwagen aus Holland
 - 2 in Aborten der Personenwagen aus Holland
- 699 zusammen

b) Verbotene Druckschriften

- 932 Stüde bei Reisenden gefunden
- 183 im Gepäck der Reisenden gefunden
- 164 in Zugverstecken gefunden
- 73 an der Bahnstrecke gefunden
- 509 herrenlos in den Zügen gefunden
- 1'861 Stück zusammen einschliesslich von 5 Stüde, die in Güterwagen gefunden wurden.»

Die nicht emigrierten Kommunisten und Sozialdemokraten schütteln selbst den Kopf über diese Art von Propaganda. Sie haben längst einen den wirklichen Verhältnissen besser angepassten Weg des Widerstandes gefunden – er besteht ganz einfach darin, zusammenzuhalten, sich zu sammeln und auf günstigere Zeiten zu warten. Man trifft sich zu Pfingstausflügen, gründet einen Kegelklub, tritt gemeinsam Sportvereinen bei, singt im Kirchenchor, auch wenn man bisher Gegner der Kirche war, spricht über die «alten Zeiten» und macht sich Gedanken über die eigenen Fehler und die Fehler der anderen. Man schmiedet Zukunftspläne und überlegt, welche Massnahmen später ergriffen werden müssen, um ein nochmaliges Abgleiten Deutschlands in eine Diktatur zu verhindern. Mit der Propaganda von draussen kann man in der gegenwärtigen Situation nichts anfangen, die Aufrufe zum Widerstand gegen den «blutigen Tyrannen» und «Mörder der deutschen Arbeiterklasse» können nicht verwirklicht werden. Unter den neuen Bedingungen sehen sich insbesondere

die erbitterten Feinde des Nationalsozialismus, die Kommunisten, dazu gezwungen, eine neue Taktik zur Bekämpfung Hitlers einzuschlagen. Während sie vor und nach der Machtergreifung Hitlers in erster Linie die Sozialdemokraten als «gemässigten Flügel des Faschismus» bekämpften, gehen sie jetzt zur Taktik der «Volksfront» über. Diese Taktik erläutert Ercoli-Togliatti als Vertreter des EKKI auf der IV. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935 in seinem Vortrag «Die antifaschistische Einheitsfront und die nächsten Aufgaben der KPD»:

«Im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale überbringe ich der IV. Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands einen brüderlichen, flammenden Kampfesgruss. (Stürmischer Beifall. Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen. Genosse Pieck ruft: Der KPdSU und unserem grossen Lehrmeister der revolutionären Massenarbeit, dem Führer des Weltproletariats, Genossen Stalin, ein dreifach kräftiges Rot Front!)

Besonders bin ich beauftragt, Eurer Konferenz den herzlichsten Gruss unseres Generalsekretärs, des Genossen Dimitroff, zu übermitteln, des Genossen, der im Leipziger Prozess als erster den Massen der deutschen Werktätigen den Weg des Kampfes gegen den Faschismus zeigte...

Die Lage und die Aufgaben Eurer Partei sind sehr ernst. Im Jahre 1933 hat die Partei eine schwere Niederlage erlitten. Der Übergang in die Illegalität ist ihr teuer zu stehen gekommen. Die Mehrheit ihrer alten Kader ist heute nicht mehr da. Ein grosser Teil der Parteikräfte ist heute zerstreut, und die zahlenmässige Stärke des Parteiaktivs hat sich stark vermindert. Die Partei hat nicht verstanden, sich schon von den ersten Monaten der faschistischen Diktatur an umzustellen, ihre taktische Linie, ihre Organisationsformen und Arbeitsmethoden den neuen Verhältnissen anzupassen ...

Ihr alle wisst, dass die Hauptquelle aller politischen und taktischen Fehler, die von der Partei vor und nach der Aufrichtung der Hitlerdiktatur gemacht wurden, die Unterschätzung des Faschismus war ...

Als die Faschisten zur Macht gelangten, herrschte eine gewisse Zeit die Meinung, dass die faschistische Diktatur sich nicht lange halten könne. Man erwartete einen raschen Zusammenbruch des faschistischen Regimes. Man sprach zuviel von einer nahen Katastrophe. Seitdem sind fast drei Jahre verflossen. Die faschistische Diktatur hat schwere Erschütterungen durchlebt. Welches sind ihre Stützpunkte, wo liegt noch heute ihre Kraft? Es wäre ein grosser Fehler zu denken, dass die faschistische Diktatur sich im Wesentlichen nur auf den Terror stützt. Der Terror spielt eine überaus grosse

Rolle in der Lösung der verschiedenen Probleme, die vor den Faschisten stehen. Es ist möglich, dass diese Rolle sich sogar vergrößert. Aber der Terror bildet nicht die einzige Kraftquelle des faschistischen Regimes. Welches ist die Hauptkraftquelle der faschistischen Diktatur in Deutschland?»

Die faschistische Diktatur habe nicht nur einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt und alle politischen Parteien und alle selbständigen Organisationen der Arbeiterklasse vernichtet, sondern es sei ihr in der gleichen Zeit auch gelungen, «sich ihre eigenen Massenorganisationen zu schaffen, die heute schon Millionen von Werktätigen erfassen und kontrollieren».

In dieser Situation sei es zunächst erforderlich, «alles zu tun, um die verschiedenen Elemente, Gruppen, Schichten der Werktätigen zu vereinigen, und dem Faschismus eine breite zusammenfassende, organisierte Volksfront gegenüberzustellen, die ihren Kampf gegen den Faschismus mit allen antifaschistischen Oppositionsgruppen koordinieren will. Wir müssen die Opposition und die beginnende Bewegung der Bauernschaft besonders fördern und organisieren.

Wir müssen versuchen, einen Keil zwischen die Armee und die faschistische Diktatur zu treiben. Es gibt in Deutschland und in der Emigration eine antifaschistische Opposition, die aus den Resten der alten demokratischen und antifaschistischen Parteien besteht. Es gibt im Land eine neue Opposition, die aus den faschistischen Organisationen selbst erwächst, aus Schichten der Bevölkerung, die sich bis jetzt unter dem Einfluss des Nationalsozialismus befanden und teilweise noch befinden, die noch nicht gegen die faschistische Diktatur als Ganzes kämpfen, sondern nur gegen gewisse Massnahmen der faschistischen Diktatur. Diese beiden grossen Oppositionsströmungen gilt es in eine koordinierte Bewegung gegen den Faschismus zu bringen. Nur die Arbeiterklasse, nur die Kommunistische Partei kann sich diese Aufgabe stellen und lösen.

Die Überwindung der sektiererischen Fehler der Partei in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie, die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Organisationen und mit der SPD, die aktive Teilnahme der Partei am Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, der Beginn eines Eindringens in die DAF, in die Sport- und Jugend-, Frauen- und anderen Organisationen des Faschismus – das sind die ersten Schritte, die in der Richtung der Lösung dieser Aufgaben gemacht werden sollen. Aber kühn, entschieden muss die Partei sich immer weiter auf dieser Linie bewegen.

Das sind, Genossen, kurz zusammengefasst, die Hauptprobleme unserer Einheitsfront- und Volksfrontpolitik in Deutschland ...»

Wenn die Volksfrontpolitik die faschistische Diktatur

aber erfolgreich stürzen wolle, dann sei das nur über eine breite Massenbewegung möglich «und die Hauptaufgabe [der KPD] ist heute die Organisation dieser Bewegung». Hier müssen die Schwierigkeiten überwunden werden, die sich daraus ergeben, «dass die [emigrierte] Führung der Partei heute etwas entfernt ist vom Land und von der wirklichen Bewegung der werktätigen Massen». Das gleiche gelte auch für die Presse der Partei: «Trotz der Verbesserungen der letzten Monate ist besonders der Inhalt der ‚Roten Fahne‘ noch nicht genügend mit dem Land verbunden. Sie gibt den unteren Organisationen noch nicht die notwendige Hilfe zur Beantwortung aller Fragen, die im Lande akut sind. Sie hilft ihnen noch nicht genügend, dafür die entsprechenden Losungen zu geben. Die Arbeiter, die in ihren Schreiben an die Redaktion der ‚Roten Fahne‘ offen gesagt haben, dass sie wünschen, dass in der Zeitung mehr die Tagesfragen behandelt werden, haben vollständig recht. Die ‚Rote Fahne‘ muss nicht ein Organ für geschulte Parteimitglieder sein, sondern ein populäres Blatt, das dem einfachen Arbeiter, in dessen Hände vielleicht nur ausnahmsweise ein einzelnes Exemplar kommt, den Weg des Tageskampfes in den faschistischen Organisationen zeigt. Die Sprache der ganzen Parteiagitation muss angepasst werden der Aufgabe der Organisation und Leitung der Massenbewegungen innerhalb und ausserhalb der faschistischen Organisationen auf Grund der unmittelbaren Nöte der Werktätigen ...»

Damit die Führung der KPD diese Einheitsfront auch tatsächlich verwirklichen könne, müsse sie ihre Organisation den veränderten Umständen anpassen: «Wie kann man die Taktik des trojanischen Pferdes [Einschleusung eigener Männer in die Reihen der Gegner] anwenden, wenn nicht die Organisationsform der Partei rechtzeitig und vollständig an die Verhältnisse der illegalen Arbeit unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur angepasst wird? Ohne diese Anpassung ist die Massenarbeit der Kommunistischen Partei, ohne diese Anpassung ist die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen nicht möglich.

Man muss dabei klar sehen, dass grosse Unterschiede bestehen zwischen den Verhältnissen, unter denen die Partei der Bolschewiki z. Z. des Zarismus gekämpft hat, und den Verhältnissen, unter denen wir heute unter einer faschistischen Diktatur zu kämpfen haben. Diese Unterschiede bestimmen eine ganze Reihe von Besonderheiten der Methoden und des Aufbaues der Partei und ihrer Arbeit.

1. Der Staatsapparat, der zur Verfügung des Zarismus stand, war viel primitiver und schwächer als der des Faschismus. Dadurch haben es die Faschisten leichter als die zaristische Polizei, uns Schläge zu versetzen ...

2. Das zaristische Regime hatte keine breite soziale Demagogie und baute nicht eine eigene Massenorganisation auf wie die Faschisten, die durch diese Organisation breite Schichten der Werktätigen um sich zu scharen, zu kontrollieren, zu überwachen versuchen ...

3. Der Terror, der gegen uns gerichtet wird, ist viel stärker. Es gibt in der Geschichte der Arbeiterbewegung bis jetzt kein Beispiel der Massenanzüchtung eines solchen viehischen Terrors, um die Avantgarde der Arbeiterklasse zu vernichten. Darum ist es notwendig, besondere Massnahmen zum Schutz und zur Erhaltung unserer Kader zu treffen ... «

Togliatti beschliesst seine umfassenden Darlegungen mit den Worten: «Vergesst nicht, Genossen! Ohne Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte gibt es keinen Sieg über den Faschismus.

Ohne die feste proletarische Einheitsfront ist eine geschlossene antifaschistische Front des deutschen Volkes nicht möglich.

Ohne eine feste bolschewistische Partei gibt es keine proletarische Einheit!

Ohne eine eiserne kollektive Führung gibt es keine feste bolschewistische Partei!

Das haben uns die Meister unserer revolutionären Politik, Lenin und Stalin, gelehrt.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands, der Organisator des Sieges des deutschen Volkes über den Faschismus!

(Langanhaltender, stürmischer Beifall. Die Delegierten singen die ‚Internationale‘.)»

Trotz dieser richtigen Erkenntnisse kann es den Kommunisten nicht gelingen, eine Volksfront gegen Hitler zustande zu bringen. Die «soziale Demagogie», die «eigenen faschistischen Massenorganisationen» und der «viehische Terror gegen die Avantgarde der Arbeiterklasse» erweisen sich als stärker. Die Hauptvoraussetzung für das erfolgreiche Wirken einer Volksfrontpolitik, die Gewinnung einer breiten Massenbasis, kann die KPD nicht zustande bringen, und damit entfällt die entscheidende Voraussetzung für den Widerstand von unten, für den Sturz Hitlers durch den Aufstand des eigenen Volkes.

Während es der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht gelingt, der «Organisator des Sieges des deutschen Volkes über den Faschismus» zu werden, beginnt zu gleicher Zeit die steile Karriere des Leipziger Kommunisten Walter Ulbricht.

Jetzt, da Hitler gesiegt hat, ist dieser Ulbricht Mitglied des AK der KPD, des «Auslandskomitees». Die von Paris aus geleitete illegale Arbeit gegen Hitler verhilft Ulbricht zu der Macht innerhalb der KPD, mit deren Hilfe er später Staatsratsvorsitzender der DDR, Generalsekretär und Vorsitzender der SED, Vorsitzen-

der des Verteidigungsrates und Vorsitzender des Parteipräsidiums der SED wird.

In Vertretung des ebenfalls durch Ulbrichts Schuld verhafteten Ernst Thälmann ist Wilhelm Pieck als ältestes AK-Mitglied Führer der KPD geworden. Mit ihm hat der intrigante Parteibürokrat Ulbricht besonders leichtes Spiel. Er nimmt Pieck eine Menge von der organisatorischen Kleinarbeit ab. Pieck freut sich darüber und merkt nicht, dass Ulbricht das nur tut, um noch mehr Fäden in die Hand zu bekommen. In der Wirrnis und dem Dunkel der illegalen Arbeit ist das nicht schwer. Bald ist Ulbricht der einzige, der einen Überblick über die gesamte Parteiarbeit hat.

Für Ulbricht gibt es nur noch eine ernsthafte Gefahr. Sie heisst Ernst Thälmann. Moskau hat über den sowjetischen Botschafter in Berlin schon bald nach der Freilassung Dimitroffs am Ende des Reichstagsbrandprozesses auch über die Freilassung Thälmanns verhandelt. Thälmann soll gegen einige in der Sowjetunion inhaftierte Deutsche ausgetauscht werden. Ulbricht intrigiert gegen diesen Plan. Überall erzählt er hinter vorgehaltener Hand, wie niederdrückend sich eine Freilassung Thälmanns auf die Illegalen auswirken müsse, die selbst nie mit einem solchen Gnadenakt der Nazis rechnen können. Die Moral der Genossen in den KZs werde damit gebrochen, wenn man für Thälmann eine Extrawurst brate. Wilhelm Pieck assistiert ihm dabei, denn nur wenn Thälmann ausgeschaltet bleibt, kann Pieck Parteivorsitzender werden. Die Intrige der beiden gelingt. Thälmann bleibt in Haft.

Der joviale, nur auf seinen Habitus als «Partei-Papa» bedachte Wilhelm Pieck ist für Ulbricht der rechte Mann als Parteivorsitzender. Den kann er als Aushängeschild benutzen, wahrer Boss der Partei wäre dann Ulbricht. Aber die Gefahr Thälmann ist noch längst nicht beseitigt. Solange «Teddy», wie ihn die kommunistischen Arbeiter nennen, noch Aussicht hat freizukommen, wird Pieck nicht Parteivorsitzender und Ulbricht nicht wahrer Herrscher über die KPD werden können. Und diese Aussicht besteht.

Sowjetbotschafter Krestinski hat für einen Rechtsanwalt 60'000 Reichsmark aus Moskau erhalten. Der Rechtsanwalt soll Thälmann in einem zu erwartenden Prozess verteidigen. Im Pariser AK der KPD weiss man nichts von diesen 60'000 Mark und von den Bemühungen der Komintern um Thälmanns Verteidigung in einem Prozess. Diese Angelegenheit ist über die diplomatischen Kanäle und über die des Komintern-Apparates gelaufen.

Als Ulbricht jedoch von dem geplanten Prozess erfährt, tut er alles, um die Freilassung Thälmanns zu hintertreiben. Der Prozess findet nicht statt. Ebenso kann er die Idee von Kippenberger, dem Chef des ille-

galen Apparates der KPD, zur Befreiung Thälmanns verhindern. Dabei denkt Kippenberger nicht nur an Thälmann, sondern wie jeder gute Kommunist auch an die propagandistische Wirkung jeder Aktion. Und die tollste Propaganda wäre doch wohl, wenn Ernst Thälmann weder in einem Prozess freigesprochen würde oder gar durch einen «Gnadenakt» der Nazis freikäme, sondern durch eine «echte» Befreiung durch die kommunistische Widerstandsorganisation.

Kippenberger hat alles vorbereitet. Ernst Thälmann sitzt noch immer in einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit. Dort ist der Justizwachtmeister Moritz tätig. Der Wachtmeister ist schon seit geraumer Zeit Mitglied der KPD, hat aber schon in der republikanischen Zeit diese Mitgliedschaft auf Anweisung des auch damals schon bestehenden illegalen «Apparates» stets verschwiegen.

Im Augenblick ist Moritz im gleichen Stockwerk tätig, in dem auch «Teddys» Zelle liegt. Er vertritt einen Kollegen, der sich auf Urlaub befindet. Auf Anweisung Kippenbergers «Apparat» setzt sich der Justizbeamte mit Ernst Thälmann in Verbindung und berichtet ihm von dem Befreiungsplan. Der KPD-Vorsitzende ist einverstanden, wenn er auch nicht versteht, weshalb es mit seiner legalen Freilassung nicht geklappt hat. Bis zu seinem Lebensende im KZ Buchenwald wird er nicht wissen, dass er dem parteipolitischen Machtkampf zum Opfer gefallen ist.

Wachtmeister Moritz meldet jedenfalls, dass der Parteivorsitzende damit einverstanden sei, dass man ihn heimlich aus dem UG Moabit herausholt. Kippenberger organisiert nun alles weitere. Moritz überlässt für die Dauer einer Nacht einem vom «Apparat» beauftragten Genossen die Schlüssel von zwei Durchgangstüren der Zellengänge und von der rückwärtigen Ausgangstür auf die Strasse. Am Morgen hat der Wachtmeister, noch bevor er abgelöst wird, die Schlüssel zurück. Inzwischen sind Nachschlüssel angefertigt worden. Die Aktion kann steigen – und die Welt wird staunen. Staunen darüber, wie aktiv die Kommunisten gegen das Hitlerregime Widerstand leisten – sogar Ernst Thälmann haben sie mitten aus der «Höhle der faschistischen Bestie» (so heisst Berlin in späteren Jahren in der Sowjetunion) herausgeholt.

Weder die Verwaltung des Untersuchungsgefängnisses noch führende Funktionäre des «Dritten Reiches» ahnen auch nur das Geringste, was sich hier in Berlin-Moabit für eine propagandistische Niederlage für sie anbahnt. Nur einer ahnt es, weiss es dann und verhindert es schliesslich: Walter Ulbricht.

Von «seinen» Illegalen hat er schliesslich erfahren, was sich da in Berlin anbahnt, allen seinen Bemühungen zum Trotz. Wilhelm Pieck wird von ihm informiert,

und der «Partei-Papa», der ohnehin im begründeten Verdacht steht, am 15. Januar 1919 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aus Feigheit verraten zu haben und an ihrem Tod schuld zu sein, ist ebenso alarmiert wie Ulbricht. Denn Pieck muss befürchten, nach einer Befreiung Thälmanns die Parteiherrschaft wieder an den Hamburger Volkstribun abgeben zu müssen.

Die Befreiung Thälmanns ist mittlerweile fast perfekt. Die Nachschlüssel sind von Wachtmeister Moritz ausprobiert und in Ordnung befunden worden. An einem Sonntagabend soll die Aktion steigen. Am Sonntag ist es im Untersuchungsgefängnis am ruhigsten. Der Wachtmeister wird den Untersuchungshäftling Thälmann unauffällig aus seiner Zelle ins Erdgeschoss hinunterbringen, wo sich auch die Räume der Verwaltung und die Sprechzimmer befinden. Wenn ihn ein Kollege unterwegs sehen und fragen sollte, wird Moritz die Schultern zucken und sagen, dass irgendein prominenter Nazi den ebenso prominenten Häftling sehen will.

Aber die vorbedachte Ausrede ist überflüssig. Keiner von des Wachtmeisters Kollegen ist an diesem ruhigen Sonntagabend an etwas anderem interessiert als an einem Skat im Dienstzimmer oder an der Hoffnung auf den baldigen Feierabend. Moritz gelangt mit seinem Parteichef ungehindert bis zu der Besenkammer, die nur zwei Meter von dem Hinterausgang des Gefängnisses entfernt ist. In dem dunklen Spinnwebloch soll Thälmann warten, bis die Genossen mit den Nachschlüsseln ihn herausholen. Moritz muss zu diesem Zeitpunkt längst wieder oben bei den Kollegen sein, um sich in der Zentrale des Zellenbaus ein Alibi zu verschaffen und die Kollegen abzulenken.

Auf der Strasse wartet schon ein zur Flucht organisiertes Auto. Falsche Papiere und auch eine Perücke für «Teddys» unverkennbare Glatze liegen bereit. Vierundzwanzig Stunden später soll der Genosse Justizwachtmeister mit seiner Frau flüchten.

In letzter Minute ist das Befreiungskommando von einer verblüffenden Nachricht überrascht worden. Diese Nachricht, dieser Befehl wird jetzt im Erdgeschoss des Moabiter Untersuchungsgefängnisses flüsternd dem Wachtmeister und seinem Schutzbefohlenen mitgeteilt: Aus der Befreiung wird nichts. Alles abgeblasen. Vom AK der Partei ist der Parteibeschluss – und das ist wichtiger als der dringendste Befehl bei den Preussen – gekommen, dass Ernst Thälmann nicht befreit werden darf. Das wäre unsolidarisch gegenüber den vielen anderen «Klassenkämpfern», die in Hitlers KZs gefangen sind und die man auch nicht befreien kann. Das ist ein Beschluss der Parteiführung – wer ihm zuwiderhandelt, wird als faschistischer Provokateur behandelt und sofort aus der Partei ausgeschlossen.

Ernst Thälmann kehrt zurück in seine Zelle. Von nun an wird der einsame Mann nie mehr einen Genossen sehen. Der letzte Kommunist, den er sieht und mit dem er spricht, ist der mutige Wachtmeister Moritz. Keiner weiss, was das kleine Parteimitglied und der verehrte Parteivorsitzende noch vor oder in Thälmanns Zelle gesprochen haben. Thälmann kann mit niemandem mehr sprechen, und der Genosse Wachtmeister Moritz nimmt sich aus Verzweiflung noch in der gleichen Nacht das Leben.

Ulbrichts Sieg ist fast vollkommen. Der Selbstmord des biederen Wachtmeisters Moritz führt die Kriminalpolizei schliesslich zur Aufdeckung der ganzen Befreiungsaktion. Thälmann wird in das besser bewachte Zuchthaus Bautzen und später in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Von einer Freilassung, von einem Prozess oder von einem Gefangenen austausch ist hinfort nicht mehr die Rede.

Von Thälmann jedenfalls spricht kaum einer mehr – wenn das nicht irgendwann einmal für Propagandazwecke notwendig ist. Aber das ist selten der Fall, und so wird Ernst Thälmann allmählich in Deutschland und in der Welt vergessen – bis 1945. Dann allerdings nutzt Ulbricht die einstige Popularität Teddys und spielt sie wieder hoch: «Der Held der Arbeiterklasse»,

der «Führer des werktätigen deutschen Volkes», der «treueste Mitkämpfer Stalins» – das alles ist Thälmann jetzt, da er Ulbricht nicht mehr gefährden kann. Dieser Aufstieg zur Parteiführung ist Ulbricht vor allem deshalb geglückt, weil es ihm gelingt, durch Taktik und Intrigen sämtliche Säuberungen zu überstehen und sich aller potentiellen Gegner innerhalb der Partei zu entledigen.

Um die Opfer der OGPU (der russischen Geheimpolizei) ans Messer zu liefern, bedient sich die KPD öffentlicher Rundbriefe, die an zahlreiche Adressen versandt werden. «Diese warnten», so schreibt Erich Wollenberg, «vor der zersetzenden Tätigkeit von Trotzkisten, Exkommunisten und anti-stalinistischen Sozialisten und gaben zu gleicher Zeit deren Namen mit genauer Adressenangabe, mit Mitteilungen über ihre Verstecke und ihre politische Tätigkeit. Diese ‚Zirkulare‘ fielen dann in die Hände der Gestapo, was ihre Bestimmung war... Ulbricht verwendete die gleiche Methode bei den Emigranten – kommunistische Emigranten, die oppositioneller Neigungen verdächtig waren, sandte der Apparat mit erfundenen Aufträgen nach Deutschland und informierte zu gleicher Zeit die Grenzposten der Gestapo.»

Später veranlasst Ulbricht die Abkommandierung Kip-

Anordnung Heydrichs gegen Kommunisten, 1935

Abschrift.

Der Politische Polizeikommandeur.
B. Nr. G. 2267/35 - III A 1/J.

Berlin, den 29. Juli 1935

Geheim!

An
alle ausserpreussischen Politischen Polizeien

Die in letzter Zeit besonders zunehmende Aktivität der kommunistischen Funktionäre macht es unbedingt erforderlich, ihnen und allen Mitarbeitern besondere Aufmerksamkeit zu schenken und für ihre schärfste Bekämpfung zu sorgen.

In der Erkenntnis, dass illegale Bewegungen mit Strafgesetzen allein niemals bekämpft werden können, dass vielmehr die Präventivmassnahmen

vorherrschend sein müssen, ordne ich an:

1. Personen, die sich bis zum Umbruch im kommunistischen Sinne betätigt haben und nunmehr neuerdings im Verdacht illegaler Betätigung stehen, sind in Schutzhaft zu nehmen und einem Konzentrationslager zu überstellen.
2. Personen, die sich seit dem Umbruch bereits illegal betätigt haben, sind dann sofort in Schutzhaft zu nehmen, wenn ihr Verhalten erkennen lässt, dass sie nach wie vor staatsfeindlich eingestellt sind, und der Verdacht besteht, dass sie in versteckter Form gegen den Staat hetzen.
3. Kommunistische Funktionäre, die nunmehr nach Strafverbüßung zur Entlassung kommen sollen, sind grundsätzlich in Schutzhaft zu nehmen, sofern es sich bei ihnen um gefährliche Staatsgegner handelt oder anzunehmen ist, dass sie sich wieder der illegalen KPD zur Verfügung stellen werden.
4. Jene Kommunisten, welche zum zweiten Male in Schutzhaft genommen werden mussten, sind auf abschbare Zeit nicht mehr zu entlassen. (Vergleiche auch Erlass des Herrn Reichs- und Preussischen Ministers des Innern vom 13. 12. 34 – III P 3500/403.) Ein gleiches Vorgehen ist auch bei allen übrigen marxistischen Staatsgegnern geboten.

In Vertretung:
gez. Heydrich

April 1935: Der Aufbau der illegalen KPD

Kurz nach der Machtübernahme durch die nationalsozialistische Bewegung wurde die KPD und ihre Gliederungen verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt. Ihre hoch- und landesverräterische Tätigkeit übt sie aber illegal und getarnt weiter. Durch die vielen polizeilichen Zugriffe und das Aufrollen oft ganzer Leitungen wurde der Zusammenhalt immer mehr unmöglich gemacht und so ganze Bezirke mit ihren Organisationen stillgelegt. Jegliche Weiterarbeit musste immer wieder von vorne angefangen werden. Um einen noch möglichen Zusammenhalt wieder herzustellen, ging die Parteileitung Ende 1934 daran, eine Umstellung ihrer gesamten illegalen Organisation vorzunehmen. Hierbei suchte sie vor allen Dingen ein System zur Anwendung zu bringen, bei dem die Gefahr des Aufrollens ganzer Leitungen oder des Zerschlagens der wichtigsten Verbindungen auf ein Mindestmass herabgedrückt wird.

Bei der neuen Organisation ist das sogenannte Dreiersystem bis in die kleinsten Organisationen durchgeführt worden. Immer nur 3 Mann kennen sich und wissen voneinander; die Arbeiten für Pol., Org. und Agitprop, sind auf diese drei verteilt. Entgegen von früher hat immer nur die Pol.-Leitung zur nächsten Pol.-Leitung Verbindung. Die Spitze der Partei, der sogenannte Dreierkopf (Pol.-Leiter, Org.-Leiter und Agitprop.-Leiter), hat seinen Sitz

in Paris. Es folgen dann die beiden wichtigsten Stellen und zwar

1. die sog. «Durchgangsstelle» und
2. das sog. Reichstechnikum,

die bis zum Januar d. Js. ihren Sitz in Saarbrücken hatten und jetzt nach Luxemburg und Holland verlegt worden sind. Die nächstwichtigste Stelle ist die «Landesleitung» mit ihrem Sitz in Berlin. Nach dem neuen Organisationsplan ist Deutschland in 8 Oberbezirke mit je einem Oberberater als Leiter eingeteilt.

1. Oberbezirk Nordwest (frühere Bezirke 18, 19, 20/21) mit dem Sitz in Düsseldorf, umfassend die Bezirke:
 - a) Mittelrhein, Sitz Köln,
 - b) Niederrhein, Sitz Düsseldorf,
 - c) Ruhrgebiet, Sitz Essen.
2. Oberbezirk Südwest (frühere Bezirke 22, 23, 24, 25) mit dem Sitz in Frankfurt!M., umfassend die Bezirke:
 - a) Mannheim,
 - b) Frankfurt! M.,
 - c) Karlsruhe.
3. Oberbezirk Norden (frühere Bezirke 14, 15, 16, 17) mit dem Sitz in Hamburg, umfassend die Bezirke:
 - a) Hamburg,
 - b) Bremen,
 - c) Hannover.
4. Oberbezirk Berlin-Brandenburg (frühere Bezirke 1 und 2) mit dem Sitz in Berlin, umfassend die Bezirke:
 - a) Gross-Berlin,
 - b) Provinz Brandenburg, Sitz Berlin.
5. Oberbezirk Süddeutschland (frühere Bezirke 26, 27, 28) mit dem Sitz in Stuttgart, umfassend die Bezirke:
 - a) Stuttgart,
 - b) Nürnberg,
 - c) München.
6. Oberbezirk Mitteldeutschland (frühere Bezirke 8, 9, 10, 11) mit dem Sitz in Leipzig, umfassend die Bezirke:
 - a) Halle,
 - b) Leipzig,
 - c) Dresden.
7. Oberbezirk Zentrum (frühere Bezirke 12 und 13) mit dem Sitz in Erfurt, umfassend die Bezirke:
 - a) Magdeburg,
 - b) Thüringen, Sitz Erfurt.
8. Oberbezirk Osten (frühere Bezirke 3, 4, 5, 6/7) mit dem Sitz in Königsberg, umfassend die Bezirke:
 - a) Königsberg,
 - b) Danzig,
 - c) Pommern, Sitz Stettin,
 - d) Schlesien, Sitz Breslau.

Die Landesleitung und die Oberberater werden alle 7 bis 8 Monate ausgewechselt. Die Durchgangsstelle unterhält eigenen Kurierdienst mit je 1 Kurier für jeden Oberbezirk. Diese 8 Kuriere haben wöchentlich einmal zu verschiedenen Zeiten und über verschiedene Grenzübergangsstellen ihre Oberberater und deren Bezirksleitung anzulaufen, um Material abzuliefern und neues entgegenzunehmen. Ausserdem gehört jeder Oberbezirk zu einer sog. Grenzleitung, die in dem nächstliegenden Auslande ihren Sitz hat. Es gehört der Oberbezirk

Nordwest zur Grenzleitung Amsterdam,
 Südwest..... zur Grenzleitung Strassburg,
 Norden..... zur Grenzleitung Kopenhagen,
 Berlin-Brandenburg . zur Grenzleitung Luxemburg,
 Süddeutschland . . . zur Grenzleitung Luxemburg,
 Mitteldeutschland . zur Grenzleitung Luxemburg,
 Zentrum . . . zur Grenzleitung Prag,
 Osten..... zur Grenzleitung Prag.

Jede Grenzleitung hat wieder mehrere Grenzkontrollstellen, die z.T. noch im Auslande, z.T. bereits auf deutschem Boden liegen. Die Organisation der Grenzleitungen liegt dem Reichstechnikum ob. Seine Hauptaufgabe ist die Organisation für die Herstellung von illegalem Druckschriftenmaterial und das «Über-die-Grenze-bringen» nach Deutschland. So weit dies möglich ist, hat es auch eigene Druckereien in Deutschland zu organisieren, diese mit Manuskripten zu versehen, zu finanzieren und zu überwachen. Auch das Reichstechnikum unterhält eigenen Kurierdienst über seine Grenzstellen in derselben Weise, wie die Durchgangsstelle. Durch diese doppelte Sicherung erhält die Parteileitung, entweder durch den Kurierdienst der Durchgangsstelle oder durch den Kurierdienst des Reichstechnikums, immer gleich Nachricht, wenn durch die Polizei etwas «krank geworden» oder sonstwie eine Verbindung abgerissen ist. Durch den einen oder anderen Kurierdienst wird die «krank gewordene» Stelle immer wieder gleich aufgefüllt und die Verbindung wieder hergestellt. Es sind auch die Kuriere, die die Geldmittel zur Aufrechterhaltung der illegalen Organisation nach Deutschland bringen.

Die Oberberater und die Obertechniker haben monatlich einmal auf der Durchgangsstelle resp. beim Reichstechnikum zur Berichterstattung zu erscheinen und neue Verhaltensmassregeln zu empfangen. Transportmittel, ob Flugzeug, Eisenbahn oder Auto, Tag und Stunde des Grenzüberganges sowie die Grenzübergangsstelle selbst werden ihnen von der Zentrale vorgeschrieben. Die Lösungsworte, auf Grund deren sie vorgelassen werden, erhalten sie vorher durch den Kurierdienst. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Konspirationsregeln jedem Mitglied bekannt sind und strikte eingehalten werden.

Die erwähnten besonderen Organisationen der Partei, die z.T. noch bestehen und erneute Tätigkeit entfalten, sind, wie die politische Organisation der Partei, nach dem Dreiersystem eingeteilt und halten Verbindung über den Pol.-Leiter ihres Bezirks ...

Wie ein Kommunist sich bei der illegalen Arbeit verhalten muss

Einige Fragen der Konspiration

1. Es darf keinen «guten und zuverlässigen» Bekannten und Freund mehr geben, dem man über seine Arbeit etwas erzählt.
2. Erzähle also nichts einem, der es wissen kann, sondern nur dem, der es wissen muss.
3. Es ist nicht notwendig, dass ein Freund über personelle und innere organisatorische Verhältnisse mehr weiss, als zu seiner Arbeit unbedingt notwendig ist.
4. Lauft möglichst in «Latscher-Kluft», gebärdet euch recht auffällig auf der Strasse. Redet viel mit den Händen. Damit gebt ihr der Polizei Gelegenheit, euch schnell zu beschreiben und schliesslich aufzufinden.
5. Der kürzeste Weg ist nicht immer der Beste, d.h. bestelle die Freunde, mit denen du zusammen arbeitest so, dass du auf dem Wege dorthin genügend Zeit hast, evtl. Verfolger abzuschütteln. Halte genügend Zeit frei für den nächsten Treffpunkt und sei vorbildlich pünktlich.
6. Unterhaltet euch auf öffentlichen Plätzen, Verkehrsmitteln, Lokalen am besten gar nicht über eure Arbeit, und wenn, dann tut es so, dass es in Form eines allgemeinen Gesprächs geschieht.
7. Denkt daran, bei Sitzungen zu vereinbaren, was ihr sagen wollt, wenn euch die Gestapo aushebt.
8. Trage nur Material bei dir, wenn es sich nicht vermeiden lässt, und dann nur so kurze Zeit wie möglich. Halte deine Wohnung sauber.
9. Überprüft alle Wohnungen, Anlaufstellen, Adressen, die zur Durchführung eurer Arbeit wichtig sind, auf das Genaueste.
10. Brecht rücksichtslos alle «Querverbindungen» ab. Trefft mit euren Mitarbeitern solche Vereinbarungen, dass ihr euch wiederfindet, ohne voneinander Wohnung und Namen zu wissen.
11. Organisiert Materialverteilung so, dass in der kürzesten Frist nicht mehr als zwei beieinander sind. Überlegt also vorher den Verteilungsschlüssel und die Stellen.
12. Macht endgültig Schluss mit den familiären Verhältnissen untereinander. Ihr habt auch als «Privatpersonen» nichts bei anderen Freunden zu suchen, wenn ihr auch wisst, dass sie zuverlässig sind. Gerade deshalb dürft ihr sie nicht unnötig belasten. Wenn ihr euch auf der Strasse trifft, geht aneinander vorüber; es sei denn, dass ihr euch verabredet habt. Es interessiert ausser der Gestapo keinen, dass ihr euch kennt.
13. Macht kein Lokal zur Stammkneipe, kein Kino zum Stammkino, keinen Park oder Platz zum Stammaufenthalt. Es brauchen euch nicht mehr Leute zu kennen als notwendig ist.
14. Kämpft hart und entschlossen gegen Gerüchte und Panikstimmungen bei bestimmten Anlässen. Keiner darf ungeprüfte Meldungen weitergeben, jeder sei bemüht, sofort den Urheber derartiger Dinge festzustellen. Bevor keine Klarheit bei bestimmten Meldungen besteht, dürfen sie nicht zum Allge-

meint der gesamten Organisation werden. Teilt solche Dinge zu allererst eurem Vordermann mit.

15. Denkt daran, Leichtfertigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Mut! Die Kunst unserer Arbeit ist, bei Anwendung aller Vorsichtsmassregeln und Beachtung kleinster Dinge, das Höchstmass an Arbeit unter den Massen zu leisten. Bei einer richtigen Verteilung der Kräfte und Anwendung einer beweglichen Taktik wird uns das gelingen.

Es ist klar, dass es gerade in konspirativer Hinsicht immer wieder neue Momente und Variationen geben wird. Sprecht also von Zeit zu Zeit über die Methoden des Gegners und legt danach euer Verhalten fest. Ihr habt dadurch den Vorteil, immer einen Schritt im Voraus zu sein, während sich der Gegner erst auf unsere Arbeitsweise einstellen muss. Zieht jeden rücksichtslos aber kameradschaftlich zur Verantwortung, der die Regeln durchbricht. Schafft euch durch wirklich konkrete, politische Arbeit eine solche Massenbasis, dass kein noch so blutiger Terror in der Lage ist, euch zu schaden. Stellt an die Spitze eurer organisatorischen Arbeit das Wort Lenins: «Wer in Zeiten der Illegalität auch nur im Geringsten die Disziplin der Bolschewiki bricht, der hilft, ob er will oder nicht, unserem Feind, der Bourgeoisie.»

(Aus einer Hamburger illegalen Zeitung.)

Fiete Schulze



„Ich hatte die Absicht, die Verwirklichung der kommunistischen Verhältnisse in Deutschland zu beschleunigen, aus meiner persönlichen kommunistischen Einstellung heraus, ganz selbständig, ohne Auftrag. Hätte ich einen Auftrag bekommen, so würde ich es sagen, denn ich wäre atolz darauf ... Ich weiss, dass der Staatsanwalt meinen Kopf haben will, aber er muss sich beeilen, sonst kommt erst noch der Kommunismus zur Macht... Kommt auch später so zahlreich, dann sollt Ihr sehen, wie ein Kommunist stirbt ..

Einer weniger – aber siegen werden wir doch!“

Am 18. März 1935 vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht.

penbergers, der sich weigerte, irrede Genossen von der Gestapo umbringen zu lassen, nach Moskau, wo er von der OGPU erschossen wird. Das Personal seines Apparates wird ebenfalls ermordet.

Nachdem Ulbricht der stalinistischen Säuberung in Moskau 1936 nur mit knapper Not entronnen ist, ist seine Machtstellung in der KPD bzw. SED von da an bis heute nicht mehr zu erschüttern gewesen.

All das trägt dazu bei, dass die vom Ausland organisierten Widerstandsaktionen der organisierten Arbeiterschaft aus KPD, SPD und Gewerkschaften der Führung des Dritten Reiches die geringste Sorge bereiten. Viel ärger ist das Verhalten von Leuten, die 1933 Hitlers Reichskanzlerschaft entweder jubelnd begrüßt oder zumindest gutgeheissen haben: Es rumort in den beiden Kirchen, der katholischen und der evangelischen. Die Ursachen und Anlässe für den Kampf des Nationalsozialismus und den Widerstand der Kirchen, so vielgestaltig sie auch scheinen mögen, lassen sich dabei letztlich immer auf den einen entscheidenden Grund

zurückführen: auf die Unvereinbarkeit zwischen Nationalsozialismus und Christentum.

Dass diese Unvereinbarkeit immer wieder überbrückt wird, liegt einmal daran, dass viele katholische und evangelische Kirchenmänner erst allmählich die Gefahr des Nationalsozialismus erkennen, und zum anderen daran, dass die Taktik der nationalsozialistischen Machthaber genauso wie die Taktik der Kirchen darin besteht, einen endgültigen Bruch zu vermeiden. Hitler hat niemals öffentlich behauptet, dass er den Kirchen den Kampf angesagt habe, und die Kirchen mussten in der Situation des totalen Staates, in der sie dem Staat machtmässig völlig unterlegen waren, dem Staat immer so viele Zugeständnisse einräumen, immer so verbindlich und entgegenkommend taktieren, dass sie ihre wesentliche Aufgabe, die Verkündung ihrer Lehre und die Betreuung ihrer Gläubigen, am besten ausführen konnten. Sieht man nur einseitig auf die taktisch bedingten Formulierungen, so könnte man glauben, die Kirchen seien Hitler doch zu weit entgegen-

An Frau Emmy Sonnemann!



Frau Emmy Sonnemann!

Als am Tage Ihrer Hochzeit 140 für künftige Morde bestimmte Flugzeuge über dem Kirchenportal kreisten, haben Sie, da die Motoren so donnerten, den Schlag des Fallbeils überhört, durch den unsere Freunde Sally Eppstein und Erwin Ziegler enthauptet wurden. Diese beiden jungen Menschen waren unschuldig, obwohl die blutige Justiz Ihres angetrauten Gatten und höchster Trauzeugen sie für schuldig befand.

Unter Ihren tausend Hochzeitsgaben war auch ein armer Kanarienvogel in einem Käfig aus Flugzeuggestängen. Verstopfen Sie Ihre Ohren, Frau Emmy Sonnemann, Sie könnten sonst aus seinem Zirpen das Weinen um jene schuldlos Gerichteten und um die vielen anderen unschuldigen Opfer hören.

Und jenes Brautdiadem aus Brillanten? Lady Milford wollte mit den Brillanten, an denen das Blut der Untertanen klebt, nichts zu tun haben. Aber die Milford ist wohl keine Rolle für Sie.

Eines Tages, Frau Fliegergeneral Göring, aber wird es Ihnen klar werden, was es heisst, einem Henker die Hand gereicht zu haben.



Abb. links: aus «Die Rampe», illegales Gewerkschaftsorgan für die deutschen Bühnenangehörigen, April/Mai 1935. – Abb. rechts: Karikatur aus einer illegalen, hektographierten kommunistischen Zeitschrift aus dem Jahre 1935.

gekommen, sie hätten energischer Widerstand leisten müssen. Dieser Schein jedoch trügt. Wer die Quellen genau studiert, kann zwar Fehler finden, kann katholischen und evangelischen Illusionen über den Nationalsozialismus begegnen, er kann Arglosigkeit, Leichtgläubigkeit, ja sogar Opportunismus entdecken, er kann aber vor allem die Zeugnisse nicht übersehen, die beide Kirchen als mutige Kämpfer ausweisen, als Kämpfer für die Bewahrung des Christentums in einer schwierigen Zeit.

Um diesen Kampf, um diesen Widerstand der Kirchen zu würdigen, muss die Entwicklung der katholischen Kirche auf der einen und der evangelischen auf der anderen Seite getrennt behandelt werden.

Gerade der katholischen Kirche wird jetzt erneut und verstärkt der Vorwurf gemacht, sie habe mit dem Nationalsozialismus kollaboriert. Dabei wird dieser Vorwurf um so leichter erhoben, je ungefährdeter man heute die damalige Zeit im Nachhinein analysieren kann und je weniger man sich in die Schwierigkeit der damaligen Zeit und das Wesen der katholischen Kirche überhaupt hineinversetzt.

Die katholische Kirche hat keine staatlichen Machtmittel, sie hat keine Soldaten, keine Gestapo, keine Konzentrationslager, keine Rollkommandos, die missliebige Gegner ermorden; sie hat ihre internationale Organisation, ihre Kanzel, ihre Lehre, ihre Gläubigen, ihre Schriften und Predigten, mit denen sie die Menschen freiwillig dazu bringen muss, dem Worte Gottes entsprechend zu leben. Das allein ist ihre Hauptaufgabe, und daher sind die damaligen Worte des späteren Papstes Pius XII. richtig, wenn er sagt: «Der katholischen Kirche liegt es fern, eine Staatsform oder eine staatliche Um- oder Neuorganisation als solche abzulehnen.» Sie schliesse Konkordate «mit Monarchien und Republiken, mit demokratischen und autoritär geleiteten Staaten». Worauf es ihr ankomme sei, dass «die Rechte Gottes», und des «christlichen Gewissens» gesichert würden.

Natürlich muss der katholischen Kirche eine Staatsform am liebsten sein, in der sie ihren Auftrag am umfassendsten zu erfüllen vermag. Ihre Aufgabe ist es aber nicht, wenn ein Staat eine Entwicklung nimmt, in der die Stellung der Kirche erschwert wird, mit diesem Staat zu brechen und ihre Gläubigen im Stich zu lassen, sondern daran zu gehen, nach neuen Wegen zu suchen, wie sie auch in einem solchen Staate unter den neuen Bedingungen ihren Auftrag erfüllen kann. Und als Hitler – von dem man zwar weiss, dass er nach dem 30. Januar 1933 darangegangen ist, die Diktatur in Deutschland zu errichten, aber noch kein verantwortlicher Staatsmann weiss, wo diese Diktatur einmal enden wird – der katholischen Kirche

ein Konkordat mit günstigen Bedingungen anbietet, sieht man in diesem Konkordat ein effektives Mittel, die Rechte und das Wirken der katholischen Kirche in Deutschland zu sichern.

Von da an bleibt das Reichskonkordat die Grundlage, auf der die katholische Kirche ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus führt, es bleibt die rechtliche Grundlage, die von Hitler zwar hundertfach durchbrochen, niemals aber als solche aufgehoben wird. Im Gegenteil, auch Hitler und seine Helfershelfer beziehen sich in ihrem Kampf gegen die Kirche immer auf das Konkordat, wobei letztlich alles auf die Frage der Vertragsauslegung hinausläuft und hierbei wiederum der Begriff des Politischen eine entscheidende Rolle spielt. Gleich nach der Unterzeichnung heisst es im «Völkischen Beobachter»: «Durch diesen Vertrag wird vor der ganzen Welt klar und unzweideutig erwiesen, dass die Behauptung, der Nationalsozialismus sei religionsfeindlich, eine Lüge ist, die zum Zweck politischer Hetze erfunden wurde ...

Die Kirche verbietet den Priestern durch das Konkordat jede parteipolitische Betätigung ...»

Darauf gibt der «Osservatore Romano», die Zeitung des Vatikans, die bezeichnende Antwort, dass nur «die parteipolitische Tätigkeit im besonderen» untersagt sei, nicht aber das Wirken der Kirche zum gemeinsamen Wohl der «Polis».

In seiner Rede vom 26. Oktober 1933 führt Hitler aus, er habe den Kampf «gegen die Zersetzung unserer Religion» aufgenommen, weil er der Überzeugung sei, «dass das Volk diesen Glauben benötigt und braucht». Insbesondere habe er «die Priester aus der Niederung des politischen Parteistretes herausgeholt und wieder in die Kirche zurückgeführt». Es sei sein Wille, «dass sie niemals mehr zurückkehren sollen in ein Gebiet, das für sie nicht geschaffen ist...»

Aber gerade in Hitlers Staat muss die Kirche ins «Politische» zurückkehren, nicht weil sie sich unstatthafte Kompetenzen anmasst, sondern weil der Nationalsozialismus mit seiner Auslegung des «Politischen» in die ureigensten Aufgaben und tiefsten Anliegen der Kirche hineingreift. Weil der Nationalsozialismus eben doch «religionsfeindlich» ist und letztlich das Ziel verfolgt, den Einfluss der Kirchen mit politischen Mitteln völlig auszuschalten.

Die Spannungen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche kommen dabei um so stärker zum Ausdruck, je stärker die katholische Bevölkerung in den Einzelnen Teilen Deutschlands vertreten ist. Auch das Widerstandsverhalten Einzelner Priester kann dabei um so nachhaltiger sein, je geschlossener die Bevölkerung hinter ihnen steht, wie es sich beispielsweise im katholischen Rheinland gezeigt hat.

11 Gebote für das Verhalten Verhafteter!

Motto: Ein Kommunist verteidigt sich nicht, indem er seine Person, sondern indem er den Kommunismus und seine Organisation verteidigt.

1. Gebot: Wenn es mir möglich ist, verheimliche ich der Polizei meinen Namen und meine Adresse in den ersten Tagen und Wochen meiner Verhaftung;
denn: meine Angehörigen und Genossen werden dadurch gewarnt und haben «Zeit...»

2. Gebot: Über meine Partei, über meine Genossen mache ich prinzipiell keine Aussagen, weder vor der Gestapo, noch vor dem Untersuchungsrichter, dem Gericht oder ähnlichen Institutionen;

denn: tue ich dies trotzdem, so werde ich zum Verräter an der Bewegung, an meinen Genossen, werde früher oder später im proletarischen Gericht «erbarmungslos gerichtet werden»

3. Gebot: Namen, Decknamen, Personenbeschreibungen, Adressen und Stellen, über die Genossen erreichbar sind, gebe ich prinzipiell nicht an;

denn: ich weiss, dass ich dann zum Verräter werde, dass ich mich durch jede Adresse, aus der die Polizei ersieht, dass ich Einblick in die Organisation habe, selbst belaste.

4. Gebot: Nie gestehe ich mir vorgeworfene Delikte ein, selbst dann nicht, wenn allerlei Beweismaterialien gegen mich aufgeföhren werden;

denn: man wird die Beweismaterialien fälschen, Sachverhalte konstruieren, um dadurch mein Geständnis zu erzielen, mich verurteilen zu können.

5. Gebot: Wenn man mir sagt: «Wir wissen schon alles, geben Sie es ruhig zu», dann hülle ich mich in eisiges Schweigen, weil ich weiss, sie wissen gar nichts;

denn: wenn sie alles wüssten, brauchten sie mich nicht noch zu fragen.

6. Gebot: Wenn man mir sagt, andere haben schon gestanden, dann glaube ich das nicht. Und falls andere wirklich gestanden haben, werde ich sie als Lügner hinstellen, immer alles bestreiten;

denn: meistens wird die Belastung durch einen anderen nicht genügen, um mich überführen zu können.

7. Gebot: Mit vernehmenden Personen lasse ich mich nicht in Gespräche, auch nicht nebensächlicher oder persönlicher Art ein;

denn: sie verstehen es, mich im Rahmen solcher Gespräche geschickt auszufragen.

8. Gebot: Ich unterlasse es, mit mich vernehmenden Personen zu diskutieren, zu versuchen, sie für den Kommunismus zu gewinnen;

denn: dafür ist das der denkbar ungünstigste Moment. Ich liefere ihnen nur Material gegen mich selbst, tue selbst den ersten Schritt auf dem Wege zur Provokation.

9. Gebot: Wenn man mich martert, prügelt, so lasse ich mich eher totschlagen, totquälen, ehe ich meine Organisation, meine Genossen verrate;

denn: ein Verräter bleibt ein Verräter, gleich, aus welchen Motiven er den Verrat übt. Ob freiwillig, durch Gewinn-

sucht, durch Marter dazu gezwungen, das Proletariat wird und kann keinen Unterschied zwischen Verrätern machen.

Merken meine Folterknechte erst einmal, dass ich ihren Folterungen nachgebe, verrate, so würde ich erst recht nicht um die Folterungen herumkommen, sie würden mich weiter foltern, auch dann, wenn ich längst nichts mehr verraten könnte.

Wenn ich aber allen Folterungen und Misshandlungen standhalte, weiss ich, dass ich zehn, vielleicht auch noch mehr Genossen das Los erspare, das mir beschieden ist, und dass ich mich nicht selbst belaste.

10. Gebot: Ich lasse mich nicht als Köder durch die Strasse führen, in Lokale setzen, damit die Genossen, die mich ansprechen, verhaftet werden;

denn: Rudi Schwarz und viele andere Genossen sind mir Vorbilder. Sie haben sich vor Autos, Omnibusse, Strassenbahnen geworfen, um ihre Genossen zu warnen, ihnen die Möglichkeit zu geben, in dem Massenaufmarsch zu verschwinden. Sie sind durch die Strassen gegangen und haben geschrien: «Vorsicht! Bullen!», «Ich lasse mich von Euch Achtgroschenjungen nicht durch die Strassen führen!» usw. Sie haben auf der Strasse den ersten besten Bourgeois angesprochen, den sie trafen.

11. Gebot: Vor dem Gericht verteidige ich mich selbst. Ich verteidige nicht meine Person, sondern meine Partei, die Idee des Kommunismus. Dimitroff ist mein Lehrmeister;
denn: unter den Verhältnissen der faschistischen Diktatur in Deutschland wird jeder Anwalt nur die Person verteidigen; versuchen, meine Person in einen Gegensatz zu meiner Organisation, zum Kommunismus zu stellen. Und das kann ich nicht zulassen.

Wollte der Anwalt aber versuchen, den Kommunismus, meine Organisation zu verteidigen, so würde er sich damit selbst auf die Anklagebank zitieren. Deshalb schade um jeden Arbeiterpfennig, der zur Finanzierung faschistischer Rechtsanwälte verschleudert wird.

Das Lied vom Hitler.

*Ernst Thälmann gefangen! Der Reichstag brennt!
Wer war es? Einer, den Jeder kennt:
Hitler!
Viel tausende Arbeiter, Frau und Mann,
Gefoltert, ermordet! Wer war es? Sagt an:
Hitler!
Die Löhne herunter, die Preise hinauf!
Dazu «Maul halten!» sonst gibts eins drauf
von Hitler.
Krieg heisst die Lösung! Bombenflieger hier!
Gegen den Rätebund! Wer führt das Heer!
Hitler!
Genossen, Arbeiter! Uns geht es an!
Kincin, in die Rote Front, Mann für Mann.
Gegen Hitler!
Hammer und Sichel müssen wehn!
Rätedeutschland muss auferstehn!
Hoch Marx und Lenin!*

(Aus: «Hammer und Sichel», Nr. 7, vom 26. 4. 1935,
Organ der KPD, Unterbezirk Berlin.)

So kommt es während der traditionellen Karls-Feier in Aachen zu einem bezeichnenden Zwischenfall. An der Feier zum Andenken Karls des Grossen im Aachener Münster nehmen auch die katholischen NSDAP-Mitglieder, SS- und SA-Leute in Uniform teil. Die altberühmte katholische Karls-Schützengilde marschiert unter Führung einer SA-Kapelle zum Münster. Doch während in dem ehrwürdigen alten Gotteshaus die Messe Anton Bruckners erklingt, marschiert draussen die Hitlerjugend mit Pauken und Trompeten vorbei, um die feierliche Handlung zu stören. Die Erregung der gesamten Bevölkerung ist gross und allenthalben deutlich spürbar.

Zur gleichen Zeit findet in Aachen die Aufführung eines Theaterstückes «Wittekind» statt, in dem der Kampf der Sachsen gegen das Frankenheer Karls dargestellt wird. Es ist ein eindeutig antikatholisches Stück, in dem Kaiser Karl als Mörder der Sachsen im Auftrag der Römischen Kirche dargestellt wird. Das Stück muss schliesslich unter dem Druck der Bevölkerung von der Regierung verboten werden.

Kaum einer der Berichte des Sicherheitsdienstes, die für den Regierungsbezirk Aachen von 1934 bis 1936 erhalten geblieben sind, unterlässt es, auf den Widerstand der katholischen Bevölkerung und ihrer Priester hinzuweisen. Folgende Formulierungen sind typisch und kehren in offiziellen Schriften und Dokumenten immer wieder:

«Die Reserviertheit der katholischen Geistlichkeit nimmt stetig zu ...

Auf die Tatsachen, dass die katholische Kirche inzwischen auf der ganzen Linie zum Angriff übergegangen ist, es aber meisterlich verstanden hat, ihre Haltung als eine ihr durch das sogenannte Neuheidentum und andere angeblich kirchenfeindliche Bestrebungen aufgezwungene Verteidigung hinzustellen ... habe ich in meinem vorigen Bericht eingehend hingewiesen ...

Der Kampf der katholischen Kirche gegen das sogenannte Neuheidentum, meistens verbunden mit Angriffen auch gegen die Grundsätze des Nationalsozialismus und somit des neuen Staates, nimmt immer schärfere Formen an ...

Die ständig in meinen früheren Lageberichten erwähnte gegnerische Einstellung der katholischen Geistlichkeit gegenüber Staat und Bewegung geht mehr und mehr aus dem Stadium eines abwartend passiven Verhaltens in das der Offensive über ...

Selbstverständlich hütet sich die Geistlichkeit, als Angreifer etwa den Staat oder seine Organe hinzustellen. Der Doppelsinn der Predigten zeigt aber jedem Eingeweihten sofort, worauf hingezielt wird, und dass man mit allen Mitteln bemüht ist, die Weltanschauung

des Nationalsozialismus in irgendeiner Form zu misskreditieren ...»

Diese Weltanschauung, die den Wert des Einzelnen verleugnet und die die Bindung des Gewissens an die Gebote Gottes verneint, die Volk und Rasse zu neuen Göttern erhebt, kann von der Kirche nicht toleriert werden. Und nicht nur im Regierungsbezirk Aachen, sondern überall in Deutschland beobachten Gestapo und SD den Widerstand der katholischen Kirche gegen diese Weltanschauung. In dem Lagebericht des Sicherheitsdienstes vom Mai/Juni 1934 an den Reichsführer SS, Chef des Sicherheitsamtes, in dem der katholische Widerstand umfassend dargestellt wird, heisst es:

«Gegnerische Betätigung katholischer Geistlicher ist in derart zahlreichen Fällen in allen Teilen des Reiches nachgewiesen worden, dass seine Aufzählung von Einzelfällen unmöglich und auch unnötig ist. Es werden daher lediglich kurz die wesentlichen und häufigsten Vergehen zusammengestellt. Zu beachten ist, dass fast jede gegnerische Äusserung eines Geistlichen nicht eine Privatangelegenheit des Betreffenden, sondern eine politische Beeinflussung anderer darstellt. Dabei werden die Mittel religiöser Erziehung zu politischen Zwecken missbraucht, besonders Predigt, Beichtstuhl, Religionsunterricht, Vereinsführung und seelsorgerliche Hausbesuche.

Im Einzelnen sind zu beobachten:

Angriffe gegen die nationalsozialistische Weltanschauung:

- gegen den Rassegedanken
- gegen den Antisemitismus
- gegen das Führerprinzip (‚Menschenverherrlichung‘)
- gegen nationalsozialistische Führer und Verbände
- persönliche Verunglimpfung Einzelner Führer, Verächtlichmachung von HJ, BDM, SA usw., um vom Eintritt in diese Verbände abzuschrecken,
- gegen die nationalsozialistische Presse
- einseitige Werbung für die katholische Presse
- gegen nationalsozialistische Formen
- gegen den Deutschen Gruss (Nichtanwendung, Bekämpfung bei anderen, bes. bei der Jugend, Einführung von Ersatzgrussformeln, z.B. Heil Pius, Treu Heil usw.)
- gegen Hakenkreuzfahne und andere Symbole
- gegen Horst-Wessel-Lied
- gegen Führerbilder
- gegen Uniformen u. dgl.
- gegen staatliche Massnahmen
- gegen Winterhilfswerk (Eintopfgerichte usw.)
- gegen das Berufsbeamtengesetz
- gegen Luftschutz und ähnliches
- Verbreitung von Greuelmärchen

Planmässig wird so die Grundlage des nationalsozialistischen Aufbaues untergraben, nämlich das Vertrauen des Volkes zur Führung des Staates.»

Und genau das muss die Aufgabe des katholischen Widerstandes sein, das Vertrauen des Volkes zur Führung des Staates zu untergraben, nicht weil die Kirche den Staat als solchen ablehnt, sondern weil sie sich gezwungen sieht, gegen eine feindliche Weltanschauung anzukämpfen, die vom nationalsozialistischen Staat getragen wird.

Und dieser Staat geht nun seinerseits daran, diesen kirchlichen Widerstand zu bekämpfen, und zwar nicht offen und frontal gegen die Kirche insgesamt, sondern mit einer Taktik, die den Kirchenkampf vermeiden möchte, die Kirche «abfauen lassen will wie ein brandiges Glied», und die vor allem aus den Gläubigen und ihren Führern keine Märtyrer machen will.

Über Nacht gibt es plötzlich einen Prozess nach dem anderen gegen katholische Geistliche wegen «Devisenschabung», «betrügerischer Bereicherung», «Diebstahl» – alles kriminelle Delikte, um den Anschein des Kulturkampfes zu vermeiden. Klöster werden durchsucht, Äbte und Mönche als «Devisenschieber» verhaftet.

Am bekanntesten wird der Fall des Franziskaner-Paters Otto Oertel, der das Geld seines Klosters Waldbreitbach bei Köln verwaltet. Er hat tatsächlich «mit Devisen geschoben», indem er das Währungsgefälle zwischen Deutschland und Holland ausgenutzt hat. Hin und her hat er illegal Geld getauscht, Aktien erworben, sie wieder in Devisen umgesetzt, abermals Betriebsanteile gekauft. Vor Gericht spricht der Staatsanwalt vom Missbrauch der Religion, des katholischen Glaubens, von Heuchelei, von Verrat an Christus, der selbst die Wechsler aus dem Tempel jagte, und er spricht von Verrat an Deutschland.

Die Kirche rückt eilends von Oertel und anderen Verhafteten ab, und so können die Nationalsozialisten tatsächlich zunächst einen Sieg für sich buchen. Aber es ist ein Pyrrhussieg. Denn die katholische Bevölkerung betrachtet die Devisengewinnler durchaus nicht als Kriminelle, haben sie doch diese illegalen Geschäfte schliesslich nicht für sich, sondern zur Mehrung des Gutes der Kirche gemacht. Und so wird das nationalsozialistische Vorgehen richtig verstanden als ein Vorwand, die Kirche in Misskredit zu bringen.

Ein Gestapo-Bericht des Regierungsbezirks Aachen vom 5. Juli 1935 stellt zur Stimmung unter der katholischen Bevölkerung fest:

« ... bei den ... Pfarrprozessionen kann man immer wieder feststellen, wie sehr die katholische Bevölkerung an ihrer Kirche hängt...

An der starken Beteiligung ändert auch nichts, dass

durch die Devisenschabungen Mängel an den Einrichtungen der Kirche aufgedeckt worden sind, sondern ... neigt man nach wie vor dazu, die Devisenprozesse als einen Angriff auf die katholische Kirche zu werten ...»

Und gleichzeitig geht aus diesem Bericht hervor, wie der Devisenangriff Leute zur Kirche bringt, die sonst nichts mit ihr zu tun haben, die aber in der katholischen Kirche jetzt das Zentrum eines möglichen Widerstandes gegen Hitler sehen. So heisst es in der Meldung der Gestapo nach Berlin:

« ... machen sich ... Personen die kirchenpolitischen Spannungen zunutze, die ohne nähere Beziehungen zur Kirche sind und lediglich ein Gebiet suchen, auf dem sie ihre dem Nationalsozialismus feindliche Einstellung betätigen können. So haben in einem Ort meines Bezirks nicht weniger als 80 Männer sich für die Fronleichnamprozession als sogenannte ‚Himmelträger‘ gemeldet, unter denen sich mehrere früher sehr aktive Anhänger der KPD und der SPD befanden. Ein ehemaliger Funktionär der SPD, der stets gegen die Kirche gehetzt hat, ist sogar so weit gegangen, das Verhalten dieser Himmelträger als Mannesmut vor Königsthronen zu bezeichnen ...»

Aber die Gestapo hat diese Leute ebenso unter Beobachtung wie die aus Sozialdemokraten oder Kommunisten bestehenden Vereine. Gefährlicher für Hitlers Taktik sind immer wieder die eigenen Leute, vor allem die Hitlerjugend, die in der Bevölkerung eine staatsfeindliche Stimmung erzeugen.

In Vaalserquartier, das dicht an der holländischen Grenze liegt, ereignet sich ein Vorfall, der die katholische Bevölkerung besonders empört. Eine Schar der Hitlerjugend zieht durch den Ort und singt nach der Melodie des alten Soldatenliedes «Als wir nach Frankreich zogen...» ein Lied, dessen Worte bis nach Holland hinüberklingen:

«Als wir nach Holland zogen,
Wir waren unser drei.
Ein Pater und zwei Brüder,
Das war'n Devisenschieber.
Eine Nonne war auch dabei.

Als wir jetzt weiterzogen,
da war'n wir nur noch zwei –
Die Nonne sass im Kittchen,
Man hatt' sie beim Schlafittchen,
Das Schieben war vorbei.

Nun flüsterts dir ganz leise:
Wie geht es dir, Mamsell?
Jetzt wirst du kahlgeschoren,
Siehst aus wie Arsch mit Ohren,
Beim himmlischen Appell.»

Der Vorfall erregt nicht nur die Menschen in Vaalserquartier, er wird auch sofort von der holländischen Presse breit publiziert. Ein katholisches Blatt im Grenzgebiet veröffentlicht den vollen Text des Schmähliedes und erklärt den Gläubigen, da sehe man, was von Hitler zu halten sei.

Der Düsseldorfer Gestapo-Chef Seetzen berichtet auch darüber und stellt wörtlich fest: «Es ist begreiflich, dass derartige Lieder einmal die Eltern empören und sie sich weigern, ihre Kinder zum Jungvolk zu schicken, zum anderen aber auch die Auswirkungen auf das nahe Ausland äusserst schädlich sind.» Im allgemeinen würden die katholischen Bevölkerungskreise dem heutigen Staat nur dann Gefolgschaft leisten, «wenn sie wissen, dass man ihre Religion nicht antastet und ihre Empfindungen nicht verletzt..

Trotz dieser feindseligen Haltung des Nationalsozialismus der katholischen Kirche gegenüber, trotz Provokation durch HJ und andere Parteistellen, trotz der verleumderischen Devisenprozesse, geht das Bemühen der Kirche weiter, die nationalsozialistische Weltanschauung zurückzuweisen und den eigenen Einfluss zu stärken.

Am 4. November 1936 kommt es zu einer dreistündigen Unterredung zwischen Hitler und Kardinal Faulhaber, der trotz seiner zeitweiligen taktischen Annäherungsversuche an das Dritte Reich vom SD «als der geistige Führer des katholischen Widerstandes gegen den nationalsozialistischen Staat» betrachtet wird. Faulhaber will Hitler klarlegen, dass die katholische Kirche eine Trennung zwischen der Einstellung des «Aussenseiters» Rosenberg und der kirchenfreundlichen Einstellung des Staates nicht mehr akzeptieren könne. Hitler aber schlägt eine geschickte Taktik ein, die auch an Kardinal Faulhaber nicht wirkungslos vorbegeht. Gemäss einer nicht datierbaren Überlieferung soll Faulhaber zwar nach dieser Unterredung gesagt haben: «Ich habe dem Satan ins Auge gesehen», sein authentischer Bericht aber, den er zur Information des Vatikans und der Mit Bischöfe streng vertraulich niederschreibt, lässt einen anderen Eindruck vermuten: «In der Auseinandersetzung hält sich der Führer mit einer imponierenden Sicherheit wie auch in seinen grossen Reden auf der staatsmännischen Linie und das gibt ihm den Vorsprung, dass er, sobald man Einzelvorkommnisse vorbringt, diese abtun kann mit dem Wort: ‚Das sind ja nur Kleinigkeiten .. / Der Führer beherrscht die diplomatischen und gesellschaftlichen Formen mehr, wie ein geborener Souverän sie beherrschte ... Er lässt die Dinge nicht an sich herankommen, wie es in der Zeit der parlamentarischen Auseinandersetzungen die Regierungen taten, er steuert ihnen entgegen. Er entwickelt seine Gedanken affekt-

voll und doch sichtlich mit Selbstbeherrschung. Dazwischen kann er feierlich und beinahe weich werden, wie bei den Worten: ‚Der Einzelne ist nichts. Der einzelne wird sterben. Kardinal Faulhaber wird sterben, Alfred Rosenberg wird sterben, Adolf Hitler wird sterben. Da wird man innerlich und demütig vor Gott/ Der Reichskanzler lebt ohne Zweifel im Glauben an Gott. Er erkennt das Christentum als den Baumeister der abendländischen Kultur ... Weniger klar steht das Bild der katholischen Kirche vor seinem Geist als göttlicher Stiftung, mit ihrer göttlichen, dem Staat gegenüber selbständigen Mission, mit ihrer geschichtlichen und kulturellen Grösse.»

Diese Unterredung, in der Hitlers Taktik deutlich zum Ausdruck kommt, immer das zu sagen, was in der jeweiligen Lage gerade opportun ist, nicht aber das, was seine eigentlichen Absichten sind, hätte Kardinal Faulhaber bestimmt nicht so beeindruckt, wenn Hitler sich nicht verstellt hätte, sondern sich so über die Kirchen geäussert hätte, wie er das im vertrauten Kreis zu tun pflegt: « ... abfaulen wie ein brandiges Glied... Soweit müsste man es bringen, dass auf der Kanzel lauter Deppen stehen ... Das wird mich nicht abhalten, mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln das Christentum in Deutschland auszurotten ...»

Aber Kardinal Faulhaber lässt sich nur kurz in Hitlers Bann schlagen. Da die kirchenfeindliche Politik der Nazis nach dieser Unterredung nicht aufhört, ist er es, der massgeblich an der Ausarbeitung der päpstlichen Enzyklika «Mit brennender Sorge» beteiligt ist, die am 27. März von allen deutschen Kanzeln verlesen wird und die nationalsozialistische Weltanschauung grundsätzlich verdammt und verurteilt.

Nach diesem mit höchster Autorität versehenen Protest gegen das Antichristliche im Nationalsozialismus geht der Nationalsozialismus zum verstärkten Angriff auf die Kirche über. Nicht geradlinig und mit den Waffen des geistig durchdachten Arguments, sondern hinterhältig mit bewusst propagandistisch ausgenützten Sittlichkeitsprozessen. Mit Hilfe der Justiz, die man als Propagandainstrument missbraucht, soll die Kirche durch einzelne kriminelle Sittlichkeitsverbrecher in ihrer Gesamtheit beim Volk und bei den Gläubigen in Misskredit gebracht werden. Nachdem man genügend Material gesammelt, die Prozesse aber zurückgehalten hat, ist jetzt der günstige Zeitpunkt für dieses Vorgehen gegeben. Denn jetzt gilt es, das weltweite Echo der päpstlichen Enzyklika in seiner Wirkung zu beeinträchtigen und das Interesse des Volkes auf anderes zu lenken.

Goebbels, der ganz nach seiner Maxime verfährt, dass Propaganda «nicht objektiv die Wahrheit zu erforschen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen habe»,

setzt seinen propagandistischen Apparat in Bewegung. Dementsprechend ist die Berichterstattung gekennzeichnet durch Übertreibungen, unzulässige Verallgemeinerungen, tendenziöse und einseitige Darstellungen. Einseitig besonders deshalb, weil die Presse den offiziellen Anweisungen zufolge so gut wie nichts aus den Verteidigungsreden für die Geistlichen bringen darf.

Neben diesen Prozessen, neben Massnahmen gegen kirchliche Druckerzeugnisse und kirchliches Vermögen, erstreckt sich die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Nationalsozialismus insbesondere auf die Beeinflussung der Jugend. Hitler will, dass in der Kirche nur noch «alte Weiblein» sitzen. «Die gesunde Jugend aber ist bei uns.»

Was die katholischen Jugendverbände anbetrifft, so sieht sich selbst ein SD-Bericht gezwungen, «die aufopfernde Jugendarbeit – anders kann sie nicht bezeichnet werden –, die der katholische Klerus leistet», anzuerkennen. Trotz dieser aufopfernden Arbeit, unterstützt und geleitet von der untersten bis zur höchsten Stelle der Kirche, können sich die katholischen Jugendverbände legal nicht halten. Nachdem sich gerade katholische Jugendliche an der Verbreitung der päpstlichen Enzyklika hervorgetan haben, werden bis zum Jahre 1938 sämtliche katholischen Jugendverbände verboten und ihre Zentrale, das Jugendhaus Düsseldorf, aufgelöst.

Während der Kampf der katholischen Jugend nun illegal weitergeht, versucht die Kirche auf höchster Ebene ein weiteres Mal, mit Hitler zu einem Frieden zu gelangen. Der Tod Papst Pius' XI. und die Übernahme des Amtes durch Papst Pius XII. soll hierfür zum Anlass genommen werden. Mit den zur Papstkrönung in Rom weilenden deutschen Kardinälen – Bertram (Breslau), Faulhaber (München), Schulte (Köln) und Innitzer (Wien) – erwägt der neue Papst, wie man möglicherweise zu einem besseren Verhältnis zum nationalsozialistischen Staat kommen könne. Die Protokolle dieser Konferenzen vom 6. und 9. März 1939 zeigen nochmals die schwierige Situation der Kirche, die darauf angewiesen ist, allein mit dem Wort gegen einen mit allen staatlichen Zwangsmitteln ausgestatteten Gegner anzukämpfen:

«Heil. Vater: Wir wollen die Zeit, wo Ihre Eminenzen hier weilen, benützen, um zu überlegen, wie der Sache der katholischen Kirche in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick geholfen werden kann.» Der deutsche Botschafter beim Hl. Stuhl habe ihm nach der Papstwahl die «wärmsten Glückwünsche des Führers und der Regierung» übermittelt. Diese habe er erwidert und auch seine «Wünsche für den Frieden zwischen Kirche und Staat» zum Ausdruck gebracht. «... Ich

habe es so allgemein gesagt. Einzelheiten konnte ich nicht berühren. Wir haben das Beste getan und jede Möglichkeit zur Besserung der Dinge versucht. Wir sind nicht gegen Deutschland und auch nicht gegen irgendeine Regierungsform. Ich habe auch in Budapest [als Legat beim Eucharistischen Kongress 1938] betont, dass die Kirche, soweit Gottes Gesetz gewahrt wird, jedes Volk seine Regierungsform wählen lässt.

Der neue Papst gibt den verschiedenen Staaten, mit denen der Hl. Stuhl in Beziehung steht, Mitteilung von der geschehenen Wahl. Für Deutschland ist schon ein Entwurf vorbereitet. Es wäre eine gute Gelegenheit, vielleicht schon jetzt ein Wort des Friedens zu sagen...»

Nach der Verlesung dieses Entwurfes fährt der Papst fort: «Glauben Sie, der Brief passe, oder soll man etwas beifügen oder ändern? Ich möchte gerne den Rat Ihrer Eminenzen hören.

Em. Bertram: Ich wüsste nicht, was beigefügt werden sollte. Em. Faulhaber: Inhaltlich können doch keine klaren Wünsche geäußert werden ... Frage: Muss es lateinisch sein? Bei seiner Empfindlichkeit gegen die nichtdeutsche Sprache würde der Führer es vielleicht wünschen, nicht erst einen Theologen rufen zu müssen. Em. Schulte: Inhaltlich sehr gut. Ganz zweifellos.

Em. Innitzer: (Ebenso).

Hl. Vater: Man kann deutsch schreiben. Man kann über die protokollarischen Bestimmungen bei der äussersten Schwere der Lage hinwegsehen. Man muss an das denken, was für die Kirche in Deutschland recht ist. Für mich ist das die wichtigste Frage ...

Em. Faulhaber: Wir hegen manchmal Zweifel, ob man auf Seiten der oberen Parteistellen überhaupt den Frieden will. Sie fühlen sich so als Kämpfer, dass es ihnen lieber scheint, wenn sie Kampfgründe bekommen. Besonders wenn es gegen die Kirche geht! Aber ich glaube auch, dass wir Bischöfe tun müssen, als ob wir das nicht sehen würden. Wir sind deshalb Eurer Heiligkeit ehrerbietigst dankbar, wenn der Versuch zum Frieden gemacht wird.

Hl. Vater: Ich habe Polemik im Osservatore Romano verboten, bis auf Weiteres. Ich habe sie dort wissen lassen, sie sollten jetzt kein scharfes Wort sagen. Wir wollen sehen, einen Versuch wagen. Wenn sie den Kampf wollen, fürchten wir uns nicht. Aber wir wollen sehen, ob es irgendwie möglich ist, zum Frieden zu kommen ...

... Es müsste geschehen einerseits immer mit Betonung der kirchlichen Grundsätze, andererseits, um sozusagen mit offenen Armen, mit der Einladung, in Frieden mit der Kirche zu leben ...

... Grundsätze kann man nicht preisgeben. Wenn wir dann alles versucht haben und sie doch unbedingt Krieg

Weltrundschreiben Papst Pius'XI. vom 14. März 1937 über die Lage der katholischen Kirche im Deutschen Reich

Einleitend betont der Hl. Vater, dass er «mit brennender Sorge und steigendem Befremden seit geraumer Zeit den Leidensweg der Kirche, die wachsende Bedrängnis der ihr in Gesinnung und Tat treubleibenden Bekenner und Bekennerinnen inmitten des Landes und des Volkes beobachte, dem St. Bonifatius einst die Licht- und Frohbotschaft von Christus und dem Reiche Gottes gebracht habe».

Konkordatsentwurf schon alt

«Als Wir, Ehrwürdige Brüder, im Sommer 1933 die Uns von der Reichsregierung in Anknüpfung an einen jahrealten früheren Entwurf angetragenen Konkordatsverhandlungen aufnehmen und zu Euer aller Befriedigung mit einer feierlichen Vereinbarung abschliessen liessen, leitete Uns die pflichtgemässe Sorge um die Freiheit der kirchlichen Heilsmision in Deutschland und um das Heil der ihr anvertrauten Seelen – zugleich aber auch der aufrichtige Wunsch, der friedlichen Weiterentwicklung und Wohlfahrt des deutschen Volkes einen wesentlichen Dienst zu leisten.»

Warum Konkordat?

«Trotz mancher schwerer Bedenken haben Wir daher Uns damals den Entschluss abgerungen, Unsere Zustimmung nicht zu versagen. Wir wollten Unsern treuen Söhnen und Töchtern in Deutschland im Rahmen des Menschenmöglichen die Spannungen und Leiden ersparen, die andernfalls unter den damaligen Verhältnissen mit Gewissheit zu erwarten gewesen wären.»

Warnung vor Vertragsuntreue

«Wir haben alles getan, um die Heiligkeit des feierlich gegebenen Wortes, die Unverbrüchlichkeit der freiwillig eingegangenen Verpflichtungen zu verteidigen gegen Theorien und Praktiken, die – falls amtlich gebilligt – alles Vertrauen töten und jedes auch in Zukunft gegebene Wort innerlich entwerten müssten.»

Und doch dauernde Vertragsverletzung!

«Jeder, dessen Geist sich noch einen Rest von Wahrheitsempfinden, dessen Herz sich noch einen Schatten von Gerechtigkeitsgefühl bewahrt hat, wird dann zugeben müssen, dass in diesen schweren und ereignisvollen Jahren der Nachkonkordatszeit jedes Unserer Worte und jede Unserer Handlungen unter dem Gesetz der Vereinbarungstreue standen. Er wird aber auch mit Befremden und innerster Ablehnung feststellen müssen, wie von der anderen Seite die Vertragsumdeutung, die Vertragsumgehung, die Vertragsaushöhlung, schliesslich die mehr oder minder öffentliche Vertragsverletzung zum ungeschriebenen Gesetz des Handelns gemacht wurden.»

Nach diesen Grundgedanken der Einleitung legt der Hl. Vater den Finger auf die brennenden Wunden des Volkskörpers und legt dar, dass die Gesundheit von all diesen Krankheiten nur durch die Rückkehr zum reinen Glauben und zur gottbezogenen Sittlichkeit kommen könne. . .

«Habet acht, Ehrwürdige Brüder, dass vor allem der Gottesglaube, die erste und unersetzbare Grundlage jeder Religion, in deutschen Landen rein und unverfälscht erhalten bleibe. Gottgläubig ist nicht, wer das Wort Gottes rednerisch gebraucht, sondern nur, wer mit diesem hehren Wort den wahren und würdigen Gottesbegriff verbindet...

Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung – die innerhalb der irdischen Ordnung einen wesentlichen und ehrengbietenden Platz behaupten – aus dieser ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge. Ein solcher ist weit von wahren Gottesglauben und einer solchem Glauben entsprechenden Lebensauffassung entfernt.

Nur oberflächliche Geister können der Irrlehre verfallen, von einem nationalen Gott, von einer nationalen Religion zu sprechen, können den Wahnversuch unternehmen, Gott, den Schöpfer aller Welt, den König und Gesetzgeber aller Völker, vor dessen Grösse die Nationen klein sind wie Tropfen am Wassereimer (Is. 40,15), in die Grenzen eines einzelnen Volkes, in die blutmässige Enge einer einzelnen Rasse einkerkern zu wollen.

Wir danken Euch, Ehrwürdige Brüder, Euren Priestern und all den Gläubigen, die in der Verteidigung der Majestätsrechte Gottes gegen angriffslüsternes, von einflussreicher Seite leider vielfach begünstigtes Neuheidentum ihre Christenpflicht erfüllt haben und erfüllen.» . . .

«. . . Und je mehr Gegner sich bemühen, ihre dunklen Absichten abzustreiten und zu beschönigen, um so mehr ist wachsameres Misstrauen am Platze und misstrauische, durch bittere Erfahrung aufgerüttelte Wachsamkeit.

Die formelle Aufrechterhaltung eines, zudem von Unberufenen kontrollierten und gefesselten Religionsunterrichtes im Rahmen einer Schule, die in anderen Gesinnungsfächern planmässig und gehässig derselben Religion entgegenarbeitet, kann niemals einen Rechtfertigungsgrund abgeben, um einer solchen, religiös zersetzenden Schulart die freiwillige Billigung eines gläubigen Christen einzutragen. Wir wissen, geliebte katholische Eltern, dass von einer solchen Freiwilligkeit bei Euch nicht die Rede sein kann.»

Eine zweifache Beteuerung

«Er, der Herz und Nieren durchforscht (Ps. 7,10), ist Unser Zeuge, dass wir keinen innigeren Wunsch haben als die Wiederherstellung eines wahren Friedens zwischen Kirche und Staat in Deutschland.

Wenn aber – ohne Unsere Schuld – der Friede nicht sein soll, dann wird die Kirche Gottes ihre Rechte und Freiheiten verteidigen im Namen des Allmächtigen, dessen Arm auch heute nicht verkürzt ist.»

Der kirchliche Widerstand – eine Tatsache

... Als die dämonischen Mächte des Nationalsozialismus aus der Unterwelt emporstiegen, als Rosenberg, Ley, Baldur v. Schirach u.a. zu «Priestern» des Antichrists wurden und von allen Dächern eine neue Weltanschauung predigten, «wo war denn da der Widerstand gegen den Nationalsozialismus?»

Jetzt, nachdem die Mauern gefallen sind, welche das Dritte Reich an seinen Grenzen aufgerichtet hatte, hat die ganze Welt das Recht, Antwort zu heischen auf diese Frage.

Soweit aber hiebei nach dem Widerstand mit Waffengewalt und Bombenattentaten, mit Verschwörungen und Sabotageakten, mit Revolution und Volksaufständen u.ä. gefragt wird, mögen andere darauf antworten.

Hier steht nur der weltanschaulich-religiöse Widerstand in Frage.

Und da kann laut und entschieden geantwortet werden: «Der Widerstand war da.»

Der Widerstand war da während all der 12 Jahre der nationalsozialistischen Diktatur und auch schon in dem Jahrzehnt, da Hitler noch um die Macht kämpfte (1923-1933). Der Widerstand war kräftig und zäh, bei hoch und nieder, bei Papst und Bischöfen, bei Klerus und Volk, bei Einzelpersonen und ganzen Organisationen.

Der Widerstand war da gegen Führer und Regierung, gegen Partei und Parteigliederungen, gegen Willkür und Parteilichkeit, gegen Gewissenszwang und Erpressung, gegen Wortbruch und Vertragsuntreue, gegen Unglaube und Unrecht, gegen Entrechtung und Enteignung, gegen Entchristlichung und Entkonfessionalisierung, gegen neuheidnische Weltanschauung und Zwangseinheitsschule, gegen Orden- und Judenverfolgung, gegen Pressekechtung und Pressehetze, gegen Sterilisierung und Euthanasie.

Der Widerstand konnte freilich nicht immer so geleistet werden, wie ihn manche Heisssporne erwarteten oder wünschten, vielleicht auch selbst leisteten oder wie ihn Aussenstehende, vielleicht im sicheren Ausland Wohnende, ohne Sachkenntnis und Verantwortung rieten oder kommandierten.

Der Widerstand konnte auch nicht in jedem einzelnen Falle und nicht in jedem Augenblick offen und mächtig zutage treten und sich zu lauten Protesten vor In- und Ausland, inner- und ausserhalb der Kirchenmauern verdichten.

Schwierigkeiten des Widerstandes

Es fehlte ja letzten Endes im Reich der Diktatur schon jegliches Organ zu öffentlicher Aufklärung und Verwahrung. Es war ja weder Pressefreiheit noch Redefreiheit noch Versammlungsfreiheit; Artikel 117-118 der Verfassung des Deutschen Reiches waren von Anfang an aufgehoben und blieben es bis zum Schluss (Verordnung vom 28. Februar 1933).

Zeitungen durften nie ein Wort gegen Partei und Regierung bringen, überhaupt nichts Unliebes, Ungünstiges, «Defaitistisches» aufnehmen. Alle mussten unisono heulen, mit Goebbels verdammen und verhimmeln oder verstummen und verschwinden . . .

Auch die mündliche Aufklärung und Abwehr erschwert

Jedes Wort von Mund zu Mund lief Gefahr, denunziert und als «Greuelpropaganda» oder «Heimtücke» verfolgt oder gar als «Wehrmächtszersetzung» mit dem Tode bestraft zu werden . . .

Widerstand in Festigkeit und Klugheit!

Aber wenn auch Papst, Bischöfe und Priester ungeachtet aller Fesseln und Sperren, persönlicher und sachlicher Gefährdungen und übler Auswirkungen immer entschlossen waren, gegen Gottwidriges mit Johannesmut ein entschiedenes «Es ist dir nicht erlaubt» zu sprechen, dann war es doch oft noch eine Frage der Klugheit, wann und wie sie dies tun sollten, ohne gerade die gegenteilige Wirkung zu erreichen. Bei der ganzen Art des Terrors, der Rechtlosigkeit und Rücksichtslosigkeit, Gewissenlosigkeit und Hartherzigkeit des Nationalsozialismus war ja nur zu leicht Gefahr, dass von Widerstand und Protesten vielfach keine Besserung, sondern nur eine Verschlimmerung kam, dass z.B. bei Verwahrungen gegen die Misshandlung einzelner Gefangener nur um so strenger und unbarmherziger gegen sie vorgegangen wurde. Richter und Gestapobeamte des Dritten Reiches liessen tatsächlich nicht selten Schritte, die für eines ihrer Opfer getan wurden, eben dieses Opfer büssen, verurteilten oder behandelten es noch härter, liessen es auch nach Verbüßung der Gefängnisstrafe nicht frei, sondern schickten es ins Konzentrationslager.

Demonstrationen boten der Staatspolizei willkommenen Anlass zu Verschärfungen der Vorschriften und zu allgemeinen Terrorakten gegenüber Personen, Vereinigungen, Kirchen.

Darum musste z.B. Kardinal Faulhaber nach der Verhaftung von P. Rupert Mayer S.J. (1937) eindringlichst vor Kundgebungen und Äusserungen des Unwillens warnen. «Wir könnten der Staatspolizei keinen grösseren Gefallen tun, als ihr Gelegenheit geben, mit Gummiknütteln und Verhaftungsausweisen gegen die katholischen Männer von München aufzutreten in ihrem Hass gegen alles Katholische, der grösser ist als der Hass gegen den Bolschewismus.» «Amboss, nicht Hammer!»

So hat auch Bischof Clemens von Galen, Münster, der doch anerkanntermassen einer der mutigsten Vorkämpfer der katholischen Kirche war, in seiner Predigt vom 20. Juli 1941 die Weisung christlichen Duldens und Gehorchens gegeben. «Wir Christen machen keine Revolution. Wir werden weiter treu unsere Pflicht tun im Gehorsam gegen Gott und aus Liebe zu unserem Volke und Vaterland. Gegen den Feind im Innern bleibt nur ein Kampfmittel: Starkes, zähes, hartes Durchhalten. Hart werden! Fest bleiben! Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboss. Der Amboss kann nicht und braucht auch nicht zurückzuschlagen, er muss nur fest, nur hart sein! Wenn er hinreichend zäh, fest, hart ist, dann hält meistens der Amboss länger als der Hammer. Wie heftig auch der Hammer zuschlägt, der Amboss steht in ruhiger Festigkeit da und wird noch lange dazu dienen, das zu formen, was neu geschmiedet wird.» . . .

(Aus: Johann Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz, Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand.)

wollen, werden wir uns wehren. Aber die Welt soll sehen, dass wir alles versucht haben, um in Frieden mit Deutschland zu leben. Jedoch nicht nur das; der Versuch, zum Frieden zu kommen, entspricht auch einem inneren Bedürfnis meinerseits. Lehnen sie ab, so müssen wir kämpfen ...

Kd. Bertram: Es darf nicht heissen, der Hl. Stuhl hat zuerst gebrochen.

Hl. Vater: Es sind schon Kardinale zu mir gekommen und haben gefragt, wie der deutsche Botschafter noch zu mir kommen könne. Wie er nur den Mut dazu habe. Ich habe geantwortet: Was kann ich tun? Ich muss ihn

doch freundlich behandeln. Es geht nicht anders. Brechen ist leicht. Wenn aber wieder aufgebaut werden soll, muss man weiss Gott was für Konzessionen machen. Die Regierung wird nicht wieder die Beziehungen anknüpfen ohne Konzessionen von unserer Seite. Wenn die Regierung abbricht, dann in Gottes Namen ...

... Sind auf der Gegenseite Zeichen wahrnehmbar, dass man zum Frieden kommen will mit der Kirche?

Kd. Faulhaber: Die Kondolenz des Führers [zum Tode von Papst Pius XI.]. Die Haltung der Presse augenblicklich. Vielleicht ist es Hitler lieber, wenn die Be-

Protestschrift der Deutschen Evangelischen Kirche an Adolf Hitler vom Mai 1936

Die Deutsche Evangelische Kirche, vertreten durch die geistlichen Mitglieder ihrer Vorläufigen Leitung und den dieser zur Seite stehenden Rat, entbieten dem Führer und Kanzler ehrerbietigen Gruss ...

Sie übergibt dieses Schreiben im Gehorsam gegen ihren göttlichen Auftrag, vor jedermann – auch vor den Herren und Gebietern der Völker – ungescheut Sein Wort zu sagen und Sein Gebot zu bezeugen. Sie vertraut darauf, dass Gott ihr selbst die Weisheit schenkt, ihren Auftrag so klar und eindeutig auszuführen, dass dabei ihre Sorge um das christliche Gewissen und ihre Liebe zum deutschen Volk in gleicher Weise unmissverständlich erkennbar werden ...

Gefahr der Entchristlichung

Die Vorläufige Leitung weiss es zu würdigen, was es im Jahre 1933 und späterhin bedeutet hat, dass die Träger der nationalsozialistischen Revolution nachdrücklich erklären konnten: «Wir haben mit unserem Sieg über den Bolschewismus zugleich den Feind überwunden, der auch das Christentum und die christlichen Kirchen bekämpfte und zu zerstören drohte.»

Wir erleben aber, dass der Kampf gegen die christliche Kirche, wie nie seit 1918, im Deutschen Volke wirksam und lebendig ist.

Keine Macht der Welt, wie sie auch heisse, vermag die Kirche Gottes gegen Seinen Willen zu zerstören oder zu schützen; das ist Gottes Sache. Die Kirche aber hat sich der angefochtenen Gewissen ihrer Glieder anzunehmen ...

Die Methoden der Entchristlichung des deutschen Volkes werden in ihrem Zusammenhang verständlich, wenn man sich an das Wort des Herrn Reichsschulungsleiters Rosenberg erinnert, man müsse im Kampf um einen deutschen Glauben «das Gegnerische nicht schonen, sondern es geistig überwinden, organisatorisch verkümmern lassen und poli-

tisch ohnmächtig erhalten» (Mythus S. 636). Nach diesem Grundsatz ist gehandelt worden.

Es wird zwar amtlich jeder Eingriff in das innere Gefüge und Glaubensleben der evangelischen Kirche abgeleugnet, tatsächlich aber ist seit den der Kirche aufgezwungenen Wahlen vom Juli 1933 bis heute ein Eingriff an den anderen gereicht worden.

Die hauptsächlichsten Eingriffe:

1. Einsetzung des Staatskommissars in Preussen am 24.6.33 und der Staatskommissare in Bremen, Hessen, Lippe, Mecklenburg, Sachsen.
2. Anordnung der allgemeinen Kirchenwahlen durch das Reichsgesetz vom 13. 7. 33.
3. Rundfunkrede des Führers am 22.7.33 zugunsten der Deutschen Christen.
4. Verbot von Veröffentlichungen über kirchliche Dinge durch die nichtveröffentlichte Verfügung des Reichsministers des Innern vom 6. und 7.11.34.
3. Einsetzung der staatlichen Finanzabteilung durch das preussische Gesetz vom März 1933.
6. Einsetzung der Beschlussstelle durch das Reichsgesetz vom Juni 1933.
7. Das Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 24.9.33 und die daraufhin eingesetzten staatlichen Kirchengremien.

Gegenüber einzelnen Geistlichen:

1. Verhaftung des Landesbischofs von Württemberg und Bayern 1934.
2. Überführung von Geistlichen in Konzentrationslager, namentlich in Sachsen und Nassau-Hessen.
3. Ausweisungen von Geistlichen aus ihrem Amtsbezirk, z.T. sogar aus ihrer Heimatprovinz, namentlich in Preussen.
4. Verhaftung von 700 Pfarrern in Preussen anlässlich der

Ziehungen wieder besser werden. Mit Ausnahme vom Artikel im Völkischen Beobachter war die Presse doch nicht schlecht.

Kd. Bertram: Etwas kühl, aber gut.

Kd. Faulhaber: Die Regierung hat offenbar die Stimmung des Volkes beobachtet.

Kd. Schulte: Und die der Welt.

Hl. Vater: Der Osservatore Romano wird sich wohl zurückhalten müssen.

Kd. Schulte: Ist notwendig.

Kd. Faulhaber: Wenn aber die Artikel kommen über Trennung von Kirche und Staat, dann kann man nicht schweigen ...

... Kd. Schulte: Im allgemeinen ist das Interesse für innerkirchliche Fragen viel lebendiger als früher.

Hl. Vater: Die Verfolgung hat diese Wirkung.

Kd. Schulte: Die Kirchen sind überfüllt.

Kd. Innitzer: Bei uns auch.

Hl. Vater: Wir dürfen den Mut nicht verlieren.

Kd. Bertram: Es ist eine grosse Aufgabe, den Priestern Mut zu machen. Christus vincit. Das muss man den Pfarrern immer wieder zu Gemüte führen . . .

Nach Ausführungen über die schwierige Situation der katholischen Jugendarbeit verliest Papst Pius XII. das an Hitler zu richtende Schreiben.

von der Altpreussischen Synode im März 1935 angeordneten Kancelabkündigung gegen das Neuheidentum.

5. *Dauernde Behinderung von Bekenntnisgottesdiensten, Re-
deverbote für Geistliche und Laien teilweise für ganz
Deutschland u.a.)*

... Von den evangelischen Angehörigen der NS-Organisationen wird gefordert, sich uneingeschränkt auf die nationalsozialistische Weltanschauung zu verpflichten [Ley: «Die Partei erhebt den Totalitätsanspruch auf die Seele des deutschen Volkes. Sie kann und wird es nicht dulden, dass eine andere Partei oder Weltanschauung in Deutschland herrscht. Wir glauben nun einmal, dass das deutsche Volk allein durch den Nationalsozialismus ewig werden kann . . . Und darum verlangen wir den letzten Deutschen, ob Protestant oder Katholik ...» J. Diese Weltanschauung wird vielfach als ein positiver Ersatz des zu überwindenden Christentums dargestellt und ausgegeben.

Wenn hier Blut, Rasse, Volkstum und Ehre den Rang von Ewigkeitswerten erhalten, so wird der evangelische Christ durch das erste Gebot gezwungen, diese Bewertung abzulehnen. Wenn der arische Mensch verherrlicht wird, so bezeugt Gottes Wort die Sündhaftigkeit aller Menschen.

Wenn dem Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhass verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe.

Einen besonders schweren Gewissenskonflikt bedeutet es für unsere evangelischen Gemeindeglieder, wenn sie das Eindringen dieser antichristlichen Gedankenwelt bei ihren Kindern, ihrer christlichen Elternpflicht entsprechend, bekämpfen müssen ...

Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiss, wird aufs Härteste belastet durch die Tatsache, dass es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und dass die Massnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind.

Bekanntnistreue evangelische Christen, einmal in ihrer Ehre angegriffen, finden oft nicht den Ehrenschutz, der andern Staatsbürgern zuteil wird [Belege]. Die evangelische Christenheit erkennt auch in diesen Dingen die Gefahr, dass in

unserem sittlichen Denken ein antichristlicher Geist zur Herrschaft kommt...

Die Reichsregierung wolle sich, darum bitten wir sie, die Frage vorlegen, ob es unserem Volke auf die Dauer zuträglich sein kann, wenn der bisherige Weg weiter beschritten wird. Schon jetzt üben der Zwang auf die Gewissen, die Verfolgung evangelischer Überzeugung, das gegenseitige Sichbespitzeln und Aushorchen unheilvollen Einfluss aus.

Auch eine grosse Sache muss, wo sie sich gegen den offenbarten Willen Gottes stellt, am Ende das Volk ins Verderben führen ...

Unser Volk droht die ihm von Gott gesetzten Schranken zu zerbrechen: Es will sich selbst zum Mass aller Dinge machen. Das ist menschliche Überheblichkeit, die sich gegen Gott empört.

In diesem Zusammenhang müssen wir dem Führer und Reichskanzler unsere Sorge kundtun, dass ihm vielfach Verehrung in einer Form dargebracht wird, die allein Gott zukommt.

Noch vor wenigen Jahren hat der Führer es selbst missbilligt, dass man sein Bild auf evangelische Altäre stellte. Heute wird immer ungehemmter seine Erkenntnis zur Norm nicht nur der politischen Entscheidungen, sondern auch der Sittlichkeit und des Rechtes in unserem Volke gemacht, und er selber mit der religiösen Würde des Volkspriesters, ja des Mittlers zwischen Gott und Volk umkleidet...

Wir bitten aber um die Freiheit für unser Volk, seinen Weg in die Zukunft unter dem Zeichen des Kreuzes Christi gehen zu dürfen, dass nicht einst die Enkel den Vätern fluchen, weil sie ihnen zwar einen Staat auf der Erde bauten und hinterliessen, das Reich Gottes aber ihnen verschlossen.

Was wir in diesem Schreiben dem Führer gesagt haben, mussten wir sagen in der Verantwortung unseres Amtes. Die Kirche steht in der Hand des Herrn.

*Die geistlichen Mitglieder der Vorläufigen Leitung
der Deutschen Evangelischen Kirche:*

gez. Müller, Albertz, Böhm, Forck, Fricke.

Der Rat der Deutschen Evangelischen Kirche:

gez. Asmussen, Lücking, Middendorf],

Niemöller, von Thadden.

*(Aus: Heinrich Hermelink, Kirche im Kampf,
Dokumente des Widerstandes und des Aufbaus
der evangelischen Kirche in Deutschland
von 1933-1945.)*

Hochzuverehrender oder Hochzuehrender?

Kardinäle: Hochzuehrender!

Kd. Schulte: Hochzuverehrender ist zu viel.

Das verdient Hitler noch nicht.

Kd. Innitzer: Ob nicht vielleicht der Plural.

Die anderen Kardinäle: Ist immer so gewesen.

Kd. Innitzer: Ich meine in der Anrede an Hitler, ‚Sie‘ statt ‚Du‘.

Kd. Bertram: Wir haben eine Verordnung vom Reich, keine Umstände mit Titeln zu machen ... Man sollte ‚Sie‘ oder ‚Ihr‘ sagen. Ich würde ‚Sie‘ sagen.

Hl. Vater: Also ‚Sie‘ statt ‚Ihr‘ und ‚Du‘.

Kd. Innitzer: Ja, das meinte ich.

Kd. Bertram: Man kann es auch so deuten: So intim stehen wir nicht mit dir!

Hl. Vater: In Italien sagt man jetzt ‚Tu‘ oder ‚Voi‘.

Ich sage ‚Lei‘, aber wie bemerkt, in Italien will man das anders haben.

Kd. Bertram: Ich würde sagen ‚Sie‘. Sonst ist das Schreiben gut.

Hl. Vater: Sonst ist alles in Ordnung?

Alle Kardinäle: Ja!

Kd. Innitzer: Es müsste einen guten Eindruck machen ...»

Dieser Brief an Hitler hat folgenden Wortlaut:

«Dem Hochzuehrenden Herrn Adolf Hitler, Führer und Kanzler des Deutschen Reiches.

Pius Papst XII.

Hochzuehrender Herr!

Nachdem Wir durch die gesetzmässig vollzogene Wahlhandlung des Kardinalskollegiums auf den Päpstlichen Thron erhoben sind, erachten Wir es als Unsere Amtsobliegenheit, Ihnen als Staatsoberhaupt von Unserer Erwählung hiermit Kenntnis zu geben.

Wir legen dabei gleich zum Beginn Unseres Pontifikats Wert darauf, Ihnen zu versichern, dass Wir dem Ihrer Obsorge anvertrauten Deutschen Volke in innigem Wohlwollen zugetan bleiben und ihm von Gott dem Allmächtigen in väterlicher Gesinnung jenes wahre Glück erleben, dem aus der Religion Nahrung und Kraft erwachsen.

In angenehmer Erinnerung an die langen Jahre, da Wir als Apostolischer Nuntius in Deutschland mit Freude alles daran setzten, um das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in gegenseitigem Einvernehmen und hilfsbereitem Zusammenwirken zum Nutzen beider Teile zu ordnen und zu gedeihlicher Weiterentwicklung zu bringen, richten Wir jetzt zumal auf die Erreichung solchen Zieles das ganze dringende Verlangen, welches die Verantwortung Unseres Amtes eingibt und ermöglicht.

Wir geben uns der Hoffnung hin, dass dieser Unser heisser Wunsch, der mit der Wohlfahrt des Deutschen

Volkes und der wirksamen Förderung jeglicher Ordnung aufs Engste verbunden ist, mit Gottes Hilfe zu glücklicher Verwirklichung gelange.

Inzwischen erleben Wir Ihnen, Hochzuehrender Herr, sowie allen Angehörigen Ihres Volkes mit den besten Wünschen den Schutz des Himmels und den Segen des Allmächtigen Gottes.

Gegeben zu Rom, bei St. Peter, am 6. März 1939, im ersten Jahr Unseres Pontifikats.»

Diesem Brief, der nach den Worten des Papstes dazu beitragen soll, ohne etwas preiszugeben zu «retten, was man retten kann», ist jedoch kein Erfolg beschieden. In seiner versteckten und offenen Form führt Hitler auch in der Kriegszeit seinen Kampf gegen die Kirche weiter, und die Kirche ihrerseits sieht sich gezwungen, Widerstand zu leisten.

Während der katholische Widerstand in geschlossener organisatorischer und bekenntnismässiger Einheit auftreten kann, bleibt dem evangelischen Widerstand diese Geschlossenheit versagt. Der bekannte Theologe Karl Barth sieht im Jahre 1936 die Situation der evangelischen Kirche zu Beginn der Herrschaft Hitlers so, wie er in einem Vortrag in Schaffhausen in der Schweiz sagt: «... nach dem ... überwältigenden Sieg des Nationalsozialismus ... waren sich die kirchlichen Kreise zunächst einig in folgenden Hauptpunkten:

1. In der rückhaltlosen Bejahung des Nationalsozialismus, in welchem man nicht nur eine Hoffnung für das deutsche Volk ..., sondern ... eine Gabe Gottes erblicken zu müssen glaubte. Alle deutschen Kirchen widerhallten damals in Predigt und Gebet von diesen Gedanken.

2. Die evangelische Kirche auch in dieser neuen politischen Situation zu erhalten, ja sogar ihre mannigfache problematische Lage zu verbessern ...

Betrachtet man diese beiden Momente: Bejahung des Nationalsozialismus einerseits, Erhaltung der protestantischen Kirche andererseits, so hat man das ganze Problem ...

[Bei den Deutschen Christen] regierte der Wille, die Kirche gewiss als Kirche ernst zu nehmen, ihr Geltung zu verschaffen, aber vor allem, sie hineinzustellen in diesen neuen Staat. ...; d.h. das Evangelium von Jesus Christus und die neue politische Verkündigung von Adolf Hitler möglichst als eine Einheit zu verstehen...

[Der offiziellen Kirche dagegen ging es darum], vor allem die Kirche zu erhalten in Überlieferung und Zusammenhang mit Bibel und Bekenntnis, aber selbstverständlich auch in Anpassung an die neuen politischen Verhältnisse.»

Für beide Teile der Kirche – der offiziellen wie der neuen Glaubensbewegung Deutscher Christen – ging es nach Barth darum, die Heilige Schrift und den Glau-

ben im gleichen Sinn zu bejahen wie die durch Hitler geschaffenen politischen Veränderungen:

«Man nannte beides Offenbarung: hier in der Heiligen Schrift, dort in den Ereignissen der Geschichte . . . man meinte ..der alten Neigung des deutschen Lutherums folgen zu müssen, in den Ereignissen des weltgeschichtlichen, politischen Geschehens und insbesondere in der nun einmal herrschenden politischen Macht das Sichtbarwerden des Willens Gottes zu erblicken, dem man sich zu unterwerfen habe ...

Wer 1933 nicht an Hitlers Mission glaubte, der war ein verfehmter Mann, auch in den Reihen der Bekennenden Kirche...»

Deutsche Christen und Bekennende Kirche aber bilden wiederum keine geschlossene Einheit. Hier kommt man niemals zu einem einheitlichen Handeln, und dort gibt es die Radikalen und die eher Diplomatischen und Gemäßigten. Um diese verfassungsmässige Krise der evangelischen Kirche zu überwinden, ist bei allen Beteiligten der Wunsch nach einer straffen Organisation zu spüren. Und so kommt es im Mai 1933 erstmals zur Wahl eines Reichsbischofs als Oberhaupt aller protestantischen Kirchen.

Die Deutschen Christen haben gefordert, der Reichsbischof müsse durch eine Urabstimmung aller protestantischen Gläubigen gewählt werden. Die Bekennende Kirche lehnt einen solchen «Rückfall» in das stets bekämpfte demokratisch-parlamentarische System kategorisch ab. Nur Kirchenbeamte sollen wählen. Und so geschieht es. Zwei Kandidaten stehen schliesslich zur Auswahl: der ostpreussische Wehrkreispfarrer Ludwig Müller und Pfarrer Dr. Friedrich von Bodelschwingh. Müller kommt von den Deutschen Christen, Bodelschwingh gehört der Bekennenden Kirche an. Müller ist NSDAP-Mitglied und kennt Hitler schon längst. Er hat Hitler seinerzeit die Bekanntschaft mit Hitlers nunmehrigem Kriegsminister von Blomberg vermittelt. So hofft er, Hitlers Unterstützung bei seiner Kandidatur als Reichsbischof zu haben. Deshalb schlägt er den Vertretern der 28 deutschen Landeskirchen vor, noch vor dem Wahlbeginn einen Höflichkeitsbesuch beim Führer und Reichskanzler zu machen. Er hofft dabei auf Hitlers Schützenhilfe. Hitler jedoch lehnt diesen Besuch ab, da er jetzt noch nicht aktiv in die kirchliche Auseinandersetzung eingreifen will.

Die Bischofswahl in Eisenach auf der Wartburg ist eine Kampfabstimmung. Schliesslich siegt in drei Wahlgängen Pfarrer Bodelschwingh. Erstmals in der deutschen Kirchengeschichte gibt es nun einen Reichsbischof.

Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh tritt sein hohes Amt an. Auf einer evangelischen Kundgebung in Eisenach sagt er in seiner Inauguralpredigt:

«Wir danken Gott, dass er uns eine Regierung gegeben

hat, die mit Ehrfurcht vor der Geschichte den Willen vertieft, an einer besseren Zukunft mit starker Hand zu arbeiten, die uns wieder zu Zucht, Treue und Redlichkeit unserer Väter zurückführen möchte, die der Arbeit ihre Ehre gibt. Wir Christen wollen in froher Freiwilligkeit Herzen und Hände für diesen Dienst am Volk zur Verfügung stellen.»

Aber die mit der Wahl eines Reichsbischofs scheinbar hergestellte Einheit der deutschen evangelischen Kirche zerbricht bald darauf wieder. Pfarrer Ludwig Müller ist es, der nun aktiv wird.

Plötzlich erklärt er die Bischofswahl, an der er selbst als Kandidat teilgenommen hat, für unzulässig – nur das ganze Kirchenvolk könne einen Reichsbischof wählen. Müller will sich damit nicht abfinden, dass er Bodelschwingh in der Wahl unterlegen ist.

Die Deutschen Christen veranstalten Protestkundgebungen gegen den Reichsbischof. Sie verlangen die Einsetzung Müllers. Die Auseinandersetzungen nehmen zusehends heftigere Formen an.

Umgekehrt protestieren nun die «Bekennenden» gegen das Verhalten der «Deutschen» und beschwerten sich sowohl bei Hitler wie auch beim Reichspräsidenten Hindenburg.

Bodelschwingh ist den Machenschaften nicht gewachsen und tritt zurück. Am 23. Juli 1933 kommt es zu Neuwahlen aller kirchlichen Körperschaften, diesmal durch das gesamte Kirchenvolk. In den Aufrufen der Deutschen Christen kommt deutlich zum Ausdruck, dass diese gewillt sind, den Nationalsozialismus vorbehaltlos zu unterstützen:

«Diese Kirchenwahl ist zum ersten Male seit den Tagen der Reformation eine Volkswahl... Unser Ruf lautet: Baut die neue Kirche Christi im neuen Staate Adolf Hitlers ...

Die ‚Deutschen Christen‘ sind die SA Jesu Christi... Sie sind alle Kameraden in der Front des christlichen und nationalen Sozialismus ...»

Und die Nationalsozialisten sind nun ihrerseits bereit, die Deutschen Christen offiziell zu unterstützen. Denn ihnen kommt es nicht nur darauf an, eine einheitliche Kirche zu schaffen, sondern gleichzeitig darauf, dass diese Kirche von Männern geleitet wird, mit denen man die evangelische Kirche gleichschalten kann.

Das parteiamtliche Organ, der «Völkische Beobachter», schreibt am 19. Juli: «Jeder evangelische Parteigenosse genügt am Sonntag, dem Tag der Kirchenwahl, seiner Wahlpflicht. Das ist einfach eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich ist es, dass er seine Stimme der ‚Glaubensbewegung Deutsche Christen‘ gibt.»

Am Vorabend der Wahl greift Hitler persönlich durch eine Rundfunkansprache in die Kirchenwahlen ein:

«Im Interesse des Wiederaufstiegs der Nation... wünsche ich daher verständlicherweise, dass die neuen Kirchenwahlen in ihrem Ergebnis unsere neue Volks- und Staatspolitik unterstützen werden ... Dies wird aber nicht gewährleistet durch weltabgewandte und den Erscheinungen und Ereignissen der Zeit keine Bedeutung beimessende Kräfte einer religiösen Versteinerung, sondern durch die Kräfte einer lebendigen Bewegung. Diese Kräfte sehe ich in jenem Teil des evangelischen Kirchenvolks in erster Linie gesammelt, die in den DC bewusst auf den Boden des nationalsozialistischen Staates getreten sind.» Der Erfolg dieser Propaganda bleibt nicht aus. Die Deutschen Christen siegen mit einer Zweidrittelmehrheit über die Liste «Kirche und Evangelium». Daraufhin werden die Synoden der Landeskirchen gewählt, danach die Reichssynode, und am 1. Oktober 1933 ist Ludwig Müller Reichsbischof. Aber schon vorher entzündet sich der Widerstand gegen die Kirchenpolitik der Deutschen Christen, insbesondere gegen deren Absicht, den «Arierparagrafen» in die Kirche einzuführen. Hier ist es der einfache Pfarrer Martin Niemöller, der mit anderen Gleichgesinnten am 21. September 1933 zur Bildung des «Pfarrernotbundes» aufruft. In einem Brief an seine Amtsbrüder schreibt Pastor Niemöller: «Um dieser Not willen haben wir einen ‚Notbund‘ von Pfarrern ins Leben gerufen, die sich gegenseitig durch schriftliche Erklärung ihr Wort gegeben haben, sich für ihre Verkündigung nur an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation zu binden und sich der Not derjenigen Brüder, die darunter leiden müssen, nach bestem Vermögen anzunehmen.»

Die Verpflichtungserklärung für den Pfarrernotbund lautet:

- «1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes aufzurichten allein in der Bindung an die Hl. Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Hl. Schrift.
2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzungen solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.
3. Ich weiss mich nach bestem Vermögen mit verantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden.
4. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, dass eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagrafen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.»

«In den nun folgenden Monaten», so schreibt Wilhelm Niemöller, «geschah etwas Wunderbares und Unerhörtes. Die Gemeinden wurden leben dig. Zunächst im

Rheinland und in Westfalen meldeten sie sich zu Wort. Sie wussten etwas von Selbstverantwortung. Sie wollten sich weder diese Verantwortung noch ihre Freiheit, noch die biblische Verkündigung rauben lassen. Es ist lehrreich, die Protokolle der Presbyterien aus jener Zeit nachzulesen, in denen man etwas davon zu spüren bekommt, was geistliche Rede und geistliche Vollmacht bedeuten. Die Gemeinden schlossen sich zusammen, es bildeten sich freie Synoden, begnadete Männer ergriffen das Wort, die Brüder stärkten sich gegenseitig, und bald lag am Tage, wo denn eigentlich Kirche war. Das Stirnrnzeln der kirchlichen und der weltlichen ‚Obrigkeit‘ konnte die Freudigkeit nicht hemmen ... Da war gläubige Sammlung der Gemeinde unter dem Wort. Da gab es ein festes Zusammenstehen und ein festes Verbundensein im Hören, Singen und Beten. Es wurde – Bekennende Kirche ...»

Die Zahl der Pfarrer, die dem Pfarrernotbund als Mitglieder beitreten, nimmt stetig zu. Im September 1933 sind es 2'300, Mitte Oktober 2'500, Mitte November 3'000 und Mitte Januar 1934 7'036; das ist fast die Hälfte aller evangelischen Pfarrer.

Am 23. November 1933 kommt es zum sogenannten «Sportpalastskandal», einem Höhepunkt des Angriffs der Deutschen Christen auf das wahre Evangelium. Mit nur einer Gegenstimme nehmen die 20'000 Teilnehmer eine Entschliessung an, deren Forderungen mit dem Christentum kaum mehr etwas gemein haben:

- «1. Amtsenthebung aller Pfarrer, die nicht willens sind, an der deutschen Reformation im Sinne des Nationalsozialismus mitzuwirken,
2. Anerkennung des Führerprinzips nur hinsichtlich der äusseren Ordnung,
3. Einführung des Arierparagrafen,
4. Freimachen von allem Undeutschen in Gottesdienst und Bekenntnis, insbesondere vom Alten Testament und seiner jüdischen Lohnmoral,
5. Freimachen von allen orientalischen Einstellungen und Forderungen einer heldischen Jesusgestalt als Grundlage eines artgemässen Christentums,
6. Wir bekennen, dass der einzige wirkliche Gottesdienst für uns der Dienst an unseren Volksgenossen ist..

Sofort kommt es zum scharfen Protest der Bekennenden Kirche. Reichsbischof Müller muss sich von den Forderungen der Deutschen Christen distanzieren, kann mit seinen Massnahmen aber das Vertrauen der Bekennenden Kirche nicht gewinnen. Hitler selbst, der merkt, dass es ihm wohl nicht gelingen wird, die deutsche evangelische Kirche über Ludwig Müller gleichzuschalten, ist sichtlich verärgert.

In einem Lagebericht der evangelischen Kirche vom 5. Januar 1934 heisst es:

«Gestern hat ein Besuch beim Führer seitens eines alten Kriegskameraden stattgefunden ... Der Führer ist in höchster Erregung gewesen; er wolle überhaupt nichts mehr wissen von der evangelischen Kirche und werde weder einen Bischof noch den Reichsbischof empfangen.

Die Kirche soll tun, was sie wolle, er sei schwer enttäuscht über sie ... Das Ergebnis dieser Besprechung kann folgendermassen zusammengefasst werden: Der Reichsbischof hat am Führer keinen Rückhalt mehr, die Kirche muss sich selbst helfen ...»

Die Stellung von Müller ist wirklich angeschlagen. Die Bekennende Kirche sieht ihre Chance gekommen. Ein ernstes Ringen um Ziele und Formulierungen für Proteste und Vorschläge bei Hindenburg und Hitler setzt ein. Trotz seiner Verärgerung muss Hitler sich dazu bereit erklären, Vertreter aller kirchlichen Richtungen zu einer klärenden Aussprache zu empfangen.

Am 25. Januar 1934 ist es soweit. Die Vertreter der Bekennenden Kirche wollen alles daransetzen, ihren Gedanken beim Reichskanzler zum Durchbruch zu verhelfen und den Einfluss Müllers und der Deutschen Christen zurückzudrängen. Die Unterredung nimmt jedoch einen überraschenden Verlauf. Gleich zu Beginn verliert Göring ein abgehörtes Telefongespräch, das Martin Niemöller mit einem Amtsbruder geführt hat: «Wir haben unsere Minen gelegt, wir haben die Denkschrift [das ist die Denkschrift, die den Zweck haben sollte, den Reichsbischof zu stürzen] zum Reichspräsidenten geschickt, wir haben die Sache gut gedreht, vor der kirchenpolitischen Besprechung heute wird der Kanzler zum Vortrag beim Reichspräsidenten sein und vom Reichspräsidenten die letzte Ölung empfangen.» Nach dem Bericht von Landesbischof Coch reagiert Hitler «in heiligem Zorn» und ruft Martin Niemöller zu: ««Glauben Sie, dass Sie mit so unerhörter Hintertreppenpolitik einen Keil zwischen den Herrn Reichspräsidenten und mich treiben können?... Er forderte den Herrn Pfarrer Niemöller auf, zu sagen, was er dazu zu sagen habe. Er musste zugeben, dass er das Gespräch in dem Wortlaute geführt hatte, aber war bemüht, nun zu gestehen, dass nichts anderes als heilige Sorge um die Kirche und um Jesus Christus ihn immer bei seinem Tun getrieben habe, auch die Sorge um das Dritte Reich, ‚um Ihr deutsches Volk‘, sagte er zum Kanzler, der ihn unterbrach: ‚Die Sorge um das Dritte Reich lassen Sie meine Sorge sein!«

Niemöller, der sofort als sein Name fällt vor die anderen Pfarrer getreten ist, gerät tatsächlich in einen heftigen Wortwechsel mit Hitler, in dem er mutig das Anliegen der Kirche vertritt: «Sie haben erklärt: Die Sorge für das deutsche Volk überlassen Sie mir. Dazu

muss ich erklären, dass weder Sie noch sonst eine Macht in der Welt in der Lage sind, uns als Christen und Kirche die uns von Gott auferlegte Verantwortung für unser Volk abzunehmen!»

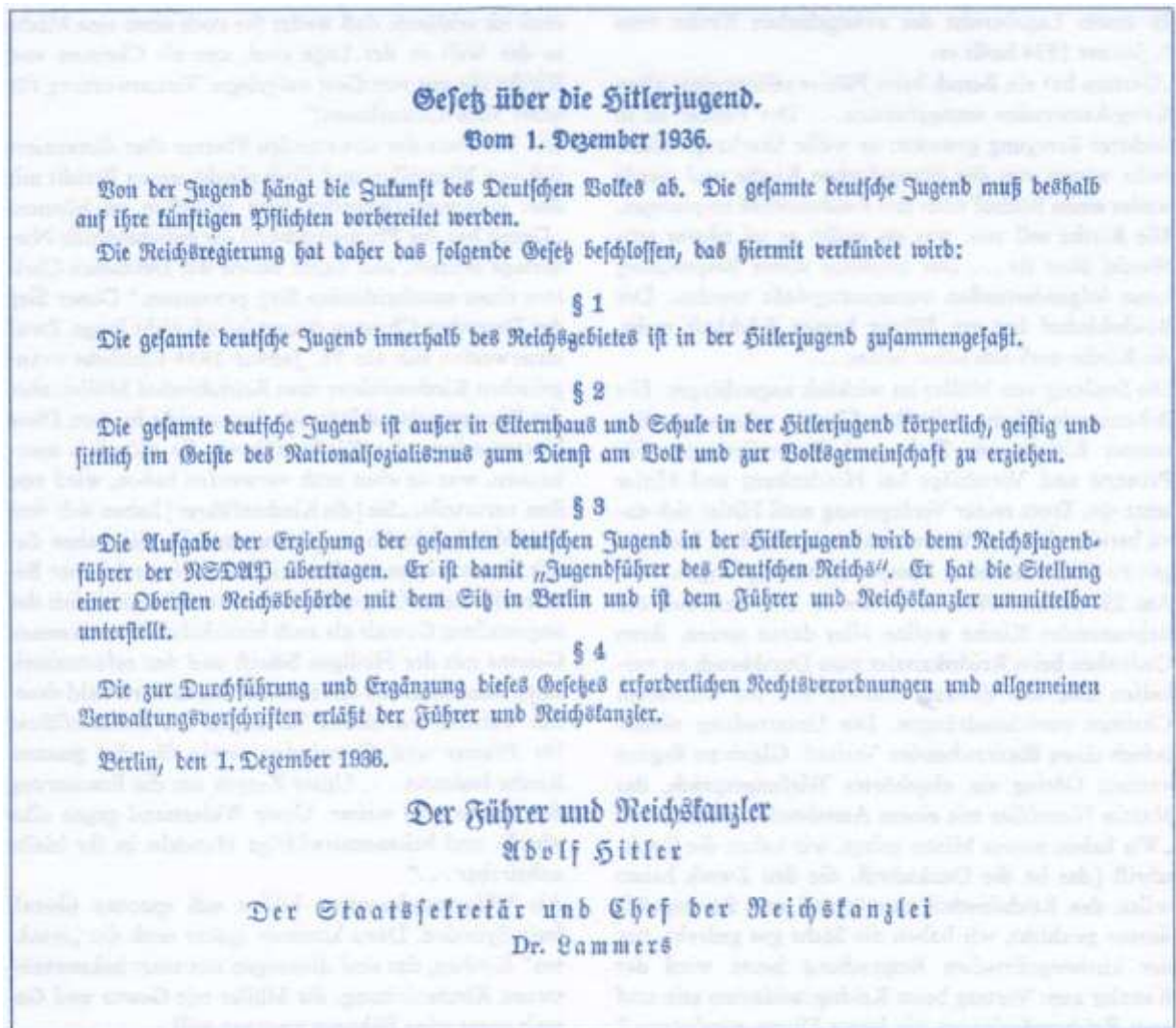
Die Mehrheit der anwesenden Pfarrer aber distanziert sich von Niemöller, und Coch glaubt seinen Bericht mit dem zusammenfassenden Satz schliessen zu können: «Damit hat der Pfarrernotbund die entscheidende Niederlage erlitten, und damit haben wir Deutschen Christen einen entscheidenden Sieg gewonnen.» Dieser Sieg der Deutschen Christen dauert jedoch nicht lange. Zwar unterwerfen sich am 31. Januar 1934 sämtliche evangelischen Kirchenführer dem Reichsbischof Müller, aber der Pfarrernotbund lässt sich davon nicht beirren. Diese Unterwerfung der Kirchenführer, die plötzlich anerkennen, was sie eben noch verworfen haben, wird von ihm verurteilt: «Sie [die Kirchenführer] haben sich dem Reichsbischof bedingungslos unterstellt. Sie haben damit einem Regiment des Reichsbischofs und seiner Berater die Bahn freigegeben, das sowohl hinsichtlich der angesamsten Gewalt als auch hinsichtlich der erlassenen Gesetze mit der Heiligen Schrift und den reformatorischen Bekenntnissen unvereinbar ist. Es wird bald deutlich werden, was dieses Verlangen der Kirchenführer für Pfarrer und Gemeinden sowie für die gesamte Kirche bedeutet . . . Unser Ringen um die Erneuerung der Kirche geht weiter. Unser Widerstand gegen alles Schrift- und bekenntniswidrige Handeln in ihr bleibt unbeirrbar...»

Als Widerstandszentren bilden sich spontan überall freie Synoden. Dazu kommen später noch die «intakten» Kirchen, das sind diejenigen mit einer bekenntnistreuen Kirchenleitung, die Müller mit Gesetz und Gewalt unter seine Führung zwingen will.

Die Landesbischöfe Meiser (Bayern) und Wurm (Württemberg) werden von Hitler empfangen und protestieren hier gegen die Unzuverlässigkeit Ludwig Müllers. Sie seien daher genötigt, den Kampf gegen den Reichsbischof aufzunehmen. Hitler reagiert in höchster Erregung: «Ich wollte die evangelische Kirche gross machen; Sie wollen nicht mitgehen?» Wurm entgegnet: «Wenn Sie die evangelische Kirche gross machen wollen, dann haben Sie dazu das allerungeeignetste Mittel erwählt: Ludwig Müller.»

Ein Kompromiss kommt nicht mehr zustande. Mit der «Barmer Theologischen Erklärung» vom 31. Mai 1934 zeigt die Bekenntnissynode der deutschen evangelischen Kirche die Grenzlinie ihres Widerstandes auf:

« . . . Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung ausser und neben diesem einen Wort Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.



Mit dem «Gesetz über die Hitlerjugend» vom 1. Dezember 1936 wurde diese Gliederung der NSDAP zur Staatsjugend erklärt. Alle anderen Jugendorganisationen wurden im Laufe der Zeit entweder eingegliedert oder verboten. Dieses Gesetz machte die HJ auch rechtlich zum einzigen und umfassenden Träger der Jugenderziehung in Deutschland neben Schule und Elternhaus (die gleichzeitig in ihrem Einfluss möglichst zurückgedrängt wurden). Es ist klar, dass eine solche Organisation ihren Zweck für den NS-Staat nur dann erfüllen konnte, wenn es auch innerhalb dieser Organisation keinerlei Ausnahmen und keinerlei Entzüge aus dem zentral vorgeschriebenen und dirigierten System gab, – auch nicht in scheinbar unpolitischen Fragen. Ausserdem war die Position der Hitlerjugend durch die Druckmittel des Staates nunmehr so gefestigt, dass man es sich erlauben konnte, jene jugendbewegt-selbständigen Regungen und Formen, deren man sich für den Aufbau der HJ zunächst geschickt bedient hatte, auszurotten. Diese Ausschaltung traf zunächst die aktivistisch gesonnenen jungen Leute aus den vor 1933 proletarisierten Schichten, die die Phrase der NSDAP vom «Nationalen Sozialismus» ernst genommen und sich von der HJ eine sozialrevolutionäre Aktion erwartet hatten. Diese sozialrevolutionären Typen, innerhalb der mittleren HJ-Führung vielfach vorhanden, wurden spätestens im Jahre 1934 entweder ausgestossen oder auf bedeutungslosen Posten kaltgestellt. Die NS-Jugendführung wollte – und erreichte im grossen und ganzen auch – eine Art von Jugendorganisation, in der auch die letzte Regung der untersten Einheit in unbedingter Abhängigkeit von den Vorschriften der zentralen Führung und damit des Regimes selbst stand. So wurden die Fahrten kleinerer Einheiten zu Gunsten von Massenlagern gestrichen, Publikationen, Liederbücher, Rundbriefe unterer Einheiten waren nur nach Vorschrift der Reichsjugendführung herauszubringen; es gab keinen Wimpel, keinen Schaukasten irgendeiner lokalen HJ-Gruppe, der nicht von der Reichsjugendführung vorgeschrieben wurde. Kein Lagerplan war erlaubt, kein Lied wurde gesungen, keine Zeitform geduldet, die nicht den Anordnungen der Reichsjugendführung entsprachen; durch zentrale Dienstvorschriften wurden sämtliche HJ-Einheiten und ihre Betätigung (von der «Bekleidungs Vorschrift» bis zur «Lagerverpflegungsordnung») normiert.

. . . Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären . . .

. . . Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.

. . . Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben oder geben lassen.

. . . Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

. . . Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und

könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen ...»

Die Kirche darf also und muss nur Kirche bleiben, um ihren Auftrag zu erfüllen. Staatliche Befugnisse werden abgelehnt und damit auch ein Widerstand gegen die Staatsgewalt mit dem Ziel, die staatlichen Verhältnisse zu ändern. Wenn dieser von Angehörigen der Kirche dennoch geleistet wird, so handeln sie als Privatpersonen, nicht aber im Auftrag der Kirche. Trotzdem muss es natürlich auch zu Konflikten mit der Staatsgewalt kommen. Denn der Inhalt der Barmer Erklärung verurteilt ja nicht nur das Gedankengut der Deutschen Christen, sondern indirekt auch das der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Daher auch die Reaktion des nationalsozialistischen Staates auf diese Erklärung, über die der Historiker Conrad ausführte:

Opposition und Widerstand gegen NS und HJ innerhalb der Jugend

Es braucht wohl nicht erst nachgewiesen zu werden, dass die Darstellung und Analyse der Oppositionsströmungen und Widerstandsgruppierungen innerhalb der Jugend des Dritten Reiches nicht nur um ihrer selbst willen von Interesse ist, sondern auch Hinweise für das Verständnis und die Interpretation des Systems der NS-Jugenderziehung und der HJ zu geben vermag. Wir können nun vorwegnehmend feststellen, dass – wie im Verlaufe dieses Kapitels im einzelnen belegt werden wird – die NS-Jugenderziehung und die Arbeit der HJ keineswegs in dem Sinne «total» waren, dass es keinerlei weitreichendere Oppositions- und Widerstandskreise im Raume der Jugend gegeben hätte, – im Gegenteil: es hat die verschiedensten solcher oppositionellen Gruppierungen innerhalb der Jugend gegeben, sie haben ein Gewicht und eine Reichweite besessen, die gerade auch von der HJ selbst recht wohl erkannt wurden, und sie haben – wenn auch in verschiedenen Phasen – von Beginn des Dritten Reiches an existiert, – nicht etwa erst im Kriege und als Folge der psychologischen Situation dieser Kriegszeit sich ergeben.

Es liegt nahe, nach eventuellen Einflüssen oder Fortsetzungen der bis 1933 existierenden Jugendbünde innerhalb der Jugendopposition nach der Machtübernahme zu fragen. Dabei wären auch hier drei Richtungen in Betracht zu ziehen: die (im engeren Sinne) politischen Jugendorganisationen, die konfessionellen Jugendverbände und die freien Jugendbünde.

Aus allen diesen Richtungen sind nun illegale Fortsetzungen oder Einflüsse auf die oppositionelle Haltung Jugendlicher im Dritten Reich feststellbar, dabei ergeben sich – wie wir

nachher ausführlich zeigen werden – vielfach Übergänge und Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Richtungen NS-gegenerischer Jugendarbeit.

Wenn wir zunächst die parteipolitisch bestimmten Jugendverbände der Weimarer Zeit auf illegale Fortsetzung hin betrachten, so scheint nach allem vorliegenden Material auf diesem Sektor eine Fortführung eigentlicher Jugendgruppen nach 1933 in relativ geringstem Umfange stattgefunden zu haben, – ausgenommen die kommunistisch beeinflussten Jugendkreise. Mit der Zerschlagung der Parteien selbst entfiel offenbar fast durchweg auch eine Fortsetzung der ihnen nahestehenden Jugendverbände, was freilich nicht besagt, dass ehemalige Angehörige dieser politischen Jugendverbände nicht wesentlichen Anteil an der Erwachsenen-Illegalität nach 1933 hätten, – sie stellten hier verständlicherweise zumeist die aktiven Kader.

Bei der (sozialdemokratischen) «Sozialistischen Arbeiterjugend» lagen anscheinend nur wenige Versuche zur Fortführung eigentlicher Jugendbetätigung vor; in den Gegnerdarstellungen der HJ, die sonst in dieser Beziehung recht ergiebig sind, finden sich kaum irgendwo Hinweise auf diesen Verband, und auch in einer authentischen Darstellung der Geschichte der sozialdemokratischen Jugendorganisation wird bestätigt, dass die SAJ nach 1933 in der Hauptsache durch Aktivität ihrer Angehörigen von vor 1933 in der Erwachsenenarbeit der Illegalität hervorgetreten sei. Umfangreicher scheinen Fortsetzungen anderer sozialistischer, mit der Sozialdemokratie jedoch weniger eng zusammenhängender Verbände (so etwa der Jugendarbeit der «Naturfreunde») gewesen zu sein; in recht beachtlichem Ausmasse

. In fast allen Teilen des Reiches wurden die Erklärungen der Bekenntnissynode von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt, während Flugblätter der Gegenseite mit hemmungslosen Angriffen gegen die bekennnistreuen Kreise in keinem Falle beanstandet wurden. Man veranstaltete Haussuchungen nach der Barmer Erklärung und stellte den Besitzern dieses Dokumentes Konzentrationslager in Aussicht. Das Treiben der deutschchristlichen Hetzer wird immer schlimmer: auf ihr Betreiben werden bekennnistreue Besprechungen und Andachten in Privatwohnungen verboten; Pfarrer, die wider Recht und Gesetz «strafversetzt» sind, werden in Schutzhaft genommen, weil sie dem Versetzungsbefehl nicht nachkommen. Ein Pfarrer muss sieben Tage in Schutzhaft verbringen, weil er – in massvoller und würdiger Form – bei einer Beerdigung dem Vorredner der Partei widersprach, der behauptet hatte, der Verstorbene sei nun-

mehr in ‚den himmlischen Sturm Horst Wessel‘ versetzt worden. Hitlerjungen dürfen in ihren Versammlungen die Pastoren ungestraft als ‚Aasgeier der deutschen Nation‘ bezeichnen ..

Aber weder die staatlichen Gewaltmassnahmen – Meiser und Wurm werden vorübergehend unter strengen Hausarrest gestellt und nur unter dem Druck ihrer Gemeinden wieder auf freien Fuss gesetzt – noch die zahlreichen gesetzlichen Massnahmen können eine Befriedigung der evangelischen Kirche bringen. Eine Befriedigung wäre nur möglich gewesen, wenn der Nationalsozialismus auf wesentliche Teile seiner Weltanschauung, die mit dem Christentum einfach nicht vereinbar sind, verzichtet hätte, insbesondere auf seine Idee des totalen Staates und seine zur Staatsidee erhobene pseudowissenschaftlich legitimierte Rasslehre. Da der nationalsozialistische Staat aber immer nur taktische, nicht aber grundsätzliche Zugeständnisse

schliesslich hat offenbar die kommunistische Jugendarbeit nach 1933 weiterexistiert. Allerdings handelt es sich hierbei zum Teil um kommunistisch geprägte, jedoch nicht dogmatisch festgelegte und auch nicht durchweg vom illegalen Parteiapparat der Kommunistischen Partei abhängige Gruppen, zu denen oftmals Jugendliche aus nicht-kommunistischen linken Gruppierungen stiessen, da sie hier vermutlich eine am ehesten effektive Widerstandsarbeit fanden. Bezeichnenderweise sind auch Kontakte der illegalen kommunistischen Jugendarbeit zur katholischen Jugend zu verzeichnen, sowie auch zu Fortsetzungen autonomer und freier Jugendbünde; dies wohl vor allem im Rhein-Ruhr-Gebiet, wo z.B. gemeinsame Schulungen und Diskussionen von illegalem KJVD und katholischen Jugendgruppen stattfanden und illegales Material vom KJVD und von katholischen Jugendlichen gemeinsam vertrieben wurde; die Breite und Intensität dieser Kontakte der kommunistischen Jugendillegalität zu anderen illegalen Jugendkreisen verändert sich dabei phasenmässig, – ganz werden solche Kontakte jedoch nie abgebrochen. Was die konfessionellen Jugendverbände und ihre Arbeit im Dritten Reich angeht, so hatte die katholische Jugend gegenüber der evangelischen für eine Fortführung ihrer Arbeit unter dem NS-Regime einige gewichtige Vorteile, die Aktivität ist daher hier weit umfangreicher und intensiver als auf evangelischer Seite. Die katholische Kirche bot – ideologisch wie organisatorisch – eine geschlossenere Front als die evangelischen Kirchen; von wesentlichem Vorteil für die katholische Jugendarbeit war ausserdem, dass die katholischen Jugendverbände nicht – wie die evangelischen Verbände – schon bald nach der Machtergreifung aufgelöst bzw. in die HJ übernommen wurden, sondern unter dem Schutz des Reichskonkordats noch für einige Jahre (wenn auch terrorisiert, so doch öffentlich) weiterexistieren konnten. In diesen Jahren zwischen

1933 und 1937 intensivierten die meisten katholischen Jugendbünde ihre Arbeit wesentlich und nahmen zum Teil in erheblichem Masse Arbeits- und Stilelemente der autonomen Jungenschaft in sich auf; ausserdem bildete sich in diesen Jahren ein öffentlicher und erklärter Gegensatz zwischen der HJ und der katholischen Jugend heraus, wobei die katholischen Jugendbünde eine freie Konkurrenz der HJ keineswegs zu fürchten gehabt hätten (so hatte z.B. die Wochenzeitung der katholischen Jugend, «Junge Front» – später «Michael», eine mehrfach so hohe Auflage wie die Reichszeitung der HJ). Durch das zwischen dem Vatikan und der Reichsregierung am 12. September 1933 abgeschlossene Reichskonkordat war der katholischen Jugend, wie den anderen katholischen Verbänden, im Artikel 31 die Weiterbetätigung «rein religiöser» und «kultureller» Art garantiert worden, die katholischen Jugendbünde suchten unter dem Schutz dieser Bestimmungen soviel wie möglich von den üblichen Tätigkeiten regelrechter und keineswegs auf das Religiöse beschränkter Jugendarbeit zu erhalten. Diese katholische Jugendarbeit jener Jahre war für die HJ eines der grössten Ärgernisse, dem sie sich in ihrer Entwicklung gegenüber sah. Ein führender HJ-Mann schreibt hierzu: «Das gesamte Verhalten der katholischen Kirche, Überfälle aus den Reihen ihrer Jugendorganisation auf HJ-Angehörige, hoch- und landesverräterische Angriffe katholischer Jugendführer gegen den NS-Staat, zwangen den Staat, aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (vom 28. 2. 1933) die Arbeit der katholischen Jugendorganisationen auf das ihnen eigene Gebiet der religiösen Erziehung zu beschränken. In Anlehnung an die preussische Polizeiverordnung gegen die konfessionellen Jugendverbände vom 23. 7. 1935 haben fast alle deutschen Länder Bestimmungen erlassen, in denen den katholischen Bünden untersagt ist: Auftreten in der Öffentlichkeit, Kluft,

macht, kann der Kirchenkampf und der kirchliche Widerstand bis zum Ende des Dritten Reiches nicht aufhören.

Noch im Jahr der «Barmer Theologischen Erklärung» kommt es im Oktober 1934 zur zweiten Reichsbekenntnissynode im Dahlemer Gemeindehaus. Hier wird als Antwort auf die widerrechtlichen Massnahmen der Reichsregierung am 20. Oktober das Notrecht verkündet. «Wir stellen fest:», so heisst es in der Erklärung an die Reichsregierung, «die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche ist zerschlagen. Ihre rechtmässigen Organe bestehen nicht mehr. Die Männer, die sich der Kirchenleitung im Reich und in den Ländern bemächtigen, haben sich durch ihr Handeln von der christlichen Kirche geschieden. Auf Grund des kirchlichen Notrechts der an Schrift und Bekenntnis gebundenen Kirchen, Gemeinden und Träger des geistlichen Amtes schafft die Bekenntnissynode der Deutschen Evangeli-

sehen Kirche neue Organe der Leitung . . . Wir fordern die christlichen Gemeinden, ihre Pfarrer und Ältesten auf, von der bisherigen Reichskirchenregierung und ihren Behörden keine Weisungen entgegenzunehmen.» Dieser Aufruf zum offenen Widerstand findet Gehör und die daraus resultierende «Doppelleitung» der evangelischen Kirche lässt sich durch alle folgenden Massnahmen nicht mehr beseitigen. Damit ist der Versuch Hitlers, die evangelische Kirche über die Deutschen Christen und den Reichsbischof Müller gleichzuschalten, misslungen.

Neben diesem Kampf um die eigenständige Organisation geht es im Kampf der Bekennenden Kirche nicht minder heftig darum, den Einfluss des wahren Evangeliums, das durch Hitlers «Entkonfessionalisierungspolitik» immer stärker zurückgedrängt werden soll, im Dritten Reich zu behaupten.

Beispielhaft hierfür ist die Stellungnahme der zweiten

Abzeichen, Fahrten, öffentlicher Vertrieb von Zeitungen, jede Betätigung nicht rein religiöser Art (also auch Sport usw.).

Schon von 1933 an hatte die HJ versucht, die katholische Jugend Zug um Zug durch Arbeitsbeschränkungen, lokale Verbote, Verbote einzelner Bünde, Verhaftungen, Terrorisierung, Repressalien in den Schulen u.ä. in ihrer Arbeit zu beeinträchtigen. Die Reichszeitung «Die HJ» brachte im Jahrgang 1933 in ihrem politischen Teil in erster Linie Angriffe auf die katholische Jugend, Berichte über hochverräterische Betätigungen der katholischen Bünde, über angebliche Terrorakte katholischer Jugendgruppen gegen HJ-Angehörige und ähnliche Beitr'ige zum Thema «Katholische Jugend». Nach Erlass des HJ-Gesetzes 1936 wurden die Massnahmen gegen die katholischen Bünde noch erheblich verschärft; im Juni 1937 verbot Schirach die Doppelmitgliedschaft in der HJ und in Bänden der katholischen Jugend; schliesslich wurden um 1938 auch die noch existierenden Teile der katholischen Jugendverbände endgültig aufgelöst und verboten, ihr Eigentum beschlagnahmt, viele ihrer Führer inhaftiert, ihre Publikationen verboten und gegen jede Fortführung katholischer Jugendgruppen aufs Schärfste vorgegangen.

Man muss wissen, dass diese katholische Jugendarbeit in den Jahren 1933 bis 1938, die eine der wesentlichsten HJ-gegnerischen Kräfte darstellte, durchaus von der Spontaneität der Jugendlichen und der Jugendführer getragen wurde, keineswegs immer und in all ihren Äusserungen die Unterstützung der Hierarchie der katholischen Kirche fand und oft genug mit weniger entschiedeneren Einstellungen hoher Kirchenstellen zu kämpfen hatte.

Wir hatten schon darauf hingewiesen, dass ein grosser Teil der katholischen Jugendgruppen von 1933 an Formen und Inhalte der autonomen Jungenschaftsrichtung übernahm (so

etwa die «Quickborn-Jungenschaft», der grösste Teil der «Sturmschar», Teile von «Neudeutschland» u.a.), es entstanden auch einige spezifisch katholische autonome Jungenschaften (z.B. die «Deutschmeister-Jungenschaft»), daneben zeichnete sich vielfach eine enge Zusammenarbeit zwischen Gruppen und Leitern der illegalen autonomen Jugendkreise und den noch halb-legalen, doch bereits terrorisierten katholischen Jugendgruppen ab, – von hier aus ergaben sich auch gemeinsame Querverbindungen zu mehr politischen Widerstandsgruppen und auch illegalen sozialistischen Jugendkreisen. Auch nach dem endgültigen und ausnahmslosen Verbot der katholischen Jugendbünde im Jahre 1938 existierten fast überall illegale katholische Gruppen weiter; die HJ-Führung versuchte vergebens, durch zahllose Inhaftierungen, Einziehung zu Strafeinheiten, Verweisungen von der Schule und ähnliche Massnahmen (so natürlich auch durch Terrorisierung der Eltern), die Tätigkeit solcher Gruppen auszumerzen.

Die illegalen Fortsetzungen evangelischer Jugendgruppen waren, soweit sich etwa aus der Polemik der HJ gegen gegnerische Jugendaktivitäten ablesen lässt, nicht von dem Ausmass und der Bedeutung der katholischen; immerhin gab es auch auf evangelischer Seite eine Reihe illegaler Gruppen und Jugendkreise, die z.B. die CVJM-Arbeit fortzusetzen versuchten oder dem (von der Jungenschaft beeinflussten) Kreis um die Zeitschrift «Jungenwacht» angehörten . . .

Im historischen Teil dieser Arbeit hatten wir schon berichtet, dass Schirachs erste Massnahme nach seiner Ernennung zum Jugendführer des Deutschen Reiches (im Juni 1933) das Verbot des Grossdeutschen Bundes und sämtlicher anderen hündischen und autonomen Jugendorganisationen war. Dieses «Verbot hündischer Jugend», wie es betitelt wurde, wurde in den folgenden Jahren ständig wiederholt, – ein Anzeichen dafür, dass die Erneuerung des Verbots durch die

Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreuussischen Union an die Gemeinden vom 5. März 1935, in der das Neuheidentum scharf verurteilt wird:

«Wir sehen unser Volk von einer tödlichen Gefahr bedroht. Die Gefahr besteht in einer neuen Religion ... In ihr wird die rassistisch-völkische Weltanschauung zum Mythos. In ihr werden Blut und Rasse, Volkstum, Ehre und Freiheit zum Abgott. ...»

Die Leitung der altpreuussischen Bekenntnissynode beauftragt alle bekenntnistreuen Pfarrer, «jenes Wort an die Gemeinden» im Gottesdienst am 17. März 1935 bekanntzugeben. Der Reichsminister des Innern verbietet jedoch die Verlesung dieser Kundgebung, da er nicht gewillt ist, diesen Aufruf gegen das Neuheidentum und den nationalsozialistischen Staatsgedanken zu dulden. Überall, nicht nur im Bereich der altpreuussischen Unionskirche, erscheint die Gestapo und verlangt von den Pfarrern eine Verpflichtungserklärung,

dass die von der Bekenntnissynode angekündigte Kanzelabkündigung weder im Gottesdienst noch sonstwie bekanntgegeben werde. Pfarrer, die sich weigern, werden unter Hausarrest gestellt oder verhaftet. Insgesamt 715, davon in Preussen 500. Doch die Kirche lässt sich nicht einschüchtern: Der Präses der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche, der für alle bekenntnistreuen Pfarrer in Deutschland spricht, erlässt folgende Bekanntmachung:

«... In allen Gottesdiensten der nächsten Woche ist also im Rahmen der üblichen Abkündigungen der Gemeinde Folgendes bekanntzugeben: Der Fürbitte der Gemeinde werden folgende Pfarrer empfohlen: 16 sächsische Pfarrer, die nach Sachsenburg ins KZ-Lager gebracht worden sind, 5 hessische Pfarrer, die seit Wochen im KZ-Lager Dachau gefangengehalten werden, 2 sächsische Pfarrer, 1 Bremer Pfarrer, 3 preussische Pfarrer, die in Haft genommen sind, 7 brandenburgi-

illegale Weiterführung freier Jugendgruppen notwendig gemacht wurde. Die Verbotstexte enthielten eine Aufzählung früherer und illegaler freier Bünde sowie Strafanordnung für diejenigen, die eine Weiterführung oder Neubildung derartiger Gruppen unterstützten oder entsprechendes Schrifttum, Liedgut «. a. m. Weitergaben. In einem Aufsatz in der Führungszeitschrift der HJ heisst es hierzu: «Die Auseinandersetzung mit der hündischen Jugend war jedoch mit dem Verbot noch nicht abgeschlossen. Immer wieder tauchten in der Folgezeit hier und da kleine Gruppen auf, die sich in stiller und geschickter Arbeit durch alle Verbote hindurch gerettet hatten. Vielfach wurde es offenbar, dass die anarchistischen Kräfte der Vorkriegsjugendbewegung stärker, als zu erwarten gewesen war, wieder lebendig geworden waren . . . und sich sogar im NS-Reich durchzusetzen versuchten. Bis in das Jahr 1936 hinein (Zeitpunkt der Veröffentlichung!) waren Versuche einer kulturellen Beeinflussung der deutschen Jugend in Lied oder Schrifttum zu beobachten, die mit einer Russlandromantik kommunistische Propaganda verbanden ...»

Die Betätigung der illegalen Jugendgruppen (gleich welcher Richtung) bis 1939 hatte sich vor allem auf folgende Bereiche erstreckt: Pflege eines der HJ entgegengesetzten Gruppenlebens (Zusammenkünfte, Fahrten usw.) und eines der HJ entgegengesetzten Kulturstils, Befassung mit den jeweiligen NS-gegnerischen Positionen (politischer und religiöser Art), Herstellung und Verbreitung illegaler Publikationen, Verbreitung von NS-gegnerischen Büchern, Kulturäusserungen, Flugblättern, «Mundpropaganda» und ähnlichem (das also, was die HJ «Zersetzungsarbeit» nannte); hinzu kamen gelegentliche demonstrative Akte. In den Kriegsjahren und im Zuge der Erweiterung der Jugendillegalität durch die «Banden» traten zu diesen Betätigungen einige neue hinzu, – so etwa regelrechte Sabotageak-

te, Kontaktnahme zu Fremdarbeitern, «Wehr-Defätismus» und auch, in grösserem Masse als bisher, tätliche Auseinandersetzungen mit der HJ. Es soll dabei nicht übersehen werden, dass Banden vom Typ «Edelweiss» in den letzten Kriegsjahren oft eher kriminellen Jugendbanden als eigentlichen Widerstandsgruppen glichen; die Grenzen zwischen beiden sind oft genug nicht scharf zu ziehen. Gleichwohl wäre es unzutreffend, die Banden vom Typ «Edelweiss» als durchweg unpolitisch zu charakterisieren. Ein Teil dieser Banden wie auch der Grossteil der illegalen eigentlichen Gruppen der Jugendopposition gegen den NS war zweifellos durchaus politisch; politisch zwar nur zum Teil im Sinne einer klaren Bindung an bestimmte politische Erwachsenengruppierungen oder Programme, – politisch aber fast durchweg im Sinne einer bewussten und überindividuellen NS-Gegnerschaft, NS- und HJ-gegnerischer kultureller, weltanschaulicher und politischer Stile und Tendenzen und einer nach aussen gerichteten illegalen Betätigung, der es keineswegs nur um die Reservierung privater Bereiche ging.

Und es kann kein Zweifel daran sein, dass illegale Jugendbetätigungen also von Beginn des NS-Regimes an in beachtlichem Umfang existierten und für NS und HJ ein Problem darstellten, dem sie mit Terror und Liquidierungsmassnahmen beizukommen versuchten (da sie es erzieherisch-administrativ nicht zu lösen vermochten) und das dennoch nie an Gewicht einbüsste. Es bleibt ausserdem festzuhalten, dass diese illegale Jugendarbeit zwar gelegentlich Kontakt zu oppositionellen Erwachsenenkreisen hatte, dass sie aber keineswegs eine blosse Jugendaktivität oppositioneller Erwachsenenengruppen darstellte, sondern grösstenteils eine selbständige und spontane Bewegung Jugendlicher gewesen ist.

(Aus: Arno Klönne, Hitlerjugend, Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich.)

sche und 1 schlesischer Pfarrer, die aus ihren Gemeinden ausgewiesen worden sind. Es wird gebeten, auch der verwaisten Gemeinden im Gebet zu gedenken .. Um einer sich ausbreitenden Unruhe im Kirchenvolk, sieht sich die Polizei zum taktischen Rückzug gezwungen: «Auf Anordnung des Reichsinnenministeriums ist gegen die Verlesung dieser Fürbitte in den Gottesdiensten nicht einzuschreiten. Sicherheitspolizeiliches Eingreifen, soweit erforderlich, bleibt davon unberührt. Massnahmen sind nicht innerhalb der Kirche und während des Gottesdienstes durchzuführen.»

Anstatt geschlossener Gewaltaktionen, die einen zu grossen Widerstand herausfordern können, geht man zu Einzelmassnahmen über. Amtsenthebungen, Ausreiseverbote, Aufenthaltsverbote, Redeverbote, Ausweisungen, Repressalien, Verbannungen, Verbringung in Konzentrationslager, Haft oder Gefängnis, Anklagen wegen Verstosses gegen das Sammlungsgesetz,

gegen das Heimtücke-gesetz – «Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äusserungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft .. –, gegen Kanzelmissbrauch, gegen das Verbot, die Kirchenaustritte bekanntzugeben, sind die Mittel, mit denen man den Widerstand der Kirche allmählich zu brechen versucht. Ganz nach der Devise der Gestapo zur Bekämpfung der «bewussten Staatsfeinde»: «Ihnen arbeitet die politische Polizei nach grossen Richtlinien mit dem Ziel vernichtender Schläge entgegen. Hier entscheiden erbitterte unterirdische Kämpfe, Minen und Gegenminen. Und dieser Kampf wird um so besser geführt, je weniger das Volk in ungestörtem Entwicklungsgang von der Tatsache des Kampfes merkt.»



Zwei Titelblätter aus der antinationalsozialistischen Jugendzeitschrift «Kameradschaft», die von November 1937 bis Mitte 1940 in einer Auflage bis zu 9'000 Stück in Brüssel, Amsterdam und schliesslich in London hergestellt und heimlich in Deutschland verbreitet wurde. «Diese Zeitschrift», schreibt Arno Klönne, «war vor allem deshalb wichtig und wirksam, weil ihre Herausgeber – emigrierte jüdische und jungkatholische Führer – in ständiger direkter Verbindung mit den illegal in Deutschland arbeitenden Jugendgruppen waren, die Zeitschrift daher auch regelmässig Originalbeiträge aus den deutschen Gruppen, ihren Erfahrungen und ihrer Tätigkeit bringen konnte.»

Warum die evangelische Kirche, die ihrer Tradition nach so staatsfromm ist, zum «Staatsfeind» in Hitlers Staat werden muss, lässt sich aus den Überlegungen von Otto Dibelius exemplarisch ersehen. In einem offenen Brief vom Februar 1937 an Reichsminister Kerrl (seit 1935 Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten) knüpft er an dessen Rede vom 13. Februar 1937 über Kirche und Christentum an und entgegnet ihm:

«... Diese Rede bedeutet für das Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und Ihrem Ministerium ungefähr das, was die Sportpalastversammlung vom November 1933 für das Verhältnis zwischen uns und den Deutschen Christen bedeutet hat: Der Schleier ist zerrissen, der die Wirklichkeit vor vieler Augen bisher verhüllte; die Gegensätze sind klar; es ist jetzt deutlich vor jedermann, was das Kirchenministerium mit seinen Massnahmen bisher beabsichtigt und was es für die Zukunft beabsichtigt ... Sie [haben] die Grundsätze dargelegt, nach denen Sie als Kirchenminister glauben handeln zu müssen. Sie haben nach dem mir vorliegenden Bericht gesagt: Der katholische Bischof Graf Galen und der evangelische Generalsuperintendent Zoellner hätten Ihnen beibringen wollen, was Christentum sei; dass es nämlich um die Anerkennung gehe, dass Jesus Gottes Sohn sei. Das sei lächerlich und nebensächlich...

Dieser Satz aber, dass Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, der Sohn des lebendigen Gottes ist, ist der feste Grund für allen unsern Glauben ... Sie haben weiter gesagt: Die Priester behaupteten, Jesus sei ein Jude; sie redeten von dem Juden Paulus und sagten, das Heil komme von den Juden. Das gehe nicht!

Ich kann mich nicht erinnern, dass in früheren Zeiten die Predigt der evangelischen Kirche diese Dinge irgendwie betont hätte. Nachdem sich aber jetzt die Angriffe der Gegner fortwährend auf diesen Punkt richten, ist die Kirche allerdings gehalten, zu sagen: Jawohl, Jesus von Nazareth ist nach seiner menschlichen Natur aus dem Geschlechte Davids, also ein Jude! So lehrt es das Neue Testament...

Unablässig hat man in den letzten vier Jahren behauptet: die Eingriffe des Staates betreffen nur das äussere Leben der Kirche; niemand denke daran, in die Predigt einzugreifen. Die Bekennende Kirche hat dem gegenüber immer behauptet, dass dem nicht so sei, sondern dass die Kirchenpolitik ... einen Eingriff in Lehre und Verkündigung der Kirche bedeute... Ihre Worte vom 13. Februar haben es über allen Zweifel erhoben, dass die Bekennende Kirche richtig gesehen hat...

Sie erheben Forderungen und kündigen in demselben Atemzuge neue Zwangsmassnahmen gegen die Kirche an. Wenn das nicht ein Eingriff in die Verkündigung

der Kirche ist, dann weiss ich nicht, was man unter einem Eingriff in die Verkündigung überhaupt verstehen soll. Hier ist der Punkt, an dem die Kirche Widerstand leisten muss und Widerstand leisten wird ...»

Die grundsätzliche Problematik zwischen Kirche und Staat erläutert Dibelius am Gegensatz zwischen Religionsunterricht und Parteischulung der deutschen Jugend: «Herr Reichsminister, wenn des Morgens im Religionsunterricht den Kindern gesagt wird: Die Bibel, das ist das Wort Gottes, das zu uns redet im Alten und im Neuen Testament! – und wenn am Nachmittag den Pimpfen memoriert wird: Welches ist unsere Bibel? Unsere Bibel ist Hitlers ‚Mein Kampf‘! – wer muss hier seine Lehre ändern?

Hier ist der entscheidende Punkt...

Sobald der Staat Kirche sein und die Macht über die Seelen der Menschen und über die Predigt der Kirche an sich nehmen will, sind wir nach Luthers Worten gehalten, Widerstand zu leisten in Gottes Namen. Und wir werden das tun ... ! Lassen Sie die Kirche ihre Angelegenheiten in wirklicher Freiheit und Selbständigkeit ordnen! Wenn das geschieht, dann kann der Kirchenkampf in drei Monaten zu Ende sein ...»

Wegen dieses Briefes wird Generalsuperintendent D. Dibelius vor ein Sondergericht in Berlin gestellt. Die Anklage lautet auf «unwahre Behauptungen und heimtückische Angriffe gegen den Staat und seine Führer». Kerrl bestreitet, die Äusserung getan zu haben, das Dogma, dass Christus der Sohn Gottes sei, wäre lächerlich und bedeutungslos. Der Gerichtshof spricht Dibelius wegen Mangels an Beweisen frei. «Auf Grund der Tatsache, dass von Herrn Minister Kerrls Rede kein amtliches Protokoll aufgenommen war, ist es schwer festzustellen, was er in Wirklichkeit gesagt hat.»

Aber auf die Verifizierung dieser speziellen Äusserung des Kirchenministers kommt es im Wesentlichen gar nicht an. Denn hinter der offiziellen Haltung, die Kirche zu akzeptieren, verbirgt sich der verborgengehaltene Wille der nationalsozialistischen Staats- und Parteiführung, das Christentum völlig auszuschalten und durch die nationalsozialistische Weltanschauung zu ersetzen. Für Hitler und seine Mitwisser gelten die Worte Bormanns als ausgemachte Sache: «Ebenso wie die schädlichen Einflüsse der Astrologen, Wahrsager und sonstigen Schwindler ausgeschaltet und durch den Staat unterdrückt werden, muss auch die Einflussmöglichkeit der Kirche restlos beseitigt werden.» Daher bestehen die Vorwürfe von Dibelius zu Recht, daher kann der Kirchenkampf nicht in drei Monaten, sondern erst mit dem Ende des Dritten Reiches beendet sein. Daher sind die «unwahren Behauptungen gegen

den Staat und seine Führer» doch wahre Behauptungen, auch wenn sie der Taktik der Staatsführung entsprechend vor Gericht im nationalsozialistischen Staate nicht bewiesen werden können.

In dieser durch die nationalsozialistische Taktik der Kirchenbekämpfung und die Zersplitterung der evangelischen Kirche unübersichtlichen Situation ist es für jeden Pfarrer eine schwierige Entscheidung, wie er sich zu verhalten habe. Typisch für den Konflikt und eine Lösung im christlichen Sinne ist das folgende Dokument über den Parteiausschluss eines Pfarrers, der zunächst mit dem Nationalsozialismus sympathisiert hat.

«Aktz. VI/5/37, 14. Januar 1938
...Begründung: Der Pg. W.... P. ... wird beschuldigt, den Bestrebungen der NSDAP zuwiderzuhandeln und sich interesselos zu zeigen, indem er

a) in versteckter Weise gegen die Massnahmen des Staates Stellung nahm und

b) an keiner Veranstaltung der Ortsgruppe teilnahm, obwohl er zu allen Veranstaltungen schriftlich eingeladen wurde.

Zu dem unter Ziffer a) zur Last gelegten Verhalten erklärt der Angeschuldigte, dass er als Beamter der Kirche gehalten sei und sich verpflichtet fühle, alle Anordnungen des Kirchenregimentes nach aussen hin zu vertreten, sei es auf der Kanzel oder sonst in der Öffentlichkeit. Er gebe zu, dass er dabei in die Lage kommen könne, mit den Massnahmen und Anordnungen des nationalsozialistischen Staates in Konflikt zu geraten. Solche Konflikte schlossen aber nicht aus, dass er als Beamter der Kirche zugleich auch Parteigenosse sein könne. In Konfliktsfällen nehme er eine vermittelnde Haltung ein und sehe zu, dass kein ‚Bauunglück‘ entstehe.

Was das Verbot der Kirchenkollekte anbelange, so sei er der Ansicht, dass dieses Verbot zu Unrecht ergangen sei; der Staat habe kein Recht, sich in solche Angelegenheiten einzumischen, noch viel weniger stehe dies der Partei zu.

Diese Auffassung des Angeschuldigten und sein Verhalten zeigen, dass er nur insoweit Nationalsozialist und Parteigenosse ist, als er dies mit den Massnahmen und Richtlinien der Kirche vereinbaren zu können glaubt. Wo dies nicht der Fall ist, trägt er keine Bedenken, auch gegen die Anordnungen des Staates zu handeln. Das beweist seine Verhaftung infolge seiner Aufforderung, eine verbotene Kollekte durchzuführen. Ein Parteigenosse muss rückhaltlos hinter seinem Führer stehen. Ein Parteigenosse aber, der nicht in allen Dingen vorbehaltlos auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung steht, ist undenkbar.

Dass der Angeschuldigte nicht rückhaltlos dem Führer ergeben ist, zeigt seine Auffassung, wenn er glaubt,

zwei Herren dienen zu können. Bei einer solchen Auffassung musste er, wie es auch tatsächlich der Fall war, in die Lage kommen, den Bestrebungen der NSDAP zuwiderzuhandeln. In diesem Zusammenhang hat er auch auf der Kanzel diejenigen Pfarrer in die besondere Fürbitte eingeschlossen, die in Haft gesetzt wurden. Dass er damit in versteckter Weise gegen Massnahmen des Staates Stellung genommen hat, bedarf wohl keines weiteren Beweises mehr.

Zu b) der Anklage erklärt der Angeschuldigte, dass dies in seinen dienstlichen Verhältnissen begründet liege. Er sei viermal in der Woche abends dienstlich beschäftigt. Eine Verlegung des Dienstes dann, wenn gerade eine Ortsgruppenversammlung sei, sei nicht möglich, da nur ein Saal zur Verfügung stehe und dieser immer besetzt sei. Ausserdem würde er sich dadurch auch einer Dienstverletzung schuldig machen, denn er sei seinem Vorgesetzten für die Wahrnehmung des Dienstes verantwortlich. Wenn er das Parteiabzeichen nicht trage, so tue er dies deshalb, weil er den Volksgenossen, die zu ihm als Seelsorger kämen, unvoreingenommen und rein seelsorgerisch gegenüberstehen wolle.

Wäre es dem Angeschuldigten ernstlich darum zu tun gewesen, die Veranstaltungen der Ortsgruppe zu besuchen, so hätte sich, obwohl er dienstlich sehr belastet war, durch Rücksprache mit seinen Vorgesetzten ohne Zweifel die Möglichkeit hierzu ergeben lassen. Wenn schliesslich der Angeschuldigte den ihn um Rat angehenden Volksgenossen nur ohne Parteiabzeichen gegenüberzutreten zu können glaubt, so hat er vergessen, dass auch die Partei als solche den Standpunkt eines positiven Christentums vertritt.

Der Sachverhalt zu a) und b) begründet die Feststellung, dass der Angeschuldigte den Bestrebungen der NSDAP zuwidergehandelt und sich interesselos gezeigt hat. Er war in folgedessen eines Verstosses gegen § 4 Abs. 2 b und Abs. 3 c schuldig zu sprechen ...»

Zu den inhaftierten Geistlichen, die von anderen Pfarrern, darunter vielen NSDAP-Genossen, in das Gebet von der Kanzel eingeschlossen werden, gehört schliesslich auch Pastor Martin Niemöller. Im Herbst 1937 ist er verhaftet worden. Hitler hat ihm seine «Hinterhältigkeit» vom Januar 1934 nicht vergessen und seine Predigten aufmerksam verfolgt. Am 7. Februar 1938 beginnt in Berlin der Prozess gegen Niemöller, am 2. März wird das Urteil gesprochen. Der Prozess fällt ausgerechnet in eine Zeit, die einen grundlegenden Wandel in den politischen Machtverhältnissen in Deutschland mit sich bringt – und die nach der Röhme-Affäre 1934 die erste unmittelbare Gefahr für Hitler und die Herrschaft des Nationalsozialismus schafft.

Zunächst aber geht es noch um den vor allem von der Weltpresse aufmerksam verfolgten Prozess gegen den Führer des «Pfarrernotbundes» und Repräsentanten der evangelischen «Bekennenden Kirche», Martin Niemöller.

«Durch die Tätigkeit des ehemaligen U-Boots-Kommandanten Niemöller ist die Gemeinde Dahlem weltberühmt geworden», heisst es bereits in einem Bericht des Amtes Rosenberg vom Mai 1935. Noch ist Deutschland in diesen Tagen, es sind wohl die letzten, in mancher Hinsicht ein Rechtsstaat. Am 7. Februar 1938, dem ersten Verhandlungstag, wird der Angeklagte Niemöller mehr als drei Stunden vernommen. Am Tag darauf lehnt Niemöller seinen Officialverteidiger ab. Andererseits lehnt der Staatsanwalt ab, die zahlreichen Vertreter der «Bekennenden Kirche» im Saal zu dulden. Sie sind ja «Mittäter» des Angeklagten.

Das Gericht entscheidet beide Anträge positiv – die Funktionäre der «Bekennenden Kirche» dürfen nicht mehr an der Verhandlung teilnehmen, die Verhandlung wird auf den 19. Februar vertagt, damit der Verteidiger des Angeklagten Niemöller Zeit hat, die Anklageschrift und die Akten genügend zu studieren. Die anwesenden Vertreter der internationalen Presse registrieren diese Gerichtsentscheidung positiv.

In der Verhandlung, die schliesslich bis zum Urteilspruch am 2. März 1938 dauert, ist das bedeutsamste die Verteidigung Niemöllers, der dabei ein aufschlussreiches Bild von sich selbst gibt.

Er berichtet über seinen Einsatz als U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg und dass er ein ausgezeichnete Torpedo-Spezialist gewesen sei. (Torpedo-Spezialist sei Niemöller ja wohl auch noch heute, wenn auch in anderem Sinne, bemerkt ein Berichterstatter sarkastisch.)

Acht mit der höchsten kaiserlichen Kriegsauszeichnung, dem Pour le Merite, dekorierte Kriegshelden sind aus Niemöllers Pfarrhaus hervorgegangen, wie er dem Gericht stolz erzählt. Von Niemöller bestellte Entlastungszeugen, etwa die Admirale von Lützwow und von Scholz, bestätigen dem Gericht, dass Niemöller immer ein erbitterter Feind jeder Demokratie, ein geschworener Gegner der Republik gewesen sei.

Stolz erklärt der Angeklagte, dass er schon als Offizier Befehle verweigert habe, die er für falsch hielt. Entgegen dem Befehl der inzwischen republikanischen Regierung der Sozialdemokraten hat er sich geweigert, nach der deutschen Kapitulation im November 1918 die kaiserliche Kriegsflagge auf seinem U-Boot einzuziehen. Mit wehender Flagge ist sein Boot am 30. November 1918 in den Kieler Kriegshafen eingelaufen. Den Befehl, sein U-Boot vertragsgemäss an die Eng-

länder zu übergeben, hat er als aufrechter Deutscher natürlich ebenfalls verweigert, erst recht den Befehl, den Offiziersdolch abzulegen: Er musste schliesslich jederzeit in der Lage sein, einem Matrosen, Arbeiter oder «verhetzten Sozialdemokraten», der ihn anpöbelte, «sofort den Dolch zwischen die Rippen zu stossen».

In dem für Hitlers Chefideologen Rosenberg angefertigten Bericht über die Verhandlung heisst es dann wörtlich:

«Dem Freikorpskämpfer [Niemöller], der eine Abteilung Offiziere nach der Revolution von 1918 zur Reinigung Westfalens vom roten Pöbel ansetzte und führte, hat Generalleutnant von Watter ein nicht weniger hervorragendes, vom 10. August 1937 datiertes, Zeugnis ausgestellt wie die Admirale.»

Schliesslich ist Niemöller, nachdem sein Vermögen zertrümmert war, Theologe geworden, um «dem seelisch zerrissenen und weithin entwurzelten deutschen Volke mit... dem Worte Gottes zu dienen und so zur Auferstehung Deutschlands beizutragen.»

Seit 1924, während Hitler in Haft sass, hat Niemöller nur NSDAP gewählt und den Führer zutiefst verehrt. Sein Bruder Wilhelm, ebenfalls Theologe, sei schon 1923 Mitglied der NSDAP geworden.

In der Nacht zum 14. Oktober 1933 hat Niemöller durch einen Bekannten aus dem Auswärtigen Amt erfahren, dass Hitler den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund angeordnet hat. Daraufhin hat er noch zu nächtlicher Stunde «an den Führer» ein Glückwunschtelegramm gerichtet; noch heute, 1938, ist er stolz darauf, dass er damit der erste gewesen ist, der Hitler zu diesem entscheidenden Schritt der «Wiederherstellung der Ehre Deutschlands» gratuliert hat.

Dann kommt Niemöller auf die Vorwürfe zu sprechen, die ihm vom Gericht gemacht werden – dass er in seiner Kirche in Berlin-Dahlem eine Gruppe alter Reaktionen um sich versammle, eine Gruppe von Volksfeinden, von Meckerern und Juden; dass er in seinen Predigten für das internationale Judentum, den «Todfeind des deutschen Volkes», Stellung nehme und entgegenstehende Massnahmen des Staates kritisiere.

Sicher stünden vor seiner Kirche Luxusautos, aber die seien schliesslich auch anderswo zu sehen. Seine Gemeinde sei buchstäblich eine «Gemeinde vom Minister bis zur Waschfrau». Was an echten Vorwürfen übrigbleibe, sei die Judenfrage.

Die Juden, sagt Niemöller, sind ihm unsympathisch und fremd. Dass ausgerechnet Jesus von Nazareth ein Jude gewesen ist, bezeichnet der Pastor Niemöller als «peinliches und schweres Ärgernis». Aber so stehe es nun einmal im Neuen Testament, und das habe er als Pfarrer zu verkünden, dies ist das Wort Gottes, an das

er sich als Pfarrer der «Bekennenden Kirche» zu halten habe. Falsch sei es, daraus auf eine Feindschaft zum Dritten Reich zu schliessen, das er doch selbst als Gegner der Demokratie und der Republik immer herbeigeseht habe.

Zum Schluss seines Plädoyers in eigener Sache kommt Niemöller noch einmal auf jenen peinlichen Augenblick vom 25. Januar 1934 zu sprechen, als Göring ihm den Wortlaut des Tags zuvor geführten Telefongesprächs vorgehalten hat. Es ist Niemöller, so formuliert er selbst, an diesem Tag «nicht sehr gut gegangen». Aber der Führer habe ihm dann zum Schluss doch die Hand gereicht, und er glaube doch, der Führer und er hätten sich verstanden.

Vom Gericht scheint Niemöller auch verstanden worden zu sein: Es verurteilt Niemöller zu sieben Monaten ehrenvoller Festungshaft und zu 2'000 Mark Geldstrafe. Die ausgesprochene Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüsst, Niemöller darf den Gerichtssaal als freier Mensch verlassen.

Den Gerichtssaal – aber draussen wartet schon die Gestapo auf den Dahlemer Pastor, um ihn ohne Gerichtsurteil in das KZ Sachsenhausen im Norden von Berlin zu bringen. Dieses «Urteil» hat Hitler persönlich gesprochen, als er schon am frühen Vormittag erfahren hat, wie das Gericht urteilen wird. Wenn dieser «hinterhältige Schurke» Niemöller, so hat er getobt, freikommt, dann sollte man doch gleich das ganze Gericht einsperren! Man weiss von der Gefährlichkeit Niemöllers und seinem unbeugsamen Willen zum Widerstand. Und so wird er von diesem 2. März 1938 an bis April 1945 «Privatgefangener» Hitlers sein.

Eben in diesen Märztagen hat sich in Deutschland die innenpolitische Situation zugespitzt, hat sich eine für Hitler kaum noch erwartete Gefahr ergeben, und zugleich steht auch ein entscheidendes aussenpolitisches Ereignis bevor. Wie Niemöllers Prozess eigentlich schon an jenem 25. Januar 1934 beginnt, so liegen auch die Ursachen für die sich gerade während des Niemöller-Prozesses Überschlagenten Ereignisse Jahre zuvor begründet.

Es geht um das Bemühen, auch die Wehrmacht, den einzigen realen Machtfaktor, der einen erfolgreichen Widerstand noch leisten kann, «gleichzuschalten». Denn trotz seiner Erfolge und trotz seines Bemühens ist es Hitler noch nicht gelungen, das höhere Offizierskorps voll und ganz für sich, seinen Staat und die Partei zu gewinnen. Gerade das Verhältnis der Wehrmacht zur Partei, insbesondere zur SS, bleibt gespannt. Denn nach der Ausschaltung Röhrs und seiner SA scheint das Monopol der Wehrmacht als einziger Waffenträger der Nation durch die SS bedroht, die eigene militärische Verbände anstrebt und auch bewilligt erhält. Diese

Spannungen, die von der ausländischen Presse immer stark betont werden, versucht Hitler dadurch zu mildern, dass er sich immer wieder mit all seinen rhetorischen Fähigkeiten um die Gunst der Wehrmacht bemüht. In einer hierfür typischen Rede aus dem Jahre 1935 legt er den stärksten Nachdruck auf «das unbegrenzte und durch nichts zu erschütternde Vertrauen», das er «zu dem Können, der Opferfreudigkeit und vor allem zur Loyalität der gesamten Wehrmacht» hege. «Dies Vertrauen», so hat einer der teilnehmenden Generale Absicht und Wirkung der Worte Hitlers seinen Offizieren anschaulich bezeugt, «kam in geradezu ergreifender Form zum Ausdruck, und wohl keiner, der dabei war, wird sich dem Eindruck entziehen können, dass hier ein Mann sprach, der durch keinerlei kleinliche Machenschaften in diesem seinem Vertrauen zu beirren ist, und dass uns hier ein Vertrauen entgegengebracht wird, das von keinem Ehrenmann getäuscht werden kann.» Der in erster Linie betroffene Fritsch nannte die Rede «ein einziges Bekenntnis zur Treue der Armee und ihres Führers» (der er selber war).

Über das Verhältnis Hitler, Partei und Wehrmacht notiert ein anderer Zeuge: «Dann kommt aber vielleicht einer von der Partei und sagt zu mir: ‚Alles gut und schön, mein Führer, aber der General Soundso spricht und arbeitet gegen Sie!‘ Dann sage ich: ‚Das glaube ich nicht!‘ Und wenn dann der andere sagt: ‚Ich bringe Ihnen aber schriftliche Beweise, mein Führer!‘ dann zerresse ich den Wisch, denn mein Glaube an die Wehrmacht ist unerschütterlich.»

Genau diese Ausführungen, die ihren Eindruck nicht verfehlen, sind dazu angetan, die weitverbreitete Ansicht der Wehrmacht zu bestärken, man könne zwischen dem «Führer» und der «Partei» unterscheiden. Man könne dem Führer, der es nur gut meine, vertrauen, während für das Schlechte lediglich die üblen Elemente innerhalb der Partei verantwortlich seien. Selbst Beck, der bald zum nachdrücklichsten Verfechter des militärischen Widerstandes gegen Hitler wird, glaubt zunächst noch mit diesem Zusammenarbeiten zu können. Das bekannte Argument, mit dem der einfache Mann sich trotz der negativen Erscheinungen der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis sein positives Hitlerbild erhalten will, den bekannten Satz: «Der Führer weiss das nicht», machen sich auch die Militärs an höchster Stelle zu eigen. Diese Verkennung des wahren Hitler, den man nur als den Retter Deutschlands aus wirtschaftlicher Not und nationaler Zwi-tracht sehen möchte, nicht aber als den Urheber auch aller entsetzlichen Schattenseiten des Dritten Reiches, ist der Hauptgrund dafür, dass auch die skeptischen Militärs ihre gegnerische Einstellung immer wieder überwinden.

Erst als man das Riskante an Hitlers Aussenpolitik und die damit verbundenen Kriegspläne allmählich zu erkennen beginnt, verstärkt sich auch der Widerstandswille innerhalb der Wehrmacht und der Wille Hitlers, diejenigen Kräfte der Wehrmacht auszuschalten, die seine Politik zu bremsen versuchen, die auf Grund ihres militärisch-fachlichen Könnens und ihrer ethischen Grundeinstellung Hitlers Ansichten letztlich nicht zu folgen vermögen.

Ein Jahr nach Hitlers Rede vom 30. Januar 1937, in der er vor dem Reichstag in seinem Rechenschaftsbericht «feierlich» die Aufkündigung des «Versailler Diktats» und die volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität erklärt hat, und drei Monate nach der bedeutenden und geheimgehaltenen Rede vom 5. November 1937, auf der Hitler seine Kriegspläne bekanntgegeben hat, gegen die Fritsch und selbst Blomberg Einspruch erhoben haben, konzentriert er die Staatsmacht des Deutschen Reiches noch mehr auf seine Person. Wie schon so oft, nutzt er eine von ihm nicht geschaffene und nicht einmal vorausgesehene Situation blitzschnell zu seinen Gunsten aus.

Das ganze Geschehen, das fast Hitlers Ende als Diktator bringt, ihm dann aber doch noch einen gewichtigen Machtzuwachs verschafft, beginnt damit, dass Reichskriegsminister Generalfeldmarschall Werner von Blomberg um eine persönliche, vertrauliche Aussprache mit Hitler nachsucht.

Hitler lädt den von ihm erst kürzlich zum Marschall beförderten Minister daraufhin zu sich nach Hause ein. In Hitlers Fünf-Zimmer-Wohnung in der Münchner Prinzregentenstrasse 12 drückt Blomberg noch ein wenig herum, ehe er seinem Obersten Befehlshaber sagt, welche Sorge ihn drückt.

Der sechzigjährige Witwer, Vater von drei erwachsenen Kindern, möchte wieder heiraten. Hitler versteht nicht ganz – na und? Warum gibt es da einen Grund zur Sorge?

Nun kommt Blomberg mit der Sprache heraus. Seine Braut sei wesentlich jünger als er, und sie komme aus sehr kleinen Verhältnissen. Der Marschall befürchtet, dass das Offizierskorps der Wehrmacht diese Heirat ablehnen wird. Für die Heirat eines Offiziers gibt es seit altersher ziemlich strenge Vorschriften, für einen Marschall und Kriegsminister gelten diese geschriebenen und noch mehr die ungeschriebenen Gesetze erst recht. Blomberg muss die Heiratserlaubnis direkt vom Staatsoberhaupt einholen. Hitler zerstreut die Bedenken Blombergs und erklärt sich selbst dazu bereit, Trauzeuge seines Kriegsministers zu werden.

Am 12. Januar 1938 findet die Hochzeit des Reichskriegsministers Werner Freiherr von Blomberg mit Fräulein Erna Gruhn vor einem Berliner Standesamt

statt. Trauzeugen sind der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler sowie der Generaloberst und Reichsluftfahrtminister Hermann Göring. Es ist keine solche Prunkhochzeit, wie Göring sie 1935 mit der Staatsschauspielerin Emmy Sonnemann gefeiert hat. Blombergs Trauung findet nur auf dem Standesamt statt. In den Zeitungen erscheinen nur kurze Mitteilungen im Nachrichtenteil.

Manche Leute machen sich darüber Gedanken, und schon kursieren Gerüchte über diese stille Hochzeit eines der Prominentesten. Nicht einmal ein Foto ist von der Hochzeit erschienen, wo doch sogar der Führer selbst Trauzeuge war. Erst einige Tage nach der Hochzeit erscheint in verschiedenen Zeitungen ein Bild von der Hochzeitsreise des eben getrauten Ehepaares. Marschall Blomberg und seine junge Frau stehen im Leipziger Zoo vor einem Gitterkäfig und lächeln freundlich in die Kamera.

Eines der Gerüchte über diese stille Hochzeit verdichtet sich daraufhin. Irgendwer will auf dem Foto aus dem Leipziger Zoo in der Marschallsgattin eine Prostituierte wiedererkannt haben.

Fast zur gleichen Zeit erntet Göring wieder einmal eine übelriechende Frucht seiner Eigenzüchtung «Forschungsamt». Am 22. Januar 1938 wird dem Reichsluftfahrtminister und preussischen Ministerpräsidenten von einem Eilkurier eines der «Braunen Blätter» nach seinem Luxusgrundstück «Karinhall» in der Schorfheide gebracht.

Das auf dem für besonders vertrauliche Nachrichten vorgesehenen braunen Papier festgehaltene Telefongespräch trägt den Vermerk «Geheim» und die Zeitangabe: 21. 1. 38, 9.20 Uhr bis 9.30 Uhr. Der Empfänger des von Görings «Forschungsamt» abgehörten Telefongesprächs ist das Reichskriegsministerium. Genaueres geht aus dem «Braunen Blatt» selbst hervor:

«Anrufer: öffentliche Dönhoffplatz
Durch: Unbekannt
Empfänger: RKM, Gen.Obst. v. Fritsch
abgenomm.: Adju Hptm. ...

A.: Ich kann Sie nicht verbinden, mein Herr. Darf ich fragen, wer spricht?

U.: Das ist im Moment nebensächlich. Ich habe dem Herrn Generalobersten eine wichtige Mitteilung zu machen!

A.: Ich kann Sie aber nicht ohne Weiteres verbinden! Wollen Sie mir bitte nicht sagen, um was es sich handelt?

U.: Machen Sie keine Geschichten und verbinden Sie mich! Hier spricht Generalleutnant Niemann!

A.: Der Herr Generaloberst lehnt ab, das Gespräch

entgegenzunehmen, wenn Sie mir nicht Ihren richtigen Namen nennen und sagen, worum es sich handelt!

U.: Dann sagen Sie dem Herrn Generaloberst, dass die Frau, die der Herr Feldmarschall von Blomberg geheiratet hat, eine ganz gewöhnliche Hure ist, die ihr Geld auf der Strasse verdiente!»

Göring ist überrascht, als er den Text des heimlich von seiner Dienststelle abgehört und auf Schallplatten für alle Zeit festgehaltenen Gesprächs liest. Ob er dabei an das alte deutsche Sprichwort denkt: «Der Lauscher an der Wand hört seine eig'ne Schänd'!» Er selbst, und vor allem der Führer! als Trauzeugen bei der Hochzeit einer Hure! Das ist ja gar nicht auszudenken – wenn es stimmt.

Noch hat Göring Zweifel. Sein «Forschungsamt» hat schon so manches Telefongespräch registriert, bei dessen Überprüfung sich später herausstellte, dass die Gesprächspartner sich gegenseitig mit irgendwelchem vorgeblichen Wissen nur wichtig machen wollten. Vielleicht ist es diesmal auch so.

Görings Hoffnung wird jedoch nicht bestätigt. Das «Dritte Reich» hat seinen «Profumo-Skandal» wie später Grossbritannien. Doch anders als in den Fällen Christine Keeler oder Gerda Münsinger erfährt im diktatorisch regierten Dritten Reich die Öffentlichkeit nichts über den Fall Blomberg-Gruhn.

Das Offizierskorps jedenfalls hat den Rücktritt Blombergs gefordert. Generaloberst Freiherr von Fritsch hat als Oberbefehlshaber des deutschen Heeres diese Forderung bei Hitler erhoben. Dass der ranghöchste Offizier des deutschen Heeres ein einfaches Mädchen geheiratet hat, ist schon ein aussergewöhnlicher Vorgang gewesen. Jetzt aber, nach der Entlarvung des «Mädchens aus dem Volke» als einer gewöhnlichen Prostituierten, muss Hitler wohl oder übel der Ablösung seines Kriegsministers zustimmen, wenn er keine Revolte unter den Generalen auslösen will.

Das geschieht, und wenig später meldet sich der Generalfeldmarschall, dessen Rücktritt Hitler kaum gelegen kommt, weil er einen so willfährigen Kriegsminister bestimmt nicht wiederfinden wird, bei seinem Oberbefehlshaber zum Abschiedsbesuch.

Das Abschiedsgespräch Blombergs mit Hitler gewinnt historische Bedeutung. Die Prostituierte Erna Gruhn, die einen deutschen Feldmarschall becirren konnte, macht Weltgeschichte, auch wenn sie das niemals vorgehabt hat. Der ihretwegen erfolgende Abschiedsbesuch des Marschalls Blomberg bei seinem Führer und Reichskanzler hat zum Ergebnis, dass Hitler selbst dem gewesenen Kriegsminister die Frage stellt: «Was nun? Wer soll Ihr Nachfolger werden, Herr Generalfeldmarschall?»

Inzwischen ist der «Profumo-Skandal» des «Dritten

Reiches» schon überschattet worden von einem heraufziehenden neuen Skandal, der noch weit schlimmere Ausmasse annehmen kann. Generaloberst Freiherr von Fritsch ist homosexueller Verfehlungen besonders übler Art beschuldigt worden. Blomberg weiss davon, und nun benimmt er sich gegenüber dem Generalobersten von Fritsch ziemlich unkameradschaftlich.

Auf Hitlers Frage nach seinem Nachfolger erklärt Blomberg glatt, Fritsch – der in seiner Eigenschaft als Heeresbefehlshaber der naturgegebene Nachfolger wäre – käme jedenfalls nicht in Frage. Er sagt zu Hitler, dass er sich sehr gut vorstellen könne, dass Fritsch sexuell anormal veranlagt sei. Fritsch ist doch stets ein Sonderling gewesen, und mit Frauen hat er noch nie etwas zu tun gehabt, er ist ja auch nicht verheiratet. Was da über Fritsch behauptet wird, das wird schon stimmen. Fritsch kommt als Nachfolger keinesfalls in Betracht. Aber wie wäre es denn mit Göring? Der ist ja nach Fritsch der ranghöchste Offizier und ausserdem bereits seit 1933 Reichsminister?

Hitler wehrt ab.

«Göring? Der kommt nicht in Frage. Der ist viel zu faul! Und viel zu eitel!»

Und da nun macht der von seinen empörten Offizierskameraden gestürzte Kriegsminister den Vorschlag, der Hitlers Macht noch weiter festigt.

«Warum wollen Sie denn das Kriegsministerium nicht selbst übernehmen, mein Führer? Um die nationalsozialistische Bewegung und die Wehrmacht weiter miteinander zu verschmelzen, wäre das doch die beste Lösung!»

Und so geschieht es. Hitler macht sich den Vorschlag Blombergs zu eigen und benützt die einmalig günstige Gelegenheit für seine Zwecke. Jetzt kommen ihm die Vorwürfe gegen Fritsch gerade recht. Wenn auch Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres gehen muss, dann kann er sich wirklich zum alleinigen Herrn über die Wehrmacht aufschwingen.

Dass ihm die Ausschaltung des Generalobersten von Fritsch gelingt, verdankt er einerseits den hinterhältigen Machenschaften von Heydrich und Himmler, an denen er sich beteiligt, und andererseits der Arglosigkeit der Wehrmacht und der Hilflosigkeit Fritschs, der den wahren Charakter von Hitler noch immer nicht erkennen will und als aufrechter Soldat den Methoden der Gestapo einfach nicht gewachsen ist.

Bereits im Jahre 1936 haben Heydrich und Himmler eine Akte fertiggestellt, die beweisen soll, dass ein kleiner Verbrecher namens Schmidt den Freiherrn von Fritsch wegen homosexueller Verfehlungen erpresst habe. Damals aber schien es Hitler noch nicht opportun, diese Beschuldigungen aufzugreifen. Er wollte keine Spannungen zur Reichswehr und befahl sogar, die

Akte zu vernichten. Heydrich aber führte diesen Befehl erst aus, nachdem Fotokopien von jedem Schriftstück angefertigt worden waren. Aus diesen Fotokopien ist nun die Akte Fritsch wieder neu entstanden und für Hitler ein brauchbares Mittel, um sich noch mehr Einfluss über die Wehrmacht zu verschaffen.

Damit diese Akte jedoch angewendet werden kann, muss deren Inhalt auch der Wahrheit entsprechen, und darüber streiten sich jetzt Göring, Hitler und sein Wehrmachtsadjutant Oberst Hossbach.

Oberst Hossbach verteidigt den Generalobersten von Fritsch, während Göring ihn angreift. Hitler selbst beteiligt sich kaum an dieser Diskussion. Schliesslich lässt Göring mit Zustimmung Hitlers den Erpresser Schmidt in die Reichskanzlei holen. In einem Nebenraum «verhört» ihn Göring.

Triumphierend kehrt er in Hitlers Arbeitszimmer zurück. Na bitte, er hat recht gehabt. Dieser Schmidt habe ihm eindeutig erklärt, der von ihm Erpresste sei einwandfrei der jetzige Generaloberst Freiherr von Fritsch gewesen. Er erkenne ihn auch nach den ihm vorgelegten Fotos wieder.

Oberst Hossbach ist empört und vergisst alle militärische Disziplin. Er schlägt sogar erregt auf Hitlers Schreibtisch. Der Herr Generaloberst Göring glaube also von vornherein einem mehrfach vorbestraften Subjekt wie diesem Schmidt mehr als einem der höchsten deutschen Offiziere? Und ohne den Oberbefehlshaber des Heeres überhaupt erst einmal zu den gegen ihn erhobenen ungeheuerlichen Vorwürfen zu befragen? Göring, der sich schon als Nachfolger Blombergs sieht und natürlich an der Ausschaltung seines natürlichen Rivalen Fritsch interessiert ist, bleibt von diesen Argumenten unberührt.

Hitler selbst kann sich noch nicht entscheiden. Schliesslich befiehlt er den Anwesenden, über das hier Diskutierte strengstes Stillschweigen zu bewahren. Vor allem auch gegenüber Fritsch selbst, der sich, wenn er schuldig ist, sonst schon auf Ausreden und Verteidigungsgründe vorbereiten könne.

Oberst Hossbach nimmt Haltung an.

«Ich werde diesen Befehl nicht befolgen, mein Führer! Wenn es kein anderer tut, dann werde ich Herrn Generaloberst v. Fritsch von den Vorwürfen unterrichten, die gegen ihn erhoben werden!»

Und noch am gleichen Abend, es ist Dienstag, der 25. Januar 1938, begibt sich Hossbach zu Fritsch. Der hat Hitlers Wehrmachtsadjutanten schon erwartet. Schliesslich will er neues über den Skandal Blomberg erfahren und darüber, wie Hitler die Forderung des Offizierskorps aufgenommen habe, Blomberg sofort zu entlassen.

Doch statt über den Fall Blomberg berichtet Oberst

Hossbach dem Oberbefehlshaber des Heeres über den viel bedeutsameren Fall Fritsch. Der Generaloberst wird bei Hossbachs Meldung bloss. Er sieht den Obersten zunächst nur sprachlos an. Dann sagt er aufgeregt: «Das ist erstunken und erlogen!»

Hossbach jedenfalls fühlt sich erleichtert. Fritsch weiss jetzt Bescheid, und er muss wissen, was er jetzt zu tun hat.

Am nächsten Tag erstattet Hossbach seinem Obersten Befehlshaber Hitler Meldung, dass er den Befehl nicht befolgt habe.

«Ich habe Herrn Generaloberst v. Fritsch informiert. Der Herr Generaloberst hat die Vorwürfe wörtlich als ‚erstunken und erlogen‘ bezeichnet.»

Zwischen Hossbach und Hitler kommt es zur Diskussion, die immer heftiger wird. Hitler zeigt sich empört über die dekadente Generalität, über den offensichtlich zunehmenden Sittenverfall in der Wehrmachtsführung. Hossbach protestiert aufgebracht gegen diese unzulässigen Verallgemeinerungen.

Schliesslich erscheint der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg zu dem bereits geschilderten Abschiedsbesuch. Nun erst entscheidet sich Hitler gegen Fritsch. Einmal deshalb, weil selbst Blomberg die Anschuldigungen gegen den Oberbefehlshaber des Heeres für berechtigt hält, und zum anderen, weil er jetzt nicht mehr Fritsch zum Kriegsminister ernennen, sondern dieses Amt gleich selbst übernehmen möchte. Was tut Generaloberst Fritsch in dieser Zeit? Bespricht er sich mit seinen Kollegen Dr. h. c. Raeder, dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, mit Göring, dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe? Mit dem ihm vertrauten Generalstabschef Beck, mit dem Chef der Rechtsabteilung der Wehrmacht? Nein. Wendet er sich vielleicht an Admiral Canaris, den Chef der «Abwehr», des Nachrichtendienstes der Wehrmacht, um ihn zu beauftragen, die Quelle jener ungeheuerlichen Verleumdung festzustellen? Auch das tut er nicht.

Als Fritsch in der Reichskanzlei erscheint, fängt ihn Oberst Hossbach ab, um ihm schnell noch etwas ganz Ungeheuerliches mitzuteilen: Der Erpresser Schmidt ist hier, der Generaloberst soll ihm gegenübergestellt werden! So etwas ist ohne Zweifel in der Geschichte Deutschlands, nein, aller zivilisierten Staaten noch nicht dagewesen, dass im Amtssitz des Staatsoberhauptes ein vielfach vorbestrafter Zuchthäusler den Armeebefehlshaber als Kriminellen entlarven soll.

Hossbach ist froh, dass er den Generalobersten noch abfangen konnte. Der wird jetzt empört protestieren, kehrtmachen und sich mit seinen Generalen zu einer gemeinsamen Aktion gegen diese unvorstellbare Beleidigung der Wehrmacht zusammenfinden.

Aber Hossbach wird enttäuscht. Fritsch protestiert

nicht einmal, ganz davon zu schweigen, dass er empört kehrtmacht und etwas unternimmt. Er begibt sich wie befohlen in seines Führers Arbeitszimmer. Er weiss, dass er unschuldig ist. Also, was kann ihm da schon passieren?

Hitler hält seinem Heeresbefehlshaber vor, was da in Heydrichs Akten steht.

Fritsch gibt Hitler sein Ehrenwort, nichts mit dieser Geschichte zu tun zu haben, das alles müsse ein schrecklicher Irrtum sein. Doch Hitler tut etwas Ungeheuerliches. Er lehnt das Ehrenwort ab und gibt ein Zeichen. Eine Tür öffnet sich, herein tritt «Spezialist» Schmidt. Er steht noch halb in der Tür, da zeigt er schon auf den Generalobersten:

«Da – das ist er ja!»

Der Oberbefehlshaber des in aller Welt gefürchteten deutschen Heeres steht vor dem ehemaligen Gefreiten Hitler und kann ein Zittern nicht verbergen. «Der . . . der Herr hier muss sich irren», sagt Fritsch noch sichtlich konsterniert.

Hitler glaubt ihm nicht. Er fordert Fritsch auf, sofort seinen Abschied einzureichen. Fritsch aber hat sich inzwischen etwas gefangen und protestiert. Jetzt ist er es, der eine gerichtliche Untersuchung verlangt, um einwandfrei rehabilitiert zu werden.

Schliesslich erklärt Hitler, dass er sich eine endgültige Entscheidung vorbehalte, auf jeden Fall sei der Generaloberst erst einmal beurlaubt.

Nach der Entlassung der Anwesenden befiehlt Hitler den Generalstabschef, General Ludwig Beck, zu sich. Beck erfährt zum ersten Male, was seinem Freund und Oberbefehlshaber vorgeworfen wird, und protestiert dagegen.

Beck hat ausser seiner Freundschaft zu seinem Vorgesetzten Fritsch noch andere Gründe, gegen Blomberg und für Fritsch Stellung zu nehmen. Denn Beck ist zwar noch kein entschiedener Gegner Hitlers, geschweige denn ein Widerstandskämpfer, aber er ist eben ganz allmählich auf dem Wege, beides zu werden. Blomberg muss weg, weil er ein «Gummilöwe» ist, der den starken Mann, den kriegerischen Marschall markiert, aber seit langem nur noch kuscht, wenn Hitler etwas befiehlt. Und was Hitler befiehlt, meint Beck seit zwei Jahren, ist gefährlich.

Beck hat schon 1935 vor der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht gewarnt. Er hat Repressalien des Auslandes befürchtet. Denn die deutsche Wehrmacht ist seit 1918 viel zu schwach, um sich gegen einen Feind ernsthaft zur Wehr zu setzen – trotz aller gegenteiligen Behauptungen von der militärischen Übermacht Deutschlands, die im Ausland so häufig verbreitet worden sind. Beck als Generalstabschef muss es schliesslich wissen. Ausserdem hat er befürchtet, die

Wehrmacht könnte durch die allgemeine Wehrpflicht zu schnell aufgebaut werden. Wird der alte, kaiserliche Offizierskader in der Lage sein, die Erziehung der vielen Hunderttausende Wehrpflichtigen im alten Gedanken- gut durchzuführen?

Auch vor der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen im März 1936 hat Beck gewarnt. Das bedeute Krieg, die Franzosen würden in Deutschland einmarschieren. Beck hat zum zweiten Male unrecht behalten – aber sein Freund und Vorgesetzter Fritsch gibt ihm dennoch recht, er ist in den wesentlichen Fragen gleicher Ansicht. Auch deshalb also ist Beck dafür, dass Blomberg geht, aber Fritsch bleibt. Nach Generalstabschef Beck wird der Reichsjustizminister in die Reichskanzlei zitiert. Gürtner soll ein juristisches Gutachten erstellen, und Hitler übergibt ihm die Akte Fritsch mit den vielsagenden Worten: «Sie werden schon wissen, an welchem Tauende Sie zu ziehen haben.»

Gürtner ist eines der vielen Mitglieder von Hitlers Regierung, die der frischgebackene Reichskanzler 1933 noch aus der Republik in sein Kabinett aufgenommen hat. Schon unter den Reichskanzlern von Papen und von Schleicher, Hitlers beiden Vorgängern, ist Gürtner Justizminister gewesen.

Auch er hört jetzt zum ersten Male etwas vom «Fall Fritsch». Dass Hitler ein juristisches Gutachten von ihm verlangt, erstaunt ihn etwas. Die Sache ist doch ganz klar. Die Anschuldigungen gegen den Oberbefehlshaber des Heeres müssen vor dem Reichskriegsgericht geklärt werden, schliesslich gibt es ganz eindeutige Gesetze, auch für Verfahren gegen höchste Offiziere. Wozu also ein Gutachten? Sollte bei der Geschichte etwas nicht stimmen?

Dr. Gürtner beschliesst, um keinesfalls etwas falsch zu machen, erst einmal auf eigene Faust zu recherchieren. Er tut das mit Unterstützung seines persönlichen Referenten, des Reichsgerichtsrates Dr. von Dohnanyi. Und da hat sich mit Beck schon der zweite der späteren Verschwörer gegen Hitler in den «Fall Fritsch» eingeschaltet: Dohnanyi ist schon längst Hitlergegner. Seine Ermittlungen werden bald zeigen, dass es sich beim «Fall Fritsch» tatsächlich um einen üblen Kriminalfall handelt, bei dem ausgerechnet die Polizei die Hauptschurken stellt.

Allmählich finden sich Leute auf der Basis ihrer, wenn noch nicht Feindschaft, so doch Abneigung gegen Hitler zusammen, um Fritsch zu helfen. Generaloberst Fritsch hat ausser den im Hintergrund lauernden Drahtziehern jedoch noch immer einen Hauptfeind, das ist der Generaloberst Fritsch, er selber. Noch immer will er nicht sehen, dass Hitler kein Ehrenmann ist, dem man vertrauen könne. Selbst die Ablehnung seines Ehrenworts

lässt ihn noch immer an die Worte des Führers glauben: «Ich bin dem Führer hierfür [die Vertrauenskundgebung Hitlers für die Armee und ihren Oberbefehlshaber vom 3. Januar 1935] aus tiefstem Herzen dankbar. Ich bin dem Führer überhaupt von ganzem Herzen dankbar für das grosse Vertrauen, das er mir stets – bis auf diesen Fall – entgegengebracht hat. Ich bin ihm um so dankbarer, als ich weiss, auch aus seinem Munde weiss, dass von der Partei aus ständig gegen mich gehetzt wird.»

Partei und Hitler sind für Fritsch noch immer zweierlei. Er kann es sich einfach nicht vorstellen, dass das Staatsoberhaupt, dem er loyal dienen möchte, mit den hinterhältigen Machenschaften der Partei etwas zu tun haben könne.

Hitler befiehlt ihm, zur Gestapo in das schon berüchtigte Gebäude in der Prinz-Albrecht-Strasse (direkt an der heutigen Sektorengrenze, wenige Meter südlich von Ulbrichts Mauer) zu fahren. Die Anschuldigungen gegen Fritsch kommen von der Gestapo, soll sich Fritsch also darum bemühen, dort an Ort und Stelle Klarheit zu schaffen – wenn das möglich ist.

Fritsch in seiner politischen Arglosigkeit kommt auch diesem Befehl nach, ohne dagegen zu protestieren. Hier wird der Oberbefehlshaber des deutschen Heeres von einem Gestapo-Beamten verhört, von Dr. Best, dem späteren Gestapo-Chef von Dänemark. Dr. Best ist von Fritschs Schuld nach seiner Akteneinsicht überzeugt und verhört den Generalobersten, der nicht die geringste Ursache hat, überhaupt vor der Gestapo auszusagen, wie einen überführten Verbrecher. Generaloberst von Fritsch verhält sich immer noch hilflos und lässt sich fast alles gefallen. Würde Fritsch sich energischer zur Wehr setzen, das Dritte Reich und Hitlers Stellung könnten in ihren Grundfesten erschüttert werden. Aber Fritsch begreift immer noch nicht, um was es geht.

Andere sind jedoch allmählich hellhörig geworden. Die ganze Angelegenheit ist von der Gestapo ins Rollen gebracht worden, nicht von der für solche Delikte zuständigen Kriminalpolizei. Die Gestapo behandelt den «Fall Fritsch» weiter – nicht etwa die zuständigen Untersuchungsorgane des Reichskriegsgerichts. Und die Gestapo – das sind Himmler und Heydrich, das ist die SS. Sollte hier eine bewusste Provokation im Gange sein, eine heimtückisch getarnte Offensive Himmlers gegen die Wehrmachtsführung?

Einige der Misstrauischen finden sich zusammen, darunter Hitlers Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister Dr. Schacht, der Berliner Polizeipräsident Graf Helldorf, der Chef des Reichskriminalamtes Nebe, Reichsgerichtsrat Dr. Dohnanyi, der persönliche Referent des Reichsjustizministers, Oberst Oster, als Leiter

der Zentralabteilung der «Abwehr» der nach Admiral Canaris wichtigste Mann des deutschen militärischen Nachrichtendienstes, Generalstabschef Bede und andere. Hitlers abgesetzter Preiskommissar und ehemaliger Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Carl Goerdeler, hält die Fäden der sich ansammelnden Verschwörung – wenn die Vermutungen über die Rolle der Gestapo stimmen, spricht man wohl besser von einer Gegenverschwörung – in der Hand und knüpft emsig an neuen Fäden. Goerdeler versucht durch Vermittlung von General Beck an Fritsch selbst heranzukommen, um ihn vor weiteren unbesonnenen Handlungen abzuhalten, die nur als Schuldgeständnis ausgelegt werden können. Und er will ihm mitteilen, dass es einflussreiche Leute gibt, die ihm helfen wollen, sich gegen die Gestapo-Verschwörung zur Wehr zu setzen. Aber Generaloberst von Fritsch stellt sich denen, die ihm helfen wollen, nicht zur Verfügung.

Artur Nebe, Chef der deutschen Kriminalpolizei und «Alter Kämpfer» der NSDAP, gehört zum Führungskreis der SS um Himmler und Heydrich. Seine hohe Dienststellung verschafft ihm Einblick in manche Akten, die allen anderen Verschwörern verschlossen sind. Bald hat er einen ganz bestimmten Verdacht: Die Geschichte des Erpressers Schmidt stimmt in allen Einzelheiten, bis auf eine: Der Erpresste heisst nicht von Fritsch, sondern von Frisch. Zu klären ist nur, ob die Gestapo das von vornherein gewusst hat, ob man später trotz Erkennens der Namensverwechslung aus berechnender Absicht die Version «Generaloberst Fritsch» beibehalten

hat – oder ob die Gestapo-Leute vielleicht selbst noch an die Schuld des Generalobersten glauben und von einer Namensverwechslung nichts bemerkt haben.

Im Auftrag ihres obersten Chefs beginnen nun Kriminalbeamte unabhängig von der Gestapo mit Ermittlungsarbeiten. Nebe informiert den Reichsgerichtsrat von Dohnanyi über seinen Verdacht einer Namensverwechslung, und auch Dohnanyi beginnt nun zu recherchieren.

Am Donnerstag, dem 3. Februar 1938, findet in Hitlers Arbeitszimmer in der Berliner Reichskanzlei eine stürmische Besprechung statt. Anwesend sind die führenden Offiziere der drei Wehrmachtsteile – und dazu der Reichsführer SS, Heinrich Himmler. Die Generale und Admirale verlangen von Hitler, dass der «Fall Fritsch» der Wehrmacht bekanntgegeben wird und dass sofort ein Kriegsgericht stattfinden soll, vor dem sich Fritsch zu verantworten hat. Die haltlosen Gerüchte, die bei weiterem Schweigen über die Affäre immer mehr zunehmen, müssen durch eine offene Klärung der Angelegenheit zum Verstummen gebracht werden. Die schon jetzt geschaffene Unruhe schade dem Reich und seiner Wehrmacht.

Himmler und auch Göring widersprechen entschieden. Der Fall sei ja bereits einwandfrei geklärt. Wozu also noch eine Gerichtsverhandlung? Wenn Generaloberst Freiherr von Fritsch zurücktrete, sei alles in Ordnung und auch Gerüchte gäbe es dann nicht mehr, weil sie gegenstandslos würden.

Hitler trifft keine Entscheidung, jedenfalls gibt er zum Schluss der Besprechung den Anwesenden keine bekannt. Spätestens im Lauf des nächsten Tages aber hat Hitler entschlossen. Die Wehrmachtsführung, das deutsche Volk und die Welt erfahren von dieser Entscheidung in den Abendstunden des 4. Februar durch den Rundfunk.

In einer Sondermeldung, psychologisch vorbereitet durch Marschmusik, wird zunächst bekanntgegeben, dass der Reichsaussenminister, Constantin Freiherr von Neurath, zurückgetreten sei und vom Führer in Anerkennung seiner Verdienste zum Präsidenten des

«Geheimen Kabinettsrates» ernannt worden sei. Neuer Reichsaussenminister ist der bisherige Botschafter in London, Joachim von Ribbentrop. In den Ruhestand versetzt worden sind die deutschen Botschafter in Tokio, von Dirksen, und in Rom, Ulrich von Hassell. Dann erst folgt der wichtigere Teil der Sondermeldung, wenn auch nur wenige Eingeweihte wissen, dass dies hier das Entscheidende ist:

Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Fritsch, haben den Führer und Reichskanzler aus Gesundheitsgründen um die Entbindung von ihren Ämtern gebeten. Der Führer hat ihrem Ersuchen stattgegeben.

Zum Nachfolger Fritschs als Oberbefehlshaber des Heeres hat der Führer den Befehlshaber des ostpreussischen Wehrbezirks, General Walter von Brauchitsch, ernannt.

Münchener Ausgabe 36. Ausg. · 51. Jahrg. · Einzelpreis 1,50 M. · Wochensatz 20 M.

Münchener Ausgabe München, Samstag, 5. Februar 1938

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Der Führer übernimmt den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht

Stärkste Konzentration aller Kräfte in der Hand des Obersten Führers

<p>Wehrmachtsamt wird Oberkommando der Wehrmacht und ist dem Führer als dessen militärischer Stab persönlich unterstellt</p> <p>Das Wehramt, 4. Februar</p> <p>Der Führer hat Wehrmacht und Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht übernommen.</p> <p>Die Wehrmacht über die gesamte Wehrmacht ist in den jetzt an dem Wehramt unterstellt.</p> <p>Das Wehramt übernahm die Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht und ist dem Führer als dessen militärischer Stab persönlich unterstellt.</p>	<p>Blomberg und Fritsch aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden</p> <p>Das Wehramt, 4. Februar</p> <p>Der Führer hat Wehrmacht und Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht übernommen.</p> <p>Die Wehrmacht übernahm die Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht und ist dem Führer als dessen militärischer Stab persönlich unterstellt.</p>	<p>Geheimer Kabinettsrat gebildet von Neurath zum Reichsleiter ernannt</p> <p>Das Wehramt, 4. Februar</p> <p>Der Führer hat Wehrmacht und Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht übernommen.</p> <p>Die Wehrmacht übernahm die Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht und ist dem Führer als dessen militärischer Stab persönlich unterstellt.</p>	<p>Kraftgewinnung durch Konzentration</p> <p>Das Wehramt, 4. Februar</p> <p>Der Führer hat Wehrmacht und Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht übernommen.</p> <p>Die Wehrmacht übernahm die Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht und ist dem Führer als dessen militärischer Stab persönlich unterstellt.</p>
--	---	---	--

Das Wehramt, 4. Februar

Der Führer hat Wehrmacht und Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht übernommen.

Die Wehrmacht übernahm die Wehrmacht als Stab über die Führung der Wehrmacht und ist dem Führer als dessen militärischer Stab persönlich unterstellt.

Stärkste Konzentration aller Kräfte in der Hand des Obersten Führers – Wehramt wird Oberkommando der Wehrmacht – Geheimer Kabinettsrat gebildet – Botschafter von Ribbentrop wird Reichsaussenminister – Blomberg und Fritsch aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden. Hinter diesen Schlagzeilen des «Völkischen Beobachters», die auch denjenigen in den anderen zentral ausgerichteten Publikationsorganen ähnlich waren, konnte niemand die üblen Intrigen und Verleumdungen ahnen, mit denen die nationalsozialistischen Machthaber konservative Widerstandskräfte in Heer und Beamenschaft ausgeschaltet haben.

Einen Nachfolger für Blomberg gibt es nicht. Das Kriegsministerium wird aufgelöst, dafür wird unter dem Befehl des Generals Wilhelm Keitel ein «Oberkommando der Wehrmacht» gebildet, das direkt dem Führer allein untersteht.

Der Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring, wird zum Generalfeldmarschall befördert. Eine Anzahl kommandierender Generale wird in den Ruhestand versetzt, andere werden befördert.

Auch in anderen Bereichen gibt es Veränderungen. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht wird durch Dr. Walter Funk ersetzt, bleibt aber Präsident der Reichsbank. Weitere kleinere Veränderungen werden verkündet, die aber kaum noch jemanden unter den Rundfunkhörern interessieren.

Unter dem Wust von Einzelheiten geht fast unter, was da wirklich geschehen ist: Hitler hat sich auf kaltem Wege die Wehrmacht direkt unterstellt, sich die alleinige Befehlsgewalt angeeignet.

Am Samstag, dem 5. Februar 1938, erscheinen die Zeitungen unter der Schlagzeile:

«Konzentration in der Führung des Reiches!»

Zur gleichen Zeit tritt die Reichsregierung zusammen – es wird bis zum April 1945 das letzte Mal sein. Hitler gibt die bereits am Vorabend im Rundfunk gemeldeten Umbesetzungen bekannt und erläutert sie als notwendige Straffung des Staatsapparates.

Anschließend treten die Kommandierenden Generale zum Befehlsempfang an, manche von ihnen erst gestern zu ihrer neuen Dienststellung ernannt. Ihnen schildert Hitler die «Fälle» Blomberg und Fritsch. Für eine Anzahl dieser Generale ist das alles neu. Sie sind nach Hitlers Darlegungen erschüttert, für sie gibt es kaum einen Grund, an den Ausführungen des Staatsoberhauptes und Obersten Befehlshabers zu zweifeln. Immerhin notiert Oberst Jodl – später Chef des Wehrmachtsführungsamtes, jetzt noch Abteilungsleiter unter General Keitel – in seinem Tagebuch die Meinung, die der gewesene Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht vom Fall Fritsch hat und die Jodl auf Umwegen zu Ohren gekommen ist:

«[Schacht] habe den Eindruck, als ob von Seiten der SS alle Mittel angewandt würden, um die Wehrmacht zu verdächtigen und sie jetzt im Zustand ihrer Schwäche an die Wand zu drücken. Er [Schacht] sehe auch in den Anschuldigungen gegen den Ob. d. H. solche Methoden ...»

Dass Jodl sich über diese nicht weit von der Wahrheit entfernte Auffassung Schachts Gedanken gemacht hätte, geht aus seinem Tagebuch nicht hervor. Aber die meisten der Generale, zumal die, die eben von Hitler befördert worden sind, machen sich keine derartigen

Gedanken. Noch vertrauen sie Hitler, und die im Hintergrund lauenden Himmler und Heydrich sehen sie nicht.

Immerhin wird Hitler nun dazu gezwungen, ein Kriegsgerechtsverfahren gegen Fritsch einzuleiten, und damit gerät der Fall, wenigstens offiziell, aus den Händen der Gestapo. Nun ist es nicht mehr nötig, dass Kriminalchef Nebe seine Beamten heimlich Ermittlungen anstellen lässt. Nun kann der Untersuchungsrichter des Kriegsgerechtes offiziell eingreifen und die Amtshilfe der Kriminalpolizei und anderer Dienststellen in Anspruch nehmen. In diesem Augenblick macht Heydrich einen Fehler. In seinem Bemühen, unbedingt noch Belastungsmaterial gegen Fritsch zusammenzubringen, lässt er in der Kaserne von Fürstenwalde durch Gestapo-Beamte einen Feldwebel festnehmen, der früher Bursche bei dem jetzigen Generalobersten von Fritsch gewesen ist.

Der wachhabende Offizier hat gegen das rechtswidrige Eindringen der Gestapobeamten in den Bereich der Wehrmacht protestiert, aber die Beamten haben sich auf einen «Befehl des Führers» berufen. Nun wird der Feldwebel von der Gestapo nach früheren homosexuellen Verfehlungen seines ehemaligen Chefs von Fritsch verhört.

Das nun erschreckt selbst Leute in der Wehrmachtsführung, die Fritsch für schuldig halten und nicht an eine gezielte Aktion der Gestapo glauben wollen. Heydrich ist zu weit vorgeprellt. Wenn die Gestapo sich schon so offen in den Befehlsbereich der Wehrmacht einmischt, dann ist wirklich Gefahr im Verzuge. Das meint nun auch der neue Oberbefehlshaber des Heeres, General von Brauchitsch. Aber er will noch nichts unternehmen, er meint, Himmler und Heydrich sollten sich noch weiter blossstellen, dann könne man kräftiger zuschlagen.

Himmler selbst versucht es mit einem neuen Trick. Fritsch soll noch einmal vernommen werden, aber nicht in eigener Sache, sondern als Belastungszeuge gegen den Erpresser Schmidt. Hier könne Fritsch dem Schmidt seine Schwindelei nachweisen und so zum Beweis seiner eigenen Unschuld beitragen.

Und wieder geht der ehemalige Oberbefehlshaber des Heeres darauf ein. Er ist wieder bereit, sich von der Gestapo verhören zu lassen. Doch diesmal hat er die Rechnung ohne seine mittlerweile aufgeschreckten Generalskameraden gemacht. Admiral Canaris und General Beck veranlassen den neuen Oberbefehlshaber von Brauchitsch, bei Hitler vorstellig zu werden. Brauchitsch erklärt Hitler, dass die Wehrmacht es als Affront empfinde, wenn Fritsch, der ja noch immer als Generaloberst einer der höchsten deutschen Offiziere ist, zur Gestapo gehe.

Schliesslich einigt man sich auf einen Kompromiss: Ein Gestapobeamter wird sich mit Fritsch an einem neutralen Ort treffen. Brauchitsch stimmt unklugerweise zu, statt das Verhör durch die Gestapo energisch abzulehnen – aber was soll er machen, wenn Fritsch selbst nichts dagegen hat?

So kommt es zu einem bis dahin unerhörten Ereignis in der Geschichte des Dritten Reiches, zu einem militärischen Aufmarsch gegen SS und Gestapo.

Die als Treffpunkt vorgesehene stille Villa am Ufer des Berliner Wannsees wird ganz unauffällig von einer «zufällig» in der Nähe übenden Truppeneinheit umstellt.

Fritsch wird von einem Beamten der Rechtsabteilung der Wehrmacht begleitet. Oberst Oster von der «Abwehr» weist diesen Offizier an, in irgendeinem Gefahrenfall sofort zu schiessen. Hilfe sei dann sofort zur Stelle. Tatsächlich ist die Gegend um die Villa zur Zeit des Verhörs von ungewöhnlich vielen jungen, kräftigen Spaziergängern belebt.

Fritschs Verhörpartner ist der bayerische Kriminalbeamte und nunmehrige SS-Führer Josef Meisinger, derselbe, der später Polizeiattaché in Tokio sein und die Befehle zur Tötung von Gefangenen auf den Blockadebrechern der Marine geben wird.

Tatsächlich gelten nur die ersten Fragen an Fritsch dem Erpresser Schmidt. Bald verhört Meisinger den Generaloberst nach seiner politischen Einstellung. Ob Fritsch denn nicht innerlich gegen den Nationalsozialismus eingestellt sei?

Der begleitende Justizoffizier der Wehrmacht protestiert sofort. Und Fritsch weigert sich, derartige Fragen zu beantworten. Meisinger bleibt nichts anderes übrig, als sich telefonisch Weisungen zu holen. Als er aus dem Nebenzimmer zurückkommt, erklärt er überraschend, keine weiteren Fragen zu haben, und bedankt sich bei dem Herrn Generalobersten für sein Entgegenkommen.

Vielleicht ist Heydrichs Leuten die Aktivität um die Villa herum aufgefallen? Jedenfalls geschieht das nicht, was Oberst Oster und einige andere befürchtet haben – dass Fritsch eventuell in der abgelegenen Villa erschossen und daraus ein Selbstmord mit Schuldgestandnis fabriziert wird.

Inzwischen hat Untersuchungsrichter Dr. Sack vom Reichskriegsgericht schon einiges getan. Er hat etliche Zeugen vernommen und jede Spur verfolgt. Zusammen mit einem Kollegen begibt er sich in das Gebäude, in dem der Generaloberst angeblich erpresst worden ist. Nach einigem Suchen finden sie eine Wohnung, deren Türschild folgenden Bewohner ausweist: «Rittmeister a.D. v. Frisch.» Die beiden Reichsgerichtsräte läuten und weisen sich aus, als eine ältere Dame öffnet

– die Haushälterin des Herrn von Frisch. Herr von Frisch sei leider schon länger bettlägerig krank, erklärt sie den ungebetenen Besuchern, aber sie gibt bereitwillig Auskunft über seine Personalien.

Trotz ihrer Proteste bestehen die beiden Untersuchungsrichter nun darauf, wenigstens ganz kurz mit dem Kranken selbst zu sprechen. Es bedarf wirklich nur weniger Worte: Der richtige Mann ist gefunden. Der seit langem in Ruhestand lebende alte Rittmeister gibt zu, dass er es ist, der von Schmidt erpresst worden ist. Der Kranke wird sofort vereidigt und beschwört die Richtigkeit des schnell angefertigten kurzen Protokolls. Die beiden Untersuchungsrichter sind zufrieden – damit ist die Unschuld des Generalobersten von Fritsch erwiesen. Noch ahnen sie nicht, dass gleich eine noch grössere, geradezu sensationelle Überraschung auf sie wartet. Die Haushälterin verabschiedet die beiden Herren mit einer unmutigen Bemerkung, die fast das Dritte Reich ins Wanken bringt.

«Ich verstehe gar nicht», sagt die ältere Dame, «was nun eigentlich schon wieder los ist!»

Die beiden Untersuchungsrichter sehen sich verdutzt an. Wieso, was soll das heissen, «schon wieder»?

Nun, erklärt die Haushälterin, vor ein paar Wochen sind doch erst die Gestapo-Beamten dagewesen, ist denn die Sache nun immer noch nicht zu Ende?

Vor ein paar Wochen?

Ja, sicher. Die Haushälterin weiss sogar noch den genauen Tag – es war der 15. Januar.

Die Reichskriegsgerichtsräte trauen fast ihren Ohren nicht. Wenn die alte Dame sich nicht irrt, dann wäre das ungeheuerlich. Denn dann weiss auch die Gestapo schon seit dem 15. Januar spätestens, dass der Generaloberst unschuldig ist, dass er nur einer Namensverwechslung zum Opfer gefallen ist.

Aber die Akte mit dem «Fall Fritsch» ist Hitler erst nach diesem Datum auf den Tisch gelegt worden, am 12. Januar war Hitler noch Trauzeuge bei Blombergs Hochzeit, es gab noch keinen Fall Blomberg, geschweige denn einen Fall Fritsch. Es ist erst am 26. Januar gewesen, dass Hitler den Erpresser Schmidt in die Reichskanzlei bringen liess, um ihn dem Generalobersten gegenüberzustellen. Die Verhöre des Oberbefehlshabers des Heeres durch die Gestapo, die Verhaftung jenes Feldwebels – das alles längst nachdem die Gestapo selbst den Beweis für Fritschs Unschuld in den Händen hielt!

Der Bericht der beiden Untersuchungsrichter der Wehrmacht spricht sich in den interessierten Kreisen sofort herum. Jetzt muss die Wehrmacht den entscheidenden Schlag gegen Himmler und Heydrich, gegen Gestapo und SS führen. Nun ist einwandfrei der Beweis erbracht, dass der «Fall Fritsch» nichts anderes als eine

bewusst organisierte Verschwörung der Gestapo gegen die Wehrmachtsführung gewesen ist.

Der bisher in eigener Sache so zurückhaltende Generaloberst von Fritsch kommt auf die Idee, den «schwarzen Lumpen Himmler» zu einem Pistolenduell zu fordern. Jedenfalls erzählt Röhms Nachfolger als Stabschef der SA, Victor Lutze, das überall begeistert herum, denn er kann Himmler nicht leiden, seitdem er sich aus der Unterordnung gegenüber der SA befreit hat und mit seiner schwarzen SS längst wichtiger geworden ist als der ausgediente Verein der braunen SA.

Immer mehr Tatsachen dieser SS-Verschwörung gegen die Wehrmacht kommen zum Vorschein. Schon im November 1937 hat die Gestapo den Generalobersten bei seiner Urlaubsreise nach Ägypten durch Agenten «beschatten» lassen. Und die Quittung, die Schmidt damals dem Erpressten über die 1'500,- Mark ausgestellt hat – Nebe ermittelte das, weil er ja selbst zur Gestapo gehört und Himmlers Vertrauen genießt –, ist schon am 15. Januar bei dem Rittmeister von Frisch beschlagnahmt worden – ein schriftliches Beweisstück sowohl für Fritschs Unschuld als auch für die Schuld der Verschwörer Himmler und Heydrich, wie es überzeugender gar nicht denkbar ist.

Oberst Oster von der Abwehr und einige andere drängen die Wehrmachtsführung zum sofortigen entschlossenen Handeln. Zuverlässige Truppen sollen blitzschnell das Gestapo-Gebäude in der Prinz-Albrecht-Strasse besetzen, ebenso das Gebäude der Reichsführung der SS und die SS-Kaserne in Lichterfelde. Himmler und Heydrich müssen verhaftet, Hitler vor vollendete Tatsachen gestellt werden!

Es gibt auch unter den Generalen einige, die für dieses Vorgehen sind, um das Ansehen der Wehrmacht wiederherzustellen, aber der neue Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, lehnt das ab, obwohl auch er nun starke Worte über Himmler und seine Gestapo findet. Gerüchte über den Fall Fritsch dringen schliesslich bis tief in das Offizierskorps hinein. Es kriselt in der ganzen Wehrmacht, es kriselt damit im Staat.

Auch Hitler ist jetzt beunruhigt. Himmler wird zu ihm zitiert. Aber der hat sich schon vorbereitet und eine Ausrede parat: Der Fall des Rittmeisters von Frisch ist ein ganz anderer Fall. Der Fall Fritsch dagegen ist noch immer der Fall Fritsch. Bitte – man hat den Erpresser Schmidt nochmals verhört, und er hat ausdrücklich zu Protokoll gegeben, dass es sich um zwei verschiedene Fälle gehandelt habe. Er habe sowohl den Rittmeister von Frisch als eben auch den Generalobersten von Fritsch erpresst.

Auf diese Ausrede kann Hitler sich aber nicht einlassen. Sie ist zu billig. Für ihn kommt es jetzt darauf an, sich ohne Prestigeverlust aus der Affäre zu ziehen. Er

möchte am liebsten mit dieser ganzen schmutzigen Geschichte nichts mehr zu tun haben, sonst wird er selbst noch tiefer da hineingezogen, und sein Bild als gottgesandter, genialer Führer bekommt Schatten. Jetzt muss er selbst auf die Durchführung des Kriegsgerechtfertigungsverfahrens bestehen.

Es dauert nur wenige Tage, da kann die gerichtliche Voruntersuchung abgeschlossen werden. Sie ergibt: Der Generaloberst von Fritsch ist mit aller Wahrscheinlichkeit einer Namensverwechslung zum Opfer gefallen und ist unschuldig. Der Generaloberst gibt selbst eine Erklärung dazu ab, in der es heisst: «Eine so schmachvolle Behandlung hat zu keiner Zeit je ein Volk seinem Oberbefehlshaber angedeihen lassen. Ich gebe das hiermit ausdrücklich zu Protokoll, damit eine spätere Geschichtsschreibung weiss, wie im Jahre 1938 der Oberbefehlshaber des Heeres behandelt worden ist. Eine solche Behandlung ist nicht nur unwürdig für mich, sie ist zugleich entehrend für die ganze Armee!»

Diese Erklärung von Fritsch, der sich nun wohl endgültig gefunden hat, wirkt alarmierend. Das Wort von der «Entehrung der Armee» schafft böses Blut unter dem Offizierskorps und verstärkt bei so manchem den vagen Entschluss, mit Gewalt gegen Gestapo und SS vorzugehen.

Auch Himmler und Heydrich sind alarmiert. Sie spüren immer mehr, was sich gegen sie zusammenbraut. So meldet sich Himmler noch einmal bei Hitler. Diesmal lässt er die Version von den zwei Fällen Frisch und Fritsch gleich fallen. Anscheinend sei dieser Erpresser Schmidt doch ein Lügner, wenn das Ergebnis der kriegsgerichtlichen Voruntersuchung stimmt. Sei aber der Generaloberst nun doch unschuldig, wozu dann um Himmelswillen noch ein bis zu Ende geführtes Gerichtsverfahren mit allem Drum und Dran? Es genügt dann doch, wenn der Führer dem Generalobersten formell mitteile, die Voruntersuchung habe seine Unschuld bewiesen, er sei hiermit rehabilitiert.

Himmler weiss sehr genau, was bei einem exakt geführten Gerichtsverfahren herauskäme. Das Reichskriegsgericht könnte gar nicht anders, als eine bewusste Verschwörung der Gestapo und der SS-Führung gegen die Wehrmachtsführung gerichtsnotorisch festzustellen. So versucht er noch einmal, das ihm und Heydrich drohende Unheil abzuwenden.

Hitler ist nicht abgeneigt, den ganzen Fall so kurzerhand endlich abzuschliessen, wie Himmler das vorschlägt. Er bräuchte dann die Gestapo, die er unbedingt benötigt, aus taktischen Gründen nicht zu brüskieren und könnte damit gleichzeitig wieder Ruhe in die Wehrmacht bringen.

Die Wehrmachtsführung jedoch ist nicht damit einverstanden. In ihrem Namen verlangt Generaloberst von

Brauchitsch die Durchführung des Gerichtsverfahrens, und Hitler muss dieser Forderung nachgeben. Noch sind ihm die Generale wichtiger als sein Reichsführer SS.

So wird das Reichskriegsgericht einberufen. Hitler selbst ist als Oberster Befehlshaber gesetzlich in diesem Fall auch der Oberste Gerichtsherr und hat die Zusammensetzung des Gerichts anzuordnen. Richter sind: der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. h. c. Raeder, der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, sowie zwei Senatspräsidenten des Reichskriegsgerichtes. Vorsitzender des Gerichts ist nach der Gerichtsordnung der ranghöchste Offizier der Wehrmacht, und das ist der eben zum Generalfeldmarschall beförderte Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Göring.

So scheinen Himmler und seine Gestapo nicht mehr zu retten. Verschiedene Generale haben sich bereits fest verabredet, nach dem Gerichtsurteil von Hitler die Verhaftung Himmlers, Heydrichs und anderer SS-Größen zu verlangen und notfalls mit Waffengewalt durchzusetzen. Generaloberst von Brauchitsch versichert den Unzufriedenen, dass er sich selbst an die Spitze dieser Forderungen stelle. Aber wie gesagt – erst das Urteil, das eine einwandfreie, gesetzliche Grundlage für ein solches Vorgehen schafft.

Himmler wird dennoch zum Unheil des deutschen Volkes und der Welt noch einmal gerettet. Durch ein aussenpolitisches Ereignis, den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich.

Überraschend kommt es am 12. Februar 1938 zu einer Unterredung zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg und Hitler auf dem Berghof in Berchtesgaden.

Dieser 12. Februar ist der Tag, an dem der Prozess gegen den U-Boots-Kommandanten und Bekenntnispfarrer Niemöller ruht, damit der Verteidiger die Akten studieren kann, es ist der Tag, an dem die Wehrmachtsführung erstmals ernsthafte Front gegen die Gestapo macht, als der Generaloberst von Fritsch in jener abgelegenen Wannseevilla von dem Kriminalbeamten Hubert Meisinger verhört wird, und es ist der Tag, an dem der österreichische Bundeskanzler sich bereit zeigt, Hitler in der Österreich-Frage entgegenzukommen, um einem eventuellen militärischen Eingreifen Deutschlands vorzubeugen.

In den kommenden Tagen spitzt sich in Deutschland die Lage zu. Kriegsgericht gegen Fritsch oder nicht, Vorgehen der Wehrmacht gegen Gestapo oder nicht, Warten auf das mit Sicherheit vorhersehbare Urteil des Reichskriegsgerichtes, das die Existenz einer Gestapo-Verschöpfung notorisch machen wird, oder sofortiges Zupacken der Wehrmacht mit Gewalt? Am 9. März

1938 wird bekannt, dass am nächsten Tag, dem 10. März, das Reichskriegsgericht zur ersten Sitzung im «Fall Fritsch», der für die Eingeweihten schon längst zum Fall «Himmler-Heydrich-Gestapo» geworden ist, Zusammentritt. Na endlich! Danach wird man aufräumen können mit den SS-Verschövern und Verleumdern.

Stattdessen tritt am 9. März Himmlers unfreiwilliger Retter, der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg, auf den Plan. Entgegen den Vereinbarungen von Berchtesgaden, die eine Annäherung der beiden Staaten fördern sollen, fordert er plötzlich eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs, die in vier Tagen, am 13. März, stattfinden soll. Diesen entscheidenden Schritt hat er, wie es für die meisten faschistischen Diktatoren üblich ist, nicht einmal mit seinen Regierungsmitgliedern vorher beraten oder ihn ihnen wenigstens mitgeteilt. Selbst der Bundespräsident Miklas erfährt erst durch den Rundfunk von der durch Schuschnigg verkündeten überraschenden Wendung in Österreichs Politik.

Diese «Abstimmung» kann natürlich äusserst stark manipuliert werden, denn die letzten Wahlen in Österreich haben 1930 stattgefunden, die Wahllisten sind längst veraltet, das gewählte Parlament ist schon vor Jahren von 200 Polizisten auseinandergetrieben worden, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten sitzen in Schuschniggs Konzentrationslagern.

Der einzige, den Schuschnigg von seiner Absicht unterrichtet, ist der italienische Diktator Mussolini. Vor kurzem erst hat in England Winston Churchill Österreich boshaft «Mussolinis Filiale» genannt. Und Mussolini rät seinem österreichischen «Filialleiter» dringend von den vorgesehenen Wahlen ab. «C'e un errore! Das ist ein Fehler!»

Am Morgen nach Schuschniggs Innsbrucker Rede beginnt der mit Spannung erwartete Prozess vor dem Reichskriegsgericht. Doch die Hauptverhandlung hat kaum begonnen, als Unruhe im Saal entsteht. Ein Adjutant aus der Reichskanzlei erscheint und lässt sich während der Verhandlung beim Vorsitzenden melden. Kurz darauf wird die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Generalfeldmarschall Göring, General von Brauchitsch und Generaladmiral Raeder eilen in die Reichskanzlei. Der spätere Generaloberst Jodl hat an diesem Tag in seinem Tagebuch die folgende Eintragung gemacht:

«Schuschnigg hat überraschend und ohne Beteiligung seiner Minister einen Volksentscheid für Sonntag, 13.3. angeordnet... Führer ist entschlossen, das nicht zu dulden ... General von Reichenau wird aus Kairo [von einer Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees] zurückgerufen, Grl. von Schobert bestellt,

ebenso Minister Glaise-Horstenau [der österreichische Kriegsminister, der zufällig in Deutschland ist] .. Hitler hat beschlossen, alles für einen militärischen Einsatz gegen Österreich vorzubereiten. Die Militärs sind entsetzt. Die Wehrmacht müsste, um Schuschniggs Volksabstimmung zu verhindern, in zwei Tagen in Österreich einmarschieren. Einen solchen Aufmarsch ohne jede Vorbereitung, buchstäblich aus heiterem Himmel heraus zu organisieren, ist unmöglich. Immerhin – es gibt den Eventual-Plan «Otto», benannt

nach dem österreichischen Thronfolger Otto von Habsburg. Generalstabschef Beck hat vor einem Jahr den Befehl zur Ausarbeitung dieses Eventualplanes von Kriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg erhalten. Aber er ist diesmal in seiner Opposition gegen Hitler schon weitergegangen als bisher. Er hat diesen Plan einfach nicht ausgearbeitet und die ihm unterstellten Generalstabsoffiziere aufgefordert, nicht an einem solchen Plan zu arbeiten. Aber das wissen weder Hitler noch sein OKW-Chef Keitel.

Mit dieser Karikatur kommentierte der Zeichner der *St. Louis «Star-Times»* die beschämenden Vorfälle im Wiener Stephansdom vom 7. Oktober 1938. Ein Hakenkreuzler versucht, das Kreuz des Christentums umzuwerfen. «Es ist zu tief verwurzelt, als dass man es stürzen könnte», lautet die Unterschrift, eine Prophezeiung, die recht bezieht.

Dr. Karl Rudolf, einer der führenden geistigen Köpfe des modernen Katholizismus in Österreich seit den zwanziger Jahren und 1938 Domkurat zu St. Stephan, schreibt in seinem aufschlussreichen Werk «Aufbau im Widerstand» über die beschämenden Vorfälle um Innitzer:

«So wagten wir es, als kraftvollen Ansatz und zur Einleitung der Herbstarbeit 1938 in diesem Sinne die Wiener katholische Jugend für den 7. Oktober in den Dom zu einer gemeinsamen Jugend feier stunde' einzuladen. Der Diözesanjugendseelsorger hielt die wohlabgewogene Predigt, Se. Eminenz die Andacht. Die Kraft und Frische des Mitbetens und Mitsingens der sechs- bis achttausend Jugendlichen ergriff den Bischof so, dass er am Ende der Andacht spontan in den Pontifikalien die Kanzel bestieg

und einige kurze, ermunternde Sätze zur Jugend sprach. Die ganze Feier im Dom verlief ohne Störung, obwohl die Anwesenheit einer kleinen Gruppe der HJ konstatiert wurde. Die Teilnehmer sollten sich ruhig nach Hause begeben. Wer konnte und wollte es aber hindern, dass sie dem Bischof über den Stephansplatz das Geleit gaben? Dann aber geschah ein Weiteres: zuerst war es ein einzelner Ruf, bald aber donnert ein tausendstimmiger Sprechchor hinauf zu den Fenstern des Palais: ‚Wir danken unserem Bischof, wir danken unserem Bischof!‘ Und da sich niemand am Fenster zeigt, wechselt der Spruch und lautet noch dröhnender: ‚Wir wollen unseren Bischof sehen!‘ Und als er sich endlich zeigt, schwillt es wieder an: ‚Wir danken unserem Bischof!‘ Und will kein Ende nehmen. Die Sprüche hatten sie ja in den letzten Monaten so oft brüllen gehört, aber mit einem anderen Hauptwort. Man merkt es den Mädchen und Burschen an, wie hier das Herz mitschreit, und dann klingt mächtig und fromm das alte Tiroler Bundeslied: ‚Auf zum Schwure‘ über den Platz.

... Wohl blieb die Rache nicht aus. ‚So etwas gibt es noch in Wien?‘ fragten offenbar bestürzt erwachsene Parteiabzeichen-träger, die Zeugen des Aktes waren. Und schon am nächsten Abend, fast zur selben Zeit, stürzte eine HJ-Horde unter Johlen, Pfeifen und Steinwürfen gegen das Erzbischöfliche Palais, schlug alle Fenster ein, stieg durch die Fenster in die im ersten Stock gelegene Wohnung des Bischofs, schlug hier alles krumm und klein, zerschneidet die Wandbilder, plünderte die Kasten, bedrohte die Zeremoniäre am Leben; den Kardinal konnte man noch im letzten Moment in Sicherheit bringen. Dann warfen sie Möbel und Kleider auf den Platz vor dem Palais, legten ein Bild des Kardinals darauf und steckten den Haufen in Brand. Dann zog rasch die Rotte zum gegenüberliegenden Kurhaus, wo sie den Jugendseelsorger wussten, zerschlugen auch hier Fenster und Türen, warfen einen der Kuraten zum Fenster hinunter und liessen ihn mit zerbrochenen Gliedern unten liegen. Und erst nach einstündigem Wüten erschienen Polizei und Feuerwehr, obwohl sie schon in der ersten Viertelstunde verständigt worden waren und in nächster Nähe ihren Standort hatten. Ein Pfiff genügte und die kühnen Fensterstürmer und Fensterstürzer waren verschwunden. Die Zeitungen wussten am nächsten Morgen zu berichten, dass – Kommunisten den feigen Überfall zu verantworten haben.»

(Aus: Otto Molden, *Der Ruf des Gewissens, Der Österreichische Freiheitskampf 1938-1945.*)



Keitel verlangt jetzt eiligst diesen Plan, und Beck muss sich schnell eine Ausrede einfallen lassen, um die geheime Befehlsverweigerung nicht offenkundig werden zu lassen. So erklärt er dem General Keitel, der «Plan Otto» nütze nichts, da er ja keine Einzelheiten enthalte, weder zur Verfügung stehende Truppenteile oder Waffen noch gar eine zeitliche Aufgliederung von notwendigen Operationen oder über das Zusammenwirken der verschiedenen Waffengattungen.

Keitel muss sich wohl oder übel damit zufriedengeben, und so wird der zufällig wegen eines protokollarischen Besuches anlässlich seiner Ernennung zum Kommandierenden General bei Hitler weilende spätere Feldmarschall von Manstein Hals über Kopf beauftragt, einen Plan für den Aufmarsch gegen Österreich auszuarbeiten.

In fünf Stunden ist er fertig. Eine deutsche Armee kann jetzt in Österreich einmarschieren. Becks Opposition wird damit überwunden.

Nachdem Schuschnigg das Hitlersche Ultimatum abgelehnt hat, die Volksabstimmung um drei Wochen zu verschieben, und nachdem Göring telefonisch von Berlin aus die österreichische Regierung und vor allem Schuschnigg persönlich unter Druck gesetzt hat, erfolgt schliesslich der Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich. Der «Blumenkrieg» beginnt.

Die Bevölkerung empfängt die deutschen Truppen mit Begeisterung, Soldaten der österreichischen Bundeswehr verbrüdernd sich sofort mit den «reichsdeutschen» Soldaten. Hitler selbst trifft in seiner Heimatstadt Linz ein, und am 13. März, dem Tag von Schuschniggs geplanter Volksabstimmung, unterzeichnet Dr. Seyss-Inquart als neuer österreichischer Bundeskanzler in Linz das «Gesetz über die Wiedervereinigung».

Der Fritsch-Prozess ist in den Hintergrund getreten. Wen interessiert das noch? Der Führer hat wieder einmal recht behalten, er hat sich als der geniale Staatsmann erwiesen, der den alten Traum von der Wiedervereinigung Österreichs und Deutschlands verwirklicht hat, binnen weniger Stunden, ohne Blutvergiessen. Wer wollte sich jetzt wohl gegen ihn stellen?

Die Generale sind vollauf damit beschäftigt, das österreichische Bundesheer in die Wehrmacht einzugliedern, die «Hoch- und Deutschmeister», die «Tiroler Kaiserjäger», das «Garderegiment» – sie alle müssen neu uniformiert und auf den Führer und Obersten Befehlshaber Adolf Hitler vereidigt werden.

Und gerade darum findet der zuvor so lange umstrittene und verzögerte Prozess Fritsch sofort seine Fortsetzung, solange alle Welt noch mit Österreich beschäftigt ist. Schon am 17. März geht die Verhandlung weiter.

General von Brauchitsch, der schon zuvor so starke

Tone gefunden hat, nach dem Urteil über Fritsch die «Räuberhöhle» der Gestapo auszuheben, spricht auch jetzt noch ähnlich. Und die Hauptperson, der Generaloberst Fritsch, erklärt den ihn bedrängenden Freunden und Verbündeten, er werde von seinem Recht Gebrauch machen, Zeugen aufzufordern, die das heimtückische Spiel der Gestapo entlarven werden, nämlich die verantwortlichen Gestapo-Leute selbst, die ihm so übel mitgespielt haben.

Heydrich erklärt unmittelbar vor der Wiederaufnahme der Verhandlung: «Ich werde wohl doch noch über die Klinge springen müssen.»

Doch der Prozess nimmt einen anderen Verlauf. Viel macht die Atmosphäre jener Tage aus, die Hochstimmung, der Jubel über den Anschluss Österreichs, die uneingestandene Absicht, nun, da doch alles so gut gegangen ist, nicht alles wieder aufzurühren.

Weder der General von Brauchitsch als Richter noch der «Angeklagte» Generaloberst von Fritsch, noch dessen Anwalt stellen auch nur eine verfängliche Frage. Der Erpresser Schmidt wird nicht danach gefragt, ob er von der Gestapo zu seiner Falschaussage erpresst worden ist. Heydrich wird nicht als Zeuge geladen – er ist in Österreich und dort natürlich «im Interesse des Reiches» unabkömmlich. Als sein Vertreter erscheint Meisinger, aber der wird auch nicht ins Verhör genommen nach jenem seltsamen Datum 15. Januar, an dem der Gestapo die Unschuld von Fritschs schon bekannt gewesen sein musste.

Fritsch selbst will nicht rebellieren und stellt sich den dazu drängenden Kräften nicht zur Verfügung. Seine Überlegungen laufen darauf hinaus, dass Hitler seinerseits ungeheuren Anhang im eigenen Volke hat, das in einer Gegenaktion nur den Putsch eines gekränkten, ehrgeizigen Generals erblicken würde. Später soll er diese Einstellung dann bedauert haben: «Wenn ich allerdings gewusst hätte, wie skrupellos dieser Mann ist und wie er mit dem Schicksal des deutschen Volkes Hasard spielt», gab er seinem letzten Ordonnanzoffizier in Bezug auf Hitler zu verstehen, «so hätte ich anders gehandelt und das Odium, aus egoistischen Gründen gehandelt zu haben, auf mich genommen.» Jetzt aber, in der Verhandlung, gibt er sich damit zufrieden, persönlich rehabilitiert zu werden.

Der seinen Generalskameraden gegenüber mit Worten so mutige neue Oberbefehlshaber von Brauchitsch aber hat einen ganz besonderen Grund, der Gestapo nicht zu nahe zu treten. Brauchitsch ist – was zu diesem Zeitpunkt noch kaum jemand, wohl aber Heydrichs SD, weiss – inzwischen eine finanzielle Verpflichtung Hitler gegenüber eingegangen. Der General der Artillerie hat vor der Übernahme des neuen hohen Amtes Hitler seine persönlichen Verhältnisse darlegen müssen.

Sie sind so, dass er unter normalen Umständen allein deshalb niemals Oberbefehlshaber des Heeres hätte werden können.

Was ihn bedrückt, ist weit schlimmer als die unstandesgemässe Heirat des Feldmarschalls von Blomberg. Er hat Schulden – und das ist bisher schon für weit rangniedrigere Offiziere ein Grund gewesen, aus der Armee ausgestossen zu werden. Schulden zu haben, die falsche Frau zu heiraten – das sind Vergehen, die das Offizierskorps schon im Fall Blomberg nicht durchgehen lässt. Bei Brauchitsch kommt noch hinzu, dass er gerade in Scheidung lebt, ebenfalls etwas noch nicht Dagewesenes. Und seine Frau verlangt eine hohe Abfindungssumme, bevor sie einer Scheidung zustimmt.

Und siehe da – sowohl Hitler als auch die Generale haben für Brauchitsch Verständnis. Hitler bezahlt Brauchitschs Schulden, damit der General wieder makellos dasteht, er bezahlt auch der Generalsgattin die Abfindungssumme und sorgt dafür, dass Brauchitsch auch später seinen Unterhaltsverpflichtungen nachkommen kann. Damit glaubt er den neuen Oberbefehlshaber, von dem er bisher ebensowenig wissen wollte wie der von ihm, in der Hand zu haben. Ausserdem – die künftige neue Frau von Brauchitsch ist eine fanatische Anhängerin Hitlers, die wird den General schon noch zum Nationalsozialisten erziehen.

Die Generalität ist mit Brauchitsch einverstanden, weil er sich bisher im kleinen Kreis stets gegen Hitlers militärische Massnahmen ausgesprochen hat und weil mit seiner Ernennung verhindert wird, dass der als alter Nationalsozialist bekannte General von Reichenau Fritschs Nachfolger wird. Von der Schulden- und Scheidungsaffäre Brauchitschs und seiner finanziellen Hilfe durch Hitler ahnen die Generale nichts, zumal sich Brauchitsch eben im Fall Fritsch zum entschlossenen Vorgehen verpflichtet hat.

Als Richter steht Brauchitsch nun eher auf der Seite derer, die die Gestapo-Verschwörung vertuschen wollen, so wie Generaloberst Fritsch selbst, der ebenfalls nicht alles daransetzt, dass die Verantwortlichen der Verleumdungskampagne zur Rechenschaft gezogen werden. Und so kommt es, dass das Gericht feststellt, die Unschuld des Generalobersten Freiherr von Fritsch sei einwandfrei erwiesen, und dass über die Schuldigen an der ganzen Kampagne überhaupt nicht gesprochen wird. Der «Fall Fritsch» ist zu Ende und damit auch der erste Versuch einer Gruppe von antinazistischen Verschwörern, diesen Fall zum Ausgangspunkt des Kampfes gegen die heimliche Macht der Himmler und Heydrich zu machen.

Aber die nächste Gelegenheit stellt sich bald darauf ein. Über die «Fälle» Blomberg und Fritsch, die Umstellung in der deutschen Führung, die Hitler den un-

mittelbaren, persönlichen Oberbefehl über die Wehrmacht brachte, und über den Anschluss Österreichs ist das nächste aussenpolitische Ziel Hitlers keineswegs vergessen, sondern nur vorübergehend in den Hintergrund gedrängt worden – die Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Anschluss des deutschen Sudetenlandes an das Deutsche Reich.

«Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen ... ! Ihre Ausführung muss spätestens am 1. Oktober sichergestellt sein!» heisst es in einer Weisung für den «Fall Grün» vom 30. Mai 1938. Von diesem Augenblick an gerät auch der Widerstand einzelner Generale und der sich entwickelnden zivilen Opposition auf ein neues Gleis. Noch haben die aus Anlass des «Falles Fritsch» laufenden Aktionen den Vorrang, aber bald geht es nun um die Verhinderung von Hitlers «militärischen Aktionen».

Noch wird ein paarmal versucht, den Oberbefehlshaber des Heeres für ein Vorgehen gegen die Gestapo zu gewinnen. Juristische Gutachten werden angefertigt, mit denen Brauchitsch davon überzeugt werden soll, dass ein solches Vorgehen keineswegs eine Revolte sei, sondern rechtlich begründet. Schliesslich gelingt es auch Dr. Goerdeler, zu Brauchitsch vorzudringen, der sich bisher verleugnen liess.

Brauchitsch ist ganz Zustimmung, geradezu begeistert. Jawohl, doch, jetzt muss gehandelt werden. Er, Brauchitsch, wird auch handeln. Es geht nur noch um den günstigsten Zeitpunkt. Goerdeler ist zufrieden – er weiss noch nicht, dass Brauchitsch stets ja sagt und gleich wieder nein, wenn er seinen Gesprächspartner nicht mehr vor sich hat.

Doch Goerdeler wird es zwei Tage später schon wissen. Brauchitsch bringt es fertig, um aus der mit Goerdeler getroffenen Vereinbarung über einen militärischen Schlag gegen die Gestapo wieder herauszukommen, Goerdeler zu denunzieren – bei der Gestapo. Goerdeler habe in London Gerüchte verbreitet, er, Brauchitsch, bereite eine politische Reinigungsaktion in Deutschland vor.

Mit dieser Nachricht geht Brauchitsch zu Hitler und bittet, die Gestapo möchte den Fall untersuchen.

Selbstverständlich stehe er treu hinter dem Führer und müsse sich die Verbreitung solcher Gerüchte durch Goerdeler im Ausland verbitten. Hitler schüttelt den Kopf und erklärt das Ganze für «dummes Zeug», auf das man doch nichts geben könne.

Bernd Gisevius, damals Regierungsrat im Innenministerium und eine Art Verbindungsmann all der verschiedenen, sich allmählich formierenden Widerstandskreise innerhalb der deutschen Führungsschicht, schreibt dazu in seinem Buch «Bis zum bitteren Ende»:

«Dieser Zwischenfall ist nicht so sehr wegen der Strapazierung unserer Nerven bedeutsam. Besser als alle weiteren Meditationen wird durch ihn die ‚Entschlossenheit‘ Brauchitschs demaskiert. So ist dieser goldbetresste Held: Erst führt er die Zivilisten monatelang irre, ja er nutzt sie weidlich aus, damit sie unter ständiger Lebensgefahr für seine Zwecke Material zusammentragen. Und dann, wenn endlich, endlich gehandelt werden soll, läuft er lieber zum Führer und – verpetzt einen seiner Helfershelfer.

Andere beurteilen die Persönlichkeit von Brauchitschs nicht so bitter, aber auch sie müssen einräumen, dass sich Brauchitsch aus seinen seelischen Konflikten immer wieder in die militärische Gehorsamspflicht geflüchtet hat.

Der Erpresser Schmidt ist inzwischen von der Gestapo auf Befehl Hitlers mit der unerhörten Begründung, dass eine gerichtliche Verhandlung nur eine Freiheitsstrafe ergeben würde, kurzerhand erschossen worden. Eine öffentliche Rehabilitierung Fritschs erfolgt nicht. Hitler gelingt es, mit einer rhetorischen Meisterleistung der Heuchelei abermals die Wehrmachtsführer von seiner «Lauterkeit» zu überzeugen. In seiner Rede vom 13. Juni vollbringt er «dabei ein neues Meisterstück wohlberechneter Darstellungs- und Beeinflussungskunst, dessen psychologische Wirkung keine nur sinngemässe Wiedergabe seiner Worte annähernd verdeutlichen kann», schreibt Helmut Krausnick. «In ‚ausführlichen, gefühlsbetonten Darlegungen‘ [Halder] wusste Hitler nach zuverlässigen Zeugnissen jedenfalls den Eindruck zu erwecken, dass er in voller Aufrichtigkeit sprach und tiefes Bedauern über die ‚tragische Entwicklung‘ empfand, ja dass – wenn wirklich eine Parteiintrige vorlag – auch er selber getäuscht worden war. Fritsch, so bemerkte er, solle jede mögliche Genugtung erhalten. Seine Wiedereinsetzung komme freilich nicht in Frage, da er, Hitler – Fritsch nicht zumuten könne, wieder vertrauensvoll zu ihm zu stehen! Im Übrigen ‚könne er, der Führer, sich nicht vor der Nation desavouieren‘: an der Darstellung, dass Fritsch gesundheitshalber ausgeschieden sei, müsse der Öffentlichkeit gegenüber festgehalten werden, weil sonst – dies war wohl der schwächste Punkt seiner Argumentation – diese im Interesse des Ansehens der Wehrmacht auch in künftigen Fällen gebotene Form keinen Glauben mehr finden würde. Eine Reichstags-sitzung aber, in der er die Verdienste Fritschs habe würdigen wollen, könne infolge der aussenpolitischen Entwicklung vorerst nicht stattfinden. Ausdrücklich nahm Hitler ‚amtliche Stellen‘ gegen den Verdacht leichtfertigen oder böswilligen Handelns im Falle Fritsch in Schutz – nur Fehler untergeordneter Organe räumte er ein – und wagte zu behaupten, die

eigentliche Schuld trage der Erpresser Schmidt... ! Bezeichnenderweise hielt Hitler es abschliessend für nötig, den militärischen Führern zu versichern, dass ‚im neuen Reich ein bewusster Kampf anderer Kräfte gegen die Wehrmacht unmöglich sei‘, dass die Besetzung ihrer leitenden Positionen nur aus ihr selbst heraus erfolgen könne und dass ein Einfluss anderer Stellen – ‚wie in Russland‘ – ausgeschlossen wäre!

Mit Hilfe stärkster Unterstreichung der angeblichen ‚Tragik‘ des Falles und seiner ‚grundsätzlichen‘ Gutwilligkeit entzog oder vielmehr entwand sich Hitler aus scheinbar zwingenden staatspolitischen Gründen einer Rehabilitierung Fritschs, die diesen Namen verdient hätte ...»

Himmler und Heydrich dagegen triumphieren öffentlich. Am 17. August 1938 erlässt Hitler, der bisher den Generalen stets erklärt hat, die Wehrmacht sei und bleibe der «einzige Waffenträger der Nation», den Befehl zur Aufstellung einer vierten Waffengattung neben Heer, Marine und Luftwaffe – die «SS-Verfügungstruppe», die bald deutlicher «Waffen-SS» heissen wird. Hitler glaubt nun zu wissen, ebenso wie Himmler und Heydrich: Vor diesen deutschen Generalen brauchen sie sich nicht zu fürchten. Sie werden wohl noch ab und zu einmal opponieren, aber ansonsten dem Führer nicht ernsthaft entgegentreten. Der «Fall Fritsch» habe das zur Genüge bewiesen.

Diese Auffassung gilt jedoch nicht für die Unbeugsamen, wie den Generalstabschef General der Artillerie Ludwig Beck, dem nun die neue Führerweisung für den «Fall Grün» Sorge macht. Beck versucht, die Generalität auf der Basis militärischer Fachleute zur Opposition zu bringen. Fachleute müssen allein aus ihrem Wissen heraus erkennen, dass Hitlers neue Weisung der militärischen Aktionen gegen die Tschechoslowakei lebensgefährlich für Deutschland ist, weil sie den Weltkrieg bringen kann.

Nachdem Hitler am 28. Mai seinen Entschluss den Generalen bekanntgegeben hat, «die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit... zu zerschlagen», scheint die von Beck aufgezeigte Gefahr tatsächlich zu bestehen. Beck beschwört den Oberbefehlshaber des Fleeres, General von Brauchitsch, die führenden Generale sollten ganz einfach streiken.

Am 5. Mai hat Beck Brauchitsch bereits eine Denkschrift übergeben, am 30. Mai wieder eine, am 3. Juni abermals. Inzwischen hat Beck mit allen wichtigen Offizieren gesprochen, die ihm als Generalstabschef unterstellt sind. Offensichtlich sind sie der gleichen Meinung wie ihr Chef: Deutschland ist viel zu schwach, um die Tschechoslowakei angreifen zu können. Brauchitsch stimmt zwar den vielen Denkschriften Becks zögernd zu, wagt aber nicht, die darin enthaltene

Aus den Notizen des Generals Beck vom 16. Juli bis November 1938

Für den Vortrag beim Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, am 16. Juli 1938

Der Führer hält anscheinend eine gewaltsame Lösung der sudetendeutschen Frage durch Einmarsch in die Tschechei für unabwendbar. Er wird in dieser Auffassung bestärkt durch eine Umgebung verantwortungsloser radikaler Elemente. Über die Einstellung von Göring ist man geteilter Auffassung. Die einen glauben, dass er den Ernst der Lage erkennt und versucht, auf den Führer beruhigend einzuwirken. Die anderen meinen, dass er, wie in dem Falle Blomberg und Fritsch, ein doppeltes Spiel treibt und umfällt, wenn er vor dem Führer steht.

Die höchsten Führer in der Wehrmacht sind hierzu in erster Linie berufen und befähigt, denn die Wehrmacht ist das ausübende Machtmittel des Staates in der Durchführung eines Krieges.

Es stehen hier letzte Entscheidungen über den Bestand der Nation auf dem Spiele. Die Geschichte wird diese Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbietet.

Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten. Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. Sie haben damit ihr Vaterland vor dem Schlimmsten, vor dem Untergang bewahrt.

Es ist ein Mangel an Grösse und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewusst zu werden. Aussergewöhnliche Zeiten verlangen aussergewöhnliche Handlungen!

Andere aufrechte Männer in staatsverantwortlichen Stellungen ausserhalb der Wehrmacht werden sich auf ihrem Wege anschliessen. Wenn man die Augen und Ohren offenhält, wenn man sich durch falsche Zahlen nicht selbst betrügt, wenn man nicht in dem Rausch einer Ideologie lebt, dann kann man nur zu der Erkenntnis kommen, dass wir zur Zeit wehrpolitisch (Führung, Ausbildung und Ausrüstung), wirtschaftspolitisch und stimmungspolitisch für einen Krieg nicht gerüstet sind.

*Deutschland in einem kommenden Kriege
November 1938*

[Auszug]

Bei dem Charakter eines kommenden Krieges, der Plötzlichkeit, mit der er ausbrechen, und der Eigenart, mit der er geführt werden kann, bei der oft nicht abzusehenden Mög-

lichkeit seiner räumlichen und zeitlichen Ausdehnung und angesichts schliesslich der Tatsache, dass es sich in einem Zukunftskriege für Deutschland um die Existenzfrage handeln wird, gehören heute Staatsmann und Feldherr enger zusammen als je. Ehe Fragen eines kommenden Krieges ihren Niederschlag in strategischen Weisungen und Entwürfen finden, sollte eine einheitliche Auffassung zwischen Staatsmann und Feldherr . . . erzielt sein . . .

Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung sowie fehlender Ausgleich zwischen den politischen Ansprüchen und Zielen und der militärischen Leistungsfähigkeit eines Staates können der erste und vielleicht entscheidende Schritt zum Verlust eines Krieges sein. Nicht umsonst weiss die Geschichte von Kriegen zu berichten, die gewonnen oder verloren waren, ehe sie begonnen hatten. Die Ursache war fast allemal Verdienst oder Schuld der Politik . . . Kein menschliches Genie reicht aus, einen grossen Krieg der Zukunft militärisch und politisch, wie noch Friedrich der Grosse und Napoleon I. es getan, erfolgreich zu leiten. Keine Staatsführung, welcher Art sie auch sein möge, könnte sich ungestraft dieser Tatsache verschliessen. Der Dualismus Staatsmann!Feldherr ist also eine Gegebenheit, mit der man sich abzufinden hat. Wohl dem Staate, in dem zwischen beiden Männern etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten ihren sachlichen Ausgleich in den Entscheidungen eines Kriegsherrn finden, der zwar persönlich, aber unter einflussreicher Mitwirkung des leitenden Staatsmannes und des Feldherrn die Oberleitung hat. Zwischen den erstgenannten beiden Persönlichkeiten bleibt aber immer erforderlich, dass in der politischen Leitung Verständnis für die militärischen Aufgaben der Kriegführung, in der militärischen Leitung politisches Verständnis herrscht und beide unter fortwährender wechselseitiger Orientierung und in beständigem Einvernehmen miteinander, aber unter strenger Einhaltung der Grenzen ihrer Tätigkeitsbereiche harmonisch Zusammenwirken ...

«Manches ist anders gekommen, als Beck es in seinen Denkschriften einschätzte und voraussah» (Wolfgang Foerster). Insbesondere hat er sich über den Grad der Entschlossenheit Frankreichs und Englands getäuscht, der Tschechoslowakei aktive militärische Hilfe zu leisten. Auch sonst wird rückschauende Betrachtung manche der hier geäusserten Ansichten und Urteile Becks als durch den Ablauf der Dinge nicht bestätigt und daher als nicht zutreffend bezeichnen müssen. Das tut aber dem Wahrheitsgehalt seiner fundamentalen Sätze und der geschichtlichen Bedeutung seiner Warnrufe nicht den geringsten Eintrag. Aufs Ganze gesehen wirkt die nüchterne Feststellung und sachliche Auswertung des nackten Tatsachenbestandes wie eine grausige Prophetie des kommenden Unheils. Beck sah bei Fortsetzung der bisherigen deutschen Aussenpolitik den europäischen Krieg, den zweiten Weltkrieg und damit Deutschlands

Kritik an Hitler weiterzugeben. Abermals, am 16. Juli, bringt Beck eine neue Denkschrift zu Brauchitsch und macht dabei den «Streik»-Vorschlag. Die Generale sollen geschlossen zurücktreten. Brauchitsch zögert nach wie vor. Ungehorsam, gar Streik und Meuterei stehen nicht im Katechismus eines deutschen Generals. Noch nicht. Und trotz aller eigenen Zweifel, trotz allen Wissens um die Schwäche der Wehrmacht: Hat der «Führer» nicht entgegen allen Bedenken jedesmal recht behalten?

Am 19. Juli erscheint Beck abermals beim Oberbefehlshaber des Heeres. Diesmal fordert er noch mehr. Es geht ihm nicht mehr nur um einen Generalstreik gegen militärische Vorbereitungen im «Fall Grün». Die Generale sollen sich gemeinsam mit zivilen Hitlergegnern verschwören, um das Volk von den NS-Bonzen zu befreien, um die Meinungsfreiheit wiederherzustellen und die Verfolgung der Kirchen abzuschaffen.

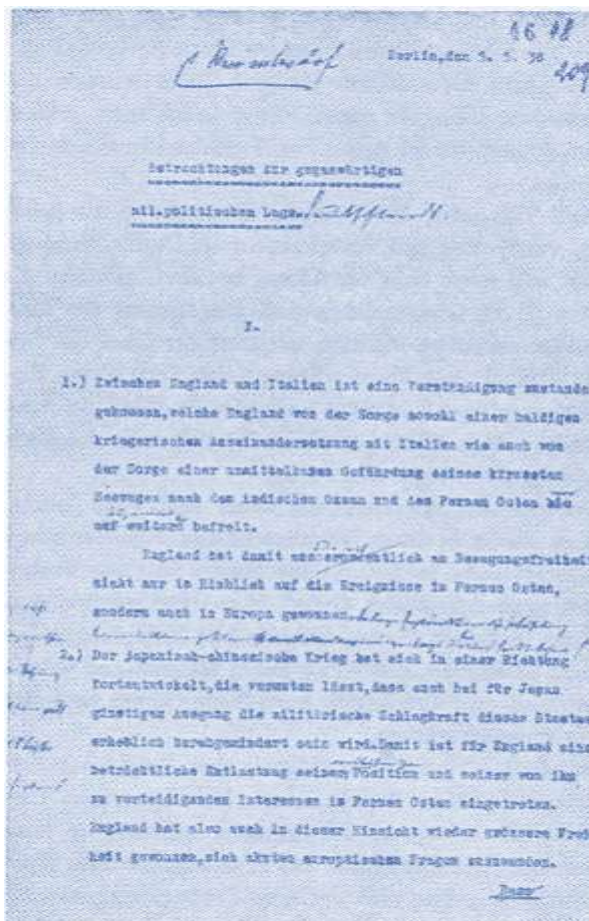
Brauchitsch erklärt sich bereit, eine Konferenz des Generalstabes und der Kommandierenden Generale einzuberufen.

Sie findet am 4. August statt. Beck verliest sein Memorandum vom 16. Juli. Es hinterlässt Eindruck bei den Versammelten. Brauchitsch rafft sich danach endlich auf, ein entsprechendes Memorandum Hitler vorzulegen.

Hitler antwortet nicht direkt, sondern beruft seinerseits für den 10. August eine Konferenz auf dem Berg-hof ein. Auf seine dreistündige Rede haben die Generale nicht viel zu antworten, aber überzeugt hat Hitler sie auch nicht ganz. Generalstabschef Bede tritt daraufhin am 18. August zurück. Hitler nimmt seinen Rücktritt an, befördert ihn noch zum Generalobersten und bittet ihn, angesichts der kritischen Lage seinen Rücktritt noch geheimzuhalten. Und Beck, der eben noch seine Kameraden nicht nur zum Streik aufgerufen hat, sondern zum Sturz der Tyrannei, hält es für richtig, in diesem Moment zu schweigen.

Aber er organisiert die Verschwörung weiter. Er bleibt der Verbindungsmann zwischen der zivilen Widerstandsgruppe und den militärischen Verschwörern.

Ende August ist der Plan für den Staatsstreich fertig. Becks Nachfolger Halder soll sofort die Verschwörer informieren, wenn Hitler den Befehl gibt, gegen die Tschechoslowakei vorzugehen. Man rechnet damit, dass dieser Befehl mindestens 48 Stunden vorher gegeben wird. Diese Zeitspanne reicht, um die Verschwörer losschlagen zu lassen. General von Witzleben, der Kommandeur des Berliner Wehrkreises, ist einer der Verschwörer, ebenso General Graf von Brockdorff-Ahlefeld, Kommandeur der Potsdamer 23. Infanteriedivision. General Hoepner befehligt eine Panzerdivision in Thüringen und soll mit ihr verhindern, dass nach



Erste Seite der Denkschrift Becks vom 5. Mai 1938

gelingenem Putsch eventuell hitlertreue Truppen aus Süddeutschland nach Berlin gelangen.

Hitler selbst soll sofort festgenommen und danach eine Militärdiktatur errichtet werden, die dann später eine konservative zivile Regierung ablösen soll.

Mittlerweile sind die generalstabsmässigen Vorbereitungen für einen Angriff gegen die Tschechoslowakei weiter gediehen. Der neue Generalstabschef Halder befindet sich in der unglücklichen Lage, dass er es ist, der diesen Angriff energisch vorbereitet, gleichzeitig aber zu den Köpfen der Verschwörung gehört, die Hitler stürzen will, eben wegen des geplanten Angriffs auf die Tschechoslowakei.

Die Verschwörer tun noch ein Übriges. Sie entsenden einen Vertreter nach London, der die britische Regierung von ihrem Vorhaben unterrichtet. Oberst Hans Oster, der nach Admiral Canaris wichtigste Mann der deutschen Abwehr, gehört ebenfalls zu den Verschwörern und entsendet seinen Vertrauensmann Ewald von Kleist. Dieser macht Winston Churchill mit den Ein-

zelheiten der Verschwörung bekannt und bittet ihn, die britische Regierung möge bei ihren Kriegsdrohungen gegen Deutschland bleiben. Dann würden die deutschen Generale gegen Hitler losschlagen, sobald der Angriffsbefehl gegen die Tschechoslowakei gegeben ist.

Lord Vansittart, der bei dieser Besprechung anwesend ist, verständigt den Premierminister. Doch Chamberlain will nicht recht an Kleists Botschaft glauben. Es ist auch zu unvorstellbar, dass ausgerechnet die führenden deutschen Militärs, darunter der Chef des Generalstabes, eine Verschwörung gegen ihre eigene Regierung planen und dann noch um die Hilfe des Auslandes bitten. Chamberlain bleibt jedenfalls skeptisch und vermutet sogar eine Falle.

Der deutsche Abwehroberst Oster lässt nicht locker. Nun schickt er einen Vertrauensmann zum britischen Militärattache in Berlin, lässt diesem von den Vorbereitungen des «Falles Grün» Mitteilung machen und bittet nochmals darum, die britische Regierung möge nicht nachgeben. Ein Krieg gegen Deutschland würde England und Frankreich zum Siege führen und das Hitlerregime stürzen.

Botschafter Henderson schüttelt den Kopf über den darauffolgenden Bericht seines Militärattachés. Unglaublich, so etwas! Pflichtgemäss berichtet er nach London, fügt aber hinzu, dass er das Ganze nicht ernst nehme, es müsse sich um eine Propagandageschichte handeln.

Generalstabschef Halder schickt nun selbst einen Freund, einen pensionierten Offizier, nach London – zum Kriegsministerium und zum britischen Geheimdienst! Aber auch dort will man nicht recht glauben, dass der deutsche Generalstabschef und mit ihm andere Generale deutsche militärische Pläne dem feindlichen Geheimdienst übermitteln und gar noch einen Plan dazu, wie man gemeinsam die deutsche Regierung stürzen könnte. Und dazu die Aufforderung, fest zu bleiben und einen Krieg gegen Deutschland zu riskieren? Das ist nun doch zu abenteuerlich, als dass selbst die so allerhand gewöhnten britischen Geheimdienstler es ernst nehmen. Auch ein Besuch des deutschen Botschaftsrates Kordt, ebenfalls zu den Verschwörern gehörend, beim britischen Aussenminister Lord Halifax bringt noch keine Zusage der Engländer, mit den deutschen Hitlergegnern gemeinsame Sache zu machen. Premierminister Chamberlain schreibt an Lord Halifax: «Ich weiss nicht, ob wir nicht doch etwas unternehmen sollten.»

Und nun hat Neville Chamberlain etwas unternommen. Er ist auf dem Obersalzberg bei Hitler gewesen und ist danach der Überzeugung, dass sich doch noch alles friedlich regeln lasse. Das Spiel der deutschen

Verschwörer gerät dadurch wieder in Vergessenheit. Die britische Regierung berät ihr weiteres Verhalten in der Sudetenkrise. Lord Runciman, der an den Beratungen teilnimmt, fasst das Ergebnis seiner Untersuchungen in der Tschechoslowakei dahingehend zusammen, dass nicht eine Autonomie der Sudetendeutschen, sondern ein Anschluss des Gebietes an Deutschland zweckmässig sei. Zunächst kommt Chamberlain zu Hitler nach Berchtesgaden und dann nach Bonn. Da eine Einigung im Sinne Hitlers trotz des englischen Entgegenkommens nicht erzielt wird, kommt es zur Kriegsdrohung. Grossbritannien und Frankreich verkünden die Mobilmachung.

Diese Kriegsdrohungen der Westmächte sind genau das, worauf die Verschwörer gewartet haben. Ob ihre vielfältigen Warnungen und ihre Erklärung, in Deutschland warte eine starke Opposition nur darauf, die Hitlersche Herrschaft zu beseitigen, nun endlich Früchte getragen hat? Wie dem auch sei – jetzt ist noch einmal Gelegenheit zuzuschlagen, Gelegenheit, die Zögernden unter den oppositionellen Generalen von der Notwendigkeit des Handelns zu überzeugen. Die Zivilisten und die Militärs der Opposition haben sich schon in der «Mai-Krise» enger gefunden. Generalstabschef Halder hat inzwischen den Reichsbankpräsidenten und Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Schacht sogar gefragt, ob er im Fall eines gewaltsamen Umsturzes bereit sei, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Halder bespricht auch mit Oberstleutnant Oster, welche technischen Vorbereitungen für einen Putsch getroffen werden müssen, welche schon getroffen worden sind. Oster und der entlassene Generalstabschef Beck wiederum stehen in ständiger Verbindung mit dem Regierungsrat Gisevius im Innenministerium, mit dem Berliner Polizeipräsidenten Graf Helldorf und mit dem Chef des Reichskriminalamtes Nebe. Andere «Zivilisten», die zu diesem Zeitpunkt zur Opposition gehören oder eben dazustossen, sind:

Reichsgerichtsrat Dr. Hans von Dohnanyi, dessen Schwager, der Bekenntnispfarrer Dietrich Bonhoeffer, dessen Vater, der Psychiater Karl Bonhoeffer (der Hitler nach erfolgtem Umsturz untersuchen und für geisteskrank erklären will), der bisherige Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, der Legationsrat im Auswärtigen Amt, von Trott zu Solz, der Rechtsanwalt Fabian von Schlabrendorff, der eben abgesetzte Regierungschef von Westfalen, Freiherr von Lüninck, Helldorffs Stellvertreter Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und andere.

Alles, was man noch braucht, ist Hitlers Mobilmachungsbefehl. Denn erst dann kann man die eigene Tat vor dem Volk genügend rechtfertigen. Dass man



Dänemark

Um sich die Verbindung nach Norwegen und die Herrschaft über die Ostsee zu sichern, wird Dänemark am 9. April 1940 von deutschen Truppen besetzt. Die dänische Regierung beugt sich unter Protest dem deutschen Ultimatum, leistet keinen militärischen Widerstand und entschliesst sich dazu, unter den neuen Verhältnissen die Regierung des Landes weiterzuführen. In einem Brief König Christians vom 13. September 1940 an einen Freund heisst es über die Stimmung der dänischen Bevölkerung: «Die deutsche Besatzung liegt auf uns allen wie ein Alpdruck . . . Das Benehmen der Bevölkerung gegenüber den Deutschen ist würdevoll. Auf den Strassen werden sie [die Deutschen] einfach ignoriert, was sie gar nicht gern haben. Sie tun alles, um sich populär zu machen, erreichen damit aber das genaue Gegenteil. Die Deutschen verstehen einfach nicht, dass ihre Anwesenheit hier unerwünscht ist.»

Bild oben: König Christian von Dänemark wird in der Nähe seines Schlosses Sorgenfrei von zahlreichen Kindern mit Blumen gegrüsst. – Wo immer sich der König während der Besatzungszeit seinen Landsleuten zeigte, wurde ihm als allgemein anerkannten Repräsentanten eines freien Dänemarks mit Freude und Achtung begegnet. – Bild unten: Im besetzten Dänemark wird ein Anschlag angebracht, der zur «Ruhe und Besonnenheit» ermahnt.



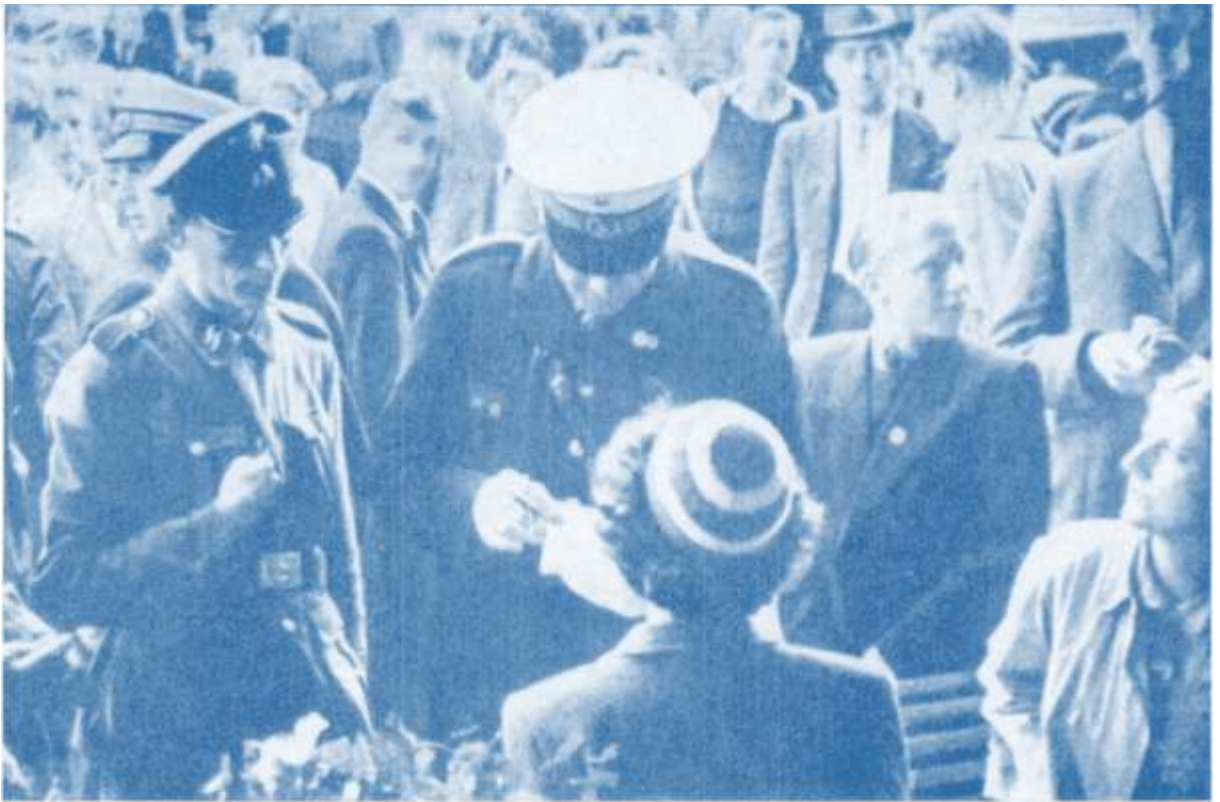


Bild links: Zur Sicherung der deutschen Truppen wurden diese Schutzmauern errichtet. Um ihre Abneigung gegen die deutsche Besetzung zu demonstrieren, beschrieben die Dänen diese Mauern immer wieder mit der Parole: «Die Nazis tragen keine Hosen.» – Bild oben: Ein dänischer Polizist wird von einem deutschen SS-Mann dazu aufgefordert, die Personalien eines dänischen Mädchens aufzunehmen. Der Grund: Das Mädchen trägt eine Mütze, die das Zeichen und die Farben der Royal Air Force darstellt. Hierin wird zu Recht eine Sympathie für Grossbritannien und zugleich eine Missachtung der Deutschen erblickt. – Rechte Seite, oben: Ausbildung von Widerstandskämpfern an der Waffe. – Rechte Seite, unten: Eine der zahlreichen geheimen Druckereien, in denen die vielfältige Untergrundpresse hergestellt wurde. Eine der einflussreichsten illegalen Zeitungen war «Frit Danmark», zu deutsch «Freies Dänemark». Sie wurde mit der Zeit zum halboffiziellen Organ der Widerstandsbewegung. Herausgeber waren der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Dänemarks und der führende konservative Politiker John Christmas Möller.





Im Frühsommer 1943 machte sich in ganz Dänemark eine besonders starke Sabotagewelle bemerkbar. Die Gegenmassnahmen der Deutschen lösten in zahlreichen Städten Dänemarks grosse Streiks und Demonstrationen aus. Den Deutschen und der dänischen Polizei gelang es erst, nachdem sie der Bevölkerung entgegengekommen waren, die Unruhen einzudämmen. – Bild oben: Dänische Demonstranten werden von einem Stadtteil in den anderen gejagt.

Hinrichtungen und Ausgangssperren führten im Juni 1944 zu einem grossen Massenstreik in Kopenhagen. Die Stadtbewohner missachteten das Ausgehverbot und bevölkerten zu Tausenden die Strassen (Bild unten). Trotz der knappen Lebensmittel- lage und der schwierigen Lebensbedingungen, die dadurch entstanden waren, dass die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung unterbrochen wurde, setzte die Widerstandsbewegung und die Bevölkerung den Streik fort, bis die Deutschen zu Zugeständnissen bereit waren. Bei Zusammenstössen während des Streiks zwischen der Bevölkerung und den deutschen Patrouillen wurden 97 Dänen getötet und über 600 verwundet. Rechte Seite: Dänische Patrioten reissen das Strassenpflaster auf und errichteten Barrikaden.

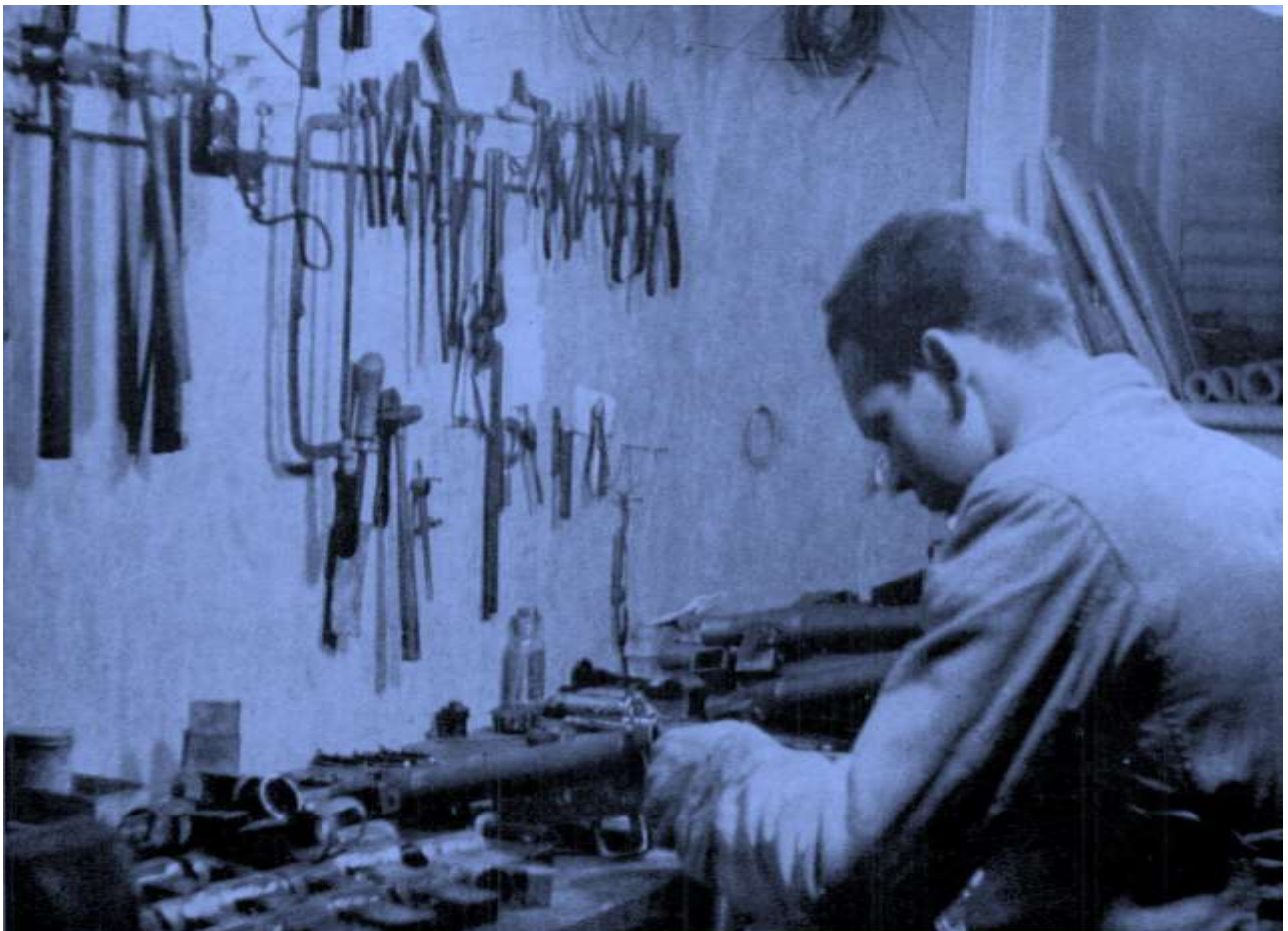






Bilder oben: Drei der zahlreichen falschen Ausweis-papiere von Jöns Lillelund, dem Führer der «Holger Danske»-Sabotage-Organisation; als Buchhalter (links), als Mechaniker (Mitte) und als Gestapo-Agent (rechts). – Die Bewaffnung der Sabotagegruppen und der Untergrundarmee erfolgte hauptsächlich von London aus. Insgesamt wurden 1'000 Tonnen Material auf dem Luftwege nach Dänemark gebracht und in ca. 7'000 Behältern an 350 verschiedenen Empfangsstellen abgesetzt. Dazu kamen der Waffenschmuggel aus Schweden und die Eigenproduktion. – Bild unten: Eine der zahlreichen heimlichen Werkstätten, in denen Waffen und Sprengkörper hergestellt wurden.

Das Ziel der Sabotage war es, die dänische Wirtschaftsproduktion für Deutschland möglichst stark zu behindern. Anfangs noch ohne Erfahrung und mit mangelnder Ausrüstung, nahm die Sabotage im Laufe der Besetzung immer stärkere Ausmasse an, so dass alliierte Bombenangriffe ab 1943 unterbleiben konnten. 1944 waren die Widerstandsorganisationen in der Lage,





bei hellichem Tage mit über hundert Mann starkbewachte Ziele mitten in Kopenhagen anzugreifen und zu zerstören. Gegen Ende des Krieges sank der industrielle Ausstoss Dänemarks zugunsten Deutschlands nahezu auf den Nullpunkt. – Bild oben: Zerstörung einer Fabrik in Kopenhagen, in der Torpedoboote hergestellt wurden, durch dänische Widerstandskämpfer. – Bild unten: Die Trümmer einer Radiofabrik, die durch Angriffe einer Sabotagegruppe von über 80 Mann zerstört wurde.





Während des Kopenhagener Generalstreikes entlud sich die Wut der Bevölkerung auch gegen die Dänen, die mit den Deutschen kollaborierten. – Bild oben: Das Geschäft eines Dänen, der mit den Deutschen sympathisiert, wird in Brand gesteckt. – Unten links: Mitten in den Strassen von Kopenhagen und am helllichten Tag wird ein deutscher Soldat von dänischen Widerstandskämpfern entwaffnet. – Die Widerstandskämpfer konnten so offen auftreten, weil kaum ein Däne sich dazu bereit fand, einem Deutschen zu Hilfe zu kommen. Ein Deutscher war in jener Zeit in Dänemark immer ein verlässener Mann, es sei denn, er bewegte sich im Kreise seiner Landsleute. – Unten rechts: Eine dänische Widerstandskämpferin verlässt das Versteck im Rumpf des Schiffes, das sie in schwedische Gewässer und damit in Sicherheit gebracht hat.





Oben links: Zwei junge Däninnen stehen auf einer Barrikade und schwenken den «Danebrog», die dänische Flagge. Auf der Barrikade sieht man die Buchstaben Cx, die Abkürzung für König Christian rex, und daneben das Zeichen der Royal Air Force. – Oben rechts: Zwei der zahlreichen Schiffe, die illegal Flüchtlinge von Dänemark nach Schweden bringen, begegnen sich im Kattegat. Viele Widerstandskämpfer und 7'000 dänische Juden konnten durch diese Widerstandsarbeit dem Zugriff der Deutschen entkommen. – Bild unten: Die Dänische Brigade, die aus 5'000 Mann bestand und in Schweden ausgebildet wurde, auf dem Weg in die befreite Heimat. Durch die Kapitulation der deutschen Streitkräfte brauchten die Brigade und die dänische Untergrundarmee militärisch nicht mehr eingesetzt werden.





Norwegen

Am 9. April 1940 wurde die deutsche Forderung nach einer kampflosen Besetzung des Landes durch deutsche Truppen von Norwegen abgelehnt. Der norwegische Außenminister erinnerte den deutschen Gesandten an die Äußerung Hitlers, dass ein Volk, das sich ohne Widerstand zu leisten einem Angreifer feige unterwerfe, nicht wert sei zu existieren. «Wir», erklärte er ihm, «werden uns behaupten und unsere Unabhängigkeit verteidigen.» Nach harten Kämpfen musste die norwegische Armee am 10. Juni kapitulieren. König Haakon VII. (rechts) und das Kabinett, die bis zuletzt bei ihrem Volk ausgeharrt hatten, gingen am 7. Juni nach London, bildeten eine Exilregierung und führten von hier aus den weiteren norwegischen Widerstand.

Hitler übertrug die Regierungsgewalt dem Reichskommissar Terboven (oben links), der mit dem Norweger Vidkun Quisling (oben rechts) zusammenarbeitete. Quisling, dessen Name zum Inbegriff des Verräters und Kollaborateurs geworden ist, konnte mit seiner «Nasjonal Sämling» jedoch nur eine bescheidene Anhängerschaft im Volk gewinnen. Die überwiegende Mehrheit lehnte es ab, mit ihm und den Deutschen ein nationalsozialistisches Norwegen zu bilden. Den zahlreichen Versuchen in dieser Richtung begegnete ein geschlossener Widerstand. «Will man ein bestimmtes Datum für den Beginn dieses kompromisslosen Gesamtwiderstandes angeben, so müsste man den 25. September 1940 nennen. An diesem Tag hielt Reichskommissar Terboven eine Rede, in der er dem norwegischen Volk unter anderem mitteilte, dass der König und das königliche Haus ‚abgesetzt‘ seien und dass an die Stelle der ebenfalls ‚abgesetzten landesflüchtigen¹ Regierung Nygaardsvold dreizehn von ihm ernannte und ihm verantwortliche kommissarische Staatsräte treten würden . . . Man sah immer mehr ein, dass die Deutschen nicht nur Kanonen mitgebracht hatten, sondern auch die angeblich nicht existierende Exportware, nationalsozialistische Doktrin¹. Doch hier war der Punkt, an dem man nicht geneigt war, irgendwelche Kompromisse einzugehen. Hier stand das ganze Volk zusammen zur Verteidigung seiner ureigensten Güter. Und das Symbol dieser Einheit war der König» (Fridtjof Fjord, «Norwegens totaler Kriegseinsatz»). – Links unten: Ein der Quisling-Bewegung gehörendes Gebäude in Oslo nach einem Sprengstoffanschlag der Widerstandskämpfer.

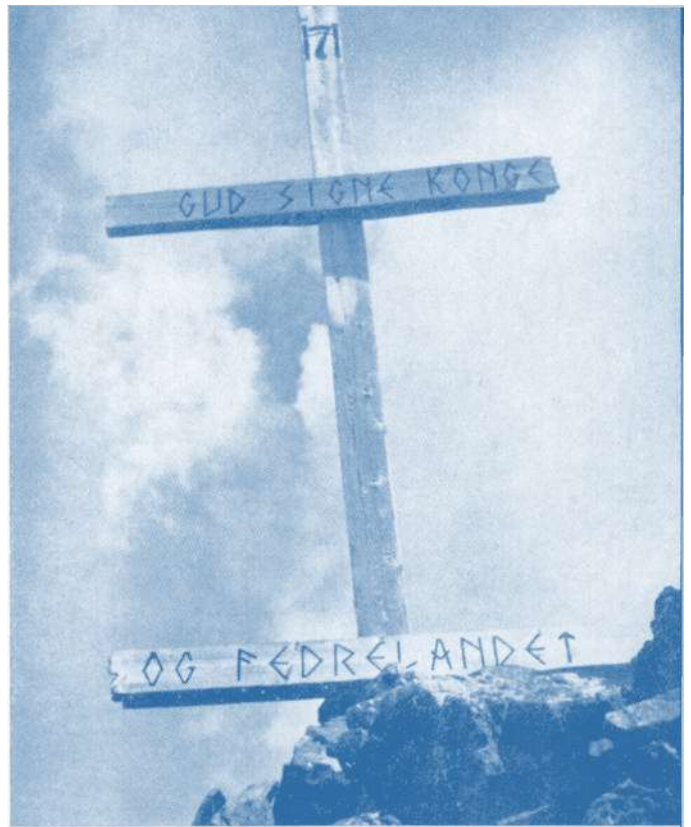




Die Exilregierung in London leitete den norwegischen Widerstand der «Aussenfront» und der «Heimatfront». Die im Ausland aufgestellte Armee, deren Offiziere und Mannschaften auf Grund des Wehrpflichtgesetzes einberufen wurden, zählte gegen Ende des Krieges eine Stärke von 15'000 Mann, die, an leichten Waffen ausgebildet, in Schweden stationiert waren. Die «Heimatfront» bestand im Wesentlichen aus zwei Organisationen: aus der geheimen Militärorganisation «Milorg» und der zivilen Widerstandsorganisation «Sivorg». Aufgabe der Milorg war es, eine geheime Armee aufzubauen und in kleinen Gruppen zu trainieren, um dann im Augenblick einer Invasion einsatzbereit zu sein. Dieser Zielsetzung stand die Absicht der norwegischen Sektion innerhalb der englischen Spezialoperationsexekutive (SOE) entgegen, die durch ständige Sabotageakte die deutsche Besatzung in Norwegen beunruhigen wollte. Erst im Laufe des Krieges wurde diese Differenz zwischen Milorg und SOE beigelegt. – Bild oben: Angehörige von Milorg bei der militärischen Ausbildung. – Bild unten: Ein durch einen Sabotageakt zum Entgleisen gebrachter Eisenbahnzug der deutschen Besatzungsmacht.

Die zivile Widerstandsorganisation sah ihre Hauptaufgabe darin, der Nazifizierung Norwegens entgegenzuwirken. Als man die zahlreichen Verbände nach deutschem Vorbild gleichschalten wollte, forderte man die Mitglieder auf, aus den Verbänden auszutreten. Die abgesetzten Vorstände bildeten Aktionsausschüsse, gingen in den Untergrund und schufen sich ein gemein-





sames Komitee als leitendes Organ des Widerstandes. «Dem Komitee gelang es, die individuelle Empörung in eine organisierte passive Resistenz umzuwandeln, an der alle Nazifizierungsversuche scheiterten. Vor allem der Versuch, einen Jugendverband nach dem Muster der Hitlerjugend aufzubauen, der Versuch, eine der Deutschen Arbeitsfront nachgebildete Organisation zu errichten, und der Versuch, die Zwangsmobilisierung von Arbeitskräften durchzusetzen» (Hans Dietrich Looock). Unten links: «Zwei Maiden aus dem Lager». – Unten rechts: Nur wenige norwegische Arbeiter liessen sich für den Arbeitseinsatz in Deutschland gewinnen. – Oben rechts: Am Geburtstag des Königs wurde dieses Holzkreuz 1941 auf dem Gipfel eines Berges aufgestellt und verblieb dort bis zum Ende des Krieges.

Als Terboven einsehen musste, dass ihm eine rasche Nazifizierung Norwegens nicht gelingen konnte, blieb seine Zielsetzung dennoch unverändert. Er suchte sie im Zusammenwirken mit dem SS- und Polizeiführer und noch mehr mit dem SD auf dem Wege brutaler Macht und darum von vornherein verfehlter Massnahmen zu verwirklichen. Sie führten erst recht «zur Ablehnung alles Deutschen» und forderten den Widerstand der Norweger noch mehr heraus. Jede geistige Freiheit wurde unterdrückt: Willkür, Gewalt, Verhaftungen, Festsetzung von Geiseln und Todesstrafen füllen die Geschichte Norwegens unter deutscher Besatzung. – Oben links: Daumenschrauben, mit denen norwegische Widerstandskämpfer gefoltert wurden.





Eine bedeutende Rolle für die einheitliche Willensbildung der Widerstandskreise spielte die Untergrundpresse. Hier konnte das gesagt werden, was die kontrollierte offizielle Presse verschwieg oder in propagandistischer Verzerrung unter das Volk brachte. Zur Unterrichtung der eigenen Bevölkerung dienten insbesondere die Sendungen der norwegischen Abteilung der BBC, die regelmässig ausgestrahlt wurden. Die Deutschen hatten diese Gefahr erkannt und schritten daher schon im September 1941 zu einer allgemeinen Beschlagnahme der Radioapparate. Dennoch gab es genug mutige Männer und Frauen (Abhören und Weiterverbreitung «feindlicher» Meldungen wurde mit dem Tode bestraft), die mit ihren versteckten Apparaten die Sendungen aus London abhörten und ihren Inhalt in zahlreichen illegalen Zeitungen weiterverbreiteten. –

Unten: Eine norwegische Widerstandskämpferin hört in einem Keller in Oslo «feindliche» Sendungen ab und überträgt deren Inhalt sofort in die Schreibmaschine. Vor ihr liegt ein geladener Revolver, mit dem sie jederzeit zur eigenen Verteidigung bereit ist.

– Oben: Eine Auswahl illegaler Flugblätter und Zeitschriften der norwegischen Widerstandsbewegung. – Bild links: Eine von Saboteuren zerstörte Fabrik in Oslo.

– Nach einem erfolgreichen Wirken der norwegischen Untergrundbewegung, die in ihrem Kampf mehr als 6'000 Opfer zu beklagen hat, kapitulieren die deutschen Truppen am 7. Mai 1945 in Norwegen. Quisling, dessen Anhänger auf 40'000 geschätzt werden, das sind weniger als 7,5% der Gesamtbevölkerung, ergibt sich der vaterländischen Widerstandsfrent und wird nach einem Prozess am 20. Oktober 1945 hingerichtet.





Holland

Bild oben: Am 25. Mai 1962 feierte Holland drei Ereignisse: Den 53. Geburtstag von Königin Juliana (geb. am 30. April 1909, seit 1948 Nachfolgerin ihrer Mutter Königin Wilhelmina), den 25. Jahrestag ihrer Hochzeit mit Prinz Bernhard zur Lippe Biesterfeld (7. Januar 1937) und den 17. Jahrestag der Befreiung Hollands von deutscher Besetzung (Mai 1945). Zwischen den beiden letzten Daten liegt eine traurige Entwicklung im Verhältnis zwischen Holland und Deutschland. Während sich die Verlobten Prinzessin Juliana und Prinz Bernhard im Jahre 1937 noch gemeinsam mit dem Bruder des Prinzen (in der Uniform der deutschen Wehrmacht) lächelnd den Fotografen stellen konnten (Bild unten), kommt es noch 21 Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs anlässlich der Hochzeit von Kronprinzessin Beatrix mit Claus von Arnberg zu ernstern holländischen Protesten. Und zwar deshalb, weil Claus von Arnberg Deutscher ist und als solcher auch die Uniform der Hitlerjugend getragen hat. Die Leiden und Opfer des holländischen Volkes während der Besetzung und des Widerstandes sind bis heute nicht vergessen worden.

Die erste grosse holländische Widerstandsaktion war der Februar-Streik in Amsterdam im Jahre 1941. Anlass war die Tatsache, dass in zwei Razzien 400 holländische Juden im Zentrum von Amsterdam zusammengetrieben und in aller Öffentlichkeit misshandelt wurden, bevor man sie in ein Konzentrationslager überführte. Aus Protest kam beinahe die gesamte Arbeit in Amsterdam und einigen benachbarten Städten zum Erliegen. – Bild rechts: «Jagd» auf jüdische Menschen in den Strassen von Amsterdam.







Bild oben: Der zivile Reichskommissar Seyss-Inquart (links), der nach der Besetzung Hollands alle verfassungsmässigen Befugnisse des Königs und der Regierung übernahm, das Parlament auflöste und alle Parteien bis auf die holländischen Nationalsozialisten verbot; daneben Anton Mussert, der Führer der NSB (Nationaal Socialistische Beweging), der 1942 von Hitler als «Führer des niederländischen Volkes» anerkannt wurde; daneben Reichskommissar Fritz Schmidt, der die Pläne Musserts für ein Nachkriegsholland innerhalb eines «Bundes germanischer Völker» unterstützte; hinter Schmidt der Höhere SS- und Polizeiführer Hanns Albin Rauter, dem alle SS-Verbände in Holland unterstellt waren und der seine Weisungen





direkt von Himmler erhielt. Als fanatischer SS-Mann hielt er nichts von Mussert, den er als «einen kleinen Spiesser» bezeichnete. Nach seinen Plänen sollte Holland, in zwei Reichsgaue eingeteilt, dem Deutschen Reich eingegliedert werden. – Linke Seite unten: Dr. Seyss-Inquart begrüsst die Chefs der holländischen Polizei. – Rauter versuchte, insbesondere die holländische Polizei mit Kollaborateuren zu infiltrieren und setzte sie auch dazu ein, den Widerstand der eigenen Landsleute zu brechen. Mit der Zeit wurde die Zahl der Polizisten, die sich mit ihren Waffen der Untergrundbewegung anschlossen, so gross, dass die Inhaftierung ihrer Familien angeordnet wurde. Wie wenig die Deutschen der holländischen Polizei vertrauten, geht aus der Entwaffnung holländischer Polizeieinheiten in den Jahren 1944 und 1945 hervor.

Bild unten: Das Auto von Rauter nach dem Attentat einer holländischen Widerstandsgruppe im März 1945, dem er nur schwer verwundet entkommen konnte. Während Seyss-Inquart einen eher gemässigten Kurs verfolgte, trat Rauter für härteste Massnahmen ein. Obwohl er die Tapferkeit der Widerstandskämpfer bewundernd anerkennen musste, schickte er Hunderte von ihnen in den Tod. Von einem holländischen Gericht (oben) wurde er nach dem Kriege wegen der Deportation und Ermordung von Juden und Freiheitskämpfern zum Tode verurteilt.



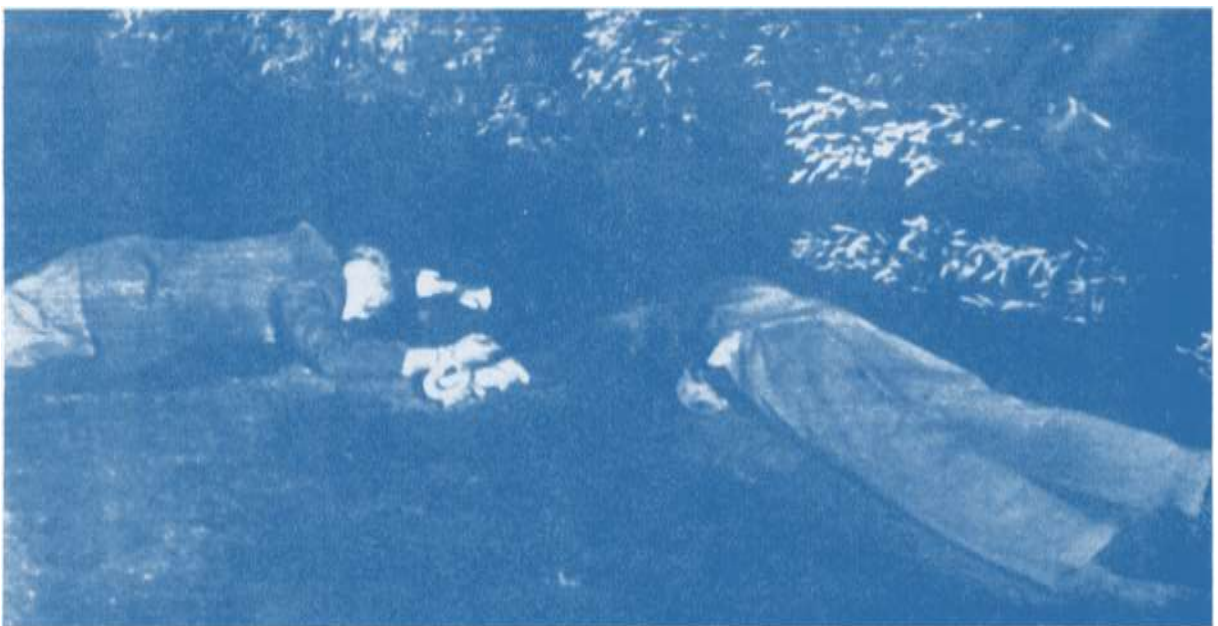




Neben dem Februar-Streik 1941 und dem April/Mai-Streik 1943 war der Eisenbahner-Streik 1944 (links oben) das dritte Ereignis massenhaft demonstrierenden Widerstandes. Im Einvernehmen mit der holländischen Exilregierung in London und dem Hauptquartier General Eisenhowers sollte er direkt dazu beitragen, die Kriegsführung Hollands zu unterstützen. Aber auch dann, als die Befreiung in der erwarteten kurzen Frist nicht erreicht wurde, führte man den Streik weiter. Trotz der katastrophalen Ernährungslage, die durch den Streik noch verschlimmert wurde, kehrten 30'000 Eisenbahner nicht mehr zu ihrer Arbeit zurück. Eine der bedeutenden Widerstandsorganisationen sorgte dafür, dass die streikenden Eisenbahner regelmässig ihren Wochenlohn bekamen. Als Ersatz mussten die Deutschen für ihre eigenen Interessen schliesslich 3'000 deutsche Eisenbahner in Holland einsetzen, von denen 300 durch Bombenangriffe und Sabotageakte ums Leben kamen.

Linke Seite unten: Vom «Sicherheitsdienst» beschlagnahmtes Material. Eine Maschinenpistole für «Heckenschützen», die in 40 Arbeitsstunden hergestellt werden konnte. – Eine holländische Widerstandskämpferin fotografierte zur Tarnung aus einer Handtasche.

Bei einer Bevölkerungszahl von rund 10 Millionen erlitten die Niederlande während des Krieges ungefähr 173'000 Todesopfer; 3'300 Kriegsgefallene, 1'330 Mitglieder der Handelsflotte, 20'400 Zivilpersonen, die während der Kriegshandlungen den Tod fanden, 104'000 Juden, 2'000 Widerstandskämpfer (die hingerichtet wurden), weitere 13'000 gingen in den deutschen Konzentrationslagern in Holland zugrunde und 18'000 in den Lagern und Gefängnissen in Deutschland. Nach den Angaben des Gefängnispfarrers Pölchau von Berlin-Plötzensee wurden allein im April 1941 32 Holländer der Widerstandsgruppe Stijkel füsiliert. Von den rund 300'000 deportierten holländischen Zwangsarbeitern kamen fünf- bis zehntausend ums Leben. Im September 1944 wurden die Inneren Niederländischen Streitkräfte (Nederlandse Binnenlandse Strijdkrachten, NBS) unter der Führung von Prinz Bernhard aufgestellt. Als Hilfstruppen der Alliierten für die Befreiung Hollands spielten sie jedoch keine wesentliche Rolle. Einmal, weil der Zusammenbruch der deutschen Front so plötzlich erfolgte, und zum anderen auch deswegen, weil es nicht gelang, die einzelnen bedeutenden Widerstandsorganisationen unter einem Kommando zusammenzufassen. – Bild oben: «Liever Dood dan Slaaf» – «Lieber tot als Sklave». Mit dieser Parole überklebten holländische Widerstandskämpfer die Bekanntmachungen der deutschen Besatzungsmacht. – Bild unten: Zwei Widerstandskämpfer, die 1943 in Amsterdam erschossen wurden.





Belgien

Als der belgische König Leopold III. 18 Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen am 28. Mai 1940 den Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnen musste, begann auch für Belgien die Zeit der Besatzung. Und auch in Belgien versuchte man, das Land über die einheimischen Nationalsozialisten, insbesondere über die wallonische Rex-Bewegung unter Führung von Léon Degrelle und die flämische Volkspartei unter Staf de Clerq (nach dessen Ermordung durch belgische Widerstandskämpfer unter Elias), für die nationalsozialistische «Neuordnung Europas» zu gewinnen. Gegen die deutsche Besatzung und gegen die Kollaboration aber wandte sich der belgische Widerstand, der in zahlreichen Gruppen und Organisationen der verschiedensten politischen und ideologischen Richtungen auftrat, sich jedoch nicht in einer einheitlichen Organisation zusammenschliessen konnte. – Bild oben: Léon Degrelle, Gründer der Legion Wallonie, die 1943 als SS-Brigade Wallonien der Waffen-SS eingegliedert wurde, erhält von Hitler das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes und die Goldene Nahkampf Spange. – Bild unten: Ein deutscher Soldat ist von einem belgischen Widerstandskämpfer der Befreiungsarmee, die bei den Endkämpfen um Belgien militärisch eingegriffen hat, niedergeschossen worden.

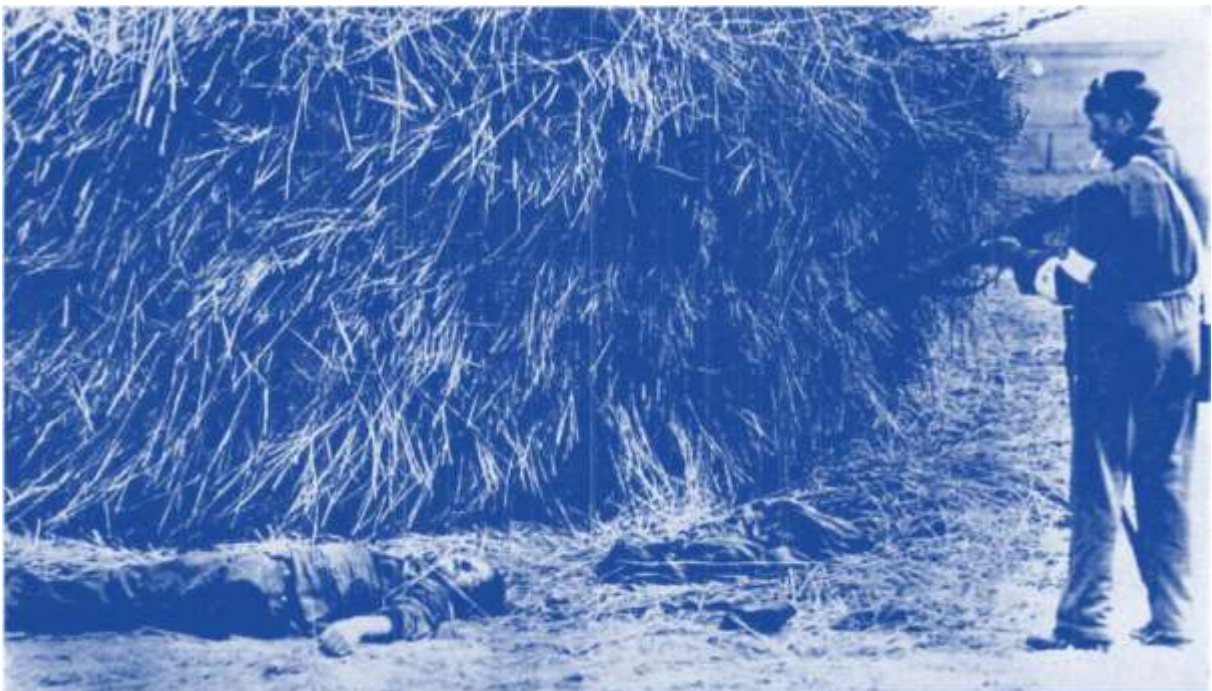
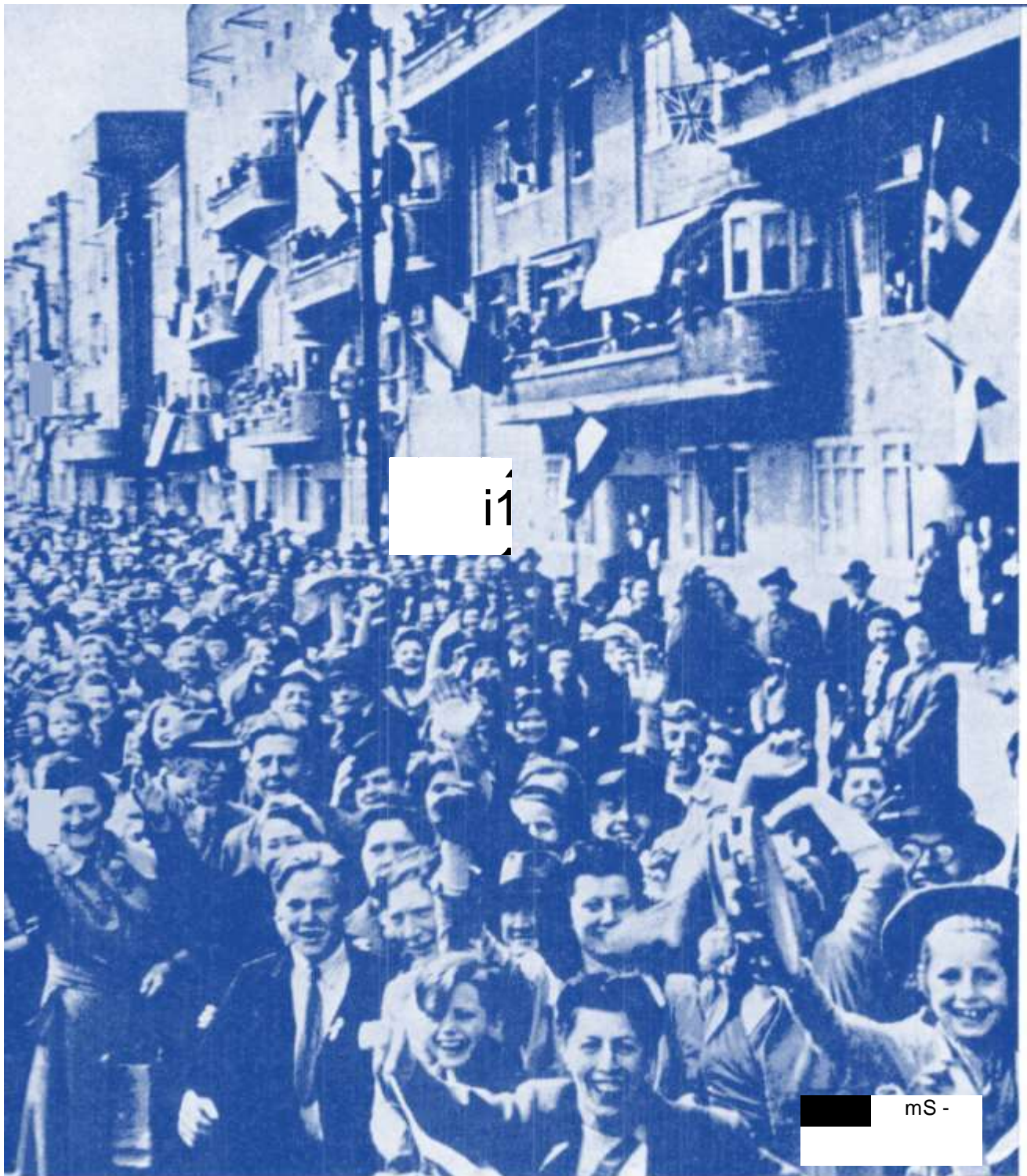




Bild oben: Am 10. November 1940, dem Vortag des Gedenktages zum Waffenstillstand von 1918, findet die Ehrung am Grabmal des Unbekannten Soldaten statt, da an dem Gedenktag selbst alle Kundgebungen durch die Besatzungsmacht verboten waren. – Bild Mitte: Drei belgische Widerstandskämpfer vor dem Kriegsgericht, das sie «wegen Mordes, versuchten Mordes, bewaffneten Anschlages und unerlaubten Waffenbesitzes zum Tode verurteilt» hat, lautet die Meldung der offiziellen Zeitung «Soir» vom 12. Mai 1943. Mit dieser Art Berichterstattung versuchte man, auf die aktiven Widerstandskämpfer eine abschreckende Wirkung ausüben. – Bild unten: Die Leichen unschuldiger belgischer Bürger, die als Geiseln hingerichtet wurden. «Die durch die deutsche Besetzung verursachten belgischen Verluste belaufen sich, bei einer Einwohnerzahl von ungefähr achteinhalb Millionen, auf 26'000. Rund 7'000 Widerstandskämpfer fielen im Kampf, 2'800 wurden hingerichtet. An Zivilisten kamen 9'813 ums Leben. Von 80'000 Deportierten starben oder wurden umgebracht 6'397; unter den Deportierten befanden sich 5'000 Deportierte aus politischen Gründen, 30'000 Juden [von den 43'000, die nicht emigrieren oder sich verbergen konnten und sich in die deutschen Register eintragen mussten und 45'000 Zwangsarbeiter.» (Aus: Letzte Briefe zum Tode Verurteilter 1939-1945.)





Trotz des Bemühens, ihre Neutralität zu bewahren, konnten die Länder Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg einer deutschen Besetzung nicht entgehen. Anfänglich von dem Schock der schnellen Niederlage und der vermeintlichen Unbesiegbarkeit der deutschen Streitkräfte gelähmt, fanden die Völker allmählich zu ihrem nationalen Behauptungswillen zurück, und viele ihrer tapfersten Bürger beteiligten sich aktiv am Widerstand. Wenn Hitler die Ansicht vertrat, dass der belgische König «in der politischen Versenkung verschwinden» müsse, weil er den «Zusammenschluss der germanischen Welt wie der dänische und schwedische König» störe, so weiss man, wogegen sich der Widerstand in den besetzten Gebieten letztlich gewandt hat. Er richtete sich nicht so sehr gegen eine «rein» militärische Besetzung, sondern vielmehr gegen die Versuche, über die einheimischen Nationalsozialisten und kollaborationswilligen Kräfte die demokratischen Staatsordnungen nach dem nationalsozialistischen Vorbild umzuwandeln und die freien Nationen zu Satelliten eines «Grossgermanischen Reiches» zu degradieren. Daher wurde die Befreiung – wie hier auf dem Bild in einer Stadt in Holland – von einer fünfjährigen leidvollen Fremdherrschaft überall jubelnd begrüsst.

von der Tat Hitlers nicht überrascht werden kann, dafür hat Halder gesorgt:

«Nein, da kann er mir nichts vormachen. Ich habe selbst die Pläne so angelegt, dass ich mindestens dreimal vierundzwanzig Stunden früher merken muss, ob er etwas plant. Und vierundzwanzig Stunden vorher muss er mir spätestens den unwiderruflichen Befehl geben!»

Dann hat er noch genauer nach dem von ihm ausgearbeiteten Operationsplan «Grün» definiert. Wenn alles nach Plan klappen soll – und das weiss Hitler –, dann ist heute um 14.00 Uhr der letzte Zeitpunkt für den Beginn der Mobilisierung.

Oberstleutnant Oster von der «Abwehr» fragt bei den «zivilen» Mitverschwörern im Aussenministerium an, ob sich an der internationalen Lage etwas geändert habe. Die Frage wird verneint, Oster erfährt nur, dass der britische Premierminister Chamberlain das Unterhaus zu einer Sitzung einberufen hat, um dem Parlament eine wichtige Erklärung abzugeben.

Ob das die britische Kriegserklärung an Deutschland sein wird? Wohl kaum. Sicher ein Ultimatum an die deutsche Reichsregierung. Immerhin, mit einem Ultimatum hat vor vierundzwanzig Jahren schon einmal ein Weltkrieg begonnen. Jedenfalls weiss Oberstleutnant Oster nun, dass es kein aussenpolitisches Ereignis gibt, das auf die Pläne der Verschwörer irgendeinen Einfluss haben könnte.

General von Witzleben, der Kommandeur des Berliner Wehrkreises und in dieser Eigenschaft der wichtigste Truppenbefehlshaber für die Verschwörer, wartet nur auf das Stichwort zum Losschlagen, nachdem er sich davon hat überzeugen lassen, dass die Westmächte bestimmt endlich Krieg gegen Deutschland führen werden, wenn Hitler seine Forderung nach Rückkehr mit Gewalt in die Tat umsetzen will.

Witzleben hat sich zu Halder begeben und ruft von der Dienststelle des Generalstabschefs den Oberbefehlshaber des Heeres, seinen unmittelbaren Vorgesetzten, an. Er teilt dem inzwischen von Hitler – anlässlich des «Führergeburtstages» am 20. April – zum Generalobersten beförderten Brauchitsch mit, dass im Berliner Wehrkreis alles für die Aktion bereit sei.

Witzleben bedrängt seinen Oberbefehlshaber, dieser möge selbst die Führung der Revolte übernehmen. Brauchitsch sagt wieder einmal Ja, beugt aber gleich für sein späteres Nein vor. Selbstverständlich, sagt er, und deshalb werde er jetzt gleich zur Reichskanzlei fahren, um selbst die Lage zu prüfen. Wenn alles in Ordnung ist, wird er natürlich die Führung übernehmen. Wenn alles in Ordnung ist...

General von Witzleben ist schon damit zufrieden, vertraut wieder einmal zuviel auf Brauchitsch, verabschie-

det sich von Generalstabschef Halder und begibt sich in sein eigenes Büro zurück. Den dort Anwesenden ruft er gleich beim Eintritt zu, Brauchitsch mache mit, und: «Gleich ist es soweit!»

Ganz verständlich ist diese Reaktion nicht, denn Witzleben hält nicht viel von Brauchitschs Entschlossenheit, weiss, dass er sich hat bestechen lassen, und hat noch kürzlich gesagt, er werde einen Putsch nicht nur ohne, sondern auch gegen Brauchitsch durchführen. Gisevius hat dabei sogar den Eindruck gehabt, Witzleben wünsche sogar das Letztere, um gegenüber «dem korrupten Brauchitsch ... zum Gebrauch der Schusswaffe gezwungen zu werden» oder zumindest ihn und Halder, von dem Witzleben auch nicht viel hält, verhaften zu lassen.

Die Pläne zur Besetzung der Knotenpunkte der Macht in Berlin sind fertig. Der Regierungsrat Gisevius hat sie zum grossen Teil ausgearbeitet, unterstützt vom Chef der deutschen Kriminalpolizei und vom Berliner Polizeipräsidenten Helldorf. Mitteilungen über Standort und Stärke von SS-Einheiten, Meldungen über die Bewaffnung der SS und über die jeweiligen Kommandeure bilden die Voraussetzung für diesen Aktionsplan.

Helldorf hat unter anderem den Bauplan der Reichskanzlei besorgt. Nach diesem Plan soll ein Stosstrupp der Potsdamer Division den Regierungssitz erobern und Hitler gefangennehmen, sobald das Stichwort für die Aktion gegeben worden ist.

Nach aussen hin will man allerdings nichts von der Verhaftung Hitlers sagen. Auch die Soldaten – bis auf die wenigen des Stosstrupps in der Reichskanzlei – sollen nichts davon erfahren. Im Gegenteil – die Befehle an alle sollen unter dem Vorwand erteilt werden, eine Verschwörerclique wolle die Macht an sich reißen, um die Friedenspolitik des Führers zu durchkreuzen. Deshalb muss die Wehrmacht eingreifen, um die Kriegstreiber-Clique – das sind Aussenminister Ribbentrop, Propagandaminister Goebbels, SS-Chef Himmler, SD-Chef und Gestapo-Chef Heydrich und etliche andere, darunter eine Reihe von Gauleitern in den Ländern – zu verhaften.

Gleichzeitig sollen alle Machtzentren, darunter die Ministerien, die Rundfunksender, Telegrafämter und Zeitungsdruckereien, besetzt werden. Was man im Einzelnen für die Zukunft vorhat, darüber gehen die Meinungen noch auseinander.

Jedenfalls warten zivile und militärische Verschwörer nun, in den Mittagstunden des 28. September 1938, auf das Zeichen zum Losschlagen. Generalstabschef Halder wird dieses Zeichen geben. Spätestens um 14.00 Uhr, wenn Hitler in letzter Minute den Befehl zur Mobilmachung und zum Einmarsch in das Sudetenland

geben muss, will er seinen selbstgesetzten Termin vom 1. Oktober für den Einmarsch beibehalten.

Noch ist es nicht ganz zwölf Uhr mittags, noch diskutiert Hitler in der Reichskanzlei mit dem französischen Botschafter, der dem deutschen Reichskanzler klarzumachen versucht, dass die deutschen Forderungen ja nach wie vor bewilligt seien, nur eben nicht in so kurzer Zeit.

Da geschieht das, was Hitler abermals zu einem grossen Sieg verhelfen wird und die Pläne der Verschwörer zum Scheitern bringt: Ein Adjutant kommt aufgeregt auf Hitler zu und meldet, der italienische Botschafter Attolico bitte den Führer dringend um eine sofortige Unterredung. Hitler entschuldigt sich beim französischen Botschafter und läuft mit einem Dolmetscher in die grosse Halle, wo Attolico ihm schon entgegenstürzt, völlig ausser Atem.

«Führer! Führer!» ruft er Hitler völlig protokollwidrig zu, blinzelt durch seine dicken Brillengläser, wischt sich fahrig mit der Hand über die schweissnasse Stirn und fährt mit vor Aufregung heiserer Stimme fort: «Führer! Ich habe eine dringende Botschaft vom Duce für Sie!»

Diese Botschaft rettet das Dritte Reich. Doch der Mann, von dem diese Botschaft letzten Endes stammt, ist nicht Hitlers italienischer Diktatorkollege Mussolini, sondern der britische Premierminister Neville Chamberlain.

Dr. Gisevius beschreibt die dramatischen Minuten um die Mittagszeit jenes entscheidenden 28. September in seinem Buch «Bis zum bitteren Ende» drastisch und einprägsam. Er schildert:

« ... wie bei Oster die verschiedensten Alarmnachrichten zusammenliefen und wie diese unter grotesken Einzelheiten übereinstimmten, in der Reichskanzlei ginge es drunter und drüber; wie uns Viertelstunde um Viertelstunde mehr zur Gewissheit wurde: Der lang ersehnte Kladderadatsch war da ...

wie aber Chamberlain inzwischen seinen römischen Botschafter mobilisiert hatte;

wie dieser gegen zehn Uhr morgens Mussolini beschwor, man wäre sich doch fast einig, man sollte doch noch einmal miteinander sprechen;

wie daraufhin Graf Ciano [der italienische Aussenminister und Schwiegersohn Mussolinis] Ribbentrop anrief; wie jedoch das Gespräch nicht zustandekam, weil der Aussenminister in einer dringenden Besprechung beim Führer weilte;

wie der gleiche Anruf in der Reichskanzlei erfolgte; vergeblich, Ribbentrop liess sich nicht erreichen;

wie nunmehr Mussolini persönlich seinen Berliner Botschafter Attolico alarmierte: ‚Hier ist der Duce, hörst du?‘; wie er den englischen Verhandlungsvorschlag

dringend befürwortete; wie er den Botschafter erregt anwies, unbedingt bis zu Hitler vorzustossen: ‚Sage, was du gehört hast! Eile, eile!‘;

wie Attolico tatsächlich ‚eilte‘, erst ins Auswärtige Amt, dann in die Reichskanzlei;

wie er dort nach 11 Uhr eintraf,

wie er viel ratloses Volk herumstehen sah, Minister, Staatssekretäre, Offiziere, Adjutanten, Lakaien;

wie die Panik gross war und die Furcht noch grösser; wie Attolico einen Führer vorfand, der selbst nicht mehr wusste, was er tun sollte; wie die ‚Gemässigten‘, Neurath und Brauchitsch an der Spitze, einmal mehr ihren Führer ‚mässigten‘;

wie dieser sich zuerst hysterisch sträubte, wie er schliesslich Mussolinis Vermittlung zustimmte ...;

wie wir derweil warteten und warteten;

wie wir gar nicht begreifen konnten, warum Brauchitsch oder Halder keine Nachricht geben;

wie uns die Minuten zu Stunden wurden, wie die Spannung nicht mehr zu überbieten war und wie dann

... ja, wie dann eine Sensationsmeldung zu uns herüberschwirrte, wie das Unwahrscheinliche Ereignis ward: wie Chamberlain und Daladier nach München flogen.

Aus.

Soll ich noch beschreiben, wie ich Narr mir ein paar Stunden weiter einbildete, man könnte putschen, aber durch Witzleben eine ebenso verdiente wie herbe Abfuhr erhielt, was wohl der Truppe gegenüber einem Triumphator zumutbar wäre oder nicht?

Wie Oster und ich ein paar Tage später an General von Witzlebens Kamin sassen, unsere schönen Pläne und Ausarbeitungen ins Feuer warfen ...

Schweigen wir über das, was jetzt kam. Denn sonst müsste ich auch beschreiben, welche Gefühle uns beschlichen, als wir die Berichte lasen,

wie die Pariser (nach dessen Rückkehr aus München) Daladier umjubelten,

wie (auf dem Londoner Flughafen nach Chamberlains Rückkehr) in Croydon der gleiche Beifall ertönte, und

wie Chamberlain ein doppelt unterschriebenes Papierchen in der Luft schwenkte ...

Peace in our time, Frieden in unserer Zeit?

Drücken wir uns lieber ein bisschen realistischer aus: Chamberlain rettete Hitler!»

Die vom britischen Premierminister Chamberlain vorgeschlagene, vom italienischen Regierungschef Mussolini vermittelte und vom französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem deutschen Kanzler Hitler akzeptierte Konferenz von München beschliesst ganz im Sinn von Hitlers Forderungen: Die Tschechen haben das sudetendeutsche Gebiet ab 1. Oktober zu räumen, die Räumung hat bis zum 10. Oktober beendet zu sein.

Schritt für Schritt werden die deutschen Truppen nachrücken.

Die Vertreter der Tschechoslowakei sind in München ebenfalls anwesend, aber an der Verhandlung dürfen nicht teilnehmen. Erst nachdem das «Münchener Abkommen» von Chamberlain, Daladier, Mussolini und Hitler unterzeichnet worden ist, werden die tschechischen Vertreter aufgefordert, sich zur britischen und französischen Delegation zu begeben. Chamberlain und Daladier übergeben den Tschechen eine Kopie des Vertrages und machen darauf aufmerksam, dass die CSR sich an die darin festgelegten Massnahmen und Termine zu halten habe. Bei einer Weigerung habe die Tschechoslowakei mit keinerlei Unterstützung durch Grossbritannien und Frankreich mehr zu rechnen.

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch tritt daraufhin zurück und verschwindet für einige Zeit aus dem öffentlichen Leben. Im Krieg hört man wieder

von ihm. Dann leitet er die tschechoslowakische Exilregierung in London und organisiert von dort aus Attentate gegen die Okkupanten seines Vaterlandes im «Protektorat Böhmen und Mähren».

Hitler jedenfalls hat ein weiteres seiner Ziele im Kampf gegen das «Versailler Diktat» und im Kampf um die Herstellung der «staatlichen Einheit aller Deutschen» erreicht. Und wieder mit friedlichen Mitteln, ohne Krieg, ohne Blutvergiessen; und dem Volk erscheint er nun mehr denn je als der erfolgreiche «Friedensfürst». Hat er nicht sogar die Regierungschefs von England und Frankreich davon überzeugt, dass er, dass Deutschland vollkommen im Recht ist, hat er nicht endlich das den Deutschen bisher verweigerte Selbstbestimmungsrecht durchgesetzt? Die Schwäche der Westmächte wird von der deutschen Propaganda natürlich einseitig als Stärke Hitlers gefeiert.

Wieder jubeln ihm in Deutschland und bei seiner

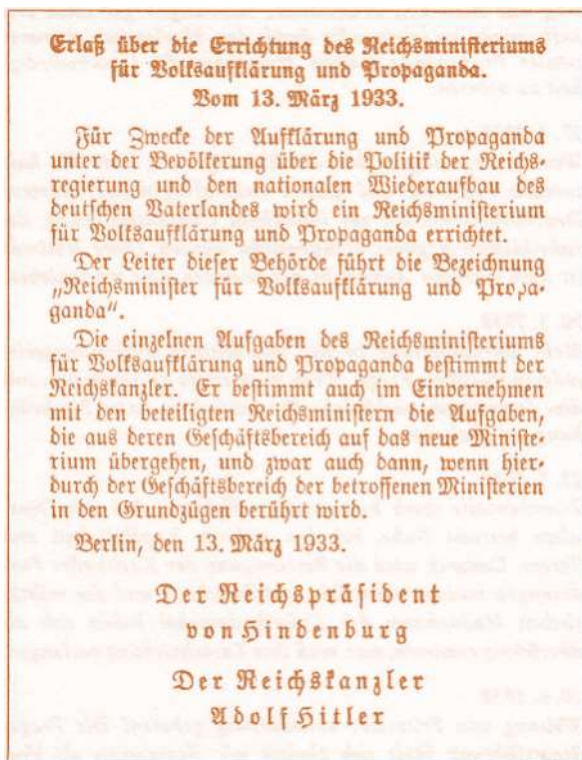


Abb. links: Der Erlass über die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 13. März 1933 war eine der zahlreichen Massnahmen, mit denen das gesamte Informationswesen in den Dienst des nationalsozialistischen Staates gestellt wurde. Die verschiedenen Medien – Presse, Funk und Film – hatten nicht mehr die Aufgabe und die Freiheit, die staatlichen Massnahmen zu kontrollieren und zu kritisieren, sondern waren lediglich ein politisches Führungsmittel, mit dessen Hilfe eine geschlossene Ausrichtung des Volkes in allen politischen Fragen sichergestellt werden sollte. Durch diese einseitige und konkurrenzlose Propagierung dessen, was der Führung gerade genehm war, wurden die Widerstandskräfte empfindlich beeinträchtigt. Abb. rechts: Der deutsche Michel, an Händen und Füßen gefesselt und mit der Zunge an den Pflock genagelt, so sieht der Karikaturist A. Paul Weber die Auswirkungen des Verlustes von Meinungs- und Informationsfreiheit.

23. 7. 1938

Schmählieder auf den Führer

Die Tschechen erziehen zum Völkerverhaß

**Das Sudetendeutschtum
wird immer wieder provoziert**

18. 8. 1938

Anerhörte Beschimpfung des deutschen Volkes durch die Tschechen

Tschechische Infortorien gegen das Deutschtum

19. 9. 1938

**Das ist die Antwort des Herrn Benesch
Mord, Standrecht, Feuerüberfälle,
schießende Panzerwagen**

**Zahlreiche ermordete Sudetendeutsche, verwundete Kinder
Die Sudetendeutschen Freiwiid tschechischer Brutalität**

20. 9. 1938

Unmenschlich wüten die hussitischen Nordbuben

**Schschwängere Frau
niedergeschlagen und verfrachtet** | **Deutsches Blut flagt an!**

Wolke, 18. 9. 38

Totale Propaganda erschwert den Widerstand

Aus einer Rede des Propagandaministers Dr. Joseph Goebbels – «Propaganda hat mit Wahrheit gar nichts zu tun» – über die Aufgaben der Presse vom 18. März 1933 lassen sich bereits die Grundzüge der nationalsozialistischen Presse-Politik ersehen:

«Wie ich schon betont habe, soll die Presse nicht nur informieren, sondern muss auch instruieren. Ich wende mich dabei vor allem an die ausgesprochen nationale Presse. Meine Herren! Sie werden auch einen Idealzustand darin sehen, dass die Presse so fein organisiert ist, dass sie in der Hand der Regierung sozusagen ein Klavier ist, auf dem die Regierung spielen kann, dass sie ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument ist, dessen sich die Regierung ... bedienen kann.»

Die auf diesen beiden Seiten abgedruckten «geheimen und vertraulichen Anweisungen» für die Presse und die entsprechenden Schlagzeilen im Völkischen Beobachter zeigen, wie gut die nationalsozialistischen Machthaber «Klavier zu spielen» wussten. Was hier in nur wenigen Dokumenten am Beispiel der Sudetenkrise demonstriert werden kann, die totale Propaganda des Dritten Reiches, die immer nur die Schuld der anderen kannte, niemals aber die eigene sah, liess keine gegnerische Meinung zu Wort kommen und trug mit dazu bei, abweichende Meinungen gar nicht erst aufkommen zu lassen oder durch den überlegenen Apparat totaler Propaganda solchen Meinungen die Glaubwürdigkeit zu nehmen.

27.4.1938

Weitere Reportagen über die Elendsgebiete, über die kulturellen Probleme und andere Lebensfragen des Sudeten-Deutschtums müssen zur indirekten Charakterisierung des tschechischen Regimes veröffentlicht werden. Diese Methode ist dem direkten Angriff in der nächsten Zeit vorzuziehen.

20.5.1938

Mehr Zurückhaltung in der tschechischen beziehungsweise sudetendeutschen Frage. Wenn man etwas zu sagen hat, soll dies in ruhigem, sachlichem Ton geschehen, unter Beschränkung auf Tatsachen.

23.5.1938

Zwischenfälle stark herausstellen. Tendenz: Bei den Deutschen herrscht Ruhe, bei den anderen Kopflosigkeit und Terror. Dadurch wird die Berechtigung der Karlsbader Forderungen unterstrichen. Die Mobilmachung und die militärischen Massnahmen der Tschechoslowakei haben sich als überflüssig erwiesen, man muss ihre Zurückziehung verlangen.

10.6.1938

Weisung von Fritzsche: Verschärfung geboten! Die Prager Staatsführung fühlt sich ähnlich wie Rotspanien als Vorposten der Sowjetunion und gibt ein Glacis für das Vordringen des Bolschewismus in Mitteleuropa. Die wirtschaftlichen Belastungen im sudetendeutschen Gebiet sind von dem Gesichtspunkt aus zu betrachten, dass man sagt, hier sei die Absicht am Werk, das Gebiet zu verelenden, damit es für den Kommunismus reif werde. Den Engländern soll man einmal die Frage stellen, was sie dazu sagen würden, wenn dreieinhalb Millionen Engländer in Deutschland gezwungen würden, eine antienglische Politik mitzumachen.

14.9.1938

Die Presse muss die Tendenz verbreiten: Es ist nicht vorstellbar, dass ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen im gleichen Staate möglich ist.

16.9.1938

Die militärischen Massnahmen der Tschechoslowakei in allen Meldungen gross aufmachen. Die Zermürbung in Prag ist schon sehr gross. Sie muss weiter durch unsere Haltung angestrebt werden . . . Flüchtlingselend gross zeigen . . . Berichten, dass viele Haus und Hof im Stich gelassen haben, dass kranke Menschen, hochschwangere Frauen und kleine Kinder usw. sich im letzten Augenblick vor der tschechischen Soldateska retten konnten. Appell an die Welt, solche Zustände nicht länger zu dulden.

17.9.1938

Gesamttenenz: Dieser Staat ist eine Schande für Europa. Er muss von der Bildfläche verschwinden, erst dann wird Friede sein. Meine Herren, Sie sind die schwere Artillerie des Reiches.

Sie müssen die Stellung sturmreif schiessen. Mit allen Mitteln muss ein paar Tage durchgehalten werden. Das Reich hat im Augenblick keine anderen Waffen als Sie. Es darf keine Zeitung ohne ganz grosse Aufmachung erscheinen. Schon das äussere Spiegelbild muss wirksam sein. Bisher hat alles gut funktioniert.

19.9.1938

Die Zeitungen, die bisher nur mit guten 7,5-cm-Geschützen geschossen haben, sollen sich erinnern, dass es auch 21-cm-Geschütze gibt. Der Welt muss allmählich plausibel gemacht werden, dass dieser Staat unmöglich ist.

30.9.1938

Das Münchener Abkommen dient der Sicherung des Friedens in Europa. Aber wir dürfen nicht so tun, als ob uns nun ein Stein vom Herzen falle.

13. 9. 1938

Die denkwürdige Kongressrede: Der Führer fordert Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen

Der Führer hat gesprochen: Adolf Hitler nimmt die Sudetendeutschen unter seinen Schutz

Die Sudetendeutschen werden unter dem Schutz des Führers in die Reichsgrenzen einbezogen. Die Sudetendeutschen sind ein Volk, das in der Lage ist, sich selbst zu regieren. Der Führer fordert Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen.

17. 9. 1938

Dieser Verbrecherstaat muß zerschlagen werden

Verwerfliche Greuelthaten der tschechischen Mordbanditen

Benesch bewaffnet die „Rote Wehr“ und erlässt Waffenverbot für alle Sudetendeutschen

Warnung an Prag

26. 9. 1938

Die Entscheidung über Krieg oder Frieden liegt bei Prag

Mussolini: „Wenn aber die Demonstration fortsetzt, die Grenzen zu verteidigen und ihre Ziele aufzunehmen, ist es klar, und niemand von uns wird sich trüben, daß auch Italien solche Maßnahmen ergreifen wird.“

27. 9. 1938

Wie sind entschlossen?

Herr Benesch mag jetzt wählen

Adolf Hitler: „Ich sehe meinem Volk jetzt genau als sein erster Soldat und hinter mir – das mag die Welt wissen – marschiert kein ein Volk, und zwar ein anderes als das Volk vom Jahre 1918!“

1. 10. 1938

Adolf Hitler – Neville Chamberlain:

Nie mehr Krieg zwischen Deutschland und England

Großdeutschland dankt dem Führer

Annahme des Münchener Abkommens durch Prag

Neville Chamberlains Abschiedsworte

Triumphfahrt durch die «befreiten» sudetendeutschen Gebiete Hunderttausende von Menschen zu, und wieder ertönen, wie nach der Wiedervereinigung mit Österreich, die Sprechchöre auf allen Strassen:

«Ein Volk, ein Reich, ein Führer!»

Kein Wunder, dass die Gruppe der Verschwörer es nicht mehr wagen kann, etwas gegen Hitler zu unternehmen. Was sollte man nun wohl dem Volk sagen, das den Frieden eben durch Hitler gerettet sieht? Auch der zur Tarnung erwogene Schachzug mit der «Gestapo- und SS-Verschwörung gegen den Führer» zieht jetzt nicht mehr. Kein Mensch würde glauben, dass Himmler und Heydrich ausgerechnet in der Stunde von Hitlers grösstem Triumph eine Verschwörung gegen den millionenfach umjubelten Führer angezettelt hätten. Nein, diese beste, fast einmalige Gelegenheit, Hitler zu entmachten, ist vorbei.

Über die schwerwiegenden Folgen von «München» für die militärische Opposition schreibt Helmut Krausnick: «Alle diejenigen, die den Nationalsozialismus noch nicht aus gefestigter innerer Überzeugung als Ganzes ablehnten, sondern sich mehr an ‚Einzelerscheinungen‘ stiessen und zuletzt der abenteuerlichen Politik Hitlers widerstrebt hatten, gingen nunmehr der Opposition verloren. Ihrer Auffassung und ihren unzulänglichen Massstäben nach hatte Hitler die Lage richtig beurteilt und daraus zwar äusserst kühne, aber durch den Erfolg gerechtfertigte Konsequenzen gezogen. Sie betrachteten ‚mit wachsender Verblüffung das unglaubliche politische Glück, mit dem Hitler alle seine durchsichtigen und undurchsichtigen Ziele bisher ohne Griff nach den Waffen erreichte‘. Und angesichts des ‚beinahe untrügerischen Instinkts‘ [Manstein], mit dem dieser Mann im deutschen Interesse zu handeln schien, überkam sie wohl gar das peinliche Empfinden, durch ihre Kritik oder ihre Sympathie für ein Unternehmen gegen den Diktator sich einer grossen nationalen Sache versagt zu haben. Sie sahen sich in eine Rolle von Kleingläubigen von einem begnadeten Meister gedrängt, und dieses Bewusstsein führte nicht nur dazu, dass sie sich ihrer bisherigen Einstellung nur ungern erinnerten, es musste auch bei einer ähnlichen Situation in der Zukunft alle Versuche, sie der Opposition zurückzugewinnen, erheblich erschweren.»

Ludwig Beck, der von Hitler anlässlich seines Rücktritts eben erst zum Generalobersten beförderte bisherige Generalstabschef, hat das Pech abermals auf seiner Seite. Seine von ernster Sorge geleitete Prophezeiung hat sich erneut als falsch erwiesen.

Trotzdem, die aktiven unter den Verschwörern geben ihre Sache immer noch nicht verloren. Unablässig suchen sie auf die Wehrmachtsführung einzuwirken. Oberst Oster von der «Abwehr», sein Chef Admiral

Canaris, Osters österreichischer Stellvertreter Oberstleutnant Lahousen, der zurückgetretene Generalstabschef Beck, Staatssekretär Erwin Planck (Sohn des berühmten Physikers und Nobelpreisträgers Max Planck), Ex-Botschafter von Hassell und vor allem Dr. Carl Goerdeler tragen Material und Fakten zusammen, um die unentschlossenen Generale endlich davon zu überzeugen, dass Deutschland unter Hitlers Führung auf einen Krieg zusteuert, dass die immer stärker werdende Herrschaft der Himmler und Heydrich Schritt für Schritt jede Rechtsstaatlichkeit beseitigt und letzten Endes auch der Wehrmacht selbst gefährlich werden muss.

Halder und Brauchitsch sehen dieses Argument zwar ein, ihr Handeln aber bleibt aus.

Hitlers nächster Schlag, die Unterstützung der Bildung eines slowakischen Nationalstaates und die Umwandlung des verbliebenen tschechoslowakischen Gebietes in das «Protektorat Böhmen und Mähren», erfolgt so schnell, dass die Verschwörer diesmal überhaupt nichts unternehmen können.

Dann aber geschehen drei Dinge fast zur gleichen Zeit. Italiens Aussenminister Graf Ciano unterzeichnet in Berlin den «Stahlpakt», den militärischen Bündnisvertrag der beiden «Achsenpartner» Deutschland und Italien. Am Abend nach der Unterzeichnung gibt die deutsche Regierung zu Ehren des Mussolini-Schwiegersohnes einen Empfang, und zu dem erscheint auch ein Diplomat, den man schon lange nicht mehr bei solchen Gelegenheiten gesehen hat: der sowjetische Botschafter Astachow. Verwundert sehen die diplomatischen Gäste und die für die Gestaltung des Abends aufgebotenen Film- und Bühnenkünstler, dass der sowjetische Botschafter besonders herzlich begrüsst und während des ganzen Abends mit bevorzugter Aufmerksamkeit behandelt wird.

Das dritte Ereignis ist eine Erklärung, die der britische Premierminister Chamberlain am 31. März vor dem britischen Unterhaus abgibt. Chamberlain sagt unter anderem:

«Im Falle irgendeiner, die Unabhängigkeit Polens eindeutig bedrohenden Aktion, angesichts derer die polnische Regierung es als notwendig erachtet, mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, hält sich Seiner Majestät Regierung für verpflichtet, der polnischen Regierung sofort alle in ihrer Macht stehende Unterstützung angedeihen zu lassen . . . Ich darf hinzufügen, dass mich die französische Regierung ermächtigt hat, klarzustellen, dass sie in dieser Angelegenheit denselben Standpunkt einnimmt.»

Der deutschen Öffentlichkeit wird nur das erste der drei Ereignisse bekannt, die Unterzeichnung des «Stahlpaktes». Von der plötzlichen, zumindest gesell-

schaftlichen Aufwertung des Sowjetbotschafters und von Chamberlains Rede erfährt die Masse nichts. Und viele Eingeweihte können sich weder auf das eine noch auf das andere einen Reim machen. Chamberlains Regierungserklärung scheint nichts anderes zu sein als eine jener Stellungnahmen, wie sie Regierungen oft abgeben, ohne dass etwas Ernstes dahintersteht.

Einige der Verschwörer aber erkennen mehr dahinter. Die Besetzung der Rest-Tschechoslowakei als deutsches «Protektorat» scheint nun doch der britischen Politik der Beschwichtigung Hitlers, der Politik des «Appeasement», wie die Engländer selbst sagen, ein Ende gemacht zu haben. Es sieht so aus, als mache die britische Regierung mit ihren Protesten nun doch einmal Ernst. Die Kerngruppe der Verschwörer befürchtet, dass Hitler seine Forderungen gegenüber Polen im Ablehnungsfall mit Gewalt durchsetzen will und dass dann England und Frankreich tatsächlich den Polen militärisch helfen werden. Das aber wäre der Zweite Weltkrieg.

Diesmal versuchen die Verschwörer, Hitler durch Überredung von einer solchen Politik abzuhalten. Zu ihrem Kreis gehört seit einiger Zeit auch der General Georg Thomas. Er ist der Leiter des «Wehrwirtschaftsamtes». Er hat schon oft Differenzen mit Hitler gehabt, aber Hitler will auf seine umfassenden Fachkenntnisse auf allen Gebieten der Wehrwirtschaft nicht verzichten und behält ihn deswegen im Amt.

Thomas tut so, als verstünde er von der politischen Entwicklung nichts, verfasst aber Denkschriften, die stets eindeutig darauf hinweisen, dass Deutschland etwa einem Zweifrontenkrieg oder gar einem Weltkrieg wirtschaftlich einfach nicht gewachsen ist.

In Gesprächen sucht er vor allem die Männer, auf die es nach wie vor ankommt, davon zu überzeugen, dass eine gewaltsame Auseinandersetzung mit Polen zum gleichzeitigen Konflikt mit den Westmächten führen muss und dass die Wehrmacht rüstungsmässig nie in der Lage sein wird, in einer solchen Auseinandersetzung zu bestehen. General Thomas überlebt den Krieg und die Haft im Konzentrationslager und schreibt später über die Tage vor dem Ausbruch des Krieges:

«Ich verfasste in diesen Tagen eine (vertrauliche) kurze Denkschrift, aus der klar hervorging, dass Hitlers Eroberungspläne zum Weltkrieg führen müssten, dass dieser Krieg zu einem langen Materialkrieg führen würde und dass Deutschland aus Rohstoff- und Ernährungsgründen diesen Krieg ohne starke Bundesgenossen nicht durchhalten könnte ...

Diese Denkschrift habe ich Keitel etwa 14 Tage vor Beginn des Polenfeldzuges vorgetragen. Keitel unterbrach mich bei diesem Vortrag und erklärte mir, dass Hitler nie einen Weltkrieg führen würde ...

Am Sonntag vor Beginn des Polenfeldzuges war ich erneut bei Keitel und überreichte ihm bildlich dargestellte statistische Unterlagen über die kriegswirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und der übrigen Weltmächte. Aus ihnen ging klar die grosse kriegswirtschaftliche Überlegenheit der Westmächte und die für uns bestehenden Gefahren hervor.

Keitel sagte mir am nächsten Tag, er habe diese Übersichten Hitler vorgelegt und Hitler habe erklärt, dass er meine Sorge und die Gefahr eines Weltkrieges in keiner Weise teile, insonderheit, da er die Sowjetunion für sich eingefangen hätte ...»

General Thomas versucht Keitel dennoch weiter von der Richtigkeit seiner Ansichten zu überzeugen und ihn mit dem preussischen Finanzminister Popitz oder Dr. Goerdeler zusammenzubringen, damit diese seine wirtschaftlichen Argumente unterstützen. Aber das geht alles ins Leere, weil Keitel und wohl auch Hitler Thomas' Argumente zwar akzeptieren, nicht aber daran glauben, dass die Westmächte tatsächlich eingreifen werden. Dann aber werde es auch nicht zum Weltkrieg kommen und diese Überlegungen seien daher unrealistisch.

Keitel weiss natürlich, dass es keineswegs der General Thomas allein ist, der sich Gedanken macht und Bedenken gegen Hitlers und Ribbentrops Aussenpolitik hat. Und so befiehlt er den Generalen und Admiralen in der Führungsspitze:

«Das Ausland hat sich an die Wege und Massnahmen des Führers zu gewöhnen; er hat seinen eigenen Nachrichtendienst und sieht die grossen Zusammenhänge besser als wir. Ich wünsche, dass kein Angehöriger des OKW im Kameradenkreis oder in der Öffentlichkeit in irgendeiner Weise gegen die Massnahmen des Führers Stellung nimmt oder Kritik übt, auch nicht in der Kirchen- oder der Judenfrage. Wer dagegen handelt, kann nicht erwarten, von mir gedeckt zu werden.»

Der Gegenpol zu Keitel ist nach wie vor der frühere Generalstabschef Beck. Er hat sich seit der Sudetenkrise zurückgehalten, nachdem er hier das Verhalten Chamberlains falsch einkalkuliert hat und damit Hitler gegenüber im Unrecht geblieben ist. Beck hat keine Chance mehr gesehen, dem doch stets nur immer wieder über alle Kritiker triumphierenden Hitler wirksam entgegenzutreten. Nun aber, da die Zuspitzung des Verhältnisses zu Polen die Gefahr eines Weltkrieges heraufzubeschwören scheint, sieht er einen neuen Ansatzpunkt.

Beck wendet sich jetzt sogar an Brauchitsch, den er als Verräter an der Offizierstradition verachtet, den er für korrupt und charakterlos hält. Er schreibt dem Oberbefehlshaber des Heeres einen Brief, der an Deut-

lichkeit nichts zu wünschen übrig lässt: Hitler provoziere einen Weltkrieg, Hitler und die NS-Herrschaft müssten beseitigt werden.

Diese grobe Offenheit ist gewollt: Brauchitsch soll sich endlich entscheiden. Entweder muss er als der Regierung gegenüber loyaler Heerführer diesen Brief seinem Obersten Befehlshaber Hitler oder der Gestapo übergeben – oder aber er muss sich endlich eindeutig auf die Seite der Verschwörer stellen. Becks Rechnung geht wieder einmal nicht auf, denn Brauchitsch verfällt, seinem Charakter entsprechend, auf eine dritte Möglichkeit – er tut so, als habe er Becks Brief nie erhalten und schweigt einfach.

Beck bittet schliesslich den Generalstabschef Halder zu sich, seinen Nachfolger. Und Halder kommt auch zu seinem früheren Vorgesetzten. Noch immer findet er starke Worte, wenn er über Hitler spricht, noch immer ist er derjenige, der am entschiedensten dafür ist, nicht nur die SS und Gestapo zu beseitigen, sondern Hitler selbst. Nicht durch Gefangennahme und einen anschließenden Prozess, sondern durch ein als Unfall getarntes Attentat.

Aber – nicht gerade jetzt. Hitler hat unbestreitbar Erfolge gehabt wie kein deutscher Staatsmann vor ihm. Soll er auch noch das Problem des «Polnischen Korridors» und der Rückkehr Danzigs zu Deutschland lösen! Diese Aufgabe soll Hitler noch bewältigen, dann kann man weitersehen.

Becks Argumente, dass ja eben darin die Gefahr liege, dass ein Weltkrieg entstünde, kommen bei Halder nicht an. Hitler, so versichert er immer wieder, wolle ja keinen Weltkrieg, im Gegenteil, er hat ja schon dafür gesorgt, dass sich die Westmächte nicht einmischen.

Wie Hitler dafür gesorgt hat, geht erstmals aus einer Notiz hervor, die der frühere deutsche Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, am 15. August 1939 in sein Tagebuch einträgt:

«Nachmittags kam Gisevius in grosser Aufregung zu mir. Die Oberbefehlshaber seien gestern auf dem Berghof] von Hitler informiert worden, dass er gegen Polen losschlagen wolle ... Hitler glaube nicht, dass die Westmächte eingreifen würden. Wenn das trotzdem geschehe, würde er allerdings den Kurs ändern ... Gisevius meinte, man solle jetzt noch nicht sein Pulver verschiessen und noch nicht die stärkste Einflussnahme auf die Militärs versuchen, weil die Aktion noch verpuffen würde und nachher im entscheidenden Augenblick nicht wiederholt werden könnte. Goerdeler sei... allerdings für sofortiges Hingehen zu Brauchitsch. Ich erwiderte, nach seinen [Gisevius'] Mitteilungen sei auch ich dafür, direkte Aktionen noch zurückzustellen. Gisevius meinte, die Tage vor dem 27.8. würden die entscheidenden sein, etwa vom 22.8. an.

Die Hauptsensation, die Gisevius brachte, ist folgende: Eine durchaus sichere Person, die das Telegramm an Schulenburg [den deutschen Botschafter in Moskau] selbst gelesen habe, berichte, dass Hitler Schulenburg beauftragt habe, nochmals eine Verständigung mit Molotow zu versuchen und mitzuteilen, dass Hitler bereit sei, zu Stalin zu fahren! Mir blieb der Mund offen...!» Der «Mund offen» bleibt auch den Generalen, die Hitler am 23. August nochmals zu einer Besprechung empfängt. Ihnen gibt Hitler offiziell bekannt, dass die Gefahr eines Weltkrieges endgültig gebannt sei: Zur Stunde weile der Reichsaussenminister im Moskauer Kreml zu Verhandlungen. Ribbentrop habe bereits mitgeteilt, dass noch heute ein deutsch-sowjetischer Freundschaftspakt unterzeichnet werde.

Die Wehrmachtsführer sind sprachlos. Das ist die sensationellste Wendung in der Politik Hitlers, die man sich vorstellen kann. Selbst diejenigen, die im Stillen die Befürchtungen der Opposition geteilt haben, denken jetzt nicht mehr so pessimistisch über einen Krieg mit Polen. Die Westmächte werden, wenn sie das je vorgehabt haben, nun eines deutschen Angriffs auf Polen wegen nicht militärisch eingreifen, nachdem sich Hitler diese Rückendeckung in Moskau verschafft hat. Polen wird in einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland und die Sowjetunion in kürzester Zeit unterliegen, gegen Sowjets und Deutsche aber werden die Westmächte bestimmt keinen Krieg führen.

Damit sind der Opposition für längere Zeit die militärisch-fachlichen Argumente genommen. Zwar haben sich Hitler und viele andere getäuscht, aber für bessere Einsichten ist es bei den einander sich jagenden Ereignissen dann zu spät:

Am 25. August erteilt Hitler den Angriffsbefehl gegen Polen für den nächsten Tag. Der Befehl ist kaum hinausgegangen, als er widerrufen wird – England und Frankreich haben einen Beistandspakt mit Polen abgeschlossen. Wollen die Westmächte doch einen Krieg wagen?

Reichsminister Schacht, General Thomas und Oberst Oster wollen eben ein letztes Mal Brauchitsch und Halder die Pistole auf die Brust setzen, nachdem der Angriffsbefehl gegeben ist. Sie wollen zum Oberkommando des Heeres nach Zossen fahren und die beiden Generale auffordern, Schacht Truppen zur Verfügung zu stellen. Begründung: Der Angriffsbefehl ist rechtswidrig, da eine Kriegserklärung nach dem Gesetz nur vom gesamten Kabinett beschlossen werden kann. Schacht als Minister muss deshalb mit Truppen die Rechte der Reichsregierung wiederherstellen.

Da kommt die Zurücknahme des Angriffsbefehls. Einige der Verschwörer triumphieren. Oberst Oster sieht Hitler schon gestürzt. Diese ungeheure Blamage,

einen praktisch schon begonnenen Krieg wieder abblasen zu müssen, kann Hitler nicht überleben. «Dieser Führer hat ausgeführt!» sagt er mit strahlender Miene.

Und nun wartet man darauf, was weiter wird, ohne selbst etwas zu unternehmen. So kommt es, dass auch die Verschwörer, die überall in führenden Funktionen sitzen, am Abend des 31. August völlig verblüfft sind, dass Hitler nun doch den unwiderruflichen Angriffsbefehl für den nächsten Morgen gegeben hat. Nun ist nichts mehr zu retten.

Am Freitag, dem 1. September 1939 beginnt der Feldzug gegen Polen und damit der Zweite Weltkrieg. Die siegreichen Gefechte des ersten «Blitzkrieges» bringen zunächst die Opposition der Generale zum Verstummen. Jetzt gilt es erst einmal, diesen Feldzug zu gewinnen.

England und Frankreich haben am 3. September Deutschland den Krieg erklärt. Hitler hat das bis dahin noch immer nicht für möglich gehalten und damit einen entscheidenden aussenpolitischen Misserfolg erzielt. Das, was er vermeiden wollte, ist nun doch eingetreten. Aber noch einmal glaubt er sich seinen Selbsttäuschungen hingeben zu können, denn die Franzosen sind zwar einige Kilometer in den Grenzwäldern des Saarlandes vorgedrungen, verhalten sich aber seitdem ruhig. Und die Engländer tun auch nichts weiter, als die Polen mit Worten ihrer Sympathie und Unterstützung zu versichern. Der gefürchtete Zweifrontenkrieg findet nicht statt.

Der Polenfeldzug ist bald beendet. Am 17. September marschieren die Sowjets über die polnische Ostgrenze. Sie treffen nur noch auf die vor den deutschen Truppen geflüchteten Reste der polnischen Armee, die noch vor wenigen Monaten verkündet hat, sie werde die Deutschen im Berliner Grünwald vernichtend schlagen. Am 29. September kapituliert die polnische Hauptstadt Warschau, und damit ist dieser Krieg zu Ende, wenn auch noch vereinzelt polnische Einheiten weiterkämpfen, so auf der Halbinsel Heia in der Danziger Bucht und in der Festung Modlin.

Die deutschen Truppen werden sofort an die Westgrenze verlegt, falls die Franzosen sich doch noch zum Angriff entschliessen. Ausserdem trägt Hitler sich selbst mit dem Gedanken einer Offensive im Westen, um dem Gegner zuvorzukommen. Denn die Zeit arbeitet gegen ihn, die Westmächte können ihr Rüstungspotential, vor allem die unerschöpflichen Rohstoffquellen des britischen Weltreiches, in immer stärkerer Masse ausnutzen, während das in der Mitte Europas liegende isolierte Deutschland über keine Reserven verfügt ausser der wirtschaftlichen Hilfe, die von der nun verbündeten Sowjetunion kommt.

Die Offensive wird immer wieder hinausgezögert. Einmal ist eine Friedensvermittlung durch die Monarchen Belgiens und Hollands die Ursache, da Hitler erst die britische und französische Reaktion darauf abwarten will. Denn es wäre ihm lieber, wenn er seinen imperialistischen Krieg gegen Polen fürs erste ohne weitere kriegerische Auseinandersetzungen beenden könnte. Dann sind es wieder militärische Bedenken, und hier versucht Brauchitsch nun doch einmal, sich gegenüber Hitler durchzusetzen.

Er unterrichtet auch die Verschwörer davon, dass er mit einer Denkschrift gegen den geplanten Westfeldzug zu Hitler fahren wird. Sollte Hitler dennoch auf der Durchführung der Offensive im Westen bestehen, dann bedeute das Deutschlands sichere Niederlage, da die schwache Wehrmacht ja gar nicht in der Lage sei, gegen die weit überlegenen Westmächte anzutreten. Und in diesem Falle stünde er, Brauchitsch, der Opposition nunmehr aktiv zur Verfügung. Aber weder dringt er mit seinen Argumenten bei Hitler durch, noch stellt er sich den Verschwörern danach tatsächlich zur Verfügung.

Nein, mit diesem Oberbefehlshaber ist wirklich nicht zu rechnen. Oberst Oster lässt schnell noch der belgischen und der holländischen diplomatischen Mission in Berlin die Nachricht zukommen, die deutsche Wehrmacht trete am 12. November zum Angriff an.

Aber am 9. November verschiebt Hitler den Angriffstermin. Am Abend zuvor ist in München ein Attentat auf ihn verübt worden. Wie in jedem Jahr hat er im Saal des Bürgerbräu-Kellers seine Rede zum Gedächtnis an den Putsch von 1923 gehalten. Zwölf Minuten nachdem er den Saal verlassen hat, ist in der Galerie Säule, vor der das Rednerpult stand, eine Bombe explodiert. Es gibt 7 Tote und 63 zum Teil schwer Verletzte.

Schon in der folgenden Nacht wird an der Schweizer Grenze ein Mann festgenommen, der heimlich versucht hat, die Grenze zu überschreiten. Er wird von den Zollbeamten durchsucht, die jedoch nichts Verdächtiges bei ihm finden. Dann jedoch kommt die Nachricht von dem Attentat auf Hitler über den Rundfunk, und nun fällt einem der Zollbeamten etwas ein – die Münchener Ansichtskarte, die der Festgenommene bei sich hat. Er schaut sich diese Karte noch einmal an. Eine Innenaufnahme vom Bürgerbräu-Keller. In einer Säule ist ein Bleistiftkreuz eingezeichnet! Aufgeregt melden die Zollbeamten nun die ansonsten routinemässige Festnahme eines Grenzgängers sofort der vorgesetzten Dienststelle in Lindau, von dort gelangt die Meldung nach München, wo schon eine Sonderkommission der Kriminalpolizei an der Arbeit ist, um das Attentat aufzuklären.

Georg Elser, so heisst der Festgenommene, wird daraufhin sofort nach München gebracht. Schon in der ersten Vernehmung gibt Elser zu, der Attentäter zu sein. Er gibt auch das Motiv für die Tat an. Sein Bruder, Kommunist, ist in einem Konzentrationslager gestorben. Elser macht Hitler dafür verantwortlich und dafür, dass jetzt Krieg ist. Er hasst Hitler und wollte ihn beiseitigen.

Die Bombe hat er in mühsamer Arbeit selbst gebaut und mit einem Wedger eine Zeitzündung dazu fabriziert. In den Saal des Bürgerbräukellers hat er sich nächtelang einschliessen lassen, um die Bombe in die Säule hineinzubauen. Die aus der Säule herausgebrochenen Putz- und Mauerstücke hat er in seiner Aktentasche krümelweise davongetragen. Das Loch in der Säule ist zwischen seinen Arbeitsnächten nicht zu sehen gewesen, da die Säule mit Holzplatten verkleidet war, die Elser jedesmal wieder befestigt hat – er ist Schreiner von Beruf.

Zündung und Sprengstoff will er von zwei Männern in einem Münchener Lokal erhalten haben. Restlos ist das Attentat Elsers bis heute nicht aufgeklärt. Fest steht jedoch, dass Elser den Sprengstoff aus einem Steinbruch in der Nähe seines Heimatdorfes gestohlen hat, fest steht auch, dass er noch von seinem Bruder her Verbindung mit illegalen kommunistischen Gruppen gehabt hat, darunter Emigranten in der Schweiz. Ob die Vermutung stimmt, Hitler habe das Attentat selbst planen lassen, um sich danach vor dem Volk als durch die Vorsehung gerettet feiern zu lassen, lässt sich nicht eindeutig feststellen.

An diese letzte Version glauben auch die Verschwörer gegen Hitler, die zunächst höchst erstaunt darüber sind, dass hier jemand das wahrgemacht hat, wovon sie immer nur sprechen. Jetzt wird besprochen, ob man das Attentat nicht ausnutzen kann. Ganz gleich, ob

Hitler es selbst bestellt hat, um seine wundersame Rettung als Gottes Fügung hinstellen zu lassen – man könnte der Bevölkerung jetzt mit besseren Argumenten als zuvor sagen, SS und Gestapo wollten die Macht an sich reißen. Himmler und Heydrich haben das Attentat vorbereitet, denn nur sie hatten Gelegenheit dazu.

Aber auch dieser Plan zerschlägt sich, denn die Generale machen nicht mit, und ohne Truppe kann man nicht putschen, im Krieg noch weniger als sonst. So treibt die Entwicklung langsam vor sich hin, bis der «komische Krieg» an der Westfront, in dem beiderseits mehr mit Flugblättern als mit Bomben geworfen, mehr mit Lautsprechern von Front zu Front geschossen wird als mit Granaten, wieder zu einem «richtigen» Krieg wird.

Oberst Oster ist es, der noch eine Widerstandshandlung wagt: Am Abend des 9. Mai 1940 verständigt er den holländischen Militärattache Oberst Sass davon, dass die deutsche Wehrmacht am nächsten Morgen an der gesamten Westgrenze von Holland bis Frankreich zum Angriff antreten wird.

Und selbst diese Handlung ist vergebens. Denn Oster hat schon so viele Termine eines deutschen Angriffes mitgeteilt, dass man ihm in Holland ausgerechnet diesmal, da seine Meldung stimmt, nicht glaubt. Die Widerstandsbewegung in den deutschen Führungskreisen, die sich weiter formiert, sieht erst dann wieder eine Chance, nachdem die scheinbar unaufhaltsamen Siegeszüge der deutschen Wehrmacht ihr Ende gefunden haben und die Rückschläge an den Fronten einsetzen.

Während des Krieges aber entwickelt sich auch der Kampf gegen Hitler und den Nationalsozialismus in all den Ländern, die von Deutschland erobert worden sind.

Widerstand im Norden

*Dänemark: Kein militärischer Widerstand – Clausen scheitert – SOE greift ein – Ausnahmezustand und Generalstreik – Flucht nach Schweden oder Selbstversenkung – BOPA und «Holger Danske» – Freiheitsrat Dänemark – 538 illegale Zeitschriften – Rettung der dänischen Juden – Volksstreik in Kopenhagen – Dänemark ist frei – **Norwegen**: Deutsche landen bei Narvik – Exilregierung in London – Gegen Quisling und Nazifizierung – Rücktritt der höchsten Richter – Heimatfront und Aussenfront – Die Handelsflotte mit dem Kampfwert eines Millionenheeres – 10 Professoren und 70 Studenten werden verhaftet – Verräter Oliver Rinnan – SOE und Milorg – Einsatz gegen Rjukan – Sabotagewelle schwillt an – Die deutschen Behörden haben nichts mehr zu sagen.*

Dänemark

1. Februar 1940 – der englische Marine-Minister und spätere Ministerpräsident von England, Winston Churchill, wird von skandinavischen Pressevertretern gefragt, wieweit England zu einer Hilfeleistung für die skandinavischen Staaten bereit sei. Und Churchill erklärt, dass Norwegen und Schweden auf Hilfe rechnen könnten, nicht jedoch Dänemark: «Ich kann Dänemark keinen Vorwurf machen. Die anderen haben doch wenigstens einen Wallgraben, über den sie den Tiger füttern können, aber Dänemark liegt doch schrecklich nahe bei Deutschland, dass es unmöglich sein wird, Hilfe zu bringen. Ich möchte jedenfalls keine Garantie für Dänemark auf mich nehmen ... Dänemark hat zwar einen Vertrag mit Deutschland, aber ich zweifle nicht daran, dass die Deutschen eines Tages, wenn es ihnen passt, Dänemark überfluten werden.»

Dieser Tag ist der 9. April 1940. Trotz des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Dänemark vom 31. Mai 1939, in dem es heisst: «Das Königreich Dänemark und das deutsche Reich werden in keinem Falle zum Krieg oder zu einer anderen Art von Gewaltanwendung gegeneinander schreiten», beginnen die deutschen Truppen um 4.15 Uhr mit der Besetzung Dänemarks.

Um 4 Uhr hat der deutsche Gesandte von Renthe-Fink um eine Unterredung mit Aussenminister Dr. Munch gebeten, die um 4.20 Uhr stattfindet. Er informiert ihn über den Einmarsch der deutschen Truppen und verspricht, dass «Deutschland nicht die Absicht hat, durch seine Massnahmen die territoriale Integrität

und politische Unabhängigkeit des Königreiches Dänemark jetzt oder in Zukunft anzutasten». Allerdings dürfe keinerlei Widerstand geleistet werden, da dieser mit den schlimmsten Folgen verbunden sei.

Die dänische Regierung befindet sich in einer schwierigen Situation. Als kleines Land mit 4 Millionen Einwohnern militärisch völlig unterlegen, ohne auf fremde Hilfe hoffen zu können, von den Deutschen mit den modernsten Waffen bedroht, beschliesst die Regierung, keinen militärischen Widerstand zu leisten. Aufrufe an die Bevölkerung verkünden, man habe sich unter Protest gefügt und beschlossen, die Verhältnisse des Landes unter Hinnahme der deutschen Besetzung zu regeln. Die Regierung fordere daher alle auf, eine ruhige und beherrschte Haltung zu bewahren. Ministerpräsident Stauning begründet diese Entscheidung: Man habe «aus der ehrlichen Überzeugung» gehandelt, «dadurch Land und Volk vor einem schweren Schicksal zu bewahren».

Dennoch, für ein so freiheitsliebendes Land wie Dänemark bedeutet die Besetzung durch eine fremde Macht ein schweres Schicksal, und je schwerer dieses Schicksal auf der Bevölkerung lastet, desto stärker entwickelt sich der aktive und passive Widerstand.

Hier ist es zunächst die dänische Regierung, die sich in Verhandlungen mit den deutschen Stellen darum bemüht, ein möglichst demokratisches und selbständiges Dänemark zu bewahren. Dabei geht es einmal darum, den Deutschen gegenüber die nationalen Interessen möglichst gut zur Geltung zu bringen, und zum anderen darum, die dänischen Nationalsozialisten zu bekämpfen. Diese glauben, mit der deutschen Besetzung sei ihre grosse Stunde gekommen. Bereits am 10.

April 1940 fordern sie, «dass jetzt die Führung des Landes Fritz Clausen anvertraut wird» und dass eine deutschfreundliche Regierung gebildet werde. Fritz Clausen aber, der Führer des Nationalsozialismus in Dänemark, ist viel zu schwach, um dieser Forderung nachzukommen.

Die fünf demokratischen Parteien im dänischen Reichstag schliessen sich nur noch fester zusammen und bilden am 2. Juli eine nationale politische Sammlung, die alle Programmunterschiede zurückstellen will, um so die Integrität des Landes noch besser behaupten zu können.

Dass diese Integrität tatsächlich bedroht ist, merken die Dänen desto deutlicher, je länger die Besetzung andauert, und das geht auch aus den Worten Hitlers hervor, der gar nicht daran denkt, nach dem gewonnenen Krieg ein selbständiges Dänemark zu dulden. Durch die Propagierung des «germanischen Gedankens» werde er dem «König von Dänemark sein Volk langsam unter der Sitzfläche» wegziehen und Clausen werde dann der Nachfolger des Königs werden.

Aber diese Ansicht trägt. Wo immer sich der König zeigt, scharft sich die Bevölkerung um ihn, bezeugt ihm die Ehrerbietung und zeigt damit ihren passiven Widerstand gegen die deutsche Besetzung.

Und was Clausen anbelangt, so haben sich die deutschen Stellen ebenfalls geirrt. Um die dänischen Nationalsozialisten besser ins Spiel zu bringen, nimmt man die sog. «Telegrammkrise» zum Anlass. Zum 72. Geburtstag des Königs am 26. September 1942 hat Hitler diesem ein Glückwunschtelegramm übersandt. Des Königs Antwort: «Besten Dank für die Glückwünsche. Christian Rex» wird von den Deutschen als zu kurz und zu unhöflich betrachtet. So dürfe sich der Führer eines kleinen Landes dem Führer des Grossdeutschen Reiches gegenüber nicht betragen. Es sei an der Zeit, endlich dänische Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen. Die Regierung aber widersetzt sich, und bei den Parlamentswahlen vom 23. März 1943 erleiden die dänischen Nationalsozialisten eine vernichtende Niederlage. 90 Prozent der Wahlberechtigten – das ist ein einmaliger Rekord für Dänemark – geben ihre Stimme ab. Doch nur 2,5 Prozent, d.h. 3 von 149 Sitzen, kann die Partei Clausens für sich gewinnen.

Und dieses Ergebnis entspricht genau der Stimmung der Bevölkerung, in der sich im Laufe der Zeit der Widerstand zu organisieren beginnt.

Als man sich von dem lähmenden Schock der kampflosen Niederlage erholt hat, kommt es bereits im Sommer 1940 zu massenhaft demonstrierter Opposition. Überall in ganz Dänemark findet sich die Bevölkerung auf den öffentlichen Plätzen zusammen zum gemeinsamen Singen. Bei diesem «Allsang» singt man

von der «Muttersprache», von den «grünen Wäldern» und vom «tausendjährigen Dänemark». Hierin sieht man die Bekundung des dänischen Freiheitsdranges, einen Protest gegen die deutsche Okkupation und eine Stärkung des dänischen Gemeinschaftsgefühls. Um den Deutschen das Gefühl der Ablehnung zu bezeugen, wird die Haltung propagiert: «Zeigt ihnen die kalte Schulter.» Man trägt die dänische Flagge im Knopfloch, später die Königsplakette, eine senkrechte Flagge mit dem Königsmonogramm in Emaille und Silber, oder Anstecknadeln mit den Anfangsbuchstaben verschiedener Parolen, wie z.B. SDU (Smid dem ud – zu deutsch: Schmeisst sie raus).

Zum Widerstand gehört auch das Verhalten des dänischen Botschafters Henrik Kauffmann in den Vereinigten Staaten von Amerika. Gleich nach der deutschen Besetzung seines Heimatlandes erklärt er sich selbst zu einem «freien» dänischen Botschafter, der keine Weisungen aus Kopenhagen entgegennehmen, sondern stets nur den wahren dänischen Interessen entsprechend handeln werde. In seiner Begründung für diese Haltung findet er die überzeugenden Worte, die von der Welt verstanden werden und erklären, warum die dänische Regierung so oft «deutschfreundliche» Massnahmen ergreifen muss: diese würden nur unter dem Druck der Verhältnisse ausgeführt und entsprächen daher nicht dem Willen eines freien Dänemarks. In diesem Sinne unterzeichnet Kauffmann am 9. April 1941 ein Abkommen mit den USA, das diesen erlaubt, auf dem dänischen Territorium der Insel Grönland militärische Stützpunkte zu errichten, um so Europa besser mit Waffen und Material versorgen zu können.

Wie stark die Willenskundgebungen des «freien» Dänemarks von denen des «besetzten» abweichen, lässt sich beispielhaft aus dem Verhalten der dänischen Handelsmarine ersehen, die sich bei der Besetzung Dänemarks zum grössten Teil in fremden Häfen und Gewässern befindet. Von Dänemark aus erhält sie den offiziellen Aufruf ihrer Regierung, sich in neutrale Häfen zu begeben. Von London aus erhalten die Seeleute den Aufruf, der durch keinerlei dänische Autorität legitimiert ist, Häfen der Alliierten anzulaufen. Und die überwiegende Mehrheit der dänischen Seeleute gehorcht nicht ihrer offiziellen Regierung; sie nimmt das bittere Los auf sich, sich von ihrer Heimat und ihren Familien für eine ungewisse Zeit zu trennen, um die Alliierten zu unterstützen. 90 Prozent der Seeleute, ungefähr 5'000 Mann, ziehen es vor, alliierte Häfen aufzusuchen und mit ihren Schiffen unter englischer Flagge einen Beitrag im Krieg gegen Deutschland zu leisten. Von den 5'000 Seeleuten bezahlen 600 ihren Einsatz mit dem Leben, und rund 60 Prozent der Schiffe werden versenkt.

Aber auch in Dänemark selbst beginnt der Widerstand langsam aktiv zu werden. Die ersten Exemplare der Untergrundpresse erscheinen, und die ersten Sabotageakte werden verübt.

Als nach dem deutschen Angriff auf Russland in Dänemark die Kommunistische Partei verboten wird und die Kommunisten in den Untergrund gedrängt werden, bekommt der aktive Widerstand durch diese relativ kleine, aber von einem starken Zusammenhalt geprägte Gruppe einen bedeutenden Auftrieb.

Ganz allgemein wird dieser aktive Widerstand dadurch erschwert, dass er einerseits auch gegen die eigene Regierung geführt werden muss und dass es zum anderen in London, von wo aus dieser Widerstand am besten organisiert werden kann, keine dänische Exilregierung gibt, die hierfür eintreten könnte.

Dennoch kommt es bereits im Spätherbst 1940 zu dem ersten dänisch-englischen Gespräch in Stockholm, in dem die zukünftige Widerstandsarbeit festgelegt wird. Von englischer Seite werden die Verhandlungen von Charles Hambro geführt, einem Repräsentanten der britischen SOE, der Special Operations Executive, die im Juli 1940 eingesetzt wird, um von London aus in allen von den Achsenmächten besetzten Gebieten die Widerstandskräfte zu fördern und zu unterstützen. Die dänische Abteilung dieser SOE geht nun dazu über, im Ausland lebende Dänen für diese Arbeit zu gewinnen und für ihre Spezialaufgaben zu trainieren, insbesondere dafür, geheime Funkverbindungen einzurichten und Sabotageakte auszuführen.

Während man in England daran geht, die ersten Männer für ihren Fallschirmeinsatz vorzubereiten, wird von London aus versucht, den dänischen Politiker Christmas Möller für die Widerstandsarbeit zu gewinnen. Möller, der als Handelsminister auf deutschen Druck hin aus der dänischen Regierung ausscheiden musste, gilt als ausgesprochener Deutschenfeind und allgemein geschätzter Politiker. Seine Autorität soll mit dazu beitragen, die Widerstandsarbeit im Ausland und in der Heimat zu aktivieren. Unter der Bedingung, dass ihn Frau und Kind begleiten können, willigt Möller ein, aus Dänemark nach England zu fliehen. Ein Schiff nimmt die Familie an Bord, und versteckt unter einer Ladung Kaolin erreichen sie unversehrt die englische Küste. Am 14. Mai wendet sich Möller in der dänischen Rundfunksendung aus London an seine dänischen Landsleute. Er versucht, ihnen und der übrigen Welt zu erklären, warum die offizielle dänische Regierung zu taktischen Zugeständnissen an die Deutschen gezwungen sei, und kann gleichzeitig bekunden, von welchen Gefühlen das dänische Volk tatsächlich beseelt ist. Ihm gehe es darum, aus dem okkupierten Dänemark ein Dänemark zu machen, das

von den Feinden Deutschlands als alliierter Partner anerkannt werden kann. Dazu müsse man in Dänemark selbst aber einen sichtbaren Beitrag leisten, und so fordert er seine Landsleute über die BBC zu Widerstand und Sabotage auf.

Die ersten Fallschirmspringer mit Waffen und Funkgeräten werden über Dänemark abgesetzt. In Zusammenarbeit mit örtlichen Widerstandsgruppen, anfangs noch mit unzureichendem selbsthergestelltem Sprengmaterial und gestohlenen Waffen, werden die einzelnen Aktionen ausgeführt. Diese Aktionen nehmen mit der Zeit einen so grossen Umfang an, dass sich die deutschen Stellen genötigt sehen, die dänische Regierung zu drängen, Sabotage härter zu bestrafen. Die Regierung jedoch lehnt ab. Wegen Sabotage wird am 7. August in Esbjerg in Südwestjütland der Ausnahmezustand mit Ausgehverbot verhängt. Die Bürger der Stadt legen darauf ihre Arbeit nieder, und die Deutschen müssen ihre Massnahmen wieder aufheben.

Am 16. August kommt es in der Stadt Odense auf der Insel Fünen zu schweren Zusammenstössen zwischen der dänischen Bevölkerung und der deutschen Besatzungsmacht. Ausnahmezustand und Generalstreik folgen. Läden und Wohnungen von deutschfreundlichen Dänen werden zerstört. Den Mädchen, die sich mit deutschen Soldaten eingelassen haben, sogenannte «Feldmatratzen», werden Kleider heruntergerissen und Hakenkreuze mit Mennige auf den Rücken gemalt. Ein deutscher Offizier schießt in die aufgebrachte Menge und verletzt zwei junge Dänen. Daraufhin stürzt man sich auf den deutschen Soldaten und bringt ihm Verletzungen bei.

Erst nachdem der deutsche Kommandant nachgegeben hat, gelingt es am 26. August, in der Stadt wieder geordnete Verhältnisse herzustellen. Was hier in Odense geschehen ist, geschieht zu gleicher Zeit auch in vielen anderen dänischen Städten. Überall kommt es zu wilden Streiks. In Fabriken wird nicht mehr gearbeitet, Geschäfte bleiben geschlossen, Strassenbahnen und Omnibusse fahren nicht mehr.

Die Regierung kann den Volkszorn mit ihren Aufrufen nicht eindämmen. Dr. Werner Best, seit 1942 Reichsbevollmächtigter in Dänemark, sieht sich gezwungen, der dänischen Regierung am 28. August ein Ultimatum zu stellen. Sie müsse für das ganze Land den Ausnahmezustand verhängen, alle Streiks und Versammlungen müssten verboten, alle Waffen abgeliefert werden. Mit allen Machtmitteln sei zu verhindern, dass deutschfreundliche Personen belästigt werden. Eine Pressezensur unter deutscher Mitwirkung müsse etabliert werden, Standgerichte seien aufzustellen und vor allem müsse die Todesstrafe für Waffenbesitz und Sabotage eingeführt werden.

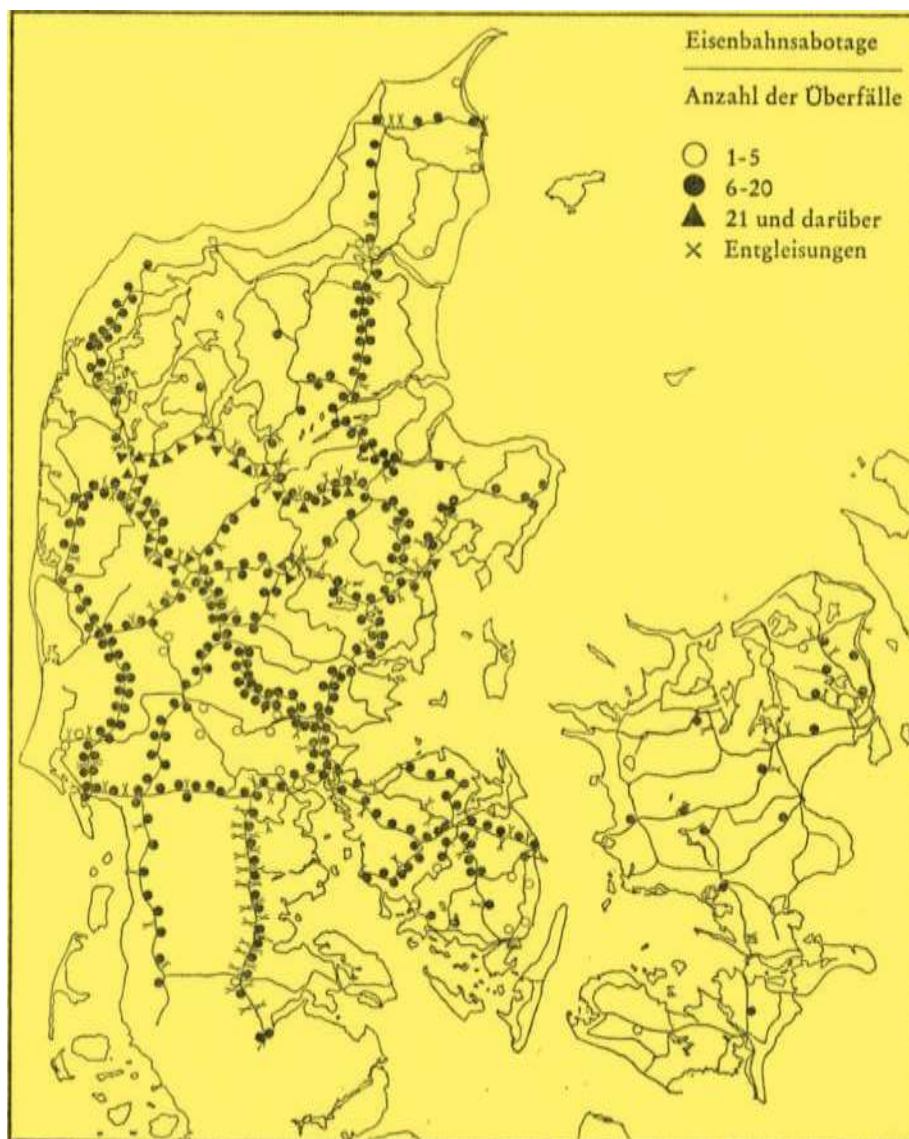
Dieses Ultimatum aber kann die Regierung unter keinen Umständen annehmen, zu stark ist der Druck des Volkes und zu gross ist der Stolz der führenden Politiker. Der König sagt «Nein», und die Deutschen gehen sofort zum Angriff über. Deutsche Soldaten und Panzer erscheinen auf den Strassen und übernehmen die ausübende Gewalt. Die dänischen Truppen werden ohne vorherige Warnung entwaffnet, die königliche Palastwache wird nach einer kurzen Schiesserei überwältigt und schliesslich durch deutsche Bewachung ersetzt. Der König ist somit eher ein Gefangener als ein Beschützter.

Der Chef der dänischen Marine, Vize-Admiral A. H. Vedel, der vor dem deutschen Angriff gewarnt worden ist, gibt um 4.07 Uhr persönlich den Befehl: «Flucht nach Schweden oder Selbstversenkung.»

In nicht ganz einer knappen Stunde werden daraufhin 29 Schiffe der dänischen Kriegsmarine auf Grund gesetzt, viele andere so schwer beschädigt, dass sie nicht mehr repariert werden können. 13 Schiffen gelingt die Flucht nach Schweden, so dass nur 13 kleine Schiffe in deutsche Hände fallen.

Des weiteren werden führende Persönlichkeiten der Presse, der Kunst, der Kirche, des Schulwesens und der Politik von deutscher Polizei verhaftet. Der Rundfunk kommt unter die Leitung eines Kommissars, und die dänische Presse wird ebenfalls stärker zensiert als bisher.

Doch all diese Massnahmen können den dänischen Widerstand nicht eindämmen. Im Gegenteil, je härter die Besatzungspolitik und je ungünstiger die Kriegslage für Deutschland wird, desto stärker treten die einzel-



In den Jahren 1944-1945 nahm die Eisenbahnsabotage ein so grosses Ausmass an, dass der Transport deutscher Truppen und deutschen Materials ernsthaft behindert wurde. In dieser Zeit sank die Transportleistung zeitweise um 75%. Insgesamt kam es in den Jahren 1942-1945 zu über 1'800 Eisenbahnschlägen.

nen Widerstandsorganisationen mit ihren Aktionen in Erscheinung. Von diesen Aktionen sind die Sabotageakte für die alliierte Kriegsführung am bedeutendsten, und die Dänen wissen, dass sie insbesondere in den Fabriken Sabotage üben müssen, in denen für die Deutschen kriegswichtiges Material hergestellt wird. Wenn diese Fabriken nicht durch Sabotage ausser Betrieb gesetzt werden, müssen die alliierten Bomber diese Aufgabe übernehmen, was natürlich einen weit aus grösseren Schaden für Dänemark bedeuten würde. Die Statistik der industriellen Sabotage für die Jahre 1940-1945 weist folgende Ziffern auf: 10; 19; 122; 969; 867 und 687 (1945 nur 4 Monate).

Die beiden grössten Sabotagegruppen von Kopenhagen sind BOPA («Borgerlige Partisaner», zu deutsch ungefähr: Partisanen der Mittelklasse) unter kommunistischer Führung und «Holger Danske», so genannt nach Holger Danske, einer dänischen Sagengestalt, die in schlechten Tagen wiederkommen werde, um Dänemark zu beschützen. Ursprünglich von 8 nationalistischen Dänen gegründet, haben sich hier später aktive Widerstandskämpfer aller politischen Richtungen zusammengefunden. Holger Danske arbeitet meist in kleinen Gruppen und ist so gut organisiert, dass jedes Mitglied nur seine unmittelbaren Mitarbeiter und auch die nur unter ihren Decknamen kennt. Diese Vorsichtsmassnahmen sind nötig, da sie der Sicherheit der Organisation zugute kommen. Einmal für den Fall, dass einzelne Mitglieder von den Deutschen aufgespürt und durch Folterungen zum Sprechen gebracht werden, und zum anderen für den Fall, dass Spitzel in die Organisation eingeschleust werden.

Die Schwierigkeiten der einzelnen Sabotagegruppen werden im Wesentlichen in folgendem gesehen:

1. Zu vermeiden, dass unschuldige Dänen bei den einzelnen Aktionen zu Schaden kommen;
2. Vorsorge zu treffen für eine schnelle Flucht vor Eintreffen der Deutschen oder der Polizei am Tatort;
3. die einzelnen Ziele zu erreichen, trotz der oft nur unzureichenden Mittel.

Typisch für einen solchen Sabotageeinsatz ist das Unternehmen gegen eine kleine Fabrik in der Nähe von Kopenhagen, in der verschiedene Einzelteile für deutsche Schulungsflugzeuge hergestellt werden. 10 Holger-Danske-Männer sperren kurzentschlossen den Verkehr von und zu der Fabrik ab, während drei andere ihr Sprengmaterial in dem Gebäude verteilen. Unter ihnen ist auch der furchtlose Widerstandskämpfer Jorgen Brandt, der eine 20 Pfund schwere Sprengladung in den ersten Stock gebracht hat und nun auf das Zeichen seiner Mitkämpfer wartet, die Sprengladung zu zünden. Das Zeichen kommt, und Brandt legt Feuer an die Zündschnur – jetzt heisst es, so schnell wie

möglich das Gebäude zu verlassen. Brandt rennt zur Tür, muss aber feststellen, dass sie ins Schloss gefallen ist und nur von aussen geöffnet werden kann. Bevor er noch ein Fenster erreichen kann, gehen die Sprengkörper in die Luft. Brandt wird zu Boden geworfen und bleibt unverletzt. Sein Gesicht aber ist von Russ geschwärzt und seine Kleider sind zerfetzt. Als er sich endlich ins Freie gearbeitet hat, sind die Deutschen bereits auf dem Fabrikhof eingetroffen. Brandt wird entdeckt und muss nun versuchen, seinen Verfolgern zu entkommen. Er rennt in die entgegengesetzte Richtung, überklettert einige Mauern und gelangt schliesslich in eine andere Fabrik. Hier wird er von dänischen Arbeitern versteckt, kann sich waschen, erhält neue Kleider und ein Fahrrad, so dass er doch noch unverseht zu seiner Gruppe zurückkehren kann.

Während die Holger-Danske-Gruppe in steigendem Masse Waffen und Sabotagematerial von England erhält, müssen die BOPA-Leute auf diese Lieferungen zunächst verzichten. Sie sind darauf angewiesen, sich ihre Ausrüstung selber zu beschaffen. Systematisch werden dänische und deutsche Militärdepots bestohlen, was jedoch immer schwieriger wird, da die deutschen Stellen zu immer stärkerer Bewachung übergehen. Der Kauf von regulärem Sprengmaterial ist deshalb besonders schwierig, weil dessen Herstellung in Dänemark verboten ist. So geht man u.a. dazu über, gefälschte Briefe an die Besatzungsmacht zu schreiben, in denen man Sprengstoff für dringende zivile Zwecke anfordert. Allein durch ein Schreiben, in dem man angibt, man brauche das Sprengmaterial, um ein gesunkenes Schiff im Kattegat zu sprengen, gelingt es der BOPA, 5'000 Kilo Dynamit von Deutschland zu erwerben.

Ausserdem geht man zur illegalen Waffenproduktion über. Ein Schmied kann dafür gewonnen werden, Gussformen herzustellen, die es ermöglichen, englische Maschinengewehre bis auf die Gewehrläufe nachzubauen. Diese werden beschafft, indem man ein dänisches Militärdepot ausplündert, und so gelingt es, mehr als 400 solcher Waffen für BOPA herzustellen.

Diese Waffen werden deshalb benötigt, weil es häufig vorkommt, dass man sich von den einzelnen Sabotageaktionen nur durch einen Feuerwechsel mit den Deutschen zurückziehen kann. Zu diesem Zweck, die Flucht zu erleichtern, werden auch Spezialautos angefertigt mit kugelsicheren Stahleinlagen und eingebauten Stahlnetzen, die bei Bedarf heruntergelassen werden können, um so die Reifen vor den Schüssen der Verfolger abzusichern.

Selbst an Versuchen, eigene Torpedos für die Unterwassersabotage gegen deutsche Schiffe herzustellen, hat es nicht gefehlt.

Als die Sabotageaktionen einen immer grösseren Um-

fang annehmen, sehen sich die Deutschen dazu gezwungen, an die dänische Polizei heranzutreten, für eine verstärkte Bewachung der gefährdeten Fabriken zu sorgen. Die Dänen aber argumentierten, sie könnten ihren Bewachungsaufgaben nur dann erfolgreich nachkommen, wenn sie wüssten, welche Objekte gefährdet seien und wo sich die Attentate am besten realisieren liessen. Daraufhin wird die dänische Polizei von den Deutschen mit Listen versorgt, in denen jede Fabrik angeführt ist, auf die man Sabotageakte zu befürchten habe. Des weiteren werden Pläne angefertigt, die zeigen, wie die einzelnen Objekte bewacht werden sollen und wo sich die einzelnen Stellen befinden, an denen am ehesten mit Sabotage zu rechnen sei. Natürlich geraten diese Pläne von der Polizei sofort in die Hände der Widerstandsbewegung, wodurch dieser ihre Arbeit sehr erleichtert wird.

Ein bedeutendes Sabotageunternehmen, das von BOPA-Männern ausgeführt wird, gilt der Radiofabrik Globus ausserhalb von Kopenhagen. Es handelt sich um eine der vier grossen dänischen Fabriken, deren Produktion fast ausschliesslich den Deutschen zugute kommt. Hergestellt werden hier Funkausrüstungen für die deutsche Luftwaffe und Teile für das Navigationssystem der neu entwickelten V-Waffen. Dementsprechend ist diese Fabrik natürlich besonders scharf bewacht. Nachdem man von der Polizei den genauen Plan der Fabrik erhalten hat und auch genau weiss, wo die deutschen Wachen postiert sind, ist es nach einer dreimonatigen Vorbereitung soweit. Tapfere BOPA-Männer sind gewillt, das Risiko auf sich zu nehmen. Zunächst verkleiden sich einige Widerstandskämpfer als Strassenarbeiter und beginnen am helllichten Tage, die Strasse zwischen der Fabrik und Kopenhagen zu «reparieren». In Wirklichkeit aber werden Sprengkörper in das Strassenbett eingebaut. Dann machen sich über 50 BOPA-Männer, die sich ausserhalb von Kopenhagen getroffen haben, mit Rucksäcken und Fahrrädern auf den Weg zur Fabrik. Wegen ihres meist jugendlichen Alters machen sie den Eindruck einer Pfadfindergruppe auf Campingfahrt. In ihren Rucksäcken aber sind keine Zelte und Kochtöpfe, sondern Waffen, Munition, Granaten und Sprengstoff.

In den Gärten der Häuser, die der Fabrik am nächsten gelegen sind, werden aus Pfadfindern aktive, zu allem bereite Widerstandskämpfer.

Punkt 7 Uhr abends, es ist Sommer und noch hellichter Tag, beginnt der Sturmangriff auf die Fabrik. Stacheldrahtverhaue werden überrannt, und das deutsche Bewachungspersonal wird mit Handgranaten und Maschinengewehren unter Feuer genommen. Das Fabriktor wird freigekämpft, und die Sprengladungen können an den genau vorausgeplanten Stellen ange-

bracht werden. Noch bevor die ersten Explosionen die Luft erschüttern, ist man bereits an der anderen Seite der Fabrik angelangt, wohin man Omnibusse beordert hat, mit denen jetzt die Flucht beginnt.

Das alles hat sich so schnell abgespielt, dass noch keine Verfolger zu sehen sind, als die Busse auf der Hauptstrasse in Richtung Kopenhagen davonfahren, und die vorsorglich eingebauten Sprengkörper, mit denen man eine Verfolgung unmöglich machen wollte, brauchen nicht gezündet zu werden. Als man jedoch an einer anderen Fabrik vorbeifährt, werden die Busse unter Feuer genommen. Schüsse durchschlagen die Wände und Scheiben, aber nur ein Mann wird ernsthaft verletzt. Alle anderen kommen mit heiler Haut davon. Dieser Angriff auf die Radiofabrik Globus ist der erste erfolgreiche grosse Sabotageakt, der bei Tageslicht durchgeführt wird, und so bedeutsam, dass General Eisenhowers Hauptquartier über Funk ein Glückwunschradiogramm an die dänische Widerstandsbewegung übermittelt.

Diese Widerstandsbewegung, die zunächst aus zahlreichen vereinzelt Gruppen besteht, die überall spontan erstanden sind, gibt sich am 16. September 1943 ein einheitliches Organ, den «Freiheitsrat Dänemark». In ihm sind die Vertreter der vier bedeutendsten Widerstandsorganisationen vereint: «Frit Danmark», eine Organisation, die in den meisten dänischen Städten durch eigene Gruppen vertreten ist und die sich aus Mitgliedern der verschiedensten politischen Richtungen und Berufe zusammensetzt. Die Informationsbewegung «Der Ring», die ihre Aufgabe zunächst darin sieht, das Inland und das Ausland über die wahren Vorgänge in Dänemark zu informieren, und erst später zum aktiven Widerstand übergeht. Die «Dansk Sæmning», eine christliche Partei, die einerseits als legale Partei existiert, gleichzeitig aber auch im aktiven Widerstand steht. Und die Widerstandsorganisation der Kommunistischen Partei Dänemarks.

Aufgabe dieser anonymen Dachorganisation «Freies Dänemark» ist es einmal, alle Widerstandsaktionen von einer Stelle aus zu koordinieren, und zum anderen, die dänische Widerstandsbewegung als einheitliches Ganzes dem Ausland und dem eigenen Volke gegenüber zu präsentieren. Diese programmatische Einheit kann erreicht werden, weil man von vornherein darauf verzichtet hat, spezielle parteipolitische Programmpunkte zu formulieren, sondern lediglich das als Ziel proklamiert hat, was die überwiegende Mehrheit der dänischen Bevölkerung tatsächlich anstrebt: die Wiederherstellung des nationalen Friedens und der nationalen Unabhängigkeit, verbunden mit einer sofortigen und unbedingten Rückkehr zu den Prinzipien der demokratischen Staatsform. Wie stark der Freiheitsrat

die Sehnsüchte des wahren Dänemarks verkörpert, lässt sich aus seiner ungeheuren Popularität ersehen, die er schon wenige Wochen nach seiner Gründung bei der dänischen Bevölkerung gewonnen hat. Will man sich informieren, will man wissen, was an kritischen Tagen vor sich geht und was zu tun ist, so hört man immer häufiger die Frage: «Was sagt der Freiheitsrat?» Man weiss, dass er sich um die wahren Interessen Dänemarks bemüht, und seine Autorität wird überall respektiert.

Besonders eng ist der Kontakt des Freiheitsrates auch zu Major Femming Muus, einem Vertreter der SOE in Dänemark, der im März 1943 mit dem Fallschirm von einem englischen Flugzeug über Nordjütland abgesetzt worden ist um Sabotage zu lehren, aufzubauen und zu leiten.

Eine weitere Aufgabe, die der Freiheitsrat zu bewältigen hat, ist der Aufbau einer dänischen Untergrundarmee unter einer einheitlichen Führung. Es gilt, die spontanen Rekrutierungen entlassener Offiziere so zusammenzufassen, dass eine einheitliche Planung möglich ist. In Verhandlungen mit den Alliierten hat der Freiheitsrat die Aufgaben der Untergrundarmee festgelegt: Sie soll sich im stillen organisieren und erst in der letzten Phase des Krieges in Erscheinung treten, einmal, um ein zu erwartendes Machtvakuum nach dem Zusammenbruch der deutschen Herrschaft mit all seinen verheerenden Folgen zu verhindern, und zum anderen, um die alliierte Befreiungsarmee bei ihrem Angriff auf Dänemark zu unterstützen. Im letzten Falle würde dann das Oberkommando der Untergrundarmee auf das alliierte Oberkommando über-



Eine Karikatur aus einer dänischen Untergrundzeitung, auf der zu sehen ist, wie Passagiere einer Strassenbahn die verschiedenen Publikationen der Untergrundpresse lesen, während sich zwei Kollaborateure in die offiziellen Zeitungen vertieft haben, deren Inhalt ganz nach den Wünschen der Besatzungsmacht gestaltet werden musste. Insgesamt wurden im besetzten Dänemark 538 illegale Zeitschriften herausgegeben, deren Auflagenhöhe sich wie folgt entwickelte: 1940: 1'200, 1941: 40'000, 1942: 301'000, 1943: 2'600'000, 1944: 10'935'000, 1945: 10'131'000. Dazu kamen 298 illegale Bücher und Pamphlete mit einer Gesamtauflage von 983'147 Exemplaren.

gehen. Bis zum Kriegsende erreicht die Untergrundarmee eine Gesamtstärke von insgesamt 45'000 Mann. Eine weitere militärische Einheit ist die dänische Brigade, die, in Schweden aufgestellt, 5'000 Mann umfasst und ebenfalls erst in der Endphase der Befreiung eingesetzt werden soll.

Neben der Organisation von Untergrundarmee, Sabotageaktionen, Waffenversorgung, Untergrundpresse und Nachrichtendienst, ist die Organisation der Fluchthelfer und Fluchtmöglichkeiten eine weitere Aufgabe des Widerstandes.

Von besonderer Bedeutung wird diese Fluchtorganisation für die Rettung der dänischen Juden vor dem Zugriff ihrer deutschen Verfolger. Am 28. September 1943 informiert der deutsche Handelsmarineattaché in Kopenhagen, Duckwitz, den dänischen Sozialdemokraten Hans Hedtoft von der geplanten Aktion gegen die dänischen Juden, die alle verhaftet und in Konzentrationslager eingeliefert werden sollen.

In sorgfältiger Spürarbeit hat die Gestapo schon längst alle jüdischen Menschen und ihre Wohnsitze ausfindig gemacht. Sie wartet nur noch auf den Befehl zum Losschlagen. Als dieser am 1. Oktober 1943 erteilt wird, hat sich die Warnung von Duckwitz in jüdischen Kreisen bereits herumgesprochen. Die meisten Häuser sind leer, da sich die Juden rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben. Die Suche der Gestapo aber geht weiter, und es wird dringend notwendig, die Juden ausser Land zu bringen. Neben anderen Organisationen und Einzelaktionen ist hier das Wirken des jungen Arztes Dr. Koster von besonderer Bedeutung. Die grosse Klinik, an der er beschäftigt ist und die von Deutschen nicht benützt wird, ist ein idealer Sammelplatz für seine verfolgten jüdischen Mitbürger. Hier gelingt es ihm, zahlreiche Juden solange zu verstecken, bis die von ihm organisierten Lastwagen eintreffen und seine gefährdeten Landsleute zu den Schiffen bringen, mit denen sie ins neutrale Schweden entfliehen können. Unermüdlich versucht Dr. Koster, der von seinen Kollegen und Krankenschwestern tatkräftig unterstützt wird, Geld aufzutreiben. Denn die Flucht muss bezahlt werden, und für die Seeleute, die sich zur Verfügung stellen, bedeutet sie ein erhebliches Risiko. Sie müssen ständig damit rechnen, bei diesen Unternehmen ihre Boote, wenn nicht gar ihr Leben zu verlieren.

Einmal hat Dr. Koster 50 Taxis organisiert, mit denen 150 Juden von der Klinik abgeholt und an einen einsamen Küstenstrich gefahren werden, wo man jetzt jede Minute das gecharterte Schiff erwartet. Als ein kleines Boot in Sichtweite gelangt, gibt einer das Erkennungssignal, das mit dem Kapitän vereinbart worden ist. Das Boot nimmt Kurs auf die Flüchtlingsgruppe, eröffnet aber plötzlich das Feuer. Man hat sich

geirrt. Das Boot, von dem man die Rettung erhofft hat, ist ein Boot der deutschen Küstenwache. Also schnell wieder in die Taxis und nichts wie weg. Ziel ist ein grosser Gutshof im Innern des Landes, der schon häufig dazu gedient hat, Flüchtlinge, die auf ihren Abtransport warten müssen, zu verstecken. Während jetzt in der Klinik angerufen wird, Essen für die 150 Personen zu besorgen, bemüht sich ein Fluchthelfer eiligst darum, ein neues Schiff für den Transport zu gewinnen. In einem kleinen Hafen findet er einen Fischer, der ihm sein Boot für 150'000 Kronen verkauft, mit dem die 150 Juden einen Tag später doch noch sicher nach Schweden gelangen.

Allein die Klinik Bispebjerg hat ungefähr eine Million Kronen gesammelt und damit über 2'000 Juden die Flucht ermöglicht. Auch andere Gruppen sind nicht minder aktiv gewesen. Insgesamt können 7'000 Juden nach Schweden fliehen. Diese Flucht wird dadurch erleichtert, dass die gesamte dänische Bevölkerung bis auf eine äusserst kleine Kollaborationsclique mit ganzer Sympathie hinter ihren jüdischen Mitbürgern steht und dass die deutsche Wehrmacht die grossen Transporte augenscheinlich nicht sehen will. Nur 450 Juden können von der Gestapo inhaftiert werden. Und auf Betreiben von Dr. Best werden sie alle ausnahmslos in das Konzentrationslager Theresienstadt, nicht in die Vernichtungslager überführt. Daher kommt es, dass von diesen 450 lediglich 48 sterben müssen, was dem Durchschnittsalter entsprechend als normale Sterbequote angesehen werden muss. Im Widerstand gegen die Endlösung der Judenfrage haben die Dänen den erfolgreichsten Beitrag geleistet.

Aber nicht nur die Juden, sondern alle, die in Gefahr sind, werden systematisch nach Schweden gebracht. Vor allem Widerstandskämpfer, die sich so exponiert haben, dass sie in Dänemark nicht mehr untertauchen können, und Angehörige der alliierten Luftstreitkräfte, die über Dänemark abgeschossen worden sind. Alles in allem kann so insgesamt 18'000 Menschen zur Flucht verholfen werden.

Begründet werden die Massnahmen gegen die Juden damit, dass sie es seien, die hauptsächlich zu Aufhetzung, Sabotage und Terror beigetragen hätten. Das aber stimmt natürlich nicht, und die Dänen fallen auf solche Propaganda nicht herein. Die Sabotage hat ihre Ursache allein darin, dass sich das dänische Volk nicht unterdrücken lassen, sondern aktiv etwas für seine Befreiung unternehmen will. Und die Ursachen des Terrors sind darin zu sehen, dass sich die Deutschen diese Sabotageakte nicht gefallen lassen können und ihnen mangels anderer Möglichkeiten mit Terror entgegenreten. Sie wollen nicht dulden, «dass auch nur ein Stein aus dem Wall entlang dem Atlantik und der

Nordsee herausgenommen würde», und müssen die Sabotage daher bekämpfen.

Am 8. September 1943 wird die erste Erschiessung eines Widerstandskämpfers öffentlich bekanntgegeben. Es handelt sich um einen Konstrukteur namens Poul Edvin Kjaer Sørensen, der an der Sprengung von 6 Lokomotiven teilgenommen hat und von einer deutschen Patrouille bei der Sicherstellung von Sprengstoff überrascht wird.

Durch diese Terrormassnahmen aber können die Sabotageakte nicht eingedämmt werden. Im Gegenteil, die deutschen Gegenmassnahmen sind eher dazu angetan, die Verbitterung der Bevölkerung noch weiter zu steigern und noch mehr Menschen in den aktiven Widerstand zu treiben. Eine Gemeinschaftsarbeit dänischer Historiker beschreibt die Folgen von Terror und Gegenterror:

.. Im November 1943 verlegte General v. Hanneken sein Hauptquartier nach Silkeborg in Nordjütland. In Verbindung mit dem 28. August kam die deutsche Polizei, die Gestapo und die Sicherheitspolizei nach Dänemark. Sie erhielten nun grosse Macht. Vom 1. November an wurde die deutsche Polizei von dem ‚Höheren SS- und Polizeiführer‘ Günther Pancke geführt. Am 18. November sprengten Saboteure die Brücken bei Langaa südlich von Randers. Es war der Anfang einer grossen Sabotagekette, die den Verkehr in Nordjütland lahmlegte. Als Antwort darauf richteten die Deutschen am 22. November den Arbeiter Svend Eduard Rasmussen und den Bäcker Marius Jeppesen hin. Sabotagen und Hinrichtungen folgten einander, und von Dezember an begann die Freiheitsbewegung, die dänischen Spitzel, deren sich die Gestapo bediente, niederzuschliessen, zu liquidieren. Die Deutschen beschlossen, einen Gegenterror durchzuführen. Am 30. Dezember wurden Revolverattentate auf den Folketingsabgeordneten und späteren Aussenminister Ole Björn Kraft und den Journalisten Christian Damm verübt; die Verwundungen waren jedoch nicht tödlich. In der Nacht auf Mittwoch, den 5. Januar 1944, wurde der grosse dänische Dramatiker, Pastor Kaj Munk, von deutschen Zivilisten bei den Hörbylund-Hügeln in der Nähe von Silkeborg ermordet. Er hatte versucht, in Dichtungen und Predigten zum aktiven Widerstand aufzufordern. Ganz Dänemark trauerte um ihn.

Am 5. Januar 1944 kam der frühere Abteilungschef der deutschen Sicherheitspolizei, Otto Bovensiepen, nach Dänemark mit der Aufgabe, Sonderaktionen mit Hilfe freiwilliger, besonders ausgebildeter Deutscher, später auch Dänen, zu unternehmen. Als Unruhestifter bedienten sich die Deutschen auch des aus Dänen bestehenden Korps, des Schalburgkorps, und der Hilfspolizei, der Hipo, die sich besonders verhasst machte.

Der Grundsatz war nun: Bombe für Bombe, Leben für Leben. Die deutsche Gegensabotage wurde bald vom Volkswitz ‚Schalburgtage‘ getauft. Nach grossen Sabotagen folgten Schalburgtage, die sich gegen Unternehmen, grosse Zeitungen, insbesondere in der Provinz, gegen Kinos, Filmateliers und Studentengebäude richteten. Wenn ein deutscher Spitzel erschossen wurde, so folgte der Vergeltungsmord – häufig an hervorragenden dänischen Staatsbürgern. ‚Clearingmorde‘ wurden diese Verbrechen mit blutiger Ironie genannt.»

Über den Volksstreik in Kopenhagen heisst es dann weiter:

«Den Deutschen ging es an allen Fronten schlecht. Am 5. Juni 1944 kapitulierte Rom. Am 6. Juni kam die Meldung, dass die Alliierten im Rahmen einer gigantischen Operation ein Invasionsheer in der Normandie gelandet hatten. General Dwight D. Eisenhower, der die Invasion leitete, sandte über die BBC eine Botschaft an die unterdrückten Völker: ‚Die Stunde der Befreiung ist nahe, wenn auch dieser einleitende Angriff nicht in eurem eigenen Lande stattfand.‘ Bis zur Befreiung müsse Disziplin und Zurückhaltung bewahrt werden.

Dennoch liessen die Kopenhagener ein paar Wochen später alle Selbstbeherrschung und Zurückhaltung fahren. Am 22. Juni hatten Saboteure die Gebäude des Maschinengewehr-Syndikats im Freihafen gesprengt. Die Deutschen richteten acht Patrioten hin und ‚schalburgierten‘ Borgernes Hus, Tivoli und die Kgl. Porzellanfabrik. Die Wehrmacht und die Gestapo drängten Best zu weiteren Strafmassnahmen, nicht zuletzt, um die Widerstandsbewegung stärker hervorzulocken. Er erliess am 25. Juni das Verbot aller Versammlungen von mehr als fünf Personen und verordnete eine Sperrzeit mit dem Verbot jeglichen Strassenverkehrs nach 20 Uhr. Das Zuhausehocken an den drückend heissen Sommerabenden glich einer Art Stubenarrest. Am nächsten Tag, Montag, den 26. Juni, legten die Arbeiter der grossen Schiffswerft Burmeister & Wain um 12 Uhr mittags die Arbeit nieder. Sie schrieben an Best, dass sie ihre Schrebergärten bearbeiten müssten. Am Abend gingen die Menschen trotz Verbots auf die Strassen. An den Strassenecken wurden Feuer angezündet. Die deutschen Streifen schossen auf die Leute, und die Krankenwagen mit Toten und Verwundeten jagten heulend durch die Stadt. Am Freitag, den 30. Juni, wuchs der ‚Geh-früh-nach-Hause-Streik‘ plötzlich zu einem totalen Volksstreik aus. Am Abend des gleichen Tages sperrten die Deutschen Gas, Wasser und Strom. Bei strahlendem Sommerwetter flüchtete ein Strom von Menschen aus Kopenhagen aufs Land, während deutsche Panzerwagen, Tanks und Truppen in die Stadt gezogen wurden. Am Sonnabend, den 1. Juli, erklärte

das deutsche Militär in Kopenhagen den Belagerungszustand. Die Vorräte waren gering, und vor allem war der Wassermangel katastrophal. Trotz des deutschen Terrors mit wilden Schiessereien überall in der Stadt, zeigte sie am Abend wieder ihr wahres Gesicht. Feuer flammten auf, Barrikaden wurden errichtet, deutschfreundliche Geschäfte wurden zerstört.

Die Deutschen waren daran interessiert, die Produktion in Gang zu bringen. Unter Einwirkung von Duckwitz, der Verbindung zu dänischen Politikern hatte, gab Best nach. Am Sonntag erliessen die Vorsitzenden der Hauptorganisationen im Einvernehmen mit den Politikern und Staatssekretären einen Aufruf mit der Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, um eine Katastrophe zu vermeiden. Es stellte sich später heraus, dass die Deutschen eine besondere Operation ‚Monsun‘ geplant hatten, in deren Rahmen Stadtviertel bombardiert werden sollten. Am nächsten Morgen kamen Verkehr und Arbeit jedoch nur langsam in Gang. Der Freiheitsrat forderte dazu auf, den Streik fortzusetzen, bis das Schalburgkorps aus dem Lande entfernt worden sei. In einer Verhandlung mit dem Staatssekretär des Aussenministeriums, Nils Svenningesen, teilte Best mit, dass das Schalburgkorps Anweisung erhalten habe, sich nicht auf der Strasse zu zeigen. Es gelang Wilhelm Buhl in einer persönlichen Verhandlung mit Best, die Zusage zu bekommen, dass das deutsche Militär aus Kopenhagen abgezogen werde. Er konnte diese Mitteilung in einer Rundfunksendung machen, in der auch Ole Björn Kraft und der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes sprachen. Der Freiheitsrat forderte nun ebenfalls zur Arbeitsaufnahme auf. Am Dienstag kam die Arbeit wieder in Gang, und am Mittwoch wurde sie in vollem Umfang wieder aufgenommen. Die Deutschen ihrerseits zogen das Militär zurück, hoben die Sperrzeit auf, setzten die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wieder in Betrieb und verlegten das Schalburgkorps nach Ringsted in Nordseeland. Der Volksstreik bewirkte eine engere Verbindung zwischen den Politikern und dem Freiheitsrat ...»

Nach diesem Erfolg des Volksstreiks gehen Sabotage und Terror weiter. Am 4. Juli fliegt in der Stadt Aarhus in Jütland ein deutscher Munitionstransport in die Luft. 33 Menschen werden getötet, viele verletzt. Ganz Jütland wird daraufhin von deutschen Vergeltungstruppen heimgesucht. In Aarhus werden alle Strassenbahnwagen durch «Schalburgtage» zerstört.

Wenig später kommt es zum Abtransport von Insassen dänischer Konzentrationslager. Die Eisenbahner wollen streiken, sehen sich aber zur Weiterarbeit gezwungen, als man ihnen mit der Drohung begegnet, jeden zehnten Eisenbahner zu erschiessen.

Um die Sabotage zu bekämpfen, sind die deutschen Stellen schon häufig an die dänische Polizei herantreten, in der Absicht, sie für diese Arbeit zu gewinnen. Sie müssen aber immer wieder feststellen, dass von dieser nur ein kleiner Teil zur Kollaboration bereit ist. Der andere, weitaus grössere Teil stellt überdies eine potentielle Gefahr dar, die bei der zusehends schlechter werdenden Kriegslage jederzeit zur aktiven Bedrohung der deutschen Position werden kann. Daher entschliesst man sich, mit einem überraschenden Schlag die gesamte dänische Polizei zu entwaffnen und gefangenzunehmen. Am 19. September 1944 wird zur Tarnung ein fingierter Luftalarm ausgelöst und alle dänischen Polizeistationen besetzt. Während 2'000 Polizisten gefangenommen und in das Konzentrationslager Buchenwald überführt werden, gelingt es 7'000 anderen zu entkommen und im Untergrund unter der Führung des «Freiheitsrates» eine eigene illegale Polizeitruppe aufzubauen.

Ende 1944 werden Professor Mogens Fog und andere Führer der Untergrundbewegung verhaftet. Sie werden im Dachgeschoss des Schell-Hauses, des Hauptquartiers der Gestapo in Kopenhagen, untergebracht und sollen hier als lebende «Sicherungen» gegen Bombenangriffe festgehalten werden. Um Neujahr 1945 verbreitet sich die Nachricht, dass der unerschrockene Schriftsteller und Redner Peter de Hemmer Selbstmord verübt habe, indem er sich vom vierten Stock des Schell-Hauses den Treppenschacht hinuntergestürzt hat. Für Hemmer bleibt es der letzte Ausweg, den Folterungen der Gestapo zu entgehen und der Versuchung, etwas gegen andere Widerstandskämpfer auszusagen.

Im März 1945 trifft die Untergrundbewegung erneut ein schwerer Schlag. Die Widerstandsleitung in Kopenhagen kann von den Deutschen verhaftet werden. Einer weiteren Razzia kommen die Engländer zuvor, indem sie das berühmte Schell-Haus bombardieren, wobei zahlreiche Akten zerstört und führende Gestapoleute getötet werden. Einige der Gefangenen, darunter auch Professor Mogens Fog, können bei dieser Gelegenheit entkommen und stellen sich der Widerstandsarbeit sofort erneut zur Verfügung.

Die militärische Lage Deutschlands wird immer hoffnungsloser. Doch Sabotage und Terror gehen weiter. Im März 1945 werden 36 Dänen hingerichtet, im April sind es 22. Die Erbitterung des Volkes steigt. Die dänische Untergrundarmee hält sich zum Einsatz bereit. Am 3. Mai 1945 erlässt der Freiheitsrat folgenden Aufruf an das illegale Heer: «Falls die Deutschen den Kampf wählen, so wissen wir, dass ihr bereit seid. Jeder wird seinen Posten einnehmen und seine Pflicht tun. Kommt der Feind jedoch zur Vernunft, so wäre es ein Glück, dass unser Land von weiteren Blutopfern

verschont würde. Ihr werdet in diesem Falle die Bewachungsaufgaben haben, für die ihr bestimmt seid, und alle Repressalien gegenüber den Geschlagenen verhindern.»

Und der Feind kommt wirklich zur Vernunft. Dr. Best gelingt es, Admiral Dönitz, der nach Hitlers Selbstmord dessen Nachfolger als Reichskanzler geworden ist, davon zu überzeugen, es nicht zu sinnlosen Kampfhandlungen in Dänemark und Norwegen kommen zu lassen.

Die bereits zitierte Abhandlung dänischer Historiker beschreibt den 4. Mai 1945, der für Dänemark die lang ersehnte Freiheit bringt:

«In der dänischen Abteilung des englischen Rundfunks in London schwirrten noch mehr Gerüchte herum als in Dänemark. Bald waren russische Fallschirmspringer auf Lolland-Falster gelandet, bald wurden die Engländer bei Kolding, bald bei Aarhus gemeldet. Am Freitag, den 4. Mai, hatte Redakteur Johs. G. Sørensen um 20.30 Uhr eine Rundfunksendung für Dänemark. Die Sendung wurde wie gewöhnlich durch das rufende, dumpfe Trommelsignal mit drei kurzen und einem langen Schlag eingeleitet, das sich mehrmals wiederholte. Dann folgten die Takte des Prinz-Jörgen-Marsches. Und dann die Stimme: ‚Hier ist London! Die BBC sendet für Dänemark.‘ Zuerst die Programmübersicht und die einleitenden Nachrichten. In dem Augenblick erhielt der Sprecher von einem Mitarbeiter einen Stoss und schaltete das Mikrophon für einen Augenblick aus. Es war geschehen! Kapitulation der deutschen Truppen in Nordwestdeutschland, Holland und Dänemark! ‚Mit gewaltiger Anspannung, um die Stimme zu beherrschen, gebe ich das Zeichen, ruhig zu sein, schalte das Mikrophon ein und sage es, wiederhole, langsam und genau, kein Wort darf verlorengehen, man darf sich jetzt nicht versprechen. Meine Aufgabe ist es, für die da zu sein, die auf die Botschaft aus London warten – und hier ist sie. Ich bin nur eine Stimme, und es ist meine Pflicht, eine ruhige und klare Stimme zu sein.‘

Um 20.35 Uhr hörte Dänemark im Rundfunk: ‚In diesem Augenblick wird mitgeteilt, dass Montgomery erklärte, dass die deutschen Truppen in Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark kapituliert haben. Hier ist London. Wir wiederholen . . .‘ Im selben Augenblick war es im ganzen Lande bekannt: ‚Die Deutschen haben kapituliert!‘ In Kopenhagen liefen die Leute von allen Strassen auf Kongens Nytorv zu-

sammen. Wie eine unruhige, jubelnde Flut strömte die Menge die Bredgade hinunter nach Amalienborg, vorbei an einer langen Kolonne deutscher Soldaten, die in entgegengesetzter Richtung marschierten, leicht vornübergebeugt, mit dem Helm auf dem schweren Gepäck. Niemand triumphierte. Man lief weiter, vorbei an deutschen Wachtposten hinter rostrotem Stacheldraht, nach Amalienborg, wo die dänische Polizei Barrikaden errichtet hatte. Vaterländische Lieder wurden gesungen. Und das norwegische: ‚Ja, wir lieben unser Land! Norwegen war ja noch nicht dabei. Überall in Dänemark feierte man vor Freude, und die Angehörigen des illegalen Heeres tauchten aus ihren geheimen Unterkünften auf, in bunter halbziviler Montierung, mit blau-weiss-roten Armbinden; 43'000 Mann im ganzen Land. Ihre Aufgabe war es, die Bewachung und den Wachdienst zu übernehmen, den Verkehr zu regeln und Verhaftungen von Landesverrätern, Spitzeln, Schalburgleuten, Hilfspolizisten, ‚Feldmatratzen‘ und Wehrmachtsproflitern vorzunehmen. Hier und da geschah es, dass der jahrelang zurückgehaltene Hass hell aufloderte. Im Allgemeinen glückte es jedoch, Zügellosigkeiten zu verhindern, und man vermied eine ‚Nacht der langen Messer‘.»

Am 9. Mai kommt das dänische Parlament zur ersten freien Sitzung nach fünf Jahren zusammen. Auf die Regierungsbildung haben die Widerstandskämpfer einen bedeutenden Einfluss. Der dänische Politiker Buhl, der am 7. November 1942 auf deutschen Druck hin als Minister zurücktreten musste, wird zum ersten dänischen Ministerpräsidenten ernannt. In seiner Antrittsrede dankt er den Alliierten und huldigt der dänischen Widerstandsbewegung.

«Nun ist der Tag gekommen, den das dänische Volk in diesen schweren Jahren der Bedrängnis mit brennender Sehnsucht erwartet hat. Das deutsche Joch ist gebrochen. Dänemark, unser Vaterland, ist wieder frei. Die Freiheit und die Verantwortung des freien Mannes gehören uns Dänen wieder. Es ist meine Überzeugung, dass das dänische Volk seiner Zukunft mit gesunder und unverletzter Lebenskraft entgegengeht.» Am 8. Juli wird der «Freiheitsrat» vom dänischen König empfangen und mit Dank und Anerkennung gewürdigt. Die dänische Widerstandsbewegung hat ihr doppeltes Ziel erreicht. Dänemark wird als alliierter Partner anerkannt, und Dänemark kann wieder in Frieden und Freiheit leben.

Norwegen

Am 9. April 1940 beginnen die militärischen Operationen gegen Dänemark und Norwegen. Während Dänemark keine Möglichkeit sieht, militärischen Widerstand zu leisten, kommt es in Norwegen zu harten und erbitterten Kämpfen. Die Küstenbatterien müssen niedergekämpft werden. Der schwere Kreuzer «Blücher» und die leichten Kreuzer «Karlsruhe» und «Königsberg» gehen verloren. Deutschen Gebirgsjägern unter Generalmajor Dietl gelingt die Landung bei Narvik. Am 30. April treffen die von Oslo und Trondheim vormarschierenden deutschen Kräfte zusammen. Die norwegischen Landstreitkräfte und die alliierten Truppen, die ihnen zu Hilfe geeilt sind, werden geschlagen. Der norwegische König Haakon und die Regierung Nygaardsvold fliehen nach England, bilden in London eine Exilregierung und führen von hier aus auch nach der Kapitulation ihrer Streitkräfte den Freiheitskampf Norwegens weiter.

In Norwegen selbst wird von deutscher Seite die Regierungsgewalt dem Reichskommissar Terboven übertragen, der zusammen mit dem Führer der norwegischen Nationalsozialisten, Vldkun Quisling, und dessen Partei, der «Nasjonal Sämning» (NS), das Ziel verfolgt, das demokratische Norwegen in ein nationalsozialistisches umzuwandeln. Hiergegen vor allem wendet sich der von einer aktiven Minderheit eingeleitete norwegische Widerstand, der später so gut wie von der gesamten Bevölkerung getragen wird.

Zunächst versucht Terboven, ganz nach dem Vorbild der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland, seine Pläne durch eine «legale Revolution» zu verwirklichen. Unter Zurückstellung Quislings, dessen Partei nie mehr als 2% der Wähler repräsentiert hat, versucht er solche politischen Kräfte für sich zu gewinnen, die von der Mehrheit des norwegischen Volkes unterstützt werden. Die norwegische Volksvertretung, der «Storting», soll selbst den Beschluss fassen, den König und die Exilregierung abzusetzen. Diese Forderung Terbovens wird vom Präsidium des Stortings zunächst abgelehnt und als völlig unannehmbar bezeichnet. Unter dem Druck massiver Drohungen und der deprimierenden französischen Kapitulation entschliesst man sich dann aber doch zu einem Schreiben an den König, in dem ihm die Abdankung «zugunsten des Volkes» nahegelegt wird. Die Antwort des Königs vom 3. Juli ist ein klares «Nein». Zwar würde er sich jederzeit einem Mehrheitsbeschluss des norwegischen Volkes fügen, nicht aber einem Vorschlag, der eindeutig verfassungswidrig und nur aufgrund der deutschen Machteinwirkung zustande gekommen sei.

Nachdem es Terboven nicht gelungen ist, durch eine entsprechende Mehrheit der norwegischen Volksvertreter den König und die Exilregierung abzusetzen, verkündet Terboven in einer Rede vom 25. September 1940, dass der König entthront ist und dass das Parlament und sämtliche politischen Parteien bis auf die Partei Quislings aufgelöst sind. 13 «provisorische Staatsräte» werden eingesetzt, von denen 10 der Nasjonal Sämning angehören, während der unpopuläre Quisling selbst noch im Hintergrund bleiben muss. Erst im Februar 1942 wird Quisling zum Ministerpräsidenten einer norwegischen Regierung ernannt, die jedoch als echte «Quislingregierung» völlig abhängig vom Reichskommissar Terboven bleibt.

Diese Rede vom 25. September aber zeigt dem norwegischen Volk auch, was ihm in Zukunft bevorsteht. Die deutschen Okkupanten wollen nicht nur im Rahmen des Völkerrechts eine durch Kriegsnotwendigkeiten bedingte militärische Besatzungsherrschaft, sondern darüber hinaus eine Nazifizierung des ganzen Landes herbeiführen. Schlagartig klären sich nun innerhalb Norwegens die teilweise schwankenden Fronten, und die Front des Widerstandes entsteht.

«Der Gleichschaltungsprozess», so schreibt Willy Brandt in seinem aufschlussreichen Buch «Norwegens Freiheitskampf», «wurde nun forciert, und die Bevölkerung blieb nicht unbeeindruckt von dem Anschauungsunterricht, der ihr erteilt wurde. Staats- und Gemeindebeamte wurden wegen politischer Unzuverlässigkeit abgesetzt. Sie wurden vielfach durch völlig unqualifizierte Personen abgelöst. Politische Delikte sollten, soweit sie nicht von deutschen Instanzen verfolgt wurden, durch ein aus Quislingen gebildetes ‚Volksgericht‘ abgeurteilt werden. Im Anschluss an die Auflösung der Parteien dekretierte man das Verbot zahlreicher anderer Organisationen. Nazistische Presse- und Filmdirektorate wurden errichtet. Neben ausländischen Namen figurierten bald bekannte norwegische Schriftsteller auf schwarzen Listen.

Die Gewerkschaften durften nach dem 25. September weiterbestehen. Die Machthaber erzwangen jedoch eine teilweise Umbesetzung der obersten Leitung. Personen, die sie für gefügiger hielten, übernahmen Spitzenfunktionen. Die wirkliche Stimmung innerhalb des Gewerkschaftsbundes kam auf einer im Oktober abgehaltenen Tagung des Landesausschusses zum Ausdruck. Dort wurde eindeutig festgestellt, dass die Bewegung ihr Programm aufrechterhalte und nicht bereit sei, ihr Recht auf Selbstbestimmung preiszugeben. Opposition machte sich auch bemerkbar, als die neuen Nazibehörden Loyalitätserklärungen der Stadt- und Gemeindevertretungen verlangten. In Oslo wurde die aus Arbeiterparteilern bestehende Mehrheit des Magistrats

verhaftet, nachdem sie eine Erklärung des Inhalts entworfen hatte, dass sie an das von den Wählern gegebene Mandat gebunden und nicht gewillt sei, im Widerspruch dazu zu handeln.

Die spontanen norwegischen Proteste richteten sich in erster Linie gegen die Machenschaften der einheimischen Nazis. Quisling gelang, was so vielleicht niemand anderem gelungen wäre: Er einigte fast das gesamte Volk – gegen sich. Die äusseren Bedingungen, unter denen sich die NS-Partei entfalten konnte, waren denkbar günstig. Alle öffentlichen Beamten und Angestellten wurden mit der Entlassung bedroht, falls sie es ablehnten, der Partei beizutreten. Unbegrenzte Geldquellen, aus den Mitteln der verbotenen Organisationen sowie aus den Kassen des Staates und der Gemeinden, standen der Quisling-Bewegung zur Verfügung. Sie konnte die gesamte Presse und alle Rednertribünen für ihre Propaganda ausnutzen. Und dennoch blieb der Zuzug neuer Mitglieder wesentlich auf Glücksritter, verunglückte Existenzen und kriminelle Elemente beschränkt. Im Sommer 1941 hatte man 30'000 Mitglieder zusammengebracht, eine doch recht bescheidene Ziffer ...

Besonders starker Protest wurde laut, als die Nazis ungeschickt genug waren, einen Vorstoss gegen die Sportbewegung zu unternehmen. Vor dem Kriege gab es in Norwegen neben dem «Landesverband» einen starken Arbeitersport. Diese beiden Richtungen, die zusammen über 300'000 Mitglieder zählten, verhandelten schon vor dem Kriege über den Zusammenschluss. Im September 1940 wurden die Verhandlungen in positivem Sinne abgeschlossen. Im November machten die Nazibehörden ihren Gleichschaltungsversuch. Sie wollten der vereinigten Bewegung neue Leiter aufzwingen. Die Antwort war eine der grossartigsten Manifestationen des passiven Widerstandes.

Die demokratisch gewählte Leitung begnügte sich nicht mit Protestschreiben. Sie lancierte zugleich die Parole des ‚Sportstreiks‘, die die überwältigende Mehrheit der Sportler während der ganzen Dauer der Okkupation befolgte. Die Jugend wurde durch den Vergewaltigungsversuch der Nazis geradezu in das Lager der Opposition getrieben. Sie wurde auch politisiert, und aus den Reihen der sonst fast nur dem Sport huldigenden Jugend gingen viele patriotische Kampfgruppen hervor. Der offizielle Sportverband, der nun also unter nazistischer Führung stand, führte trotz grosszügiger staatlicher Unterstützung ein mehr als kümmerliches Dasein. Es gelang ihm mit grosser Mühe, einige wenige Vereine am Leben zu erhalten. Alle anderen liessen sich eher auflösen und ihr Eigentum beschlagnahmen, als dass sie mit der ihnen aufgezwungenen Führung zusammengearbeitet hätten. Der Streik

der Sportler bestand in der Ablehnung der Teilnahme an allen öffentlichen Wettbewerben.

Die Nazis versuchten, die Front durch Verhaftung und «lebenslängliche» Disqualifizierung namhafter Sportler, u.a. der bekanntesten norwegischen Skiläufer, zu brechen. Aber auch das blieb nutzlos.

Die Streikparole bedeutete jedoch keineswegs eine tatsächliche Lahmlegung des norwegischen Sports. Inoffiziell lebten die Vereine weiter. Abseits von den bekannten Sportplätzen, ausserhalb der Städte und in den Wäldern wurde eifrig geübt. Die Verbindung im Bezirks- und Reichsmassstab wurde geheim aufrechterhalten. Illegale Meisterschaften wurden bei Einhaltung aller Regeln durchgeführt, wobei es allerdings gelegentlich zu Verhaftungen kam. Als die Fremdherrschaft zur Neige ging, hatten sich die Nazibehörden mehr oder weniger mit der Existenz eines illegalen Massensports abfinden müssen.»

Nach dem erfolglosen Angriff auf die norwegische Sportbewegung kommt es kurz darauf zum Konflikt mit dem Obersten Gericht. Die Mitglieder dieses Gerichts, dessen Aufgabe u.a. darin besteht, die Gesetze daraufhin zu prüfen, ob sie mit den Bestimmungen der Verfassung übereinstimmen, wollen es sich nicht nehmen lassen, auch die Verordnungen der von Terboven eingesetzten Staatsräte auf ihre Verfassungsmässigkeit zu überprüfen. Als sie ihre Stimme gegen die Rechtswidrigkeit solcher Verordnungen erheben, weist Terboven ihren Protest zurück. Daraufhin treten kurz vor Weihnachten 1940 der Präsident des Obersten Gerichts, Paal Berg, und seine Kollegen von ihren Ämtern zurück. Kollaborationswillige Richter werden eingesetzt, die erklären, dass alle Verordnungen des Reichskommissars und der ihm verantwortlichen Staatsräte gültiges norwegisches Recht sind.

Dieser geschlossene Rücktritt der höchsten Richter Norwegens zeigt dem ganzen norwegischen Volk, dass es nicht mehr nach den Grundsätzen der Verfassung regiert wird und dass es die Pflicht der echten Patrioten ist, an solchen verfassungswidrigen Massnahmen nicht mitzuwirken.

Über den Widerstand der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, der den Gleichschaltungsversuchen entgegengesetzt wird, schreibt Willy Brandt:

«Die Verteidigung des Rechtsstaates und des nationalen Eigenlebens waren das A und O des norwegischen Widerstandes. Diese Verteidigung musste vor allem von jenen Gruppen der Bevölkerung vorangetragen werden, die auf Grund ihrer Ausbildung und Stellung dazu besonders berufen waren. Das Reichsgericht hatte eine allgemeine Richtlinie gegeben. Die Kirche hatte sich ihr angeschlossen. Dasselbe taten die freien Berufsgruppen.

Der Bund der Rechtsanwälte unterstützte – in Übereinstimmung mit den Richtern – jene Haltung, die das Reichsgericht gegenüber Terboven verfochten hatte. Er protestierte im Frühjahr 1941 gegen Verordnungen des Justizministeriums, durch die die Behandlung politischer Delikte in hohem Masse der Willkür überlassen wurde. Nach diesen Protesten wurde im Juni 1941 verordnet, dass Anwälte, deren Haltung dem ‚Geist der neuen Zeit‘ widerspreche, ihrer Rechte enthoben würden. Das wurde bald praktiziert, und bekannte Juristen wanderten ins Gefängnis oder Konzentrationslager. Die Anwälte verweigerten auch in den folgenden Jahren Beitragsleistungen an den NS-Advokatenbund und lehnten es in ihrer grossen Mehrheit prinzipiell ab, Massnahmen der Nazibehörden irgendwie zu unterstützen. Das führte zu zahlreichen Verhaftungen und Konfiskationen.

Die Vereinigung der Ärzte lehnte im Herbst 1940 jegliche Zusammenarbeit mit der NS ab. Im folgenden Frühjahr setzte die Ärzteschaft ihr ganzes soziales Gewicht ein, nachdem sich Hirdleute [eine Art SA der Quisling-Partei] eines brutalen Überfalles auf den Oberarzt eines Krankenhauses der Osloer Umgebung schuldig gemacht hatten. Sämtliche Oberärzte erklärten mit Unterstützung der übrigen Ärzteschaft und des Pflegepersonals, dass sie nicht die Verantwortung für die Patienten tragen könnten, falls solche Ausschreitungen ungeahndet blieben. Die NS-Leute mussten retirieren und den verhafteten Oberarzt wieder in seine Stellung einsetzen. Ebenso wie die Anwälte weigerten sich die Ärzte, Beiträge an die von der NS aufgezoogene Vereinigung zu leisten. Diese Haltung wurde auch dann aufrechterhalten, als Strafbeiträge erhoben wurden.

Die Schauspieler in Oslo, Bergen und Trondheim traten im Frühjahr 1941 in den Streik. Sie wollten sich nicht durch den gleichgeschalteten Rundfunk und zu anderen nazistischen Propagandazwecken missbrauchen lassen. Der Streik dauerte mehrere Wochen, und eine Reihe bekannter Künstler wurde verhaftet. Als der Konflikt abgeblasen wurde, hatten die Schauspieler durchgesetzt, dass sie nicht zu politischer Propagandarbeit gezwungen werden könnten.

Von besonders grosser Bedeutung war die im Mai 1941 geschaffene Front der Berufsorganisationen, von den Gewerkschaften bis zur Vertretung der Künstler.

43 Landesvorstände unterzeichneten einen an Terboven gerichteten Protest, in dem die Völkerrechts- und verfassungswidrigen Verordnungen der kommissarischen Staatsräte, die Hirdüberfälle und der gegen die Beamtenschaft gerichtete politische Druck angeprangert wurden. Nach einigen Wochen berief Terboven die Unterzeichner zu einer Besprechung ein, wo er sie in

der grössten Weise beschimpfte und bedrohte. Drei Gewerkschaftsführer und die leitenden Vertreter der Ärzte, Anwälte, Ingenieure und der Kaufmannschaft liess er unmittelbar durch die Gestapo abführen. Gleichzeitig wurde die Auflösung mehrerer der beteiligten Organisationen bekanntgegeben. Die übrigen Verbände wurden der Kontrolle von Kommissaren unterstellt. Das Innenministerium errichtete eine Zentralstelle mit der Aufgabe, darüber zu wachen, dass alle Organisationen in Übereinstimmung mit ‚den Erfordernissen der politischen Neuordnung‘ geleitet würden.

Die Neuordner beabsichtigten, die Berufsorganisationen als Basis der korporativen Neubildung des Staates zu benutzen, auf die das Programm der NS ausgerichtet war. An Stelle des Stortings sollten ein Wirtschafts- und Kulturting und als deren Überbau ein Reichsting geschaffen werden. Die Mitglieder dieser Körperschaften sollten nicht gewählt, sondern von der NS-Führung als Vertreter verschiedener Verbände und Innungen delegiert werden. Zunächst bemühte man sich, die Macht über die bestehenden Berufsorganisationen mit verschiedenen Kniffen sozusagen friedlich in nationalsozialistische Hände zu bringen. Das musste misslingen. Der nächste Versuch ging darauf hinaus, die Organisationen durch das Kommissarsystem zu erobern. Aber auch hier blieb der Erfolg aus. Nicht besser ging es 1942, als Quisling auf die Idee kam, Zwangsmemberschaften anzuordnen. Die Mitglieder reagierten spontan und lehnten es ab, Beiträge an Organisationen zu entrichten, auf die sie keinen Einfluss mehr hatten. Die Norweger verteidigten jede öffentliche Institution, jede Organisation. Den Nazis wurde nichts geschenkt. Sie mussten jede Organisation und Institution, an der ihnen gelegen war, neu okkupieren. Und nachdem sie sie besetzt hatten, mussten sie immer wieder feststellen, dass sie zwar Apparate erobern konnten, nicht aber die Menschen, von denen das Leben einer Organisation abhängig ist. In den Händen der Quisling-Leute blieben die Organisationen leere Schalen. Die Mitglieder bezahlten trotz Strafandrohungen keine Beiträge. Sie besuchten keine Versammlungen. Sie schickten die gleichgeschalteten Verbandsblätter vielfach ungelesen zurück.

Die Okkupation allen freien Organisationslebens hatte auch zur Folge, dass der nationale Widerstand in immer höherem Masse ‚illegale‘ Formen annahm, – illegal in den Augen der Nazis. Solange es irgendeine Möglichkeit dazu gab, brachten die Norweger ihren Standpunkt durch offene, namentlich gezeichnete Kundgebungen zum Ausdruck. Durch die Gleichschaltung wurde die Ebene der legalen Opposition jedoch immer mehr eingeengt. An Stelle jedes freien Zusammen-

Schlusses, dessen sich die Nazis bemächtigten, entstand mindestens eine geheime Körperschaft, häufig entstanden mehrere ..

Die einzelnen illegal weiterexistierenden Organisationen, die im ganzen Land eigene Ausschüsse bilden, finden sich dann unter einer einheitlichen Leitung in der zivilen «Heimatfront» zusammen, deren Aufgabe es ist, den zivilen Widerstand Norwegens zu koordinieren. Ihr gelingt es, alles Trennende vorerst zurückzustellen und den gemeinsamen nationalen Kampf, der im Wesentlichen passiv geführt werden soll, erfolgreicher zu gestalten. Die Untergrundpresse, die zeitweilig über 200 verschiedene Organe zählt, wird organisiert und mit den entsprechenden Nachrichten versorgt, um damit eine einheitliche Willensbildung des Widerstandes zu gewährleisten. Die finanziellen Mittel für die illegale Arbeit sind aufzubringen. Die Familien derjenigen, die im Widerstand ihren Beruf oder gar ihr Leben verloren haben, müssen unterstützt werden. Ausser freiwilligen Spenden werden auch beträchtliche Summen von der Exilregierung über Schweden ins Land gebracht und der Heimatfront zur Verfügung gestellt. In der Heimatfront, unter der Führung des zurückgetretenen Gerichtspräsidenten Paal Berg zusammengefasst, gelingt es dem norwegischen Widerstand, Gleichschaltungs- und Nazifizierungsversuchen des Reichskommissars und der Quislinge entgegenzuwirken.

Zum ersten Konflikt zwischen der 1942 eingesetzten norwegischen Regierung unter Vidkun Quisling und den Kräften der Heimatfront kommt es beim Kampf der norwegischen Nationalsozialisten um die norwegische Jugend. Nach dem Muster der Hitlerjugend sollen alle Jungen und Mädchen im Alter von 10 bis 18 Jahren in einem «Jugenddienst» unter Führung der Nasjonal Sámling erfasst werden. Gleichzeitig sollen sämtliche Lehrer zwangsweise einem NS-Lehrerbund beitreten.

«In dieser Situation fiel den Lehrern die Rolle einer Avantgarde im Freiheitskampf zu. Von ihrer Haltung hing es ab, ob die nazistische Erfassung der Jugend gelingen würde oder nicht. Ihre Haltung zur Frage der Zwangsmitgliedschaft war ausserdem von beispielgebender Bedeutung für andere Berufsgruppen. Die Lehrer enttäuschten nicht das in sie gesetzte Vertrauen. Sie sahen die Gefahr, die der Jugend und dem ganzen Volk drohte und die Verpflichtung, die ihnen daraus erwuchs. Angesichts dieser Gefahr gab es für sie keine Rücksicht auf das eigene Schicksal, kein Herausreden mit Hinweis auf die Konsequenzen, die sich durch den Widerstand für sie und ihre Familien ergeben könnten. Sie waren sich über alle möglichen Konsequenzen im klaren, als sie den Kampf aufnahmen. Die Lehrer hat-

ten eine starke Macht gegen sich. Das Volk aber stand auf ihrer Seite.

Nachdem Quisling seine Verordnung erlassen hatte, lancierte die illegale Führung der ‚Lehrerfront‘ die Gegenparole. Im Laufe weniger Tage schichten über 95% der Lehrer Briefe an den NS-Lehrerbund. Jeder der Briefschreiber teilte mit, dass er sich nicht als Mitglied betrachte, da eine solche Mitgliedschaft und die geforderte Teilnahme an einer Jugenderziehung im Sinne der NS seinem Gewissen und seinen Anstellungsbedingungen widersprächen. Von dieser Haltung liessen sich die Lehrer auch dann nicht abbringen, als Quisling durch eine neue Verordnung bekanntgab, dass Austritt aus dem Lehrerbund Entlassung bedeute. Die Quislingsbehörden liessen die Schulen schliessen, und den Lehrern wurde kein Gehalt ausgezahlt. Das nützte aber nichts. Mit Hilfe der Eltern ging man an vielen Orten dazu über, die Schüler gruppenweise in Wohnungen zusammenzufassen. Auf diese Weise konnten die herumwandernden Lehrer zumindest einen Teil des Unterrichts aufrechterhalten. Sie machten den Schülern den Inhalt des Konflikts klar und ermahnten sie, den Schwierigkeiten durch Fleiss zu begegnen. Es wurde ein festes Treuebündnis zwischen Lehrern und Schülern geschlossen. Es wurde zu einer nationalen Pflicht, trotz aller Hindernisse zu lehren und zu lernen. Die Sperrung der Gehälter verfehlte gleichfalls ihre Wirkung. Durch die Heimatfront wurden illegal mehrere Millionen Kronen für Unterstützungszwecke aufgebracht. Die in Arbeit stehenden Lehrer entrichteten zeitweise bis zu 40% ihres Gehalts an den Hilfsfonds für ihre entlassenen Kollegen.

Durch eine andere Gegenparole wurde die gesamte Elternschaft in die Protestbewegung einbezogen. Zehn-, ja Hunderttausende persönlich unterzeichneter Schreiben wurden an das Ministerium für Sport und Arbeitsdienst gerichtet, dem der geplante Jugenddienst unterstand. Die Eltern erklärten, dass sie die Teilnahme ihrer Kinder an diesem Dienst verweigerten. An eine planmässig und das ganze Land umfassende Organisation der Quisling-HJ war auf Grund des massiven Widerstandes nicht zu denken. Die NS-Behörden machten 1942 und auch später einige lokale Versuche – z.T. in der Form, dass Kinder von der Polizei abgeholt wurden –, mussten aber immer wieder feststellen, dass es die Eltern mit ihrer schriftlich fixierten Ablehnung ernst nahmen. Sie hielten den Boykott des Jugenddienstes aufrecht, auch wenn das Verhaftung und Einlieferung ins Konzentrationslager zur Folge hatte.» (Willy Brandt)

Als Quisling einsieht, dass er mit seinen Drohungen nichts erreichen kann, lässt er über tausend Lehrer verhaften. An die 800 Lehrer werden von der Gestapo

Die Handelsflotte mit dem Kampfwert eines Millionenheeres

Einer der Beweggründe Hitlers, Norwegen zu überfallen, bestand zweifellos in dem Wunsch, sich in den Besitz von dessen Handelsflotte zu setzen.

Der U-Bootkrieg war in vollem Gang und hatte bereits seine grossen Opfer gefordert. Für die Alliierten bestand in diesem Krieg – wie im vorigen – die absolute Lebensnotwendigkeit, die Verbindungen über die grossen Weltmeere offenzuhalten. Mit grösseren, leistungsfähigeren und schnelleren U-Booten setzten die Deutschen ihre Hoffnung darein, diesmal das fertigzubringen, was ihnen das letztemal beinahe geglückt wäre: Grossbritannien von dem Rest der Welt abzuschneiden.

Die Deutschen wussten, dass es sich für die Engländer nicht nur darum handelte, Mittel und Wege zu finden, um sich gegen die U-Boote zu verteidigen. Für sie galt es in erster Linie, ausreichende Tonnage zu besitzen, um das Ganze in Gang zu halten, bis die richtige Antwort auf die U-Bootangriffe gefunden und bis Amerika in den Krieg eingetreten war. Die Alliierten an der Benutzung der neutralen Tonnage zu hindern, musste daher ein wichtiges Glied in den strategischen Plänen der Deutschen sein. Die norwegische Handelsflotte, die viertgrösste und modernste der Welt – das war ein Objekt, das bestimmt in den Augen der Deutschen für sich schon gross genug war, um den Angriff auf Norwegen zu rechtfertigen.

Doch unsere Handelsflotte ist selbst in einem Weltkrieg nur zu einem verschwindenden Teil in den heimischen Häfen und Gewässern zu finden. Fünf Sechstel der Flotte, im ganzen ungefähr tausend Schiffe mit einer Gesamttonnage von etwa 4 Millionen, befanden sich am 9. April ausserhalb der Reichweite der Deutschen. Nicht viele Stunden nach Besetzung der norwegischen Radiostationen strömte eine Flut von Wellen in den Äther hinaus, die die Zehntausende norwegischer Seeleute mit Befehlen, Versprechungen und Beschwörungen überschütten sollten: Haltet euch fern von alliierten Häfen. Versucht norwegische oder neutrale Gewässer zu erreichen.

Hier soll nicht untersucht werden, ob die Deutschen die geringste Chance hatten, ihre Pläne durchzuführen, auch wollen wir nicht Betrachtungen darüber anstellen, wie sich der Gang des Krieges entwickelt hätte, wenn es nach Wunsch der Deutschen gegangen wäre. Aber es ist schwerlich eine Übertreibung, wenn man sagt, dass der stille, von der Welt fast unbeachtete Kampf, der in den ersten Tagen nach dem 9. April um unsere Handelsflotte geführt wurde, wenigstens für Grossbritannien ebenso bedeutungsvoll war, wie die Schlacht um Norwegen selbst. Wären die Engländer vor die Wahl zwischen unserem Land und unserer Handelsflotte gestellt worden, so kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, was ihre Antwort gewesen wäre: Gebt uns die Handelsflotte. Die Engländer wussten, dass ihnen ein langes Ringen bevorstand.

Es war ein Glück im Unglück, dass wir darum herumkamen, den Engländern unsere Handelsflotte zu geben. Sie brauchten sie auch nicht zu nehmen; unsere Flotte entging

dem Schicksal, das dänische Schiffe zum Teil erlitten: unter englische Flagge gesetzt zu werden.

Eine Reihe Umstände trug hierzu bei. In erster Linie natürlich die Tatsache, dass Norwegen den Kampf gegen die Deutschen aufnahm, dass wir mit einem Schlage Grossbritanniens Alliierte wurden. Danach die feste und unerschütterliche Haltung unserer Seeleute. Doch drittens und viertens – und vielleicht war das sogar das Ausschlaggebende – der Umstand, dass unsere Regierung mit grosser Tatkraft und bemerkenswertem Weitblick die gesamte Handelsflotte des Staates requirierte, zwei drei Tage, nachdem ein paar verantwortungsbewusste und beherzte und energische Norweger in London, ohne jede Kenntnis der Pläne ihrer Regierung, gegenüber den englischen Behörden erklärt hatten, sie würden dafür sorgen, dass die Flotte unter einheitliche norwegische Leitung käme.

Dies letztere geschah am 18. April. Ein paar Tage danach erhielt die neue Institution ihren offiziellen Namen: «The Norwegian Shipping and Trade Mission», und fast gleichzeitig ihren «nom de guerre»: «Nortraship» – die Telegrammadresse, die die Telegraphenbehörde vorschlug, weil «Norshiptra» nicht gut klänge. Am 25. April, das heisst gut vierzehn Tage nach dem Angriff auf Norwegen, begann Nortraship offiziell ihre Tätigkeit. Am gleichen Tage kam der Schiffsfahrtsdirektor von Norwegen nach England herüber mit der Vollmacht der Regierung und dem Text der vorläufigen Verordnung vom 22. April 1940 in der Tasche. Nun konnte die Arbeit ernsthaft beginnen.

Tausend norwegische Schiffe auf allen Weltmeeren .. War sich irgend jemand wohl ganz bewusst, was für eine Aufgabe man auf sich geladen hatte? Diese Schiffe, die bis zu dem Zeitpunkt, wo der eiserne Vorhang heruntergelassen wurde, von den wachsamen Augen Hunderter gesonderter, in ganz Norwegen verstreuter Reedereikontore mit ihren Tausenden von Angestellten aufs Genaueste verfolgt wurden – diese gigantische Flotte sollte nun unter die reedereimässige Kontrolle einer Handvoll Norweger in einem fremden Land, und noch dazu unter Kriegsverhältnissen, gebracht werden. An sie sollten sich die Tausende von Kapitänen in all den mannigfachen Fragen wenden, die der Betrieb von Handelsschiffen mit sich bringt. Auf den Schultern dieser wenigen Männer lastete die Sorge für Leben, Wohl und Wehe Zehntausender norwegischer Seeleute, die Verantwortung für einen wesentlichen Teil unseres Nationaleigentums, der jetzt, wo wir in den Strudel des Krieges hineingezogen waren, dazu bestimmt war, unsere wichtigste Waffe zu werden.

Glücklicherweise war für Reflexionen keine Zeit vorhanden. Zunächst galt es, den äusseren Rahmen zu schaffen. Büroräume zu mieten und das notwendige Personal zu engagieren. Das war bald geschehen. Sodann mussten alle Schiffe von der stattgefundenen Übernahme in Kenntnis gesetzt werden. Doch dies wiederum war nicht möglich, bevor man sich eine genaue Übersicht darüber verschafft hatte, über welche Schiffe man eigentlich verfügen konnte und wo

diese sich befanden. Bei dieser Aufgabe erwies sich unser auswärtiger Dienst mit seinem Netz von Gesandtschaften und Konsulaten in allen Teilen der Welt als äusserst wertvoll. Die Versicherung der Flotte, die am 9. April erloschen war, und dann einige Tage später rein provisorisch von den englischen Behörden gedeckt wurde, musste eine dauernde und geschäftsmässige Basis erhalten. Es handelte sich ja um enorme Werte, die noch dazu einer ständigen Gefahr ausgesetzt waren. Sodann musste bis zu dem Zeitpunkt, wo man mit dem Eingang von Frachtgewinnen rechnen konnte, ein Betriebskredit beschafft werden. Eine grosse Aufgabe nach der anderen meldete sich.

Und in dieser ganzen Zeit konnte die Flotte nicht still liegen. Von allen Teilen der Welt liefen Telegramme mit Meldungen und Anfragen ein, die umgehender Antwort bedurften. Ein Tag unnötigen Aufenthalts in einem Hafen kann mehrere tausend Kronen kosten. Hat das Schiff seine Reise beendet, so entsteht die Frage, wohin es anschliessend dirigiert werden soll. Ein anderes Schiff hat vielleicht einen Teil seiner Mannschaft verloren, sie wollten nach Hause nach Norwegen, um in den Krieg zu ziehen. Einem dritten fehlt Geld zur Proviantierung. Ein viertes hat Havarie erlitten und muss repariert werden. Und so ins Unendliche fort.

Es war wahrhaftig keine leichte Aufgabe für die Männer in London, auf alle diese Dinge eine befriedigende Antwort zu erteilen. Und es gibt genug Seeleute, die an die Anfangsperiode mit etwas gemischten Gefühlen zurückdenken,

an diese Tage und manchmal sogar Wochen, wo ihr Schiff zu niemandes Nutzen in irgendeinem Hafen stilllag.

Nach und nach indessen fing diese ungeheure Maschinerie an zu funktionieren. Selbstverständlich hatte man Vorbilder imVorkriegs-Norwegen für den Aufbau einer Grossreederei. Doch dieses Unternehmen hier war ja so unvergleichlich grösser, es war die bei weitem mächtigste Reederei, die die Welt je gesehen hatte. Und dann – ein Ding war es, sich ihre Organisation auszudenken, ein anderes, sie tatsächlich in Aktion zu setzen.

Die Nortraship, das grösste Unternehmen, das Norwegen je besessen hat, ist zugleich die grösste Reederei der Welt. Ihre rund tausend Angestellten verteilen sich auf die zwei Hauptkontore London und New York und ungefähr fünfzig Abteilungskontore. Überall in der Welt betreuen ihre Vertreter die norwegischen Schiffe, die noch heute, im fünften Kriegsjahr, die sieben Meere befahren. Dank ihrer Kenntnis der lokalen Verhältnisse stehen sie der Schiffsleitung mit Rat und Tat zur Seite, mag es sich nun um die Ausführung von Reparaturen, um Neuverproviantierung, um die Beschaffung von Bargeld oder eine der unzähligen anderen Schiff und Besatzung betreffenden Angelegenheiten handeln. Eine Vorstellung von dem weltumspannenden Dienst der norwegischen Handelsflotte mit ihren rund 30'000 Seeleuten vermittelt die Liste der wichtigsten Unterkontore der Nortraship. Es sind dies in England: Glasgow, Greenock, Liverpool und Cardiff, in Kanada: Montreal, in Indien: Kalkutta und Bombay, in Afrika: Cape Town und



Verteilung der norwegischen Schiffe in der Welt am 9. April 1940. Die Flaggen repräsentieren insgesamt 1'024 Schiffe.

Suez, in Australien: Melbourne, in Island: Reykjavik und östlich der Sperrzone: Göteborg in Schweden, welches letzteren Kontor, nebenbei gesagt, Aufgaben zufallen, die sich von denen der anderen wesentlich unterscheiden.

Was unsere Seeleute in dem vier Jahre langen Ringen geleistet haben, mit welchem Heroismus sie ihren täglichen Dienst inmitten der tödlichsten Gefahren ausgeführt haben, das in all seinen dramatischen Einzelheiten zu schildern, muss einer späteren Zeit vorbehalten werden. Nur soviel kann man sagen, dass sie überall dabei waren, wo an echten Seemannsgeist die höchsten Anforderungen gestellt wurden. Sie haben an der Versorgung des grossen Bollwerks Malta entscheidenden Anteil gehabt; von den drei Schiffen, die nach der militärischen Landung als erste in den Hafen von Neapel einfuhren, führten zwei die norwegische Flagge; Norwegens Tankerflotte, die mit ihren mehreren hundert Schiff-

fen im Frieden die drittgrösste und modernste der Welt war, brachte vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg dem britischen Weltreich 40 Prozent des von ihm dringend benötigten Öls ...

Unsere Handelsflotte blickt auf eine Tradition zurück, die jeden Norweger mit Stolz erfüllt. Ihren in der ganzen Welt anerkannten Leistungen in langen Friedensjahren hat sie in dieser grossen Prüfungszeit Taten hinzugefügt, die in der anleuchtenden Ereignissen reichen Geschichte Norwegens fortleben werden. Was sie für den Kriegseinsatz der Vereinten Nationen bedeutete, das hat man in England und Amerika in die Worte gefasst: Der Beitrag der norwegischen Handelsflotte zu unseren gemeinsamen Kriegsanstrengungen entspricht dem Kampfwert von einer Million Soldaten.

(Aus: Tjord Fridjof, Norwegens totaler Kriegseinsatz)

nach Kirkenes, einer Stadt an der Küste des Eismees, deportiert und als Zwangsarbeiter eingesetzt. Doch auch diese Massnahmen können die Lehrerschaft nicht aufreissen. Anfang Mai 1942 wird der reguläre Schulbetrieb wieder aufgenommen, und nur eine kleine Minderheit der Lehrer wird Mitglied im NS-Lehrerbund. Auch die nach Kirkenes deportierten Lehrer können im Herbst des gleichen Jahres wieder zurückkehren. Das Vorhaben, die norwegische Jugend im Sinne des Nationalsozialismus zu erziehen, ist damit gescheitert.

Als die Proteste der Kirche gegen die Einrichtung des Jugenddienstes und die Einführung des NS-Lehrerbundes von den Quislingsbehörden ignoriert werden, versagt die Kirche dem Staat ihre weitere Gefolgschaft. In einem Hirtenbrief verkünden die norwegischen Bischöfe, dass sie ihre Ämter niedergelegt haben. Sie könnten nicht mit einer Regierung zusammenarbeiten, die Gewaltmassnahmen gegen die Kirche unternimmt und duldet, denn das bedeute eine Verleugnung des göttlichen Auftrags. «Wir müssen der Stimme unseres Gewissens folgen und danach trachten, die Kirche vor allen ungerechten Angriffen des Staates in Schutz zu nehmen. Regierungsformen mögen sich ändern, nicht aber der Wille Gottes, der uns den Auftrag gibt, unsere Stimme gegen die Tyrannei zu erheben. Wehe über uns, wenn wir Gott nicht mehr gehorchen als den Menschen.» Mit ihrer verfehlten Kirchenpolitik haben Terboven und Quisling auch die Kirchen beschleunigt in den Widerstand getrieben. 95% der Pfarrer und die grosse Mehrheit der von den Gemeinden gewählten Kirchenräte erklären sich mit dem Schritt der Bischöfe solidarisch.

Was mit der Kirche nicht gelingt, gelingt auch nicht mit anderen Gruppen des norwegischen Volkes. Journalisten, Verleger, Schauspieler, Musiker und andere Künstler weigern sich, nazistischen Organisationen bei-

zutreten oder an nazistischen Unternehmungen teilzunehmen. Ebenfalls scheitert Quisling an der Gleichschaltung der Wirtschaftsverbände. Weder die Unternehmer noch die Arbeitnehmer lassen sich in einer «Arbeitsfront» oder in einer sonstigen nazistisch geführten Organisation zusammenfassen.

Die bereits seit längerer Zeit schwelende Auseinandersetzung mit der Universität Oslo erfährt im August 1943 ihren Höhepunkt. Die Anzahl der Studenten soll beschränkt und die Auswahl nicht mehr allein von der geistigen Befähigung abhängig gemacht werden. Die Professoren protestieren gegen diesen Eingriff in die Freiheit der Universität, die als unabänderliche Voraussetzung einer freien Wissenschaft nicht angetastet werden darf. Daraufhin werden ohne jede Begründung 10 Professoren und 70 Studenten verhaftet. Fakultäten und Studenten protestieren. In 2500 Briefen verlangen die Studenten die Freilassung ihrer Kommilitonen. Weitere Verhaftungen sind die Folge und eine neue Aufnahmebedingung: Norweger, die auf deutscher Seite am Krieg teilgenommen haben, müssen bevorzugt behandelt werden. Da es zu keiner Einigung kommt, wird die Brandstiftung einer illegalen Studentengruppe in der Aula der Universität zum Anlass genommen, die Universität zu schliessen und die männliche Studentenschaft zu verhaften. Von ungefähr 3'000 Studenten in Oslo wird nur die Hälfte aufgespürt. Die anderen können sich verstecken, schliessen sich einer Widerstandsgruppe an oder fliehen nach Schweden. Von den Verhafteten werden über 600 nach Deutschland deportiert. Ein Teil von ihnen kann noch während, die grosse Mehrheit erst nach Beendigung des Krieges in die Heimat zurückkehren.

So wenig wie es Quisling erreicht, die Intelligenz für sich zu mobilisieren, so wenig gelingt es ihm, irgendeine nennenswerte Gruppe für seine Politik zu gewinnen. Vom eigenen Volk als Verräter gehasst, vermag

er auch nicht, die Zustimmung Hitlers für seine Pläne zu gewinnen. In einem Bericht von Rosenberg über «Die politische Vorbereitung der Norwegenaktion» aus dem Jahre 1940 heisst es, dass Quisling es als seine Aufgabe sehe, «gestützt auf eine kleine aber fest entschlossene Minderheit, Norwegens Schicksal an das Grossdeutschlands als eines Kraftzentrums einer nordisch-germanischen Lebensgemeinschaft zu binden». Quisling, dem ein relativ selbständiges Norwegen im Rahmen eines «Grossgermanischen Bundes» unter deutscher Führung vorschwebt, stösst mit seinen diesbezüglichen Plänen und dem Wunsch, mit Deutschland zu einem Friedensvertrag zu kommen, bei Hitler auf wenig Gegenliebe. Hitler lässt Quisling wissen, es könnten «während des Krieges keinerlei Verhandlungen und Erörterungen über einen endgültigen oder einen vorläufigen Friedensschluss zwischen dem Grossdeutschen Reich und Norwegen oder über sonstige Massnahmen stattfinden, die die Stellung Norwegens zum Reich nach Beendigung des Krieges irgendwie festlegen oder vorwegnehmen». Hitler will sich nicht festlegen, und Goebbels bezeichnet in seinem Tagebuch die Absicht Quislings, «im Hintergrund ein gänzlich freies Norwegen anzustreben», als «naive Vorstellung». So muss Vidkun Quisling seine Rolle als «Quisling» – dieser Name hat sich für seinesgleichen als fester Begriff eingebürgert – bis zum bitteren Ende beibehalten, eine Rolle, die ihn 1945 als Verräter an den Galgen bringt.

Seine Politik, die nicht nur als Handlangerdienst für Hitlersche Interessen verstanden werden will, und die Politik Terbovens, von dem selbst Goebbels sagt, dass er seine Aufgabe in Norwegen «als SA-Mann aufgefasst» habe und im Wesentlichen nur «Holzhauerarbeit» leiste, zusammen mit dem Wirken der anderen Kollaborateure, insbesondere der provozierenden Hird-Organisation, können das norwegische Volk nicht gewinnen, sondern sind im Gegenteil eine Ursache für den sich verschärfenden Widerstand.

«An die 8'000 Mann waren Mitglieder der Hirdorganisation. Unter diesen befand sich – genau wie in den entsprechenden Formationen anderer Länder – ein grosser Teil zurückgebliebener, asozialer und krimineller Elemente. Neben dem Hird existierten die Gruppen der «Germanischen SS Norwegen». Beide Kategorien beteiligten sich aktiv am Terror gegen ihre Landsleute. Aus den Reihen der NS wurden Denunzianten, Provokateure und Staatspolizisten rekrutiert, die gelehrige Schüler der Gestapo waren, sich deren sadistische Methoden aneigneten und zu ihrem Teil beitrugen, die These zu widerlegen, dass der Nazisadismus speziellen deutschen ‚Rasseeigenschaften‘ entspringe», schreibt Willy Brandt.

Einer dieser Verräter, der berüchtigste, ist Oliver Rinnan, der eine eigene Verräterorganisation unterhält und dem es gelingt, eigene Spitzel in die Heimatfront einzuschleusen. Verschiedenen Versuchen der «Milorg», der militärischen Geheimorganisation Norwegens, ihn zu liquidieren, ist kein Erfolg beschieden.

Eine wesentliche Aufgabe dieser Rinnan-Leute, die ihre Stützpunkte im ganzen Land verstreut haben, ist es, zu verhindern, dass die Untergrundbewegung mit Waffen versorgt wird. So werden von einem seiner Leute geheime Waffentransporte, die auf dem Seewege nach Norwegen gelangen, an die Gestapo verraten. Um herauszubekommen, wo diese Waffen versteckt gehalten werden und wer an den Waffentransporten beteiligt ist, werden 34 Einwohner des Schmuggelgebietes erschossen. Trotz dieses Terrors werden nur wenige Gewehre entdeckt, und nur ein Widerstandskämpfer kann ausfindig gemacht werden. Die Versorgung der norwegischen Untergrundbewegung mit den so dringend benötigten Waffen aber wird durch diesen Verrat erschwert. Schiffe mit Waffen und Widerstandskämpfern, die von England nach Norwegen geschmuggelt, und Versorgungsbehälter und Agenten, die mit dem Fallschirm abgesetzt werden, landen häufig direkt in den Armen der Gestapo und werden auf der Stelle verhaftet.

Wie geschickt sich die Rinnan-Leute in die Untergrundbewegung einzuschleichen verstehen, zeigt sich an folgendem Vorfall. Da die Versorgung über die See und aus der Luft gefährdet ist, versucht man jetzt, die Waffen über den Landweg aus Schweden nach Norwegen zu bringen. Der Widerstandskämpfer Thorvald Moe unternimmt es, einen solchen Waffentransport zu organisieren. Über einen Spitzel nimmt Rinnan selbst, der jetzt unter dem Decknamen Olav Wist auftritt und sich als Widerstandskämpfer ausgibt, Kontakt mit Moe auf und versucht, ihn für seine «Widerstandsarbeit» zu gewinnen. Als Moe, dem dieses Angebot verdächtig erscheint, ablehnen möchte, wird er kurz vorher von der Gestapo verhaftet. Nachdem man ihn gefoltert, aus ihm aber nichts herausgebracht hat, wird er auf einen Lastwagen verladen, mit dem er ins Gefängnis überführt werden soll. Gerade als der Lastwagen anfahren will, springen zwei Männer von links und rechts auf die Trittbretter. Die linke Wagentür wird aufgerissen und einer der Unbekannten ruft Moe zu: «Schnell aussteigen und fliehen! An der Ecke wartet Olav mit einem Wagen!» Moe springt aus dem fahrenden Lastwagen und rennt so schnell er kann zur nächsten Strassenecke, wo tatsächlich Olav Wist mit einer Limousine auf ihn wartet. In schneller Fahrt geht es zu einem Versteck, in dem man vor einer weiteren Verfolgung «sicher» ist. Durch diesen Vorfall gelingt

es Olav Wist, den Widerstandskämpfer Moe, der nach diesem Ereignis an dessen Lauterkeit nicht mehr zweifelt, davon zu überzeugen, dass er, der der Gestapo schon bekannt ist, mit seiner Familie nach Schweden fliehen müsse, während er selber den Waffentransport nach Norwegen mit seiner starken Organisation, die selbst Widerstandskämpfer aus der Hand der Gestapo befreien kann, übernehmen wird. Die Männer um Moe sind jetzt tatsächlich davon überzeugt, dass Wist der rechte Mann zur Durchführung ihrer Pläne sei, zumal ihnen noch ein abgehörtes Telefongespräch überbracht wird, in dem die Gestapo die Grenzposten davon unterrichtet, dass der Widerstandskämpfer Moe von einer starken und bewaffneten Untergrundorganisation aus ihrer Gewalt befreit worden ist. Was Moe und seine Mitkämpfer nicht wissen können, ist, dass die Verhaftung, die Befreiung und das Telefongespräch ein abgekartetes Spiel zwischen Rinnan und der Gestapo ist, um so in den Besitz der Waffen zu kommen. Als Moe mit seiner Familie in Schweden eintrifft und seine Kontaktmänner aufsucht, ist hier zum Glück bekannt, wer sich hinter Olav Wist verbirgt, so dass ihm und seinen Leuten der Waffentransport natürlich nicht überlassen wird.

Der Mangel an Waffen und Ausbildern ist und bleibt eines der schwierigsten Probleme der «Milorg», der geheimen Militärorganisation des norwegischen Widerstandes. Schon gleich nach der deutschen Okkupation haben sich die ersten Gruppen dieser Organisation spontan gebildet, vorwiegend aus Sportlern und jungen Gewerkschaftlern. Im Laufe der Entwicklung ist sie eine Organisation geworden, die sich über ganz Norwegen erstreckt, im Jahre 1941 dem Oberkommando des norwegischen Heeres in London eingegliedert wird, und im Jahre 1942 ist das Land bereits in 22 Milorg-Distrikte unter einer zentralen Führung, die in Oslo ihren Sitz hat, eingeteilt. Jeder Distrikt arbeitet unter einem militärischen Chef auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung, der Einziehung von Rekruten und der Versorgung mit Nahrung und Material. Daneben gibt es in jedem Distrikt eine eigene geheime Sicherheitspolizei. Neben den Waffen, die aus England über den Seeweg, aus der Luft oder über den Landweg aus Schweden der Milorg überbracht werden und den grössten Teil der Bewaffnung ausmachen, geht man auch zur eigenen Waffenproduktion über. Insgesamt arbeiten 16 Werkstätten für die Untergrundarmee, von denen die grösste Firma in Oslo allein über tausend Maschinengewehre hergestellt hat. Über das Verhältnis zwischen Milorg, die auch in der Leitung der Heimatfront vertreten ist, und der SOE (Special Operations Executive), das «in den ersten Jahren äusserst gespannt» ist, schreibt Hans-Dietrich Look, der sich

hierbei auf die Forschungsergebnisse des norwegischen Historikers Kjeldstadli stützt:

«Die Milorg wollte eine geheime Armee aufbauen und in kleinen Gruppen trainieren, um im Augenblick einer Invasion einsatzbereit zu sein. Sabotageaktionen lehnte sie im Prinzip zunächst ab, vor allem weil die Besatzungsmacht nicht vorzeitig auf die Existenz der geheimen Armee aufmerksam gemacht werden sollte. Die SOE hingegen wünschte, durch Sabotageakte die Besatzungsstreitkräfte ständig in Atem zu halten. Mit den Grundsätzen der Milorg bekannt, suchte sie zunächst jeden Kontakt mit der norwegischen Organisation zu vermeiden. Da die SOE die Objekte ihrer Aktionen bisweilen ungeschickt auswählte – Anschläge auf Versorgungseinrichtungen trafen oft die Bevölkerung mehr als die Besatzungsstreitkräfte –, verlangte sie Milorg eine Beteiligung an der Auswahl der Objekte.

Die Spannungen zwischen der Milorg und der SOE schufen die ersten Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Regierung (Regierung Nygaardsvold in London) und dem Widerstand. Aber noch ein anderes Moment kam hinzu. Kjeldstadli schreibt über die Stellung der Milorg bis zu ihrer Anerkennung durch die Regierung: ‚Formell und reell war die Milorg . . . ein höchst privates Unternehmen . . . Sie war im eigentlichen Sinne des Wortes ein Resultat der Privatinitiative.‘ Er erklärt, dass dieser Sachverhalt die Initiatoren der Organisation beunruhigte und sich mit anderen beunruhigenden Überlegungen verband:

‚Hinzu kamen nagende Gewissensfragen für einige Leiter der Milorg: Hatten sie, die trotz allem Privatpersonen waren, ohne Mandat vom norwegischen Volk und seiner gesetzlichen Staatsmacht das Recht, sozusagen im Namen des norwegischen Volkes aufzutreten? War ein militärischer Widerstand gegenüber den Okkupanten völkerrechtlich gerechtfertigt? War es mit der Ehre des norwegischen Offiziers zu vereinbaren, zum militärischen Widerstand aufzurufen und zu den Waffen zu greifen, nachdem er den Deutschen sein Wort verpfändet hatte, niemals mehr im gegenwärtigen Krieg die Waffen zu erheben?‘

Diese rechtlichen und moralischen Bedenken verbanden sich mit dem praktischen Problem des Verhältnisses zur SOE:

‚Solange die Milorg den Charakter eines «privaten Unternehmens» hatte, ohne offizielle Anerkennung von Seiten der Regierung Nygaardsvold, konnten die Briten in SOE, in SIS (Special Intelligence Service) und anderen Organen fortfahren, die Milorg nicht zur Kenntnis zu nehmen; sie brauchten wegen der Behandlung der Milorg keine diplomatischen Verwicklungen mit der norwegischen Regierung zu befürchten.‘

Diese moralischen, rechtlichen und politischen Bedenken führten nach Kjeldstadli dazu, dass die Milorg über alle politischen Differenzen hinweg mit der Regierung in Verbindung trat und sich durch die Eingliederung in das Oberkommando des norwegischen Heeres legalisieren liess ...

Als sich der Widerstand in Norwegen konsolidiert hatte und in die Regierungstätigkeit eingeordnet war, gelang es auch, wie wieder Sverre Kjeldstadli zeigt, die Differenzen zwischen der SOE und der Milorg auszuräumen. In dem Ende 1941 in London gebildeten ‚Anglo-Norwegian Joint Committee‘ hatte die SOE zunächst noch ihr Sabotageprogramm durchsetzen können. Ein Treffen zwischen Offizieren des norwegischen Oberkommandos und der Milorg-Führung, das im Februar 1942 in Stockholm stattfand und eine ‚drastische Revision‘ der SOE-Richtlinien, die nicht ohne Einfluss der Norweger um die Jahreswende 1943/44 vorgenommen wurde, führte zu einer militärisch sinnvollen Zusammenarbeit zwischen Milorg und SOE.»

Eine schwierige Arbeit, die von der norwegischen Abteilung der SOE-London ausgeführt wird, ist der Angriff auf das «schwere Wasser». Obwohl man heute weiss, dass die Vorbereitungen zum Bau einer deutschen Atombombe ab 1942 eingeschränkt werden, weil man einsieht, dass ihre Fertigstellung in naher Zeit nicht zu erreichen ist, muss die Nachricht in England Unruhe und Besorgnis hervorrufen, dass Deutschland die Produktion von schwerem Wasser, das zum Bau der Atombombe benötigt wird, in einer norwegischen Fabrik in der Nähe von Rjukan forcieren möchte. In dieser Fabrik, die im Gebirge südwestlich von Oslo gelegen ist, soll die Erzeugung von schwerem Wasser zunächst auf 1500 kg und ab 1942 auf 5'000 kg pro Jahr gesteigert werden.

Zwei glückliche Umstände erleichtern die Aufgabe der SOE, die Anlagen der Fabrik zu zerstören und damit die Produktion von schwerem Wasser unmöglich zu machen. Einmal befindet sich im Oberkommando der norwegischen Streitkräfte in London Professor Leif Tronstad, der als einer der hervorragenden Experten bezüglich der norwegischen Wirtschaft gilt. Tronstad kennt den genauen Plan der Fabrik, weiss über die Produktion von schwerem Wasser in allen Einzelheiten Bescheid und kann die Leute von der SOE genauestens darüber informieren, wie und an welchen Stellen die Fabrikationsanlage am besten zerstört werden kann. Ein weiterer Glückszufall ist dadurch gegeben, dass gerade zu der Zeit dem Norweger Einar Skinnarland die Flucht nach England gelingt, der mit der Gegend von Rjukan wohlvertraut ist, einige Ingenieure in der Fabrik, die als patriotische Norweger bekannt sind, zu seinen Freunden zählt und sich den Plänen der SOE

sofort zur Verfügung stellt. Nach einem kurzen Training wird er bereits 11 Tage später mit dem Fallschirm in der Nähe von Rjukan abgesetzt. Sein Auftrag lautet, all das vorzubereiten, was für eine Operation von vier speziell ausgebildeten Saboteuren, die später nachkommen, nötig ist, um die Produktion der Fabrik lahmzulegen. Doch wegen der sich verschlechternden Wetterbedingungen, die eine sichere Landung der vier Saboteure, die den gemeinsamen Decknamen «Schneehuhn» erhalten haben, unmöglich machen, wird die Landung für längere Zeit verhindert.

Unabhängig davon unternehmen die Engländer von London aus einen Angriff auf Rjukan. 30 Männer sollen mit zwei Lastenseglern eine Landung unternehmen, die Fabrik zerstören und anschliessend nach Schweden entfliehen. Dieser Versuch aber schlägt fehl. Wegen der schlechten Wetterbedingungen zerschellt das eine Flugzeug bei der Landung. Die Überlebenden werden von der Gestapo gefangengenommen und als Spione erschossen.

Das andere Flugzeug kann ebenfalls wegen des schlechten Wetters Rjukan gar nicht erst ausfindig machen, und das propellergetriebene Schleppflugzeug nimmt daher wieder Kurs auf London. Durch die schwere Vereisung aber bricht das Zugseil, und der Lastensegler muss zur Notlandung in Norwegen ansetzen. Bei dieser Notlandung finden drei Besatzungsmitglieder den Tod, die übrigen werden ebenfalls von der Gestapo entdeckt und einige Stunden später erschossen.

Unterdessen sind vier weitere SOE-Leute unter der Führung von Knut Haukelid zur Verstärkung der «Schneehühner» in Norwegen eingetroffen. Gemeinsam unternehmen sie den Angriff auf die Fabrik, die lediglich von 15 deutschen Posten bewacht wird. Die Überrumpelung des Wachpersonals gelingt und auch das Anbringen der Sprengkörper an den vorher genau bestimmten Stellen. Die folgenden Explosionen aber haben nicht den gewünschten Erfolg. Nach einer Arbeitszeit von ungefähr 5 Monaten kann die Produktion wieder aufgenommen werden.

Mit gezielten Luftangriffen versuchen nun britische und amerikanische Bomber, die Fabrik ausser Betrieb zu setzen. Obwohl diesen Luftangriffen kein nennenswerter Erfolg beschieden ist, entschliesst man sich daraufhin auf deutscher Seite, die gefährdeten Vorräte nach Deutschland zu überführen. Als Haukelid, der inzwischen mit der Milorg zusammengearbeitet hat, von der Absicht unterrichtet wird, funkt er diese alarmierende Nachricht sofort nach London. London drängt ihn daraufhin, sofort etwas gegen die Fabrik zu unternehmen. Haukelid aber muss einsehen, dass die Arbeiten schon so weit fortgeschritten sind, dass ein direkter Angriff auf die Fabrik nicht mehr sinnvoll

erscheint. Das einzige, was noch Erfolg verspricht, ist, die grossen Mengen des schweren Wassers auf dem Transport zum Einschiffungshafen nach Deutschland zu vernichten.

Da der Transport per Eisenbahn an die Küste über eine Eisenbahnfähre führt, beschliesst man, diese Eisenbahnfähre in die Luft zu sprengen. Als Arbeiter verkleidet, gelingt es Haukelid und seinen Männern, als Flüchtlinge im Rumpf des Schiffes versteckt zu werden. Sie bringen eine so starke Sprengladung an, dass nach der erfolgten Explosion ein Sinken der ganzen Fähre unvermeidlich ist. Unter dem Vorwand, noch etwas Wichtiges vergessen zu haben, begeben sie sich nach getaner Arbeit wieder an Land. Als die Fähre sich ungefähr auf der Mitte des Sees befindet, wird die Luft durch eine starke Detonation zerrissen, und Haukelid und seine Männer sehen, wie die Fähre in den Fluten versinkt und mit ihr die gesamten Vorräte an dem so wichtigen schweren Wasser, das sind über 100'000 Liter.

Neben den Sabotagegruppen der SOE, die für spezielle Aufgaben in Norwegen eingesetzt werden, haben sich auch in Norwegen selbst einzelne Gruppen gebildet, die zur aktiven Sabotagearbeit bereit sind. So stellt sich Gunnar Sonstebj, der Führer einer solchen Widerstandsgruppe in Oslo, der Heimatfront zur Verfügung, als es darum geht, die Aushebung norwegischer Arbeitskräfte zu hintertreiben. Schon früher ist der Registrierung sämtlicher Arbeitskräfte durch die Quislingbehörden Widerstand entgegengesetzt worden. Jetzt aber, im Mai 1944, geht es um die zwangsweise Einberufung der Jahrgänge 1921, 1922 und 1923 zum «nationalen Arbeitseinsatz». Diese Zwangsmobilisierung aber will die Heimatfront mit allen Mitteln verhindern. Da man in Erfahrung gebracht hat, dass diese Einberufungen mit Spezial-Registriermaschinen vorgenommen werden, sich in ganz Norwegen aber nur wenige solcher Maschinen befinden, kann man durch deren Zerstörung die Einberufungen entscheidend verlangsamen, wenn nicht gar vollends unterbinden. Sonstebj und seinen Männern gelingt es, 3 dieser Maschinen zu zerstören und noch dazu das Registrieramt in Oslo in die Luft zu sprengen. Eine vierte Registriermaschine, die von den Behörden daraufhin aufgetrieben wird, kann, obwohl stark bewacht, ebenfalls so schwer beschädigt werden, dass sie nicht mehr eingesetzt werden kann.

«Eine Serie ähnlicher Aktionen», schreibt Willy Brandt, «wurde im Laufe des 19. und 20. Mai durchgeführt. In Oslo liessen sich während der ersten drei Tage ganze 28 Personen eintragen. Unter den 362 bis zum 1. Juni Registrierten befanden sich sogar noch solche, die nicht freiwillig, sondern durch Polizeirazzien gekommen

waren. Die Meldungen aus dem ganzen Land zeigten, dass die Front feststand.

Die Nazis schritten nun zu Massenverhaftungen und anderen Terrormassnahmen. In Oslo wurden im Laufe des Monats Mai 30 Hinrichtungen vorgenommen. Die Jugendlichen liessen sich dadurch nicht einschüchtern. Sie verliessen ihre Wohnungen und gingen ‚in Deckung‘. Tausende begaben sich in die Wälder. Die Bauern wurden aufgefordert, ihnen beizustehen. Illegale Lebensmittelzufuhren in die Wälder wurden organisiert.» Ein Mittel der deutschen Besatzung und der Quislingbehörden, die jungen Norweger doch noch arbeitswillig zu machen, ist die Sperrung ihrer Lebensmittelkarten, und zwar solange, bis sie zu ihrem Wohnort zurückgekehrt sind. Im Auftrag der Heimatfront treten Sonstebj und seine Männer wieder in Aktion. Als am Morgen des 26. Juli 1944 gegen 9.30 Uhr ein Lastwagen mit 75'000 neugedruckten Lebensmittelkarten die Druckerei verlässt, versperrt ihm kurz darauf eine graue Fordlimousine den Weg. Der Lastwagenfahrer bremst, und im selben Augenblick bemächtigen sich Sonstebj und seine Leute des Lastwagens und zwingen den Fahrer mit vorgehaltener Pistole, seine Fahrtrichtung zu ändern. Die Lebensmittelkarten gelangen nicht zu den einzelnen Verteilungsstellen, sondern werden ausserhalb der Stadt auf einen bereits wartenden Lastwagen der Milorg umgeladen und in Sicherheit gebracht. Der Fahrer und seine drei Begleiter, die den Transport bewacht haben, werden vor die Alternative gestellt, entweder nach Schweden zu entfliehen oder gefesselt und geknebelt ihrem Schicksal überlassen zu werden. Zwei entschliessen sich zur Flucht, während die anderen zwei im Land bleiben.

Da den Deutschen aber in der gegenwärtigen Situation an einer Verschärfung der Auseinandersetzung mit der Heimatfront nicht gelegen ist – die Invasion der Westmächte in Frankreich ist bereits gelungen –, entschliesst man sich für die kommende Periode zur unbeschränkten Ausgabe der Lebensmittelkarten und zu einer Amnestie für diejenigen, die sich dem «nationalen Arbeitseinsatz» durch Flucht entzogen haben. Daraufhin ist es der Heimatfront möglich, die «gestohlenen» Lebensmittelkarten zurückzugeben.

Über weitere Aktionen der norwegischen Widerstandskämpfer schreibt Willy Brandt in dem Kapitel «Sabotage welle schwillt an»:

«Es war kein Zufall, dass das Signal zu aktiverer Sabotage im Frühjahr 1944 gegeben wurde. Das alliierte Oberkommando feilte zu dieser Zeit an den letzten Vorbereitungen zur Invasion. Die Aktivierung des Widerstandes, der in ein alliiertes Landungsunternehmen ausmünden konnte, band die Truppen in Norwegen. Auf Grund der deutschen Mangelsituation

konnten selbst kleinere Aktionen der Heimatwehr zu relativ grossen Erfolgen führen. Was früher Nadelstiche gewesen wären, wurden jetzt ernste Hiebe. Solange die Treibstoffzufuhr ohne Schwierigkeiten vonstatten ging, hätten Angriffe auf die Lager in Norwegen keine nennenswerte Wirkung gehabt. Anders wurde es im Zusammenhang mit den systematischen Angriffen auf die deutschen Produktionsstätten und Transportmittel. Nachdem Deutschland keine Kugellager mehr aus Schweden erhielt, hatten Angriffe auf Restbestände in Norwegen eine fühlbare Wirkung. Auf Grund der wachsenden Zufuhrschwierigkeiten bedeuteten Lagerzerstörungen eine Reduzierung der Substanz.

... In der Nähe Trondheims zerstörten Saboteure die letzte elektrische Lokomotive der von den Schwefelkiesgruben bei Orkla an den Fjord führenden Eisenbahn, wodurch eine starke Beeinträchtigung der Ausfuhr erzielt wurde. Im Juni wurde durch die Sprengung von zwei Schwefelsäurefabriken bei Oslo die Sprengstoffproduktion lahmgelegt. Im August erfolgte u.a. die Zerstörung der Nordisk Aluminiumindustrie in Holmestrand, die für die Luftwaffe arbeitete. In Oslo wurden bei der Sprengung der grössten Reparaturwerkstätte der Luftwaffe 50 Jagdflugzeuge, über 100 Flugzeugmotoren sowie viele Reserveteile und Spezialmaschinen vernichtet.

Im August 1944 begann auch eine Offensive gegen die deutschen Öl- und Benzinlager. Die ersten Angriffe am Oslofjord kosteten die Wehrmacht 35'000 Liter Dieselöl und Benzin, eine etwas spätere Aktion im gleichen Gebiet 300'000 Liter Benzin und 136'000 Liter Dieselöl. Im Lande wurden ähnliche Aktionen unternommen. An einigen Stellen bediente man sich der bewährten Methode, den Treibstoff zu ‚versüssen‘. Im Hallingdal rannen im Laufe von zwei Tagen 100'000 Liter in den Fluss. In der Geheimpresse lancierte man das Schlagwort: ‚Jeder Liter Benzin, der zerstört wird, bedeutet die Verkürzung des Krieges um eine Sekunde.‘ Der Treibstoffmangel machte sich auf Grund der Sabotage und der minimalen Zufuhr rasch bemerkbar. Die Wehrmacht ging in grossem Umfang zur Verwendung von Generatormotoren über. Daraufhin ordnete die Führung der Heimatfront an, dass Lieferungen von Generatorholz an die Besatzungsmacht zu sabotieren seien. Im Laufe des Herbstes wurden auch Fabriken, die mit der Herstellung dieses Materials beschäftigt waren, in die Luft gesprengt.

Im September wurden die Waffenfabriken in Kongsberg und Raufoss stillgelegt. Im letzteren Falle war eigentlich ein Luftangriff vorgesehen, aber die Heimatwehr übernahm die Lösung dieser Aufgabe mit Rücksicht auf die dort beschäftigten norwegischen Arbeiter. Dasselbe wiederholte sich, als Saboteure durch eine

Musteroperation in der Nacht zum 24. November 1944 bei zwei Osloer Werften 35'000 Tonnen Schiffsraum zerstörten und damit einen Luftangriff auf den Hafen der Hauptstadt überflüssig machten. Terboven verlangte bei dieser Gelegenheit Vollmachten für Hinrichtungen ‚ohne Rücksicht auf Schweden‘. Die von Keitel angedeutete Methode, die Werftarbeiter und ihre Angehörigen für Sabotageakte kollektiv verantwortlich zu machen, wurde vom Reichskommissar als ungeeignet abgelehnt, da sie auf die Norweger keinen Eindruck machen und lediglich den ‚Agitatoren in Schweden‘ Wasser auf die Mühlen treiben werde.

Es würde zu weit führen, auch nur die wichtigsten Sabotageakte zu registrieren. Erwähnt werden mögen: Im Oktober die Zerstörung eines Luftwaffendepots sowie von 100'000 Kilo Schmieröl in Oslo, im November die Sprengung mehrerer Autowerkstätten, von Kugellagerbeständen in Oslo und in der Provinz sowie von Werftanlagen in Bergen, im Dezember wiederum die Sprengung von Autowerkstätten sowie von Funkgeräten für die Wehrmacht. Keine Nacht verging mehr, ohne dass Saboteure der Heimatwehr am Werk waren. Es war offenbar, dass ihrer Tätigkeit eine gute Organisation zugrunde lag.

Gewiss konnte es nicht vermieden werden, dass bei Sprengungen gelegentlich Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Kampfgruppen waren jedoch angewiesen, Menschenleben und norwegisches Eigentum zu schonen, so weit das überhaupt möglich war. Die Bevölkerung verstand, dass durch die wohlorganisierte und vom Oberkommando kontrollierte Sabotage faktisch bedeutende Werte gerettet wurden. Sprengungen ersetzten Luftangriffe. Sie waren, vom Standpunkt der Zivilbevölkerung aus, die ‚billigere‘ Form der Kriegsführung.

Die Heimatfront stand grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass die Abrechnung mit den Quislingen und Kriegsverbrechern nach dem Kriege in gesetzmässigen Formen zu erfolgen habe. Dieses Prinzip wurde nicht aufgegeben, als man sich veranlasst sah, einzelne Individuen zu beseitigen, die eine besonders starke Gefährdung des Lebens norwegischer Patrioten darstellten. Dabei handelte es sich nicht um Lynchjustiz, sondern um Notwehr.

Um die Weihnachtszeit 1944 erwischte es etwa einen NS-Mann, der auf einer Sitzung seiner Partei vorgeschlagen hatte, 50 Patrioten für jeden neuen Sabotageakt hinzurichten. Als er nach einer Pause in das Sitzungszimmer zurückkehrte, lag auf seinem Platz ein Zettel mit den Worten: ‚Du wirst der erste sein.‘

Anfang Februar 1945 wurde der Quislingsche Polizeigeneral Marthinsen, der den Spitznamen ‚norwegischer Heydrich‘ erhalten hatte, von Mitgliedern der Hei-

matfront erschossen. Am Tage vorher waren acht Patrioten vom Quislingschen Standgericht zum Tode verurteilt worden. In der Geheimpresse wurde darauf hingewiesen, dass die Methoden des Kampfes weitgehend durch den Feind bestimmt würden. Die Norweger sehnten sich nach der Zeit, so führte man aus, wo die Verbrecher sicher sein könnten, nach regulärer Gerichtspraxis behandelt zu werden. Man wünsche, dass die Gesetzlosigkeit zusammen mit dem Nazismus verschwinde.

Die Führung der Heimatfront betonte auch in einem im November 1944 herausgegebenen Aufruf, dass die gesetzliche Linie bei der Bestrafung der Kriegsverbrecher und Quislinge einzuhalten sei. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, durch das Sammeln von Beweismaterial an der Vorbereitung der juristischen Abrechnung mitzuwirken. Individuelle Racheakte wurden von vornherein scharf abgelehnt.»

Trotz dieser Sabotagetätigkeit der Milorg ist es ihre Hauptaufgabe gewesen, nicht in einen Guerillakrieg mit den Deutschen einzutreten, sondern, genauso wie die militärische Widerstandsorganisation in Dänemark, sich insgeheim zu organisieren, auszubilden und zu bewaffnen, um dann bei der entscheidenden Phase der Befreiung schlagkräftig einzugreifen. Und genauso wie in Dänemark wird dieser letzte Einsatz der Milorg, die bis zum Kriegsende auf 47'000 Mann angewachsen war, nicht mehr gefordert, denn auch in Norwegen ziehen es die deutschen Truppen vor, kampfflos zu kapitulieren. Abschliessend sei noch einmal Willy Brandt das Wort gegeben:

«Am 7. Mai 1945 erfolgte die deutsche Totalkapitulation. Norwegen blieben die Zerstörungen und Leiden erspart, die ein Schlusskampf notwendigerweise gekostet hätte.

Am Abend dieses Tages gab die Führung der Heimatfront der Freude Ausdruck, die alle Norweger erfüllte. Die hierzu erlassene Proklamation erinnerte gleichzeitig daran, dass die Kapitulation nicht notwendigerweise Frieden bedeute. Noch war die deutsche Armee im Besitz ihrer Waffen. Es galt weiterhin, Disziplin zu bewahren, gegenüber dem geschlagenen Feind nicht herausfordernd aufzutreten, das Recht nicht in eigene Hände zu nehmen. Der Aufruf mündete in einem Appell aus, die Aufgaben des Wiederaufbaus mit derselben Einigkeit in Angriff zu nehmen, die sich in der grössten Not bewährt hatte.

200'000 Exemplare dieser Proklamation wurden angeschlagen und verteilt. Die Heimatfront stand unmittelbar vor dem Übergang in die Legalität. Kuriere wurden in alle Teile des Landes entsandt, die Kandidaten für die verantwortlichen Posten bereitzuhalten. Gleichzeitig wurde die gesamte Heimatwehr mobili-

siert. Am 8. Mai traten die Einheiten offen in Erscheinung und besetzten Kraftwerke, Fabriken, Eisenbahnen und andere Schutzobjekte.

Die Heimatwehr legte eine mustergültige Disziplin an den Tag. Dasselbe galt für die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Gewiss war es am 7. und 8. Mai nicht still in den norwegischen Städten. Überall herrschte Jubel. Bis zur Heiserkeit ertönte die Nationalhymne: „Ja, wir lieben dieses Land . . . / Aber nirgends kam es zu Unruhen. Das war ein neuer Beweis für die Reife des Volkes. Es befreite sich einer ausserordentlichen Selbstbeherrschung. Andererseits bestand die deutsche Soldatendisziplin eine letzte Probe, in dieser Situation zum beiderseitigen Vorteil. Fast nirgends kam es zu Zusammenstössen. Auch für die meisten deutschen Soldaten kam die Kapitulation wie eine Befreiung.

Als halb Oslo am 7. Mai im Zentrum der Stadt versammelt war, hörte man Landser, die von den vorbeifahrenden Autos Leberufe auf das freie Norwegen ausbrachten. In der Nacht zum 8. Mai wurde in der norwegischen Hauptstadt auf Initiative der Heimatfrontführung die erste Nummer der ‚Oslopressen‘ gedruckt. Es handelte sich dabei um ein gemeinsames Organ, in dessen Redaktion die verschiedenen Parteien und die illegale Presse vertreten waren. In der Provinz erschienen in der ersten Übergangszeit ebenfalls gemeinsame Zeitungen. Bischof Berggrav, der Mitte April aus der Internierung befreit worden war und sich seitdem verborgen gehalten hatte, telegraphierte an alle Pfarrer, dass sie den Frieden am 8. Mai um 15 Uhr einläuten lassen sollten. Zu diesem Zeitpunkt gaben bekanntlich Churchill, Stalin und Truman den Abschluss des Krieges mit Deutschland offiziell bekannt.

Am Nachmittag des 8. Mai kam eine alliierte Militärkommission unter Leitung des Brigadegenerals Hilton in Oslo an, wo ihr ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Ab Mitternacht hatten die deutschen Behörden in Norwegen nichts mehr zu sagen.»

Durch den nationalen Widerstand der norwegischen «Aussenfront» und «Heimatfront» ist das wahrgemacht worden, was König und Regierung proklamiert haben, bevor sie am 7. Juni 1940 ihr Land verlassen mussten: «Norwegens König und Regierung wollen in dieser Zeit des Kampfes die freien Sprecher der nationalen Forderungen des norwegischen Volkes sein. Sie wollen, soweit es in ihrer Kraft steht, das selbständige Leben des norwegischen Reiches aufrechterhalten, so dass keines der Rechte, die einem freien Staat zukommen, verspielt wird. Es wird ihre Aufgabe sein, die politische Rechtsgrundlage des Landes und Volkes zu wahren, so dass unser Vaterland in der Stunde des Sieges mit Mündigkeit vortreten und seine nationale Freiheit behaupten kann.»

Widerstand im Westen

Holland: Reichskommissar Seyss-Inquart und Anton Müssen – Ovationen für das Königshaus – Februar-Streik, April! Mai-Streik und Eisenbahnerstreik – Im-Amt-Bleiben und Schlimmeres verhüten – 600 Studenten werden verhaftet – Ärzte widersetzen sich der Gleichschaltung – «Onderduikers» – 1'200 Widerstandszeitschriften – Sabotageakte und Attentatsversuche – Anschlag auf das Bevölkerungsregister – Das «Englandspiel» – Holland ist frei – **Belgien:** Staf deClercq und Léon Degrelle – Der legitime Bürgermeister von Brüssel – Degrelle wird exkommuniziert – Presse Clandésthine – Fluchtwege – Der echte «Soir» – Geheime Funkstellen – Voxaline – Zersplitterung des belgischen Widerstandes – Fallschirmeinsätze – Das Trojanische Pferd – Die Befreiung naht – Der Hafen von Antwerpen wird gerettet – Eisenhower gratuliert – Belgien ist frei – **Luxemburg:** Die allgemeine Wehrpflicht wird eingeführt – Streik – Der Gauleiter gibt den Schiessbefehl – **Frankreich:** Pétain ist entschlossen, in Frankreich zu bleiben – Kapitulation im Walde von Compiègne – Frankreich wird in zwei Zonen geteilt – Kollaboration – De Gaulle: Die Flamme des französischen Widerstandes darf nicht erlöschen – De Gaulle wirbt Freiwillige für die FFL – Inlands- und Auslandsrésistance – Montoire: Ein diplomatisches Verdun – Eindeutschung der Westmark belebt den Widerstand – Beträchtliche Zersplitterung der Inlandsrésistance – De Gaulle organisiert die Einigung – «Kämpfendes Frankreich» – Die Rolle der französischen Kommunisten – Die kommunistische Terrortaktik – De Gaulle: Keine Deutschen vorsätzlich umbringen – Jean Moulin landet in Südfrankreich – Conseil National de la Résistance – Die kommunistische Infiltrationstaktik – De Gaulle contra Giraud – French Section – Fluchthilfe – Nachrichtendienste – Sabotage – Maquis – Forces Françaises de l'Intérieur – Koordination mit alliierter Kriegsführung – Oradour-sur-Glane – Offener Kampf – De Gaulle als Sieger in Paris – Bilanz der Opfer – Die Einheit der europäischen Widerstandsbewegung.

Nach dem siegreichen Blitzkrieg gegen Polen und noch vor dem erfolgreichen Abschluss des Unternehmens «Weserübung», der Besetzung Norwegens und Dänemarks, unterzeichnet Hitler am 9. Oktober 1939 folgenden Operationsbefehl:

. Sollte in der nächsten Zeit zu erkennen sein, dass England und unter dessen Führung auch Frankreich nicht gewillt sind, den Krieg zu beenden, so bin ich entschlossen, ohne lange Zeit verstreichen zu lassen, aktiv und offensiv zu handeln. Für die Weiterführung der militärischen Operation befehle ich daher Folgendes:

- a) Am Nordflügel der Westfront ist durch den luxemburgisch-belgischen und holländischen Raum eine Angriffsoperation vorzubereiten. Dieser Angriff muss so stark und so frühzeitig als möglich geführt werden.
- b) Zweck dieser Angriffsoperation ist es, möglichst starke Teile des französischen Operationsheeres und die an seiner Seite fechtenden Verbündeten zu schlagen und gleichzeitig möglichst viel holländischen, belgischen und nordfranzösischen Raum als Basis für eine

aussichtsreiche Luft- und Seekriegsführung gegen England und als weites Vorfeld des lebenswichtigen Ruhrgebietes zu gewinnen ...»

Nachdem der Angriff im Westen insgesamt 29mal verschoben worden ist, beginnen am 10. Mai 1940 die militärischen Aktionen, die keinerlei Rücksicht auf die Neutralität der Beneluxstaaten nehmen. Vor dem Ansturm der überlegenen deutschen Truppen kapituliert Holland am 15. und Belgien am 28. Mai. Während der belgische König Leopold III. als Oberbefehlshaber des Heeres bei seinen Truppen bleibt und anschliessend von den Deutschen auf Schloss Laeken als Kriegsgefangener interniert wird, begeben sich die holländische Königin Wilhelmina und ihre Regierung sowie die Grossherzogin Charlotte von Luxemburg nach England. Hier bilden Holland, Luxemburg und Belgien, dessen Kabinett ebenfalls nach London übersiedelt ist, Exilregierungen; im Inneren der einzelnen Länder aber entfalten sich die Kräfte des nationalen Widerstandes.

Holland

Genau wie in Dänemark und Norwegen wird auch im «germanischen» Holland ein ziviler Reichskommissar – Dr. Seyss-Inquart – eingesetzt. Dr. Seyss-Inquart übernimmt hier alle Befugnisse des Königs und der Regierung. Das Parlament wird aufgelöst, und alle politischen Parteien bis auf die holländischen Nationalsozialisten werden verboten. Ziel der deutschen Politik ist es einmal, die Wirtschaft des Landes in Gang zu halten, und zum anderen, die Nazifizierung des Landes herbeizuführen. Diese Zielsetzungen werden am besten zu erreichen sein, heisst es im ersten Bericht des Reichskommissars über die Lage in den Niederlanden, «wenn es gelingt, eine politische Willensbildung zustandezubringen, die die wirtschaftliche Bindung der Niederlande an das Reich als Ausfluss des Willens des niederländischen Volkes erscheinen lässt». Was die politische Infiltrierung anbelangt, so gibt man sich auch hier wie insgesamt zu Beginn der deutschen Besetzung verhältnismässig grosszügig.

«Die Deutschen wollen dieses Land und seine Bevölkerung weder imperialistisch unterdrücken noch ihm deutsche politische Lehren aufdrängen. Ihre Wirksamkeit soll nur bestimmt werden durch die Notwendigkeiten, die aus dem Kriegszustand sich ergeben. Wir wissen, dass die ausschliessliche Absicht des Führers ist: Friede und Ordnung für alle, die guten Willens sind», sagt Seyss-Inquart anlässlich seiner Amtseinführung im Rittersaal von Den Haag. Noch glaubt er, zusammen mit den holländischen Nationalsozialisten, das holländische Volk im Guten für den Nationalsozialismus gewinnen zu können.

Führer der grössten holländischen nationalsozialistischen Partei ist Anton Mussert. Seine «Nationaal Socialistische Beweging» (NSB) wird am 14. Dezember 1941 zur einzigen von deutscher Seite zugelassenen Partei in Holland erklärt. Die NSB, die 1931 gegründet wurde, 1935 8% der Stimmen für sich gewinnen konnte und bereits zwei Jahre später die Hälfte der Stimmen wieder eingebüsst hat, zählt gegen Ende des Jahres 1941 ungefähr 50'000 Mitglieder und gegen Ende des Krieges allerhöchstens etwas über 100'000. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von insgesamt 9 Millionen ist das eine kleine Minderheit, die bei weitem nicht ausreicht, eine nationalsozialistische holländische Regierung zu tragen. Im Gegenteil, das Wirken der NSB unter Anton Mussert, der im Dezember 1942 von Hitler als «Führer des niederländischen Volkes» anerkannt wird, trägt mit dazu bei, genau wie in Dänemark und Norwegen, den Widerstand des Volkes gegen «Quislinge» und die deutsche Okkupation zu entfachen.

Die Propagierung der «Neuordnung Europas» unter deutscher Führung, die Appellation an die Gemeinschaft des «Germanischen» und die Propagierung des Zweiten Weltkrieges als «Kreuzzug gegen den Bolschewismus» können die Idee der Freiheit und der nationalen Eigenständigkeit auch in Holland kaum beeinträchtigen. Die überwiegende Mehrheit des holländischen Volkes ist nicht gewillt, den Nationalsozialismus zu akzeptieren, und bereits sechs Wochen nach der schnellen militärischen Niederlage, die von vielen Holländern als deprimierend empfunden wird, kommt es am 29. Juni 1940 zu den ersten grossen Aktionen passiven Widerstandes in den Strassen der grösseren Städte Hollands. Anlass ist der Geburtstag des Prinzen Bernhard, des Ehemanns der Prinzessin Juliana. Noch am 20. Juni 1940 wird den Holländern durch den deutschen Generalkommissar Friedrich Wimmer zu verstehen gegeben:

«Betreffend Beflaggung am 29. Juni 1940. Mir zugekommenen Nachrichten zufolge planen Kreise der niederländischen Bevölkerung am Geburtstag von Prinz Bernhard zu flaggen. Das Reichskommissariat ist der Meinung, dass solche Beflaggung mit der Besetzung der Niederlande durch die deutsche Wehrmacht und der Abwesenheit des niederländischen Königshauses nicht vereinbar ist. Ich habe die Auffassung den obersten niederländischen Behörden mitgeteilt, die darauf anordneten, dass sämtliche öffentlichen Gebäude der Niederlande unbeflaggt bleiben, und veranlasst haben, dass darauf hingewirkt wird, auch seitens der niederländischen Bevölkerung nicht zu flaggen.»

Trotz dieses Beflaggungsverbotes wird der Geburtstag des Prinzen Bernhard zu einem Tag der nationalen Verbundenheit. In dem Bericht des Sicherheitsdienstes «Über die Kundgebungen in den Niederlanden anlässlich des Geburtstages des Prinzen Bernhard zur Lippe Biesterfeld am 29. 6. 1940» heisst es:

«Nach der blitzschnellen Vernichtung der holländischen Armee griff die deutsche Zivilbehörde in die geschichtliche Freiheit der Holländer mit durchschneidenden Massnahmen auf allen Lebensgebieten ein; die Besetzung der Niederlande führte den Holländern täglich den Verlust ihrer Freiheit vor Augen; der in der ersten Zeit verhalten durchgeführte Abbau der holländischen Wehrmacht wurde plötzlich mit Nachdruck für einen befristeten Zeitraum von nur wenigen Wochen befohlen, was begrifflicherweise die Zukunftsunsicherheit und Stimmung in den holländischen Militärkreisen sehr verschärfte; einige Aktionen der deutschen Sicherheitspolizei und die stetige Beeinflussung durch den englischen Nachrichtendienst wirkten schliesslich zusammen, um die Spannung noch zu steigern. Ebenfalls darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass mangels ander-

weiteren Entscheidungen die grössere Mehrzahl der Holländer Königshaus und Königin nach wie vor als gegeben ansieht, sie als nur mehr oder weniger zufällig abwesend betrachtet und auch mit ihrer Rückkehr rechnet.

In diese politische Hochspannung fiel der Geburtstag des Prinzen Bernhard zur Lippe Biesterfeld am 29. Juni 1940. Dieses Ereignis – eigentlich eine sich zufällig bietende Gelegenheit – rief beim holländischen Volk das Bedürfnis hervor, durch irgendwelche Treuekundgebungen und Ovationen gegenüber dem Königshaus, ohne besondere vorhergehende Organisation, spontan Anhänglichkeit unter Beweis zu stellen.

Die Ereignisse in der Stadt Den Haag waren bis auf eine offenbare Verabredung des Tragens von Bändchen in den Farben der Oranier und von Blumen nicht von vornherein organisiert. Insbesondere hatten sie auch zunächst nicht etwa eine absichtliche oder heraus-

gekehrte Tendenz gegen die deutsche Besetzung. Sie begannen vielmehr als die an Familienfesttagen der königlichen Familie üblichen Ovationen vor dem Schloss, die – in diesem Falle verstärkt – augenscheinlich mehr dem Haus der Oranier und der abwesenden Königin als dem Prinzen Biesterfeld selbst galten. Sie fanden dann eine erste Steigerung durch die im Schloss auf Veranlassung des Hofmarschalls Jonkherr Laman Trip ausgelegten Inskriptionslisten. Eine weitere und stimmungsmässige Verschärfung führte das Erscheinen des als Repräsentanten der Niederlande geltenden Generals Winkelmann und anderer Offiziere herbei.

Bei dieser Gelegenheit kam es zum ersten Male zu gemeinsamen Hochrufen der bis dahin noch verhältnismässig geringen Volksmenge, zum Absingen der Nationalhymne und anschliessend zu vereinzelt und dann auch von mehreren Personen übernommenen Schmährufen gegen Deutschland und gegen den Führer.



Abb. links: Eine Aktennotiz des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete, in der der holländischen Bevölkerung jede öffentliche Bekundung ihrer Sympathie für das Königshaus verboten wird. – Abb. rechts: Anton Mussert schwört Adolf Hitler «Treue bis in den Tod».

Grote Raad odrig G.A.C. (Grote Acties Comitee)

Beheim!

Als 531 geschäftsführende Leitung arbeitet.

C.C.-Contact Commissie (Führungsfragen)



Kommissionen bestimmt durch „Grote Raad“

- Stichting 1940-45
 - Nachkriegsversorgung für Opfer der illegalen Arbeit
- Landelijke Werk Comitee (L.W.C.)
 - Technische Fragen

N.C.
 N.S.F.
 De Waarheid
 Deje Nederland
 F.P.O.
 L.O.

Juristische Berater
 van Arkel
 Dr. Mai (Rechtsanwältin Tellegen)

D.H. - Nederland
 Eel Poot
 N.C.
 F.P.O.
 Deje Waarheid
 L.O.

Außerdem bestand schon:

In Zusammenarbeit mit der Legalität:

De Kerr

Für technische Angelegenheiten

- N.C.
- N.S.F.
- F.P.O.
- Natya
- N.B.S.
- O.B.
- X.V.V.
- P.B.C.
- Frouw

Nationaal Berovet Comitee

Nachkriegsbetreuung der Justizverwaltung

- Kirchen
- Ärztlichkeitsvereinigungen
- Georgene Behörden
- L.O.
- Stichting 1940-45
- Regierungsbevollmächtigte

Legal

Illegal

Gliederung

Militärischer Widerstand

O.D. „Ortsdienst“

Führung in Ländern von höherer Organisation der Widerstandsleitung

A.H.K. - Allgemeine Hauptkommission

Leitung: van Spanje

van Amstel

Parafunktionäre - Verbindungen im Lande u. mit England

Bürgerlicher Widerstand

N.S.F. „Nationaal Slaven Fonds“

Bewegung

- Sammlung von Untergetauchten
- Erhaltungen
- Eisenbahnstreik

4) die F.P.O.
5) der C.J.D. - Orts-Intelligenzdienst

Illegale Presse

Frouw - Anti-Resistenzdienst

Der größte Auflagen, verlegt in Köln, Antwerpen, Brüssel u. London

Hauptverleger: J. van der Meer, Frau u. d. Meier

Kurierdienste durch das ganze Land, Chef Dr. P. van der Meer

Kurierdienste: Wim O., Hendrik u. andere

Technische Organe

C.J.D. „Centrale Intelligenz Dienst“

Ziel:

- Nachrichten über Gestapo - Stationen
- Erfassung über Haltung von Beamten während Besatzungszeit
- Erfassung militär. Person
- Nachrichten über illegale Gruppen
- Kontrolle in Köln - Kanal - Biers

Die sich hier äussernde Gemeinschaftlichkeit wirkte auf die Menge anscheinend so suggestiv, dass der sonst verhaltene Unwille über die Tatsache der Besetzung und der eigenen Unfreiheit nunmehr verschiedentlich krass zum Ausdruck kam ...»

Daraufhin erscheinen deutsche Polizeiorgane bei den Ansammlungsorten; die Glückwunschkarte, in die sich zahlreiche Bürger eingetragen haben, werden eingezogen; der Oberbürgermeister von Den Haag wird seines Amtes enthoben; General Winkelmann wird von der Wehrmacht verhaftet und als Kriegsgefangener nach Deutschland gebracht; Hofmarschall Jonkherr Laman Trip wird mit einem Zwangsaufenthalt in der Stadt Assen belegt und dazu verpflichtet, sich hier täglich bei der Aussenstelle der Sicherheitspolizei zu melden. Nach dem Bericht des Sicherheitsdienstes haben die «holländischen Behörden und Dienststellen im Verlaufe des 29.6. offensichtlich versagt» und ihr Verhalten müsse «als illoyal und provozierend gegenüber den deutschen Besetzungsbehörden gewertet werden».

Nach dieser überzeugenden Demonstration des nationalen Behauptungswillens kommt es im Februar 1941 zum ersten der drei grossen Massenstreiks in Holland, dem ersten Streik überhaupt, der in den von Deutschland besetzten Gebieten stattfindet. Woran sich der Widerstandswille in Holland, der seine einfache Ursache darin hat, die deutsche Fremdherrschaft loszuwerden, diesmal entzündet, ist die Behandlung der jüdischen Mitbürger durch das Reichskommissariat. Zunächst werden alle holländischen Beamten dazu aufgefordert eine «Arier-Erklärung» zu unterzeichnen. Dann müssen alle gewerblichen und Handelsunternehmen, die sich in jüdischem Besitz befinden, angemeldet werden. Später werden die Juden aus Hotels und Restaurants, aus Kino und Theater, aus Zügen und Strassenbahnen vertrieben. Ihr Besitz und ihre Wohnungen werden beschlagnahmt. Deportation und Vernichtung im Konzentrationslager beschliessen ihren furchtbaren Leidensweg.

Ende 1940 werden zunächst alle Juden aus staatlichen und kommunalen Ämtern entlassen. Einer der arischen Beamten, de Graaf, der sich weigert, eine Arier-Erklärung zu unterschreiben, und freiwillig aus seinem Amt scheidet, begründet diesen Schritt vor den versammelten Kollegen:

«Ich empfinde das Bedürfnis, meine lieben Kollegen, Ihnen mit einigen Worten zu erklären, warum ich um meine Entlassung aus dem Generalsekretariat vor wenigen Tagen nachgesucht habe. Ich erfuhr damals, dass der Arierparagraph bald eingeführt werden sollte. Infolgedessen wird es künftig notwendig sein, bei Personalernennungen nachzuforschen, ob die betreffende Person jüdischer Abstammung ist. Ich sehe mich aus

diesem Grunde genötigt, meinen Abschied zu nehmen. Denn ich könnte als bekennender Christ und als Holländer diese Frage an niemanden stellen, wer immer es auch sei. Jede Bevorzugung eines Menschen vor einem anderen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder zu einem bestimmten Volk widerspricht den tiefsten Grundlagen unseres Glaubens an Jesus Christus, in dem Gott sich allen Menschen offenbaren will und vor dem alle Menschen gleich sind ...»

Als Professor Meyers, einer der bedeutendsten Juristen Hollands, genau wie seine jüdischen Kollegen fristlos seiner Ämter enthoben wird, äussert sich sein Schüler und Kollege Professor Cleveringa vor Studenten:

«Ich trete heute zu einer Stunde vor Sie hin, in der Sie gewohnt sind, jemand anderen vor sich zu sehen: Ihren und meinen Lehrer Meyers. Die Ursache hierfür ist ein Brief folgenden Inhalts, den er soeben vom Departement für Unterricht, Kunst und Wissenschaft empfing: ‚Durch Auftrag des Reichskommissars der besetzten Niederlande in der Angelegenheit des nicht-arisches gehobenen Personals gebe ich Ihnen hiermit bekannt, dass Sie bei Eingang dieses Schreibens von der Wahrnehmung Ihrer Funktionen als Professor der Universität Leiden enthoben sind. Der Reichskommissar hat versprochen, dass die Betroffenen vorläufig im Genuss ihrer Gehälter bleiben/ Ich gebe Ihnen diese Mitteilung in Ihrer ganzen Kahlheit, und ich will sie nicht näher qualifizieren. Denn welche Worte ich auch finden möchte – meine Gefühle würden hinter ihnen Zurückbleiben und die meiner Gefährten im Amt. Nicht um eine Erklärung ist es mir zu tun, wenn ich noch einige Worte an Sie richte. Ich will Ihre Aufmerksamkeit nicht auf den lenken, der dieses Schreiben verursacht hat. Seine Tat qualifiziert sich hinreichend selber...

Es ist dieser Niederländer, dieser noble und wahre Sohn unseres Volkes, dieser Vater der Studenten, dieser Mensch und Gelehrte, den der Fremdling, der uns feindlich beherrscht, ‚seiner Funktionen enthoben hat‘. Ich muss mich zurückhalten, nicht von meinen Gefühlen zu sprechen. Die Fakultät aber ist ja kraft ihrer Stellung auf die Beobachtung der Rechtsverhältnisse verwiesen. In Übereinstimmung mit der niederländischen Tradition erklärt bekanntlich das Grundgesetz jeden Niederländer als in dem Genuss der gleichen Bürger- und Bürgerschaftsrechte befindlich. Er kann jedes Amt bekleiden, gleich welchen Glaubens er ist. Nach Artikel 43 des Landkriegsreglements ist der Besatzer gehalten, diese Gesetze zu beachten, ‚sauf empêchement absolu‘. Das zwingt uns, die Wegschaffung Meyers für ein Unrecht zu halten. Wir beugen uns der Übermacht...»

Nach dieser Ansprache singen die Studenten in der Universität Leiden die Nationalhymne. Dann treten sie in den Streik, und ihre Kommilitonen aus Delft schliessen sich ihnen an. Beide Hochschulen werden daraufhin geschlossen, und erst nach der Befreiung kann der Lehrbetrieb in Leiden wieder aufgenommen werden.

Die Empörung der holländischen Bevölkerung gegen die Behandlung der jüdischen Mitbürger erreicht ihren Höhepunkt, als zu Beginn des Jahres 1941 Angehörige der WA (Weer-Afdeling), einer Art holländischer SA, dazu übergehen, die Juden in Amsterdam öffentlich zu terrorisieren. WA-Leute marschieren in grösseren Gruppen durch die Stadt, singen Schmählieder gegen die Juden, zertrümmern die Scheiben von Lokalen, in denen sich Juden aufhalten, zerren die Juden aus den Strassenbahnen und provozieren Schlägereien und Prügel Szenen, an denen sich auch deutsche Soldaten beteiligen.

Zur Selbstverteidigung bilden nun die Juden eigene Kampforganisationen. Eisenstangen, Stahlketten, Schlagringe und andere Waffen werden gesammelt und an die Mitglieder verteilt. Als am 11. Februar eine Gruppe von ungefähr 40 WA-Männern in das Judenviertel eindringt, kommt es zu einer Schlägerei, bei der die holländischen Nationalsozialisten eine schwere Niederlage erleiden. Die Hälfte von ihnen wird verwundet, drei müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden, wo einer den Folgen seiner Verletzungen erliegt. Die Stimmung der Bevölkerung gegen holländische Nationalsozialisten und Deutsche wird zusehends feindlicher.

«In der Nacht von Mittwoch, dem 19. 2., zu Donnerstag, dem 20. 2., wurde», so heisst es in dem Bericht von Hans Albin Rauter, dem Höheren SS- und Polizeiführer für die besetzten niederländischen Gebiete, im Judenviertel zu Amsterdam «eine Streife der deutschen Sicherheitspolizei in dem Augenblick, als sie ein jüdisches Lokal betrat, in dem eine geheime Versammlung stattfand, mit einer ätzenden und vergifteten Flüssigkeit [Schwefeldioxyd] übergossen, gleich darauf das Lokal verdunkelt und auf die Sicherheitspolizei zwei Schüsse abgegeben. Durch das sofortige Eingreifen der nachfolgenden Polizeibeamten gelang es, einen der Täter zu verhaften, während die anderen im Schutze der Dunkelheit entkamen. Mit Rücksicht auf diese neuerliche jüdische Frechheit habe ich nach Rücksprache mit dem Reichsführer-SS und dem Reichskommissar die Aushebung von 425 jüdischen Geiseln im Alter von 20–35 Jahren veranlasst. Diese Aktion wurde am 22. und 23. Februar durchgeführt, und die Juden ins Lager Schoori, Provinz Nordholland, überführt, von wo sie am Donnerstag, dem 27. Februar, in das Kon-

zentrationlager Buchenwald abtransportiert wurden. Diese Verhaftungen haben naturgemäss eine weitere Erregung des Judentums hervorgerufen ...»

Wie es bei diesen «Verhaftungen», die nicht nur das «Judentum», sondern die gesamte nicht nationalsozialistische Bevölkerung in helle Empörung versetzt haben, zugegangen ist, darüber berichtet der holländische Augenzeuge Brigadier de Groot:

«Ich tat Dienst als Wachhabender auf dem Polizeibureau Jonas-Daniel-Meyer-Platz. Es war Samstag-nachmittag um 16 Uhr, als plötzlich vor dem Judenviertel deutsche grüne Polizei abgesetzt wurde. Ich bekam Auftrag, an der Rapenburgerstrasse-Rapenburgwall Posten zu fassen und niemanden hereinzulassen, der aus der Innenstadt kam. Als die Polizisten aus den Autos gesprungen waren, griffen sie die Männer, die ihnen entgegenkamen und brachten sie zu den Sammelplätzen am Waterloo-Platz. Weil es Sabbat war, gingen viele Männer mit ihren Frauen, Kindern oder Verlobten spazieren. Sie wurden ergriffen und abgeführt. Dabei wurden sie geschlagen und mitunter auf den Boden geworfen. Wer Arm in Arm lief, wurde von seiner Frau oder Verlobten getrennt, wer nicht direkt losliess, dem schlug man ins Gesicht. Kleine Kinder, die vom Vater getragen wurden, wurden schreiend und weinend aus den Armen der Vater gerissen. Passanten wurden von ihren Fahrrädern heruntergerissen und unter Stossen und Schlagen abgeführt. Wer zu Fall kam, wurde solange geschlagen, bis er wieder aufstand. Abends nach acht Uhr kamen Frauen und Kinder weinend auf unser Bureau, um sich nach dem Verbleib ihrer Söhne, Väter oder Männer zu erkundigen.»

Die allgemeine Empörung über diese Behandlung der Juden ist der ausschlaggebende Faktor für den Ausbruch des Februar-Streiks, von dem die deutschen Stellen völlig überrascht werden. Die folgenden Auszüge aus dem Bericht des Höheren SS- und Polizeiführers Rauter zeigen, wie stark der Widerstand ist und mit welchen Mitteln er gebrochen wird.

«Am 25. Februar morgens traten eine grosse Anzahl von Amsterdamer Betrieben in den Streik. Es streikten vor allem die Schiffsbauwerften und die städtischen Betriebe in Amsterdam ...

Der Beauftragte des Reichskommissars für die Stadt Amsterdam, Senator Böhmcker, erhielt von mir den Auftrag, die Verhandlungen mit dem Bürgermeister von Amsterdam scharf zu führen und diesen wissen zu lassen, dass – falls der Streik nicht im Laufe desselben Vormittags noch abgebrochen würde – mit den schärfsten Mitteln dagegen vorgegangen werde. Die deutschen Polizeibataillone wurden sofort in Bereitschaft gelegt, ebenso die beiden SS-Totenkopf-Inf-

Regimenter, während das Amsterdamer Pol. Btl. bereits am 25. früh alarmiert wurde und den Auftrag erhielt, Ansammlungen aller Art sofort zu zerstreuen, zuerst mit aufgepflanztem Bajonett, und – wo Widerstand geleistet würde – sofort von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Warnungsschüsse in die Luft ab-, hatte ich verboten ...

Auch in Haarlem kam es am 25. um ungefähr 17.00 Uhr bei der Firma Stork und Hijsch-Werke zur Einstellung der Arbeit (400 Arbeiter), die aus Solidaritätsgründen mit den Amsterdamer Arbeitern ihre Arbeit niederlegten. Auch 2'000 Arbeiter der niederländischen Signal-Apparat-Fabrik (NSV) hatten in Hilversum die Arbeit niedergelegt.

Am 25. nachmittags erfolgte gleichzeitig der Einsatz des SS-Totenkopf-Bataillons Zandvoort in Amster-

dam. Um 19.00 Uhr traf dieses in Amsterdam ein und unternahm sofort motorisierten Marsch unter Führung des Regimentskommandeurs durch die vom Streik betroffenen Stadtteile. Vom Höheren SS- und Polizeiführer wurde bereits vorher angeordnet, dass in Amsterdam die Strassen nach 19.30 Uhr von der Zivilbevölkerung zu verlassen seien. Schon an diesem Abend musste das SS-Totenkopf-Bataillon in verschiedenen Fällen von der Schusswaffe Gebrauch machen, um die Seitenstrassen zu räumen. In der Nacht fuhren sowohl Polizeibataillone als auch SS-Bataillone Streifen und unterstützten die Sicherheitspolizei bei den Verhaftungen der Streik- und Rädelsführer.

Am 26. morgens waren ungefähr 80 Prozent der streikenden Betriebe zur Arbeit angetreten. Auch die Strassenbahnen waren fast zur Gänze ausgefahren, um



Das unmenschliche Verhalten den Juden gegenüber führte bereits im Februar 1941 zu dem ersten grossen Streik in Holland. Das, was die nationalsozialistischen Machthaber der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und in den von ihnen besetzten Gebieten angetan haben, ist ein so ungeheuerliches und grosses Verbrechen, dass selbst heute noch Prozesse geführt werden müssen, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Abb. oben: 29. Juni 1966: Anklage gegen Dr. Wilhelm Harster. – Abb. rechts: «... dass über der betreffenden Ortschaft panischer Schrecken verbleibt... gez. Dr. Harster.»

10.00 Uhr vormittags bestand der Eindruck, als sei der Streik bereits im Abflauen.

Plötzlich setzte er mit neuer Schärfe ein. Eine Unzahl von illegalen Flugblättern wurde in Amsterdam in allen Betrieben verbreitet, in den Mittagsstunden schlossen sich dem Streik fast sämtliche Gemeindebetriebe, alle Schiffsbauwerften und Eisenbetriebe an, gleichzeitig griff der Streik auf die Fokker-Flugzeug-Werke, auf die Werkspoor-Fabrik und auf den Güterbahnhof über, auch sämtliche Zeitungen stellten den Betrieb ein ...

Im Laufe des Frühnachmittags wurden in Amsterdam nachstehende Massnahmen durchgeführt:

Die SS und Pol. Btl. streiften nach einheitlichem Plan Amsterdam in verschärfter Form ab. Sie hatten Befehl, schärfstens vorzugehen, Ansammlungen aller Art, Zu-

sammenrottungen und Demonstrationen sofort unter Anwendung der Schusswaffe zu unterdrücken und rücksichtslos dabei vorzugehen. Ferner wurden noch im Laufe des frühen Nachmittags sämtliche streikende Betriebe durch die Ordnungspolizei planmässig besetzt. Auch alle Zeitungsbetriebe wurden von der deutschen Polizei besetzt. Um 16.00 Uhr versammelte ich sämtliche Betriebsführer der städtischen Betriebe und der übrigen Betriebe einschliesslich des Bürgermeisters bei mir, legte ihnen die Lage dar und erklärte, dass jeder Betriebsführer am nächsten Tage verhaftet würde, wenn sein Werk noch streikt. Der Betriebsführer wurde persönlich dafür verantwortlich gemacht, dass vor allem die Beamtschaft am nächsten Morgen in der Frühe am Platze zu sein hatte. Gleichzeitig erliess ich eine Verfügung durch den Drahtfunk,

den 3.5.43

1.) Blitz-PS

An alle Aussenstellen.

Betr.: Niederkämpfung der Streikbewegung.

Wie den Aussenstellen durch mein PS-Nr. 14734 über den Stand der Streikbewegung heute zwischen 9.00 Uhr und 10.00 Uhr bekannt ist, flackert, trotzdem seit Verkündung des Polizeistandrechts bereits 3 Tage vergangen sind, an verschiedenen Stellen des Landes der Streik wieder auf. Ich übermittle hiermit einen ausdrücklichen Befehl des Höheren W- und Polizeiführers, wonach überall da, wo sich auch nur die geringsten Ansätze von Streik zeigen, schärfstens mit der Gewalt der Schusswaffe der Streik in einer Form niedrigerungen wird, dass über der betreffenden Ortschaft panischer Schrecken verbleibt. Es ist dafür zu sorgen, dass überall da, wo Unruhen sind, die Standgerichte sofort zusammentreten und eine grössere Anzahl Todesurteile ~~wobahnrecht~~ verhängt. Ich bitte, diese Weisung des Höheren W- und Polizeiführers auch den Kommandeuren der Sicherungsbereiche und den Vorsitzern der Polizeistandgerichte raschestens bekanntzugeben.

gez. Dr. Harster.

FS. Nr. 14734
Befehl
alle ADST. pa
0001

wonach allen Geschäften und Betrieben die sofortige Beschlagnahme des Vermögens und des Geschäftes angedroht wurde, wenn am nächsten Tage die Geschäfte nicht geöffnet sein sollten ... Die Waffen-SS durchfuhr in zugestärkten Streifen Amsterdam, musste einmal gegen aufrührerische Massen eingesetzt werden, die bereits Barrikaden errichteten, ein anderes Mal musste ein ganzer Häuserblock umstellt werden, da von dort aus von den Dächern geschossen wurde, – bei beiden Anlässen wurde nicht nur von der Waffe Gebrauch gemacht, sondern mussten auch mehrere Handgranaten geworfen werden. Blitzschnell setzte sich die Waffen-SS durch, zerstreute Demonstrationen und Ansammlungen, so dass schon in den späten Nachmittagsstunden des 26. eigentlich die Unruhen erstickt waren...

Die Meldungen, die am 26. mittags einliefen, waren ziemlich bedrohlich, in Amsterdam kam es zu Zusammenrottungen und Menschenansammlungen; Aufrufe wurden von den Wänden gerissen, die Menschen liefen mit Stöcken und Eisenstäben bewaffnet herum, Pferde wurden aus den Wagen ausgespannt, Gemeindepolizisten vertrieben, Demonstrationzüge gebildet, Strassenbahnen angehalten und zum Teil umgeworfen, Streikplakate von Arbeitern angeklebt, Flugblätter in Massen verbreitet. Der verstärkte Einsatz der SS in den Nachmittagsstunden erstickte alle diese Kundgebungen im Nu.

Am 26. um 20.00 Uhr herrschte in Amsterdam völlige Ruhe..

Nach der Beendigung des Streiks, bei dem es neben zahlreichen Verletzten auch Tote gibt, werden über 100 kommunistische Arbeiter und andere verhaftet, von denen man annimmt, dass sie für diesen Streik verantwortlich sind. Wenn auch die Kommunisten den ersten Anstoss zur Durchführung des Streiks gegeben haben, so war er doch von der überwiegenden Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung getragen, die nicht mit den Kommunisten sympathisiert. Dieser Februar-Streik war in erster Linie eine geschlossene Demonstration der beteiligten Arbeiter gegen die ungerichte und entwürdigende Behandlung der holländischen Juden und gegen die deutsche Besatzung, die für eine solche Politik verantwortlich ist. Es war ein Streik für ideelle Werte, dem kaum irgendwelche materiellen egoistischen Motive zugrunde lagen.

Dieser Streik, der gezeigt hat, dass es kaum möglich ist, sich einem Gegner gegenüber durchzusetzen, der mit allen physischen Zwangsmitteln ausgestattet ist und auch vor den härtesten Massnahmen nicht zurückschreckt, hat den Widerstandswillen der überwiegenden Mehrheit der holländischen Bevölkerung deutlich zum Ausdruck gebracht. Für Rauter jedenfalls steht

es nach diesen Erfahrungen nun fest, «dass unter allen Umständen im Falle einer Landung von Streitkräften in Holland bzw. bei einem solchen Versuch .. die vollziehende Gewalt auf den Wehrmachtsbefehlshaber übergehen muss, da in einem solchen Fall damit zu rechnen ist, dass in allen Städten Hollands ein Aufstand ausbricht, wenn er nicht von Haus aus rücksichtslos bekämpft wird bzw. Massnahmen getroffen werden, die ein Aufflackern des Aufstandes verhindern». Des weiteren sei es «ganz ausgeschlossen, dass auf holländische Polizei im Falle einer Feindlandung Verlass ist». In keinem Fall sei von ihr zu erwarten, dass sie «aus sich selbst heraus gegen Aufständische» vorgeht. Nur unter Führung deutscher Polizei und SS-Kräfte könnte die holländische Polizei allenfalls zu einem solchen Vorgehen gebracht werden.

Anlass für den zweiten Massenstreik, den April-Mai-Streik des Jahres 1943, ist die Ankündigung des Wehrmachtsbefehlshabers in den Niederlanden, General Friedrich Christiansen, vom 29. April, dass alle Angehörigen der bewaffneten Streitkräfte Hollands, die nach der Kapitulation als Kriegsgefangene entlassen worden sind, interniert und nach Deutschland überführt werden sollen.

In der Druckerei in Hengelo, in der die Plakate mit dieser Schreckensnachricht gedruckt werden, kommt es spontan zur Arbeitsniederlegung. Von hier aus greift der Streik zunächst auf die anderen Fabriken der Stadt über, um sich dann ziemlich rasch auf nahezu alle Industriegebiete Hollands auszubreiten. Am 30. April, dem Höhepunkt des Streiks, sind etliche 100'000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Provinzen Utrecht, Gelderland, Overijssel, Noordholland, Groningen und Friesland werden betroffen, und die Brabanter Arbeiter von Oosterhout kehren erst am 8. Mai zu ihren Arbeitsplätzen zurück.

Aber nicht nur in den Industriegebieten, sondern auch in den landwirtschaftlichen Gebieten kommt es zum Streik. Besonders im Norden, Osten und Westen des Landes weigern sich die Bauern, Molkereien und Milchgeschäfte mit Milch zu beliefern.

Genau wie von dem Februar-Streik werden die Deutschen auch von dem April-Mai-Streik gänzlich überrascht. Und nicht zuletzt aus Furcht, der Streik könne auf Belgien und Nordfrankreich übergreifen, entschliesst man sich zu noch härteren Massnahmen, um diesen holländischen Widerstand zu brechen. Ein Polizeistandrecht wird proklamiert, und Polizeistandgerichte werden gebildet. In den Philips-Werken werden sieben Männer zum Tode verurteilt und hingerichtet. Verhaftungen werden vorgenommen, und man droht, dass diese Verhafteten erschossen werden, wenn die übrigen Arbeiter nicht unverzüglich ihre Tätigkeit

Was sollen sie tun?

Treten sie zurück, so werden ihre Posten mit nationalsozialistischen Amtsträgern besetzt. Diese werden, wenn sie nicht schon allein aus sachlicher Unfähigkeit die Verwaltung zum Schaden des holländischen Volkes führen, den deutschen Wünschen bestimmt sehr viel weiter entgegenkommen als Beamte, denen es als Patrioten nur darum geht, die holländischen Interessen möglichst wirkungsvoll zu vertreten. Damit diese aber nun ihre Ämter behalten können, sehen sie sich dazu gezwungen, mit der deutschen Besatzungsmacht wenigstens so eng zusammenzuarbeiten, dass sie nicht ihrer Posten enthoben werden. Wie weit man hierbei gehen kann, ohne als echter Kollaborateur zu gelten, dafür gibt es keine eindeutige und allgemein gültige Richtlinie.

So protestiert der höchste Beamte des Verteidigungsministeriums, C. Ringeling, dagegen, dass die holländischen Rüstungsbetriebe in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft gestellt werden. Die Folge: Er wird von Seyss-Inquart seines Postens enthoben. Anders ist das Verhalten des Generalsekretärs Hans Max Hirschfeld, verantwortlich für Landwirtschaft, Fischerei, Handel, Industrie und Schifffahrt, der bis zum Ende des Krieges in seinem Amt bleibt. Ihm geht es darum, die Wirtschaft des Landes aufrechtzuerhalten, um so die Lebensbedingungen des holländischen Volkes zu bewahren, obwohl er weiss, dass diese Wirtschaft auch der deutschen Kriegsführung zugute kommt. Hier wird eine Güterabwägung äusserst schwierig, und oftmals werden Leute als Kollaborateure gebrandmarkt, die im Grunde ihres Herzens doch nur auf das Wohl des eigenen Landes bedacht sind. Bei ihnen kommt es häufig zu schweren Gewissenskonflikten, denn um dem Wohl des eigenen Landes zu dienen, müssen sie mehr oder weniger eng mit dem Feind des Landes zusammenarbeiten.

So einfach es für diejenigen ist, die aus Angst, Opportunismus und Schwäche, sei es in Deutschland selbst oder in den besetzten Gebieten, im Dienst des Nationalsozialismus mitgearbeitet haben, sich damit zu rechtfertigen, sie seien im Amt geblieben, um «Schlimmeres zu verhüten», so gibt es doch viele, die wirklich aus diesem Motiv heraus ihre Arbeit weitergeführt und dadurch tatsächlich «Schlimmeres verhütet» haben.

Besonders problematisch ist die Lage für die Polizeibeamten, da sie direkt für die deutschen Interessen gegen die eigenen Landsleute eingesetzt werden können. So haben die holländischen Polizisten an den Razzien gegen die Juden im Februar 1941 und an der Unterdrückung des April-Mai-Streiks 1943 teilgenommen. Trotzdem können sich die Deutschen, wie es Rauter

in dem oben zitierten Bericht deutlich ausgesprochen hat, auf die holländische Polizei keineswegs verlassen. Obwohl man hier im Polizeidienst am nachhaltigsten versucht hat, möglichst viele holländische Nationalsozialisten unterzubringen, kommt es häufig vor, dass Polizisten ihre «Gegner» vor beabsichtigten Aktionen warnen. Nach vorherigen Absprachen werden Angriffe von Widerstandskämpfern auf Regierungsgebäude so ausgeführt, dass es den Anschein hat, die Polizisten seien erst im Kampf überwältigt worden, und manchmal verschwinden sogar ganze Polizeieinheiten mitsamt ihrer Bewaffnung im Untergrund. Dieses Verschwinden der Polizisten nimmt solche Ausmasse an, dass Rauter die Anordnung trifft, deren Familien zu verhaften und einzusperren. Wie wenig man der holländischen Polizei vertraut, lässt sich daraus ersehen, dass man gegen Ende des Krieges deren Entwaffnung für notwendig hält.

Das gleiche Problem, das die Verwaltungsbeamten zu meistern haben, stellt sich auch der Justiz des Landes. Tritt man unter Protest gegen die Rechtswidrigkeit der deutschen Massnahmen zurück, dann werden die einzelnen Stellen durch nationalsozialistische oder deutschfreundliche Richter ersetzt, womit dem Volk keineswegs gedient sein kann. Also auch hier kann ein Im-Amt-Bleiben Schlimmeres verhüten.

Während die einzelnen demokratischen Parteien Hollands, die im Juli 1941 verboten werden, als Parteien im Widerstand kaum hervortreten, kommt es bereits im Juli 1940 zur Bildung einer neuen politischen Bewegung, die unter gewissen Aspekten ebenfalls zum Widerstand gerechnet werden kann. Dieser Widerstand der «Niederländischen Union» richtet sich dabei nicht gegen die deutsche Besatzungsmacht, sondern in erster Linie gegen die holländischen Nationalsozialisten. Vor allem Holländer, die mit der politischen Entwicklung der Vorkriegszeit nicht zufrieden gewesen sind, strömen dieser neuen Bewegung zu, deren Ziel darin besteht, alle Patrioten zu vereinigen, und die es für zweckmässig erachtet, loyal mit den deutschen Okkupanten zusammenzuarbeiten. Obwohl sie selbst das Prinzip einer stärkeren Führung betont, bekennt sie sich doch zu dem Grundsatz eines unabhängigen Hollands, zu den Prinzipien des Christentums und den Freiheiten der Rede, der Bildung und der Religion. Sie tritt dem unhaltbaren Anspruch der holländischen Nationalsozialisten entgegen, allein das ganze holländische Volk zu repräsentieren, und wendet sich gegen die Absicht, eine nationalsozialistische holländische Regierung zu bilden. Seyss-Inquart, der die «Union» anfangs unterstützt, weil er hofft, sie später vollends in seine Gewalt zu bekommen, muss einsehen, dass die überwiegende Mehrheit ihrer

Mitglieder – im Februar des Jahres 1941 sind es bereits 800'000 – dieser Bewegung in erster Linie nur zum Zeichen des Protestes gegen die holländischen Nationalsozialisten beigetreten ist. Trotz der Zugeständnisse, die die Führer der «Union» machen, ihre Zugeständnisse in der Behandlung der Juden, ihre Unterstützung des Arbeitsdienstes und des Winterhilfswerkes, kommt man zu der Einsicht, dass nur über eine totale Unterwerfung und Kollaboration eine Zusammenarbeit mit den Deutschen möglich ist. Als man sich weigert, nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion die deutschen Aufrufe zum Kampf gegen den Bolschewismus zu unterstützen, da Russland als ein Alliierter der holländischen Exilregierung betrachtet wird, kommt es zur Auflösung dieser Organisation, und viele ihrer aktivsten Mitglieder wenden sich nun selbst der Widerstandsbewegung zu.

So wenig es gelingt, eine nennenswerte Unterstützung im deutschen Sinne bei den einzelnen Gruppen des holländischen Volkes zu finden, so wenig gelingt es auch, die Universitäten, und hier insbesondere die Studentenschaft, für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Im Gegenteil, die jüngere Intelligenz sieht es geradezu als ihre Aufgabe an, dem Nationalsozialismus auf Grund prinzipieller Erwägungen entgegenzutreten. Nach deutschen Quellen sind nicht weniger als ein Drittel der Opfer des holländischen Widerstandes Studenten gewesen.

Das erste Auftreten eines Widerstandes holländischer Professoren und Studenten ereignet sich, wie oben bereits angeführt, anlässlich der Entlassung jüdischer Hochschullehrer. Als die Entfernung der jüdischen Studenten angeordnet wird, weigern sich studentische Organisationen durch Selbstauflösung, an dieser Aufgabe mitzuwirken. Als man gegen Ende des Jahres 1942 deutscherseits versucht, die holländische Studentenschaft für den Arbeitseinsatz, von dem sie bisher befreit gewesen ist, zu mobilisieren, weigern sich mit einer Ausnahme sämtliche Rektoren der holländischen Hochschulen, eine Liste aufzustellen, aus der dann 7'000 Studenten für den Arbeitseinsatz in Deutschland ausgewählt werden sollen.

Zum Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit den Universitäten kommt es zu Beginn des Jahres 1943. Als Gegenmassnahme für die Ermordung des Kommandeurs der niederländischen Freiwilligengruppe in Russland – des Kollaborateurs General Seyffardt –, die durch eine Studentengruppe erfolgt sein soll, werden an den Universitäten Amsterdam, Delft, Utrecht und Wageningen insgesamt 600 Studenten verhaftet. Daraufhin kommt der Universitätsbetrieb im ganzen Lande zum Erliegen, und Verhandlungen werden eingeleitet mit dem Ziel, den Lehrbetrieb wieder aufzu-

nehmen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, bei denen man sich gezwungen sieht, den Interessen der Deutschen entgegenzukommen, ist eine Loyalitätserklärung, die alle Studenten unterschreiben müssen, sofern sie ihr Studium fortsetzen wollen.

Nach dieser Erklärung verpflichtet sich jeder einzelne Student, den bestehenden Gesetzen Gehorsam zu leisten und sich jeder Aktivität gegen die deutschen Streitkräfte und die holländischen Behörden zu enthalten. Ausserdem müsse jeder Student nach der Beendigung seines Studiums dazu bereit sein, einen sechswöchigen Arbeitsdienst in Deutschland abzuleisten. Diejenigen Studenten, die sich weigern sollten, diese Loyalitätserklärung zu unterzeichnen, würden als Arbeitslose betrachtet, die sowieso in Deutschland zu arbeiten hätten.

Die gesamte Untergrundpresse, insbesondere die Studentenzeitung «De Geus onder Studenten», fordert die Studenten auf, diese Loyalitätserklärung nicht zu unterzeichnen, sondern nach dem Ablauf der Frist «unterzutauchen». Studentische Widerstandsgruppen bilden eigene Abteilungen, die auf ihre Kommilitonen in diesem Sinne einzuwirken haben. Und auch der Minister für Kunst, Erziehung und Wissenschaft der Exilregierung fordert die Studenten auf, unter keinen Umständen eine solche Loyalitätserklärung zu unterschreiben. Das Ergebnis: Nur 15 Prozent der gesamten Studentenschaft unterzeichnen die Loyalitätserklärung. Ein Grossteil der Studenten, die ihre Unterschrift verweigert haben, wird nach Deutschland deportiert, der Rest kann «untertauchen».

Heimliche Prüfungen, die von diesen «untergetauchten» Studenten bei ihren Professoren abgelegt werden, werden nach der Befreiung von den Universitäten voll anerkannt. Während im Studienjahr 1943/44 «noch» 10 Prozent der Hochschüler ihr Studium fortsetzen, kommt der Studienbetrieb im Jahre 1944/45 völlig zum Erliegen. Auf speziell eingerichteten Fluchtwegen soll es den meisten nach Deutschland deportierten Studenten gelungen sein, noch vor der endgültigen Befreiung ihres Vaterlandes nach Holland zurückzukehren.

Besonders hartnäckig ist auch der Widerstand der holländischen Ärzteschaft, die sich allen Nazifizierungsversuchen widersetzt. Zunächst versuchen die holländischen Nationalsozialisten, die bestehende Ärzteorganisation «gleichzuschalten». Das Resultat: Die Mehrheit der Ärzte kündigt ihre Mitgliedschaft, woraufhin sich die Organisation selbst auflöst. Statt dessen wird eine eigenständige Untergrundbewegung gebildet, die von einer zentralen Führungsstelle aus ihren Einfluss mittels einer guten Organisation über das gesamte Land ausdehnen kann.

Die erste Protestaktion dieser Untergrundorganisation (Medish Contact) besteht darin, dass man sich in einem Brief an Reichskommissar Seyss-Inquart, der von über 4'000 Medizinern unterzeichnet ist, gegen dessen Absicht wendet, eine nationalsozialistische Ärzteorganisation mit Beitrittszwang ins Leben zu rufen. Trotzdem kommt es im Dezember 1941 zur Gründung einer Ärztekammer, der automatisch alle Ärzte als Mitglieder angehören. Medish Contact beschliesst daraufhin, ihre Mitglieder aufzufordern, keinerlei Beiträge an die Ärztekammer abzuführen und deren Fragebogen einfach nicht auszufüllen.

Zunächst wird auf die patriotisch eingestellten Ärzte kein besonderer Druck ausgeübt, und nur die nationalsozialistisch orientierten werden Mitglied in der Ärztekammer. Dann aber, im März 1943, macht der Vorsitzende dieser Ärztekammer, Dr. Croin, von seiner Möglichkeit Gebrauch und belegt 80 Ärzte mit einer Geldstrafe, da sie ihre Pflicht, der Ärzteorganisation beizutreten, versäumt hätten. Da Dr. Croin ermächtigt ist, diese Geldstrafen zur Brechung des Widerstandes beliebig zu erhöhen, da er aber nur eine Handhabe gegen diejenigen hat, die sich tatsächlich als Ärzte bezeichnen, werden die Mitglieder von Medish Contact dazu aufgefordert, auf die Führung dieses Titels zu verzichten. Über 6'000 Ärzte wenden sich in Briefen an die Ärztekammer, worin sie dieser ihren «Rücktritt» bekanntgeben. Als sich nach vorübergehenden Erleichterungen der Druck auf die holländische Ärzteschaft weiterhin verstärkt, kommt es zu einer erneuten Briefaktion an Reichskommissar Seyss-Inquart:

« ... Der hippokratische Eid, der uns an medizinische und ethische Normen bindet, kann es uns in Zukunft unmöglich machen, Ihren Forderungen zu entsprechen. Wenn es soweit kommen sollte, dass man an uns Ärzte unannehmbare Ansprüche stellt, dann könnte es geschehen, dass wir Ihren Drohungen zum Trotz Frieden und Leben in die Waagschale werfen. Wir erwarten, dass Sie uns diesen Konflikt ersparen und uns erlauben werden, unsere Arbeit in Freiheit und Frieden fortzusetzen, im Einklang mit unserem Gewissen. Der zukünftige Lauf der Dinge hängt von Ihnen ab ...» Der Inhalt dieses Briefes wird deutscherseits als eine offene Herausforderung betrachtet, und so werden 360 Ärzte verhaftet. Viele ziehen es vor «unterzutauchen», und es sieht beinahe so aus, als sei die ärztliche Betreuung im besetzten Holland ernstlich gefährdet. Der Konflikt wird schliesslich dadurch gelöst, dass man einen versöhnlich gehaltenen Brief an den Reichskommissar schreibt, womit dessen Prestige gewahrt bleiben kann, während Seyss-Inquart seinerseits bei Dr. Croin darauf hinwirkt, dass eine zwangs-

weise Eingliederung der Ärzte in die Ärztekammer nicht mehr in Frage kommt. Damit hat die holländische Ärzteschaft in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen endgültigen Sieg errungen.

Eine weitere Institution, die zwangsläufig mit den nationalsozialistischen Gedankengängen und Praktiken in Konflikt geraten muss, ist die christliche Kirche. Sowohl die katholische als auch die beiden protestantischen Kirchen, die «Niederländische Reformierte Kirche» und die «Christlich Reformierte Kirche», haben es an Protesten nicht fehlen lassen.

Bereits am 26. Januar 1941 haben die katholischen Bischöfe einen Hirtenbrief erlassen, worin sie ihr Verbot, der NSB beizutreten, erneuern, Mitgliedern dieser Partei die Sakramente verweigern und überhaupt den holländischen Nationalsozialisten den schärfsten Kampf ansagen. Protestantische und katholische Kirche rufen ihre Gläubigen auf, sich auch unter härtestem Druck nicht an der Aushebung holländischer Arbeitskräfte zu beteiligen und auch nicht irgendwie an der Deportation der Juden, die ab 1942 systematisch vorangetrieben wird, mitzuwirken.

Besonders in der Judenfrage kommt es zu den schärfsten Protesten der christlichen Kirchen. «Die unterzeichneten Kirchen», so heisst es in einem Telegramm an Reichskommissar Seyss-Inquart, «bestürzt über die in Holland gegen die Juden getroffenen Massnahmen, die letztere von der Teilnahme am normalen Leben des Volkes ausschliessen, haben mit Schrecken von den neuen Massnahmen Kenntnis genommen, wodurch Frauen, Kinder und Männer oder auch ganze Familien nach deutschem Reichsgebiet und anderen dem Reich hörigen Ländern verbracht werden sollen. Das Leid, welches damit über Zehntausende von Menschen gebracht wird, die Erkenntnis, dass diese Massnahmen gegen das tiefste sittliche Bewusstsein des niederländischen Volkes verstossen, der Gegensatz, worin sie stehen zu Gottes Gebot der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, zwingen uns, die dringende Bitte an Sie zu richten, dass diesen Massnahmen keine Folge gegeben wird. Diese dringende Bitte wird, was die Christen jüdischer Herkunft anbelangt, auch von der Erwägung diktiert, dass diese kraft der Verordnungen von der Teilnahme am kirchlichen Leben ausgeschlossen werden.»

Dieses Telegramm, das trotz des Verbots des Reichskommissars von den Kanzeln der Kirchen verlesen wird, führt zu verstärkten Massnahmen auch gegen die getauften Juden.

Als man im Mai 1943 diejenigen Juden, die mit Nichtjuden verheiratet sind, vor die Wahl stellt, sich entweder sterilisieren oder deportieren zu lassen, kommt es zu dem bisher schärfsten kirchlichen Protestschrei-

ben an den deutschen Reichskommissar: «Nach allem, worüber die christlichen Kirchen in den Niederlanden sich in den Jahren der Besetzung schon genötigt gesehen haben, bei Eurer Exzellenz sich zu beschweren, geschieht im Augenblick so etwas Fürchterliches, dass wir unmöglich umhinkönnen, ein Wort im Namen unseres Herrn an Eure Exzellenz zu richten. Schon beklagten wir uns über verschiedene Taten der Besatzungsmacht, die im Widerspruch stehen zu den geistigen Grundlagen unseres Volkes, das seit seiner Entstehung wenigstens versucht hat, unter Gottes Wort zu leben. Jetzt hat man in den letzten Wochen mit der Sterilisierung in sogenannter Mischehe Verheirateter den Anfang gemacht. Gott aber, der Himmel und Erde erschaffen hat und dessen Gebot allen Menschen gilt, dem auch Eure Exzellenz einmal Rechenschaft ablegen muss, hat den Menschen gesagt: ‚Seid fruchtbar und mehret euch‘ (Genesis 1,28). Die Sterilisierung aber bedeutet eine körperliche und seelische Verstümmelung, die unmittelbar im Widerspruch steht zu dem göttlichen Gebot, dass wir den Nächsten nicht entehren, hassen, verwunden oder töten sollen. Sie bedeutet eine Schändung menschlichen Rechts und göttlicher Gebote. Sie ist die letzte Konsequenz einer antichristlichen und volksverheerenden Rassenlehre, einer Selbstüberhebung ohne Massen einer Welt- und Lebensanschauung, welche ein wahrhaft christliches Leben untergräbt und unmöglich macht. Sie, Exzellenz, sind im Augenblick die höchste politische Autorität. Ihnen ist, wie die Dinge jetzt liegen, anvertraut, Recht und Ordnung dieses Landes zu erhalten – anvertraut nicht nur vom Führer des Deutschen Reiches, sondern nach einer unergründlichen Fügung auch von dem Gott, den die christliche Kirche auf Erden verkündigt. Ihnen gelten ganz wie allen anderen Menschen die Gebote des Herrn und Richters der ganzen Erde. Darum sagen Eurer Exzellenz die christlichen Kirchen in den Niederlanden im Auftrage Gottes und auf Grund Seines Wortes: es ist die Pflicht Eurer Exzellenz, den schändlichen Vergehen der Sterilisierung vorzubeugen. Wir machen uns keine Illusionen. Wir sind uns wohl bewusst, dass wir kaum erwarten können, Eure Exzellenz werde auf die Stimme Gottes, das heisst: auf die Stimme der Kirche hören. Aber was man menschlicherweise nicht erwarten kann, das dürfen wir im Glauben hoffen. Der lebendige Gott hat die Macht, auch das Herz Eurer Exzellenz zu ändern. Das also erbitten wir von Gott, Eurer Exzellenz und unserem leidenden Volk zum Guten.»

Daraufhin wird wenigstens die Sterilisierung von Juden, die in «Mischehe» leben, vom Reichskommissar Seyss-Inquart verboten.

Wegen ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialis-

mus werden Hunderte von Pfarrern und Priestern in Konzentrationslager eingeliefert. 43 protestantische Pfarrer und 49 katholische Priester haben ihren Widerstand mit dem Leben bezahlt, des Weiteren hat eine grosse Anzahl katholischer und protestantischer Laien für ihren Glauben ebenfalls schwere Opfer, Konzentrationslager und Tod auf sich genommen.

Die Verfolgung von Priestern, Pfarrern, Arbeitern, Studenten, Politikern, all derer, die sich den Nazifizierungsversuchen widersetzen, und ihre Absicht, der Verfolgung zu entgehen, führt zu einer spezifischen Ausprägung des holländischen Widerstandes, zu den «Onderduikers». «Zu den Priestern, die sich verborgen hielten», schreibt Erich Kock, «stiessen Bürgermeister, Gelehrte, Künstler, Schriftsteller und Soldaten. Der aktive Widerstand lebte ohnedies in der Illegalität. Man wechselte gewissermassen die Identität und verschwand: man ging ‚uit fietsen‘, zu Deutsch: man ‚radelte aus‘. Da aber in den Niederlanden das Wasser regiert, fand sich schliesslich der angemessener Ausdruck: ‚Onder duiken‘, ‚untertauchen‘. Wer aber untertauchte, hiess ‚Onderduiker‘. Nicht lange, dann waren es Hunderttausende, die illegal auf Bauernhöfen, in abgelegenen Siechenhäusern, auf Dachböden, hinter falschen Wänden und in den Zwischenböden der Altbauwohnungen (man war recht erfindungsreich!) hausten. Manche wohnten in Erdbunkern in der Heide, andere in primitiven Blockhütten.

Überall führten mitten aus dem normalen Leben unsichtbare Wege in die Illegalität. Im Sumpfgebiet von Maas und Merwede unweit Dordrecht, das bei Flut halb unter Wasser stand, ein Gebiet mit gefährlichen Kolken, mit Riedgraswäldern, mit üppigen Wasserverstecken und verborgenen Pfaden, auf denen sich der Besatzungssoldat unwohl fühlte, verbarg man sich auf Kanus und Booten. 20'000 untergetauchten Juden folgten nach der Verweigerung der Loyalitätserklärung nicht weniger als 6'000 Studenten in die Illegalität des Unterschlupfs. Die Sauckel-Aktion (zwangsweise Aushebung von Arbeitskräften) schickte hinwiederum Tausende von Arbeitern nach ... Denn es gab nur noch eins, entweder sich melden – mit allen Konsequenzen, die das nach sich zog, oder untertauchen ... Für Privatleute, die ‚Onderduikers‘ bei sich versteckt hielten, gab es mitunter böse Ängste. Vielerorts existierten Spitzel; man konnte zum Beispiel wegen ‚Judenhilfe‘ ins KZ kommen. Es gab Fälle, in denen ‚Onderduikers‘, unablässig an ihren kleinen Unterschlupf gebunden und höchstens nachts für einige Stunden freier, Paniken und Anfälle von Verfolgungswahn bekamen.

Sie schrien vor Angst und machten die Nachbarn aufmerksam. Kinder wollten sich mitunter partout nicht

schicken ... Es gab Spannungen zwischen Gastgebern und Gästen, die, was die Juden betrifft, in einzelnen Fällen zu einer völlig antisemitischen Einstellung führten. Vor plötzlichen Razzien schützte allerdings meist ein kollektives Warnsystem.

Man wird sich fragen, wie all diese Leute leben konnten. Nun, eine in Gelderland gegründete und von Brabant und Limburg aus nicht weniger stark betriebene Organisation, die sogenannte ‚Landelijke Organisatie‘, versorgte die Untergetauchten mit Lebensmittelkarten. Sie stammten entweder aus dem Besitz eingeweihter Amtsbürgermeister, die mit der Verteilung betraut waren, oder bewaffneten Anschlägen auf Verteilerbüros, die der aktive Widerstand von Zeit zu Zeit unternahm. So fielen bei einem Überfall auf eine Lebensmittelkartendruckerei 133'000 Lebensmittelkar-

ten in die Hände der Angreifer. Nächtliche Einbrüche taten das ihre. Die Verteilung der Karten ging über ein Netz von Helfern vor sich. Da die auf gewaltsame Weise beschafften Karten bei weitem nicht ausreichten, begannen Maler und Graphiker ein grossangelegtes Fälschungswerk zu organisieren, das von Karten bis zu Personalausweisen alles anfertigte, was in den Niederlanden zur Besatzungszeit an amtlichen Papieren existierte. Geschickt wurden Stempel und Unterschriften nachgemacht oder sogar durch verborgene Kanäle unmittelbar vom Hersteller beschafft. Suchte der Besitzer die Originale durch winzige Änderungen zu kennzeichnen, so hatten die Fälscher sie bald heraus. Als man den Fälschungen schliesslich durch die Einführung neuer Karten zu begegnen versuchte, waren die technischen Ausführungsbestimmungen mit-

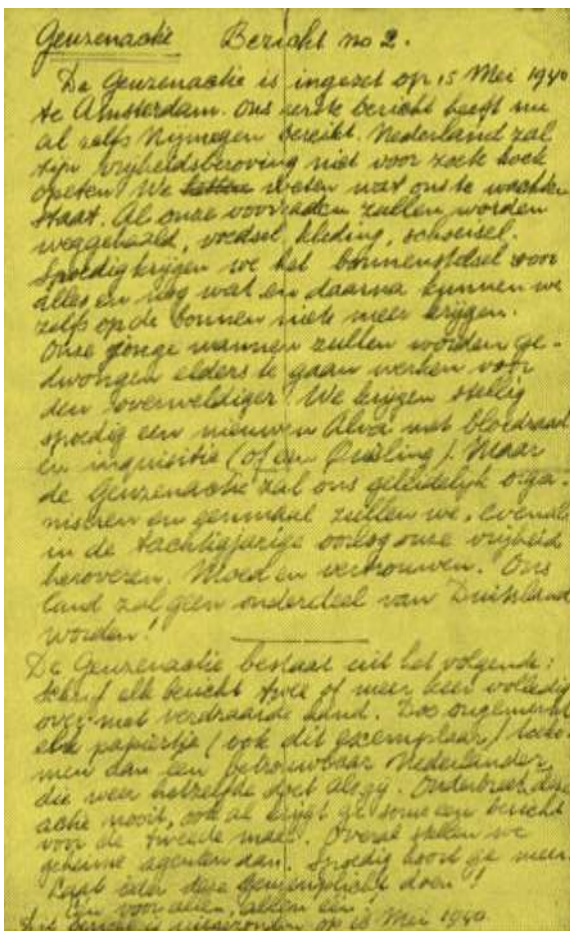


Abb. links: Die zweite Nummer der ersten illegalen «Hetzeitschrift» erschien in ca. 15 handgeschriebenen Exemplaren am 18. Mai 1940. – Abb. rechts: Eine Fotomontage einiger der insgesamt 1'200 Widerstandszeitschriften. Nachdem man im Mai 1943 dazu übergegangen war, die Radioapparate einzuziehen, um den Nachrichtenempfang aus London zu unterbinden, kam der Untergrund presse gesteigerte Bedeutung zu. Da die einzelnen Zeitschriften häufig durch mehrere Hände gingen, hatten sie im Verhältnis zur Auflagenhöhe eine äusserst grosse Breitenwirkung.

unter eher in der Hand der Fälschungszentrale, als die neuen Karten gedruckt waren. Die Versorgung der Familien von ‚Onderduikers‘ mit Geld übernahm ein von findigen Finanzfachleuten gegründeter ‚Nationaler Unterstützungs-Fonds‘. Er versorgte auch die Familien jener Arbeiter, die bei einem Streik das Brot verloren hatten. Die Initiatoren dieses Fonds brachten es durch Vermittlung bei der Exilregierung in London fertig, gegen Regierungsgarantie der Rückzahlung nach dem Kriege ‚à fonds perdu‘ nahezu 80'000'000 Gulden freizumachen und sie den Betroffenen in einem wöchentlichen Salär auszuzahlen. Ja, es gab eine geistliche Betreuung der ‚Onderduikers‘ mit Gottesdiensten in Scheunen oder abgelegenen Kapellen und gedruckten Wochenlosungen.»

Neben den hier bereits genannten Widerstandsorganisationen der «Landelijke Organisatie voor Hulp aan Onderduikers» (LO), die mit 15'000 Mitarbeitern (gegen Ende des Krieges) zu den grössten Widerstandsorganisationen zählt und über 1'000 Mitglieder verloren hat, und dem Nationalen Unterstützungs-Fonds, der von berufener Seite auch als «der Bankier der holländischen Widerstandsbewegung» bezeichnet worden ist, gibt es noch zahlreiche andere Widerstandsorganisationen von unterschiedlicher Grösse und Zielsetzung.

Eng verbunden mit der LO ist die selbständige Widerstandsorganisation «Landelijke Knokploegen» (LKP), eine aktive Kampfereinheit, die meist in kleineren Gruppen zu Gewaltmassnahmen schreitet, Anschläge auf Polizeistationen, Arbeitsbüros und Bevölkerungsregister verübt und sich insbesondere bei der gewaltsamen Beschaffung von Lebensmittelkarten für die «Onderduikers» hervortut. Zu Beginn des Jahres 1944 hat sich diese Organisation über das ganze Land ausgebreitet, im September des gleichen Jahres zählt sie 1500 Mitglieder und geht immer häufiger zu Sabotageaktionen über.

Eine der bedeutendsten und ältesten Widerstandsorganisationen, die sich ebenfalls über das ganze Land erstreckt, ist der «Ordnungsdienst» (Orde Dienst, OD). Der OD, der bereits im Sommer 1940 vornehmlich von Offizieren der früheren holländischen Armee gegründet wird, ist nach militärischen Gesichtspunkten gegliedert und sieht seine Aufgabe in erster Linie darin, alle Massnahmen vorzubereiten, durch die nach dem Zusammenbruch der deutschen Herrschaft die Aufrichtung einer holländischen Militärverwaltung ermöglicht wird.

Dem Versuch der holländischen Exilregierung, OD, LKP und den «Raad van Verzet» (RvV), eine linksgerichtete aber nicht kommunistische Widerstandsgruppe, in der Organisation «Innere Niederländische

Streitkräfte» (Nederlandse Binnenlandse Strijdkrachten) unter der Führung von Prinz Bernhard zusammenzufassen, ist nur ein mässiger Erfolg beschieden. Überhaupt ist es in Holland nicht gelungen, die zahlreichen Widerstandsgruppen in einer einheitlichen und zentralgeführten Widerstandsbewegung zu vereinen. Die unterschiedlichen politischen und ideologischen Grundeinstellungen, die verschiedenen Ansichten über die Art des Widerstandes, die Furcht, die Sicherheit der eigenen Organisation zu gefährden, und nicht zuletzt die von einer starken Willenskraft geprägten Charaktere der einzelnen führenden Widerstandskämpfer, deren Natur ein aktives Widerstandsverhalten zwar ermöglicht, aber nur wenig zur Unterordnung prädestiniert ist, sind die Ursachen für diese nicht geschaffene Einheit des holländischen Widerstandes.

Was den gewaltsamen aktiven Widerstand anbetrifft, so ist hier zumindest die Tatsache zu berücksichtigen, dass eine Art Guerillakrieg in Holland nicht in Frage kommt. Es gibt keine Berge und kaum Wälder, in denen man sich verstecken kann. Das ganze Land ist durch ein äusserst dichtes Verkehrsnetz erschlossen, wodurch der Feind in die Lage versetzt wird, mit motorisierten Einheiten schnell und sicher beinahe überallhin zu gelangen. Die wenigen militärischen Lager, die sich gegen Ende des Krieges organisieren, werden von den Deutschen entdeckt und aufgelöst. Ganz allgemein kann wohl die Feststellung getroffen werden, dass kaum ein Land ungünstigere Bedingungen bietet als Holland, wenn es darum geht, gegen eine militärische Besatzung in grösseren Einheiten gewaltsamen Widerstand zu leisten.

Bezüglich der aktiven Sabotage, einem weiteren gewaltsamen Widerstandsverhalten, kommt es zunächst zu einzelnen spontanen Aktionen von Einzelnen und kleinen Gruppen. Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 verstärkt sich diese Sabotagetätigkeit durch eine aktiv werdende kommunistische Widerstandsgruppe. Diese tritt im Jahre 1943 dem RvV bei, der bis zum September 1944 die bedeutendste Sabotageorganisation bleibt. Im Rahmen der «Inneren Niederländischen Streitkräfte» beteiligen sich dann auch andere Widerstandsorganisationen in verstärkter Masse an militärischer Sabotage. Unter der Überschrift «Sonstige Gegner (Sabotageakte – Attentatsversuche u.a.)» des SD-Berichts vom 25. November 1941 im Rahmen der wöchentlich angefertigten «Meldungen aus den Niederlanden» sind die folgenden typischen Gewaltaktionen aufgeführt:

«1. Ein bisher nicht ermittelter Täter schoss in der Nacht zum 15.11.44 gegen 3.00 Uhr in Middelharnis (Mitte der Insel Overflakkee, Prov. Südhol-

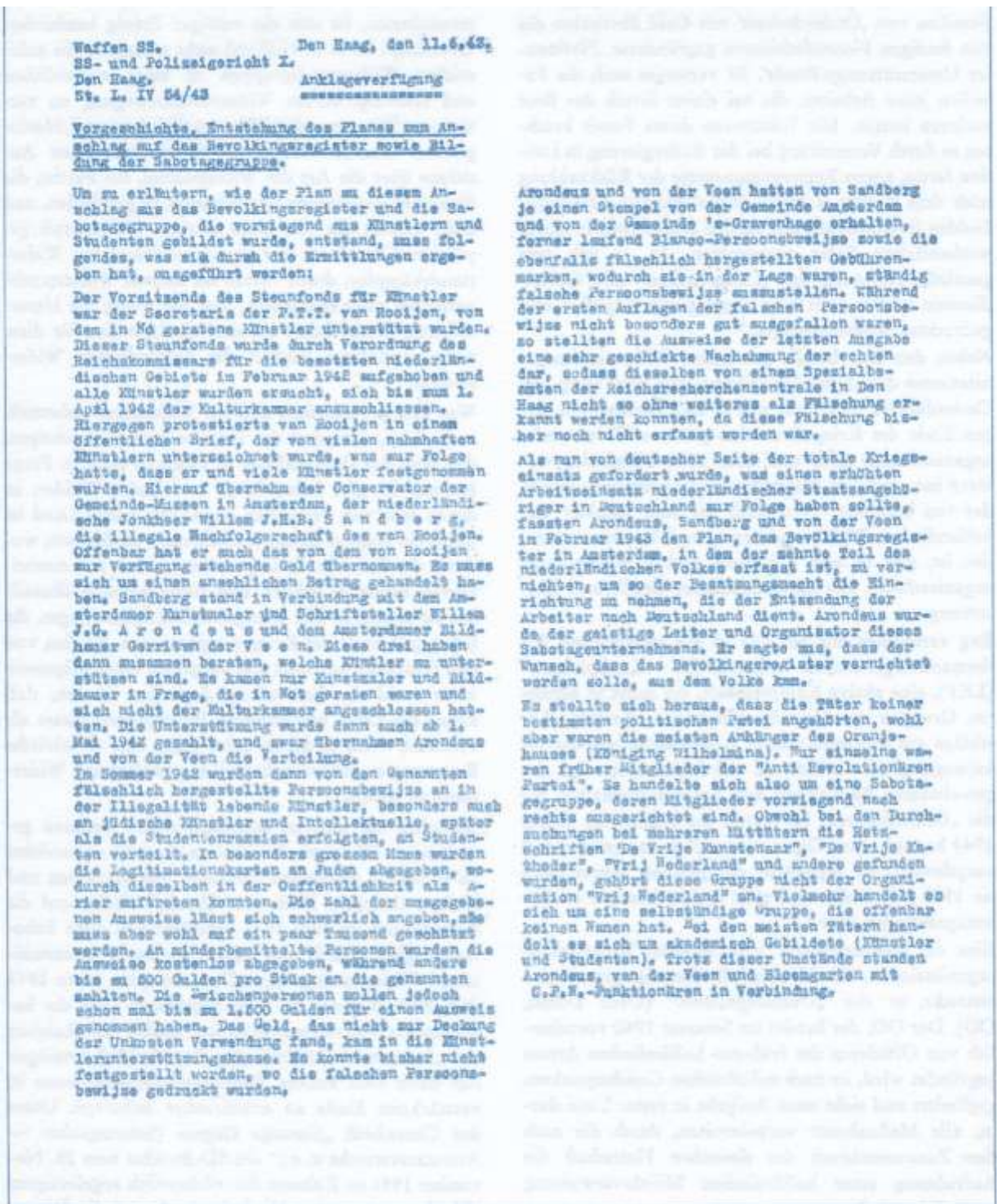


Abb. oben: Die Anklageverfügung des Polizeigerichts gegen holländische Widerstandskämpfer, denen es am 28. März 1943 gelungen war, das Bevölkerungsregister von Amsterdam zu zerstören. – Rechte Seite: Zwei der zahlreichen Plakate, mit denen der «Höhere Polizei- und SS-Führer» die Bevölkerung von den Massnahmen gegen den holländischen Widerstand unterrichtete.

SICHERHEITSPOLIZEI: GESCHLOSSEN

NACHDEM MIT WISSEN DES DOMINE TERRORISTEN
IN DIESEM GOTTESHAUS EIN ENGLISCHES WAF.
FENLAGER VERBORGEN HATTEN, ORDNE ICH
WEGEN MISSBRAUCHES DES RELIGIÖSEN
ZWECKS DIE SOFORTIGE SPERRUNG
DER KIRCHE AN.

LEMELERVELD DEN 25.11.1944
DER HÖHERE **SS** UND POL. FÜHRER
NORDWEST.

BEKANNTMACHUNG

Der Höhere **SS**- und Polizei-
führer Nordwest gibt bekannt:

Wegen des feigen politischen Mordan-
schlages auf den Procureur-Generaal,
Mr. Dr. J. Feitsma, wurden am 7. Febr. 1945
als Vergeltungsmassnahme folgende Per-
sonen standrechtlich erschossen:

- 1.) der Hochgradfreimaurer J. Smuling,
- 2.) der Vizepräsident des hiesigen Bezirksgerichts-
hofes Mr. W. J. H. Dons,
- 3.) der Ratsherr beim hiesigen Gerichtshof
Mr. H. J. Hülsmann,
- 4.) der Kommunistenführer und führendes Mitglied
einer Widerstandsorganisation J. Bak,
- 5.) der kommunistische Arzt C. W. Ittmann,
sämtlich aus Amsterdam.

BEKENDMAKING

De Höhere **SS**- und Polizei-
führer Nordwest maakt bekend:

Tengevolge van den laffen, politieken moord-
aanslag op den Procureur-Generaal, Mr.
Dr. J. Feitsma, werden op 7 Febr. 1945
als vergeldingsmaatregel de volgende
personen standrechtelijk doodgeschoten:

- 1a. de hooggraadvrijmetselaar J. Smuling,
- 2a. de Vice-President van de Arrondissements-
Rechtbank, alhier, Mr. W. J. H. Dons,
- 3a. de Raadsheer bij het Gerechtshof, alhier,
Mr. H. J. Hülsmann,
- 4a. de communistenleider en leider van een ver-
zetsorganisatie, J. Bak,
- 5a. de communistische arts C. W. Ittmann, allen
te Amsterdam.

ABREISSEN ODER BESCHÄDIGEN DIESER PLAKATES IST STRAFBAR - AFSCHUREN OF BESCHADIGEN VAN DIT PLAKAAT IS STRAFBAAR

land) durch das Fenster der Ortskommandantur. Ermittlungen laufen noch.

2. Auf einer Baustelle der Luftwaffe bei Schoorl/Prov. Nordholland (etwa 10 km nördlich Alkmaar) wurde am 17.11.41 ein Sabotageakt an einem Starkstromkabel, das als Stromleitung für eine Seilwinde dient, entdeckt. Ermittlungen laufen noch.

3. In einer mit Wehrmachtsaufträgen beschäftigten Tischlerei in Amsterdam brach am 18.11.41 gegen 3.30 Uhr ein Brand solchen Ausmasses aus, dass er mit 14 Schlauchleitungen bekämpft werden musste und erst gegen 6.00 Uhr eingedämmt werden konnte.

4. Während mehrerer Nächte vor dem 19.11.41 wurde durch bisher unbekannte Täter in die Benzintanks einer Anzahl PKW's der Einheit ‚L 10 199 LGPA. Berlin‘ (z. Zt. in der Provinz Limburg stationiert) Zucker geschüttet und dadurch der Kraftstoff unbrauchbar gemacht. Ermittlungen laufen noch.

5. Aus einem an der Strasse Bussun (Prov. Nordholland) – Amersfoort (Prov. Utrecht) liegenden Feldfernkabel, das die III. Abteilung des in dieser Gegend liegenden Luftnachrichten-Regiments mit dem Regimentskommandeur verbindet, wurde am 19.11.41 ein Stück von etwa 5 m Länge herausgeschnitten. Ermittlungen nach den bisher noch unbekanntenen Tätern laufen.

6. Nach einer Mitteilung des Heeres-Kraftfahrzeugparkes 559 KFZ, Sammelstelle Hengel/Overijssel wurden am 21.11.41 in den Benzintanks zweier von den Ford-Werken in Amsterdam fabrikneu gelieferter LKW's grössere Mengen Sägemehl vorgefunden. Ermittlungen sind eingeleitet.

7. Aus dem Berghafen in Hoek van Holland verschwand in der Nacht zum 21.11.41 ein mit Hilfsmotor ausgestattetes Rettungsboot der ‚Niederl. Rettungsgesellschaft‘. Vermutlich wurde das Boot von einem bisher nicht bekannten Mann zu einer Fahrt nach England benutzt, der sich am 12.11.41 in Hoek van Holland nach einem für diesen Zweck geeigneten Fahrzeug umgesehen und erklärt hat, das – jetzt verschwundene – Rettungsboot benutzen zu wollen. Trotz der daraufhin erfolgten verstärkten Sicherung des Bootes und Unklarmachung des Motors gelang dem Täter die Entwendung des Bootes und ein unmerktes Entkommen.»

Die SOE, die auch in Holland wie in den anderen besetzten Gebieten besonders stark daran interessiert ist, durch intensive Sabotagetätigkeit den Feind in Unruhe zu halten, und das ihre von London aus dazu beiträgt, erleidet hier in Holland zunächst ein böses Missgeschick.

Als der holländische SOE-Agent Pieter Dourlein in der Nacht des 9. März 1943 mit zwei Kameraden über

Holland mit dem Fallschirm abgesetzt wird, kann er nicht ahnen, dass sie direkt in die Hände des Feindes springen. Die Männer, von denen sie empfangen werden, scheinen vertrauenswürdig. Sie kennen die verabredeten Decknamen und auch die Forderung, die Waffen abzugeben, erweckt kein Misstrauen, da man im Falle einer deutschen Kontrolle, bei der die Waffen entdeckt werden könnten, die schlimmsten Folgen zu befürchten hat. Eine weitere Forderung, sie müssten auch ihre Personalpapiere abgeben und ihre richtigen Namen angeben, stösst zunächst auf etwas Skepsis. Die Begründung aber, die in London gefälschten Personalpapiere seien so offensichtlich als Fälschungen zu erkennen, dass sie weit eher eine Gefahr als einen Schutz bedeuten, und dass die Deutschen seit neuestem die Namen der einzelnen Personalpapiere an Hand der offiziellen Personenstandsregister nachprüfen, so dass gefälschte Namen ebenfalls gefährlich seien, leuchtet Dourlein und seinen Kameraden ein. Sie übergeben ihre Ausweispapiere und erhalten das Versprechen, so schnell wie möglich mit neuen und weniger gefährlichen Personalpapieren ausgestattet zu werden. Dann bildet man drei Gruppen – jeder SOE-Agent wird von zwei Männern des Empfangskomitees begleitet – um sich auf getrennten Wegen in Sicherheit zu begeben.



Abb. oben: Schlagzeilen der Zeitschrift «De Vliegende Hollander» verkünden das Herannahen der alliierten Truppen und die baldige Befreiung Hollands. – Abb. rechts: Die «Deutsche Zeitung in den Niederlanden» verkündet die Kapitulation.

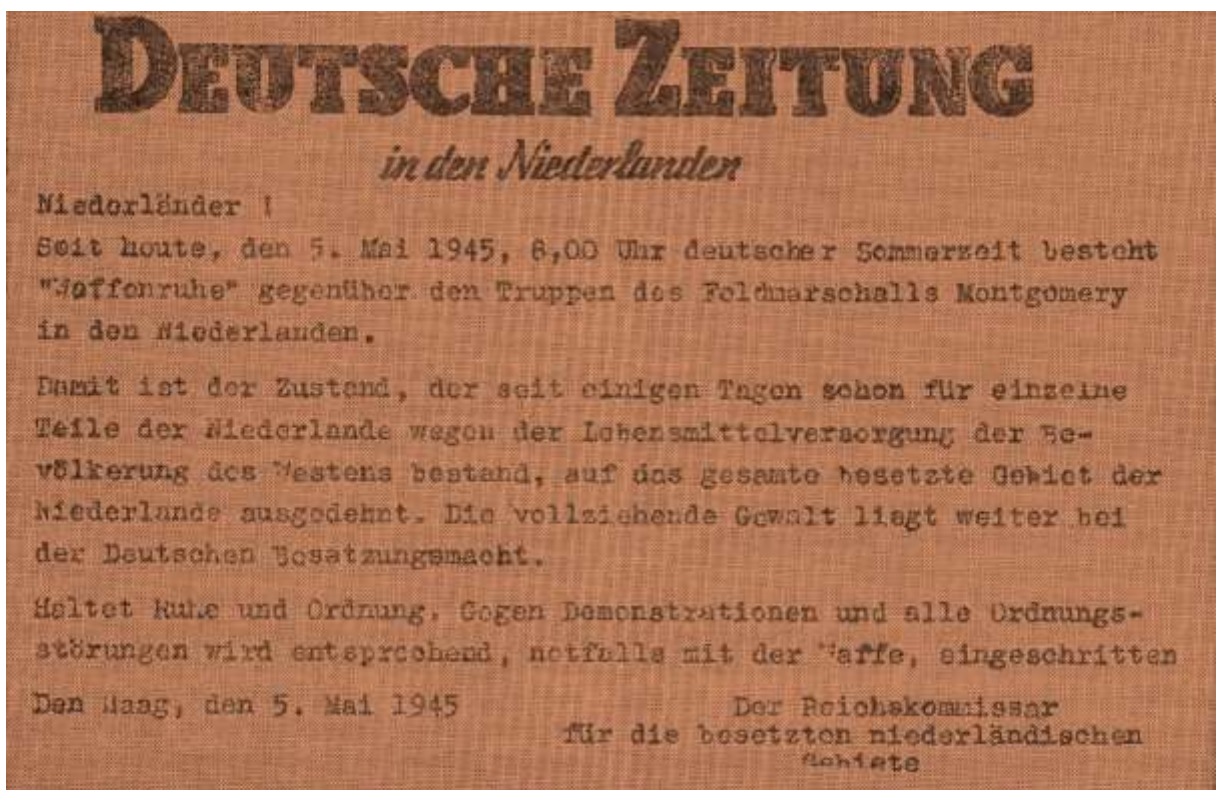
Man ist noch kaum ein paar Schritte gegangen, als die SOE-Agenten plötzlich von ihren Begleitern überwältigt werden. Andere Männer treten aus dem Dunkel hervor und man gibt den völlig überraschten Agenten zu verstehen, dass sie sich in der Hand der deutschen Gegenspionage befinden. Die drei Agenten werden getrennt voneinander abtransportiert, untersucht, verhört und schliesslich in das Gestapogefängnis in Haarlem eingeliefert. Als Dourlein sich weigert, irgendwelche Auskünfte zu geben, wird er von seinen Bewachern in den zweiten Stock des Gebäudes geführt, wo man ihn durch Schlitze in die Gefängniszellen blicken lässt. Unter den Gefangenen, die Dourlein hier zu Gesicht bekommt, entdeckt er zahlreiche Kameraden, mit denen er in London für die SOE-Tätigkeit ausgebildet worden ist. Als man ihn zum wiederholten Male dazu auffordert, die bei ihm gefundene chiffrierte Schweizer Adresse zu dechiffrieren, weigert sich Dourlein, ihm seien die Einzelheiten des Kodes zur Entschlüsselung entfallen, übernimmt der ihn verhörende Gestapo-Mann diese Entschlüsselung selbst und zwar ziemlich mühelos.

Für Dourlein steht es nun fest, dass sich die Deutschen in die Funkverbindung zwischen Holland und London eingeschaltet haben, ohne dass London auch nur irgend-

etwas davon ahnt. Um nicht noch mehr Agenten in deutsche Hand fallen zu lassen, muss London unbedingt von dieser Gefahr unterrichtet werden. Aber wie? Wie kann es gelingen, aus einem schwerbewachten deutschen Gestapogefängnis zu entkommen?

Gemeinsam mit seinem Zellennachbarn Ubbink wird der kühne Entschluss gefasst, trotz aller Gefahren den Fluchtversuch zu wagen. Zunächst werden in mühevoller Kleinarbeit die Nägel gelockert, mit denen das kleine Zellenfenster zugenagelt ist, ein Fenster, das gerade gross genug ist, um sich hindurchzuzwängen. Durch dieses Fenster will man auf einen der Gefängniskorridore gelangen, sich in einer Toilette einsperren, abwarten bis ein günstiger Zeitpunkt gekommen ist und sich dann aus dem Toilettenfenster abseilen.

Mit Hilfe von Rasierklingen, die man zweimal wöchentlich zum Rasieren benutzen darf, werden schmale Streifen aus dem Boden der Matratze herausgeschnitten, und aus diesen Streifen gelingt es dann, das zur Flucht benötigte Seil herzustellen. Nachdem man die Gewohnheiten des Bewachungspersonals genau studiert hat, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Zeit der Essenausgabe, in der es verhältnismässig laut zugeht, für den Fluchtversuch am besten geeignet ist.



Am Abend des 29. August, einem Sonntag, ist es soweit. Man steigt durch das Zellenfenster auf den Korridor, versteckt sich in einer leeren Zelle, wartet bis die Wächter passiert sind und schleicht sich hinter ihrem Rücken in eine der Toiletten, deren Tür von innen verriegelt wird. Hier wartet man noch einige Stunden, ständig von der Angst bedrückt, dass die Flucht doch noch entdeckt wird, zwingt sich dann gegen Mitternacht durch die Eisenstäbe des vergitterten Toilettenfensters und gelangt mittels des selbstgeflochtenen Seils sicher auf die Strasse und in die Freiheit. Noch aber ist man nicht in Sicherheit. Zunächst gelingt es den beiden, sich in einer Kirche zu verstecken und den Priester dafür zu gewinnen, ihnen bei ihrer Flucht behilflich zu sein. Dieser wendet sich an einen ehemaligen Polizisten, der nach der deutschen Besetzung seinen Dienst quittiert hat und jetzt dem aktiven Widerstand angehört. Von ihm werden sie zu einem Bauern gebracht, wo sie fürs erste untertauchen können. Dieser ehemalige Polizist van Bilsen ist es auch, der ihnen weiterhilft, so dass sie über einen langen und gefährlichen Fluchtweg über Belgien, Frankreich, Spanien und Gibraltar am 1. Februar 1944 in England eintreffen. Hier aber werden sie nicht als Helden empfangen und gefeiert, sondern als deutsche Spione verdächtigt und von den Engländern sogar ins Gefängnis gesperrt.

Die Tatsache, dass sie bei ihrer Ankunft in Holland von den Deutschen verhaftet wurden und dass sie bei ihrer Rückkehr nach England als deutsche Spione verdächtigt werden, ist die Folge des sogenannten «Englandspiels» bzw. des Unternehmens «Nordpol».

Dieses «Englandspiel» beginnt damit, dass das im November 1941 über Holland abgesprungene Agentenpaar Thijs Taconis als Sabotage-Agent und Hubert Lauwers als Funker mit einigen Mitgliedern des Ordnungsdienstes OD Kontakt aufnimmt, um sich mit diesen über Material- und Waffenabwürfe sowie über Sabotageakte zu verständigen. Der holländische Offizier, Mitglied des OD, über den diese Verhandlungen laufen, aber hat einen gewissen Ridderhof in sein Vertrauen gezogen, der bereits seit Herbst 1941 als V-Mann für den Chef der deutschen Abwehr, Gieskes, tätig ist, der seinerseits wiederum mit dem Chef der Abteilung Gegenspionage der Sicherheitspolizei, Joseph Schrieder, zusammenarbeitet.

Und so kommt es, dass Taconis und Lauwers im März des Jahres 1942 verhaftet werden. Seinen Instruktionen entsprechend weigert sich Lauwers nicht, sein Kodesystem bekanntzugeben, und auch nicht, für die Deutschen mit England über diesen Kode in Funkverkehr zu treten, da er doch genau weiss, dass London sofort merken wird, dass er nicht mehr in Freiheit ist

und auf seine Funkverbindung bestimmt nicht reagieren wird. Denn wenn Lauwers auch den Kode «verraten» hat, so hat er doch nicht sein spezifisches Erkennungszeichen mitgeteilt, das für den Empfänger der Funkmeldungen und für deren Auswertung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Dieses spezifische Erkennungszeichen, das in jeder Funkmeldung enthalten sein muss, ist die eigentliche Sicherheitskontrolle dafür, dass dem Inhalt der übermittelten Nachricht auch getraut werden kann. Das Fehlen dieser Sicherheitskontrolle aber wird in London nicht entsprechend berücksichtigt, so dass die von Lauwers auf deutschen Druck hin von der SOE angeforderten weiteren zwei Agenten tatsächlich von England nach Holland abgeschickt werden, genau an der Stelle mit dem Fallschirm landen, die mit Lauwers ausgemacht worden ist, und natürlich prompt den Deutschen in die Hände fallen.

Als Taconis von England aus, wo man ja nicht weiss, dass dieser schon längst nicht mehr in Freiheit ist, den Auftrag erhält, mit zwei anderen Agenten in Kontakt zu treten, werden natürlich auch diese sofort verhaftet. Aufgrund der Aussagen dieser Verhafteten wiederum gelingt es, vier weitere Agenten ausfindig zu machen und festzunehmen. Unter diesen befindet sich auch der Funker H. J. Jordaan, der sich hartnäckig weigert, sein Erkennungszeichen bekanntzugeben und den Deutschen gegenüber die Meinung vertritt, dass solche Erkennungszeichen als Sicherheitskontrollen im Funkverkehr mit London überhaupt nicht benützt würden. Da Jordaan aber noch kurz vor seiner Verhaftung in London über Funk angefragt hat, ob er nicht einen holländischen Hilfsfunker anlernen dürfe, und jetzt ebenfalls über Funk die Nachricht erhält, er solle den neuen Funker im Gebrauch der Sicherheitskontrolle unterrichten, kann Jordaan den Deutschen gegenüber seine Erkennungszeichen nicht mehr verheimlichen, und Gieskes und Schrieder kommen somit in Besitz einer zweiten Funkverbindung mit London.

Über diese beiden Funkverbindungen, zu denen noch weitere hinzukommen, gelingt es ihnen, ihr «Spiel» mit England zu spielen. Neue Agenten und Sabotagematerial werden angekündigt und fallen in deutsche Hand, während man auf deutscher Seite über die Funkverbindungen den Eindruck vorspielt, als ob in Holland alles bestens vorangehe. Bei diesem «Spiel» erweisen sich die beiden deutschen Gegenspieler von SOE als äusserst geschickt. Sie berichten von Sabotageaktionen, die angeblich getätigt werden, und scheuen auch nicht davor zurück, tatsächlich Aktionen zu inszenieren, um sie London gegenüber als echte Sabotageakte hinzustellen. So werden beispielsweise Eisenbahnlinien in die Luft gesprengt, die natürlich schnell

wieder repariert werden können, echte Sabotageaktionen von holländischen Widerstandsgruppen werden als Sabotageakte von SOE-Agenten nach London gemeldet, und im August 1943 wird sogar ein Schiff, das sich mit Flugzeugteilen beladen auf der Maas befindet, mitten in Rotterdam in die Luft gesprengt und natürlich als erfolgreiche Sabotageaktion der SOE-Agenten nach England gefunkt.

Als im Rahmen der englischen Kriegsführung die SOE damit beauftragt wird, in Holland eine bewaffnete Geheimorganisation aufzubauen und auszurüsten, und die Ankunft des ersten Agenten über eine von den Deutschen kontrollierte Funklinie angekündigt wird, kann dieser Agent natürlich sofort gefangengenommen werden. Genauso wie ihm geht es auch den übrigen 35 Agenten, die zu diesem Zweck in Holland abgesetzt werden. Während so alle Agenten ausser Gefecht gesetzt werden und das gesamte abgeworfene Material in deutsche Hände fällt, glaubt man in London immer noch an den Erfolg der eigenen Massnahmen. Und obwohl in holländischen Exilkreisen bereits vermutet wird, dass hier etwas nicht stimmen kann, da eine grosse Anzahl prominenter Holländer verhaftet worden ist, geht die Tätigkeit der SOE weiter, der aufgrund des «Englandspiels» jedoch kein Erfolg beschieden ist. Auch die Ankunft der beiden Agenten Douerlein und Ubbink nach ihrer gefährlichen Flucht aus dem Gefängnis der Sicherheitspolizei in Haarlem und ihre Warnungen können daran nichts ändern, da man immer noch der Meinung ist, die Funksprüche aus Holland, die Douerlein und Ubbink als deutsche Spitzel verdächtigen, kämen von den eingesetzten Agenten, und nicht glaubt, dass es sich hier in Wahrheit um Meldungen der deutschen Abwehr handelt.

Was den Erfolg dieses «Englandspiels» anbetrifft, so schreibt der Direktor des holländischen Reichsinstituts für Kriegsdokumentation Dr. Louis de Jong: «Viele tapfere Menschen haben ihr Leben verloren. Im Durchschnitt wurde jedes dritte Flugzeug der Royal Air Force, das Holland mit Agenten und Material versorgen sollte, von deutschen Jagdfliegern abgeschossen. Als Folge des Spiels gelang es den Deutschen, in die Leitung einer der bedeutendsten Widerstandsorganisationen einzudringen und deren führende Köpfe zu verhaften; ebenso konnten einige bedeutende Nachrichtenorganisationen ausgehoben werden. Alles in allem wurden über 400 Widerstandskämpfer verhaftet, und nahezu das gesamte abgeworfene Material fiel in deutsche Hand. Aus den vorhandenen Quellen geht jedoch

eindeutig hervor, dass Gieskes und Schreieder damit rechneten, mit Hilfe des Englandspiels Ort und Zeit der erwarteten alliierten Landung in Europa herauszubekommen. Hierin aber sahen sie sich getäuscht.» Nach dem Krieg ist der Verdacht lautgeworden, die Engländer hätten irgendwie absichtlich den Deutschen das «Englandspiel» ermöglicht, und eine holländische Parlamentskommission ist diesem Verdacht in einer sorgfältigen Untersuchung nachgegangen. In ihrer Studie werden zwar zahlreiche Unzulänglichkeiten der Briten festgestellt, die zwar als Fehler und in manchen Fällen sogar als schwere Fehler zu bezeichnen sind, auf denen aber nicht der leiseste Verdacht beruht, sie seien vorsätzlich oder in böser Absicht begangen worden.

Nachdem das für den holländischen Widerstand so verhängnisvolle «Englandspiel» am 1. April 1944 von deutscher Seite aufgegeben wird, beginnt in London ein neuer Abschnitt des holländischen Widerstandes. Die entsprechende Abteilung der SOE erhält in Hauptmann Dobson eine neue Führungsspitze. Auf holländischer Seite in London wird ein «Büro für besondere Aufgaben» (Bureau Bijzondere Opdrachten, BBO) eingerichtet, und beide Organisationen, SOE und BBO, arbeiten ausgezeichnet zusammen. Insgesamt werden an die 100 Agenten über Holland abgesetzt mit dem Auftrag, die Mitglieder der Inneren Niederländischen Streitkräfte (NBS) im Gebrauch der Waffen zu unterrichten, die nun ebenfalls in grösserer Zahl über den Niederlanden abgeworfen werden. Doch weder die Waffen noch die Männer der NBS werden im grossen Umfang für die Befreiung des eigenen Landes eingesetzt. Für einen Widerstand ohne die direkte Unterstützung der Alliierten sind die holländischen Kräfte zu schwach, und als dann die deutschen Streitkräfte am 5. Mai 1945 kapitulieren, ist ein militärisches Eingreifen nicht mehr vonnöten.

Mit der deutschen Kapitulation ist auch für Holland nach fünfjähriger Fremdherrschaft die Freiheit gekommen, eine Freiheit, die von der überwiegenden Mehrheit des niederländischen Volkes immer herbeigesehnt worden ist und für die eine tapfere Minderheit im aktiven Widerstand unter bewusstem Einsatz des Lebens gekämpft hat.

Aktiver und passiver Widerstand des holländischen Volkes haben deutlich gezeigt, dass dieses Land gegen jede Nazifizierung immun gewesen ist und dass die Alliierten, die unter dem Jubel der Bevölkerung einziehen, wirklich als Befreier gekommen sind.

Belgien

Nachdem die unterlegenen belgischen Streitkräfte am 28. Mai 1940 kapituliert haben, beginnt für Belgien eine Zeit, die für dieses Land nicht völlig neu ist. Schon im Ersten Weltkrieg erlebte Belgien ein deutsches Besatzungsregime, und jetzt im Zweiten Weltkrieg kommt es ebenfalls unter militärische Verwaltung. Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich wird Generaloberst Alexander von Falkenhausen, ein Neffe des Generalobersten Ludwig Freiherr von Falkenhausen, der bereits 1917/1918 Generalgouverneur in Belgien gewesen ist.

Obwohl Alexander von Falkenhausen selbst der deutschen Opposition nahesteht und nach den Geschehnissen des 20. Juli 1944 ins KZ eingeliefert wird, kommt es auch unter seiner Oberherrschaft zu einer Besatzungspolitik, die die Kräfte des belgischen Wider-

standes und damit wiederum die deutschen Gegenmassnahmen immer härter werden lässt.

Zunächst aber ist das Verhalten der deutschen Besatzung sehr korrekt. Noch glaubt man, das belgische Volk im guten für den «Ordre Nouveau», für die Neuordnung Europas, gewinnen zu können. Und wie in Dänemark, Norwegen und Holland will man sich auch hier in Belgien der einheimischen Nationalsozialisten und Kollaborateure bedienen.

Aber weder der flämische «Vlaamsch National Verbond» (VNV) unter Staf de Clercq noch die wallonische faschistische Rex-Bewegung unter Léon Degrelle und die übrigen faschistischen Gruppen können das belgische Volk für ihre nazifreundliche Politik gewinnen. Gegen sie und die deutschen Okkupanten entwickelt sich der Widerstand, der durch den englischen Sieg in der «Battle of Britain», der Luftschlacht um England, und die deutschen Massnahmen seinen ersten Auftrieb erhält. Durch die Rationierung der Lebens-



Abb. links: *Freres! Ne venez pas en Allemagne – Brüder! Geht nicht nach Deutschland – einer der zahlreichen Flugzettel des belgischen Widerstandes, der die Belgier dazu aufrief, sich nicht für den Arbeitseinsatz in Deutschland verpflichten zu lassen. Der Verkauf solcher Flugzettel diente auch dazu, sich notwendiges Geld für die Widerstandsarbeit zu beschaffen. –* Abb. rechts: *Auf ein Plakat des belgischen Faschisten Staf de Clercq, mit dem dieser die Belgier dazu aufforderte, sich am «Kampf des Nationalsozialismus gegen den Bolschewismus» zu beteiligen, hat ein Widerstandskämpfer das flämische Wort ROT (korrupt) und für die wallonische Bevölkerung das französische Wort VENDU (gekauft) geschrieben.*



Abb. oben: Auf einer Mauer sind das V-Zeichen, das Lothringer-Kreuz und die Buchstaben RAF (Royal Air Force) als Zeichen der Siegeshoffnung des belgischen Widerstandes angebracht. – Abb. rechts: Eine belgische Karikatur, die die Übernahme des V-Zeichens als Symbol des deutschen Sieges verächtlich macht: «Und uns verhaut man, wenn wir unsere Windeln beschmutzen.»



mittel verschlechtert sich die Ernährungslage dermassen – gegenüber einem Normalbedarf von 2'750 kal beträgt die Zuteilung nur 1'400 kal –, dass im Mai 1941 in Brüssel, Lüttich, Charleroi und Antwerpen Bergleute und Metallarbeiter streiken und Frauen und Kinder demonstrieren. Hinzu kommen die ersten Versuche der Deutschen, belgische Arbeiter für Deutschland anzuwerben, erste Geiselnhaftungen und Erschiessungen im Sommer 1941, die Aushebung flämischer Soldaten für die deutsche Wehrmacht sowie Anfang 1941 die scharfe Kampagne Degrelles gegen die katholische Kirche mit zahlreichen Verhaftungen von Priestern, die aus ihrer antideutschen Haltung kein Hehl gemacht haben. Mutige Männer gehen hier als Vorbilder des Widerstandes voran. So weigert sich der Generaldirektor der Belgischen Staatsbahnen (SNCFB) im August 1940, belgische Eisenbahner für den Arbeitseinsatz in Deutschland freizustellen, und die Verwaltung der Universität Brüssel, eine 100%ige Flämisierung des Lehrkörpers durchzuführen. Eine besondere Popularität für seine patriotische und entschlossene Haltung erlangt der Oberbürgermeister von Brüssel, van de Meulebroeck, der alle deutschen Versuche beharrlich zurückweist, ihn durch die Beiordnung kollaborationswilliger Mitarbeiter zu kontrollieren, um so einen grösseren Einfluss auf die Verwaltung von Brüssel zu gewinnen. Van de Meulebroeck verweigert jegliche Zusammenarbeit mit Gerard Romsee, dem Generalsekretär des Innenministeriums und Bevollmächtigten der Deutschen, erklärt dessen Erlasse für illegal und lehnt das Angebot ab, sein Amt dadurch zu retten,

dass er sich von seinen vier ältesten Mitarbeitern trennt und an deren Stelle neue von Romsee bestimmte Mitarbeiter einsetzt. Als er daraufhin von den Deutschen abgesetzt wird, erlässt er seine berühmt gewordene Proklamation, die überall in Brüssel angeschlagen wird:

Stadt Brüssel Proklamation

Meine lieben Mitbürger,
die deutschen Behörden haben mich wissen lassen, dass ich die Ausübung meines Bürgermeisteramtes einstellen soll. Ich muss mich diesem Befehl beugen, obwohl er in rechtlicher Hinsicht die Haager Konvention verletzt und in tatsächlicher Hinsicht nichts die mir gegenüber getroffene Massnahme rechtfertigt. Ich bin mir nämlich dessen bewusst, treu und vollständig die vielfältigen, immer schweren und mühevollen Pflichten erfüllt zu haben, die den Oberhäuptern der vom Feind besetzten Städte und Gemeinden obliegen. Der Feind hatte mir vorgeschlagen, weiterhin mein Amt auszuüben, aber unter Bedingungen, die meinerseits eine Mitwirkung bei der Durchführung der Erlasse vom 16. April und 26. Mai 1941 in sich geschlossen hätten, die durch eine belgische Behörde [Romsee] in Verletzung des Gesetzes vom 10. Mai 1940 ergangen sind, auf das eben jene Behörde sich stützt, um ihre Gewalt auszuüben. Wenn ich mich dem beugen würde, so würde ich die Ehre und Pflicht mit Füssen treten und einem der fundamentalen Gesetze unseres Landes, denen ich Gehorsam geschworen habe, ungehorsam werden: darum habe ich abgelehnt.

L'ORDRE NOUVEAU



... de la servitude

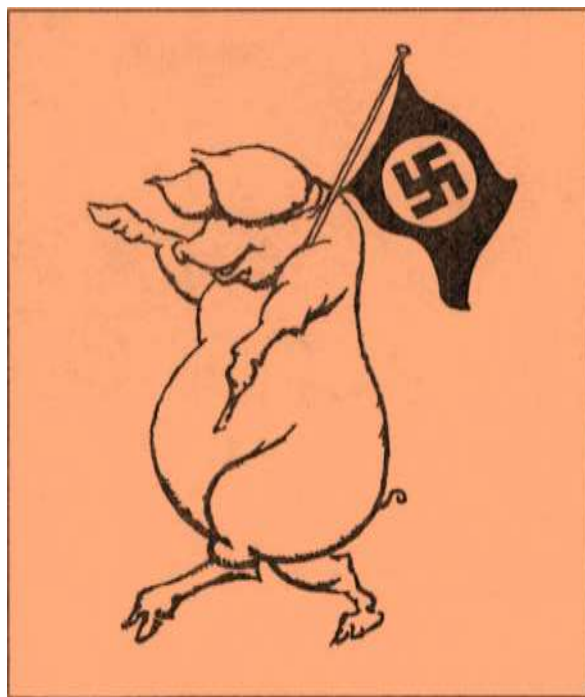


Abb. links: *L'ordre nouveau ... de la servitude* – Die «Neuordnung Europas» ist eine Ordnung der Sklaverei. – Oben rechts: Eine Karikatur aus der illegalen Zeitschrift «De Wervelwind»: «Das Schwein als Symbol der Herrenrasse, nach dem deutschen Exminister Walter Darre.» Walter Darre, von 1933 bis 1942 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, hatte ein Buch veröffentlicht mit dem Titel: *Das Schwein als Kriterium für nordische Völker und Semiten.*

Im Gegensatz zu dem, was gesagt wird, habe ich meinen Posten nicht verlassen und meine Demission nicht angeboten.

Ich bin, bleibe und werde der einzige legitime Bürgermeister von Brüssel bleiben.

Alles, was eine belgische Behörde in Anwendung der genannten Erlasse tun wird, entbehrt der gesetzlichen Grundlage.

Ich sage Euch nicht Adieu, sondern Auf Wiedersehen. Indem ich Euch vorübergehend verlasse, fordere ich Euch dazu auf, Euer materielles und seelisches Elend und Eure Leiden mit Ruhe, Mut und Zuversicht zu tragen. So bietet Ihr dem Schicksal die Stirn, stolz und mit starkem Herzen.

Diejenigen, welche wirklich unserer Rasse angehören, fürchten in dieser Welt nichts und niemanden; sie haben nur eine Besorgnis: nämlich ihre Pflicht nicht voll zu tun und ihre Ehre zu verlieren.

Bleibt einig; Eure Einigkeit wird Eure Stärke sein und Euch eine bessere Zukunft sichern.

Gott wird Belgien zu schützen wissen!
Und seinen König!

Der Bürgermeister

Rathaus, 30. Juni 1941 Dr. J. F. van de Meulebroeck».

Der Oberbürgermeister wird daraufhin verhaftet und die Stadt Brüssel mit einer Busse von fünf Millionen Francs belegt, der sogenannten «Auflage van de Meulebroeck».

Die Manifestierung patriotischer Gesinnung und die Bekundung des Widerstandes ausserhalb organisierter Gruppen zeigt ein vielfältiges Bild. Es beginnt mit der Bemalung von Mauerwänden mit den Insignien RAF, der Royal Air Force, dem lothringischen Kreuz und dem Zeichen V (Victory) als Symbol für den Sieg der Alliierten. Hierauf reagieren die Deutschen damit, dass sie nun ihrerseits das V als das Symbol des deutschen Sieges übernehmen und auf grosse Fahnen und Transparente gedruckt an öffentlichen Gebäuden anbringen lassen.

Die belgischen Gedenk- und Nationalfeiertage sind ein besonderer Anlass für antideutsche Manifestationen grösseren Stils. So umgehen die Brüssler das Verbot der Besatzungsmächte, am 11. November 1940 (Gedenktag des Waffenstillstands von 1918) Feierlichkeiten abzuhalten, dadurch, dass sie schon einen Tag vorher, am 10. November also, an der Colonne du Congrès in langer Reihe vorbeigehen und ihre Kränze, Schärpen und Blumensträuße niederlegen. Am 21.

Juli 1941, dem belgischen Nationalfeiertag, versammeln sich Tausende von Brüsslern auf dem Platz der Märtyrer und den umliegenden Strassen. Genau das gleiche geschieht im darauffolgenden Jahr, obwohl zu dieser Zeit die Sicherheitsvorkehrungen der Deutschen bereits wesentlich verstärkt worden sind. Besonders auffällig sind an diesem Tag drei junge Belgierinnen, die einen schwarzen, einen gelben und einen roten Rock tragen und so in den belgischen Nationalfarben die Boulevards entlang spazieren.

länger das Besatzungsregime dauert, desto mehr müssen aber diese Massendemonstrationen nachlassen, da die deutschen Sicherheitskräfte, verstärkt durch die «Noirs», die «Schwarzen», eine kollaborierende Gruppe, immer härter durchgreifen. Das hindert jedoch viele Belgier nicht, in vereinzelt Aktionen ihren Widerstandswillen deutlich zu demonstrieren.

So weigert sich die Bürgermeisterkonferenz des Gebietes Brüssel die Verordnung durchzuführen, wonach an alle Juden der Davidstern zu verteilen sei, so dass sich die Deutschen dazu gezwungen sehen, diese Arbeit selbst zu verrichten. Auch die Anordnung Romsöes, Buntmetalle an die Besatzungsmacht abzuliefern, stösst auf eine strikte Ablehnung der Bürgermeister zahlreicher belgischer Städte. Der Konflikt mit der Universität Brüssel endet schliesslich damit, dass diese im Februar

1942 geschlossen und bis zur Befreiung nicht mehr geöffnet wird. Richter, die es wagen, besatzungsrechtliche Normen nicht zu berücksichtigen, weil sie mit den Grundsätzen der belgischen Verfassung nicht zu vereinbaren seien, und Anwälte, die ihre Mandanten vor diesen rechtswidrigen Massnahmen schützen wollen, werden bedroht, entlassen und deportiert.

Auch die Kirche, die die Besatzer zunächst durch eine entgegenkommende Haltung für sich zu gewinnen hoffen, versagt sich jeder Kollaboration, protestiert schärfstens gegen Verletzungen ihrer Rechte und warnt die Gläubigen vor den Lehren und den Parteien der «Neuen Ordnung». Ihre Unterstützung des Widerstandes ist ganz offensichtlich. Man verweigert den Rexisten kirchliche Begräbnisse und den VNV-Leuten die Kommunion, wenn sie in der Kirche in Uniform erscheinen. Dieses Uniform-Verbot führt zu einem spektakulären Zwischenfall mit dem Rexistenführer Degrelle. Auf die Weigerung des Dekans Poncelet aus Bouillon, Degrelle, der in der Uniform eines deutschen Offiziers erschienen ist, die Kommunion zu spenden, lässt dieser ihn von vier Wachen aus der Kirche schleppen und bis zur Ankunft der Deutschen in einen Keller einsperren. Der Rexisten-Chef wird daraufhin exkommuniziert, und Kardinal van Roey, eine legendäre Gestalt der belgischen Kirche im Wi-



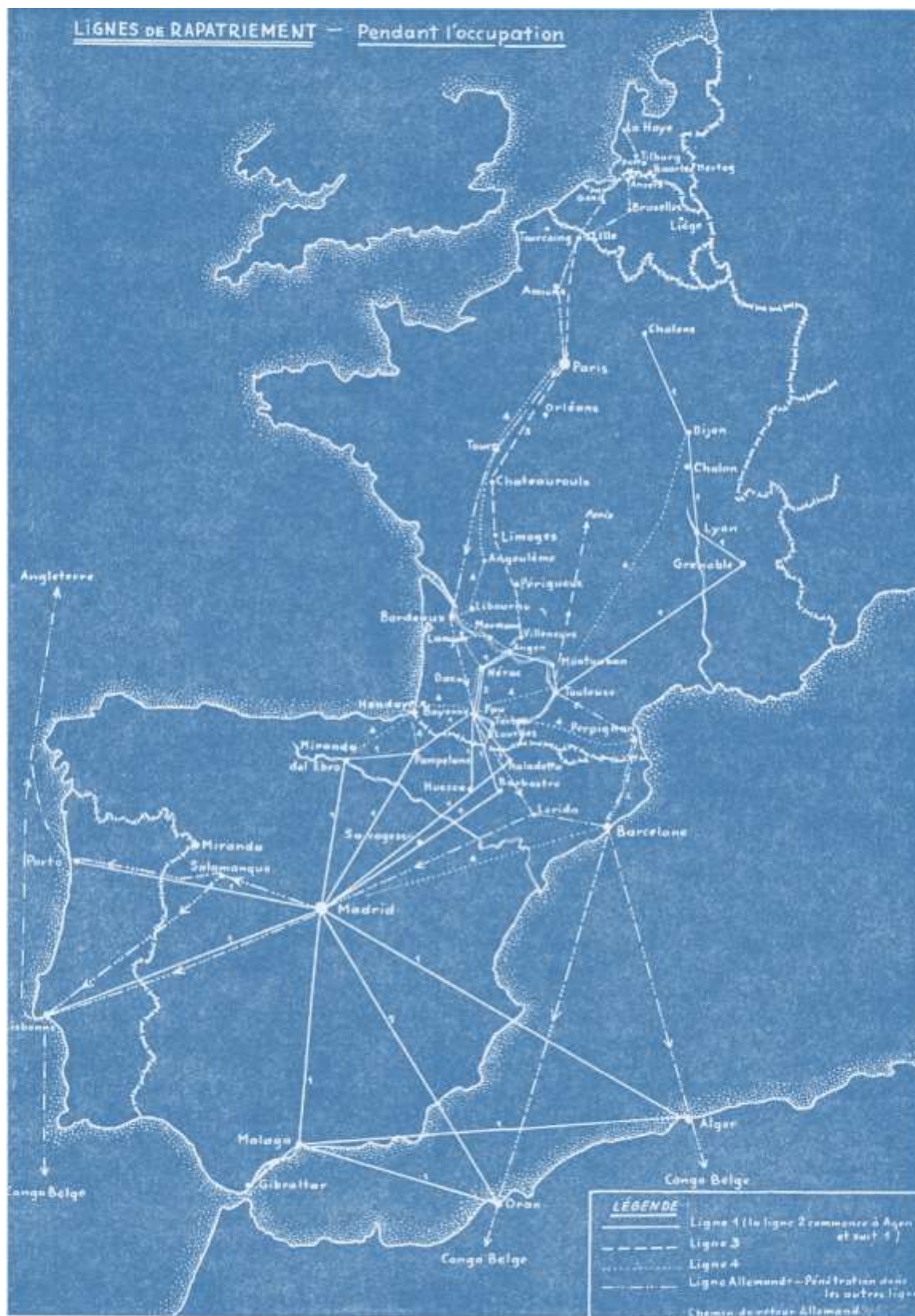
Abb. oben: Der berühmte «echte ‚Soir‘ vom Dienstag, dem 9. November 1943. – Abb. rechts: Die illegale Zeitschrift «Libre Belgique» (Freies Belgien) aus dem Jahre 1940 zeigt das gleiche Titelbild, mit dem die gleichnamige belgische Widerstandszeitschrift im Jahre 1915 erschienen ist.

derstand, verkündet diese Massnahme bei einer Versammlung vor dem gesamten Brüsseler Klerus. Ein nahezu offener Aufruf zum Widerstand ist darin zu erblicken, dass Kardinal van Roey in einer Botschaft an Jeanne d'Arc erinnert, die gesagt habe: «Man muss diese Leute aus Frankreich treiben!» und keinen Zweifel daran lässt, auf wen diese Worte zu beziehen seien. Einen bedeutenden Einfluss auf die Haltung der belgischen Bevölkerung vermag die sogenannte «Presse Clandésthine», die geheime Widerstandspresse, auszuüben. Sie ist neben den Sendungen ausländischer Rundfunkstationen, insbesondere der BBC London, als Quelle zur Information und zur ständigen Aktivierung des Widerstandswillens von ausschlaggebender Bedeutung. Diese «Presse Clandésthine», die schon im Ersten Weltkrieg ihre berühmten Vorläufer hatte, bringt gleich nach der militärischen Besetzung eine

stattliche Anzahl illegaler Publikationen hervor. Insgesamt dürften über 500 geheime Zeitschriften erschienen sein, wozu noch die zahllosen Flugschriften, Broschüren und anderen Druckerzeugnisse zu rechnen sind. Unter grossen Gefahren werden diese illegalen Druckschriften verfasst, gedruckt und verteilt. Sie enthalten Nachrichten über die Geschehnisse, die in der offiziellen Presse überhaupt nicht oder nur verzerrt gebracht werden dürfen, Meldungen der BBC London, Berichte über die Stimmung der Bevölkerung, Karikaturen und Witze auf Kosten der Besatzer, Auszüge aus Reden alliierter Politiker, Anweisungen und Instruktionen zur Ausführung von Sabotageakten, Aufrufe zur Hilfe für in Not geratene Familien von Widerstandskämpfern, für abgeschossene alliierte Flieger und entflozene Kriegsgefangene sowie nützliche Hinweise aller Art.

<u>Abschrift</u>	<u>Geheim!</u>	<u>Tab./112/44g</u>
Der Kommandeur der Sicherheitspolizei in K A T T O W I T Z Hauptaussonstelle Oppeln 6d-Oi-446/44g (PA. 199)		Oppeln, den 10. Nov. 1944
An die Kommandantur des Konzentrationslagers in Gross-Rosen		LE SOIR
<u>Betrifft</u> : Tod des NN-Gefangenen Florimond Roger, geboren am 17.10.1887 – gest. am 7.11.1944		
<u>Vorgang</u> : Dortiges FS. vom 8.11.1944 Nr. 2236.		
<u>Anlagen</u> : Ohne		
NN-Häftlinge sind solche Häftlinge, die sich in den besetzten Gebieten gegen die Besatzungsmacht vergangen haben, und zur Aburteilung in das Reich übergeführt worden sind, um sie von jeder Verbindung mit der Heimat, den Angehörigen, Mittätern usw. loszulösen.		
Die Leichen in Justizhaftanstalten verstorbener Nacht- und Nebelhäftlinge werden der zuständigen Staatspolizeistelle übergeben, die für die <u>unauffällige</u> Bestattung der Leiche Sorge zu tragen hat. Das Grab wird lediglich mit einem Stein, der die Nummer der Friedhofsbelegliste trägt, versehen. Die Nummer der Friedhofsbelegliste ist im Sterberegister hinter dem Namen und der Nummer des NN-Häftlings einzutragen, wonach sich also jederzeit die Identität feststellen lässt.		

Abb. oben: Tod des NN-Gefangenen Florimond Roger. – Abb. rechts: Eine Karte der Fluchtwege nach London und Afrika für alliierte Soldaten und Widerstandskämpfer.



Eine der bekanntesten dieser illegalen Zeitschriften ist der «echte ‚Soir‘», wie ihn die Belgier nennen, weil eine offizielle Zeitschrift ebenfalls unter dem Titel «Soir» erscheint. Die Art, wie die Nummer dieser Zeitschrift zum 11. November 1943, dem Tag des Waffenstillstands, vertrieben wird, ist ein Beispiel für die kühne Intelligenz ihrer Herausgeber. Unter dem Originalkopf und der naturgetreu nachgeahmten Aufmachung wird eine Auflage von ungefähr 60'000 Exemplaren eine Viertelstunde bevor normalerweise der offizielle «Soir» bei den Verkaufsstellen und Kiosken abgeliefert wird, in verschürten Paketen von Radfahrern überbracht, verbunden mit dem Hinweis, dass während des Drucks eine Panne passiert und dies ein erster Teil für besonders eilige Käufer sei. Der Rest der Auflage würde etwas später nachgeliefert. Arglos beginnen die Kioskinhaber mit dem Verkauf des «echten ‚Soir‘» und verkaufen später den inzwischen eingetroffenen «Rest» des «Soir», wobei es sich in Wirklichkeit natürlich um zwei völlig verschiedene Zeitungen handelt. Während sich die patriotischen Belgier über diesen geglückten Streich ihrer cleveren Untergrundpresse amüsieren, liegt der Reaktion der deutschen Sicherheitspolizei verständlicherweise eine andere Stimmung zugrunde: «Gut gespielt, aber der Herr, der das getan hat, wird mit einer silbernen Kugel erschossen.»

Zum grössten Teil werden diese illegalen Zeitschriften von organisierten Widerstandsgruppen herausgegeben und verteilt. Andererseits aber kommt es auch vor, dass die Mitarbeit an der Herstellung der geheimen Presse zur Bildung neuer Widerstandsgruppen führt. Dieser organisierte Widerstand entsteht zunächst spontan in kleinen Gruppen und ohne jegliche Koordination untereinander. Die mangelnde Koordination dieser Widerstandsgruppen bleibt aber auch in Zukunft ein charakteristisches Kennzeichen des belgischen Widerstandes. Die Gründe dafür sind einmal in dem ausgeprägten Sinn der Belgier für Selbständigkeit und dem damit verbundenen Hang zum Partikularismus zu suchen, dann in den unterschiedlichen politischen, religiösen und weltanschaulichen Ansichten der einzelnen Widerstandsorganisationen, und sie lassen sich ausserdem aus dem Bemühen der einzelnen Gruppen erklären, die Sicherheit ihrer Organisation dadurch zu bewahren, dass sie sich voneinander möglichst abschliessen.

Dass diese Sicherheitsvorkehrungen nötig sind, haben die bitteren Erfahrungen gezeigt, die der belgische Widerstand mit eingeschleusten deutschen V-Männern, mit freiwilligen und unfreiwilligen Verrätern gemacht hat, wodurch manchmal ganze Widerstandsgruppen aufgerollt werden konnten, deren Mitglieder dann

häufig in den Kellern der Sicherheitspolizei für immer verschwunden sind.

Ein Umstand, der die Entwicklung des belgischen Widerstandes erschwert, ist, dass für den Fall einer deutschen Besetzung so gut wie überhaupt keine Vorbereitungen getroffen worden sind. Lediglich ein britischer Agent namens «Daniel» hat bereits kurz nach der Kriegserklärung vom 3. September 1939 die Archive über den Ersten Weltkrieg durchgesehen und ist dabei auf den Namen eines hochdekorierten Widerstandskämpfers, Walther Dew6, gestossen, den Chef des berühmten Service «Dame blanche» («Weisse Dame»). An ihn, der nunmehr ein hoher Beamter im Amt für Telefon- und Telegrafatenverkehr ist, wendet sich Daniel, und Dew6 gründet mit dem Einverständnis des Oberkommandierenden der belgischen Wehrmacht noch im Jahre 1939 die «Dame blanche» von neuem – zunächst um die Invasionsvorbereitungen der Deutschen an der Siegfriedlinie und jenseits des Rheins zu beobachten. Bald nach der Besetzung und nach seiner Entlassung aus einer kurzen Kriegsgefangenschaft, in die er als General des belgischen Heeres geraten war, macht Dew6 sich daran, mit der nunmehr «Cleveland», später «Clarence» genannten Gruppe den Widerstand aufzunehmen. Wo immer es gilt, werden Informationen über Bewegungen und Einrichtungen des Feindes beobachtet und aufgezeichnet. Die grosse Schwierigkeit, Kontakt mit London aufzunehmen, wird erst am 29. Januar 1941 gemeistert, als durch die Absetzung eines Agenten mit dem Fallschirm eine feste Verbindung mit London hergestellt werden kann. Obwohl sich bereits im Juli 1941 die Geheime Feldpolizei bei ihm meldet und noch mehrere Male in diesem Jahr zu ihm kommt, führt Dew6 seine Tätigkeit weiter, bei der ihn Frau und Kinder nachhaltig unterstützen. Bei dieser Arbeit werden am 7. Januar 1944 seine beiden Töchter verhaftet, später wird Dew6 selbst von der Gestapo in Brüssel gestellt und auf seine Weigerung, sich zu ergeben, auf offener Strasse erschossen.

Ebenfalls von einem früheren Mitarbeiter des Nachrichtendienstes «Dame blanche» wird im September 1939 wieder auf Veranlassung von Daniel der Kern zum späteren «Service Mill» gegründet, so genannt nach dem Decknamen Hauptmann Mill des Belgiers Adrien Marquet, dem es im August 1941 gelingt, mit einem Funker über Belgien abzuspringen.

Ausser diesen beiden Nachrichtendiensten gibt es noch zahlreiche ähnliche organisierte Widerstandsgruppen, die sich in erster Linie ebenfalls mit der Nachrichtenbeschaffung und der Nachrichtenübermittlung befassen. Den Versuchen, die Tätigkeit dieser einzelnen Gruppen, deren Agenten über das ganze Land ver-

streut sind, zu koordinieren, bleibt der Erfolg jedoch versagt.

Neben der Übermittlung von Nachrichten haben die in England ausgebildeten Fallschirmspringer-Agenten vor allem noch die Aufgabe, den Kontakt zu den einbelgischen Widerstandsgruppen aufrechtzuerhalten und die Organisation der Landeplätze und Empfangskomitees für die einzelnen Fallschirmeinsätze in die Hand zu nehmen. Insgesamt werden von den belgischen Militärs in London 525 Fallschirmspringer-Agenten ausgebildet, von denen 250 über Belgien abgesetzt werden und 145 wieder nach England zurückkehren. Die restlichen 105 geraten in deutsche Hand, und bei der Befreiung können von diesen nur noch 40 Mann gerettet werden.

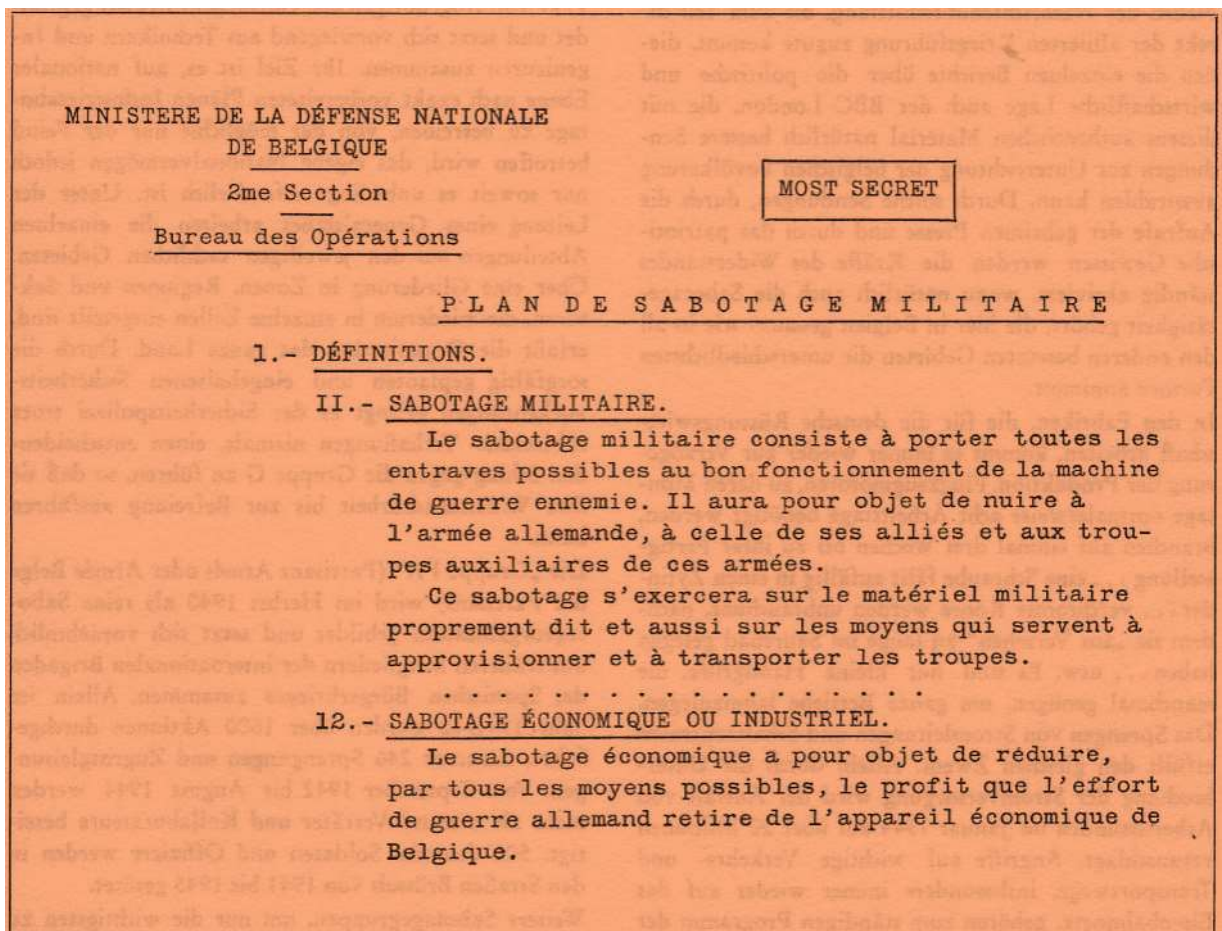
Eine weitere für Belgien typische Widerstandsorganisation ist die «Nationale Belgische Bewegung» (Mouvement National Beige, MNB), die von Camille Joset gegründet wird, der bereits wegen seiner Widerstands-

tätigkeit im Ersten Weltkrieg zum Tode verurteilt wurde, aber der Hinrichtung entgehen konnte. Schon im Oktober 1939 werden von ihm die ersten Vorbereitungen getroffen, indem er geheime Funkstellen im östlichen Belgien einrichtet. Später besteht das MNB aus einer zentralen Leitung, aus Provinzen, Zonen, Sektoren und lokalen Gruppen, die wieder in einzelne Unterabteilungen gegliedert sind.

Anfangs nur im Nachrichtendienst tätig, betätigt sie sich später auf folgenden vier Gebieten:

1. Durch ihre paramilitärische Organisation sollen die Vorbereitungen für die erwartete militärische Invasion geleistet, Waffen gesammelt, Fabriksabotage betrieben und Verräter unschädlich gemacht werden.

2. Eine eigene Geheimpresse wird herausgebracht, die sich nicht nur an die eigenen Landsleute wendet, sondern darüber hinaus auch in speziellen Publikationen an die Besatzungstruppen, um deren Moral zu unterminieren.



Aus dem «Plan für militärische Sabotage», aufgestellt vom belgischen Verteidigungsministerium in London, am 16. April 1943.

3. Als Nachrichtendienst arbeitet MNB eng mit der Organisation «Mill» zusammen.

4. Hilfsaktionen für die Familien inhaftierter Widerstandskämpfer und politischer Gefangener werden organisiert sowie die Fluchtwege für alliierte Flieger und entflozene Kriegsgefangene.

Wie alle Widerstandsorganisationen hat auch der MNB einen unerbittlichen Feind, die deutsche Sicherheitspolizei, und schon im November 1941 kommt es zur ersten Hausdurchsuchung bei Camille Joset. Zwar kann man nichts Belastendes finden, der Verdacht aber bleibt, und die Überwachung verstärkt sich. Mit einigen seiner engsten Mitarbeiter wird Joset dann aber doch im April 1942 verhaftet. Die Tätigkeit des MNB kann allerdings weitergehen, da Joset seinen Sohn in das Geschehen eingeweiht hat und ihm für den Fall seiner Verhaftung genaue Anweisungen gegeben hat. So kann der Fortbestand des MNB gesichert werden, und zwar bis zum Ende der Besatzungszeit, wenn auch wegen erneuter Verhaftungen unter einer noch mehrmals wechselnden Führung.

Neben der Nachrichtenübermittlung, die zum Teil direkt der alliierten Kriegsführung zugute kommt, dienen die einzelnen Berichte über die politische und wirtschaftliche Lage auch der BBC London, die mit diesem authentischen Material natürlich bessere Sendungen zur Unterrichtung der belgischen Bevölkerung ausstrahlen kann. Durch solche Sendungen, durch die Aufrufe der geheimen Presse und durch das patriotische Gewissen werden die Kräfte des Widerstandes ständig aktiviert, wozu natürlich auch die Sabotage-tätigkeit gehört, die hier in Belgien genauso wie in all den anderen besetzten Gebieten die unterschiedlichsten Formen annimmt.

In den Fabriken, die für die deutsche Rüstungswirtschaft arbeiten, kommt es immer wieder zur Verzögerung der Produktion. Flugzeugmotoren, zu deren Montage normalerweise acht Arbeitstage benötigt werden, brauchen auf einmal drei Wochen bis zu ihrer Fertigstellung . . . eine Schraube fällt zufällig in einen Zylinder ... verchromte Rohre werden unbrauchbar, nachdem sie «aus Versehen» zu lange im Säurebad gelegen haben . . . usw. Es sind nur kleine Handgriffe, die manchmal genügen, um ganze Betriebe lahmzulegen. Das Sprengen von Stromleitungen und Schaltzentralen erfüllt den gleichen Zweck. Allein durch die Unterbrechung der Stromversorgung wird der Ausfall von Arbeitsstunden im Januar 1944 auf über 20 Millionen veranschlagt. Angriffe auf wichtige Verkehrs- und Transportwege, insbesondere immer wieder auf das Eisenbahnnetz, gehören zum ständigen Programm der Sabotagegruppen. Feindliche Kautschuklager werden in Brand gesteckt, und Munitionsdepots fliegen in die

Luft. Deutsche Militärkonvois werden stundenlang aufgehalten, weil die an der Spitze fahrenden Kraftwagen plötzlich auf Spezialnägeln gefahren sind, die man so konstruiert hat, dass eine ihrer Spitzen immer nach oben zeigen muss, wodurch die Reifen der Automobile unweigerlich durchlöchert werden.

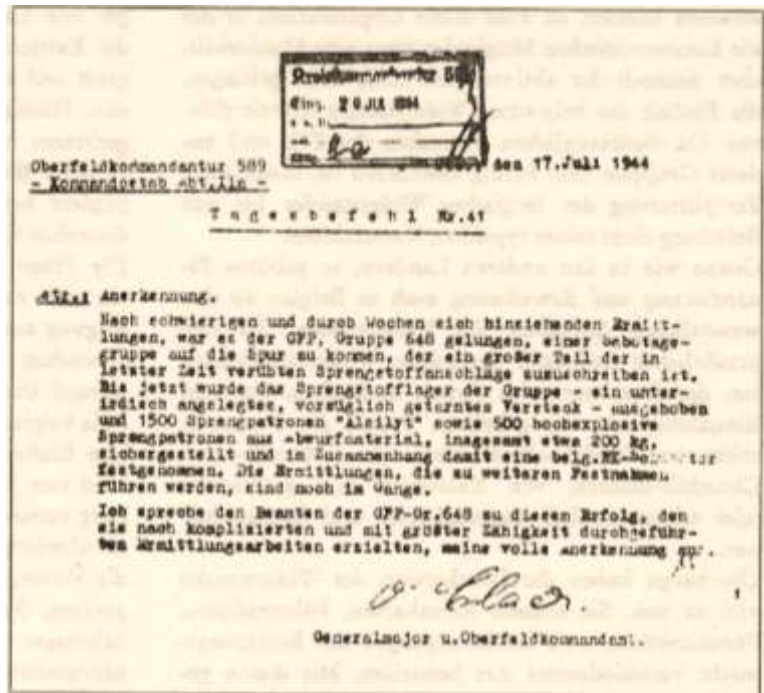
Wenn auch die meisten Sabotagefälle durch Sprengstoffanschläge ausgeführt werden, so kommen doch auch andere Mittel zum Einsatz. Hierzu gehört die wirkungsvolle Aktion «Aspirin» des MNB. Würde man die einzelnen Saboteure durchsuchen haben, so hätte man lediglich unverdächtig aussehende Schachteln mit der Aufschrift «Voxaline» – Dragées für Sänger» gefunden. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Pillen, deren Zusammensetzung bis heute geheim geblieben ist, jedoch um ein Mittel, das, sobald es mit Öl oder Benzin in Berührung kommt, zersetzend wirkt, wodurch Maschinen und Motoren unbrauchbar werden. An diesen Sabotageaktionen sind zahlreiche grössere und kleinere Widerstandsorganisationen beteiligt. Die «Gruppe G» (Groupement Général de Sabotage) wird 1941 von Angehörigen der Universität Brüssel gegründet und setzt sich vorwiegend aus Technikern und Ingenieuren zusammen. Ihr Ziel ist es, auf nationaler Ebene nach exakt vorbereiteten Plänen Industriesabotage zu betreiben, von der möglichst nur der Feind betroffen wird, das eigene Nationalvermögen jedoch nur soweit es unbedingt erforderlich ist. Unter der Leitung eines Generalstabes arbeiten die einzelnen Abteilungen auf den jeweiligen sachlichen Gebieten. Über eine Gliederung in Zonen, Regionen und Sektoren, die wiederum in einzelne Zellen eingeteilt sind, erfasst die Organisation das ganze Land. Durch die sorgfältig geplanten und eingehaltenen Sicherheitsvorkehrungen gelingt es der Sicherheitspolizei trotz zahlreicher Verhaftungen niemals, einen entscheidenden Schlag gegen die Gruppe G zu führen, so dass sie ihre Widerstandsarbeit bis zur Befreiung ausführen kann.

Die «Gruppe PA» (Partisans Armés oder Armée Beige des Partisans) wird im Herbst 1940 als reine Sabotageorganisation gebildet und setzt sich vornehmlich aus früheren Mitgliedern der internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkrieges zusammen. Allein im Jahr 1941/42 werden über 1'600 Aktionen durchgeführt, darunter 246 Sprengungen und Zügentgleisungen. Vom September 1942 bis August 1944 werden mehr als tausend Verräter und Kollaborateure beseitigt. 500 deutsche Soldaten und Offiziere werden in den Strassen Brüssels von 1941 bis 1945 getötet.

Weitere Sabotagegruppen, um nur die wichtigsten zu nennen, sind die AL (Armée de la Libération), die «Witte Brigade», die «Insoumis», die OMBR (Orga-



Abb. oben: Eine Packung «Voxaline», ein als Medizin getarntes Sabotagemittel. – Abb. rechts: Der Tagesbefehl Nummer 41, aus dem hervorgeht, dass es der deutschen GFP (Geheime Feldpolizei) gelungen ist, eine belgische Widerstandsgruppe aufzuspüren.



nisation Militaire Belge de la Résistance) und die «Gruppe Nola». Sabotage anderer Art verüben jene vorwiegend dem «Service D» und dem MNB angehörenden Postbeamten, die in den Verteilungszentralen darüber wachen, dass an deutsche Behörden gerichtete verdächtige Briefe ihre Adressaten nicht erreichen. Zahlreiche Widerstandskämpfer werden durch diesen Filter vor Verhaftung und Deportation bewahrt, viele Kollaborateure und Denunzianten entdeckt und schliesslich unschädlich gemacht. Gruppen wie beispielsweise die «Union des Patriotes Beiges» und das «Comité d'entraide» widmen sich einer weiteren Tätigkeit des Widerstandes, der sogenannten «Assistance». Hilfe brauchen vor allem die durch Verhaftungen in Not geratenen Familien von Widerstandskämpfern, untergetauchte Juden, Arbeitsdienstverweigerer, alliierte Piloten und entflozene Kriegsgefangene. In Zusammenarbeit mit der französischen Résistance werden Fluchtlinien eingerichtet, die quer durch Frankreich bis nach Spanien und Portugal führen. Den Arbeitsdienstverweigerern wird häufig dadurch geholfen, dass man ihnen den Weg ins Maquis erleichtert, womit jene Widerstandsgruppen bezeichnet werden, die sich in entlegenen und schwer zugänglichen Gebieten zurückgezogen haben. Solche Gruppen, die häufig in Lagern Zusammenleben, befinden sich vor allem in den Ardennen, von wo aus sie ihre Anschläge auf kleinere deutsche Einheiten unternehmen. Die Aktivität dieser Maquisards wird im

Laufe der Zeit so stark, dass die Deutschen es vorziehen, sich in befestigte Ortschaften zurückzuziehen und von hier aus ihre Gegenaktionen unternehmen, denen zahlreiche belgische Widerstandskämpfer zum Opfer fallen. Besonderen Zulauf erhält der Maquis, als man nach dem Scheitern der Freiwilligen-Aktion deutscherseits dazu übergeht, belgische Arbeiter zwangsweise für den Arbeitseinsatz in Deutschland zu mobilisieren. Die Weigerung zahlreicher Arbeitgeber und Vorgesetzter, die Listen ihrer Belegschaft abzuliefern, kann zwar eine Verzögerung herbeiführen, das Schicksal des Arbeitseinsatzes aber nicht endgültig abwenden. Viele ziehen es daher vor, sich ins Maquis zurückzuziehen und von hier aus aktiv am Kampf gegen den Okkupanten teilzunehmen. Über diesen Kampf soll sich ein deutscher Soldat wie folgt geäußert haben: «Wenn die ‚Forces de l'Intérieur‘ uns in Frankreich das Leben schwer machten – in Belgien machten sie es uns zur Hölle.» Neben diesen hier erwähnten Widerstandsgruppen muss noch eine besonders aktive Widerstandsorganisation genannt werden, die «Front für Unabhängigkeit und Befreiung» (Front de l'Indépendance et de la Libération, FIL). Unter der Führung der äussersten Linken haben sich hier zahlreiche Widerstandsgruppen zusammengeschlossen. Trotz der Zurückstellung spezifischer parteipolitischer Ziele und der Propagierung eines Programms, dem alle belgischen Patrioten zu-

stimmen können, ist auch dieser Organisation, in der die kommunistischen Mitglieder zwar eine Minderheit, aber dennoch der aktivste Teil sind, nicht gelungen, die Einheit des belgischen Widerstandes herbeizuführen. Da diesbezüglichen Versuchen der FIL und anderer Gruppen kein Erfolg beschieden ist, bleibt diese Zersplitterung des belgischen Widerstandes bis zur Befreiung eines seiner typischen Kennzeichen.

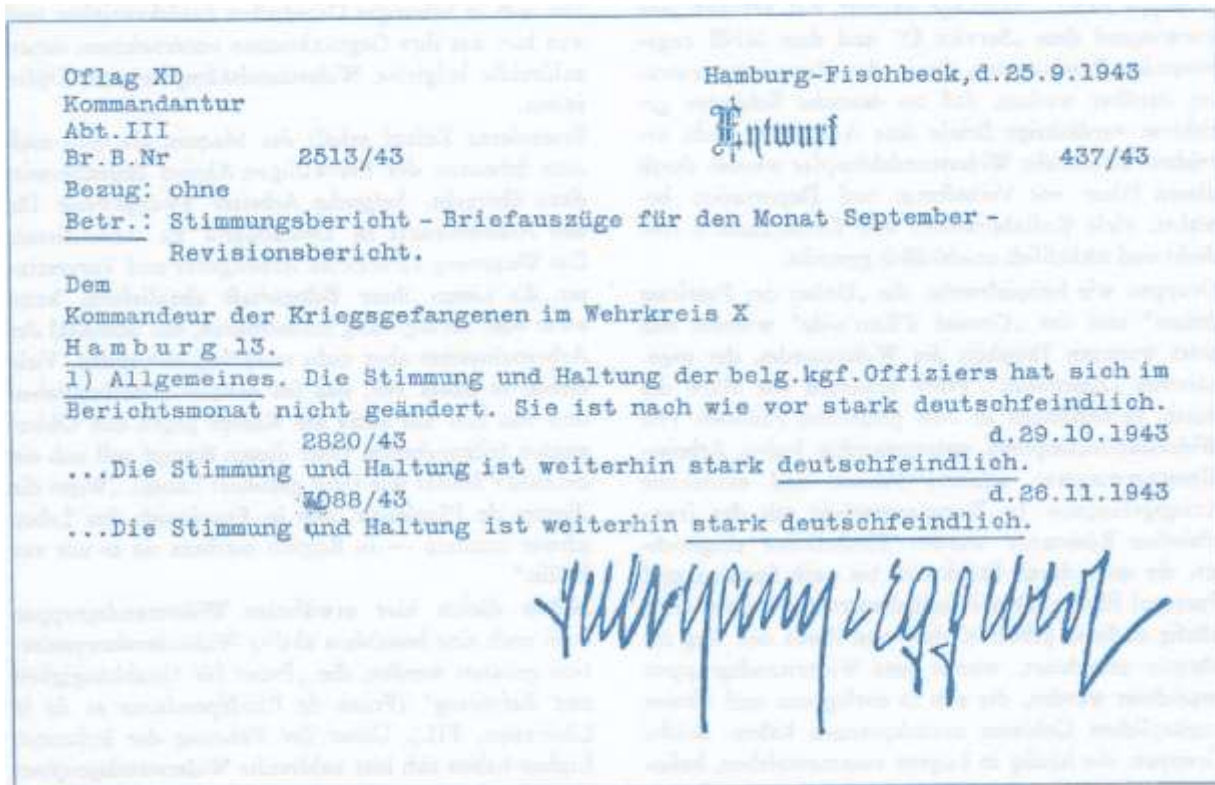
Genau wie in den anderen Ländern, so gehören Finanzierung und Bewaffnung auch in Belgien zu den wesentlichen Aufgaben des Widerstandes. Zu den persönlichen Beiträgen derjenigen Widerstandskämpfer, die ihrer normalen Arbeit nachgehen, kommen Einnahmen aus der geheimen Presse, die Verkaufserlöse von Streichholzschachteln mit de Gaulle- und Churchill-Bildern, von Kalendern und gefälschten oder erbeuteten Lebensmittelkarten und Bezugsscheinen.

Überhaupt haben die Druckereien des Widerstandes viel zu tun. Sie müssen Kennkarten, Führerscheine, Familienbücher und Bescheinigungen der Besatzungsmacht verschiedenster Art herstellen. Mit diesen gefälschten Papieren können gefährdete Personen und Widerstandskämpfer untertauchen, jüdische Mitbür-

ger vor Deportation und Vernichtung bewahrt und die Existenz alliierter Agenten, Arbeitsdienstverweigerer und entfloherer Kriegsgefangener gesichert werden. Häufig auch in Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in den Ämtern der Bürgermeister und in anderen Behörden gelingt es, gefälschte Personalpapiere herzustellen, mit denen man die ständigen deutschen Kontrollen ungefährdet passieren kann.

Die Frage der Bewaffnung bleibt bis zur Befreiung ein nicht zureichend gelöstes Problem. Weder die Versorgung aus England noch die vor dem Einmarsch der Deutschen vergrabenen Waffen können den Waffemangel überwinden. Auch die eigenmächtigen Überfälle belgischer Widerstandskämpfer auf kleinere deutsche Einheiten und deutsche Arsenale sowie der Ankauf von Jagd- und anderen Waffen aus der Bevölkerung verschaffen keine ausreichende Versorgung. Ebenso schwierig wie die Versorgung mit Waffen ist auch die Versorgung mit den so dringend benötigten Funkgeräten, die, genau wie die Agenten und das übrige Sabotage- und Kriegsmaterial, in erster Linie in Fallschirmeinsätzen von England aus in Belgien gelandet werden.

Diese Fallschirmeinsätze, die nur in klaren Nächten

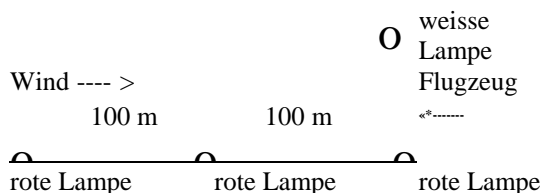


Aus dem monatlichen Bericht des Obersten Seelmann-Eggebert über die Stimmung der kriegsgefangenen belgischen Offiziere vom September 1943.



Abb. links: Ein Flugblatt aus dem Jahre 1942 fordert die Abrechnung mit Verrätern, Kollaborateuren und Kriegsgewinnlern. – Abb. rechts: Eine gefälschte Kennkarte des belgischen Widerstandskämpfers Major Lovinfosse, der mit dem Fallschirm über Frankreich abgesetzt wurde und hier verschiedene französische Spionagegruppen gründete.

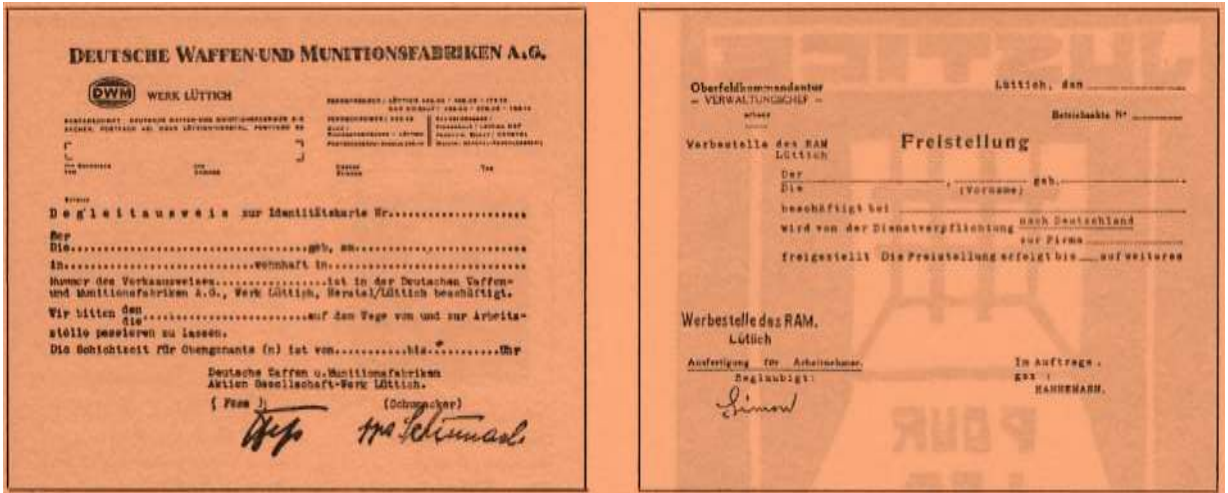
möglich sind, setzen zunächst einmal ein geeignetes Gelände voraus, das mindestens 500 mal 500 Meter gross sein muss und sich nicht in der Nähe bewohnter Ortschaften und feindlicher Flakstellungen befinden darf. Sind diese Voraussetzungen gegeben, so bedient man sich normalerweise des folgenden Verfahrens:



Haben sich die alliierten Flieger dem vorgesehenen Zielgebiet auf ungefähr 30 bis 40 Kilometer genähert, so wird zunächst einmal, um «Missverständnisse» mit feindlichen Flugzeugen zu vermeiden, eine Funkverbindung hergestellt. Sind die Flugzeuge dann bis auf Hörweite herangekommen, werden vier Signallampen eingeschaltet: drei rote, die dazu dienen, den Landungsplatz kenntlich zu machen, und eine weisse,

durch deren Placierung die Windrichtung angezeigt wird. Die gesamte Bodenorganisation liegt in der Hand besonders dafür ausgebildeter Empfangskomitees, denen die einzelnen Landungen jeweils über Funk aus London angekündigt werden. In diesem Zusammenhang muss noch das sogenannte PU (Pick-up-System) erwähnt werden, auch wenn es in erster Linie in Frankreich zum Einsatz gekommen ist. Hierbei handelt es sich um kleine unbewaffnete Flugzeuge, «Lissy» oder «Lysander» genannt, die im Tiefflug den Funkbereich der deutschen Flugmeldegeräte unterfliegen und dann im Zielgebiet landen können, um Personen und Material abzusetzen bzw. an Bord zu nehmen.

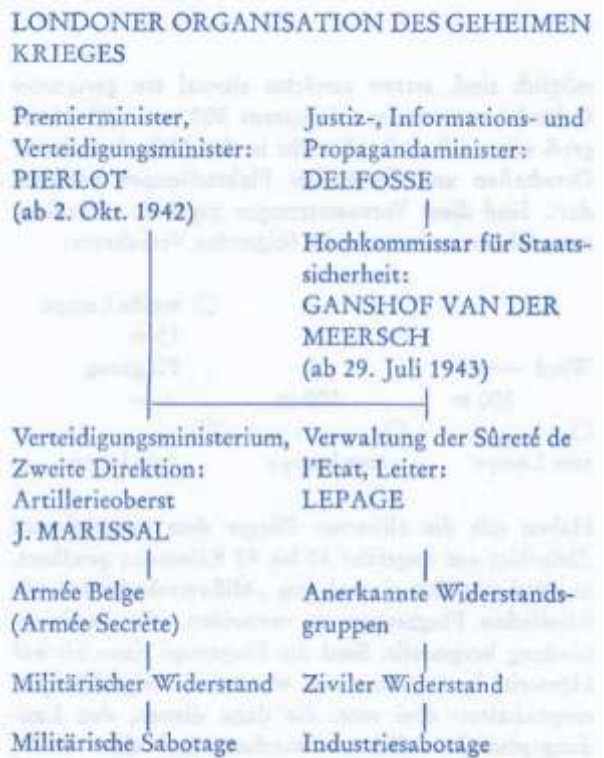
Diese britische Unterstützung kommt in erster Linie den militärischen Widerstandsgruppen zugute, die neben den oben erwähnten zivilen Widerstandsgruppen von ehemaligen Soldaten und Offizieren der Belgischen Armee gegründet werden. Die «Armée Beige» (AB) wird ebenso wie die «Légion Beige» (LB) und die «Reserve Mobile» bereits im Sommer 1940 von belgischen Offizieren ins Leben gerufen. Eine weitere



Zwei Produkte aus der Fälscherwerkstatt: Ein gefälschter Begleitausweis (links) und eine gefälschte Freistellungsbescheinigung von der Dienstverpflichtung (rechts). Widerstandsorganisation, das «Mouvement National Royaliste» (MNR, Königstreue Nationale Bewegung)

Ende April 1943 wird Oberst Bastin von einem Kurrier die Nachricht überbracht, er solle in Lüttich an einer Konferenz der Chefs der Gruppe «Action» teilnehmen. Und obwohl einer seiner Mitarbeiter Verdacht schöpft, will Bastin diese günstige Gelegenheit nicht verstreichen lassen, die einzelnen militärischen Widerstandsgruppen enger zusammenzufassen. Als er gemeinsam mit anderen Widerstandskämpfern, die sich ebenfalls am verabredeten Treffpunkt eingefunden haben, die Besprechungen aufnehmen will, werden sie von deutschen Sicherheitskräften überfallen. Unter dem Feuer der Maschinenpistolen brechen zahlreiche Widerstandskämpfer tödlich getroffen oder verwundet zusammen. Bastin und viele andere werden verhaftet, womit die Fusion der einzelnen Gruppen endgültig misslungen ist. Obwohl in London alle militärischen Gruppen unter dem Begriff «Armée Secrète» zusammengefasst werden, muss die belgische Exilregierung doch getrennte Verbindungen mit den einzelnen Widerstandsorgani-

sationen unterhalten. Während lediglich die «Armée Beige» bzw. «Armée Secrète» dem Verteidigungsminister unterstehen, erhalten die anderen Widerstandsgruppen ihre Weisungen vom belgischen Hochkommissar für Staatssicherheit. Das folgende Schema zeigt diese Gliederung des belgischen Widerstandes in England:



Mit einer speziellen Abteilung des belgischen Verteidigungsministeriums, dem Büro «Action», arbeitet auch die belgische Abteilung der SOE zusammen. Im Rahmen der alliierten Kriegsführung wird für die militärischen Widerstandsgruppen ein Plan entwickelt, der drei verschiedene Phasen vorsieht: eine Vorphase, die mit dem Herannahen der Alliierten bis auf 50 km beginnt, dann eine Operationsphase während der Kämpfe auf dem besetzten Gebiet und schliesslich eine Besatzungsphase unter den Alliierten, die nach der Befreiung eintreten wird. Die Instruktionen für die geheime Organisation des militärischen Widerstandes werden in einer Broschüre zusammengefasst, die auf dem Titel «Das Trojanische Pferd» zeigt, und in dieser unauffälligen Form der Armée Belge übergeben. Ebenso erfolgt die Ausarbeitung eines Planes militärischer

Sabotage, auf den man sich Ende 1943 mit den Engländern einigen kann. Während die zivilen Widerstandsgruppen ständig aktiv sein sollen, soll die Armée Secrète erst mit dem Beginn der alliierten Invasion in Erscheinung treten. Denn für eine Art Guerillakrieg sind auch in Belgien, ebenso wie in Dänemark und in Holland, weder die geographischen noch die bewaffnungsmässigen Voraussetzungen gegeben.

Je deutlicher sich nun die Niederlage Deutschlands abzeichnet, desto heftiger wird auch der Kampf des belgischen Widerstandes. Verstärkter Untergrundbewegung und Sabotage begegnen die deutschen Sicherheitskräfte mit verschärftem Terror, was wiederum eine Verschärfung des Widerstandes bringt. An diesen Repressalien beteiligen sich die belgischen Faschisten in besonders grausamer und brutaler Weise. Ein Führer

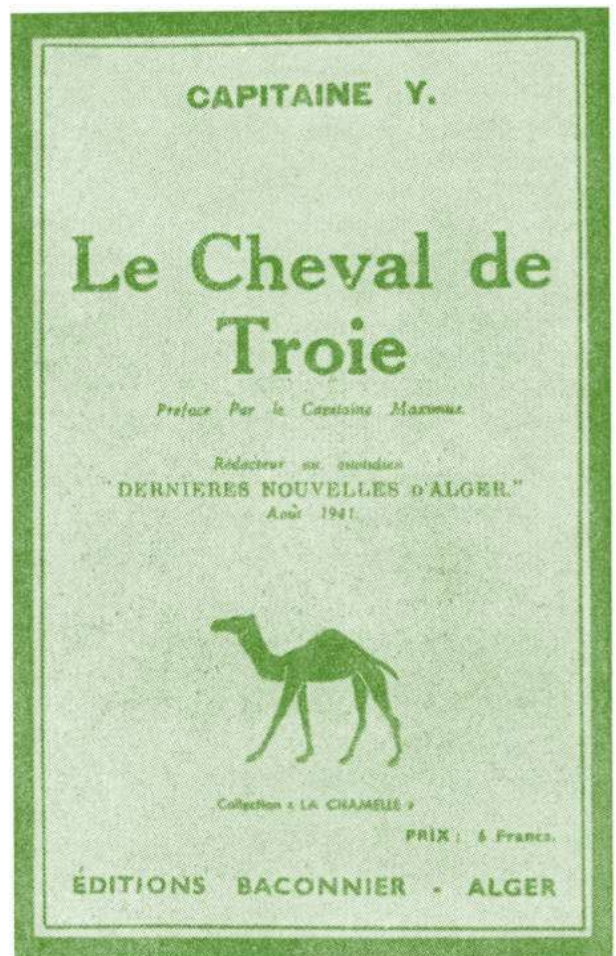


Abb. links: Eine Karikatur aus der belgischen Widerstandszeitschrift «Freies Belgien» vom Februar 1943: «An die belgische Bevölkerung! Die Ortskommandantur teilt mit! Wir sind gekommen, um Euch zu beschützen. Wenn Ihr uns weiter so ärgert, gehen wir! gez. v. Falkenhausen.» – Abb. rechts: Die Broschüre mit dem unverdächtigen Titel «Das Trojanische Pferd» enthielt genaue Anweisungen für die Widerstandsarbeit.

der Rexisten-Bewegung schliesst eine Rede, die er im Juli 1944 hält, mit den Worten: «Jetzt müssen wir alles rücksichtslos niederkämpfen, was uns im Wege steht, jetzt müssen wir uns als die Stärksten erweisen und uns um jeden Preis gefürchtet machen.»

Diese bürgerkriegsähnlichen Zustände mit willkürlichen Erschiessungen und anderen Greueln halten jedoch nicht lange an, da sich die alliierten Truppen unaufhaltsam der belgischen Grenze nähern.

Schon am 1. Juni meldet Radio BBC: «Das Laub der Bäume verbirgt die alte Mühle», die vereinbarte Ankündigung dafür, dass sich die Armée Secrète für den Tag der Invasion vorzubereiten habe. Am 8. Juni wird der Spruch gemeldet: «Salomon hat seine grossen Pantoffeln angezogen», womit die grosse vorausgeplante Sabotageaktion eingeleitet wird. Am 10. Juni beginnen die Sabotagemannschaften mit massiven Angriffen auf Telefon- und Transportverbindungen und in den folgenden drei Monaten bleiben über 5'000 Mann der Armée Secrète im vollen Einsatz. Ein Vergleich dieser Widerstandstätigkeit im Spiegel des deutschen Polizeiberichts zwischen der ersten (die Zahlen in Klammern) und der zweiten Julihälfte verdeutlicht den Anstieg der Widerstandsaktivität:

Sabotage an Schienenanlagen	193	(138)
Sabotage an Stromkabeln	71	(31)
Attentate auf Angehörige und Eigentum des deutschen Heeres	18	(15)
Brandstiftungen	22	(4)
verschiedene andere Sabotageakte	33	(17)
Attentate auf Einwohner des Landes	152	(76)

Einen Teil der genau festgelegten Sabotage übernimmt die AL, und da sie eine grosse Anzahl von Eisenbah-

nern zu ihren Mitgliedern zählt, sind ihre Voraussetzungen für die Eisenbahnsabotage besonders günstig. Auch die PA intensiviert von nun ab ihre Tätigkeit.

Als von Falkenhausen am 13. Juli durch den Gauleiter Grohe ersetzt und die Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung abgelöst wird, verschärft sich der Terror, und die Hinrichtungen nehmen in manchen Teilen des Landes, insbesondere in Flandern, furchterliche Ausmasse an. Sicherheitspolizei, Rexisten und Volksparteilern aber bleibt nicht mehr viel Zeit für ihr blutiges Treiben. Am 1. September überschreiten die alliierten Truppen die belgische Grenze. Für die Armée Secrète ist nun die erste Phase, die Phase der Sabotage-tätigkeit, beendet und die zweite Phase, die des offenen Kampfes, gekommen. Überraschend schnell gelingt die Befreiung des Landes. Am 3. September wird Brüssel eingenommen, am 4. Antwerpen befreit und am 6. fällt Lüttich in alliierte Hand.

Auch die Armée Secrète trägt ihren Anteil am Sieg der Alliierten bei. Dieser Anteil hätte grösser sein können, wenn eine ausreichende Bewaffnung vorhanden gewesen wäre. Von den ungefähr 45'000 Mann, auf die die AS bis 1944 angewachsen ist, können jedoch nur 7'000 mit der nötigen militärischen Ausrüstung versehen werden. Trotzdem kommt es zwischen Widerstandskämpfern und deutschen Truppen zu zahlreichen erbitterten Kämpfen. In der Zeit vom Juni 1944 bis zur Befreiung zählt die AS 1'500 Gefallene, über 1'000 Verletzte und 4'000 Deportierte, die «Milices Patriotiques» 272 im Kampf Gefallene und 57 Hingerichtete und die «Partisans Armes» ebenfalls 1'500 Tote.

Eine der hervorragendsten Leistungen des belgischen Widerstandes ist die Rettung des Binnenhafens von Antwerpen, dem für das belgische Wirtschaftsleben



Abb. links: Rexiste: Poison Violent – Rexistus: Ein gefährliches Gift. – Abb. rechts: Ein Aufruf, der die Belgier aufforderte, sich der «Weissen Armee» anzuschliessen (unter diesem Sammelnamen wurden die einzelnen Widerstandsorganisationen)

Fotografie des Kammes, in den ein zum Tode verurteilter Widerstandskämpfer die letzten Grüße an seine Frau eingeritzt hat: «Meine letzten Gedanken gelten Dir, meiner treuen Frau. Ich bin von einem Strolch verraten worden und für schuldig befunden worden. Dein Gatte Auguste. – Liebe kleine Frau, hab viel Mut, dieses Andenken gehört Dir allein. Anlässlich meiner Verurteilung zum Tode am 9.6. 1942. Werde glücklich.»



eine besondere Bedeutung zukommt. Initiatoren des Unternehmens sind Hauptmann Colson alias «Harry» und der Pionierleutnant Urbain Reniers alias «Réaumur». Als «Harry», Mitglied der Nachrichtenorganisation «Mouvement National Royaliste», im Jahre 1943 davon hört, dass die Deutschen im Falle eines Rückzuges den Hafen zerstören wollen, beginnt er mit der Organisation einer Rettungsaktion. Gemeinsam mit «Réaumur», einem Vertreter der AS, wird unter dessen Leitung ein Koordinationskomitee gebildet, in dem die Widerstandsgruppen Antwerpens für diese Aufgabe zusammenarbeiten. 6'000 Männer werden bewaffnet und warten, in sechs Kompanien eingeteilt, auf ihren Einsatz. Durch Kontaktaufnahme mit den Hafenbehörden sichert man sich deren Mitwirkung. Schlüsselpunkte des Unternehmens sind die Schleusen der vier grossen Hafenbecken, die vor der Zerstörung zu bewahren sind, ferner müssen die Zugangswege zum Hafen frei bleiben, der grosse Tunnel, der sich unter der Schelde befindet, darf nicht unter Wasser gesetzt werden.

Mit der erfolgreichen Invasion der Alliierten beginnen auch die deutschen Vorbereitungen für die Zerstörung des Hafens von Antwerpen. 5 Blockschiffe werden mit rund 1'000 Tonnen Sprengstoff gefüllt und an den Kais des Hafens befestigt. In die Kais selber werden im Abstand von 75 Metern grosse Bohrlöcher angebracht, die jeweils 80 Kilo Sprengstoff aufnehmen sollen. Die Widerstandskämpfer jedoch entdecken den Ort, an dem die Sprengsätze hergestellt werden, und es gelingt ihnen in der Nacht vom 25. zum 26. August, die Werkstatt und sämtliche bereits hergestellten Sprengsätze in die Luft zu jagen. Als sich die alliierten Truppen am 3. September der Stadt Antwerpen genähert haben, schlagen die Widerstandskämpfer zu. Die Blockschiffe werden an Ort und Stelle versenkt, bevor die Sprengladungen gezündet werden können, und alle vier Schleusen fallen unversehrt in die Hände

der Résistance. Einem Spezialisten des MNR gelingt es, den Mechanismus zu zerstören, mit dem der Schelde-Tunnel geflutet werden sollte, so dass die gesamte Hafenanlage nahezu vollkommen unbeschädigt bleibt. Der Nachschub ist gesichert, und der Krieg kann dadurch um einige Monate verkürzt werden.

Am 3. Oktober würdigt General Eisenhower die Verdienste des belgischen Widerstandes:

«An die Offiziere und Mannschaften aller belgischen Widerstandsgruppen!

Nun, da der Boden Belgiens nahezu befreit ist, möchte ich als Oberkommandierender der alliierten Invasionsarmee den Offizieren und Mannschaften der Widerstandsgruppen meine aufrichtige Anerkennung aussprechen, die bei der Ausführung meiner Anordnungen so bewundernswert gekämpft haben. Sie können mit Recht stolz darauf sein, mit Ihrem aufopfernden Heldenmut so weitgehend zur Befreiung Ihres geliebten Vaterlandes beigetragen zu haben. Das rasche Vordringen der alliierten Streitkräfte, das einem Grossteil Ihres Landes die Schrecken des Krieges erspart hat, war in nicht geringem Masse auf Ihre Hilfe zurückzuführen ...»

Am 1. November ist Belgien befreit, und Mitte November wird die Demobilisierung des belgischen Widerstandes offiziell angeordnet. Aber noch einmal kommt es zu einer blutigen Auseinandersetzung, als die am 16. Dezember von Generalfeldmarschall Rundstedt eingeleitete Ardennenoffensive zunächst überraschende Erfolge bringt. In den wiedereroberten Gebieten werden zahlreiche Widerstandskämpfer, die inzwischen aus dem Untergrund aufgetaucht sind, von Kollaborateuren und Denunzianten verraten, den Deutschen ausgeliefert und anschliessend hingerichtet. Mit der erfolgreichen Gegenoffensive der Alliierten kommt aber auch für Belgien die zweite und diesmal endgültige Befreiung von einheimischen Faschisten und deutscher Polizei- und Fremdherrschaft.

Luxemburg

10. Mai 1940

Motorisierte deutsche Truppen brechen von der Mosel, Sure und Our her in Luxemburg ein und bewegen sich auf die französische und belgische Grenze zu. Etwa 40'000 Luxemburger aus dem Süden des Landes fliehen nach Frankreich. Die grossherzogliche Familie sucht Schutz in Portugal, dann in England und schliesslich (am 30. Oktober) in den Vereinigten Staaten.

Juni 1940

Professor Krutzenberger gründet den Volksdeutschen Bund, der für die Angliederung an Deutschland eintritt.

25. Juli 1940

Der militärischen Verwaltung folgt die zivile deutsche Verwaltung unter Gauleiter G. Simon. Polizei und Gendarmerie kommen unter deutsches Kommando.

August 1940

Die deutsche Sprache wird als einzige offizielle Sprache zugelassen.

Dezember 1940

Die ersten Abteilungen der Polizei und Gendarmerie werden zu «Instruktionszwecken» nach Deutschland übergeführt; sie werden später zum Grossteil zwangsweise in deutsche Abteilungen an verschiedenen Fronten eingereiht.

Februar 1941

Der obligatorische Arbeitsdienst wird eingeführt.

August 1941

Die Nationalsozialistische Partei und die Hitlerjugend werden eingeführt.

10. Oktober 1941

Simon ordnet eine Volksbefragung an, wobei über den Anschluss an das Reich abgestimmt werden soll. 96 Prozent der Bevölkerung stimmen «Nein».

1942

In London werden «Luxemburgische Kräfte in Grossbritannien» aufgestellt; ihnen treten Flüchtlinge, Angehörige der Fremdenlegion und Soldaten bei, die aus dem deutschen Heer entwichen sind (Flugwaffe, Afrikakorps usw.), in das sie zwangsweise eingereiht worden waren.

30. August 1942

Simon proklamiert die Angliederung an das Deutsche Reich und die Einführung des obligatorischen Militärdienstes. Er verlangt die sofortige Rekrutierung von fünf Jahresklassen (18- bis 22jährige). Die Bevölkerung antwortet mit einem Generalstreik, der vom 1.-4. September alle Sektoren des Lebens in Luxemburg lahmlegt. Es gibt viele Verhaftungen, Erschiessungen und Deportationen.

17. September 1942

Abreise des ersten Transportes in deutsche Konzentrationslager. Es folgten noch 79 weitere Transporte.

10. September 1944

Luxemburg wird von den Alliierten befreit.

Dezember 1944

Im Gefolge der deutschen Ardennenoffensive entwickeln sich blutige Kämpfe. Etwa 50'000 Bewohner des Moselgebietes finden Zuflucht im nichtbesetzten Teil Luxemburgs.

Februar 1945

Die letzten deutschen Truppen werden aus dem luxemburgischen Territorium vertrieben.

14. April 1945

Die Grossherzogin von Luxemburg kehrt in ihr Land zurück. Bei einer Bevölkerung von 300'000 erlitt Luxemburg unter der deutschen Besetzung folgende Verluste:

- in Gefängnissen und Konzentrationslagern gestorbene oder getötete Patrioten: 154 (89 Männer und 65 Frauen);
- in bewaffneten Formationen oder auf Seite der Alliierten im Kampfe gefallen: 57.

Von den in die Wehrmacht zwangsweise Eingezogenen fanden 1'175 den Tod und blieben weitere 1'250 verschwunden. Die Deportationen von Juden begannen mit dem Proteststreik gegen die Annexion durch das Reich und endigten erst mit der Befreiung des Landes durch die Alliierten. Sie trafen 1'138 Familien mit 4'187 Männern und 2'191 Frauen, die in Lager nach Schlesien (Leubus, Mittelstein, Boberstein usw.), im Sudetenland (Schreckenstein) und im Hunsrück (Metzenhausen) verbracht wurden.

Beim Generalstreik im September 1942 wurden 20 Personen im Wald von Hinzert fusiliert. Nach der Ermordung des Ortsgruppenleiters von Junglinster durch Widerstandskämpfer wurden zwölf luxemburgische Soldaten erschossen, die aus dem deutschen Heer entwichen, zuerst zum Tode und dann zu mildereren Strafen verurteilt worden waren und im Gefängnis von Lyon (Frankreich) schmachteten. Die Zahl der Zwangsrekrutierten für die deutsche Wehrmacht betrug 12'000, von denen 3500 entwichen. Während der Ardennenoffensive (Dezember 1944 bis Januar 1945) wurden 63 Geiseln erschossen.

Von den 4'000 vor dem Krieg in Luxemburg niedergelassenen Juden wurden rund 3'000 umgebracht. 1'200 von ihnen war der Pass zur Auswanderung nach Amerika bewilligt worden, aber sie wurden an der spanischen Grenze aufgehalten, der Regierung von Vichy übergeben und von dieser den Deutschen ausgeliefert, um im Lager Auschwitz zu endigen.



Ein Plakat des Gauleiters Gustav Simon im Rahmen der «Eindeutschung» Luxemburgs, der sich die Bevölkerung geschlossen entgegenstellte.

Die allgemeine Wehrpflicht wird von den Deutschen in Luxemburg eingeführt. Streik. Der Gauleiter gibt den Schiessbefehl

30. August 1942! – In den Strassen stehen überall grüne Polizisten mit wichtiger Amtsmiene; Autos rasen vorbei, besetzt von fremdem Militärvolk, meistens in gelber Uniform; am Portal des Arbedpalastes stehen Luxusautos, geschmückt mit Hakenkreuzfahnen jeder Grösse und jeder Gattung. Zahlreiche Gliederungen von gelben Luxemburgern und von männlichen und weiblichen Hitlerformationen, anscheinend aus allen Gegenden des Landes, ziehen vorüber, dem Limpertsberg zu. Seit einigen Tagen prangen grosse Plakate an den Mauern der Stadt, auf welchen die Mitglieder der volksdeutschen Bewegung zu einem Appell zusammengerufen werden. Um 11 Uhr soll der Gauleiter in der Ausstellungshalle am Limpertsberg zu dem Führerkorps der volksdeutschen Bewegung reden. Tolle Geräusche schwirren in der Luft: es heisst allgemein, dass in Luxemburg von den Deutschen die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Kurzum: Grosskampftagstimmung.

Der Vortrag des Herrn Gauleiters gipfelte in der Bekanntmachung von zwei Hauptbeschlüssen: die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Luxemburger Lande und die Aufnahme der Mitglieder der volksdeutschen Bewegung ins Deutsche Reich. Diejenigen Luxemburger, die Mitglieder der volksdeutschen Bewegung waren, – sie sollen sich auf circa 70'000 belaufen –, waren also vom 31. August 1942 an vollwertige deutsche Bürger. Diejenigen Luxemburger, die nicht Mitglieder der volksdeutschen Bewegung waren, wurden staatenlos. –

Ja, was nicht alles ein Gauleiter sich leisten kann: er schütelt die wichtigsten Dekrete nur so aus dem Ärmel heraus, so wie ein kleiner Beckerelli! Nur ist zu fürchten, dass das dicke Ende noch nachkommen wird.

«Ich habe mich entschlossen», sagte der Gauleiter zu den Führern der volksdeutschen Bewegung, «dem Führer die Einführung der Reichsbürgerrechte für Luxemburg vorzuschlagen. Der Führer hat diesem Vorschlag zugestimmt. Hierdurch erhält nun der grösste Teil der Luxemburger Einwohner die Reichsangehörigkeit... Diese Verordnung wird hier von mir vor dem Führerkorps der Bewegung bekannt gegeben, damit sie von ihm gebilligt werde. In der Vergangenheit waren Sie gewohnt, in einem kleinen Parlament über nebensächliche Dinge abzustimmen. Dieses kleine Parlament hat sich nun, wie so vieles andere seit 1940, verflüchtigt, und wir haben nun eine andere Volksvertretung, nämlich das Führerkorps der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und das Führerkorps der volksdeutschen Bewegung ... Sie brauchen keinen Stimmzettel abzugeben, Sie stimmen mit Ihrem Herzen zu, aus Ihrem Herzen spricht das deutsche Blut, die Stimme Eurer deutschen Ahnen und Vorfahren ... Das Deutsche Reich als Staat hat Euch in seinen Hoheitsbereich aufgenommen.»

Die Verordnung über die Wehrpflicht lautete folgendermassen: «Der Wehrpflicht unterliegen die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1920 bis 1924. Alle Angehörigen dieser Jahrgänge, die am 10. Mai 1940 die luxemburgische Staats-

angehörigkeit allein oder neben einer anderen Staatsangehörigkeit besessen hatten, haben sich in der Zeit vom 1. bis zum 13. September 1942 persönlich bei der für ihren dauernden Aufenthaltsort zuständigen Ortspolizeibehörde zu melden. Das Nähere wird durch Bekanntmachung der Kreispolizeibehörden bestimmt. ...»

Ein Sturm der Entrüstung brauste durch das ganze Land ob dieser Gewaltmassnahmen. «Wir sind nicht in die volksdeutsche Bewegung eingetreten in der Erwartung, mit der Zeit Bürger des Deutschen Reiches zu werden», hiess es allgemein, «dadurch, dass wir der VDB beitraten, in einem Moment, wo wir vor allem nicht recht wussten, was es eigentlich mit der VDB sei, und in einer Geistesverfassung, bei welcher wir uns leider überrumpeln liessen, da der klare Blick und die ruhige Überlegung uns mangelten; wir wollten uns vor allem allen Plackereien von Seiten der Deutschen entziehen. Der Gedanke, mit Hilfe der VDB je zum vollwertigen Reichsdeutschen gestempelt zu werden, war uns nie in den Sinn gekommen; hätten wir nur ahnen können, welche Bedeutung die Deutschen der volksdeutschen Bewegung zu geben gedachten, so wäre es uns überhaupt nie eingefallen, uns in diese Vereinigung aufnehmen zu lassen; zudem hätte man vorher, durch eine geheime Abstimmung, an fragen müssen, ob wir auch wirklich den Wunsch hegten, dem Deutschen Reich beitreten zu wollen; man hat unsere Unerfahrenheit und unsere Unwissenheit missbraucht. Die Deutschen haben nicht ehrlich mit uns gehandelt und uns überrumpelt: wir wollen keine Gemeinschaft mit ihnen haben, wir wollen freie Luxemburger bleiben.» – Viele von denjenigen, die so sprachen, waren gesonnen, sich bei der volksdeutschen Bewegung als Mitglieder abzumelden, und viele führten auch diesen Vorsatz aus: die meisten wurden allerdings von ihrem Vorsatz durch die Ereignisse, die sich jetzt überstürzten, abgehalten.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in unsrem Lande durch die Deutschen war eine Monstruosität, welche bis jetzt bei zivilisierten Volkern wohl noch nie vorgekommen war. In der «Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges», welche dem vierten Abkommen der zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907 anliegt und auch von den Deutschen gutgeheissen worden war, heisst es ausdrücklich: «Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten (Art. 43).» – Deutschland steht jetzt, August 1942, mit Luxemburg im Krieg, denn Luxemburg hat im Jahre 1941 Deutschland den Krieg erklärt. Dem Völkerrecht nach hätte mithin Deutschland absolut kein Recht, bei uns den obligatorischen Militärdienst einzuführen. Aber was schert sich Deutschland um das Völkerrecht? – Der Umstand, dass Deutschland, gegen alle Gesetze und gegen alle Gebräuche, die allgemeine Wehrpflicht bei uns ein führte, wurde allgemein von den Luxemburgern als ein Beweis angesehen, dass es mit Deutschland zu Ende gehe, denn was konnten jetzt den Deutschen einige Tausende von Luxemburgern

noch nützen, die gegen ihren Willen an die Front geschleppt und gegen ihre Überzeugung gezwungen werden sollten, ein Volk zu bekämpfen, das sie nicht als Feind ihres Heimatlandes betrachten konnten? – Ungeistige Menschen mit ungeistigen Methoden waren hier wieder am Werk gewesen. – Zudem hatte der Gauleiter in zwei öffentlichen Reden, zu Wasserbillig und zu Diekirch, feierlich erklärt, dass während des Krieges im Luxemburger Lande nie die allgemeine Wehrpflicht eingeführt würde . . .

Die zwangsmässige, ungesetzliche Einführung des allgemeinen Wehrmachtdienstes und die gewaltsame, ungewollte Beförderung aller Mitglieder der volksdeutschen Bewegung zu vollwertigen Reichsdeutschen hatten flammende Entrüstung und starke Unruhen im ganzen Lande hervorgerufen, besonders in Esch, Ettelbrück, Diekirch, Wiltz.

Wären die Luxemburger bewaffnet gewesen und hätte es ihnen nicht an der nötigen Führung gefehlt, so wäre es, wie im Klöppelkrieg von 1798, zum offenen Aufstand gekommen. Da ein bewaffneter Widerstand unter den vorliegenden Umständen aber ganz ausgeschlossen war, sahen sie] die Luxemburger gezwungen, einen anderen Weg zu suchen, um gegen die ungesetzlichen Beschlüsse der Deutschen zu protestieren. Sie griffen zum Generalstreik und hatten vor, ihre Mitgliederkarte der VDB in Massen zurückzuschicken, um hiermit zu bekunden, dass sie ihre luxemburgische Nationalität behalten und nicht als zum Deutschen Reich gehörend betrachtet werden wollten. Circa zwanzig- bis dreissigtausend Luxemburger waren entschlossen, von der volksdeutschen Bewegung ganz abzurücken. Die Lehrer und Lehrerinnen hatten geplant, in corpore aus der VDB auszutreten, desgleichen die Ärzteschaft der Stadt Luxemburg, die Postbeamten, die Beamten der Arbed, eine Menge von Beamten aller Art, von Kaufleuten, von Gewerbetreibenden usw.

Die Parole zum allgemeinen Streik wurde ausgegeben und von Mund zu Mund weitergegeben. Überall entbrannte eine Streikbewegung, gekennzeichnet durch ruhige, geräuschlose Arbeitsniederlegung: bei den Eisenbahnern, in den Industriebetrieben, in den Büros, den Schulen, bei den Beamten, bei der Bauernschaft usw. Die Städte blieben ohne Milch, ohne Gemüse und ohne Kartoffeln, die Züge liefen unregelmässig ein und aus. – Die Streikbewegung hatte naturgemäss alle Schwierigkeiten, sich durchzusetzen. Dieselbe kam allzuplötzlich und unerwartet; es fand sich keine organisatorische Regelung vor, keine Presse, kein Flugblatt, keine öffentliche Versammlung, um dieselbe zu leiten, so dass viele Betriebe und Büros nicht einmal zeitig von derselben in Kenntnis gesetzt werden konnten. Trotzdem nahm dieselbe stündlich zu, bewahrte aber immer einen ruhigen, oft sogar einen recht zahmen und ganz ungefährlichen Charakter, und sie hätte sich zweifelsohne in kurzer Zeit über das ganze Land erstreckt, wenn die Deutschen nicht mit brutaler Gewalt eingegriffen hätten.

In Wiltz hatte sich die Streikbewegung am deutlichsten gekennzeichnet. Dieselbe ging hier vom Volke aus. Die Einwohner von Wiltz durchfluteten die Strassen der Ortschaft, zwangen die Geschäftsleute, ihren Laden, die Bürobeamten, ihre Schreibstube zu schliessen, und verhinderten die Lehrer,

Warnung für Unbelehrbare!

In einer der letzten Nächte haben In Grevenmacher einige polnische Aussenseiter sich als Schmierfinken betätigt und Schaufenster und Mauern mit den Führer und das Reich beleidigenden Aufschriften bemalt. Ebenso sind VdB-Plakate überschmurt worden. Hierfür sind einige reichsfeindliche Elemente aus Grevenmacher, die auch heute noch nicht den Sinn der Zeit begreifen wollen, sich gegen die Ordnung auflehnen und hetzerisch betätigen, vom Chef der Zivilverwaltung mit einer Vergeltungsstrafe in Höhe von

RM 270'000.–

belegt worden.

Diese, wenn auch harte, so doch gerechte Massnahme, die von allen Deutschbewussten begrüsst wird, ist eine Warnung an die wenigen Unbelehrbaren, die sich gegen eine natürliche Ordnung in der oben erwähnten Form wehren.

Hitler siegt – das war die offizielle deutsche Parole. Hitler verliert – das war die Antwort der Luxemburger «Schmierfinken». Deshalb wurden 23 Grevenmacher verhaftet und erst nach der Zahlung von 270'000 RM wieder freigelassen, eine Schulstunde abzuhalten. Die Wiltzer hatten eigentlich die Initiative ergriffen und die Parole der Streikbewegung ausgegeben. Daher wird es auch verständlich, dass verhältnismässig viele Wiltzer niedergeschossen wurden. In den anderen Ortschaften des Landes, sogar in der Minettsgegend, blieb der Streik meistens in seinen Anfangsstadien stecken und begnügte sich vielfach mit dem unschuldigen Gestus einer platonischen Arbeitspause.

Dieser spontane Widerstand und diese spontane Protestbewegung fast des ganzen luxemburgischen Volkes hatte der Gauleiter in seiner kurzsichtigen Kleingeistigkeit nicht erwartet. Gelegentlich der öffentlichen Versammlungen, die früher von ihm einberufen worden waren, war er stets von «tosendem» Beifall gleichsam überschüttet worden, und er hatte die kommandierten Huldigungsbezeugungen und die künstlich aufgebauchten Ergebnheitsbücklinge der verflochtenen Kreistage für die Sprache des Luxemburger Volkes gehalten. Er war jetzt ganz erstaunt, dass das richtige luxemburgische Volk eine ganz andere Sprache reden konnte, eine Sprache, die ihn ganz stutzig machte und die ihm bis jetzt ganz unbekannt gewesen war. – Er verlor den Kopf, fand sich nicht mehr zurecht und machte den grössten Fehler, den er je begehen konnte: er gab den Schiessbefehl. – Er, der Vertreter des grossen Germanenvolkes, das sich für den grössten Kulturträger der Welt hielt, er gab den Befehl, auf wehrlose Luxemburger zu schiessen, weil diese Luxemburger das Verbrechen begangen hatten, durch eine platonische Arbeitseinstellung, die sich sicherlich ganz unblutig abgespielt und keinem geschadet hätte, ihre Anhänglichkeit an ihre alte, freie Heimat öffentlich zu bekunden und gegen eine ungesetzliche Massregel zu protestieren. – Ungeistige Menschen mit ungeistigen Methoden waren hie wieder am Werk gewesen!

Herr Gauleiter, es ist Ihnen gelungen, die Streikbewegung in unserm Lande gewaltsam zu unterdrücken, die sich zweifelsohne von selbst wieder nach einigen Tagen verloren hätte, wenn Sie nur ruhigen Blutes gewesen wären, aber Sie haben durch Ihre Kopflosigkeit und Ihre Kurzsichtigkeit das Luxemburger Land verloren. – Vor dem 1. Sep-

tember 1942 war unsre Lage bedenklich, denn vor dem 1. September waren die Luxemburger von der ganzen Welt mehr oder weniger als Anhänger der Deutschen angesehen, besonders weil sie einen deutschen Dialekt reden. Durch Ihren Schiessbefehl, den die ganze Welt hatte knallen gehört, wurde die ganze Welt belehrt, dass dies keineswegs der Fall war, und Luxemburg eroberte durch seine platonische Streikbewegung die Sympathie der ganzen Welt. Ihr Schiessbefehl hat uns gerettet! Es war eine «felix culpa» Ihrerseits: ein Fehler, der den Luxemburgern grossen Nutzen brachte. – Sie haben unschuldige Luxemburger zu Märtyrern erhoben, zu Märtyrern, die nie sterben werden und die, wie Hans Carossa sagt: «die selbst im Fallen noch Strahlen senden», und zwar Strahlen, Herr Gauleiter, Strahlen, die für Sie tödlich sein werden ...

Am Dienstag, den 1. September, wurde in den Tageszeitungen angekündigt, dass in Schifflingen die Arbeiter gestreikt hätten und dass über den Bereich der Stadt Esch mit sofortiger Wirkung der zivile Ausnahmezustand verhängt und ein Standgericht eingesetzt sei. – Das öffentliche Tragen des Hakenkreuzes ist seit dem 30. August viel seltener geworden. Die Studenten des Athenäums brüllten den Oberstudienrat Lippmann nieder, der Schüler und Professoren zwingen will, in der Schule das Hakenkreuz zu tragen; die Schülerinnen der höheren Mädchenschule in Esch, die sich nicht fügen wollten, wurden am 3. September nach Luxemburg gebracht und dort in das ehemalige Karmeliterinnenkloster eingesperrt, um anderntags nach Deutschland abgeführt zu werden. Die Luxemburger haben es entschieden satt, immer und immer gepiesackt zu werden, und wollen nicht mehr wie wehrlose Schafe einhergehen. Zudem werden die Kriegsnachrichten ungünstig für Deutschland: in Russland kommen die Deutschen praktisch nicht mehr weiter. Des Nachts fliegen über unsre Köpfe, mit unheimlichem Gebrumm, gleich einer Totenmühle, Hunderte und Tausende von Flugzeugen nach Osten hin, um die deutschen Städte zu zerstören.

Am Mittwoch, den 2. September, kündigten knallrote Plakate an, dass das Standrecht im ganzen Lande verhängt worden sei, und dass Streikende sofort erschossen würden. Andere Plakate melden, dass in Wiltz bereits zwei Luxemburger erschossen worden wären: der Leiter des Wirtschaftsamtes Michel Worre und der Stadtsekretär Nikolaus Müller. Am Donnerstag, den 3. September, meldeten andere Plakate, dass neun weitere Luxemburger von den Deutschen erschossen worden seien; unter diesen neun befanden sich vier Lehrer aus Wiltz. Bewaffnete Patrouillen marschieren schweren Schrittes durch die Strassen der Stadt; im Kasernenhof stehen grosse Kamions für Militärtransporte bereit. Die Ereignisse überstürzen sich. Es rumort und es gärt im Luxemburger Lande an allen Ecken und Enden. Es herrscht überall dicke Luft. Der Oppositionsgeist der alten Klöppelkrieger scheint wieder wach zu werden, während das stolze Gebäude des Deutschen Reiches in allen Fugen kracht. – Am 4. September sind wieder vier Luxemburger erschossen worden und acht Angeklagte wurden der Gestapo überwiesen. – Die Aufregung im Lande steigt aufs Höchste . . .

– Am 5. September wurden vier weitere Luxem-

burger erschossen, darunter Professor Dr. Alph. Schmit aus Echternach; elf weitere Angeklagte wurden der Gestapo überwiesen. – Es waren Zeiten, wie sie in der französischen Revolution nicht schlimmer sein konnten, nur mit dem Unterschied, dass die französische Revolution uns auch die Freiheit mitbrachte, während die tollwütige Raserei der Nationalsozialisten uns nur immer mehr in die Versklavung hineindrängte. – Am Samstag, den 6. September, fanden keine Hinrichtungen mehr statt, desgleichen auch nicht mehr am 7. September. Das Land wagte wieder aufzuatmen. Es hiess allgemein, dass Berlin die Wüteriche von Luxemburg zurückgepfiffen hätte . . .

Am 6. September 1942 wurde im Londoner Radio gemeldet, dass die Grossherzogin von Luxemburg und die geflüchtete grossherzogliche Regierung bei allen Mächten gegen die ungesetzliche Zwangseinführung des obligatorischen Wehrmehrdienstes in Luxemburg protestiert haben.

Am Sonntag, den 6. September 1942, empfing der Gauleiter Gustav Simon, unter Führung vom Landesleiter Professor Kratzenberg, eine Deputation von Luxemburgern, welche Herrn Simon eine Huldigungsadresse, unterzeichnet von 30 Luxemburgern, überreichte. Der Wortführer, Herr Kratzenberg, wies auf die Treue und den Einsatz der deutschgesinnten Luxemburger hin und fügte hinzu: «Wir bitten Sie, Gauleiter, in Anerkennung der vorbildlichen Haltung der weitaus grössten Mehrheit der luxemburgischen Bevölkerung, den Ausnahmezustand baldmöglichst aufzuheben. Wir versichern Ihnen noch einmal in unserm und der volksdeutschen Bewegung Namen die unverbrüchliche Treue zur deutschen Sache und zum Kampf Adolf Hitlers, der ganz Europa und damit auch unsre Heimat von der vernichtenden Gefahr des Bolschewismus befreite und uns an der Grösse und Zukunft des Grossdeutschen Reiches teilnehmen lässt.» –

Bestellte Arbeit, bei welcher man mit dem Dichter ausrufen möchte: «Welch Schauspiel! aber ach! ein Schauspiel nur!» Wir wissen zufällig, dass Herr Kratzenberg, der sich auf einer Urlaubsreise in Steiermark befand, eigens wegen dieser Maskerade telegrafisch zurückgerufen wurde.

In seiner Antwort gab der Gauleiter seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass die deutschbewussten Luxemburger sofort von den verheizten Elementen abgerückt seien ... Abschliessend ging er auf die zukünftigen Massnahmen ein, die er mit dem Ziele einer endgültigen Bereinigung der politischen Atmosphäre Luxemburgs durchzuführen gedenke: «An der Spitze dieser Massnahmen stehe eine Umsiedlungsaktion, welche jene Luxemburger umfasse, die zwar deutschen Blutes seien, aber auf Grund ihrer bisherigen politischen Haltung nicht die Gewähr dafür gäben, dass sie Reichsangehörige in einem deutschen Grenzgebiet sein könnten. Sie würden daher mit ihren Familienangehörigen innerhalb des grossen deutschen Lebensraumes umgesiedelt werden. – Eine derartige Massnahme komme jedoch nicht in Frage für jene politischen Friedensstörer, die in diesen Tagen gegen das Reich agitiert und sich damit dem Bolschewismus verbündet hätten. Diesen Söldlingen Moskaus werde in kürzester Zeit Gelegenheit gegeben, die Grauenhaftigkeit und Verkommenheit des Bolschewismus dort kennen zu ler-

nen, wo sie sich am eindeutigsten offenbare. – Durch diese und andere Massnahmen werde im Lauf der nächsten Zeit und der kommenden Monate dafür gesorgt, dass Luxemburg nur noch von deutschgesinnten und deutschbewussten Menschen bewohnt sein werde.» – Das versprach!

Am 8. September wurde der zivile Ausnahmezustand für die Kreise Diekirch und Grevenmacher aufgehoben.

Am 9. September meldete ein neues Plakat, dass der Walzendreher Eugen Biren aus Schifflingen erschossen und dass 20 andere Angeklagte der Gestapo überliefert wurden. – Zahl der Luxemburger, welche bis jetzt erschossen wurden, steigt mithin auf zwanzig!

Am 9. September erschien in den Tageszeitungen ein Aufsatz über die geplante Umsiedlungsaktion für Luxemburg: «Es wäre unverantwortlich», heisst es in demselben, «wenn man an den Grenzen des Reiches länger Volksdeutsche beliesse, die, wie es hierzulande ein kleiner Teil von Einwohnern für richtig hält, sich nicht eindeutig zum Reich bekennen wollen. Diese gesinnungsmässig nicht restlos zuverlässigen Elemente unsers Volkstums müssen nun damit rechnen, im Raum an der Grenze nicht länger ansässig bleiben zu können. – Diese Familien werden zur Sicherung und

Festigung eines eindeutigen Grenzvolkstums und zur Durchführung der eigenen Erziehung im Sinne des grossdeutschen Gedankens in Kürze umgesiedelt. . . Die Umsiedlung ist nicht mit einer Ausweisung gleichzusetzen, sondern es handelt sich um eine politisch erforderliche und zweckmässige Massnahme zur Sicherheit der völkischen Gemeinschaft an der Grenze. Gleichzeitig ist hierdurch die Gewähr gegeben, dass durch diese Umsiedlung innerhalb des deutschen Lebensraumes die betreffenden Volksgenossen zu treuen Mitgliedern der deutschen Volksgemeinschaft und aufrechten Reichsbürgern erzogen werden ... Nach der Durchführung dieser Umsiedlungsaktion, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken wird, aber sofort mit Schnelligkeit und Umsicht in Angriff genommen worden ist, wird dann endgültig die völkische Sicherung im lützelburgischen Lebensraum gewährleistet sein.» – Ja, das verspricht!

Der Gauleiter, dem alle Köderungsversuche misslungen sind, wirft jetzt die Maske ab und greift zu brutalen Drohungen, zur brutalen Gewalt und zur Schreckensherrschaft, um die Luxemburger zu zähmen . . .

Am Freitag, den 11. September, wurde der Arbeiter Heinrich Adam aus Esch erschossen. Er war von Geburt Reichsdeutscher, war aber seit 30 Jahren auf dem Werk in Schifflingen beschäftigt. Am 31. August gab er durch Sirensignal das Zeichen zum Einstellen der Arbeit. – Die Zahl der Erschossenen beläuft sich also bis jetzt auf 21. – Die Hinrichtung von Heinrich Adam wurde durch die Tagesblätter bekanntgegeben, nicht mehr durch Strassenplakate. Am 9. September wurden durch das Londoner Radio die Hinrichtungen in Luxemburg der ganzen Welt bekanntgemacht.

Am Sonntag, den 13. September, sprachen zu den Luxemburgern, vom Londoner Radio aus, die Grossherzogin, Herr Staatsminister Dupong und Herr Minister Krier. In London war man unterrichtet über die Vorgänge, die sich hier in Luxemburg in den letzten Tagen abgespielt hatten, und es wurde gemeldet, dass die ganze Welt über die Greuelthaten, welche von den Deutschen im Grossherzogtum Luxemburg verübt worden waren, benachrichtigt wurde . . . Nein, die Erschossenen sind nicht umsonst gestorben: Die Teilnahme, welche die ganze Welt an unserm Schicksal nimmt, wird uns helfen um unsre Freiheit wieder zu erlangen.

Der Gauleiter hat sich verrechnet und verrannt. Er hat das Gegenteil erreicht von dem, was er erreichen wollte. Er wollte die Luxemburger einschüchtern, stattdessen hat er sie zusammenschweisst und ihnen die Sympathien der ganzen Welt verschafft . . .

Es wird ihm nie gelingen, die Luxemburger Seele zu verstehen und zu erfassen, geschweige denn dieselbe an sich zu ziehen. Er ist eine unfertige Persönlichkeit, die manchmal guten Willen zeigt, aber vor allem keine Führernatur ist. Als Schulmeister hat er sich nicht bewährt, als Gauleiter, als politischer Führer, hat er versagt. Er hat in Luxemburg der deutschen Sache einen Schaden zugefügt, der nie mehr gut gemacht werden kann. Er ist der Prototyp eines ungeistigen Menschen, der nur mit ungeistigen Methoden umzugehen weiss.

(Aus: Franz Delvaux, Luxemburg im Zweiten Weltkrieg.)

Bekanntmachung!

**DAS
STANDGERICHT**

hat wegen Gefährdung des deutschen Aufbauwerkes in Luxemburg durch aufrührerischen Streik und Sabotage im Kriege folgende Personen zum Tode verurteilt und die Einziehung des Vermögens angeordnet.

Dax, Michel,
Eisenbahnarbeiter, Ettelbrück

Schmit, Alfons,
Professor Dr. math., Echternach

Thull, Johann,
Eisenbahnansreicher, Ettelbrück

Heiderscheid, Emil,
Dachdecker, Diekirch

Ferner wurden elf Angeklagte der Geheimen Staatspolizei überstellt.

Die Todesurteile wurden heute um 6 Uhr durch Erschiessen vollstreckt!

Luxemburg, den 5. September 1942.

Der Vorsitz des Standgerichts.

Ein Plakat vom 5. September 1942, das bekanntmacht, dass vier Luxemburger zum Tode verurteilt wurden.

Frankreich

Nachdem Holland und Belgien bereits kapituliert haben und die letzten Engländer in der Nacht vom 4. auf 5. Juni 1940 von Dünkirchen aus nach England fliehen können, beginnt die zweite Phase des Westfeldzuges, die «Schlacht um Frankreich».

Die von dem neuen französischen Oberbefehlshaber General Weygand aufgebaute Front hinter den Flüssen Somme und Aisne wird am 9. Juni von deutschen Truppen überschritten. Am 14. Juni erfolgt die kampflose Besetzung der französischen Hauptstadt Paris. Am gleichen Tag beginnt der erfolgreiche Angriff auf die für unüberwindbar gehaltene Maginot-Linie und am 17. Juni erreichen Panzertruppen von Kleist und Guderian die Schweizer Grenze. Damit werden die in der Maginot-Linie kämpfenden französischen Streitkräfte ihrer rückwärtigen Verbindungen beraubt und alle Hoffnungen auf diesen Schild und Rückgrat der französischen Verteidigung müssen begraben werden. Der deutsche Vormarsch ist unaufhaltsam und die militärische Lage Frankreichs hoffnungslos.

Am 17. Juni muss die bisherige französische Regierung Reynaud, die bereits nach Bordeaux geflüchtet ist, zurücktreten. Staatspräsident Lebrun beauftragt den greisen Marschall Pétain mit der Regierungsbildung. Dieser entschliesst sich noch am gleichen Tag zu einem Schritt, der auch heute noch in Frankreich leidenschaftlich umstritten ist. Noch in der Millionenillustrierten Paris Match vom 9. Juni 1966 verteidigt Reynaud seine damalige Haltung und verurteilt die des Marschalls Pétain. Reynaud glaubt, die Regierung müsse das Land verlassen und von Afrika aus den Krieg weiterführen. Hiergegen wendet sich Pétain: «Sie wissen, dass ich mich entschlossen habe, in Frankreich zu bleiben, was auch kommen mag.» Marschall Pétain sieht keine Möglichkeiten, einen sinnvollen Kampf weiterzuführen. Er zieht die Konsequenzen aus der militärischen Niederlage und entscheidet sich dafür, den Krieg mit Deutschland zu beenden.

Am 21. Juni werden dem französischen General Huntzinger auf Bitten der französischen Regierung die deutschen Bedingungen für einen Waffenstillstand übergeben. Einen Tag später kommt es zur Unterzeichnung. «Gemäss dem Befehl meiner Regierung», sagt General Huntzinger, «erkläre ich, dass die französische Regierung beschlossen hat, das von uns ausgearbeitete Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen.»

Damit hat Frankreich kapituliert, und zwar im Walde von Compiègne, am gleichen Ort und im gleichen Eisenbahnwagen, in dem 1918 die deutsche Delegation den Waffenstillstand unterzeichnen musste, dessen Fol-

gen so viel dazu beigetragen haben, die Republik zu zerstören und Hitlers Aufstieg zu ermöglichen. Während aber im Jahre 1918 die militärische Niederlage Deutschlands dem Volk nicht so offensichtlich war, weil noch kein fremder Soldat deutschen Boden betreten hatte, ist das in Frankreich jetzt anders. Die Bevölkerung sieht die eigenen Truppen Schritt um Schritt an Boden verlieren, und sie sieht mit eigenen Augen den greifbaren deutschen Sieg. Daher ist die überwiegende Mehrheit der französischen Bevölkerung ebenfalls der Meinung ihres Regierungschefs Pétain, den sinnlosen Kampf abubrechen.

«Franzosen!», so beginnt er seine Rundfunkrede am 25. Juni, «Ich wende mich an Euch, Franzosen des Mutterlandes und Franzosen in Übersee, um Euch die Gründe des vor drei Tagen mit Deutschland und gestern mit Italien geschlossenen Waffenstillstandes zu erklären.

Vor allem ist auf die grosse Illusion zu verweisen, die sich Frankreich und seine Verbündeten über die wahre militärische Stärke Deutschlands und über die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Waffe gemacht haben: über die Freiheit der Meere, die Blockade und die Hilfsquellen, worüber sie verfügten. Ebensovienig wie gestern gewinnt man heute einen Krieg allein mit Gold und Rohstoffen. Der Sieg hängt von den Effektivkräften, den Waffen und ihrer Anwendung ab. Die Ereignisse haben bewiesen, dass Deutschland im Mai 1940 auf diesem Gebiet eine überwältigende Überlegenheit besass, der wir, als die Schlacht entbrannt war, nur Worte der Ermutigung und der Hoffnung entgegenstellen konnten.

Die Schlacht in Flandern wurde beendet durch die Kapitulation der belgischen Armee im offenen Felde und die Einschliessung der englischen und französischen Divisionen. Diese haben sich tapfer gewehrt. Sie bildeten die Elite unserer Armee; trotz ihrer Tapferkeit konnten sie einen Teil ihrer Truppen nur dadurch retten, dass sie ihre Waffen zurückliessen.

Eine zweite Schlacht wurde an der Aisne und an der Somme geschlagen. Um diese Linie zu halten, kämpften sechzig französische Divisionen ohne Befestigungen, fast ohne Panzer gegen einhundertfünfzig Infanteriedivisionen und zehn Panzerdivisionen auf der deutschen Seite. In wenigen Tagen durchbrach der Feind unsere Front, zertrennte unsere Truppen in vier Teile und überflutete den grössten Teil des französischen Bodens.

Deutschland hatte den Krieg praktisch schon gewonnen, als Italien in ihn eintrat und gegen Frankreich eine neue Front bildete, an der unsere Alpenarmee widerstanden hat.

Der Auszug der Flüchtlinge nahm jetzt ein unerhörtes

Ausmass an. Zehn Millionen Franzosen, dazu andert-halb Millionen Belgier, strömten überstürzt hinter unsere Front in einer Unordnung und einem Elend, die unbeschreiblich sind.

Am 15. Juni überschritt der Feind die Loire und schickte sich an, das restliche Frankreich zu überfluten. Angesichts einer solchen Prüfung musste der bewaffnete Widerstand aufhören. Der Regierung blieb nur noch die Wahl: an Ort und Stelle zu bleiben oder den Weg übers Meer zu nehmen. Sie hat darüber beraten und sich entschlossen, in Frankreich zu bleiben, um unserm Volk die Einheit zu erhalten und es gegenüber dem Gegner zu vertreten. Sie hat es unter derartigen Umständen für ihre Pflicht gehalten, durch einen Appell beim Gegner an den Sinn für Ehre und Vernunft einen annehmbaren Waffenstillstand zu erlangen.

Der Waffenstillstand ist geschlossen.

Der Kampf hat ein Ende.

An diesem Tage nationaler Trauer gehen meine Gedanken zu all den Toten, die der Krieg mitten im Leben gemordet hat..

Millionen Franzosen sitzen vor ihren Lautsprechern und hören den greisen Marschall, den Verteidiger von Verdun, den Helden Frankreichs. Der Achtzigjährige ist für Frankreich eine legendäre Gestalt, ein Symbol, wie es in Deutschland einst Hindenburg war. Wenn einer das Schlimmste für das Vaterland verhindern kann, wenn einer über die Autorität verfügt, die Geschicke Frankreichs in dieser schweren Lage in die Hand zu nehmen, dann ist er es. Hierüber ist man sich einig, und die überwiegende Mehrheit der Franzosen ist bereit, sich seiner Führung anzuvertrauen.

Durch den Waffenstillstand, der am 25. Juni früh um 0.35 Uhr in Kraft tritt, wird Frankreich in zwei Zonen geteilt, die besetzte «Nordzone», die ausser dem nördlichen Landesteil die Atlantikküste und einen Streifen im Osten des Landes umfasst, und die zunächst unbesetzte «Südzone».

Hitler begründet diese teilweise Besetzung in seiner Münchener Besprechung mit Mussolini vom 18. Juni 1940 damit, dass es unklug sei, ganz Frankreich zu besetzen, da dies die Bildung einer französischen Exilregierung begünstigen würde. Daher sei es besser, die Existenz einer französischen Regierung in Frankreich zuzulassen.

Während somit in der unbesetzten Südzone die Souveränität der französischen Regierung erhalten bleibt, heisst es für die besetzte Nordzone in Art. 3 des Waffenstillstandsvertrages:

« . . . Alle französischen Behörden und Dienststellen des besetzten Gebietes sind daher von der französischen Regierung unverzüglich anzuweisen, den Anordnungen der deutschen Militärbefehlshaber Folge zu leisten und

in korrekter Weise mit ihnen zusammenzuarbeiten.»

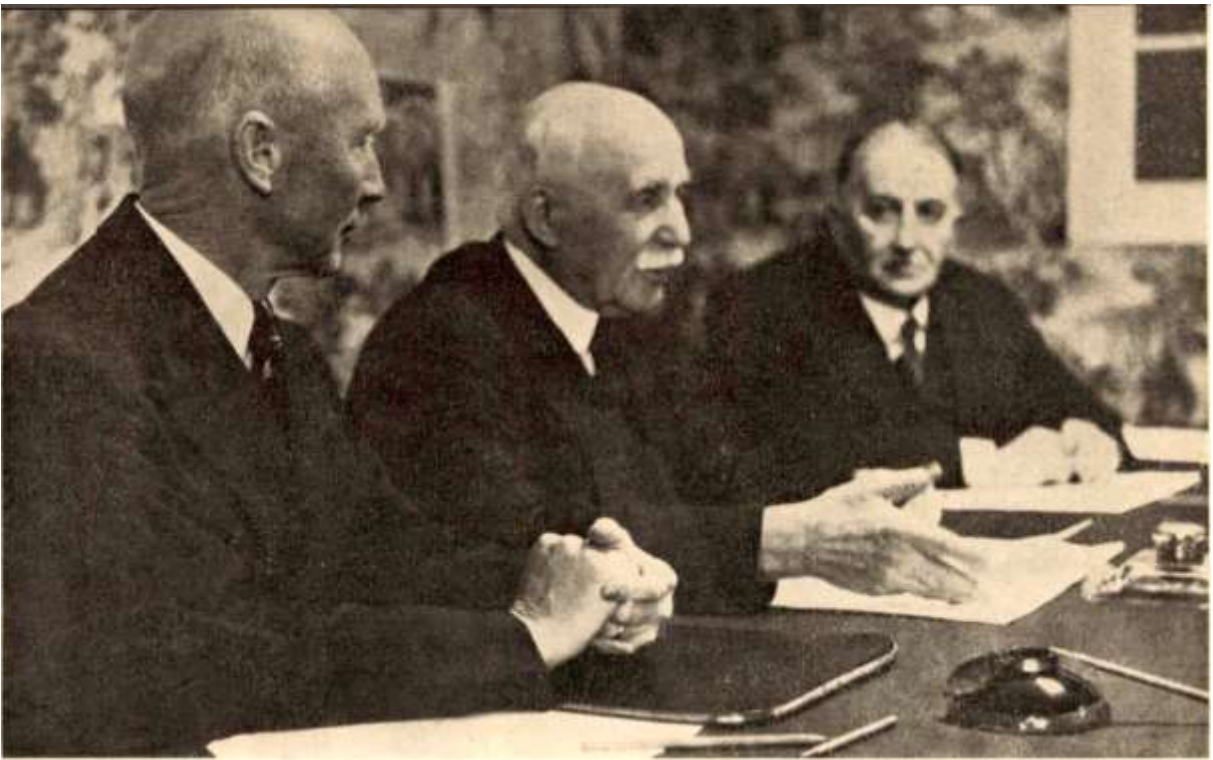
In der französischen Fassung taucht hier bei der Übersetzung des Wortes «Zusammenarbeiten» zum ersten Mal das Wort «collaboration» auf, ein Wort, das in Zukunft zum Schimpfwort der Résistance wird, mit dem alle diejenigen zu Recht und häufig auch zu Unrecht gebrandmarkt werden, die sich den Deutschen in irgendeiner Weise zur Verfügung stellen.

Kollaboration und Résistance, das sind die beiden Worte, die hinfort die Entwicklung Frankreichs bestimmen. Pétain, dessen Kabinett von Bordeaux nach Vichy übersiedelt, führt die Politik aus, zu der sich Frankreich vertraglich verpflichtet hat, nämlich diejenige der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht. Hiergegen wendet sich insbesondere ein damals noch unbekannter französischer General, der heute Staatspräsident von Frankreich ist und ebenso berühmt wie sein damaliger Gegenspieler Marschall Pétain: Charles de Gaulle.

Als Unterstaatssekretär im damaligen französischen Kriegskabinett Reynaud hat er am gleichen Tag, an dem sich Pétain zum Waffenstillstand entschlossen hat, am 17. Juni, den überraschenden Entschluss gefasst, mit dem englischen General Spears, dem britischen Verbindungsoffizier beim französischen Oberkommando, nach London zu fliegen. Von hier aus will er, der unbekannt General ohne Soldaten, der Politiker ohne Anhängerschaft und Popularität, im eigenen Volke ohne irgendeine Organisation und gegen eine rechtmässige Regierung, den Widerstand fortsetzen. Er bespricht sich sogleich mit Churchill, der ihm die BBC zur Verfügung stellt. Und schon am nächsten Tag, am 18. Juni 1940, um 18.00 Uhr, verliest er über den Rundfunk seine erste und berühmt gewordene Rede: « . . . Aber ist das letzte Wort gesagt? Muss die Hoffnung schwinden? Ist die Niederlage endgültig? Nein! Glaubt mir, glaubt dem, der die Dinge kennt, von denen er spricht, und der Euch sagt, dass für Frankreich noch nichts verloren ist. Dieselben Mittel, die uns überwältigt haben, können eines Tages den Sieg herbeiführen.

Denn Frankreich ist nicht allein! Es ist nicht allein! Es ist nicht allein! Es hat ein grosses Weltreich hinter sich. Es kann einen Block bilden mit dem Britischen Empire, das die Meere beherrscht und weiterkämpft. Es kann, wie England, uneingeschränkten Gebrauch machen von der unermesslichen Industrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Dieser Krieg ist nicht auf unser unglückliches Mutterland beschränkt. Dieser Krieg ist nicht durch die Schlacht von Frankreich entschieden. Dieser Krieg ist ein Weltkrieg. Alle Fehler, alles Hinzögern, alle Leiden



Frankreich

Nachdem Frankreich von den deutschen Truppen überraschend schnell geschlagen worden war, wurde am 24. Juni 1940 der Waffenstillstand unterzeichnet. In Vichy führte der «Sieger von Verdun», der mit einem legendären Ruhm umgebene, allseits hochangesehene Marschall Pétain, die neue Regierung. Nach dem Kriege als Kollaborateur vor Gericht gestellt, begründete er seine damalige Haltung: «Ich handelte notgedrungen, um Frankreich zu retten und den Alliierten zum Siege zu verhelfen, als ich den Waffenstillstand proklamierte. Was hätten die Alliierten getan, wenn sie und de Gaulle bei ihrer Landung in Frankreich nur noch Ruinen und Friedhöfe vorgefunden hätten! Ich gebrauchte die mir übertragenen Vollmachten wie ein Schild zum Schutze der Interessen Frankreichs. Ich opferte meinen eigenen Ruf, obschon ich bei jedem Schritt, den ich mit dem Feinde diskutierte, ein Messer in der Kehle fühlte.» Seinen bedeutendsten Widerstand leistete Pétain am 24. Oktober 1940 in Montoire, wo er sich erfolgreich weigerte, an Deutschlands Seite in den Krieg gegen die Alliierten einzutreten.

Bild oben: Marschall Pétain zwischen General Huntziger (rechts) und Barthélemy (links) bei einer Kabinettsitzung in Vichy. – Bild unten: Die Grenze mitten in Frankreich, zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet. Auf beiden Seiten wurde der Ruf de Gaulles aus London gehört: «Was auch immer geschehen wird, die Flamme des französischen Widerstandes darf nicht erlöschen und wird nicht erlöschen.» In zahlreichen Gruppen und Organisationen sammelten sich französische Patrioten aus allen Schichten des Volkes zum Widerstand gegen die deutschen Okkupanten.





Am 28. Juni 1940 wurde General de Gaulle (oben links) von der britischen Regierung als «Chef aller freien Franzosen» anerkannt. Seine Anerkennung verkündete er über den Rundfunk und erklärte: «Ich unterstelle alle Franzosen, die in England leben oder ihren Wohnsitz nehmen werden, meiner Autorität. Es wird sofort eine französische Land-, Luft- und Seestreitmacht errichtet, fürs erste aus Freiwilligen. Sie wird zuvörderst an jeder französischen Widerstandsbewegung mitwirken, die, wo immer, im französischen Empire entsteht.» Am 25. September 1941 wurde den alliierten Regierungen die Gründung des CNF, «Comité National Français», mitgeteilt. Im Namen dieses «Freien Frankreichs» erklärte de Gaulle am 8. Dezember 1941 Deutschland den Krieg. Von der englischen Regierung als «leitende Stelle des Kämpfenden Frankreich» anerkannt, wurde das CNF unter der Leitung de Gaulles in zunehmendem Masse die Führungsstelle, von der auch die Inlands-Résistance ihre Weisungen, ihr Geld und das notwendige Material erwartete und erhielt. –Bild unten: Französische Widerstandskämpfer – «Maquisards» – mit Basenmütze und Halstuch marschieren durch eine befreite französische Stadt. «Maquis» kommt von dem korsischen Wort «macchia» und bedeutet Buschwald. Danach nannten sich die französischen Partisanen «Maquisards», da sie sich, um den Feinden zu entgehen, häufig in den unwegsamen Buschwäldern verborgen hielten. – Rechts oben: Widerstandskämpfer haben deutsche Soldaten gefangenengenommen. – Rechts Mitte: Vier junge Widerstandskämpfer werden erschossen. – Rechts unten: Partisanen im Kampf.







Bild oben: Mit dem Fallschirm werden Widerstandskämpfer und Material in Frankreich abgesetzt. Anglo-amerikanische Abwurfswaffen machten den weitaus grössten Teil der Bewaffnung der französischen Widerstandskräfte aus. Allein im August 1943 wurden in 99 Operationen 977 Materialbehälter abgeworfen. Insgesamt gelangten von 1941 bis 1944 3'733 Abwürfe mit einem Gewicht von 3'007'000 kg nach Frankreich, darunter 104'336 Maschinenpistolen, 409'224 Handgranaten und 307'023 kg Sprengstoff.

Bild links: Ein weiblicher Maquis, eine Ballettänzerin vom Ballet de Monte Carlo, mit Maschinenpistole und Gewehr, liest zusammen mit einem Kommandanten den «L'Espoir», das Tageblatt der «Armée Secrète» und des Widerstandes. An dem Auto sind die Buchstaben FFI zu erkennen, die Abkürzung für «Forces Françaises de l'Intérieur», eine Organisation, in der es zu Beginn des Jahres 1944 gelang, alle paramilitärischen Verbände der Inlands-Résistance einschliesslich der Kommunisten zusammenzu fassen. Die Endstärke der FFI betrug insgesamt 400'000 Mann, von denen 200'000 bewaffnet waren.

Die französischen Kommunisten – ihre Partei war die stärkste Partei Frankreichs – stellten einen bedeutenden radikalen und aktiven Teil der französischen Résistance. Gemäss den Weisungen aus Moskau begannen sie mit ihrem Widerstand jedoch erst nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion. Mit den FTP, den «Francs-Treurs-Partisans-Français», gründeten sie ihre eigenen Partisanengruppen und verfolgten gleich von Beginn an eine doppelte



Zielsetzung. Unter der geschickt propagierten Parole von der «Nationalen Front» versuchten sie, möglichst weite Kreise des französischen Volkes zum Widerstand gegen Vichy und die deutsche Besatzung zu mobilisieren. Gleichzeitig verfolgten sie eine Politik, die es ihnen nach der Befreiung hätte ermöglichen sollen, die gesamte Macht in Frankreich an sich zu reißen. Erst als die Stellung de Gaulles als Führer des französischen Widerstandes nicht mehr zu erschüttern war, erklärten sie sich bereit, mit ihm zusammenzuarbeiten. Mit der Bildung eines Nationalkomitees der Résistance (CNR, Conseil National de la Résistance) am 14. Mai 1943 waren alle bedeutenden französischen Widerstandsgruppen unter der Führung de Gaulles vereint.

Bild oben: Ein Angehöriger der Francisten, die mit Vichy und Deutschland zusammenarbeiteten, reisst einem französischen Bürger den Hut vom Kopf, als dieser seinen passiven Widerstand zum Ausdruck bringt, indem er demonstrativ sitzen bleibt, als die Francisten zum Grabmal des Unbekannten Soldaten marschieren.



Spionage und Nachrichtentätigkeit spielen im Krieg für die Lagebeurteilung und Entschlussfassung eine bedeutsame Rolle. Die Erkundigung über militärische Pläne und Objekte, das Ausfindigmachen der feindlichen Absichten und Ziele in den besetzten Gebieten gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Résistance. Die Zellenbildung an zentralen Ämtern oder wichtigen Schaltstellen, das Eindringen in die Verschlüsselung des Gegners und das Eindringen in den feindlichen Nachrichtendienst kennzeichnet den tödlichen Kampf von Spionage und Gegenspionage, der sich überall abspielt und auch vor neutralen Ländern nicht haltmacht. Mathilde Carre, «die Katze» (oben), die «berühmteste Spionin des Zweiten Weltkrieges», war zusammen mit dem Polen Roman Czerniawski massgeblich am Aufbau einer der grössten alliierten Spionageorganisationen in Frankreich beteiligt. Ende 1941 gelang es der deutschen Abwehr, dieses Spionagenetz «Interallie» auszuheben. «Sie [die Katze] zeigte zwar nach erfolgreicher Festnahme Schwächen, vergessen werden darf aber nicht, dass sie ein ganzes Jahr lang in Paris unter den Augen der deutschen Abwehr- und Sicherheitsorgane am Aufbau und an der Führung eines weit verzweigten Spionagenetzes beteiligt war und persönlich mit Erfolg militärische

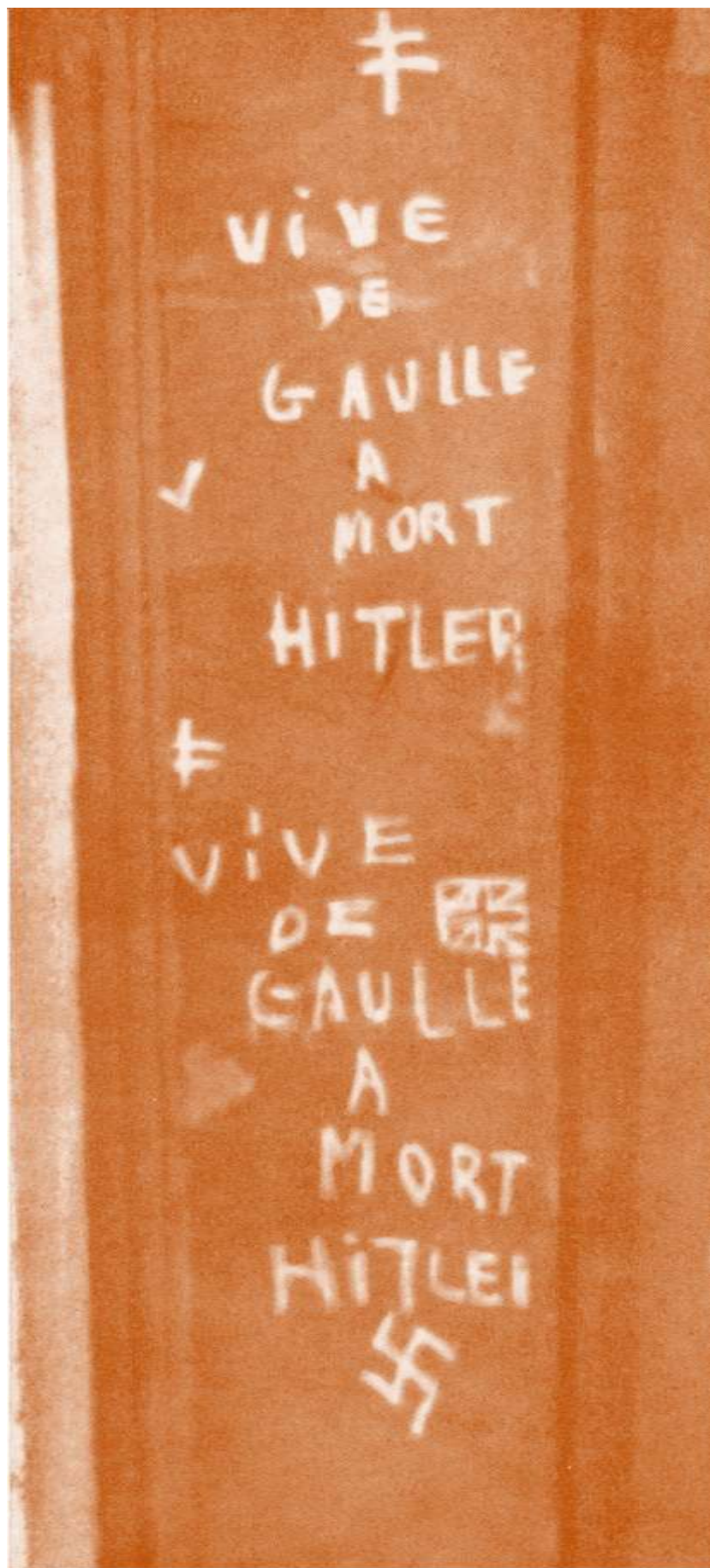
Ausspähung betrieben hat. Tagaus, tagein setzte sie ihr Leben ein, um ihrem Vaterland zu dienen», schreibt O. Reile, seinerzeit Leiter der Gegenspionage des gesamten westlichen Operationsgebietes.

Linke Seite oben links: Eisenbahnsabotage französischer Widerstandskämpfer. –

Unten: Eine der zahlreichen geheimen Druckereien, in denen die französische Untergrundpresse hergestellt wurde, deren Gesamtauflage 1944 über 2 Mill, betrug. «Ich, General de Gaulle, zur Zeit in London, fordere die französischen Offiziere und Soldaten auf, ob sie sich mit oder ohne Waffen auf britischem Boden befinden oder befinden werden, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Ich fordere ebenso auf die Ingenieure und die Spezialarbeiter der Rüstungsindustrie, die sich auf britischem Boden befinden oder befinden werden.

Was auch immer geschehen mag, die Flamme des französischen Widerstandes darf nicht erlöschen und wird nicht erlöschen. Morgen werde ich, wie heute, über Radio London sprechen.» So beendete General de Gaulle seinen denkwürdigen Londoner Aufruf vom 18. Juni 1940.

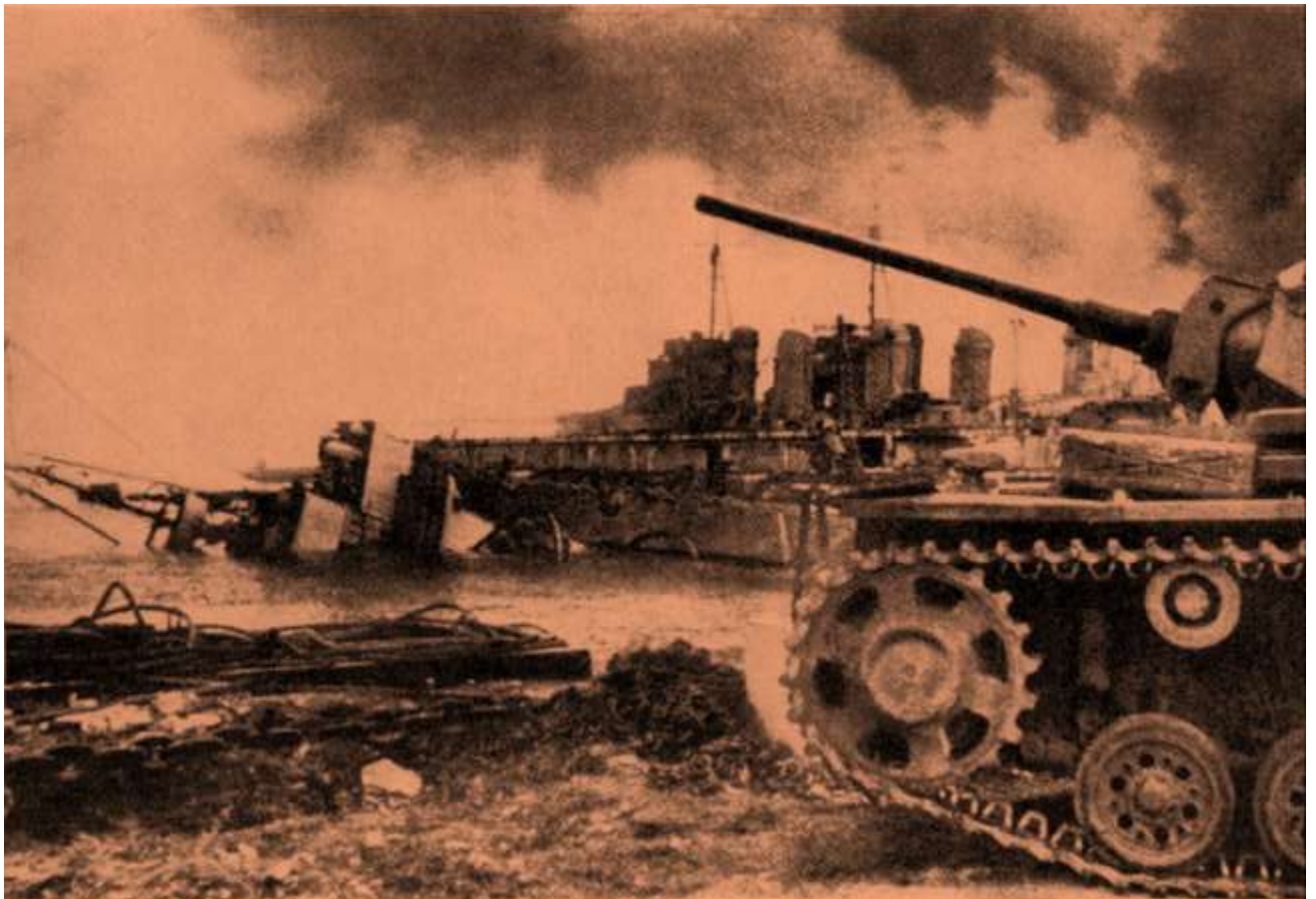
Rechts: Lothringer Kreuz gegen Hakenkreuz, Vive de Gaulle – Es lebe de Gaulle, Mort à Hitler – Tod für Hitler, war die Parole französischer Patrioten.





Je mehr sich die Alliierten dem Sieg über Deutschland näherten, desto mehr 'verstärkte sich auch die Widerstandstätigkeit in Frankreich. Immer häufiger wurden deutsche Soldaten aus dem Hinterhalt erschossen, und immer häufiger wurden französische Bürger – Schuldige und Unschuldige – zur Abschreckung und Vergeltung als Geiseln hingerichtet. Der schreckliche Höhepunkt von Terror und Gegenterror war das Massaker von Oradour am 10. Juni 1944 durch Angehörige der SS-Division «Das Reich». «Der Bataillonskommandeur Dieckmann und der Kompanieführer Kahn wollen ein Exempel statuieren für Überfälle, die in der Gegend gegen deutsche Offiziere und Soldaten verübt wurden. Der Fall jedoch, an den sie denken, ist eine Falschmeldung, und der Offizier, dessen Tod sie rächen wollen, lebt noch. In einer Laune des Hasses und der Empörung beschliessen sie, als Vergeltung das nächste beliebige Dorf, das die Kompanie erreichen würde, dem Erdboden gleichzumachen und seine Bewohner auszurotten. Das aber war Oradour-sur-Glane. Es war eine Fieberphantasie der ohnmächtigen Rachsucht und des Hasses, die nicht einmal durch die wahnwitzigsten Erlasse Hitlers über die Partisanenbekämpfung ‚gedeckt‘ war» (Michael Freund). Nachdem alle Männer des Dorfes zusammengetrieben und mit Maschinengewehren niedergemäht worden waren, wurde die Kirche des Dorfes, in die man zuvor alle Frauen und Kinder eingesperrt hatte, in Brand gesteckt. 239 Frauen und 201 Kinder starben einen grausamen und schmerzvollen Tod. Sie verbrannten bei lebendigem Leibe. – Bild oben: Die Hauptstrasse von Oradour-sur-Glane nach der völligen Zerstörung des Dorfes durch die SS.

Nachdem die Alliierten in Nordafrika gelandet waren, wurde der bisher unbesetzte Teil Frankreichs im November 1942 von deutschen Truppen besetzt. Die Hauptwiderstandszentren im bisher unbesetzten Gebiet kamen unter deutsche Kontrolle. Damit wurden einerseits die Daseinsbedingungen der Widerstandskräfte verschlechtert, andererseits die Widerstandskräfte aber auch gestärkt, und zwar dadurch, dass sich grosse Teile der französischen Waffenstillstandsarmee dem Widerstand anschlossen. – Rechts oben: Nach der alliierten Landung in Südfrankreich nehmen französische Truppen de Gaulles bei Marseille eine deutsche Stellung in Besitz. – Rechts unten: Bevor die deutschen Truppen den französischen Kriegshafen Toulon erreichen, gab Vizeadmiral Jean de Laborde den Befehl zur Selbstversenkung, um somit den restlichen Teil der französischen Flotte dem deutschen Zugriff zu entziehen.





Als die alliierten Panzer kurz vor Paris standen, begann die französische Widerstandsbewegung am 23. August 1944 in der französischen Metropole aktiv in Erscheinung zu treten. Sie wollte nicht warten bis die Alliierten die Hauptstadt befreiten, sondern selbst das ihre zur Befreiung beitragen. – Oben rechts: Französische Widerstandskräfte im Kampf um Paris. – Oben links: Auch Frauen beteiligten sich im Kampf gegen die deutsche Besatzung. – Bild unten: Bei den Strassenkämpfen der Alliierten und Widerstandskämpfer gegen die Deutschen im August 1944 in Paris geht die Zivilbevölkerung in Deckung. Rechte Seite oben: Französische Truppen des Generals Leclerc, die am 24. August von Süden her in Paris eingedrungen sind, nehmen zusammen mit französischen Zivilisten deutsche Soldaten gefangen. – Rechte Seite unten: Französische Widerstandskämpfer, Angehörige der «Spezial-Brigade», deren Hauptaufgabe es war, bei der Befreiung von Paris eine kommunistische Machtergreifung zu verhindern.



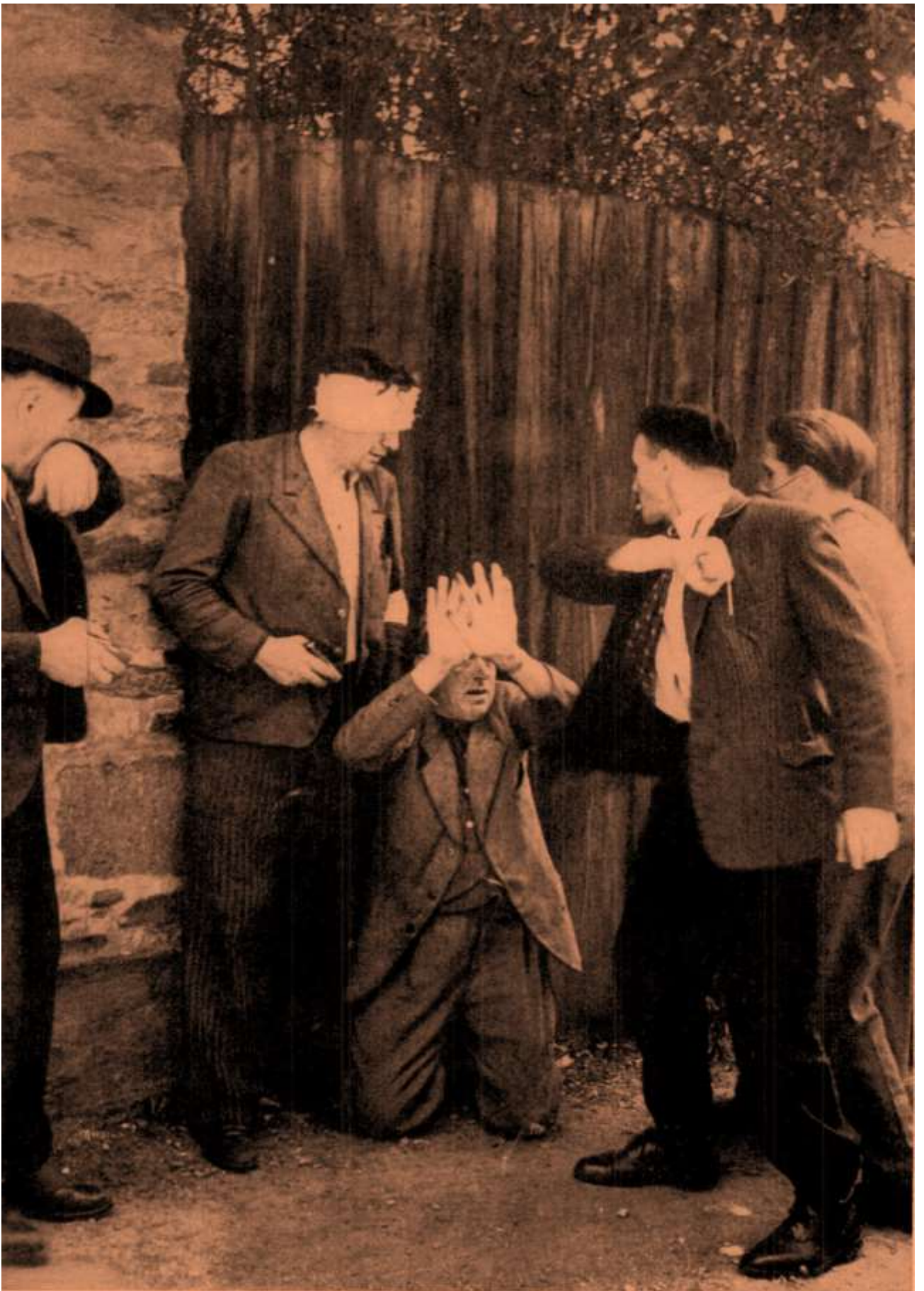




«Paris ist in ein Trümmerfeld zu verwandeln. Der Kommandierende General hat es bis zum letzten Mann zu verteidigen und geht, wenn nötig, unter den Trümmern unter.» Diesem militärisch völlig sinnlosen Befehl Hitlers widersetzte sich General v. Choltitz (oben rechts) und wurde somit zum «Retter von Paris». – Oben links: Im befreiten Paris werden die Schilder der deutschen Militärverwaltung, die Zeichen einer vierjährigen Fremdherrschaft, von der Bevölkerung begeistert und spontan beseitigt. – Bild unten: Unter den schadenfrohen Blicken der französischen Bevölkerung wird ein blutig geschlagener deutscher Soldat von französischen Widerstandskämpfern abgeführt. An den deutschen Soldaten rächt sich der Zorn und der Hass zahlreicher Franzosen, indem man sie bedroht, schlägt und bespuckt. – Bild rechts: Unter dem Jubel der Bevölkerung zieht de Gaulle, dem es nach vielen Schwierigkeiten gelungen war, als der gemeinsame Führer der französischen Résistance anerkannt zu werden, am 28. August 1944 durch die Strassen von Paris.

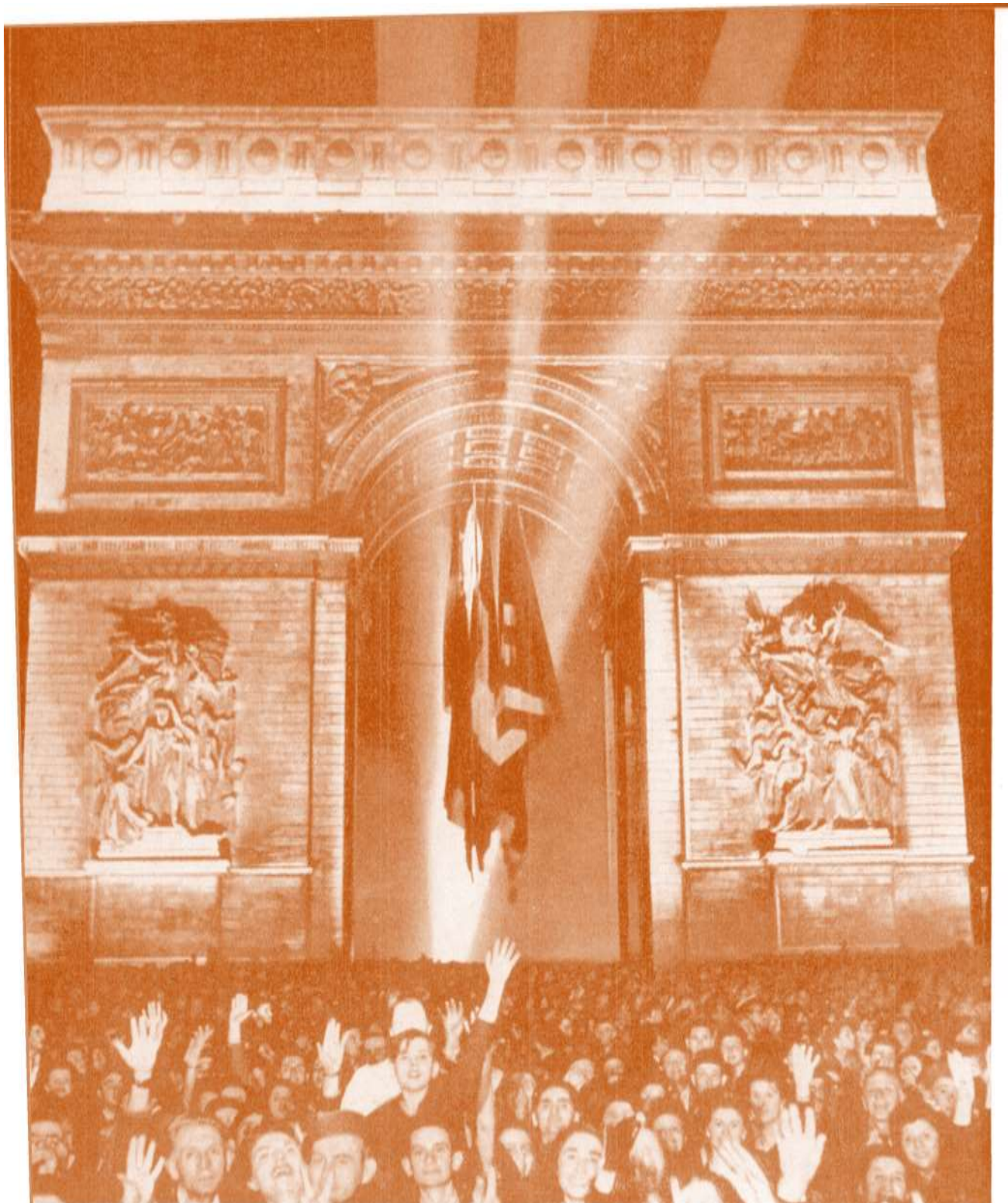








Noch während der Befreiung Frankreichs begann die harte, blutige und häufig auch ungerechte Abrechnung mit der Kollaboration. «Der Kollaboratismus», schreibt de Gaulle in seinen Memoiren, «hatte in den verschiedenen Formen politischer Entschlüsse, polizeilicher und sogar militärischer Verfolgungen, in administrativen Massnahmen, propagandistischen Schriften und Reden nicht nur die Gestalt der nationalen Erniedrigung angenommen, sondern war bis zur grausamen Verfolgung einer Menge guter Franzosen gegangen. Jetzt trat die aufgestaute Wut über die Ufer. Für die Regierung galt es klaren Kopf zu bewahren.» Während die Regierung sich tatsächlich bemühte, klaren Kopf zu bewahren, und vor den ordentlichen Gerichten auf gesetzlicher Grundlage danach strebte, die Schuldigen ausfindig zu machen und zu bestrafen, kam es im ganzen Land zu illegalen und blutigen Exzessen. Gemäss der Resolution der kommunistischen Internationale: «Wir müssen den imperialistischen Krieg der Staaten in einen Krieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie verwandeln», waren es insbesondere die Kommunisten, die willkürliche Verhaftungen vornahmen und viele Tausende französischer Bürger erschossen, die der kommunistischen Untergrundbewegung nicht genehm waren. Unter den Schlagworten «Kollaboration» (Zusammenarbeit) und «Epuraton» (Reinigung) kam es zu einer Terrorherrschaft, der an die 100'000 Menschenleben zum Opfer fielen. Des weiteren soll es in dieser Zeit des Hasses und einer allgemeinen Verwilderung der Sitten zu 200'000 sonstigen Verbrechen gekommen sein. – Bild links: Ein französischer Kollaborateur bekommt die Wut von Widerstandskämpfern zu spüren. – Bild oben: Frauen, die verdächtig waren, sich mit Deutschen eingelassen zu haben, wurden aus den Wohnungen geholt, auf die Marktplätze gezerrt, kahlgeschoren und unter dem Gespött der Menge durch die Strassen getrieben.



Die Trikolore hängt wieder im Arc de Triomphe. Jubelnd wird die Befreiung begrüßt, die von allen Franzosen herbeigesehnt wurde und zu der viele Franzosen im aktiven und passiven Widerstand ihren Beitrag geleistet haben. Nach den bisherigen, noch unvollständigen Unterlagen wurden 25'000-30'000 Widerstandskämpfer des innerfranzösischen Widerstandes getötet, und von ungefähr 115'000 politischen Deportierten kehrten 75'000 nicht mehr in ihre Heimat zurück.

verhindern nicht, dass in der Welt die Mittel vorhanden sind, um eines Tages unsere Feinde zu vernichten. Obgleich wir heute von der technischen Übermacht zerschmettert sind, werden wir in der Zukunft durch eine überlegene technische Macht siegen können. Darin liegt das Schicksal der Welt.

Ich, General de Gaulle, zur Zeit in London, fordere die französischen Offiziere und Soldaten auf, ob sie sich mit oder ohne Waffen auf britischem Boden befinden oder befinden werden, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Ich fordere ebenso auf die Ingenieure und die Spezialarbeiter der Rüstungsindustrie, die sich auf britischem Boden befinden oder befinden werden.

Was auch immer geschehen mag, die Flamme des französischen Widerstandes darf nicht erlöschen und wird nicht erlöschen.»

Mit diesem Aufruf beginnt die französische *Auslandsrésistance*, und General de Gaulle bleibt auch hinfort ihr stärkster Motor. Zunächst geht es ihm darum, ein «Französisches Nationalkomitee» zu schaffen, mit dem er der Autorität der Regierung Pétain gegenüber treten will. Churchill billigt diesen Plan, und «die Regierung Seiner Majestät erklärt, dass sie ein französisches Komitee dieser Art anerkennen und mit ihm zusammen alle die Fortführung des Krieges betreffenden Angelegenheiten behandeln wird, solange das Komitee die französischen Elemente vertritt, die entschlossen sind, gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.» Am 28. Juni kommt es zu einem Vertrag, mit dem «General de Gaulle als Chef aller freien Franzosen» anerkannt wird, «die sich ihm, wo sie sich auch befinden, anschliessen, um die Sache der Verbündeten zu verteidigen.»

Hiermit erhält de Gaulle das Recht, bei den französischen Truppen, die sich in England befinden, um Freiwillige zu werben. So begibt er sich beispielsweise in das Lager der französischen Verbände, die in Norwegen eingesetzt waren und noch immer auf ihre Heimreise warten. Es gelingt ihm, einen grossen Teil zweier Bataillone der Fremdenlegion für seine Sache zu gewinnen, ferner zwei Drittel einer Panzerkompanie, einige Artilleristen, Pioniere und Funker, mehrere Stabsoffiziere und einige Verwaltungsoffiziere. Aus diesen freiwilligen Soldaten und freiwilligen Zivilisten, die sich ebenfalls in England aufhalten, sowie aus Freiwilligen der Neuankömmlinge entwickeln sich die ersten Anfänge der FFL, der «Freien Französischen Streitkräfte» (*Forces Françaises Libres*).

Gleichzeitig appelliert de Gaulle an die überseeischen Provinzen, sich ihm und der «*France Libre*», dem «Freien Frankreich», anzuschliessen. Aber nur allmählich und zum Teil erst nach militärischen Aktionen der Gaullisten stellen sich der Tschad, Douala und Brazza-

ville auf seine Seite. Mit der Einnahme von Libreville im November 1940 ist dann ganz Französisch-Äquatorialafrika in den Händen de Gaulles. Auch auf die französischen Besitzungen in Indien, Ozeanien, Neukaledonien und auf den Neuen Hebriden können die FFL sich nunmehr stützen, die zu dieser Zeit eine Stärke von rund 30'000 Mann erreicht haben.

Nachdem das Problem der Finanzierung dieser FFL im März 1941 dadurch gelöst werden kann, dass London ihnen ein jährliches Budget bewilligt, kommt es im September des gleichen Jahres zur Bildung des «*Comité National Français*» (CNF), wodurch die französische *Auslandsrésistance* eine weitere Festigung erfährt. De Gaulle, dem schon damals eine völlige Unabhängigkeit von Engländern und Amerikanern vorschwebt, beabsichtigt damit, den Rahmen vorzubereiten, «in dem es möglich sein wird, die nationale Souveränität auszuüben». Dieses Komitee aber wird weder von England noch von Amerika, sondern lediglich von den in London befindlichen Exilregierungen als Regierung anerkannt. So weigert sich England, einen diplomatischen Vertreter beim CNF zu akkreditieren, weil dies sonst «Ihre [de Gaulles] Anerkennung als Chef eines souveränen Staates in sich schliesse». Und was die Amerikaner anbelangt, so erkennen sie überhaupt nur die Regierung Pétain an. Die These de Gaulles, wonach «ein Regime, das von des Gegners Gnaden lebt, illegitim» ist, hat für sie keinerlei Bedeutung. Auf diese Ansicht aber gründet de Gaulle seinen Anspruch, als «Treuhand der französischen Souveränität» betrachtet zu werden. Aus dieser Diskrepanz der Ansichten wiederum entwickeln sich zahlreiche Reibereien und Konflikte, und einige Male droht das CNF sogar mit der Kündigung der französisch-englischen Verträge und seiner Übersiedlung in ein freies französisches Territorium, wenn es seine Unabhängigkeit nicht genügend respektiert sieht. Diese Unabhängigkeit kann jedoch immer nur eine formelle sein, da allein die materielle Abhängigkeit der *Auslandsrésistance* von England und Amerika eklatant ist. Und so geht die Arbeit des «Freien Frankreichs» trotz der Zwischenfälle weiter. Delegationen in vielen Städten der Welt, vor allem in den Hauptstädten der Alliierten, sammeln, werben und machen Propaganda gegen Vichy und für eine Unterstützung de Gaulles und seines Freiheitskampfes.

Will de Gaulle jedoch sein Ziel erreichen, als einziger wirklicher Vertreter Frankreichs anerkannt zu werden, so muss es ihm vor allem gelingen, die französische *Inlandsrésistance*, den französischen Widerstand, der sich im Mutterland entwickelt, unter seine Kontrolle zu bringen.

Die ersten vereinzelt Gruppen dieses innerfranzösi-

sehen Widerstandes bilden sich gleich in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Noch haben sie keinerlei gemeinsame Organisation, sind zahlen- und leistungsmässig schwach, noch verfügen sie über kein politisches und militärisches Konzept, und ihre Arbeit besteht im Wesentlichen darin, mit Gleichgesinnten Kontakte aufzunehmen, nicht aber schon im aktiven Kampf. Die Mehrheit des französischen Volkes jedoch ist durch den Schock der militärischen Katastrophe noch wie gelähmt, und Stimmungsberichte der deutschen Militärverwaltung verzeichnen sogar einen Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten Deutschlands. Das liegt vor allem auch an dem disziplinierten Verhalten der deutschen Truppen, das allgemein positiv aufgenommen wird. In dieser Zeit, in der ein deutsch-französisches Zusammengehen vielleicht möglich gewesen wäre, kommt es am 24. Oktober 1940 zu dem historisch bedeutsamen Treffen von Montoire zwischen Hitler und Marschall Pétain.

«Schon zu Beginn der Unterhaltung», schreibt Paul Sethe, «fällt unbefangenen deutschen Teilnehmern auf, wie wenig Pétain als Besiegter wirkt – und wie wenig Hitler als Sieger. Die natürliche Würde des alten Offiziers, der in seiner schlichten Feldbluse dasitzt, die nichts als die Militärmedaille schmückt, sehr aufrecht, dazu sehr schweigsam und sehr zurückhaltend, zieht Blicke voll heimlicher Bewunderung auf sich. Hitler ist viel mächtiger als Pétain, aber neben dem Marschall wirkt er wie ein kleiner Mann, der von einem vornehmen Herrn aus altem Geschlecht empfangen wird. Hitler beginnt mit einem langen Monolog: ‚England ist besiegt, bald wird es seine Niederlage eingestehen; Frankreich kann aus britischem Kolonialbesitz Gebiete bekommen, wenn die Beute aufgeteilt wird . . . /, schliesslich die Frage: ‚Ist Frankreich bereit, die an de Gaulle verlorenen Gebiete zurückzuerobern?‘

Pétain begreift die Bedeutung der Frage, er zögert mit der Antwort, Hitler wiederholt sie, und da kommt der eine knappe Satz, der alle Hoffnungen Hitlers zertümmert: ‚Mein Land hat moralisch und materiell zu viel gelitten, als dass es sich in einen neuen Krieg stürzen könnte/

Da Hitler den anderen nicht hat verlocken können, kommt nun die Drohung: ‚Wenn Frankreich sich nicht selber verteidigen will, und wenn es noch immer Sympathien für Grossbritannien hegt, wird es sein Kolonialreich am Ende des Krieges verlieren, und es wird erleben, dass ihm ebenso harte Friedensbedingungen wie England auferlegt werden/ Aber der Stolz Pétains ist nicht zu erschüttern. Seine Antwort ist kurz und schneidend: ‚Niemand hat ein Straffrieden in der Geschichte gedauert‘.

Noch einmal versucht Hitler einzulenken, noch einmal entwirft er das verführerische Bild, wie Frankreich sich aus dem Zustand der Demütigung befreien kann: ‚Ich will keinen Straffrieden, ich bin bereit, Frankreich günstige Bedingungen zu gewähren. Was ich will, ist ein Friede auf der Grundlage der gegenseitigen Verständigung, der den Frieden in Europa für Jahrhunderte verbürgt. Aber das kann ich nur, wenn Frankreich bereit ist, mir zu helfen, England zu schlagen/ Der Marschall Pétain hört nur halb hin auf die Verlockung, er hat das Wort Frieden gehört, er ergreift die Gelegenheit, nun seine Forderung an den Sieger zu stellen. Er fragt, wie Hitler sich den Frieden vorstellt, ‚damit Frankreich seine Zukunft kenne und damit die zwei Millionen Kriegsgefangenen sobald wie möglich zu ihren Familien zurückkehren können‘.

Die Frage ist nicht weniger inhaltsschwer als die andere, die vorher Hitler an Pétain gestellt hat. Wenn Hitler ein Ohr dafür hätte, vernähme er jetzt das Rauschen des Schicksals. Gibt er jetzt eine klare, unzweideutige Antwort, die Frankreich befriedigt, die zwei Millionen Familien glücklich macht, die den Franzosen die Sorge um ihre Zukunft als freie Nation nimmt, dann ist Vieles gewonnen.

Gewiss, der alte Mann vor ihm würde auch unter diesen Umständen sein Land nicht an der Seite der deutschen Fahnen in den Krieg führen. Aber neben Pétain sitzt der kleine Laval mit seiner unvermeidlichen weissen Krawatte, seinen lebhaften Augen und seinem glühenden Wunsch, Frankreich wieder nach oben zu führen, sei es auch um den Preis einer unerwünschten Allianz. Wohl weist er jetzt auf die psychologische Schwierigkeit hin, Frankreich wieder in einen Krieg und noch dazu gegen den Bundesgenossen von gestern zu führen. Aber er fügt hinzu, man müsse erst die öffentliche Meinung an den Gedanken gewöhnen. Den Zusatz spricht *er* nicht aus, und doch versteht ihn jeder: ‚Ich, Pierre Laval, ich bin der Mann, dieses Werk zu vollbringen‘.

Aber es widerspricht Hitlers letzten Zielen, sich klar zu einem unabhängigen und unversehrten Frankreich zu bekennen. Pétain hört eine unverbindliche Antwort, verschwommene Versprechungen für die Zukunft.

Damit ist das Gespräch von Montoire ebenso gescheitert wie das von Hendaye [hier hat Hitler vergeblich versucht, Spanien an der Seite Deutschlands in den Krieg zu bringen]. Hier wie dort kann keine Höflichkeit der Form darüber hinwegtäuschen. Pétain verspricht nichts, klar ist nur, dass er das Bündnis niemals abschliessen wird. Damit hat Hitler in zwei Tagen einen grossen Schritt auf dem Wege zurückgelegt, an dessen Ende Niederlage und Zusammenbruch stehen. Am gleichen 24. Oktober aber verhandelt Pétains Ab-

gesandter, der Professor Nougier, mit Churchill. Er versichert, dass Frankreich nichts gegen England unternehmen werde, er erhält dafür das Versprechen der Unversehrtheit des französischen Staates.

Pétain spielt an diesem Tage gleichsam die Rolle des preussischen Staatsmannes von Hardenberg, der über ein Jahrhundert zuvor auch einen besiegten Staat hat vertreten müssen und der von dem ewigen Recht des Geschlagenen Gebrauch gemacht hat, einen herrschsüchtigen Sieger zu täuschen.

Der Marschall mag sich an dem Abend des 24. Oktobers vorkommen wie einst als Feldherr im Ersten Weltkriege, wenn er einen schweren Angriff der Deutschen abgeschlagen hatte. (Später werden seine Anhänger Montoire ‚das zweite Verdun‘ nennen.) Es ist nur folgerichtig, wenn er zwei Monate später Laval verhaften lässt. Hätte er es auch gewagt, wenn ihm Hitler seine inhaltsschwere Frage mit einem klaren Ja beantwortet hätte? Sicher nicht.

Aber freilich, für Frankreich wird Montoire immer in ein Zwielflicht getaucht bleiben. An diesem Tage hat Pétain zwar die Hoffnungen des Führers zerschlagen. Aber schon die Tatsache, dass die beiden Staatsoberhäupter zusammengekommen waren, beschäftigt die Phantasie der Menschen. Wenige Tage später spricht Pétain über den Rundfunk zu den Franzosen, fordert sie auf zur Kollaboration, zur Zusammenarbeit mit den Deutschen. Niemand kann in das Herz des alten Mannes schauen. Vielleicht ist die Ansprache ein neuer Versuch, die Deutschen zu täuschen, vielleicht gehört sie zu Pétains ‚Finasserien‘, vielleicht gibt es auch tatsächlich aufrichtige Bereitschaft in ihm, ein Anerkennen der Überlegenheit des Siegers. Wie dem auch immer sei, Millionen von Franzosen hören den Marschall und sind bereit, ihm zu folgen, wie sie es verstehen. So beginnt jene vierjährige Zusammenarbeit, in der die Organe der Regierung allzuviel von dem Nationalsozialismus lernen und in denen die Geheime Staatspolizei von Vichy allzuviel von den Scheusslichkeiten übernimmt, die Himmler erfunden hat.

So wird Montoire noch auf lange die Geister in Frankreich scheiden. Vielleicht wird es einer künftigen Generation gelingen, diese Gegensätze miteinander zu versöhnen. Vielleicht wird es ihr gelingen, Pétain und de Gaulle wieder zusammen zu sehen, den einen als Schild, den anderen als Schwert Frankreichs, beide als Patrioten, die ihrem Lande dienen wollten ...

Dieser Tag ist bis heute in Frankreich noch nicht erreicht. Pétain, nach dem Kriege zum Tode verurteilt, wird zwar zu lebenslänglicher Haft begnadigt, de Gaulle aber hat für Marschall Pétain, den Schild Frankreichs in einer schweren Zeit, bis heute noch immer nicht die gebührende Achtung finden können.

Wenn Marschall Pétain sich zunächst auch auf die Mehrheit der französischen Bevölkerung stützen kann, so wird deren Stimmung jedoch allmählich reservierter und deutsch- und kollaborationsfeindlicher. Die Aktion des Gauleiters Bürckel, der im Rahmen der «Eindeutschung der Westmark» 100'000 Lothringer und 10'000 Elsässer in das unbesetzte Südfrankreich abschiebt, wird von vielen Franzosen als Manifestierung dessen begriffen, was man unter «Kollaboration» mit den Deutschen zu verstehen habe, und heftig abgelehnt. Man erblickt in dieser feindlichen deutschen Frankreichpolitik den Geist von Hitlers Revanche und seinen Willen, Frankreich als Grossmacht auszuschalten. Neben der Aktion Bürckel wirken die im Oktober 1940 einsetzende Kohlen- und Lebensmittelknappheit, die Aufrechterhaltung der Demarkationslinie und die Zurückhaltung von Kriegsgefangenen stimmungsver-schlechternd, und dementsprechend nimmt die Zahl deutschfeindlicher Willenskundgebungen auffallend zu. Noch im Zusammenhang mit der Aussiedleraktion aus Elsass-Lothringen kommt es am 11. November zu der aufsehenerregenden antideutschen Demonstration der Studentenschaft auf den Champs-Élysées, die erst durch das Eingreifen deutschen Militärs zerstreut werden kann. Die Ausweisung der Lothringer bedeutet vor allem für den kollaborationsbereiten Laval einen schweren Schlag, der später, am 13. Dezember 1940, mit zu seinem Sturz beitragen soll.

Im Herbst 1940 geschehen auch die ersten Sabotageakte in Frankreich, die zwar im Allgemeinen noch relativ harmlos bleiben, jedoch in Form von Kabelzerschneidungen vor allem in der weiteren Umgebung von Paris und in den Küstengebieten bereits sehr unangenehme Auswirkungen für die Deutschen zur Folge haben, z.B. den zeitweiligen Ausfall der den Einsatz der Luftwaffe über England steuernden Sender. Im Februar 1941 wird eine erste Sabotageorganisation gaullistischer Richtung ausgehoben. Insgesamt gilt jedoch noch das, was etwa der Lagebericht des Militärbefehlshabers Frankreich (MBF) vom 31. Mai 1941 feststellt: «Infolge des geringen Aktivismus der deutschfeindlichen Bewegungen ist die innere Sicherheit des Landes nicht gefährdet.»

Das nationale Selbstbewusstsein vieler Patrioten aber ist zurückgekehrt. Die Untätigkeit Pétains, auf den viele insgeheim gebaut haben, veranlasst sie zum Tätigwerden. Zwar ist ihre Bewegungsfreiheit beschränkt, da die Polizei aufgrund des Waffenstillstandsvertrages gegen deutschfeindliche Umtriebe vorzugehen hat, doch sie erfahren auch wieder Unterstützung durch ihnen wohlgesonnene Angehörige der Polizei und der Verwaltungsbehörden. Auch dort, wo man auf dem gemeinsamen Nenner der Deutschfeindlichkeit steht, ist

Ein schwatzhafter Drucker

Für Max brachen nach unserer Rückkehr von Tarare goldene Tage an. Er sass, die Taschen voll Geld, im «Café des Plantations», im «Café Sublima», überall, wo sich neue Geheimgesellschaften zusammenfanden, die bereit waren, an die Stelle der zerschlagenen zu treten. Max gab sich patriotisch, versicherte laut und leise, dass er bereit sei, den Deutschen jeden Tort anzutun, gratis, wenn es verlangt würde. Die elenden Deutschen, sie hatten ihn erniedrigt und beleidigt, friedlich war er bisher seinem Beruf als Druckereiarbeiter nachgegangen, man hatte von ihm verlangt, Flugblätter gegen die Résistance zu setzen, aber er hatte sich geweigert, und man hatte ihn daraufhin beschimpft und hinausgeworfen.

Mit solchen und ähnlichen Märchenerzählungen, bei denen nur die Berufsangabe stimmte, lungerte er unter den Männerbünden in den Cafés herum. Natürlich verbreitete sich die Kunde von einem arbeitslosen patriotischen Setzer, und es war keine Woche vergangen, als ein Mann namens «David» am Tische von Max sass und nach einigem Hin und Her, vagen Bemerkungen, wie es mit dem moralischen Rückgrat stünde, wenn er sich eines Tages dem Medusenhaupt der Abwehr gegenüber sähe, und einigen Fragen nach dem beruflichen Werdegang ein Engagement für eine Zeitung der Patrioten anbot. Man sei in einiger Verlegenheit, habe zu wenig geschulte Setzer und dergleichen. Und wenn er wirklich Mut habe und ein Patriot sei – nun, in der Frühe des nächsten Tages ginge ein Zug nach Montelimar, und in Montelimar würde man weitersehen.

Max berichtete mir noch am Abend dieses Tages von seinem neuen Engagement. Ich hatte das Gefühl eines Anglers, der nach langem vergeblichem Warten einen ersten Ruck an der ausgeworfenen Angel verspürt und nun mit vorsichtigem Drillen versuchen muss, seinen Fisch ans Trockene zu bringen. Wir machten seit langer Zeit alle Anstrengungen, ihn seinem Element zu entreissen, aber er hatte sich bisher geschickt allen Nachstellungen entzogen. Der Fisch hiess: «La Libération», und «La Libération» war die Geheimzeitung der Résistance, die zunächst wöchentlich erschienen und später zu täglicher Erscheinungsweise übergegangen war. «La Libération» oder «Die Befreiung» war in den Händen der Résistance ein gefährliches und wirksames Propagandainstrument; man fand sie allmählich in allen Städten und Dörfern Frankreichs. Flammende Pamphlete gegen die Deutschen und Aufrufe zu Streiks, zu Sabotageakten und Überfällen wechselten mit Zweckmeldungen über das Absinken der deutschen Wehrkraft, über deutsche Greuelthaten, mit Nachrichten über alliierte Siege und deutsche Niederlagen, die zumeist von der BBC London übernommen waren und in diesen Zeiten nicht selten eines gewissen Wahrheitsgehaltes entbehrten. Alle Dienststellen der Wehrmacht, der Polizei und der Feldgendarmarie waren in höchsten Alarmzustand versetzt; «La Libération» musste um jeden Preis aus dem Verkehr gezogen werden.

Auch ich hatte schon viele Spuren verfolgt, aber alle Wege, auf denen ich spürte, erwiesen sich als Sackgassen. Ich er-

hielt schliesslich den Befehl, mich ganz und uneingeschränkt um die Lahmlegung von «La Libération» zu kümmern. Ich entsann mich des erlernten Berufes von Max; er war die Angel, die ich ausgeworfen hatte.

Die Stadt Montelimar liegt zwischen Valence und Avignon. In der Frühe des nächsten Tages bestieg Max einen Personenzug nach Montelimar. Bei seiner Ankunft erwartete ihn ein Bäuerlein, das ihn nach einer ausserhalb der Stadt gelegenen Ferme brachte.

Und nun tritt Monsieur Groullier in den Vordergrund. Monsieur Groullier war der Besitzer und Leiter einer Druckerei, die in einer Scheune des Bauernhofes untergebracht war. Bei einem ausgiebigen und friedensmässigen Mittagssmahl wurde das Engagement bekräftigt und begossen. Dann schritt man zu einer Besichtigung der Druckerei; Max wurde von Monsieur Groullier in die Scheune geführt und stand – in der Geheimdruckerei von «La Libération».

Nicht ohne Stolz erläuterte Monsieur die Arbeitsweise der Druckerei. Das Blatt umfasste jeweils vier Seiten, und alle Seiten wurden mit der Hand gesetzt. Der Vorrat an Druckbuchstaben reichte jedoch immer nur für zwei Seiten. Es wurden daher zunächst die Vorder- und Rückseite gesetzt und dann auf Schnellpressen ehrwürdigen Alters in einer Auflage von 100'000 Exemplaren gedruckt. Dann kamen die beiden Innenseiten an die Reihe. Der Druck auf den alten Pressen, die an chronischen Altersbeschwerden litten, nahm jeweils einige Tage in Anspruch. Das Verfahren war recht umständlich, aber gerade deshalb war das Ergebnis um so höher zu bewerten.

Monsieur Groullier tröstete Max, dem beim Anblick der Druckereierichtung der Mut zu sinken begann und der eine übermässige Arbeitsbelastung vor aussah, über seine Bedenken hinweg. Er beteuerte, dass die Arbeitsbedingungen bei ihm immer noch besser seien als in Auch, wo die andere Zeitung der Résistance, die «Temoignages Chrétiens» – die «Christlichen Zeugnisse» gedruckt würden.

Er wog auch die inhaltlichen Vorzüge und Nachteile der beiden Druckereierzeugnisse gegeneinander ab und fand natürlich, dass, ohne die Verdienste der in Auch arbeitenden Patrioten schmälern zu wollen, «La Libération» doch von grösserer Durchschlagskraft sei als die «Temoignages Chrétiens».

Während Max sich an die Arbeit machte und fleissig Zeilen setzte, pries sich der alte Geheimdrucker Monsieur Groullier glücklich, einen verständigen und aufmerksamen Mitarbeiter gefunden zu haben. Das Glück machte ihn redselig, und Max gewann nicht nur einen genauen Einblick in die Verhältnisse der Druckerei in Auch, sondern auch in die Organisation, die für die weite Streuung der beiden Widerstandszeitungen zu sorgen hatte. Er setzte seine beiden ersten Seiten zusammen, und da er bei dem langwierigen Druckvorgang nicht tatenlos umherstehen wollte, erbat er sich einige Tage Urlaub, um seinen alten «Onkel» in Lyon zu besuchen.

Der «Onkel» in Lyon fand, dass Max sich noch etwas um den Abschluss der Druckerarbeiten kümmern solle. Satz und Umbruch der beiden Innenseiten von «La Libération» stan-

den ja noch aus. Es war mir wichtig, erst dann selber bei Monsieur Groullier vorzusprechen, wenn die Zeitung ausgedruckt war und mit der Verteilung begonnen werden sollte. Das Städtchen Auch, wo sich die zweite Geheimdruckerei befand, gehörte zum Beobachtungsbereich der Feldgendarmen von Toulouse; sie waren nicht sehr beglückt, von dem emsigen Treiben zu erfahren, das sich gewissermassen unter ihren Augen abspielte, und wollten gleich lospreschen. Ich dämpfte ihren Eifer und verabredete einen Tag, an dem wir in Montelimar und Auch zugleich der schwarzen Kunst der Résistance ein Ende bereiten wollten. Es war dann eigentlich etwas rührend, den Arbeitseifer zu beobachten, den Monsieur Groullier und seine Gehilfen am Tage meines Besuches entfalteten. Unbemerkt hatte ich die Scheune betreten und sah eine Zeitlang den schwitzenden Druckern und Packern und dem lebhaft organisierenden Monsieur Groullier zu. Sie waren so vertieft, dass sie dem Fremden, der in ihrer Mitte stand, überhaupt keine Beachtung schenkten. Um so grösser war ihre Fassungslosigkeit, als ich Monsieur Groullier den Rat gab, für heute und auch für immer Feierabend zu machen. Sein ungläubiges Erstaunen wandelte sich in grenzenlose Resignation, als er die Uniformen der eindringenden Feldgendarmen bemerkte. Er liess sich mit der ganzen Belegschaft widerstandslos abführen.

Die zum Setzen bereitliegenden Manuskripte nahm ich an mich, ausserdem 100 Exemplare der noch druckfeuchten Zeitung «La Libération», die zum grössten Teil fertiggestellt war. Den Abtransport der Auflage überliess ich der Feldgendarmerie. Bis sich irgendwo in Frankreich eine neue Geheimdruckerei auf tat, war das Sprachrohr der Résistance erst einmal verstummt.

In Lyon fand ich die Nachricht vor, dass die Feldgendarmerie von Toulouse am gleichen Tage die Druckerei in Auch besetzt hatte. Bei einem Feuergefecht hatten vier Patrioten, die sich in der Druckerei verschanzt und heftigen Widerstand geleistet hatten, den Tod gefunden.

(Aus: Heinz A. Eckert, Der gefesselte Hahn)

Der Tod des «Kommandant Dumont»

Am Abend des 8. August hatte Paul Heraud die Absicht geäussert, sich in den Vercors zu begeben.

Niemand weiss, warum er während der Nacht seine Absicht geändert hat.

Eines ist sicher, am Morgen des 9. August hatte er sich entschlossen, nach Savournon, im Südwesten des Departements zu gehen, um dort den Verantwortlichen der SAP-Abteilung (Landung und Fallschirmspringer) aufzusuchen. Zu Mittag verliess er Gap auf dem Motorrad des Gendarmen Meyere von der Brigade aus Serres, der einen ständigen Ausweis besass und so die Verbindung mit dem FFI aufrechterhalten konnte. Um die deutschen Strassensperren auf der Hauptstrasse zu vermeiden, benutzten Heraud und Meyere die Strasse von Gap nach Neffes.

Was geschah nachher? Niemand hätte es erfahren, wenn an diesem Abend nicht ein Bewohner aus Gap plötzlich von der

Begleitmannschaft eines aus Gap kommenden Transportes verhaftet worden wäre, die auf der Hauptstrasse südlich von Logis-Neuf haltgemacht hatte. Diesem hatte ein französischer Chauffeur, der von den Deutschen gezwungen worden war, einen Lastwagen zu lenken, Folgendes erzählt: Gegen 12.30 Uhr tauchte bei der Strassenkreuzung von Neffes ein Motorrad auf, das von einem Gendarmen gelenkt wurde und auf dessen Soziussitz ein Zivilist sass. Die Deutschen hielten sie an und wollten den Mitfahrer perlustrieren. Dieser riss sich los und sprang in vollem Lauf in die Büsche am Strassenrand. Überrascht schossen die Deutschen ihm nach, verfolgten ihn aber nicht. Einer der deutschen Soldaten erschoss dann den Gendarmen mit seiner Maschinenpistole. Der Mann in Zivilkleidung wurde später auf einem Feld tot aufgefunden. Er hatte einen Revolver und eine Handgranate bei sich.

Ein anderer Zeuge, der Besitzer des Feldes, wo Paul Heraud fiel, machte später Angaben, die es nach einem Lokalaugenschein ermöglichten, den letzten Teil des Dramas zu rekonstruieren ...

Als es Paul Heraud gelungen war, den Deutschen zu entkommen, verbarg er sich in den Büschen. Zuerst wurde ihm heftig nachgeschossen, die Kugeln pffiften über seinen Kopf und schlugen rund um ihn kleine Zweige ab. Liegend zerriss er wichtige Papiere, die er bei sich trug, ohne sie aber wegzuworfen.

Falls es sich später als notwendig erweisen sollte, wollte er die Stücke wieder zusammenfügen, um den Text wieder lesen zu können. Deshalb machte er aus den Papierfetzen eine Kugel, die er in der Hand festhielt. Nach und nach liess das Schiessen nach und hörte schliesslich ganz auf. Es war wieder ruhig, aber Paul Heraud wusste nicht, was auf der Strasse vor sich ging. Er musste auf jeden Fall nach Savournon kommen. Kriechend gelangte er an den Waldrand, wo er sich versteckte. Zu seiner Rechten, zirka 200 Meter weit entfernt, stand auf einer Bodenerhebung ein kleines Haus. Das musste er erreichen, umgehen und dann wäre er in Sicherheit gewesen. Kurz vor 13 Uhr raffte sich Heraud auf, sprang auf, erreichte «La Rousine», und in diesem Augenblick krachten Schüsse. Heraud fiel, den Körper von Kugeln durchsiebt, am Rande der Bodenerhebung, die er im Lauf erreicht hatte.

Mit äusserster Anstrengung warf er die Papierkugel, die er in der Hand gehalten hatte, weit von sich. Am Abend sammelte ein Bewohner von Tallard die Papier schmitzel ein.

Zwei Feuerstösse waren abgegeben worden. Bald waren die Deutschen zur Stelle: «Terrorist kaputt», sagte der eine, der in seinen blutverschmierten Händen einen Revolver und eine Granate hielt, die er bei dem Toten gefunden hatte. «Terrorist kaputt!» Die Deutschen zweifelten nicht daran, dass Paul Heraud vor ihnen lag, der in der Widerstandsbewegung Kommandant Dumont hiess und Departementchef des FFI war, der hier, in diesem Augenblick, sein Blut auf dem Boden der Hautes-Alpes vergoss, auf französischer Erde, die er den Eindringlingen entreissen wollte. Paul Heraud ist tot. Er starb als Soldat, wie er es zweifellos erträumt hatte ...

L. Lebeau, ehemaliger Oberstleutnant der FFI

(Aus: Der Widerstandskämpfer, vom April 1960)

der Kampf gegen Vichy keineswegs selbstverständlich, da immer noch zwei Grundauffassungen das Volk in zwei Lager spalten: den wenigen, die einen aktiven Widerstand bejahen, steht die grosse Mehrheit des Volkes gegenüber. Soweit sie nicht überhaupt gleichgültig oder politisch amorph ist, hängt diese weiterhin der Meinung an, der Waffenstillstand sei richtig und eine Fortsetzung des Kampfes sinnlos. Auch wirkt der Mythos Pétain immer noch sehr stark und einigend. Aus einer grundsätzlichen ordnungsbejahenden Einstellung wird das Vichy-Regime ferner von der klassischen Rechten unterstützt, ihr zur Seite stehen die Gegner der Republik, Angehörige des Klerus, die Führungskreise von Finanz und Industrie sowie Teile der Armee.

Letztere befindet sich in einem grossen Zwiespalt. Denn selbst dort, wo die spontane Bereitschaft vorhanden wäre, den Kampf fortzusetzen und dem Widerstand den Rahmen zu geben, besteht auf der anderen Seite die Bindung an die legale Regierung in Vichy, an deren Befehl man durch die militärische Gehorsamspflicht gebunden ist. Die Armee befindet sich so in einem Loyalitätskonflikt, aus dem nur der Bruch mit der formellen Disziplin führen könnte. Dennoch überschreitet eine Anzahl von Militärs diese Schranken, vor allem diejenigen, die sich den Widerstandsnetzen anschliessen, aber auch diejenigen, welche sich zum Beitritt in die Geheime Armee rüsten, und schliesslich diejenigen, die später die «Widerstandsorganisation der Armee» bilden.

Hauptmann Henri Frenay sammelt so die ersten Getreuen um sich. Er gibt in Lyon ein Informations-Bulletin heraus, das zunächst unter dem Namen «Mouvement de Libération Nationale» (Bewegung für die nationale Befreiung), später als «Vérités» (Wahrheiten), schliesslich unter dem berühmt gewordenen Namen «Combat» (Kampf) erscheint.

Den Namen «Combat» nimmt auch die Gruppe selbst an, die sich zunächst im Südosten Frankreichs, dann in der Gegend von Lyon entwickelt, vorerst noch unabhängig von de Gaulle, dem man sich erst nach dem deutschen Einmarsch in die unbesetzte Zone im Winter 1942 anschliesst. «Combat» verfügt bereits über eine Propaganda-, eine Nachrichtenabteilung und einen Stosstrupp, womit Frenay die drei Grundformen schafft, in denen sich die Tätigkeit der Résistance organisieren wird. Die «troupes de choc» umfassen 6er- und 30er-Gruppen; für die unmittelbare «Aktion» werden «Groupes francs» aufgestellt; im Laufe des Jahres 1942 werden Abteilungen zur Eisenbahnsabotage, der «Sabotage fer» gebildet; zur gleichen Zeit etwa wird in Lyon der «Service NAP» (Noyautage des Administrations Publiques) eingerichtet, durch den die Verwaltung

mit Widerstandsangehörigen durchsetzt wird. Ein sozialer Dienst, ein Dienst für die Unterbringung Verfolgter und eine Fälschungsabteilung vervollständigen die Gruppe Combat. Sie erreicht gegen Ende 1942 eine Stärke von rund 150 Mann, arbeitet im Untergrund und zwar bis zum Eintreffen erster Zuschüsse aus London unter äusserst schwierigen finanziellen Bedingungen. Emmanuel d'Astier de La Vigerie, ein Journalist, der eine wichtige Rolle in der Résistance spielt, Exmarineoffizier, hat bereits die Gruppe «Dernière Colonne» gebildet, die auf Plakaten zum Widerstand aufruft, als er auf den Gewerkschaftsführer Jouhaux trifft.

Aus Angehörigen der Kommunistischen Partei, aus Sozialisten und Gewerkschaftlern der CGT und der CFTC wird die Gruppe «Libération-Sud», die Gruppe «Befreiung», gebildet. Ihre Führer werfen «Combat» vor, man organisiere dort den Widerstand zu sehr von oben, nach militärischem Vorbild, unter starker Hierarchisierung und Abgrenzung der einzelnen Teile, wohingegen sie selbst eher an die Vorbereitung einer Volkerhebung revolutionärer Art denken.

Als dritte der grossen Gruppen in der unbesetzten Südzone entsteht im November 1940 die Gruppe «Franc-Tireur». Auch sie hat ihren Ausgangspunkt in Lyon, der eigentlichen Hauptstadt der Résistance im Süden, und bereitet sich von hier aus über zahlreiche andere Städte aus. Bei ihrer Fusion mit «Combat» und «Libération» zählt sie rund 30'000 Mitglieder.

Neben diesen drei bedeutendsten Widerstandsorganisationen der Südzone wäre noch eine ganze Reihe weiterer Gruppen zu nennen, die sich aus Angehörigen der verschiedensten Kreise zusammensetzen und auch verschiedene Zielsetzungen verfolgen: Von Toulouse aus arbeitet «Libérer et Fédérer» (Befreien und Einigen), von hier aus gibt es Verbindungen zu Jean Cassou, Vincent Auriol, Jules Moch und anderen; von Lyon aus arbeitet «France d'abord» (Zuerst Frankreich), hier haben sich Intellektuelle und Militärs zusammengefunden; die Gruppe «Témoignage Chrétien» (Christliches Zeugnis) in Lyon, deren Leiter Pater Chaillet ist, unterhält Kontakte mit der Schweiz und hat sich die Rettung jüdischer Kinder zur Aufgabe gemacht; in Marseille gründen Sozialisten, unter ihnen Gaston Defferre, bewaffnete Gruppen, die unter dem Namen «Froment», später «Veny» bzw. «France au Combat» bekannt werden.

Schwieriger als in der unbesetzten Südzone haben es die Widerstandsgruppen in der besetzten Nordzone, da sie sich hier direkt im Bereich deutscher Beobachtung und Gegenmassnahmen organisieren und entfalten müssen. Wegen dieser gefährlichen deutschen Gegenmassnahmen sind die einzelnen Gruppen hier kleiner und schliessen sich stärker voneinander ab. Im

Allgemeinen glaubt man hier weniger an das «double jeu» (viele Franzosen glauben, dass Pétain ein «doppeltes Spiel» betreibe und sich eines Tages an die Spitze des sich erhebenden Frankreichs stellen und gegen Hitler wenden wird) und an die Propaganda des «Abwartens» wie im unbesetzten Süden. Hier hat man den Feind direkter vor Augen und das Geschehen in Vichy spielt eine weniger bedeutungsvolle Rolle. Da man den Feind, seine Massnahmen, Bewegungen, Pläne und Vorhaben, direkt beobachten kann, kommt es in der Nordzone zunächst zu einer grossen Anzahl von Spionage- und Nachrichtendiensten.

Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Schriftsteller und Dominikaner gründen in Paris die Gruppe «Musée de l'Homme» und das «Comité National de Salut public» (Nationalkomitee für das öffentliche Wohl). Von ihm wird die erste illegale Zeitung herausgebracht mit dem Titel «Résistance».

Ebenfalls in Paris wird von Studenten die Gruppe «Défense de la France» (Verteidigung Frankreichs) gebildet.

Um den Bürgermeister von Roubaix scharft sich eine Gruppe von Sozialisten, die mit einer belgischen Fluchthelferorganisation zusammenarbeitet und eine eigene Widerstandszeitung herausgibt.

Aus einer kleinen Gruppe von Fliegeroffizieren entsteht der Nachrichtendienst «Ceux de la Libération» (Diejenigen von der Befreiung), zu dem noch die Abteilungen für Fälschung und Fluchthilfe hinzukommen. Andere Widerstandsgruppen, um nur einige zu nennen, sind:

Die «Armée des Volontaires» (Freiwilligenarmee), die «Bataillons de la Mort» (Bataillone des Todes), «Le Coq enchaîné» (Der gefesselte Hahn), die von Sozialisten gegründeten Gruppen «Mouvement National Révolutionnaire» (Nationale Revolutionsbewegung) und «Libertes» (Freiheiten), die Gruppe «Jeune République» (Junge Republik), die die Zeitung «Valmy» herausgibt, «Socialisme et Liberté» (Sozialismus und Freiheit), in der sich vornehmlich Akademiker zusammengefunden haben und der auch Jean Paul Sartre angehört.

Will de Gaulle nun seine Zielsetzung erreichen – ihm geht es nicht nur um die Vertreibung der Deutschen aus Frankreich, sondern gleichzeitig um die Gestaltung der Zukunft seines Vaterlandes als Nation und Staat –, so muss er diese beträchtliche Zersplitterung der französischen Inlandsrésistance überwinden und danach trachten, sie geschlossen hinter sich zu vereinigen. Denn erst als allgemein anerkannter Führer sowohl der Inlands- als auch der Auslandsrésistance hätte er die notwendige Stärke, sich im eigenen Land und bei den Alliierten durchzusetzen.

Anlässlich der Umbenennung der «France Libre» in «France Combattante» gibt de Gaulle am 29. Juli 1942 zwar bekannt: «Indem das CNF die Bezeichnung ‚Freies Frankreich‘ durch die des ‚Kämpfenden Frankreich‘ ersetzt, hat es im Hinblick darauf, dass alle im Inneren des Landes am Widerstand teilnehmenden Gruppen sich ihm angeschlossen haben, deutlich machen wollen, dass das ‚Kämpfende Frankreich‘ sowohl das durch die freifranzösischen Streitkräfte, die überseeischen Besitzungen und die im Auslande lebenden Franzosen gebildete ‚Freie Frankreich‘ wie auch das ‚Gefangene Frankreich‘ umfasst . . .» De Gaulle aber weiss, dass trotz dieser Proklamation zwischen der Inlands- und der Auslandsrésistance in politischer Hinsicht noch erhebliche Unterschiede bestehen. Ganz allgemein lässt sich die Feststellung treffen, dass die Auslandsrésistance von Leuten geführt wird, die der Rechten nahestehen, während sich die Inlandsrésistance eindeutig nach links orientiert.

Eine besondere Rolle spielt hierbei die «Front National» (Nationale Front), die bedeutendste Einzelorganisation der Résistance, die von der Kommunistischen Partei Frankreichs, der PCF (Parti Communiste Français), geführt und beherrscht wird. Bei Ausbruch des Krieges ist diese PCF die einzige kommunistische Partei ausserhalb der Sowjetunion, die einen wirklichen Masseneinfluss besitzt. Sie ist die stärkste politische Partei Frankreichs und die potentielle Führerin der französischen Arbeiterschaft.

Durch den Freundschaftspakt zwischen Hitler und Stalin kommt es allerdings zu erheblichen inneren Schwierigkeiten, die von einer Massenaustrittsbewegung begleitet werden. Allein von den 72 Kammerabgeordneten verlassen 21 die Partei. Nachdem die Kommunisten noch in einer patriotischen Anwendung den Kriegskrediten zugestimmt haben, erhalten sie nun von Moskau aus die Weisung, eine totale Kehrtwendung ihrer bisherigen Politik zu vollziehen. Nicht die Deutschen seien für den Krieg verantwortlich, sondern die anglo-französischen Imperialisten, «weil sie Polen veranlasst haben, eine friedliche Neuregelung des Danziger Status abzulehnen». Die französischen Abgeordneten seien schuld, weil sie, anstatt Hitlers Friedensvorschläge zu prüfen, zugelassen hätten, «dass eine Kriegspolitik gepriesen und fortgesetzt wird, die den Interessen des französischen Volkes widerspricht, das entschlossen ist, bald ein Ende zu machen». Speziell für die Frontsoldaten erscheinen Zeitungen der inzwischen verbotenen PCF, in denen diese aufgefordert werden, «so schnell wie möglich Schluss zu machen», «das Gemetzel zu beenden» und mit den deutschen Soldaten zu «fraternisieren». Dementsprechend lobt auch das Moskauer Parteiorgan «Prawda» die Hal-

tung der französischen Kommunisten. Die PCF und ihre Zeitung «Humanité» seien nur deshalb verboten worden, «weil sie dem Volk die Wahrheit über . . . die verbrecherische Politik der Kriegshetzer gesagt» hätten. Für die französischen Kommunisten sei daher auch de Gaulle abzulehnen, da er und «andere Agenten der Londoner Hochfinanz» den Versuch unternähmen, «die Franzosen ihr Blut für die City vergiessen zu lassen und die Kolonialvölker in den Krieg zu führen . . .

Diese prodeutsche Haltung, die ja im Grund nicht prodeutsch ist, sondern prorussisch, ändert sich schlagartig mit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Wie in den anderen Ländern auch, geht jetzt die KP sofort zum Angriff über. Jetzt gibt es kein Warten mehr, sondern nur noch die Losung von der «Nationalen Front» und den unbarmherzigen Kampf. «Die Kommunisten versuchen, alle innerpolitischen Grundsätze beiseitezuschieben und die verschiedenen Richtungen unter dem Motto «Kampf dem Unterdrücker Frankreichs» in eine Linie zu bringen», heisst es in einem deutschen Lagebericht vom August-September 1941. Und diese Taktik hat Erfolg. Der PCF gelingt es, auch den Kommunisten ferner stehende Kreise bis hinein in den Klerus für sich zu gewinnen. Dennoch vermeiden es die Kommunisten, sich mit anderen Widerstandsorganisationen zu verbinden, da sie ihre eigene Unabhängigkeit unter keinen Umständen verlieren möchten. Auch Kontaktversuche de Gaulles bleiben zunächst erfolglos, obwohl man jetzt «die Grüsse aller Franzosen den Soldaten de Gaulles, die gegen Hitler kämpfen», zukommen lässt.

Da es der kommunistischen Widerstandstaktik entspricht, zur sofortigen Aktion überzugehen, vermehren sich Industriesabotage, Kabelsabotage und Eisenbahnsabotage und auch die ersten Überfälle auf deutsche Soldaten, und die ersten deutschen Repressalien finden statt. Gegen das Iota deutscher Soldaten durch die Inlandsresistenz aber wendet sich de Gaulle in einer Rundfunkrede vom 23. Oktober 1941 mit folgenden Überlegungen: «Es ist durchaus normal und vollkommen gerechtfertigt, dass Deutsche von den Franzosen umgebracht werden. Wenn sich die Deutschen bei uns nicht den Tod holen wollten, so brauchten sie nur daheim zu bleiben . . . Von dem Augenblick an, wo es ihnen nicht gelungen ist, die ganze Welt zu unterwerfen, können sie bestimmt darauf rechnen, dass jeder von ihnen getötet oder gefangengenommen wird . . . Aber im Krieg gibt es eine Taktik. Der Krieg muss von denen geführt werden, die damit beauftragt sind . . . In der augenblicklichen Situation erteile ich für das besetzte Gebiet den Befehl, keine Deutschen vorsätzlich umzubringen, und dies allein deshalb: weil es für den Feind zu leicht ist, sich mit einem Blutbad an

unseren gegenwärtig wehrlosen Kämpfern zu rächen. Wenn wir einmal in der Lage sein werden, zum Angriff überzugehen, so werden die erforderlichen Befehle ausgegeben.» Aber gerade in dieser Reaktion und der damit verbundenen Gegenreaktion der Bevölkerung sehen die Kommunisten ein brauchbares Mittel, ihre eigenen Reihen zu verstärken. Als der Widerstandskämpfer Oberst Römy, ein Agent de Gaulles, der den Kommunisten keineswegs feindlich gesinnt ist, im Mai 1942 mit einem Kommunisten in Kontakt kommt, entwickelt sich folgendes Gespräch:

«Warum versteifen sich die FTP (die kommunistischen Partisanen) darauf, vereinzelt deutsche Offiziere und Mannschaften zu ermorden?

Um ihre Waffen zu bekommen.

Aber diese Morde führen zu immer schlimmeren Repressalien.

Das wissen wir.

Unter den Erschossenen sind viele Kommunisten, nicht wahr?

Gewiss . . .

Schön, glaubt ihr, es lohnt sich, wenn ihr einen Revolver oder ein Gewehr erbeutet und sie dafür fünf oder zehn unserer Leute erschiessen?

Ja, denn auf die Nachricht von der Erschiessung dieser fünf oder zehn haben wir fünfzig oder hundert neue Beitritte zu den FTP.»

Nachdem die Kommunisten sich einmal zu dieser Taktik entschlossen haben, obwohl sie das öffentlich natürlich nicht direkt zugeben wollen, reisst von nun ab die Kette von Mord und Sabotage, von Terror und Gegenterror nicht mehr ab, vor allem im Pariser Gebiet und in anderen Industriebezirken. Man geht sogar dazu über, spezielle Terrorgruppen auszubilden, die beweglich sind und überall eingesetzt werden können. Ein besonders bekanntgewordenes Beispiel für diese Terrorakte ist das Attentat auf den Feldkommandanten von Nantes vom 20. Oktober 1941, dessen Tod die Erschiessung von 50 Geiseln zur Folge hat.

Mit dieser Taktik der Aktivität um jeden Preis gelingt es den Kommunisten, die die alliierte und freifranzösische Haltung des Abwartens als «Attentismus» ablehnen, tatsächlich, ihrer eigenen «Nationalen Front» starken Zustrom, gerade auch der aktivsten Widerstandskämpfer, zu sichern. Gleichzeitig bauen die Kommunisten die Organisation der «Franc-Tireurs-Partisans (Français)» (FTP bzw. FTPF) auf, die einen ausgesprochen militärischen Zuschnitt hat und eine doppelte Zielsetzung verfolgt:

«a) Überall zuschlagen, wo dies den Feind empfindlich trifft, ihm möglichst grosse Menschen- und Materialverluste zufügen;

b) kämpfend eine zahlenmässig starke militärische Or-

Terror und Gegenterror

Fall	Auslösende Tat	Gegenmaßnahme
1)	3. 9. 41 Paris, Unteroffizier angeschossen.	3 Geiseln erschossen.
2)	6. 9. 41 Paris, Feldwebel, 10. 9. 41 Matrose angeschossen, 12. 9. 41 Zahlmeister hinterrückes angegriffen.	10 Geiseln erschossen.
3)	15. 9. 41 Paris, Hauptmann erschossen.	12 Geiseln erschossen.
4)	19. 9. 41 Dijon, Schienen gelöst, WM-Zug entgleist, 11 Verwundete. Zweiter Anschlag rechtzeitig entdeckt.	2 Geiseln erschossen.
5)	20. 10. 41 Nantes, Feldkommandant auf Straße erschossen.	48 Geiseln erschossen, 50 veröffentlicht, weitere 50 angedroht.
6)	21. 10. 41 Bordeaux, MVRat auf Straße erschossen.	50 Geiseln erschossen, weitere 50 angedroht.
7)	28. 11. 41 Paris, zwei Sprengkörper in Gaststätte geworfen, 3 Soldaten tot, 2 verletzt; 2. 12. Arzt, 5. 12. Major, 6. 12. Leutnant angeschossen, 7. 12. Sprengkörper zerstört WM-Gaststätte.	95 Geiseln erschossen, 100 veröffentlicht, Judenmilliarde, Deportation von 1000 Juden und 500 Jungkommunisten.
8)	28. 12. 41 Dijon, Leutnant angeschossen.	9 Geiseln erschossen, 1 veröffentlicht.
9)	21. 1. 42 Elbeuf (b. Rouen), Gefreiter erschossen.	9 Geiseln erschossen, 1 veröffentlicht.
10)	7., 9., 16. und 18. 1. 42 Paris, fünf Sprengstoffanschläge gegen deutsche Dienststellen; 18. und 20. 1. 42 zwei Soldaten angeschossen.	6 Geiseln erschossen.
11)	4. 1. 42 Rouen, Soldat erschossen.	20 Geiseln erschossen, 25 veröffentlicht.
12)	5. 2. 42 Tours, Soldat erschossen.	10 Geiseln erschossen, 15 veröffentlicht.
13)	23. 2. 42 Le Havre, Sprengkörper in Marschkolonne geworfen, 2 Matrosen verwundet.	20 Geiseln erschossen, 30 veröffentlicht.
14)	1. 3. 42 Paris, Soldat erschossen.	12 Geiseln erschossen, 20 veröffentlicht.
15)	10. 3., 27. 3., 29. 3. 42 Dijon und Umgebung Sprengkörper in Soldatenheim geworfen, Soldat auf Straße, Zöllner bei Festnahme erschossen.	14 Geiseln erschossen, 25 veröffentlicht.
16)	2. 4. 42 Courneuve, Handgranate in Unterkunft geworfen, 1 Verwundeter.	5 + 5 Geiseln erschossen, 5 + 15 veröffentlicht.
17)	2. 4. 42 Le Havre, Soldat angeschossen.	5 + 10 Geiseln erschossen, 5 + 15 veröffentlicht.
18)	8. 4. 42 Paris, Unteroffizier schwer verwundet.	5 Geiseln erschossen.
19)	16. 4. 42 Caen, 18 m Schiene entfernt, Fronturlauberzug der U-Bootwaffe entgleist, 28 KM-Angehörige tot, 19 verletzt.	24 Geiseln erschossen, 36 veröffentlicht, Begleitgeiseln.
20)	20. 4. 42 Paris, Obergefreiter erschossen.	10 Geiseln erschossen.
21)	19. 4. 42 Le Havre, Deutscher angeschossen.	4 Geiseln erschossen, 5 veröffentlicht.
22)	24. 4. 42 Rouen, Feldwebel schwer verwundet.	1 Geisel erschossen, 5 veröffentlicht.
23)	1. 5. 42 Caen, nahe Tatort (19) erneut Schienen gelöst, gleicher Zug entgleist, 10 Soldaten tot, 22 verletzt.	28 Geiseln erschossen, 30 veröffentlicht.
24)	30. 4. 42 Romorantin, Flugblattverteiler erschießen und verwunden je einen Feldgendarm.	10 Geiseln erschossen.
25)	2. 5. 42 Elbeuf b. Rouen, 2 Matrosen erschossen.	20 Geiseln erschossen.
26)	2. 5. 42 Paris, Unteroffizier verwundet.	5 Geiseln erschossen.
27)	10. 5. 42 Paris, Feldpostsekretär angeschossen, Sprengstoffanschlag gegen Soldatenheim.	5 Geiseln erschossen.
28)	19. 5. 42 Paris, Mil.-Verwaltungsrat erschossen.	10 Geiseln erschossen.
29)	23. 5. 42 Le Havre, Sprengstoffanschlag gegen Gaststätte, 3 Matrosen verletzt.	4 Geiseln erschossen, 5 veröffentlicht.

(Aus: Hans Luther, Der französische Widerstand)

ganisation schaffen, welche die Führer für die Masse der Partisanen stellen kann, deren Massenerhebung unweigerlich kommen muss.»

Besteht das politische Ziel der Kommunisten also darin, auf dem Weg über die Eroberung der Inlandsrésistance Frankreich aus der Einflussphäre der Anglo-Amerikaner derjenigen der Sowjetrussen zuzuführen, so hat de Gaulle diese Gefahr erkannt und seine Schlüsse daraus gezogen: «Aber da ist die Kommunistische Partei. Seit Hitlers Einfall in Russland gebärdet sie sich als Champion des Krieges. Beteiligt an der Résistance, in der sie keine Verluste scheut, sich zugleich auf das Unglück des Landes und das Elend des Volkes berufend, um die nationale Erhebung mit der sozialen Revolution zu verschmelzen, ist sie bestrebt, sich mit der Gloriette der Retterin des Volkes zu umgeben. Auf eine Organisation sich stützend, die keine Skrupel kennt und sich an abweichenden Meinungen nicht stösst, die es hervorragend versteht, bei den anderen Zellen zu bilden und in allen Sprachen zu reden, möchte sie als das Element erscheinen, das imstande ist, an dem Tage, an dem die Anarchie über das Land hereinbrechen würde, eine Art Ordnung sicherzustellen. Würde sie nicht darüber hinaus dem verschmähten Frankreich die aktive Hilfe Russlands, der grössten europäischen Macht, bieten? So rechnet die Kommunistische Partei damit, dass ihr der Zusammenbruch des Vichy-Regimes die Gelegenheit gibt, bei uns ihre Diktatur zu errichten. Aber die Rechnung geht nicht auf, wenn der Staat draussen neu aufgebaut wird, wenn eine nationale Regierung den ersten Platz im Herzen der Franzosen einnimmt, wenn ihr Führer im Glanze des Sieges plötzlich in Paris erscheint.

Das ist meine Aufgabe! Frankreich mitten im Krieg neu zu ordnen, ihm die Zerrüttung zu ersparen, ihm seine Geschicke selbst wieder in die Hand zu geben. Gestern genügte das Handeln einer Handvoll Franzosen auf dem Schlachtfeld, um sich den Ereignissen entgegenzustellen. Morgen wird alles davon abhängen, ob das Land eine Zentralgewalt gutheisst und ihr folgt. Für mich wird es in dieser entscheidenden Phase nicht darum gehen, ein paar Truppen in den Kampf zu werfen, hier und da Gebietsfetzen wieder zu sammeln und der Nation das Lied ihrer Grösse zu singen. Was ich um mich versammeln muss, wird das Volk sein, das ganze Volk. Gegen den Feind, trotz der Alliierten, trotz schrecklicher Spaltungen, werde ich um mich her die Einheit des zerrissenen Frankreichs herstellen müssen.»

Unter diesen Voraussetzungen, die wenig ermutigend wirken, beginnt das grosse Einigungsbemühen der französischen Résistance. In London zögert man zunächst mit der Bewaffnung von Gruppen «revolutionärer»

Art, sieht voller Besorgnis den Einfluss, den die Kommunisten gewonnen haben, und hätte am liebsten, dass die ganze Inlandsrésistance nur von Soldaten getragen würde, die, militärisch organisiert, in Befolgung ihrer Befehle militärische Aktion und Nachrichtenbeschaffung vornehmen würden, ohne sich in Politik und Propaganda zu betätigen. Die Chefs der Inlandsrésistance, die untereinander ebenfalls keineswegs einig sind, legen dagegen keinen Wert darauf, von Leuten kommandiert zu werden, die im Ausland leben und die Situation im Mutterland nur ungenügend kennen. Dass eine Einigung dennoch gelingt, ist vor allem Jean Moulin zu danken, dem früheren Präfekten von Chartres, der sich, von Vichy aus seinem Amt entlassen, im September 1941 de Gaulle in London angeschlossen hat und in der Nacht zum 1. Januar 1942 mit dem Fallschirm über Südfrankreich abspringt, mit dem Auftrag, die Anstrengungen der Widerstandsgruppen militärisch wie politisch zu koordinieren. Er begegnet vielfältigen Schwierigkeiten, setzt sich aber nicht zuletzt wegen des gewichtigen Arguments, das er in Händen hält, am Ende dennoch durch: Ihm obliegt die Verteilung von Geld an die einzelnen Gruppen. Um es in die richtigen Kanäle zu leiten, werden diesen Agenten beigeordnet, die den exakten Bedarf feststellen und den Kontakt mit London aufrechterhalten. Durch sie werden die Verbindungen von London zur Inlandsrésistance immer enger.

Im Süden fusionieren auf Moulins Bestreben die drei grossen Organisationen im März 1943 zu den MUR (Mouvements Unis de Résistance), den Vereinigten Widerstandsbewegungen. Ihre paramilitärischen Verbände werden zur Armée Secrète (Geheimarmee) zusammengeschlossen. Chef des Führungskomitees ist bis zu seiner Verhaftung im Juni 1943 Moulin selbst, für die politischen Angelegenheiten ist d'Astier, für den militärischen Bereich Frenay verantwortlich, der damit die Armée Secrète, die Groupes francs, die Maquis und den Sektor Fallschirmabsprünge unter sich hat. J.-P. Lévy leitet die Abteilung Propaganda und Beziehungen mit den angeschlossenen «Forces Unies de la Jeunesse» (Vereinigte Truppen der Jugend) und dem «Mouvement National des Prisonniers de guerre et Déports» (Nationale Bewegung der Kriegsgefangenen und Deportierten), Leiter des Generalsekretariats ist Jacques Baumel, der mit allen inneren Kontakten der Résistance betraut ist.

Die einzelnen Abteilungen werden gegründet: Armée Secrète, Groupes francs, NAP, Maquis, Sozialabteilung, Abteilung für Verbindung zu den Regionen, Schatzmeisterei, Nachrichtendienst.

Auch im Norden kommen auf die Initiative einer Mission Passys, Brossolettes und des Engländers Yeo

Thomas («Shelley») die Vertreter der zivilen und parallel dazu der militärischen Gruppen zusammen. (Nur die Front National beteiligt sich an diesem Koordinationskomitee ebensowenig, wie sie im Süden den MUR beigetreten ist.) Eine Verschmelzung kommt hier allerdings nicht zustande, dafür organisieren sich die Gruppen der Nordzone so, dass auch sie die Dreiteilung ihres Aufgabengebiets – militärischer Sektor, ziviler Sektor und Nachrichtendienst – übernehmen.

Gemeinsame Sachverständigenkomitees aus dem Norden und dem Süden studieren die Fragen, die sich für die Zeit nach der Befreiung in technischer wie politischer Hinsicht ergeben werden.

Trotz dieser Koordinationserfolge aber ist es damit noch nicht gelungen, nach aussen hin, in den Augen der Alliierten, die Unterstützung de Gaulles durch die gesamte Résistance zu manifestieren. Der Sozialistenführer Léon Blum, von der Vichy-Regierung inhaftiert, lanciert von seinem Gefängnis aus die Idee, einen «Conseil National de la Résistance» (CNR), einen

Nationalen Widerstandsrat, ins Leben zu rufen. De Gaulle greift diesen Gedanken auf und Moulin erreicht es, dass die Chefs der Inlandsrésistance trotz gewisser Schwierigkeiten – die Rolle der politischen Parteien ist heftig umstritten – der Gründung des CNR zustimmen, dessen erste (und bis zur Befreiung aus Sicherheitsgründen auch einzige) Vollversammlung am 27. Mai 1943 in Paris stattfindet. Neben acht Vertretern der grössten Gruppen nehmen daran auch zwei Gewerkschaftsvertreter und sechs Vertreter der politischen Parteien teil. Man einigt sich darauf, die Amtshandlungen der Vichy-Regierung für nichtig zu deklarieren und de Gaulle die Treuhänderschaft der nationalen Interessen anzuvertrauen. Nachdem Moulin am 2. Juni 1943 verhaftet worden ist, wird Georges Bidault Präsident des Ständigen Büros. Das Programm des CNR wird aufgestellt, und in den einzelnen Departements werden Befreiungskomitees für den Tag der Befreiung gebildet. Wichtigste Kommission wird das Comac (Comité d'Action Militaire), das ab

BEKANNTMACHUNG

Nach eingehender Beobachtung des Verhaltens der französischen Bevölkerung im besetzten Gebiet habe ich festgestellt, dass der Grossteil der Bevölkerung in Ruhe seiner Arbeit nachgeht. Man lehnt die von englischer und sowjetischer Seite gegen die deutsche Besatzungstruppe angezettelten Attentate, Sabotageakte usw. ab, weil man genau weiss, dass sich die Folgen dieser Handlungen ausschliesslich auf das friedliche Leben der französischen Zivilbevölkerung auswirken.

Ich bin gewillt, der französischen Bevölkerung mitten im Kriege weiter unbedingt Ruhe und Sicherheit bei ihrer Arbeit zu gewährleisten. Da ich aber festgestellt habe, dass den Attentätern, Saboteuren und Unruhestiftern gerade von ihren angestammten Familienangehörigen vor oder nach der Tat Hilfe geleistet wurde, habe ich mich entschlossen, nicht nur die Attentäter, Saboteure und Unruhestifter selbst bei Festnahme, sondern auch die Familien der namentlich bekanntesten oder flüchtigen Täter, falls diese sich nicht innerhalb von 10 Tagen nach der Tat bei einer deutschen oder französischen Polizeidienststelle melden, mit den schwersten Strafen zu treffen.

Ich verkünde folgende Strafen:

- 1.) Erschliessung aller männlichen Familienangehörigen auf- und absteigender Linie sowie der Schwäger und Vettern vom 18. Lebensjahr an aufwärts.
- 2.) Überführung aller Frauen gleichen Verwandtschaftsgrades in Zwangsarbeit.
- 3.) Überführung aller Kinder der von vorstehenden Massnahmen betroffenen männlichen und weiblichen Personen bis zum 17. Lebensjahr einschliesslich in eine Erziehungsanstalt.

Ich rufe daher Jeden auf, nach seinen Möglichkeiten Attentate, Sabotage und Unruhe zu verhindern und auch den kleinsten Hinweisen, die zur Ergreifung der Schuldigen führen kann, der nächsten deutschen oder französischen Polizeidienststelle zu geben.

Paris, am 10. Juli 1942.

Der Höhere SS- und Polizeiführer
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich.

AVIS

Après avoir observé l'attitude de la population française en zone occupée, j'ai constaté que la majorité de la population continue à travailler dans le calme. On dédaigne les attentats, les actes de sabotage, etc. inspirés par les Anglais et les Soviets et dirigés contre l'armée d'occupation, et l'on sait que c'est uniquement le vie paisible de la population civile française qui en subirait les conséquences.

Je suis résolu à garantir d'une façon absolue, en pleine guerre, à la population française la continuation de son travail dans le calme et la sécurité. Mais j'ai constaté que ce sont surtout les proches parents des auteurs d'attentats, des saboteurs et des fauteurs de troubles qui les ont aidés avant ou après le forfait. Je me suis donc décidé à frapper ces parents les plus sérieux non seulement les auteurs d'attentats, les saboteurs et les fauteurs de troubles eux-mêmes une fois arrêtés, mais aussi, en cas de fuite, aussitôt les noms des fuyards connus, les familles de ces criminels, s'ils ne se présentent pas dans les dix jours après le forfait à un service de police allemand ou français.

Par conséquent, j'annonce les peines suivantes:

- 1.) Tous les proches parents masculins en ligne ascendante et descendante, les beaux-frères et cousins à partir de 18 ans seront fusillés.
- 2.) Toutes les femmes du même degré de parenté seront condamnées aux travaux forcés.
- 3.) Tous les enfants, jusqu'à 17 ans révolus, des hommes et des femmes frappés par ces mesures seront remis à une maison d'éducation surveillée.

Donc, je fais appel à tous pour empêcher, par leurs moyens les attentats, les sabotages et le trouble et pour donner même le moindre indice utile aux autorités de la police allemande ou française afin d'appréhender les criminels.

Paris, le 10 juillet 1942.

Der Höhere SS- und Polizeiführer
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich.

Die Repressalien gegen die Familienangehörigen von Widerstandskämpfern – die Einführung der Sippenhaft am 10. Juli 1942 – durch den Höheren SS- und Polizeiführer im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich waren für die überwiegende Mehrheit der französischen Bevölkerung unfassbar und grauhaft.

Frühjahr 1944 die Koordinierung und Leitung der Aktion der geheimen Kombattanten übernimmt. Da mit der Gründung des CNR der Einfluss der politischen Parteien wieder stark in den Vordergrund tritt, wird gleichsam zur Bekämpfung dieser Tendenz von den acht grossen Organisationen ein «Comité central de la Résistance» gebildet, das jedoch wegen der Haltung der «Front National» etwas theoretischer Natur bleibt. Dieser «Front National», also letztlich den Kommunisten, gelingt es, eine immer bedeutsamere Rolle in der französischen Inlandsrésistance zu spielen. Insbesondere nach dem Scheitern der Freiwilligenaktion beginnen die Deutschen 1942 mit der zwangsweisen Rekrutierung und Verschickung von Arbeitskräften nach Deutschland. Bald steigen ihre Forderungen nach Menschenmaterial immer mehr: Der Generalbevollmächtigte, Gauleiter Sauckel, fordert so mit einem einzigen Telegramm 200'000 junge Franzosen an. Mit eigenen Kommissionen werden Betriebe durchgekämmt, und man veranstaltet regelrechte Treibjagden auf den Strassen, in Cafés und in Kinos. Eine Massenflucht setzt ein, und die bis dahin noch unbedeutenden Maquis erhalten ungeahnten Zulauf.

Fähig dazu, die Führung dieser kleinen Gruppen zu übernehmen, die insbesondere in Savoyen, im Zentralplateau und in den Pyrenäen entstehen, sind in erster Linie die Kommunisten mit ihren FTP, die sich dieser Aufgabe auch mit viel Geschick annehmen. Dass dadurch ihr Einfluss auf die Inlandsrésistance sich noch verstärkt, ist die natürliche Folge. Freilich stellt sich auch ihnen mehr und mehr das Problem, wie sie ihren steigenden materiellen und finanziellen Bedarf decken können, und hier bietet sich nur London an. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass es dem Emissär de Gaulles, Romy, gelingt, mit ihnen, die sich den Kontaktversuchen Londons bisher stets entzogen haben, Verbindung zu bekommen. Den kommunistischen Gesuchen um Unterstützung stellt er die Forderung entgegen, sie sollten einen Vertreter nach London entsenden. Mit dieser Aufgabe wird im Herbst 1942 Fernand Grenier betraut, der im Januar 1943 in London eintrifft. Für die Kommunisten ist dies jetzt auch deshalb notwendig, um bei der sich abzeichnenden Einigung des Widerstandes in dessen Führung mitzureden und ihren Einfluss ins Spiel bringen zu können. Trotz aller Vorbehalte wegen der kommunistischen Absichten ist es ein Erfolg de Gaulles, der mit der Gründung des CNR auch die Kommunisten nominell unter seine Führung gebracht hat. Gleichwohl bleiben diese in Wirklichkeit autonom und versuchen von Anfang an, möglichst viele eigene Leute in Schlüsselstellungen des Komitees unterzubringen.

In ihrer Zeitschrift «Humanité» vom 15. August 1943

verlangen die Kommunisten, dass das CNR auf «dem gesamten Staatsgebiet die Rechte und die Verantwortlichkeiten eines Treuhänders und provisorischen Organs der nationalen Souveränität» zu übernehmen habe. Mit dieser Forderung versuchen sie, das CNR der im Sommer 1943 entstehenden provisorischen Algerier-Regierung als quasi geheime Gegenregierung gegenüberzustellen, die dann bei der Befreiung die tatsächliche Macht in Frankreich übernehmen könne. Um sich hier wiederum als die Stärkeren zu erweisen, praktizieren sie eine Taktik der komplizierten und raffinierten Infiltration aller anderen Gruppen, um diese zu schwächen, zu zersetzen und ihren Zusammenschluss möglichst zu verhindern. Nach den Schätzungen von Borkenau soll es den Kommunisten damit gelungen sein, ein Fünftel der gesamten Führungsgruppe der französischen Résistance zu stellen.

Neben diesen Schwierigkeiten mit den Kommunisten hat de Gaulle in dem französischen General Giraud noch einen weiteren Gegenspieler im Kampf um die Führung des Widerstandes. Giraud, dem es im April 1942 gelungen ist, aus deutscher Kriegsgefangenschaft zu entfliehen, übernimmt nach der Landung der Alliierten in Nordafrika (8. November 1942) am 26. November 1942 das zivile und militärische Oberkommando über Französisch-Nordafrika, womit die schon länger bestehenden Spannungen zwischen ihm und de Gaulle sich erheblich verschärfen. Erst durch langwierige Verhandlungen können Churchill und Roosevelt auf der Konferenz von Casablanca (14.-26. Februar 1943) zwischen de Gaulle und Giraud vermitteln. Als gemeinsames Führungsorgan wird am 3. Juni 1942 das «Comité Français de la Libération Nationale» (CFLN) geschaffen:

«General Giraud, handelnd auf Grund der Erklärung und der Verordnungen vom 14. März 1943, General de Gaulle, handelnd auf Grund des ihm vom Comité National Français am 27. Mai 1943 erteilten Auftrages, erwägend, dass durch die Besetzung des frz. Staatsgebietes durch den Feind die Ausübung der Souveränität des frz. Volkes, die Grundlage jeder legalen Staatsgewalt, suspendiert ist, ... ordnen an:

Artikel 1: Es wird eine einzige frz. Zentralgewalt gebildet, welche den Namen eines Comité Français de la Libération Nationale annimmt.

Artikel 2: Das CFLN leitet die frz. Beteiligung am Kriege unter allen seinen Formen und an allen Orten.

Artikel 3: Das CFLN übt die frz. Souveränität über alle Gebiete aus, die sich nicht in der Gewalt des Feindes befinden;...

Artikel 4: ... Das CFLN übt seine Aufgaben bis zu dem Tage aus, an dem die fortschreitende Befreiung

des Landes die Bildung ... einer provisorischen Regierung erlaubt, an die es seine Machtbefugnisse abtreten wird. Dies wird spätestens am Tage der Befreiung des Landes der Fall sein ...

Algier, den 3. Juni 1943. gez. Giraud. gez. de Gaulle.» Trotz dieser Übereinkunft sind die Spannungen zwischen de Gaulle und Giraud, die im CFLN gemeinsam den Vorsitz führen, noch immer nicht ausgeräumt. Erst nachdem Giraud, um die Stellung de Gaulles zu schwächen, im September 1943 die Insel Korsika den Kommunisten in die Hände gespielt hat, verlässt er am 9. November das Komitee und beschränkt sich auf die Führung der FFL. Im Februar 1944 wird ihm die Kontrolle über die Nachrichtendienste entzogen, und

im Frühjahr zieht Giraud sich schliesslich ganz zurück. Alleiniger Führer der französischen Résistance ist nun de Gaulle, der alles unternimmt, damit das CFLN von den Alliierten als französische Regierung anerkannt wird, was ihm jedoch erst am 23. Oktober 1944 gelingt. Trotzdem bezeichnet man sich in London schon am 3. Juni 1944 als «vorläufige Regierung», nicht zuletzt deswegen, weil die Macht dieser «Regierung» zusehends angewachsen ist und weiterhin stark zunimmt. Durch die Besetzung der Südzone, die im November 1942 beginnt, werden ihr viele aktive Kräfte zugeführt, die sich bisher passiv verhalten haben. So kommen als bedeutsame Verstärkung grosse Teile der Waffenstillstandsarmee hinzu, von denen die «Organi-

*Das Vaterland ist in Gefahr!
Bürger von Paris eilt zu den Waffen!
Füllt die Reihen der Francs-Tireurs
Partisans. Voran und Tod den «Boches»,
heisst es auf dem ersten illustrierten
Plakat der Pariser Widerstandsbewegung.
Über die Auswirkungen der
deutschen Repressalien auf den fran-
zösischen Widerstand schreibt der Ab-
wehrmann O. Reile: «Der psychologi-
sche Erfolg, den die Terroristen in
Frankreich erzielten erreichte
kriegswichtiges Ausmass und historische
Bedeutung, allerdings nur dank der
unseligen und grausamen Härte, mit
der deutscherseits auf Grund der An-
schläge gegen Franzosen vorgegangen
wurde, die mit den Attentätern nicht
das geringste zu tun hatten . . .*

*Das Vergiessen des Blutes von Hunder-
ten unschuldiger Menschen säte Hass ge-
gen Deutschland, und zwar nicht nur in
Frankreich – eine Saat, die in den Jahren
1943/44 aufging und reifte –, sondern
rief auch in vielen anderen Ländern Em-
pörung hervor. In der Sowjetunion dage-
gen dürfte dieses Vorgehen eitel Freude
ausgelöst haben. Mit welcher Erleichte-
rung mögen Stalin und die ND-Fachleute
in Moskau die in Frankreich von Kom-
munisten verübten Attentate und ihre
ausserordentliche Auswirkung registriert
haben.»*



sation de Résistance de l'Armée» (ORA), die Widerstandsbewegung der Armee, gebildet wird. Durch diese Besetzung verlagert sich auch der Schwerpunkt des Widerstandes von Lyon nach Paris. In Lyon hat man jetzt die relative Sicherheit eingebüsst, womit die Vorteile dieser Stadt Paris gegenüber verloren gehen. Wegen der Grösse der Stadt sind die Bedingungen für das Leben im Untergrund hier günstiger, und wegen der Anwesenheit der Zentralverwaltungen wird die «Noyautage», die Durchsetzung der Verwaltung mit Widerstandsangehörigen, ebenfalls erleichtert.

Weitere Gründe für das Anwachsen des Widerstandes sind einmal die Terroraktionen der Kommunisten und die zunehmenden Repressalien der Besatzungsmacht und die daraus folgende ganz allgemeine Stimmungsverschlechterung, zum anderen die zunehmenden Erfolge der alliierten Kriegführung. Die Wende in Stalingrad und das Eingreifen der Amerikaner mit ihrem ungeheuren Rüstungspotential lässt die Hoffnung auf eine deutsche Niederlage steigen und den Wunsch, zu dieser Niederlage das Seine aktiv beigetragen zu haben.

Um aktiv zu werden aber braucht man Waffen, Munition und Sabotagematerial, deren Beschaffung, wie für die anderen Länder auch, in London durch die SOE erfolgt, und zwar in diesem Falle durch die «French Section» unter der Leitung des Obersten Buckmaster. Sind die einzelnen SOE-Abteilungen zunächst dazu bestimmt, die Kriegsproduktion des Gegners zu sabotieren, so kommt ihnen doch bald die wichtige Aufgabe zu, in den besetzten Gebieten geheime Truppen zu organisieren und zu bewaffnen, die im Falle der Landung der Alliierten diese zu unterstützen haben. Anfangs sind die Mittel der SOE allerdings noch sehr beschränkt, und Ende 1940 stehen für ganz Europa lediglich drei zweimotorige Flugzeuge zur Verfügung. Am 5. Mai 1941 gelingt es, den ersten Funker bei Châteauroux mit dem Fallschirm abzusetzen und eine Funkverbindung zwischen London und Frankreich herzustellen. Weitere Einsätze werden erfolgreich durchgeführt, aber erst ab 1942 erfolgen sie im grösseren Massstab. Nun fliegen vor allem in Vollmondnächten zahlreiche Flugzeuge der jetzt besser ausgerüsteten SOE nach Frankreich ein, um an vorher bestimmten Plätzen und in ausgeklügeltem Zusammenwirken mit eigens gebildeten Bodenorganisationen («équipes de réception») Behälter mit Waffen und Material mit Fallschirmen abzusetzen oder gar selbst zu landen und Material und Agenten auszuladen bzw. an Bord zu nehmen. Die hierfür verwendeten Spezialflugzeuge werden «Lysander» oder «Lissy» genannt. Allein im August 1943 werden in 99 Operationen 977 Container abgeworfen. Die Quote der in die Hände der Wider-

standskämpfer gelangten Sendungen, die anfangs noch recht hoch ist (1942: 75%), sinkt infolge der erhöhten Wachsamkeit der Deutschen im Jahre 1943 auf 40%, kann jedoch mit verfeinerten Methoden (Sprechfunk) 1944 wieder auf 80% gesteigert werden. In diesem Jahr verfügt die SOE in London über rund 80 und in Algier über rund 10 Flugzeuge, die je bis zu 24 Container transportieren können. Die Zahl der Einsätze steigt ständig, von 137 im Januar auf 613 im April, 1'010 im Mai und 1'263 im Juni 1944. Insgesamt werden in Frankreich von der French Section 393 französische, englische und kanadische Agenten abgesetzt, von denen 110 gefangengenommen werden, von denen wiederum nur 15 überleben können. Bei 8'651 Versuchen haben 5'634 Fallschirmeinsätze Erfolg, und insgesamt werden 868 Menschen und 8'455 t Material abgesetzt.

Eine statistische Gesamtzahl aller ausgeführten Sabotagen lässt sich nicht aufstellen. Nur beispielsweise sei erwähnt, dass in drei Wochen durch solche Akte mehr Lokomotiven gebrauchsunfähig gemacht werden als durch die alliierten Luftangriffe in 4½ Monaten, ganz abgesehen von dem Vorteil, den die Sabotage dadurch mit sich bringt, dass sie nur das Sabotageobjekt zerstört, nicht jedoch unnötige Schäden anrichtet, wie das bei der Bombardierung durch Flugzeuge einfach nicht zu vermeiden ist.

1943 entsenden die Amerikaner eine Abteilung des OSS («Office of Strategie Services») nach London, die auf Grund mangelnder eigener Erfahrung im Januar 1944 mit der SOE fusioniert und das Special Forces Headquarters (SFHQ) bildet, das dank der amerikanischen Wirtschaftsmacht die Einsätze bald beträchtlich intensivieren kann. Im September 1944 werden auf einem amerikanischen Flugplatz 50'000 Container zusammengestellt (was freilich für Frankreich etwas zu spät kommt). Die Amerikaner stellen auch «operational groups» zusammen, die den FFI zu Hilfe kommen. Sie umfassen jeweils 30 mit Bazookas und Maschinenpistolen ausgerüstete Soldaten. Massive Fallschirmabsprünge finden aber erst Ende Juni 1944 nach der alliierten Landung und nach der Zusammenfassung der Spezialabteilungen unter dem FFI-Chef General Koenig statt.

Mit dem vollen Einsetzen des alliierten Luftkrieges gewinnen die französischen Fluchthelferorganisationen, die «réseaux d'évasion», eine besondere Bedeutung. Vor allem nach der alliierten Landung in Nordafrika kommt ihre grosse Zeit, und Schätzungen sprechen von etwa 100'000 Angehörigen dieser Organisationen. Allein 1943 melden sich in Spanien 16'000 illegale Grenzgänger. Insgesamt sollen 28'000 Personen (entflozene Gefangene, Agenten auf der Flucht, Frei-

Katholiken in der Widerstandsbewegung

Nach Tausenden zählten die Katholiken, die in der Widerstandsbewegung an führender Stelle standen. In Nordafrika spielte der Dominikaner-Pater Carrière eine massgebende Rolle in der Aufstellung der ersten Truppenkontingente der Befreiungsarmee. Der Provinzial der Carmeliten der Pariser Ordens-Provinz, Pater Thierry d'Argenlieu, wurde in London wieder aktiver Marineoffizier; und unter dem Titel eines Admirals war er einer der grossen Führer der neuen französischen Flotte. Admiral Thierry d'Argenlieu wurde in London einer der ersten Gefährten des Generals de Gaulle.

15 Jahre war Pater d'Argenlieu Marineoffizier gewesen; in diesem Kriege wurde er es von Neuem; und als Seemann führte er die freie französische Flotte über alle Meere, wo nur noch gekämpft werden konnte. Als Diplomat vertrat er das neue Frankreich in Kanada, und als hoher Verwaltungsbeamter übernahm er die Aufgabe, das wiedergefundene Indochina in den Schoss der französischen Völkergemeinschaft zurückzuführen. Der Nachfolger von Pater d'Argenlieu in der Leitung der Pariser Carmelitenprovinz wurde Pater Philippe de la Trinite. Er war Mitglied der Delegation der nationalen Front in Alger und sass in der «Assemblée Consultative», an deren Debatten er regen Anteil nahm. Pater Carrière vom Dominikanerorden stand an der Spitze des Widerstandskomitees, das die Franzosen in Ägypten gebildet hatten. Er organisierte die Verbindung mit den Truppen des kämpfenden Frankreich, die vom Tschad-See oder von Syrien nordwärts und westwärts drängten. Hospitäler wurden geschaffen, ambulanter Sanitätsdienst eingerichtet, Hilfsaktionen aller Art für die Kämpfenden und Gefangenen organisiert. Auch Pater Carrière war Mitglied der Beratenden Versammlung in Alger, die ihn sogar zu ihrem Vizepräsidenten ernannte. Weder Pater Philippe noch Pater Carrière hatten politischen Ehrgeiz; als die Beratende Versammlung aufgelöst wurde, hielten sie ihre Rolle für beendet und kehrten ins Kloster zurück; beide lehnten es ab, sich in die Verfassungsgebende Nationalversammlung wählen zu lassen. (Paul Vergnet, *Les Catholiques dans la Résistance*, Seite 45 f.)

«An allen Kriegsfrenten, wo die freien französischen Kräfte vertreten waren, in Bir-Hakeim oder in Italien finden wir bedeutende katholische Intellektuelle, Professoren, Mönche; wir finden sie wieder an der Seite der Kämpfenden im Mutterland selber, in den Reihen der F.F.I.» (Louis Parrot, *L'Intelligence en Guerre*, Seite 191.)

Einer derer, die ihnen die geistigen Waffen lieferten, überhaupt der mutigste Kämpfer gegen den Nazismus, war der Erzbischof von Toulouse Msgr. Saliege, der den Satz prägte: «In diesem Augenblicke steht die Zukunft des Christentums, vielleicht auf Jahrhunderte hinaus, auf dem Spiel.»

In allen Städten Frankreichs waren katholische Gruppen und Vereine Ansatzpunkte für Zellen der Widerstandsbewegung geworden. Eines der populärsten war das von dem Abbe Borme geleitete «Patronage Championnet», wo das «Bulletin de la France Combattante» erschien und die

Pressekommission des nationalen Widerstandskomitees ihre Zusammenkünfte abhielt. Auf Maschinen, die mit Fallschirmen heruntergeworfen waren, wurden dort Flugblätter und Broschüren gedruckt.

Männer, die heute Frankreich leiten und deren Namen in aller Munde sind, waren damals mit unter denen, die aus christlichem Ethos heraus zuerst zum Widerstande gegen die ungerechte Gewalt aufriefen und diesem Widerstande die Wege wiesen. Auch General de Gaulle entstammt einer Familie, die sich seit Generationen treu zur kath. Kirche bekannt hat. Georges Bidault und all die, welche dem neuen, verjüngten Frankreich die Wege zu seiner und Europas Zukunft zu weisen suchen, schöpften ihre Inspirationen aus ihrer katholischen Weltanschauung. François de Menthon, der heutige Justiz-Minister, s. Zt. Leiter und Organisator der Widerstandsbewegung im Südosten, engster Mitarbeiter de Gaulles in Alger, entstammt einer bekannten kath. Familie Savoyens, die der kath. Kirche einen Heiligen schenkte. Pierre-Henri Teitgen, heute ebenfalls Minister, wurde von den Deutschen verhaftet und im Lager zu Compiègne gefangengehalten. Er befand sich bei einem jener Transporte, die die Gefangenen in Viehwagen in die deutschen Konzentrationslager brachten. Es gelang ihm, auf abenteuerliche Weise von diesem Todestransport zu entfliehen: mit Hilfe einer halben Gabel, die er irgendwo gefunden und in seinem Schuh versteckt hatte, gelang es ihm, in die Decke des Viehwagens ein Loch zu bohren und durch dasselbe zu entweichen; er hatte Glück; die Verletzungen, die er beim Abspringen auf den Eisenbahnkörper erlitt, waren unerheblich, und opferbereite Patrioten boten ihm alsbald Obdach. Teitgen war als Informationsminister für die in der Klandestinität bereits vorgeschlagene provisorische Regierung vorgesehen; da man ihn aber in den Händen des Feindes wusste, hatte man ihn noch im letzten Augenblick durch Jean Guignebert ersetzt. Die Überraschung war gross, als im allerletzten Augenblick, ganz unerwartet, Pierre-Henri Teitgen selber in persona erschien, um sein Amt anzutreten. So kam «Tristan» – das war Pierre-Henri Teitgens Deckname – ziemlich übergangslos vom Kerker und vom Viehwagen in ein Ministerkabinett. Sein Vater, Henri Teitgen, «Bätonnier» (Vorsteher der Advokatschaft) zu Nancy, war gleichfalls verhaftet; er lernte Buchenwald kennen und schrieb in der «Vie Intellectuelle» (Juillet 1945, p. 10–29) einen erschütternden und ergreifenden Bericht über das, was er erlebte, mit das Beste, was ich bis jetzt überhaupt über die Konzentrationslager, die ich selber aus eigener Anschauung kenne, gelesen habe.

Ungezählt ist die Schar der Katholiken, die als Verteidiger des Glaubens und der Menschenrechte eingekerkert wurden, ja den Kelch der Leiden bis zur bittersten Neige trinken mussten. Es beginnt mit der höchsten kirchlichen Hierarchie. Der Cardinal-Erzbischof von Paris selber war Gefangener der Gestapo; das Erzbischöfliche Palais wurde tagelang durchwühlt; mehrere Lastautos voller Dokumente aus den erzbischöflichen Archiven wurden geraubt. Die Gestapo schien es besonders darauf abgesehen zu haben, Beweise für eine Zusammenarbeit zwischen der katholischen Kirche einerseits, den Juden und Freimaurern andererseits zu fin-

den; jedenfalls wurde Cardinal Suhard im Verhör gerade danach gefragt.

Der Rektor des Institut Catholique von Toulouse, Msgr. Bruno de Solages, wurde verhaftet und deportiert. Erzbischof Saliège von Toulouse, einer der mutigsten Kämpfer für die Unabhängigkeit der Kirche, der offen von der Kanzel gegen die Verfolgung der Juden Stellung genommen hatte, hatte nur dem Umstand, dass er schwer krank war, als die Gestapo ihn verhaften wollte, es zu verdanken, dass nicht auch er die Stätten des Todes in Deutschland kennenlernte. Bischof Piguet von Clermont wurde am Pfingstsonntag 1944 verhaftet und in die Konzentrationslager Natzweiler und Dachau verschleppt. Auch Bischof Theas von Montauban wurde verhaftet, weil er gegen die wüsten Orgien der Nazis, die sich im Pfarrhaus von Aucanville bei Verdun-sur-Garonne eingenistet hatten, protestiert hatte. Er wurde nach Compiègne gebracht, wo er zu erniedrigenden Arbeiten herangezogen wurde und nur im letzten Augenblick der Verschleppung in die Konzentrationslager Deutschlands entging; der vorgesehene Gefangenentransport war infolge der Bombardierung und der an den Eisenbahnstrecken begangenen Sabotageakte nicht mehr möglich, so dass Bischof Theas in Compiègne verblieb und dort von den alliierten Armeen befreit wurde. Der Bischof von Limoges wurde verhaftet, weil er gegen die furchtbaren Geschehnisse von Oradour-sur-Glane Protest erhoben hatte. Er wurde im Gefängnis zu Châteaurox gefangengehalten, bis ihn die Partisanen des Maquis befreiten. Auch der Erzbischof von Albi und der Bischof von Agen waren verhaftet.

All das aufzuzählen, was die katholischen Priester Frankreichs für Recht und Freiheit getan haben, würde ein ganzes Buch erfordern. Das bereits zitierte Buch von Paul Vergnet «Les Catholiques dans la Résistance» (Paris, Les Editions des Saints Peres) liest sich wie ein Hoheslied christlichen Heldentums. Allein die Diözese Paris zählt 13 Märtyrer. Viele Hunderte von Geistlichen wurden nach Deutschland deportiert, und viele von ihnen durften die Heimat nicht wiedersehen. Das Buch von Vergnet enthält auch genaue Tatsachenangaben über die gewaltige Rolle, die die verschiedenen Gruppen des grossen katholischen Jugendverbandes von Frankreich, der A.C.J.F., Association Catholique de la Jeunesse Franchise, in der Widerstandsbewegung spielte. Sowohl unter der Arbeiterjugend (J.O.C.) wie auch unter der studentischen Jugend (J.E.C.) und den anderen Untergliederungen des Jugendverbandes zählen die Kämpfenden und die, die das letzte Opfer brachten, nach Legionen. Auch die während des Krieges als Zwangsarbeiter oder Gefangene nach Deutschland verschleppten Angehörigen der J. O. C. setzten dort ihre Arbeit im Sinne der katholischen Aktion fort. Ergreifend zu lesen ist Vergnets Kapitel über die Tätigkeit der Jocisten in Deutschland (L'action jociste en Allemagne; p. 172 ff); sie dehnten ihre Tätigkeit, sowohl die religiös-soziale, wie auch die caritative auch auf ihre deutschen Arbeitskameraden aus und arbeiteten eng zusammen mit den christlichen Widerstandsgruppen, die sie in Deutschland vorfanden.

(Kus-. Anton Hildtman, Frankreich gestern und heute.)

Der Befreiungskrieg beginnt

Franzosen und Französinen!

Seit dem letzten Sonnabend wird in Moskau, von wo ich die grosse Ehre und die Freude habe zu sprechen, jeden Abend zwei- oder dreimal Salut geschossen. Moskau feiert die glänzenden Siege der ruhmreichen Roten Armee, die ihren unaufhaltsamen Vormarsch nach Westen fortsetzt. Gleich einem Orkan von Eisen und Feuer stürzt sich die Rote Armee auf die starken Verteidigungsanlagen, die die Hitlerfaschisten in monate- und jahrelanger Arbeit geschaffen haben, und fegt alle Hindernisse hinweg. Im Laufe einer Woche hat sie auf der Karelischen Landenge die drei finnischen Verteidigungslinien durchbrochen. In vier Tagen hat sie den breiten und tiefen Swir auf seiner ganzen Länge überschritten. In noch kürzerer Zeit hat sie nordwestlich von Witebsk die westliche Dwina erreicht und überschritten. Weiter südlich hat sie den Übergang über die Pronja und dann über den Dnjepr erzwungen.

Nach Wyborg hat die Rote Armee Witebsk, Shlobin, Orscha und Mogilew befreit. In der Zeit vom 23. bis zum 28. Juni hat sie nahezu 6'000 Städte und Dörfer in Belorussland befreit. In der Gegend von Witebsk hat sie fünf deutsche Divisionen eingeschlossen und vernichtet. Die deutschen Faschisten haben 20'000 Tote verloren, und der Rest der Divisionen hat das Ultimatum des sowjetischen Oberkommandos angenommen, den Widerstand aufzugeben und die Waffen gestreckt. Mehr als 10'000 Deutsche haben sich ergeben. In der Gegend von Bobruisk hat die Rote Armee fünf weitere feindliche Divisionen eingeschlossen, die vor der Vernichtung stehen.

Während die Rote Armee ihre Angriffsfront jeden Tag weiter ausdehnt, krönt auch der Sieg die ersten Operationen der Alliierten auf unserem Boden. Cherbourg ist frei. Das geschickte und kühne Manöver der Amerikaner, Stadt und Hafen Cherbourg zu isolieren, einzuschliessen und im Sturm zu nehmen, ist restlos gelungen.

Unsere Verbündeten verfügen jetzt über eine vortreffliche Basis, die die gleiche Rolle spielen wird, die im ersten Weltkrieg Brest gespielt hat. Grosse Schiffe werden in Cherbourg anlegen, werden unaufhörlich Truppen heranzuführen, und das mitgeführte Kriegsmaterial wird immer schneller entladen. Jetzt sind die Voraussetzungen geschaffen für eine rasche Verstärkung der ersten Landungstruppen und für die baldige Ausdehnung der militärischen Operationen, die zur Befreiung unserer Heimat führen werden.

Cherbourg ist auch ein französischer Sieg

Franzosen und Französinen!

Wenn wir über den Sieg von Cherbourg jubeln, können wir mit stolzer Genugtuung feststellen, dass auch unser Volk sein Teil dazu beigetragen hat.

In seinem zweiten Sonderbericht über die Tätigkeit der französischen Inlandsstreitkräfte hat General Eisenhower erklärt:

«Die Störung und systematische Vernichtung des feindlichen Transportwesens durch die französischen Patrioten hat unmittelbar zu den Erfolgen der alliierten Truppen in der Normandie beigetragen.»

Ferner sagt der Oberkommandierende der alliierten Truppen: «In einigen Gegenden haben die Sabotage und die Störaktionen solche Ausmasse angenommen, dass der Feind beträchtliche Kräfte gegen die Partisanen einsetzen müssen ... Die Deutschen setzen gegen die Partisanen Panzer, Artillerie und Flugzeuge ein.»

Durch den illegalen Sender «Radio-France», die Stimme der Nationalen Kampffront zur Befreiung Frankreichs, haben wir Einzelheiten über diese vielseitige Aktion erfahren, für die General Eisenhower den bewaffneten Patrioten seinen herzlichen Glückwunsch ausgesprochen hat.

Die erfolgreiche Landung der anglo-amerikanischen Truppen, meldet «Radio-France», hat alle Patrioten in der Überzeugung bestärkt, dass die Befreiung vom deutschen Joch nicht mehr fern ist. Überall tun die Patrioten alles, um dem verhassten Feind Schwierigkeiten zu bereiten und die Befreiung Frankreichs zu beschleunigen. Überall stehen die Franktireurs und Partisanen im Kampf mit den deutschen Aggressoren.

Im Departement Ain haben die Franktireurs und Partisanen ihre bisherigen Erfolge ausgebaut und die Hauptstadt Bourg befreit. 400 Franktireurs und Partisanen haben den Bahnhof von Bourg gestürmt, sämtliche Weichen und Signalanlagen zerstört und dann mit Hilfe der gesamten Bevölkerung die Stadt besetzt.

Im Departement Ardeche haben die Partisanen der Cevennen, die Nachkommen der Camisards (Teilnehmer des anti-feudalen plebejischen Bauernaufstandes in der Provinz Languedoc 1702 bis 1704), Dutzende grösserer und kleinerer Ortschaften befreit, darunter Privas, Lamastre und Annonay.

Im Departement Correze sind heftige Kämpfe im Gange. Die bewaffneten Patrioten haben die Stadt Tulle befreit. Die Bauern und die ehemaligen Pariser Taxichauffeurs und die Limousiner Maurer, die nach der Kapitulation von Rethondes in ihre Dörfer zurückgekehrt waren, haben die Hauptstadt des Departements von allen Seiten angegriffen. Die 3'000 Insassen eines Jugendarbeitslagers in der Nähe von Tulle hatten sich, als die Nachricht von der Landung der Alliierten eintraf, den Partisanen angeschlossen und beteiligten sich an der Befreiung der Stadt und an anderen Aktionen gegen die deutschen Aggressoren.

Im Departement Creuse haben die Patrioten die Stadt Gueret befreit, die seitdem heftigen Bombenangriffen der deutschen Faschisten ausgesetzt ist.

Allein in den Departements Ardeche, Creuse, Correze, Haute-Vienne und Lot operieren mehr als 100'000 Franktireurs und Partisanen; und in den Departements Puy-de-Dôme, Cantal, Haute-Loire und Allier sind es mehr als 50'000, so dass allein im mittelfranzösischen Bergland eine Armee von 150'000 Mann operiert. Die Partisanen beherrschen ausgedehnte Landesteile, die von den deutschen Aggressoren und von den Vichy-Verrätern befreit sind.

Der Maquis beunruhigt den Feind und wird ihn verjagen

Wie General Eisenhower hervorgehoben hat, haben die Deutschen gegen die Patrioten im mittelfranzösischen Bergland und im Vercors-Massiv in den Alpen beträchtliche Kräfte einsetzen müssen.

Das bedeutet ebenso viele Feinde, die nicht gegen die in der Normandie gelandeten alliierten Truppen eingesetzt werden können. Gegen die Patrioten im Departement Dordogne haben die Hitlerfaschisten sogar die Reste der in Russland durch die Rote Armee und die sowjetischen Partisanen dezimierten Blauen Division eingesetzt.

Auch im Jura und in den Vogesen machen die französischen Inlandsstreitkräfte den deutschen Besatzungstruppen zu schaffen. Im Elsass operieren Partisanenabteilungen bis an die Mauern Strassburgs. Ein starker Angriff der deutschen Faschisten gegen die Partisanen in den Ardennen ist erfolgreich abgeschlagen worden. Die grimmigen «Keiler» der Ardennen haben die Einkreisungsmanöver der Deutschen vereitelt und den Hitleristen schwere Verluste beigebracht.

In den Departements Nord und Pas-de-Calais haben die Franktireurs und Partisanen den Okkupanten etwa zehn grössere Gefechte geliefert. Ausserdem ist es ihnen gelungen, fünf Waggons mit Sprengstoffen und anderem Material, die für die Startplätze ferngesteuerter Flugzeuge bestimmt waren, in die Luft zu sprengen.

Ferner meldet der Sender «Radio-France», dass die Patrioten in der Gegend von Paris systematisch die Eisenbahngleise zerstören, die Transporte des Feindes ernsthaft behindern und die Ankunft der deutschen Divisionen an der Normandie front verzögern.

Auch die Partisanen in der Bretagne und in der Provence widmen sich mit Eifer der Aufgabe, Zerstörung und Verwirrung herbeizuführen.

Überall also in unseren Städten und Dörfern unterstützen die bewaffneten Patrioten, die immer zahlreicher werden und immer kühner vorgehen, mit allen Mitteln die Landungstruppen der Alliierten. Die bekannte englische Zeitung «Observer» schreibt dazu:

«Der Maquis ersetzt zehn im Rücken des Gegners operierende Fallschirmjägerdivisionen.»

Wir können unseren Freunden und Verbündeten bedenkenlos versichern, dass dies erst der Anfang ist. In dieser Entscheidungsschlacht, um die Hitlerbestie in ihrer Höhle endgültig zu vernichten, wird sich Frankreich seiner Vergangenheit würdig erweisen und seinen alten Traditionen im Kampf für Fortschritt und Freiheit treu bleiben.

Franzosen und Französisinnen! Geeint in dem heiligen Kampf für die Befreiung des Vaterlandes werden wir mit der unschätzbaren Hilfe unserer Freunde und Verbündeten wieder ein starkes, demokratisches und unabhängiges Frankreich schaffen. Und auch wir werden bald im befreiten Paris Salutschüsse donnern lassen, als Echo auf die Salutschüsse in Moskau, um den endgültigen Sieg der freien Völker über den verfluchten Hitlerfaschismus zu feiern.

willige für die FFL und solche, die sich de Gaulle anschliessen wollen) über Spanien nach Afrika gelangt sein, von denen sich 20'000, darunter 400 französische Flieger, den freifranzösischen Streitkräften angeschlossen haben. Die verstärkte deutsche Grenzüberwachung bringt für dieses Unternehmen erhebliche Risiken mit sich, und nur die Hälfte aller Grenzübertritte soll gelungen sein. Die anderen Grenzgänger werden festgenommen, interniert und deportiert, ebenso wie ein grosser Prozentsatz ihrer Helfer.

Grösser als hier und überhaupt am grössten sind die Verluste bei den Widerstandskämpfern, die in Nachrichtendiensten und Spionageorganisationen tätig sind. Insgesamt zählt man hier 8230 Tote und 2578 Vermisste. Diese Zahlen sind deshalb so hoch, weil man dieser Widerstandstätigkeit deutscherseits natürlich mit einer besonders intensiven Abwehr und Verfolgung begegnet.

Die Nachrichtendienste, die mit als erste Widerstandsgruppen unmittelbar nach dem Waffenstillstand und der Besetzung im Sommer 1940 entstehen, liefern für die Alliierten lebenswichtige Informationen aller Art. Ganz allgemein kommt es den Alliierten darauf an, die Situation der deutschen Truppen zu kennen – ihre Verteidigungsanlagen, die Verteilung und Stärke ihrer Einheiten, ihre Vorratslager, ihre Nachrichtenverbindungen und wenn möglich gar ihre Einsatzpläne. Solchen allgemeinen Aufträgen folgen die immer mehr ins Detail gehenden Aufträge, so dass im Laufe der Zeit ein Mosaikbild von verblüffender Genauigkeit entsteht. Auch Informationen über die Stimmung und die Absichten der französischen Behörden, die allgemeine Stimmung innerhalb der Bevölkerung, die Wirtschaftslage, kurz, nahezu alle erdenklichen Einzelheiten und Vorgänge machen den Gegenstand der Erkundungstätigkeit der ND-Netze aus.

Diese, nach Schätzungen insgesamt rund 100 an der Zahl mit 100'000 Mitarbeitern (davon 35'000 Frauen), arbeiten anfangs wegen des Mangels an Funkgeräten und des Fehlens eines organisierten Kontakts mit London noch ziemlich unrationell und mit zeitraubender Improvisation: Man verwendet Brieftauben, und Kuriere müssen versuchen, den Ärmelkanal auf Booten zu überqueren, andere nehmen den Weg über Spanien und Portugal. Die mit Fallschirmen abgesetzten Geräte und Funker («Pianisten» genannt) erleichtern und beschleunigen das Verfahren. Trotzdem bleibt die Arbeit immer noch äusserst riskant, da doch manchmal der deutschen Abwehr nur wenige Minuten genügen, um die Funkstation anzupeilen. Weitere Nachteile entstehen durch die mögliche Dechiffrierung aufgefangener Funksprüche, wodurch die deutschen Abwehrdienste nahezu ihre sämtlichen Informationen über die

Résistance erhalten. Auch strenge Sicherheitsmassnahmen, wie eine weitestgehende Aufgliederung der einzelnen Netze und die Beschränkung der Kontakte auf das Nötigste («cloisonnement») können nicht verhindern, dass die mit raffinierten Mitteln arbeitende Gestapo – sie operiert mit Doppelagenten und setzt sogar «falsche» alliierte Offiziere mit dem Fallschirm ab, um die ND-Netze zu infiltrieren – im Jahre 1943 die meisten Chefs der Nachrichtendienste verhaften kann. Es gelingt jedoch, die Organisationen bis 1944 nahezu wiederaufzubauen, und die von ihnen gelieferten Informationen erweisen sich bei der Vorbereitung der alliierten Landung und den darauffolgenden Kämpfen als sehr wertvoll.

Ebenfalls von grosser Bedeutung ist auch die systematische, in immer stärkerer Masse durchgeführte Sabotage, die teilweise in enger Zusammenarbeit mit der alliierten Luftwaffe stattfindet. Sie konzentriert sich vor allem auf Hochspannungsleitungen, Eisenbahnen, Kanäle und Strassen und bringt die Stromversorgung der für die deutsche Kriegsindustrie arbeitenden Betriebe beinahe zum Erliegen, lähmt den Eisenbahnverkehr bzw. macht ihn teilweise unmöglich, schaltet die Kanäle als Transportwege fast ganz aus und erschwert ganz ausserordentlich den Verkehr auf den grossen Strassen. Das Kriegstagebuch des Oberbefehlshabers West lässt mit folgenden Angaben erkennen, mit welcher Intensität diese Aktionen der Résistance im Zeitraum vom September 1943 bis zum März 1944 durchgeführt werden:

Kabelsabotage:	473
Eisenbahnsabotage:	3615
Andere Sabotage:	2025
Brandstiftungen:	848
Überfälle auf Wehrmachtseinrichtungen und auf Wehrmichtsangehörige:	636

Die Auswirkungen solcher Anschläge sind teilweise beträchtlich: Beispielsweise verunglückt am 6. Oktober 1943 infolge Schienenlösung ein italienischer Transportzug, in dessen Trümmer ein französischer D-Zug hineinfährt. 90 Menschen finden den Tod, 36 werden vermisst, 70 Menschen verletzt. Am 6. November 1943 gerät ein Güterzug mit einigen Munitionswagen der Kriegsmarine infolge Laschenlösung in Brand: 30 Marineangehörige verbrennen, 19 werden verletzt. Ein Bericht der Militärverwaltung aus dem Frühjahr 1944 stellt fest: «Es waren im Heeresgebiet Südfrankreich laufend 200-300 Schadstellen an Eisenbahnanlagen vorhanden, die nicht ausgebessert werden konnten. Das Zusammenspiel zwischen der feindlichen Luftwaffe und den Sabotagetrupps der Widerstands-

bewegung war vorbildlich. Alle diejenigen Objekte, die die feindliche Luftwaffe nicht erreichen konnte, wurden von der Widerstandsbewegung zerstört.»

Als Beispiel für die Industriesabotage sei der Fall der für die Deutschen arbeitenden Luftmotorenwerke «Bronsavia» in Lyon angeführt, über den der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, in einem Telegramm vom 3. Februar 1944 berichtet: «In der Nacht zum 28.1.1944 drangen mit MPI bewaffnete Terroristen in die Fabrik ein und legten unter die einzelnen Maschinen viele hundert Bomben, die von 21 bis 2 Uhr in Abständen explodierten. Der Betrieb fällt auf lange Zeit für die deutsche Fertigung aus.»

Das Kriegstagebuch des Oberbefehlshabers West hält unter dem Datum des 20. März 1944 fest: «Anhaltende planmäßige Sabotage mit schweren Folgen, Energieversorgung in Südfrankreich infolge Leitungssprengung im Wesentlichen nur durch Dampfkraftwerke für wichtigen militärischen Bedarf. Gesamte Industrie vorläufig stillgelegt.»

Die Sabotagegruppen, die jetzt auch mit ganz erheblichen Mengen von Material versorgt werden – die Deutschen zählen nachts bis zu 100 Flugzeuge, die Versorgungsflüge durchführen –, gewinnen so ihre Bedeutung bei der Behinderung und Lahmlegung der deutschen Kriegsmaschinerie in dieser Vorbereitungszeit für die alliierte Landung und später, bei dieser selbst, durch ihre koordinierten Aktionen.

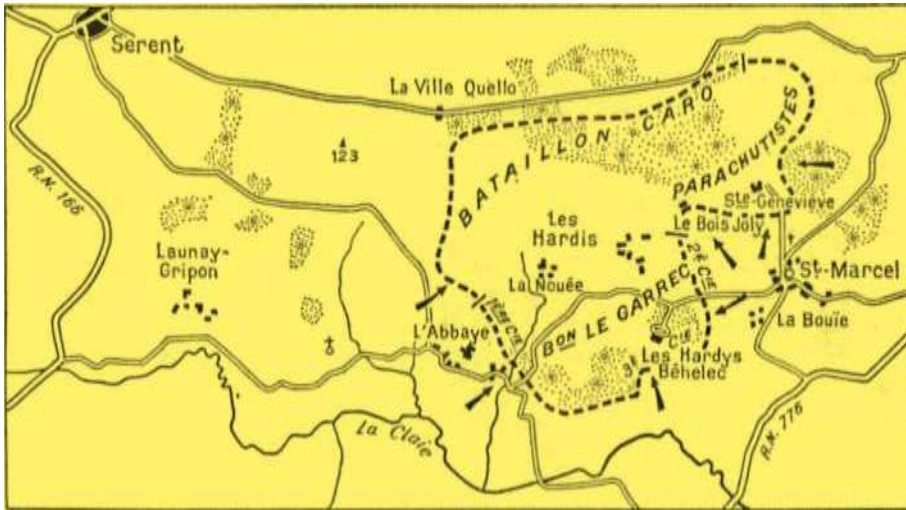
Wie bereits erwähnt, hat die Einführung des Zwangsarbeitsdienstes ungezählte Franzosen dazu gebracht, ihre bisherige Existenz aufzugeben und sich durch die Flucht in die Maquis der Arbeitsdienstpflicht zu entziehen. Damit aber stellt sich eine ganze Reihe von Problemen, die dazu führen, dass die bestehenden Widerstandsgruppen eigene Maquis-Abteilungen gründen.

Der MUR gliedert sich für die Südzone den «Service National Maquis» an, während die Zersplitterung, die im Norden die Résistance kennzeichnet, eine gemeinsame Aktion schwieriger macht. Die Refraktäre (Arbeitsdienstverweigerer) schliessen sich dort überwiegend den FTP an, die wenig Neigung verspüren, ihre Autonomie aufzugeben. Dennoch kommt auf Initiative zunächst des «Comité central de la Résistance», später des CNR ein „Comité d'Action contre la Deportation» (CAD), ein Aktionskomitee gegen die Deportation, zustande. Seine erste und wesentliche Aufgabe besteht in der Herstellung falscher Papiere wie standesamtlicher Urkunden, Personalausweise, Arbeits- bzw. Freistellungsbescheinigungen, Lebensmittelkarten, Bescheinigungen der Besatzungsbehörden und der französischen Verwaltung aller Art. Im Laufe seiner Tätigkeit druckt das CAD mehr als eine halbe Million falscher Papiere.

Enorme Probleme bringen Ernährung und Ausrüstung der Maquis mit sich. Da es nur in sehr beschränktem Umfang möglich ist, sich Lebensmittel auf legalem Wege zu beschaffen, ist man in der Regel auf Überfälle angewiesen: auf Gemeindeämter, um Lebensmittelkarten zu erbeuten, auf Magazine der «Chantiers de Jeunesse», um sich Kleidung zu beschaffen, auf Tabakgeschäfte usw. Ferner requiriert man, indem man «Bons» auf die Nachkriegszeit ausstellt. Da Disziplin und Moral unter diesen Umständen zu leiden haben, kommt es bei der durch diese illegalen Aktionen heimgesuchten Bevölkerung dem Maquis gegenüber häufig zu einer feindlichen Stimmung, die noch feindseliger wird, als die immer härter werdenden deutschen Repressalien von der unschuldigen Bevölkerung ertragen werden müssen.

Bei der Finanzierung und Ausrüstung der Maquis spielen natürlich die Beziehungen zu London die entscheidende Rolle. Erst als hier ein Kontakt besteht, ist es London überhaupt möglich, finanzielle Unterstützung, wenn auch in ungenügender Masse, zu gewähren. Die Kosten sind ziemlich hoch: Im Maquis de Vercors werden 2'300 frs pro Mann und Monat veranschlagt, in anderen Gruppen mit günstigeren Bedingungen 600 frs. Die weitere Finanzierung erfolgt teils über ein kompliziertes Verfahren mit Bons de Trésor d'Alger, teils über «unfreiwillige» Zahlungen öffentlicher Kassen.

Bei der Ausrüstung mit Material und Waffen ist die Londoner Einstellung von Bedeutung, wonach es erforderlich ist, unkoordinierte Aktionen zu ungeeigneten Zeitpunkten möglichst zu vermeiden. Sind die Londoner Abteilungen schon aus diesem Grunde an einer raschen Bewaffnung der Maquis nicht so stark interessiert, so fürchten sie auch einen eventuellen Missbrauch der Waffen zu revolutionären Zwecken, was wegen der stark kommunistisch gefärbten Führung der Maquis – wie bereits erwähnt, spielen hier die FTP die entscheidende Rolle – durchaus nicht unbegründet ist. So gelangen erst kurz vor der alliierten Landung grössere Fallschirmsendungen mit Waffen in die Hände der Maquis. Ihre Aktionsweise ist denn auch weitgehend vom Waffenmangel bestimmt, und ein eigentlicher Guerillakampf kann daher erst im Winter 1943/44 einsetzen. Zu dieser Zeit haben Versammlungen der Regionalchefs der Maquis aus ganz Frankreich stattgefunden, ein Koordinationskomitee aus Maquisards, Armée Secrète und Sabotage Fer ist gegründet worden. Die Zahl der Maquis liegt bei rund 22'000, dazu kommen etwa 8'000 Einzelgänger. Bis jetzt sind die Bekämpfungsmassnahmen durch Vichy-Polizei und Besatzungsmacht noch im örtlichen Rahmen geführt worden, nun werden regelrechte militärische Unternehmen durchgeführt, die im Frühjahr 1944



Links: Lageplan von der Schlacht bei Saint Marcel am 18. Juni 1944.

Rechte Seite: Die Tätigkeit der Maquis während der Befreiung im Gebiet des Languedoc. Hier hat sich deren Stärke vom 14. bis zum 26. August 1944 von 1'300 auf 2'600 Mann verdoppelt.

Die Schlacht von Saint Marcel –

Im Juni 1944 werden einige Bataillone der FFI in dem kleinen bretonischen Ort Saint Marcel zusammengezogen, um hier eine ständige Garnison der innerfranzösischen Streitkräfte zu bilden. Ihre Aufgabe ist es zunächst, in der Nähe des Bauernhofes La Nouée einen Landeplatz für Fallschirmspringer und Fallschirmabwürfe zu präparieren, und dann, nach dem Tage X, durch Sabotageaktionen und Guerillakrieg eine Verlegung deutscher Truppen aus der Bretagne in die Normandie möglichst stark zu behindern. Am Abend des 7. Juni trifft Leutnant Marienne vom französischen Fallschirmjägerbataillon des Hauptmanns Bourgoïn in La Nouée ein. Zwei Tage später telegraphiert er an seinen Chef nach London:

«Trotz schlechter Landungen Situation wieder prächtig. – Kontakte mit Résistance aufgenommen. – Bin im Hauptquartier. – Grosser Erfolg. – 3'500 Mann in ordentlicher Formation erwarten Sie. – Ihre Anwesenheit hier unentbehrlich, gebe Ihnen vielleicht noch heute Details. – Bestätige, dass Landeplatz in Nacht Ihrer Landung von 500 Mann bewacht. – Erbitten Bestätigung. – Eilig Material und Leute ...»

In der Nacht vom 9. auf den 10. landet Hauptmann Bourgoïn mit einer Gruppe von 50 Mann und 50 Containern. In den folgenden Nächten springen weitere Fallschirmjäger ab, und am 13. Juni werden im grössten zusammenhängenden Einsatz, der in Frankreich überhaupt stattfindet, aus 25 Flugzeugen 700 Container über La Nouée abgeworfen. Auf diese Weise können ungefähr 3 bis 4'000 Mann mit Pistolen, Maschinenpistolen, Karabinern, Gewehren, Maschinengewehren, Panzerabwehrwaffen, Minen und Granaten ausgerüstet werden ...

Daraufhin [nach der Entdeckung durch die Deutschen] muss sich das FFI-Lager auf den Kampf vorbereiten; rund 2'400 Mann werden auf das Gebiet verteilt: Im Westen, Norden und Nordosten das FFI-Bataillon Caro; im Südosten und Süden das Bataillon Le Garrec; die Kompanie von Roche-

fort-en-Terre und schliesslich rund 140 Fallschirmjäger, von denen der grösste Teil die Verbindung zwischen den Bataillonen Caro und Le Garrec herstellt und deren Rest auf die einzelnen FFI-Einheiten verteilt ist.

Um 6.30 Uhr wird die deutsche Garnison von Malestroit alarmiert und um 8.15 Uhr treffen deutsche Truppen in Saint Marcel ein.

Ihr erster Angriff, von 200 Mann auf einer Frontbreite von 500 Metern vorgetragen, kann von den mit automatischen Waffen ausgerüsteten FFI Le Garrecs und Caros sowie einer Abteilung Fallschirmjäger in einem Gegenangriff abgeschlagen werden.

Auch der zweite Angriff, der um 10.00 Uhr mit verstärkten Kräften beginnt, kann nach einem zweistündigen Kampf zurückgeworfen werden.

Abermals verstärkt durch Fallschirmjäger der Division Kreta, durch eine georgische Einheit und eine Einsatzgruppe der 275. Infanteriedivision, beginnt der deutsche Angriff diesmal auf einer Frontlänge von 2'500 Metern gegen 14.00 Uhr aufs Neue.

Trotz der tapferen Gegenwehr der französischen Widerstandskräfte und trotz der über Funk angeforderten Unterstützung durch die RAF werden die FFI beim Bois Joly um 300 Meter zurückgeworfen und auch das Schloss Saint-Genevieve kann nicht gehalten werden. Gegen 20.00 Uhr müssen die Führer der FFI einsehen, dass mit den vorhandenen Munitionsvorräten und wegen der erwarteten weiteren deutschen Verstärkung das Lager nicht mehr gehalten werden kann. Daher beschliesst man, den Stützpunkt aufzulösen und sich abzusetzen, bevor es den Deutschen gelingt, die französischen Widerstandskräfte in einem Kessel einzuschliessen und zu vernichten. Während eine Kompanie der FFI und die Fallschirmjäger noch bis Mitternacht mit den Deutschen in Kämpfe verwickelt sind, verschwinden über 2'000 Mann mit mehr als 20 LKWs und vier Krankenwagen im Dunkel der Nacht.

(Aus: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, Juli 1964.)

von Verbänden bis zu Divisionsstärke, nach Ausbruch des offenen Aufstands nach der alliierten Landung durch noch stärkere Kräfte getragen werden.

Man ist sich auf deutscher Seite dessen bewusst, dass die Repressalienpolitik ein Fehlschlag ist. In einem Schreiben des Oberbefehlshabers West vom 19. Februar 1944 an die Organisation Todt heisst es darüber: «Zwangsmassnahmen gegen die Bevölkerung (Geldbussen, Verkehrs- und Lebensmittelbeschränkungen, Geiselnstellung, Deportationen, Erschiessungen) sind nach dem übereinstimmenden Urteil aller beteiligten Stellen, einschliesslich der Sipo (Sicherheitspolizei) und des SD, nutzlos und schädlich ... Die einzig wirkungsvolle Gegenmassnahme liegt in der aktiven Bekämpfung der Sabotagegruppen, in ihrer Erkundung und Aushebung.» Dies gilt erst recht für die Maquis, die weitgehend aus Ortsfremden bestehen, auf die es wenig Eindruck macht, wenn in dem Dorf, in dessen Bereich sie ein Attentat verüben, Geiseln genommen bzw. erschossen werden. Trotzdem wird auf diese Methode nicht verzichtet, vor allem dort nicht, wo man die Bevölkerung verdächtigt, die Maquis zu unterstützen.

Wenngleich angesichts der ungleichen Bewaffnungs- und Stärkeverhältnisse die Maquis in der Regel vor überlegenen Gegnern zu fliehen versuchen, kommt es doch manchmal zu regelrechten Schlachten: Im Februar und März 1944 werden auf dem Plateau von Glières ca. 500 Maquisards zunächst von Vichy-Polizei, Waffen-SS und Miliz, dann in einem Grosseinsatz von 12'000 Deutschen angegriffen, wobei der grösste Teil von ihnen im Kampf fällt oder Opfer der Exekutionen nach der Gefangennahme wird. Zur gleichen Zeit verlieren 3 deutsche Divisionen beim Kampf gegen den Maquis im Departement Ain rund 1'000 Mann und rächen sich durch die Verwüstung einiger Dörfer. Im Juni 1944 rollt das Drama des Maquis des Vercors ab. Hier haben sich mehrere tausend Maquisards zusammengefunden, in der Absicht, eine Art Festung zu errichten. Einigen SS-Einheiten und einer Division gelingt es aber, sie völlig aufzureiben. Doch ist es bereits als ein Erfolg zu betrachten, dass der Maquis im Moment der Landung in der Normandie hier mitten in Frankreich einen Teil der deutschen Truppen festhalten kann.

Während den Maquis trotzdem keine allzu grosse militärische Bedeutung zukommt, sollen die anderen bewaffneten Kräfte der französischen Inlandsrésistance eine grössere Rolle spielen. Hierbei handelt es sich um die bereits genannten paramilitärischen Kräfte, die in drei grossen Organisationen zusammengefasst sind:

1. um die Militärorganisation der MUR, die «Armée Secrète», die unter der Leitung General Délestrains steht, und deren Stärke von Polizeichef Kaltenbrunner

im Juni 1943 auf rund 80'000 Mann geschätzt wird;

2. um die FTP als Militärorganisation der Front National, die sich als ausschliessliche militärische Sabotageorganisation konstituiert haben und in der bereits aufgezeigten Entwicklung zu immer grösserer Stärke angewachsen sind. Wegen ihrer im Gegensatz zu London und zur AS stehenden Einstellung «action immédiate» üben sie eine starke Anziehungskraft auf die radikalsten Patrioten aus und finden ihre Anhänger selbst unter den Mitgliedern der Armée Secrète;

3. um die Ende 1942 aus Mitgliedern der aufgelösten Waffenstillstandsarmee gebildete ORA (Organisation de Résistance de l'Armée), die Widerstandsorganisation der Armee, die generell General Girauds Linie folgt. Sie hat einen hohen Anteil an Offizierskadern und weniger Mannschaften als die beiden anderen Organisationen. Ganz allgemein will sie ihren Apparat und ihre Stärke nicht vor der alliierten Landung offenbaren; infolgedessen widersetzt sie sich militärischen Aktionen vor dem Tage X und konzentriert sich im Wesentlichen auf die Ausbildung von Truppen und auf die Einrichtung von Nachrichtendiensten. Einen wichtigen Beitrag leistet sie dadurch, dass sie über Spanien der neuen französischen Armee in Nordafrika Offizierskader und Spezialisten zuführt.

Auf Bemühen des Nationalen Militärdelegierten des CFLN gelingt es, aus diesen drei Widerstandsorganisationen die «Forces Françaises de l'Intérieur» (FFI), die innerfranzösischen Streitkräfte, zu bilden. Da diese FFI von dem beim CNR gebildeten «Comac» geführt werden, zwei von drei Mitgliedern dieser Kommission aber Kommunisten sind, haben diese auch der Eingliederung ihrer FTP in die FFI zugestimmt.

Als Delegierter der «Comac» und als «Kommandant der FFI» begibt sich General Koenig im März 1944 nach London, um hier den Aufgabenbereich und die Einsatzpläne für die FFI mit den Alliierten abzustimmen. Sein Wunsch aber, von den Alliierten entsprechend unterrichtet und eingesetzt zu werden, stösst zunächst auf wenig Entgegenkommen. Erst nach langwierigen Verhandlungen und nach der Landung der Alliierten werden ihm die Frankreich betreffenden Operationsgruppen unterstellt. Für diesen Fall sehen die in London ausgearbeiteten Pläne folgendes vor: In der direkten «Kampfzone» haben die FFI die kämpfende Truppe nur durch Informationen zu unterstützen. Im Hinterland, das sich entsprechend dem alliierten Vorrücken ändert, haben die FFI systematische Sabotage vorzunehmen.

In der «Nichtoperationszone», in unwegsamem Gelände abseits der grossen Verkehrsverbindungen soll ein Guerillakrieg geführt werden.

Die illegale Juni-Juli-Ausgabe 1943 der Monatszeitschrift «Bir Hakeim» – «Organ des Forces de Résistance Française», Organ der französischen Widerstandskräfte, zeigt die Porträts der rivalisierenden französischen Widerstandsgenerale de Gaulle und Giraud. Nach der Konferenz von Casablanca erklärte Giraud am 4. Juni 1943, es gäbe nun nicht mehr zwei Gruppen von Kämpfern, sondern nur noch ein im Kampf stehendes Frankreich. Trotzdem waren die Spannungen zwischen ihm und de Gaulle noch nicht gänzlich aus dem Wege geräumt.



In Ergänzung zu diesem allgemeinen Plan werden Details geregelt, in dem «Grünen Plan» die Sabotage der Verkehrswege während der ersten 15 Tage nach der Schaffung eines Brückenkopfes, dem «Blauen Plan» die Sabotage des Stromnetzes und dem Plan «Schildkröte» die Behinderung und Verlangsamung des deutschen Truppenaufmarsches durch Guerillaaktionen.

Voraussetzung dafür, dass diese Pläne mit einem bestimmten Wirkungsgrad durchgeführt werden können, ist natürlich eine grosszügige Ausrüstung der FFI mit Waffen und Material. Die Alliierten begnügen sich jedoch mit der Entsendung von drei- bis vierköpfigen Nachrichtentrupps («Yedburghs») und Sabotagetrupps bis zu einer Stärke von 40 Mann, die ihnen im Kampf zur Seite stehen sollen. Am Landungstag selbst ist lediglich die Hälfte aller FFI-Angehörigen bewaffnet, wobei weder Artillerie noch Panzerfahrzeuge, weder Flak noch Pak vorhanden sind. Auch eine organisierte Unterstützung durch die alliierte Luftwaffe fehlt.

Mit diesen Kräften (allein in der Bretagne Mitte August 1944 rund 80'000, insgesamt rund 400'000, davon lediglich 200'000 bewaffnet) nimmt die Streitmacht der französischen Inlandsrésistance an den Aktionen teil, die durch die Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 eingeleitet werden. Diese Landung hat aber noch einen anderen Effekt. Sie bewirkt, dass viele, die sich bisher noch zögernd

verhalten haben, den FFI einen gewaltigen Zulauf bringen. An manchen Orten kommt es sogar zu regelrechten freiwilligen und organisierten Mobilmachungen, die auch in deutschen Wehrmachtsberichten notiert werden:

«9.6.1944. Militärbefehlshaber Frankreich meldet fortschreitende Mobilmachung der Widerstandsgruppen und wachsende Bedrohung vereinzelter Stäbe, Kommandos und Wachen in Innerfrankreich.»

«12.6.1944. In Südfrankreich starke Bandenansammlungen der ‚AS‘ in zahlreichen Räumen.»

«18.6.1944. Zunehmende Tätigkeit geschlossener feindlicher Aufstandsgruppen unter Führung englischer und gaullistischer Offiziere in der Bretagne.»

«19.6.1944. Erscheinungen im Strassenbild, die auf geheime Einberufung und Zusammenziehung jüngerer Jahrgänge schliessen lassen. Auf den Landstrassen mehrten sich die Bilder, dass junge Leute auf Fahrrädern mit leichtem Gepäck den einsam gelegenen Sammelplätzen zueilten; ganze Dörfer leerten sich zusehends von der jungen waffenfähigen Bevölkerung.»

Die Kampfhandlungen allerdings vollziehen sich nicht immer so, wie sie in den Plänen vorgesehen sind. Sie beginnen in einigen Teilen vor allem Südfrankreichs weisungswidrig und zu früh, so dass der Junibericht des Oberbefehlshabers West über die dortige Lage meldet: «Durch übereinstimmende Nachrichten aus verschiedenen Quellen wurde bestätigt, dass die Widerstandsbewegungen ‚zu früh losgeschlagen‘ hätten. In

den Hauptwiderstandsgebieten wurde daraufhin die Masse der Widerstandskräfte ‚beurlaubt‘. Die verbleibenden aktivistischen Kräfte gingen in kleinen Gruppen in die Verstecke, um von dort aus durch Sabotage und Überfälle zu stören. Die eingetretene äussere Beruhigung der Lage darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Falle etwaiger Rückschläge auf deutscher Seite der Aufstand erneut und besser vorbereitet zum Ausbruch kommen kann.» Hier gelingt es den deutschen Truppen wie es heisst, durch «schnelles und rücksichtsloses Eingreifen» vorläufig eine «weitgehende Entspannung der Lage» herbeizuführen.

Das «schnelle und rücksichtslose Eingreifen» erfolgt freilich teilweise in einer Art und Weise, die noch heute in Frankreich als Inbegriff des Schreckens und Verbrechens gilt. Über den furchtbarsten dieser Vorfälle, über das Massaker von Oradour-sur-Glane, gibt Luther eine auch auf französische Zeugenaussagen gestützte Darstellung: «Am 9. 4. 1944 war der seinem Bataillon vorausgefahren Kommandeur des III. Bataillons des Regiments ‚Der Führer‘ in die Hände von Maquisards gefallen; Zuträger meldeten dtsh. Stellen, er werde in Oradour festgehalten und solle dort auf dem Marktplatz öffentlich verbrannt werden. Da ein anderer, gleichfalls in die Hände des Maquis gefallener, aber wieder geflüchteter Offizier der Division ebenfalls nach Oradour verbracht worden war, erhielt der Kommandeur des I. Bataillons den Auftrag, ihn dort zu suchen. Die Suche blieb ergebnislos, vielleicht auch deshalb, weil es in der weiteren Umgebung drei Orte des Namens gibt. In der Erregung über die vorgegangenen fortgesetzten Überfälle auf die Truppe, die bereits bekannt gewordene Ermordung noch anderer Angehöriger der Division und das Verschwinden nun auch dieses besonders bewährten und beliebten Offiziers scheint dann an Ort und Stelle der unverantwortliche Entschluss gefasst worden zu sein, die Ortschaft mit ihrer gesamten Bevölkerung auszulöschen. Ein Befehl hierzu soll jedenfalls weder von der Division noch vom Regiment erteilt worden sein . .

Dieser «unverantwortliche» und verbrecherische Entschluss löst das Massaker aus. 642 Menschen, darunter 239 Frauen und 201 Kinder, kommen auf eine grauenvolle Weise ums Leben.

Während in einigen Teilen des Landes bewusst weisungswidrig gegen die Londoner Pläne vorgegangen wird, können die FFI in der Normandie wegen der starken deutschen Verbände (allein im Departement Calvados stehen 17 Divisionen mit rund 250'000 Mann) nicht wie vorgesehen handeln. Wegen der dauernden intensiven Patrouillen ist es nur Gruppen bis zu einer Stärke von 20 Mann möglich, Sabotage und Störaktionen durchzuführen. Anders dagegen

verläuft die Entwicklung in der Bretagne. Zwar sind auch dort sehr starke deutsche Kräfte stationiert, die dortigen FFI werden aber mit grösseren Waffenmengen versorgt und durch Verstärkung mit militärischen Kadern in Lage versetzt, wirkungsvoll einzugreifen. So gelingt es ihnen beispielsweise, jeglichen Zugverkehr in der Bretagne zu unterbinden. Auch kommt es hier zu regelrechten Schlachten, die für beide Seiten sehr verlustreich sind. Ende Juli beteiligen sich rund 20'000 Mann am Guerillakampf in der Bretagne und kontrollieren praktisch das ganze Innenland, während sich die Deutschen damit begnügen müssen, ihre Truppen an der Küste zu konzentrieren. Ihren Versuchen, einige Maquis zu vernichten, bleibt indessen der Erfolg versagt.

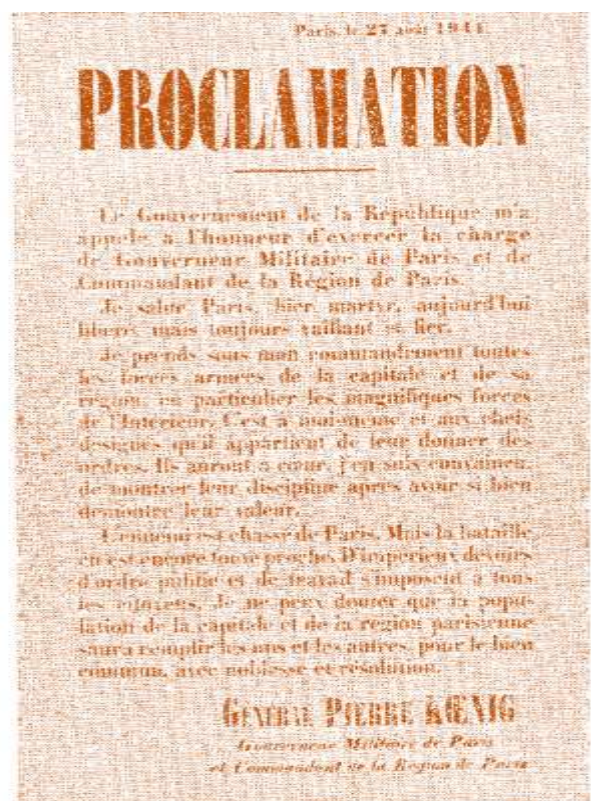
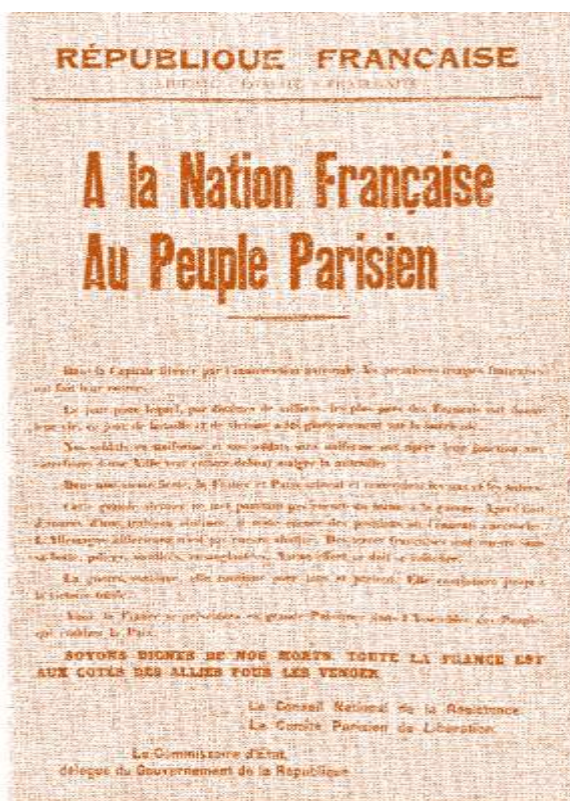
Eine weitere Phase beginnt für die FFI mit dem Durchbruch der 3. Amerikanischen Armee bei Avranches. Sie dienen nicht nur dem Verbündeten als Führer, nehmen Gefangene in Verwahrung, bilden Flankenschutz oder Vorhut für deren Kolonnen, sondern leisten ihren eigenen kämpferischen Anteil: Sie befreien unter anderem Saint-Brieuc, belagern 2'000 Deutsche, die sich in Guingamp (Côtes-du-Nord) verschanzt haben, besetzen im Morbihan Ploermel, Josselin, Vannes, Quimper und ziehen am 18. August in Nantes ein. Sie übernehmen die Bekämpfung der restlichen deutschen Einheiten in diesem Gebiet, während die 3. US-Armee sich weiter nach Osten wendet, befreien sie die ganze Küste zwischen der Halbinsel Quiberon bei Vannes und Brest und stellen 80% der Kräfte, die Lorient, Brest und Saint-Nazaire belagern. In zwei Monaten werden 20'000 Gefangene gemacht.

Im Departement Orne, 125 km westlich von Paris, werden bis zum 15. August 1'000 Deutsche gefangen genommen, Châteaudun wird am 19. August, noch vor Eintreffen der Amerikaner, befreit. Viele Zerstörungen, die eine Eroberung durch die Alliierten selbst mit sich bringen würde, werden verhindert; ein Hauptverdienst liegt aber vor allem darin, dass der Aufmarsch der deutschen Truppen so verzögert wird, dass sie oft erst zu spät am Ort der Kampfhandlungen eintreffen, um das Geschehen noch beeinflussen zu können.

In Paris kommt es bereits am 14. Juli angesichts des Herannahens der Alliierten zu ersten Zeichen des kommenden Aufstandes. Am 10. August treten die Eisenbahner in den Streik, am 15. August die Beschäftigten der Metro und der Polizei, am 18. August die Postangestellten. Man wartet nicht die Weisung General Koenigs ab, sondern die Chefs der Pariser Résistance – zusammengefasst im Comité Parisien de la Libération, dem Pariser Befreiungskomitee – verkünden auf Maueranschlägen am 16. August die Mo-

bilmachung der Offiziere und Unteroffiziere, und die Pariser Kommunisten rufen am 18. August zu den Waffen. An öffentlichen Gebäuden werden Trikoloren gehisst, einige Rathäuser besetzt, es kommt zu Schiesereien im Quartier Latin und im 18. und 19. Arrondissement. Das CNR richtet sich im Hotel de Ville ein. Dabei sollen die Alliierten erst in zwei Wochen eintreffen. Eine Waffenruhe, vom schwedischen Konsul Nordling ausgehandelt, wird von der Résistance nicht eingehalten. Sie besetzt Rundfunk und Ministerien, überall werden Barrikaden errichtet. Die Wehrmacht zieht sich auf einige Stützpunkte zurück, mehrere Panzerwagen werden gegen die Polizeipräfektur in Besetzung, es kommt zu kurzen Strassenkämpfen. Die Überlegenheit der Wehrmacht ist jedoch so gross, dass die FFI in Gefahr geraten, aufgerufen zu werden. Wehrmachtsbefehlshaber General v. Choltitz hat, wie es scheint, bis zuletzt, auch noch nach Ausbruch des Aufstandes, das «sichere Gefühl, die Lage zu beherrschen», bis die alliierten und französischen Trup-

pen Paris erreichen. Auf Druck Koenigs und de Gaulles gestatten die Amerikaner der Division Ledere, auf die Hauptstadt zu marschieren. Die Abteilung des Hauptmann Dronne erreicht am Abend des 24. August die Porte d'Italie und dringt bis zum Hotel de Ville vor. Am 25. August dringen die Truppen der 2. Panzerdivision vom Süden und Westen in die Stadt ein. Am Nachmittag des gleichen Tages unterzeichnet von Choltitz, der dem Führerbefehl, Paris zu zerstören, den Gehorsam versagt, die Kapitulation der deutschen Garnison. Am 26. August 1944 schreitet General de Gaulle im Triumphzug die Champs-Élysées herab: «Vor mir liegen die Champs-Élysées! Ah, ein Meer! Ungeheure Menschenmengen stehen auf beiden Seiten der Prachtstrasse. Wohl zwei Millionen! Auch die Dächer sind schwarz von Menschen. In allen Fenstern dichtgedrängte Gruppen, umgeben von Fahnen, Trauben von Menschen hängen an Feuerleitern, Masten und Laternen. Soweit mein Auge reicht: eine einzige brandende Menge, in der Sonne, unter der Trikolore.



Nach der Befreiung von Paris: Abb. links: Aufruf des Nationalen Rats der Widerstandsbewegung und des Pariser Befreiungskomitees: Die Hauptstadt ist befreit, aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch steht der Feind auf französischem Boden und unsere Kräfte dürfen nicht erlahmen. – Abb. rechts: Proklamation des Generals Koenig, in der er die Einwohner von Paris auffordert, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Ich gehe zu Fuss. Es ist nicht an der Zeit, unter Waffengefunkt und Fanfarengeschmetter Revue zu passieren. Es handelt sich heute darum, einem Volk, das gestern noch von Niederlage und Knechtschaft zu Boden gedrückt war, sichtbar seine Freude und seine Freiheit vor Augen zu führen. Da alle, die dort stehen, in ihrem Herzen Charles de Gaulle zur Zuflucht ihrer Not und zum Symbol ihrer Hoffnung erwählt haben, sollen sie ihn als einen der ihren sehen, vertraut und brüderlich, und dieser Anblick soll die nationale Einheit widerspiegeln. Zwar fragen sich die Stäbe, ob nicht plötzlich auftauchende feindliche Panzer oder eine Bomberstaffel diese Massen lichten und eine Panik entfesseln könnten. Ich aber glaube an diesem Nachmittag an Frankreichs Glück ...

So schreite ich ergriffen und ruhig dahin, inmitten des unbeschreiblichen Jubels der Menge, durch das Getöse der Stimmen, die meinen Namen rufen; soweit wie möglich bemühe ich mich, meine Blicke auf jede Welle dieses Meeres zu richten, damit mein Auge den Blicken aller begegnen kann, und ich hebe und senke die Arme, um auf ihre Zurufe zu erwidern. In diesem Augenblick vollzieht sich eines jener Wunder des Nationalbewusstseins, eine jener Gesten Frankreichs, die im Laufe der Jahrhunderte bisweilen unsere Geschichte erleuchtet haben. In dieser Gemeinschaft, die von einem einzigen Gedanken, einem einzigen Elan, einem einzigen Ruf erfüllt ist, verschwinden die Differenzen, tritt der Einzelne zurück ...»

Aber noch steht der Feind in vielen Teilen des Landes in heftigem Kampf mit den Alliierten und den ihnen verbündeten französischen regulären und FFI-Truppen. Starke deutsche Kräfte der 1. Armee stehen südlich der Loire und bedrohen die Flanke der nach Osten abschwenkenden Amerikaner. Um diese Gefahr zu verringern, gibt General Koenig den FFI des Südostens und des Zentralgebietes den Befehl, so viele deutsche Truppen als möglich zu binden und bei einem Marsch nach Norden zu behindern.

Es ist mittlerweile zu einer regelrechten Massenerhebung gekommen, die FFI im Süden stellen durch die ihnen zuströmenden Freiwilligen derart starke Verbände dar, dass der Chef des Stabes der Armeegruppe G urteilt: «Im Grossen kann nicht mehr von einer Widerstandsbewegung gesprochen werden, sondern es handelt sich bereits um eine organisierte Armee, die in unserem Rücken steht.»

Sämtliche Nachrichten- und Verkehrsverbindungs-
linien stehen unter pausenlosem Ansturm der FFI, ständige Sabotagen legen unter anderem das gesamte Eisenbahnnetz lahm. Die SS-Division «Das Reich» – deren Name unlöslich mit dem Massaker von Oradour verbunden bleibt – wird auf ihrem ganzen Weg

durch Innerfrankreich ständiges Ziel von Anschlägen. Im Zentralgebiet und im Südwesten führen die FFI praktisch die Befreiung allein durch, sie zwingen die Garnison von Limoges zur Kapitulation, auch grosse Teile der 1. Deutschen Armee, die auf dem Rückzug nach Dijon gestellt und isoliert werden können.

Auch im Südosten befreien sie den grössten Teil Savoyens und Hochsavoyens; eine ganze deutsche Division, von Panzern und Flugzeugen unterstützt, ist dadurch gebunden, dass sie die Maquis im Alpengebiet zu bekämpfen hat.

Nach der alliierten Landung in Südfrankreich besteht die Aufgabe der FFI darin, die rechte Flanke der Alliierten nach Italien hin zu schützen und die Verteidigungslinie der Deutschen zu unterbrechen. Mitte August kontrollieren sie die Route Napoleon, die Strecke Lyon-Marseille und die Verbindung nach Italien. Von den 4 deutschen Reservedivisionen der 19. Deutschen Armee sind 3 festgehalten. Auch der Rückzug dieser Armee wird empfindlich gestört.

Einige französische Angaben sollen die Auswirkungen des Einsatzes der FFI veranschaulichen:

Am 18.6.44 bei Malestroit im Morbihan verlieren die Deutschen bei einem Gefecht 500, die FFI 200 Mann; am 27.6.44 bei einem Angriff auf einen Maquis im Walde von Viorreau nördlich Nantes haben die Deutschen 100 Tote, die FFI 27 Tote und 27 nachträglich erschossene Gefangene; zwischen 10.7. und 8.8.44 setzen die FFI im Dep. Côtes-du-Nord 2'500 Deutsche (Tote und Verwundete) ausser Gefecht; in den Dep. Vienne und Charente haben die Deutschen in einem Monat über 2'000 Tote und Verwundete an Verlusten; am 10.9.44 nehmen die FFI bei Issoudun 25'000 Deutsche, ein Konglomerat aus kleinen und kleinsten Stäben, Depots und Wacheinheiten aus dem Raume südlich der Gironde gefangen; am 18.8.44 erobern die FFI Annemasse und Cluses (Hoch-Savoyen), deutsche Verluste: 400 Tote, 800 Verwundete, 1'400 Gefangene; im Kampf gegen die 19. Armee werden durch die FFI über 8'000 Deutsche getötet und 42'000 gefangengenommen.

Was den militärischen Wert aller FFI-Beiträge anbetrifft, so ist es hier nicht leicht, ein genaues Ergebnis festzustellen. Jedenfalls hat General Eisenhower ihre Stärke auf 15 Divisionen geschätzt. Nimmt man die Mitwirkung der Division Ledere und diejenige der 1. Französischen Armee unter General de Lattre de Tassigny hinzu, so ist nicht zu bestreiten, dass der Beitrag der Résistance und damit Frankreichs selbst zu seiner Befreiung nicht unbedeutend ist, wenn er auch nur dadurch ermöglicht wird, dass er sich an die gewaltige Kriegsmacht der Alliierten anlehnen kann, und wenn auch für die Alliierten die Unterstützung

durch die Résistance für ihren Sieg letztlich nicht notwendig gewesen wäre.

Es mag Betrachter der französischen Résistance geben, die ihr den Charakter eines «Widerstandes» im «eigentlichen» Sinne absprechen und sie als eine nicht der Spontaneität des Volkes entspringende Bewegung, sondern als bewusst von den anglo-amerikanischen Geheimdiensten geplante, ins Leben gerufene und ernährte «fünfte Waffe» qualifizieren. Man kann auch sagen, ein wenigstens moralisch gerechtfertigter Widerstand liege – wenigstens für die Zeit bis 1941 – nicht vor. Denn hierzu hätte es Massnahmen der Besatzungsmacht geben müssen, die geeignet gewesen wären, die Bevölkerung zu Widerstandshandlungen zu provozieren, und eben dies sei nicht der Fall gewesen, wird beispielsweise von deutscher Seite argumentiert.

Dies mag für Teile der Résistance zutreffen, kann aber nicht für die gesamte Entwicklung aufrechterhalten werden. Grosse Teile der französischen Widerstandsbewegungen standen beispielsweise – politisch – im ausgesprochenen Gegensatz zu den Briten und Ame-

rikanern, auch wenn sie materiell von diesen abhängig waren. Auch de Gaulle legte immer besonderen Wert auf seine bzw. Frankreichs Souveränität, seine Auseinandersetzungen mit anglo-amerikanischen Politikern beweisen das zur Genüge.

Was die Massnahmen der Besatzungsmacht angeht, so ist schon für die erste Zeit einmal zu berücksichtigen, dass auch eine «humane» Besatzung für ein so nationalbewusstes Volk wie die Franzosen unerträglich sein kann. Jedenfalls aber gab es im späteren Verlauf der Besatzungs- und Kriegszeit genügend Geschehnisse, die diesen Widerstand moralisch durchaus zu rechtfertigen geeignet waren, auch wenn man davon ausgeht, dass es kein völkerrechtlich anerkanntes Widerstandsrecht der Zivilbevölkerung eines besetzten Landes gegen die Besatzungsmacht gibt. Man denke an die Geiselausschüsse und Nacht- und Nebel-Deportationen, die in der Regel juristisch gesehen weder illegal noch unverhältnismässig waren, aber verheerende Wirkung auf die Stimmung der Bevölkerung hatten, zumal wenn sie Unschuldige trafen; man denke an Aktionen wie die des Gauleiters Bürckel, die

Die Einheit der europäischen Widerstandsbewegung

Die europäische Widerstandsbewegung ist niemals zu einer Einheit zusammengefasst worden. Aber, abgesehen von den unvermeidlichen Unterschieden, die auf die geographische Lage und den Zeitpunkt zurückzuführen sind, muss man zugeben, dass sie eine tiefe Einheit, ja sogar eine Gleichheit aufweist.

Dies kommt natürlich in erster Linie daher, dass sie den gleichen Feind bekämpft. Dieser Feind ist die deutsche Besatzungsmacht; die Widerstandsbewegung ist in ihrem ersten Stadium überall eine patriotische Bewegung. Bei einigen – Polen, französischen Nationalisten – ist dieser Reflex durch den traditionellen Deutschenhass hervorgerufen. Aber, bei einer grossen Zahl der Widerstandskämpfer, kam dieser Reflex erst nach der Kriegserklärung, bei einigen nach der Niederlage; dieser Reflex wuchs während der Okkupation, die die Blindesten von den Massen des Übels überzeugte; man kann sagen, dass plötzlich alle Franzosen der «nördlichen Zone» an ihrer eigenen Haut das Drama von Elsass nach 1871 spürten, das man bis dahin nur vermittels einer reichen Literatur kennengelernt hatte. – Die Unentschlossensten waren, sehr oft, nicht diejenigen, die zwischen den beiden Kriegen ihre Abneigung gegen die Gewalt bekundet hatten oder pazifistische oder germanophile Gesinnung zeigten.

Für die einen handelt es sich um den ewigen Deutschen; aber für die meisten heisst der Feind National-Sozialismus, das Übel, dessen Herd im Dritten Reich ist, das jedoch durch die Vernichtung der aus der griechisch-römischen Antike ererbten geistigen und moralischen Werte, sowie

durch die Zerstörung der christlichen Tradition oder des wissenschaftlichen Humanismus, ganz Europa verseucht. Die Widerstandsbewegung war nicht nur Verteidigung des heimatlichen Bodens, Wille zur Befreiung und Wiedergeburt, sondern auch ein Kampf um die Aufrechterhaltung bestimmter Werte und somit ein ideologischer sowie bewaffneter Konflikt ...

Der National-Sozialismus und sein blasser Vorgänger, der Faschismus, – überschreitet die Grenzen und verbreitet sich ausserhalb Deutschlands durch die Kollaboration. Aus diesem Grunde kommt zum nationalen Krieg noch der internationale Bürgerkrieg hinzu; ein deutscher Anti-Nazi, wenn er auch ein Neubekehrter ist, ein Paulus, ein aktiver Feind von gestern, – wird ein Freund des Widerstandskämpfers. Der Einsatz dieses Kampfes ist ebenso stark, die Eroberung der Gehirne wie die Wiedereroberung des heimatlichen Bodens. Bevor man siegen kann muss man überzeugen.

Die Geschichte der Widerstandsbewegung ist von derjenigen der Kollaboration nicht zu trennen. Die Mannigfaltigkeit der Ereignisse, die unvorhergesehenen Änderungen der Lage, die Verwirrung der Geister, die sich daraus ergab, die Schwierigkeiten des täglichen Lebens, die Ausmasse und die Spitzfindigkeit der Einzelnen Propaganden hatten zur Folge, dass viele Unentschlossene sich aus einem Lager in das andere treiben liessen. Zwischen der Widerstandsbewegung und der Kollaboration, die theoretisch wie Tag und Nacht verschieden sind und deren Ringen zu den furchtbarsten Ausschreitungen führen kann, sind die Grenzen in der Tatsache verwischt, und das vor allem dort, wo die Verfechter der einen oder der anderen Richtung, nur aus Abenteuerdrang zu einer Bewegung gestossen sind und nicht auf

in vielen Franzosen die Frage laut werden liess, ob sie nicht aktiv eine Politik bekämpfen sollten, die zu solchen Ergebnissen führt. Welche andere Form als die des Widerstandes aber sollte dieser Kampf annehmen? Daher kann die französische Résistance, wie der Widerstand überhaupt in allen besetzten Gebieten, nicht nur unter formaljuristischen Gesichtspunkten betrachtet werden, sondern es muss auch nach seiner moralischen Berechtigung gefragt werden. Denn aus moralischen Gründen handelten die kleinen Gruppen von Idealisten, die im Sommer 1940 die ersten Kontakte zueinander suchten, die das zunächst im Widerspruch zur Mehrheit ihrer Landsleute taten, die ihre Freunde, die den anderen Weg gewählt hatten, nicht mehr kennen konnten, ihre Aussichten auf berufliche Karriere aufgaben, schliesslich ihre Familien verlassen mussten, um im Untergrund weiterzuleben, stets in der Furcht vor Verfolgung und meistens unter schlechten finanziellen Bedingungen.

Den Blutzoll, den die Résistance zu entrichten hatte, mögen einige Zahlen verdeutlichen: Ganz allgemein schätzt man den Anteil der aktiven Widerstands-

kämpfer auf 1% der Bevölkerung Frankreichs, also rund 400'000 (sieht man einmal von denjenigen der «letzten Stunde» ab, die noch im Sog des schon greifbar nahen Sieges sich an die Rockschösse der Résistance klammerten, um «dabeigewesen» zu sein). Von diesen 400'000 wurden rund 20-25'000 erschossen und 115'000 deportiert, von denen wiederum nur 40'000 zurückkehrten.

«Es erscheint angebracht», so schreibt O. Reile, seinerzeit Leiter der deutschen Gegenspionage im gesamten westlichen Operationsgebiet, «diese Zahlen der deutschen Bevölkerung nahezubringen, um ihr ein Bild über das damalige – heute unwahrscheinlich anmutende – Ausmass des Krieges an der unsichtbaren Front zu geben, ihr aber auch verständlich zu machen, dass weite Kreise in den ehemaligen Feindländern wegen der hohen Verluste, die sie in jenem Kampf davontrugen, noch heute Abneigung und Groll, teilweise auch noch Hass gegen uns Deutsche hegen. Uns bleibt da nur eines übrig: alles zu tun, um gerade sie mit uns zu versöhnen und – wenn irgend möglich – zu Freunden zu machen.»

Grund einer klaren Beurteilung der Lage oder auf Grund fester Überzeugungen.

Wenn sich dann zwischen diesen beiden Lagern abwartende Regime bilden oder Regime, die vorgeben neutral zu sein – Regierung von Néditch oder Etat Français von Pétain – dann ist die Verwirrung vollkommen und die Osmose immer möglich.

Dieser Kampf gegen die Besatzungsmacht und ihre Freunde wird von allen europäischen Widerstandskämpfern unter den gleichen Bedingungen des täglichen Lebens ausgefochten. Die Okkupation hat zur Folge wirtschaftliche Einschränkungen und Rationierung, Abtransport der Arbeitskräfte, Trennung von den nahestehenden Menschen, polizeiliche Überwachung, Verstärkung der verwaltungstechnischen Formalitäten, suggestive Propaganda. Alles wird mit grossen Schwierigkeiten verbunden: essen, sich kleiden, Unterkunft finden, sich verstecken, reisen. Ohne eine klare Vorstellung dieser Atmosphäre der Okkupation kann man die oft unüberwindlichen Schwierigkeiten des Widerstandskampfes nicht begreifen. Die grössere oder geringere Strenge des Feindes, der natürliche Reichtum oder die Armut eines Gebietes, die nationale und soziale Struktur boten natürlich zahlreiche Abweichungen; aber im Grossen und Ganzen waren die Bedingungen für das gesamte besetzte Europa die gleichen. Das machte auch die europäische Widerstandsbewegung so abhängig von der auswärtigen Hilfe, ohne die sie zum Scheitern verdammt oder doch machtlos gewesen wäre. Schliesslich und endlich ist das die gleiche Ausrüstung, aus den gleichen Waffenlagern, die die bosnischen Maulesel, die Skiläufer in Norwegen, die Matrosen der Bretagne oder die angelsächsischen Flugzeuge befördern.

Somit gehorcht das Leben in der Untergrundbewegung ganz bestimmten Gesetzen, die von dem Land wo sie tätig ist unabhängig sind, wobei nur noch die mehr oder weniger starke Mitarbeit der Bevölkerung ins Gewicht fällt.

Es gibt eine Gemeinschaft der Gefahr, die zu gleichem Schicksal zwingt: die Folter, die Hinrichtung oder das Konzentrationslager. Identisch ist auch der Gewissenskonflikt, der durch die Haltung der Besatzungsmacht hervorgerufen wird, wenn sie auf Attentate und Sabotage durch Hinrichtung von Geiseln oder durch Zerstörung von Dörfern antwortet.

Es ist also der gleiche Kampf, unter verschiedenen Formen, den die europäische Widerstandsbewegung führt; ein Kampf, der am Anfang, und noch oft bis zum Ende, ohne Waffen ausgefochten wird. Die Widerstandsbewegung muss ihre Kampfmethoden selbst erfinden und sie anhand der harten Anforderungen ständig verbessern.

Gegen die nazistische Besatzungsmacht bildet sie eine Einheit und – trotz ihrer Verschiedenheit – sind die Gründe, die sie zum Kampf bewogen haben, so stark, dass, über die alten Zwistigkeiten hinweg, die seltsamsten Verbindungen zustande kommen.

Wenn, was im Allgemeinen der Fall ist, das politische Regime durch die Niederlage hinweggefegt wurde, wird der Wunsch nach einer neuen Regierungsform laut, der, zusammen mit dem Anti-Nazismus, die Widerstandsbewegung logischerweise auf die Revolution ausrichtet. Daher muss sich die Widerstandsbewegung, die im Krieg geeint ist, bei der Vorbereitung der Nachkriegszeit spalten.

(Henri Michel in dem Hauptbericht der Ersten Internationalen Konferenz über die Geschichte der europäischen Widerstandsbewegung, 1958.)

Widerstand auf dem Balkan und in Italien

Italien greift an – Tito ein Stalinist – Territoriale Aufteilung Jugoslawiens – Belgrader Jungkommunisten – Tito contra Mihajlovic – Tito gegen Moskau und London – Tito zieht nach Montenegro – Ustascha-Greuel verstärkt den Widerstand – Volksfronttaktik – König Georg II. von Griechenland flieht nach London – Kundgebung gegen die Zwangsmobilisierung am 24. Februar 1943 – EAM/ELAS contra EDES – Résistance in Griechenland – Britische Truppen verhindern die kommunistische Machtübernahme – 100'000 Goldmark für die Ergreifung Titos ausgesetzt – Antifaschistischer Nationaler Befreiungsrat – Tito gewinnt an Stärke – Mihajlovic von Churchill fallengelassen – Tito als alleiniger Partisanenführer Jugoslawiens anerkannt – Fallschirmangriff auf Titos Hauptquartier – Hitler: Es ist ganz richtig, wenn die Alliierten diesen Tito als Marschall bezeichnen – Nationales Befreiungskomitee Italien – Wie Mussolini gestürzt wurde – Direktive zur Bildung taktischer Partisaneneinheiten – Kesselrings Befehl zur Bekämpfung der italienischen Partisanenbewegung – 335 Italiener werden getötet – Erfolgreiche Offensivaktionen.

Unter allen Ländern, die im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht besetzt worden sind, gibt es nur eines, das sich aus eigener Kraft – wenn auch mit Unterstützung durch die Alliierten – befreit hat. Unter allen Ländern des Ostblocks, des «Sozialistischen Lagers», gibt es bis heute nur eines, das sich von der sowjetischen Fremdherrschaft befreien konnte – und das ohne irgendwelche ausländische Unterstützung.

Es ist beide Male das gleiche Land – Jugoslawien. Und dass diese zweimalige Selbstbefreiung des Landes gelingt, ist zum grössten Teil das Verdienst einer einzigartigen Persönlichkeit, eines Einzelnen Mannes.

Heute kennt jeder seinen Namen, nicht nur in Jugoslawien, sondern in der ganzen Welt. Er ist nicht nur auf Lebenszeit gewählter Staatspräsident Jugoslawiens, sondern auch einer der Führer der «Blockfreien» Nationen – Marschall Josip Broz, genannt Tito.

Seine Geschichte beginnt 1892. Im Mai dieses Jahres wird er in dem Dorf Kumrovec geboren, das an der kroatisch-slowenischen Grenze liegt, im damaligen Österreich-Ungarn. Kroatien gehört zu Ungarn, Slowenien zu Österreich. Er wird auf den Namen Josip getauft. Sein Vater Franjo Broz ist ein trunksüchtiger kroatischer Hausierer und Kleinbauer, seine Mutter Maria eine slowenische Bauerntochter.

Josip Broz hat vierzehn Geschwister, er selbst ist das siebente Kind seiner Eltern. Josip besucht nur von seinem achten bis zum zwölften Lebensjahr die ein-klassige Dorfschule, dann muss er arbeiten, um zum Lebensunterhalt der grossen Familie beizutragen. Er

verrichtet Arbeiten für Verwandte und für Bauern im Dorf. Mit fünfzehn Jahren vermittelt ihm ein Onkel eine Stelle in der Stadt Sisak als Kellnergehilfe.

Schliesslich lernt Josip Broz Schlosser. Nachdem er ausgelernt hat, geht er auf Wanderschaft. Er arbeitet in den tschechischen Skoda-Werken in Pilsen, arbeitet bei Krupp in Essen, auf der Werft von Blohm und Voss in Hamburg. Seit dieser Zeit spricht der heutige Marschall von Jugoslawien ausgezeichnet Deutsch und Tschechisch.

Die Kenntnisse der deutschen Sprache kommen ihm bald zustatten. Er meldet sich 1913 für die Laufbahn eines Berufsunteroffiziers bei der k. u. k. österreichischen Kavallerie. Broz ist ein ausgezeichnete Soldat, und in einem Jahr ist er bereits Wachtmeister und Zugführer. Wachtmeister Broz wird Regimentsmeister im Fechten und schliesslich 1914 sogar Zweitbester der gesamten österreichischen Armee.

Im Ersten Weltkrieg kämpft er an der Ostfront gegen die Russen, wird bei einem Gefecht mit tscherkessischer Kavallerie durch einen Lanzenstich schwer verwundet und gerät in russische Gefangenschaft. Nach seiner Genesung arbeitet er in der Nähe von Kasan an der Wolga als Gefangener mit viel Bewegungsfreiheit. Schliesslich wird er in Sibirien in der Nähe der Stadt Perm Leiter eines Kriegsgefangenenlagers. Er hat den Russen schon in Kasan bewiesen, dass er nicht nur selbst arbeiten kann, sondern es auch versteht, eine Arbeit zu organisieren und andere anzuleiten. Wachtmeister Broz repariert und betreut mit seinen Kameraden eine Teilstrecke der transsibirischen Eisenbahn.

Die erste russische Revolution, die demokratische Februarrevolution des Jahres 1917, bricht aus. Die Kriegsgefangenen werden freigelassen. Broz macht sich auf den Weg nach Westen, Richtung Heimat. In einem Güterzug, der Getreide aus Sibirien nach Petrograd bringen soll, versteckt er sich zwischen den Säcken und gelangt so nach Tagen an sein Ziel, das heutige Lenin-grad.

Er gerät in eine Arbeiterdemonstration, wird mit anderen zusammen festgenommen und wieder nach Sibirien gebracht, diesmal als «Auführer». Als der Gefangenentransport nach langer Fahrt in der sibirischen Stadt Omsk hält, stürmen bewaffnete Arbeiter den Bahnhof – die Oktoberrevolution hat begonnen.

Der österreichische Wachtmeister Broz schliesst sich der entstehenden Roten Armee an. Er kämpft gegen die aus ehemaligen Kriegsgefangenen zusammengesetzte tschechische Legion, die auf Seiten der russischen Regierung steht. Die Tschechen zerschlagen Broz' Truppe und machen dem kurzen Gastspiel des Österreicherers in der Roten Armee ein schnelles Ende.

Broz muss fliehen und verbirgt sich monatelang bei einem kirgisischen Nomadenstamm. Er spricht schon längst perfekt russisch und lernt nun auch kirgisisch. Er heiratet ein sechzehnjähriges Mädchen und versucht mit ihr zu flüchten.

Nach vielen Abenteuern gelangt er über Narwa und Stettin – zusammen mit Jaroslav Hailek, dem Autor des «Braven Soldaten Schwejk» – nach Deutschland und von dort in die Heimat.

Broz arbeitet wieder im alten Beruf und wird zugleich Gewerkschaftsfunktionär. Wieder bewährt er sich als ausgezeichnete Organisator. Er baut Gewerkschaftsgruppen auf, leitet Streiks, sorgt für den Druck von Flugblättern.

1923 wird in Jugoslawien die Kommunistische Partei gegründet. Die Partei ist illegal. 1924 tritt Josip Broz ihr bei. Da die jugoslawische KP eine winzig kleine Partei ist, die noch dazu in der Verborgenheit leben muss, ist der aktive, organisatorisch begabte Broz bald Funktionär. 1927 wird Broz hauptamtlicher Sekretär der Metallarbeiterunion von Kroatien. Er wird einige Male wegen der Gewerkschaftstätigkeit und wegen kommunistischer Propaganda verhaftet.

Nachdem Broz mehrfach Kundgebungen gegen die königliche Regierung organisiert hat, muss er illegal leben, da er von der Polizei gesucht wird. Er wechselt ständig Wohnung und Namen, doch im August 1928 wird er gefasst und in Zagreb, der Hauptstadt Kroatiens – die damals noch Agram heisst – in einer unter der Bezeichnung «Kommunistenprozess» bekanntgewordenen Gerichtsverhandlung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Im März 1934 wird Broz aus dem Zuchthaus entlassen mit der Auflage, sich an seinen Geburtsort Kumrovec zu begeben und den Ort nicht zu verlassen. Broz denkt gar nicht daran, sich in Kumrovec festsetzen zu lassen, er nimmt wieder einmal einen falschen Namen an und besorgt sich falsche Papiere. Diesmal lautet sein falscher Name «Tito», ein in Kroatien häufiger Vorname, der von dem lateinischen Namen Titus abgeleitet ist. Diesen – durchaus nicht geheimnisvollen – Decknamen behält Broz schliesslich bei, obwohl er natürlich zwischendurch immer wieder einmal unter anderen Namen auftritt.

Tito begibt sich nach Wien. Dort befindet sich das Zentralkomitee der KP Jugoslawiens, um den Nachstellungen der königlichen Polizei zu entgehen. Tito arbeitet dort eine Zeitlang im Büro, bis er den Auftrag erhält, Parteikonferenzen in den jugoslawischen Ländern Kroatien und Slowenien, später einen Parteitag für ganz Jugoslawien zu organisieren.

Tito erfüllt diese Aufgabe zur Zufriedenheit, wird danach Mitglied des Zentralkomitees und zugleich Mitglied des Politbüros, des höchsten Organs kommunistischer Macht. Dieser plötzliche Aufstieg geschieht innerhalb weniger Monate. Anfang 1934 noch Zuchthäusler – zuvor zwar Mitglied der Partei, aber nur mit Gewerkschaftsfunktionen betraut – und jetzt ist er unplötzlich einer der höchsten Funktionäre der Partei.

Den anderen Genossen ist diese Entwicklung – wenn auch wegen des Funktionär Mangels der kleinen illegalen Partei natürlich – selbst zu schnell. Und so wird Genosse Broz im Winter 1934/35 zur Schulung nach Moskau geschickt, diesmal unter dem falschen Namen «Tito». Er wird im Komintern-Hotel «Lux» einquartiert, in dem auch die deutschen KP-Führer Neumann, Remmele, Flieg, Schubert und Schulte wohnen, dazu Pieck und Ulbricht. Die ersten fünf werden bald von Stalins Henkern ermordet.

Broz-Tito wird zum Mitglied des «Balkansekretariats» der Komintern, der Kommunistischen Internationale, ernannt. Chef des Balkansekretariats ist der deutsche Parteiführer Wilhelm Pieck, der spätere Staatspräsident der «DDR». Broz-Tito wird verantwortlich für Jugoslawien.

Tito ist zu diesem Zeitpunkt 42 Jahre alt. Für Stalin ist dieser bisher unbekannte Kroatier der richtige Mann, eben weil ihn niemand kennt. Und deshalb steigt der zur Schulung in die Sowjetunion geschickte Tito statt dessen gleich als Funktionär in die Zentrale der Komintern ein. Stalin hat sich berichten lassen, dass Broz ein guter Organisator, aber politisch unselbständig sei. Das ist genau das, was Stalin an den Funktionären der ausländischen Parteien schätzt – Unselbständigkeit.